

# ARBEITERPOLITIK

Organ der kommunistischen Partei - Opposition Elsass (Section der IVKO)

Nr. 1/IV. Jahrgang.

Erste JAHNARWÖCHE 1937.

## VAILLANT - COUTURIERS WEIHNACHTSPREDIGT.

In der Pariser "Humanité" v. 26. Dezember lesen wir einen Leitartikel von Vaillant-Couturier, der zu dem Metallarbeiterkonflikt im Norden Stellung nimmt. Wir bringen dieses Meisterstück des Chefredaktors, des Zentralorgans der KPF nachstehend im vollen Wortlaut, weil es ein Beispiel des geistigen Tiefstandes und der politischen Verlotterung ist, die jetzt in der KPF als Folge der Volksfrontpolitik eingedrungen sind.

Vaillant-Couturier schreibt:

Friede den Menschen, die guten Willens sind! Wie gern hätten wir gesehen, dass an diesem Weihnachtstag in Frankreich alle guten Willens gewesen wären! Aber ach, bei der Lektüre der Presse u. der Kommunikos der Unternehmer finden wir - als einzige Antwort auf den guten Willen und die Verständigkeit der Arbeiter - einen wilden Ausbruch des Klassenhasses und einen heftigen Angriff gegen die Gewerkschaften und ihre Militanten, eine wahre Mobilmachung der Unternehmer gegen den Geist und den Buchstaben der Sozialgesetze, die im Sommer vom Parlament angenommen worden sind.

Das Manöver ist plump. Wir sind sicher, dass die Werktätigen, ihrer Macht bewusst u. gestützt auf das Gesetz, sich weder provozieren noch einschüchtern lassen werden. Andererseits beginnt die öffentliche Meinung trotz der Lügen der Zeitungen der Trusts zu erkennen, auf welcher Seite die "Schuldigen" und die "Agitatoren" zu suchen sind. Es handelt sich in Wirklichkeit um eine Aktion, die von dem französischen Unternehmertum und den aufrührerischen Kräften, die von ihm unterstützt werden, geführt wird.

Es handelt sich für die 200 Familien darum, eine Psychose analog derjenigen, die in Spanien vor dem Juliaufstand geherrscht hat, eine Bürgerkriegsstimmung zu schaffen.

Zur gleichen Zeit, da zahlreiche Unternehmer, die ihrer Verantwortung bewusst sind, Lohnerhöhungen zugestimmt haben, die durch die Preiserhöhungen notwendig geworden sind, zur gleichen Zeit, da die Aufträge hereinfluten, der Konjunkturaufstieg unläugbar ist, ist eine Minderheit von Industriemagnaten gewillt, zugleich mit dem Aufschwung der Wirtschaftstätigkeit auch die Sicherheit des Landes zu hindern und zu sabotieren.

Und wie hoffnungsvoll waren doch die beiden Weihnachtsfeiertage, die wir soeben verlebt haben! Seit Jahren hat man nicht mehr ein solches Fest erlebt; seit der Zeit der "Prosperität" sind nicht mehr so gute Geschäfte gemacht worden. Die Züge waren überfüllt, sie wurden verdoppelt, vervierfacht, verfünffacht u. reichten doch nicht aus, um die Pariser an ihren Ferientaufenthalte zu befördern, an die Riviera, in die Bretagne oder in die Schneefelder.

Darf man unter diesen Umständen zulassen, dass egoistische u. kurzsichtige Interessenten den Wirtschaftsaufschwung, der sich ankündigt, aufhalten? Darf man zulassen, dass einige Unternehmer "von Gottes Gnade" das Jahr 1937, das sie mit einer Weltausstellung - so sehnsüchtig von ganz Frankreich u. besonders von der französischen Geschäftswelt erwartet worden ist, sabotieren?

Wir glauben, nicht. Ohne Zweifel glauben die Grossunternehmer der Pariser Metallindustrie, dass es sehr geschickt ist, der Regierung die Verantwortung

für die Erhöhung der Löhne aufzubürden, die durch die Steigerung der Lebenshaltungskosten, welche die Trusts verursachen, notwendig geworden ist. Das ist ein absurdes Spiel, in dem sie sich letzten Endes aufreiben werden.

Sie können noch nicht "das neue Proletariat", mit dem sie zu tun haben. Dieses Proletariat von 1936 ist sich seiner Verantwortung in der französischen Gemeinschaft bewusst. Es ist nicht mehr eine impulsive, undisziplinierte, gespaltene Masse. Es weiss, was es will und wohin es geht. Es besitzt Verständigkeit und Kraft."

So wie das die KPF-Presse schon seit einiger Zeit systematisch tut, tritt auch V.-C. für die "Einheit" der "Nation" u. der Volksfront zum Zwecke der Förderung des Wirtschaftsaufschwunges ein. In der Sprache des Marxismus, die V.-C. so gründlich verlornt hat, wird die Politik, die er jetzt befürwortet, eine Politik der Zusammenarbeit mit der Bourgeoisie zwecks Wahrung kapitalistischer Interessen genannt. In der kapitalistischen Wirtschaft ist jeder Konjunkturaufschwung davon abhängig, dass sich den Kapitalisten neue Profitmöglichkeiten eröffnen u. wenn die Arbeiter sich nach V.-C. an der Förderung des Wirtschaftsaufschwunges mitarbeiten sollen, dann heisst das, dass sie sich dafür einzusetzen hätten, dass die Kapitalisten genügend verdienen. Unserer Ansicht haben die Arbeiter durch die Entfaltung des Klassenkampfes gegen die Bourgeoisie dafür zu sorgen, dass sie - und eine Konjunktur liefert bessere Möglichkeiten für den wirtschaftlichen Kampf - möglichst viel für sich auf Kosten der kapitalistischen Profite herausholen. Darüber hinaus müssen die Arbeiter für die Beseitigung des Kapitalismus kämpfen und es bed - tot, ihnen die Gehirne zu verkleistern, wenn V.-C. u. die ganze Führung der KPF jetzt erzählen, dank der Volksfront sei es möglich geworden, den Rhein von Holland nach der Schweiz fliessen zu lassen, will sagen, aus dem kapitalistischen Niedergang heraus eine allgemeine Wirtschaftsblüte hervorzuzaubern. Umgekehrt, die Arbeiter müssen sich dessen bewusst sein, dass jeder Konjunkturaufschwung der kapitalistischen Wirtschaft jetzt überaus fragwürdig und kurzlobig ist u. dass es deshalb umsomehr notwendig ist, mit diesem ganzen System Schluss zu machen.

V.-C. hat die Stirn, seinen politischen Mist noch obendrein mit einer Verhöhnung der Arbeiter zu verbinden. Ist es nicht ein Hohn auf die Proleten, wenn V.-C. in einer Zeit, da die Lebensmittelpreise dauernd steigen, sich (wie übrigens auch die sozialistische Presse) über den "Erfolg" des Weihnachtsfestes freut, nämlich darüber, dass in den bürgerlichen Lokalen von Paris von denen, die es sich leisten können, dieses Jahr mehr Truthähne u. Gänselowerpasteten vertilgt worden sind als sonst? Und ist es nicht eine Verhöhnung der revolutionären Traditionen der Arbeiterbewegung und der kampfbereiten Massen des französischen Proletariats, wenn V.-C. die Politik des revolutionären Klassenkampfes, die auch die KPF betrieben hat, bevor sie sich zur Volksfront kehrte, die Politik von Marx und Lenin als altmodisches Gerümpel abtut?

Die Mitglieder der KPF müssen den V.-C. zeigen, dass sie keineswegs die Regierungstreuen, frommpatriotischen Schäfchen vom Vaillantschen Jahrgang 1936 sein wollen, zu denen die Führung der KPF sie machen möchte.

-c-o-o-c-o-o-c-o-o-

ZU GIDES RUSSLANDEBUCH.  
 ooooooooooooooooooooooooooooo  
 (Fortsetzung)

In einer Reihe von Fragen stützt sich Gide bei seiner Kritik an der Sowjetunion auf fertige trotzkistische Formulierungen, so bei seinen Betrachtungen über die "soziale Ungleichheit" in der Sowjetunion; Gide spricht davon, dass sich dort eine Art von "zufriedener Arbeiterbourgeoisie" herausbilde. Nun vergessen die Trotzkisten (und mit ihnen auch G.) bei ihren Klagen über die "Ungleichheit" eine grundlegende Tatsache: es gibt in der Sowjetunion keine Arbeiterklassen und infolgedessen auch kein arbeitsloses aus der Ausbeutung fremder Arbeitskräfte stammendes Einkommen; es handelt sich in der Sowjetunion um die verschiedene Höhe, die Ungleichheit von Arbeitseinkommen; die Ungleichheit bringt dort also keinerlei antagonistische Klasseninteressen zum Ausdruck. Der Kritik Gides und auch der Trotzkisten liegt die eigenartige Auffassung zugrunde, dass vor dem 1. Fünfjahresplan, als es den Massen viel schlechter ging als heute, ein grösseres Mass revolutionärer Gleichheit geherrscht



habo. Aber damals gab es einerseits Kapitalisten, Kulaken und Spekulanten, die auf Kosten der Werktätigen Profite machten, andererseits grosse Massen von Arbeitslosen und von armen Bauern, die fast aller Existenzmittel mangelten. Das hat sich jetzt geändert. Dank der Industrialisierung und Kollektivierung hat die Sowjetunion allen ihren Bewohnern Arbeit und ein Mindeleinkommen gesichert, was in keinem kapitalistischen Lande der Fall ist. Die Wirklichkeit sieht also anders aus als die trotzkistische Legende, die auch Gide sich zu eigen gemacht hat.

Aus trotzkistischer Quelle stammen auch die Behauptungen Gides, dass es in der Sowjetunion keine Diktatur des Proletariats mehr gäbe, sondern nur die persönliche Diktatur Stalins, dass die Trotzkisten die Vertreter des "ursprünglichen" Leninismus seien usw. Wenn G. diese trotzkistischen Phrasen nachplappert, so zeugt das nur für seine politische Ahnungslosigkeit, die ihn unfähig macht, das Wesen des Sowjetstaates einerseits und die wirkliche konterrevolutionäre Rolle der Trotzkisten andererseits zu erkennen.

Ein besonders starkes Stück ist es, wenn Gide erklärt, er zweifle "ob in irgendeinem anderen Lande heute, selbst in Hitlerdeutschland, der Geist weniger frei, niedergedrückt, furchtsam (eingeschüchterter), verknechtet sei". Dieses Urteil zeigt ebenso wie sein Lob auf die "Gedankensfreiheit" der französischen bürgerlichen Demokratie, einer "Gedankenfreiheit", die er in der Sowjetunion vermisst, dass G. im Grunde seines Herzens ein Bürger geblieben ist und die Sowjetunion vom bürgerlichen Standpunkt kritisiert.

In einer Besprechung seines Buches wirft die "Pravda" Gide vor, dass er nichts von der Sowjetunion verstehe. Ohne Zweifel ist dieser Vorwurf berechtigt. Aber gerade angesichts der Unkenntnis Gides wäre es die Pflicht der Sowjetstellen gewesen, ihm die Vorgänge in der SU verständlich zu machen. Das wäre umso wichtiger gewesen, als G. nicht als Gegner in die Sowjetunion gekommen ist. Aber nicht nur in dieser Hinsicht sind Fehler begangen worden. Gides Buch ist zum Teil das Resultat der falschen Propaganda, die die SU und die Kommunistische Internationale in den kapitalistischen Ländern betreiben. Nach dieser Propaganda muss der Eindruck entstehen, dass in der SU bereits das Paradies herrsche. Die Folge ist dann, dass ausländische Besucher nur allzu leicht enttäuscht aus der Sowjetunion zurückkehren.

So wichtig und notwendig es ist, die antibolschewistischen Ausfälle Gides zurückzuweisen, so wünschenswert wäre aber auch, wenn die KPSU bei dieser Gelegenheit etwas Selbstkritik übte. Na, soll die Wirkung des Gideschen Buches nicht unterschätzen. Es hat der Sowjetunion schweren Schaden zugefügt. Und diese Wirkung beruht darauf, dass Gide einige negative Erscheinungen der Politik der KPSU herausgegriffen hat, um dann die ganze Politik der KPSU in Ausschuss und Bogen zu verurteilen. Unzweifelhaft ist die Politik der KPSU in den Fragen des sozialistischen Aufbaus und der Verteidigung der proletarischen Diktatur in der Sowjetunion richtig. Aber der Stalinkultus (der in Gides Buch eine sehr grosse Rolle spielt) ist keineswegs ein notwendiger Bestandteil dieser richtigen Politik. Es handelt sich nicht darum, Stalins Leistungen in irgendeiner Weise zu leugnen oder zu mindern. Die jetzt üblich gewordene Beweihräucherung seiner Person aber ist durchaus abgeschmackt und liefert, wie das Buch von G. zeigt, Material für Angriffe gegen die Sowjetunion.

Das Gidesche Buch zeigt ferner, wie sich auf die Dauer die falsche Komintern-Politik auch für die SU verhängnisvoll auswirkt. Der Mangel an Kenntnissen über das Ausland, auf den Gide überall in der SU gestossen ist, rührt u.a. auch daher, dass die falsche KI-Politik keine richtige Informierung der Arbeiter der SU über das Ausland ermöglicht. Nachdem der Sowjetbevölkerung das Ausland jahrelang im Lichte des Sozialfaschismus dargestellt wurde, werden ihr jetzt die ausländischen Ereignisse vom Boden der Volkfrontpolitik geschildert. Die Folge sind durchaus konfuse Vorstellungen. Das ist umso mehr zu bedauern, als die Werktätigen der Sowjetunion, wie ihre Reaktion auf die spanischen Ereignisse gezeigt hat, ein lebhaftes Interesse für die internationale Arbeiterbewegung und die Entwicklung der proletarischen Revolution besitzen.

**DIE POUM ZUR REGIERUNGSKRISE IN KATALONIEN.**

oo

Wir bringen hier einige Auszüge aus der offiziellen Stellungnahme des POUM

zu ihrem Ausschluss aus der Regierung. In einem Aufruf der POUM v. 12. 12. heisst es u. a.:

„Unter dem Druck der PSUC (Partei der KI), die das ganze revolutionäre Werk des Proletariats von Katalonien gehemmt hat, ist die Krise der Regierung der Generalität entstanden. Die Leiter der PSUC u. der CNT meinen, dass der Augenblick gekommen ist, der ihnen erlaubt, gegen die aufsteigende Revolution einen Damm aufzuwerfen u. einen ernstlichen Versuch zu machen, um sie zu bändigen. Nichts anderes bedeutet die Krise, die sie provoziert haben. Sie hielten die Entfernung der POUM aus der Regierung für unerlässlich, weil sie wussten, dass unser Vertreter nicht erlaubt, dass die Eroberungen der Revolution vernichtet werden.“

Durch den Austritt der POUM aus der Regierung will die PSUC sich Straflosigkeit sichern für den Aufbau eines republikanischen Heeres, das vollständig in der Hand der Berufsmilitärs ist. Sie will das Heer der Kontrolle der Arbeiter entziehen. Sie will verhindern, dass sich ein Heer der Revolution bildet, dessen Grundlage die Arbeitermilizen sind.

Die PSUC verfolgt das Ziel der Bildung einer Regierung mit diktatorischen Vollmachten, einer Regierung, in der die Minister (Räte) der Kontrolle der Organisationen entzogen sind, kurz, eine starke Regierung, die alle ihre Energie gegen den schöpferischen revolutionären Antrieb des Proletariats entfalten kann.“

Im Anschluss daran erklärte A. Nin, der bisherige Vertreter der POUM in der Regierung, in einer Radioansprache noch folgendes:

„Von Anfang an offenbarte sich (in der Regierung) ein fundamentaler Unterschied in zwei wesentlichen Fragen: der des Krieges und der inneren Sicherheit. In Bezug auf den Krieg glauben wir, dass die Reste des alten Heeres zerstört werden müssen. Die Milizen sind unwirksam; wir brauchen ein Heer, um es dem bewaffneten, disziplinierten u. geschulten Heer Francos entgegenzustellen. Doch dieses Heer muss einer Arbeiter- u. ein revolutionäres Heer sein. Gewiss müssen wir zu den bürgerlichen Technikern greifen. Das Problem besteht darin, ob diese Techniker die absolute Kontrolle haben sollen, oder diese in den Händen der Arbeiterklasse sein soll. Wir natürlich sprechen uns für die zweite Kriterium aus u. propagieren die Schaffung eines Kriegskommissariats, das von den Arbeiterorganisationen geleitet wird.“

In Bezug auf die SU erklärte Nin:

„Wir sind die ersten Verteidiger der SU gewesen, als diejenigen, die uns heute angreifen, sie mit Beleidigungen u. Verleumdungen überschütteten. Wir danken dem russischen Volk für seine Hilfe, die es uns gewährt, aber auch Mexiko hilft uns. Aber es verlangt nichts von uns. Wir fordern, dass die Arbeiterklasse Kataloniens absolute Herrin ihres Geschickes sei. Wir weisen die Bismischung zurück, woher sie auch kommen möge... Wir lehnen nicht die Mitwirkung des Kleinbürgertums ab, wenn es bereit ist, die proletarischen Positionen anzunehmen...“

In der politischen Resolution, die vom ZK der POUM angenommen worden ist, heisst es:

„Der Versuch des Ausschlusses der POUM aus dem Rate der Generalität, die erste Etappe eines umfassenden Manövers, deren zweite Etappe der Ausschluss der CNT sein wird, will diese Sachlage ändern, um günstige Bedingungen für eine Zügelung der Revolution zu schaffen.“

Es wird dann erklärt, dass eines der wirksamsten Mittel, um dieses Manöver zu parieren u. den rev. Prozess vorwärtszutreiben, darin besteht, angemessene Organe für den Ausdruck der rev. Bestrebungen der werktätigen Klassen zu schaffen. Die POUM spricht sich dann gegen den bürgerlichen Parlamentarismus aus und erklärt: „Nicht das Parlament kann eine neue Gesellschaft schmieden; sondern eine konstituierende Versammlung, die die Grundlage legt für ein Spanien das frei ist von der Unterdrückung durch die Grundbesitzer u. Kapitalisten, der Union der sozialistischen Republiken Iberiens.“

Der POUM fordert dann die Wahl von Fabrik-, Werkstattkomitees durch die Arbeiter direkt, sowie die Wahl von Vertretern der Bauern und von Frontdelegierten, die die Grundlage des neuen sozialistischen Aufbaus und der Bildung einer Arbeiter- u. Bauernregierung bilden sollen. Die Losungen sind: Auflösung des bürgerlichen Parlaments, Konstituierende Versammlung der Fabrikkomitees, Vertreter der Bauern u. Frontdelegierte, Arbeiter- u. Bauernregierung, sowie Arbeiterdemokratie.



Das Schlichtungsgesetz vorabschiodot:

WACHSENDE AKTIVITÄT DER ARBEITER GEGEN  
 DIE TEUERUNG.  
 ooo

Die Arbeiter fühlen die materiellen Ergebnisse der Junibewegung bedroht. Selbst die offizielle Statistik kann nicht verschweigen, dass die Teuerung stetig zunimmt und bereits heute, die im Juni zugestandenen Lohnerhöhungen, die im Durchschnitt 12,5 - 15 % betragen, rostlos aufgehoben hat. Nach der offiziellen Landesstatistik sind die Engrospreise von 45 Artikeln vom Juni bis zum November um 27 % gestiegen. Die Detailpreise folgen dieser Bewegung. Die Lebensmittel weisen vom Juni bis November eine amtlich anerkannte Erhöhung von 14,8, für Brot von 37,5, für Epiceriewaren von 10, für Getränke von 23,7 % auf. Brenn- u. Beleuchtungsmaterial sind um 17,7 u. Bekleidungsartikel um 14,8 % gestiegen.

Über die Preissteigerungen im letzten Halben Jahr orientiert folgende Tabelle:

	2. V.	26. IX.	30. 11.		
Allgemeiner Preisindex:	376	404	473	fast	30 %
Lebensmittel	397	441	483	über	20 %
Fleisch	402	412	444	"	10 %
Zucker, Kaffee, Kakao	385	434	486	"	25 %
Indust. Waren	358	372	466	"	30 %
Erze u. Metalle	352	382	511	"	45 %
Textilien	289	288	395	"	35 %

Bezeichnend sind die aussergewöhnlichen Preissteigerungen für Erze und Metalle. Die vertrustete Schwerindustrie macht also die grössten Devaluationsgewinne.

Die Massnahmen der Regierung gegen die Teuerung haben sich, - wie vorauszu-sehen war - als ein Schlag ins Wasser erwiesen. Die Agrarpolitik der Regierung - die vor allem den für den Markt produzierenden Grossbauern zugute kommt - hat die Lebensmittelpreise in die Höhe getrieben. Die Abwertung des Franken aber hat dem Unternehmertum die Möglichkeit gegeben, die Preise in die Höhe zu treiben, wozu noch eine Reihe künstlicher Massnahmen des Unternehmertums beitrugen.

Die im Abwertungsprojekt der Regierung vorgesehene gleitende Lohnskala, die bekanntlich von der CGT gefordert wurde, wurde auf Grund des Widerstandes der Unternehmer u. der Radikalen fallen gelassen. Die Dekretvollmacht, die an ihrer Stelle der Regierung bewilligt wurde, besass keinerlei verpflichtenden Charakter u. erwies sich nur als eine Scheinkonzession an die Arbeiter. Das Unternehmertum drückte auf dem Wege über den Senat u. mit Unterstützung der Radikalen auf die Regierung, um zu erreichen, dass die Arbeiter an die Leine gelegt und ihrer wirksamsten Kampfmittel gegen die Teuerung beraubt wurden. Die CGT konnte infolge ihrer Bindung an die Regierung und der lückenlosen Unterstützung, die sie ihr zugesichert hatte, die ausserparlamentarischen Kräfte der Arbeiter gegen den Preiswucher nicht entfachen. So geschah es, dass die Vernichtung der materiellen Errungenschaften der Junibewegung fast ohne Widerstand vorstatten ging. Die Unternehmer zogen daraus den Schluss, dass sie ihre Offensive ungehindert weiter vortragen können.

-----

Die Arbeiter haben geraume Zeit ihre Hoffnungen auf die Regierung Blum und die Versprechungen gesetzt, die ihr durch die CGT-Führung dargereicht wurden. Nachdem sie aber merkten, dass diese Versprechungen sich in Schall und Rauch auflösten und ihre Lohnerhöhungen völlig zunichte gemacht wurden, begannen sich die Arbeiter auf jene Kampfmittel zu besinnen, die sie im Juni so erfolgreich zur Geltung gebracht hatten. Dieser, erneut erwachte Kampfgeist hat jetzt auch den Senat veranlasst, seine anfängliche Opposition gegen das Schlichtungs- und Schiedsgerichtsverfahren aufzugeben, zumal die Regierung Blum den bourgeoisen Herren des Senats weitestgehend ontgongekommen ist. Der Senat hat, durch die neu auftauchenden Streiks belehrt, bemerkt, dass das obligatorische Schlichtungs- u. Schiedsgerichtsverfahren ein durchaus brauchbares Mittel sein kann, um der jetzt auftretenden Bewegung zur Durchsetzung

eines Teuerungsausgleichs Fesseln anzulegen. L. Blum hat im Senat den Sinn des obligatorischen Schlichtungs- u. Schiedsgerichtsverfahrens sehr klar ausgedrückt und den bourgeoisen Herren des Senats die Nützlichkeit dieses Verfahrens in ihrem Interesse dargelegt.

"Die Syndikalisten haben lange Zeit das Schlichtungs- u. Schiedsverfahren abgelehnt. Es ist ein Glück, dass sie jetzt für diesen System sind. Man muss diese Lage ausnützen. Die ausgestreckte Hand der Gewerkschaftsorganisationen für die Sicherung des sozialen Friedens u. die Zusammenarbeit unter allen Klassen abweisen, wäre ein unheilvolles Vergehen gegen die Republik", sagte Léon Blum im Senat.

Die neue Fassung des obligatorischen Schlichtungs- u. Schiedsgerichtsverfahrens ist in noch stärkerer Masse wie der ursprüngliche Regierungsentwurf gegen das Streikrecht der Arbeiter gerichtet. Danach müssen alle kollektiven Arbeitskonflikte bei jedem Streik u. jeder Aussparung einem Schieds- und Schlichtungsverfahren unterworfen werden. Die Betriebsbesetzungen und Non-Gratifikationen der Betriebe letzteres Verfahren entspringt einem Vorschlag der CGT-Führung und die Arbeiter zum Verzicht auf die Betriebsbesetzungen zu bewegen unter irgendwelcher Form müssen aufhören. Nach den Interpretationen Blums im Senat ist das Einsetzen des Schlichtungsverfahrens sogar an die Wiederaufnahme der Arbeit gebunden. Der sogenannte Oberschiedsrichter wird zwar von der Regierung ernannt, muss aber aus den Reihen der höheren Verwaltungsbürokratie, wie Kassationshof, Staatsrat, Akademie der Wissenschaften, Nationaler Wirtschaftsrat oder dem Obersten Arbeitsrat, entnommen werden. Damit hat der Senat auch jene Forderung durchgesetzt, durch die die Entscheidung über die Arbeitskonflikte der Regierung entzogen und noch stärker den außerparlamentarischen Einflüssen der Arbeiterorganisationen entzogen wird.

Es wird die Aufgabe der revolutionären Arbeiter in den Gewerkschaften sein, gestützt auf die praktischen Erfahrungen aus mit dem Schlichtungsgesetz die CGT zur Aufgabe ihres verhängnisvollen Standpunktes zu veranlassen und dafür einzutreten, dass die CGT auf den Boden des Klassenkampfes auch in ihrer Führung zurückgeführt wird. Es gilt, gerade im Hinblick auf die Aufhebung der materiellen Ergebnisse der Junibewegung, die gewerkschaftliche Aktion ungehindert von staatlichen Fesseln zur Geltung zu bringen. Diese Aktion und ihre Stärke allein bestimmt auch das Mass an Zugeständnissen, das ihr von seiten des Unternehmertums und der Regierung entgegengebracht wird.

-o-o-o-o-o-o-o-o-

### "FRONT DE LA JEUNE ALSACE !"

oooooooooooooooooooooooooooo

Der elsässische kommunistische Jugendverband veranstaltete am 13. Dez. in Wittelsheim ein Jugendtreffen, für das er alle (!) Jugendorganisationen eingeladen hatte (hoffentlich nicht auch die Faschisten). Die sozialistische Jugend ist ferngeblieben, weil ihr anscheinend die Veranstaltung zu "opportunistisch" war. Bemerkenswert ist die auf der Kundgebung vertretene Politik, die dahin abzielt, die vorläufige aussser Kurs gesetzte Lösung "Front français" auf den Jugendverband zu übertragen, durch die Parole "Front de la Jeune Alsace". Genau wie der deutsche Jugend eine alldeutsche Sammelorganisation proklamiert, in die alles aufgenommen werden soll - ausser dem direkten Nachwuchs der 3 000 Millionäre! -, fordert jetzt auch der els. kommunistische Jugendverband die bedingungslose Einheit der ganzen Jugend, ausgenommen der "Fils à papa". Ausserdem fordert der Jugendverband die Verständigung "zwischen der deutschen und der französischen Jugend" - was in dieser allgemeinen Phrasologie auch heissen kann: Verständigung mit der Hitlerjugend, die ja doch die einzige legale "deutsche Jugend" ist. Eine solche allgemeine Phrasologie kann nur dazu dienen die kommunistische Grundsätze, die doch wohl auf dem Wege über die kommunistische Jugend dem Jungproletariat näher gebracht werden sollen, zu verwischen und der kommunistischen Jugend selbst die Fähigkeit zu entnehmen sich die kommunistische Grundsätze anzueignen und sie in der praktischen Jugendarbeit anzuwenden. Es scheint aber bald so, dass im Zeichen der Volksfrontpolitik kein besonderer Wert mehr auf die Aneignung der kommunistischen Grundsätze gelegt wird und die kommunistische Jugend in das soziale Fahrwasser des bürgerlichen Demokratismus gestöhrt werden soll, um nicht zu merken, dass sie sich von wesentlichen Grundsätzen des Leninismus entfernt hat. Es muss die Aufgabe aller wirklichen Kommunisten sein, die kommunistischen Grundsätze, die ihre geschichtliche Probe bestanden haben, mit ganzer Kraft gegen ihre Verwässerung im Zeichen der Volksfrontpolitik anzukämpfen.



litisch vorerst nicht binden wollen, ist ihr Hauptaugenmerk auf eine systematische revolutionäre Arbeit in den Gewerkschaften gerichtet, die bitter notwendig geworden ist. Wir werden die Genossen, sofern eine gewisse Zusammenarbeit möglich geworden ist, dabei mit aller Kraft unterstützen. Wir halten es für ratsam, dass für diese Arbeit ein Aktionsprogramm gemeinsam ausgearbeitet wird. Und wir halten es ausserdem für wünschenswert, dass die oppositionellen Parteikameraden sowie die Ausgeschlossenen in engster Fühlungnahme miteinander und unter Hinzuziehung anderer politischer Gruppen über alle wichtigsten Probleme des proletarischen Klassenkampfes gründlichst diskutieren, um gemeinsam die Taktik einer zielklaren, kommunistischen Politik zu erarbeiten. Wir begrüssen die Parteikameraden, die den verderblichen Volksfrontkurs nicht länger mitmachen wollen und wir wünschen, dass die Kameraden den engsten Kontakt mit unserer IVKO-Gruppe aufrechterhalten, die seit mehreren Jahren innerhalb der Arbeiterbewegung für eine richtige kommunistische Taktik erfolgreich eintritt.

DIE LOTHRINGER METALLARBEITER FORDERN DIE LOTHRINGISCHEN METALLARBEITER DEN LOHNAUSGLEICH FÜR DIE TEUERUNG. Schwerindustrie haben in zwei Massenkundgebungen ihre Forderungen gegenüber der Teuerung und der Sabotage der Sozialgesetze durch die Unternehmer erhoben. In einer einstimmig angenommenen Resolution haben sie ihren im Norden im Kampf stehenden Kameraden ihre Solidarität bekundet, die integrale Anwendung aller votierten Sozialgesetze gefordert und die Verbandsleitung beauftragt, die Forderung nach einer 25 % igen Lohnerhöhung als Teuerungsausgleich zu erheben, mit der spätesten Anwendung ab 1. Januar 1937. Um die Versuche der Industriellen zu durchkreuzen, die Lohnerhöhungen durch gesteigerte Preiserhöhungen auf die Konsumenten abzuwälzen, verlangen die lothringischen Metallarbeiter die Anwendung der gleitenden Lohnskala. Gleichzeitig fordern die Metallarbeiter die Aufgabe der Bloade gegen das antifaschistische Spanien.

Die Forderungen der lothringischen Metallarbeiter müssen von allen Arbeitern aufgegriffen werden. Wir haben an anderer Stelle gezeigt, dass die Preissteigerungen die Lohnerhöhungen des Juni bereits gegenstandslos gemacht haben. Dies trifft nicht nur auf die Metallarbeiter des Nordens u. der lothringischen Schwerindustrie zu, sondern auf alle Arbeiter. Bei der Forderung nach der gleitenden Lohnskala muss berücksichtigt werden, dass nicht unerhebliche Arbeiterkategorien noch völlig unzureichende Löhne besitzen und selbst der Realwert der Juni Löhne für diese Kategorien noch ein Hungerdasein bedeutet. Deshalb muss die gleitende Lohnskala zeitlich befristet werden und die CGT muss fortlaufend einen Lebenshaltungsindex auf Basis der Junipreise errechnen und veröffentlichen, der zur Grundlage für die Aktion der Arbeiter zu nehmen ist.

Unabhängig davon aber muss die Arbeiterschaft zugleich den Kampf gegen die Preissteigerungen organisieren. Dies gebietet ihr schon die Rücksichtnahme auf die übrigen werktätigen Schichten, die unter der Teuerung leiden und die nicht einmal über das Mittel einer gewerkschaftlichen Aktion zur Erlangung finanzieller Kompensationen für die Teuerung verfügen. Wir haben an dieser Stelle bereits die Vorschläge für den Kampf gegen die Preistreibeerei entwickelt: die Bildung von Preisüberwachungs- und Produktionskontrollausschüssen der Arbeiter im Bunde mit dem werktätigen Mittelstand und deren amtliche Anerkennung. Über die Aufgaben dieser Ausschüsse haben ~~wir~~ wir hier bereits das nötige gesagt und es gilt jetzt, dass die revolutionären Arbeiter in den Gewerkschaften nunmehr eine Bewegung in dieser Richtung organisieren, um die Instanzen der CGT vom Boden blosser und formaler Proteste gegen die Preissteigerungen auf den Boden einer wirklichen ausserparlamentarischen Aktion zu drängen.

GEGEN DEN PREISWUCHER. Die Union Départementale du Bas-Rhin der CGT hat zur Frage der Preissteigerungen in einer Resolution Stellung genommen. Die Resolution stellt die aussergewöhnlichen Preissteigerungen fest und fordert von Präfektur und Regierung scharfes Vorgehen gegen den Preiswucher, besonders an der Produktionsstätte. Die Hoffnung, dass der bürokratische Apparat des bürgerlichen Staates eine im Interesse der Werktätigen gelegene Preis- u. Produktionskontrolle vornehmen wird, ist grausam gründlicher Illusionismus. Es wäre viel nützlicher, wenn die CGT-Instanzen auf dem Wege über die Betriebsdelegierten u. die Angestellten die Kontrolle der Produktion und Preise organisieren würden und für die Legalisierung dieser Kontrolle und ihrer Organe durch die Regierung kämpfen würden. Die Arbeiter müssen dies fordern!

Verantwortlich: Emilo Hirtzel.

Opposition in der Strassbourger KPF.  
 ::

Die Misserfolge der Politik des Front populaire beginnen sich allmählich auch innerhalb der KPF auszuwirken. Wir berichteten seinerzeit über die oppositionelle Gruppe "Que faire" in Paris, die anlässlich des Ausschlusses des ehemaligen Mitgliedes des ZK, Ferrat, ~~zum~~ ~~neuen~~ ~~Auftrieb~~ erhielt und einige ältere Parteikader umfasst. Als eine weitere symptomatische Auswirkung der Volksfrontpolitik ist ferner auch das Ansteigen der anarcho-syndikalistischen Tendenzen in der Pariser Arbeiterschaft zu bezeichnen. Ein ähnlicher Widerstand eines Teils der Parteimitgliedschaft gegen die Politik der KPF-Führung scheint nun auch im Elsass Fuss zu fassen. Die Redaktion der "Arbeiterpolitik" erhielt dieser Tage ein Flugblatt, das in Strassbourg kursierte, und das, wie uns mitgeteilt worden ist, auf oppositionelle Stimmungen in der Strassbourger KPF zurückzuführen ist. Das betreffende Flugblatt "Arbeiter, macht die Augen auf!", ist von ~~der~~ ~~Parti~~ ~~Ouvrier~~ ~~Internationaliste~~ (Bolschewik-Leninist) unterzeichnet, einer trotzkistischen Gruppe, die hierdurch zum erstenmal in Strassbourg in Erscheinung tritt. Das will nun keineswegs heissen, dass die oppositionellen KPF-Mitglieder mit dieser trotzkistischen Gruppe identisch sind. Es wird uns im Gegenteil von den betreffenden Partei-Militanten versichert, dass sie von der P.O.I. nicht überzeugt sind und das Flugblatt ihnen sehr geschadet habe, da es der Parteiregionalleitung daran gelegen war die aufkommende Opposition schleunigst als "Trotzkisten-Faschisten" zu infamieren. Ausserdem erklären die bereits aus der KPF ausgeschlossenen Militanten, wie auch die in der Partei befindlichen oppositionellen Elemente, dass sie vorläufig überhaupt nicht beabsichtigen sich einer bestehenden Oppositionsgruppe oder -Partei anzuschliessen. Soweit die Kameraden bereits zu den verschiedenen oppositionellen Richtungen Stellung genommen haben, pflichteten sie gossenteils der in der "Arbeiterpolitik" u. im "Internationalen Klassenkampf" vertretenen Kritik am Volksfrontkurs u. den von der I.V.K.O. befürworteten kommunistischen Taktik bei, ohne sich allerdings vorerst organisatorisch an sie zu binden.

Das Flugblatt der "Le Parti Ouvrier Internationaliste", das sich hauptsächlich mit den innerfranzösischen Fehlschlägen der Volksfrontpolitik beschäftigt, gibt uns zu einigen Bemerkungen Veranlassung. Bei der berechtigten Kritik an der "Neutralitätspolitik" der Regierung Blum im spanischen Bürgerkrieg, wird auch das "Verhalten der Sowjetunion kritisiert, die genau so wie Blum und "die 3. und 2. Internationale das spanische Proletariat schamhäftig verraten" haben soll. Es entspricht einfach nicht den Tatsachen, wenn die "Ouvrier Internationalisten" die SU mit Blum auf eine Stufe stellen wollen. Die SU hat sich selber sehr geschädigt, als sie anfangs die "Neutralität" mitmachte, die garnicht notwendig war. Aber die SU hat, freilich erst im 4. Monat des spanischen Bürgerkriegs, ihre falsche Haltung aufgegeben und unterstützt ~~weiter~~ ~~mit~~ ~~allen~~ ~~Kräften~~ ~~die~~ ~~spanischen~~ ~~Arbeiter~~. Zu kritisieren ist heute ~~an~~ ~~der~~ ~~SU~~, dass ~~nach~~ ~~wie~~ ~~vor~~ für den Sieg der bürgerlichen Demokratie in Spanien eintritt. Es ist in diesem Zusammenhang bemerkenswert, dass die "Ouvrier Internationalisten" mit keinem Wort ihre spezifische trotzkistische Stellung zur inneren Politik der SU erwähnen. Dieses Verschweigen der wirklichen Differenzen der Trotzkisten zu der SU und der Komm. Internationale zeigt wie schwach es um die Argumentation der "Ouvrier Internationalisten" bestellt ist.

Die Front-populaire-Politik wird von den "OI" von dem Kriterium ~~aus~~ betrachtet, dass die französische Arbeiterklasse "für die Machtübernahme reif" sei, - eine Annahme, die reichlich übertrieben ist. Wenn das den Tatsachen entspräche, müsste man sich nur wundern, dass ~~die~~ ~~O.I.~~ selber nicht eine Politik befürworten, die einer "herannahenden revolutionären Situation" wirklich entspricht. Der "positive" Teil des Flugblatts begnügt sich jedoch nur mit der Losung, dass sich die Arbeiter "nicht beschwindeln" lassen u. für "Fabrikkomitees u. Strassenkomitees" eintreten sollen. Das ist alles, was die "O.I." den Arbeitern praktisch vorschlagen, nachdem sie auf zwei Seiten die Volksfrontpolitik kritisiert haben. Eine solche rein negative Kritik werden die Arbeiter nicht ernst nehmen. Ähnliche Übertreibungen, wie die erwähnte, die in der praktischen Politik eine ganz falsche Aufgabenstellung herbeiführen müssen, durchflechten das Flugblatt auch an anderen Stellen.

Die oppositionellen Militanten der KPF-Strassbourg solidarisieren sich, wie gesagt, keineswegs mit den Verfassern des Flugblattes. Da sie sich parteipol-



litisch vorerst nicht binden wollen, ist ihr Hauptaugenmerk auf eine systematische revolutionäre Arbeit in den Gewerkschaften gerichtet, die bitter notwendig geworden ist. Wir werden die Genossen, sofern eine gewisse Zusammenarbeit möglich geworden ist, dabei mit aller Kraft unterstützen. Wir halten es für ratsam, dass für diese Arbeit ein Aktionsprogramm gemeinsam ausgearbeitet wird. Und wir halten es ausserdem für wünschenswert, dass die oppositionellen Parteikameraden sowie die Ausgeschlossenen in engster Fühlungnahme miteinander und unter Hinzuziehung anderer politischer Gruppen über alle wichtigsten Probleme des proletarischen Klassenkampfes gründlichst diskutieren, um gemeinsam die Taktik einer zielklaren, kommunistischen Politik zu erarbeiten. Wir begrüssen die Parteikameraden, die den verderblichen Volksfrontkurs nicht länger mitmachen wollen und wir wünschen, dass die Kameraden den engsten Kontakt mit unserer IVKO-Gruppe aufrechterhalten, die seit mehreren Jahren innerhalb der Arbeiterbewegung für eine richtige kommunistische Taktik erfolgreich eintritt.

DIE LOTHRINGER METALLARBEITER FORDERN DIE LOTHRINGISCHEN METALLARBEITER DER LOHNAUSGLEICH FÜR DIE TEUERUNG. Schwerindustrie haben in zwei Massenkundgebungen ihre Forderungen gegenüber der Teuerung und der Sabotage der Sozialgesetze durch die Unternehmer erhoben. In einer einstimmig angenommenen Resolution haben sie ihren im Norden im Kampf stehenden Kameraden ihre Solidarität bekundet, die integrale Anwendung aller votierten Sozialgesetze gefordert und die Verbandsleitung beauftragt, die Forderung nach einer 25 % igen Lohnerhöhung als Teuerungsausgleich zu erheben, mit der spätesten Anwendung ab 1. Januar 1937. Um die Versuche der Industriellen zu durchkreuzen, die Lohnerhöhungen durch gesteigerte Preiserhöhungen auf die Konsumenten abzuwälzen, verlangen die lothringischen Metallarbeiter die Anwendung der gleitenden Lohnskala. Gleichzeitig fordern die Metallarbeiter die Aufgabe der Bloade gegen das antifaschistische Spanien.

Die Forderungen der lothringischen Metallarbeiter müssen von allen Arbeitern aufgegriffen werden. Wir haben an anderer Stelle gezeigt, dass die Preissteigerungen die Lohnerhöhungen des Juni bereits gegenstandslos gemacht haben. Dies trifft nicht nur auf die Metallarbeiter des Nordens u. der lothringischen Schwerindustrie zu, sondern auf alle Arbeiter. Bei der Forderung nach der gleitenden Lohnskala muss berücksichtigt werden, dass nicht unerhebliche Arbeiterkategorien noch völlig unzureichende Löhne besitzen und selbst der Realwert der Junilöhne für diese Kategorien noch ein Hungerdasein bedeutet. Deshalb muss die gleitende Lohnskala zeitlich befristet werden und die CGT muss fortlaufend einen Lebenshaltungsindex auf Basis der Junipreise berechnen und veröffentlichen, der zur Grundlage für die Aktion der Arbeiter zu nehmen ist.

Unabhängig davon aber muss die Arbeiterschaft zugleich den Kampf gegen die Preissteigerungen organisieren. Dies gebietet ihr schon die Rücksichtnahme auf die übrigen werktätigen Schichten, die unter der Teuerung leiden und die nicht einmal über das Mittel einer gewerkschaftlichen Aktion zur Erlangung finanzieller Kompensationen für die Teuerung verfügen. Wir haben an dieser Stelle bereits die Vorschläge für den Kampf gegen die Preistreiberei entwickelt: die Bildung von Preisüberwachungs- und Produktionskontrollausschüssen der Arbeiter im Bunde mit dem werktätigen Mittelstand und deren amtliche Anerkennung. Über die Aufgaben dieser Ausschüsse haben wir hier bereits das nötige gesagt und es gilt jetzt, dass die revolutionären Arbeiter in den Gewerkschaften nunmehr eine Bewegung in dieser Richtung organisieren, um die Instanzen der CGT vom Boden blosser und formaler Proteste gegen die Preissteigerungen auf den Boden einer wirklichen ausserparlamentarischen Aktion zu drängen.

GEGEN DEN PREISWUCHER. Die Union Départementale du Bas-Rhin der CGT hat zur Frage der Preissteigerungen in einer Resolution Stellung genommen. Die Resolution stellt die aussergewöhnlichen Preissteigerungen fest und fordert von Präfektur und Regierung scharfes Vorgehen gegen den Preiswucher, besonders an der Produktionsstätte. Die Hoffnung, dass der bürokratische Apparat des bürgerlichen Staates eine im Interesse der Werktätigen gelegene Preis- u. Produktionskontrolle vornehmen wird, ist grausam gründlicher Illusionismus. Es wäre viel nützlicher, wenn die CGT-Instanzen auf dem Wege über die Betriebsdelegierten u. die Angestellten die Kontrolle der Produktion und Preise organisieren würden und für die Legalisierung dieser Kontrolle und ihrer Organe durch die Regierung kämpfen würden. Die Arbeiter müssen dies fordern!

Verantwortlich: Emilo Hirtzel.

# ARBEITERPOLITIK

Organ der kommunistischen Partei - Opposition Elsass (Section der IVKO)

Nr. 2/IV. Jahrgang

Zweite Januarwoche 1937.

UM DAS SCHICKSAL DER SPANISCHEN  
 REVOLUTION.

Die Linie der Komintern.

Die jüngsten offiziellen Kundgebungen der Führung der KI zeigen mit aller Klarheit, was der Sinn ihrer Politik in Spanien und insbesondere der Hetze gegen die POUM ist, die zur Ausschaltung dieser Partei aus der katalonischen Regierung geführt hat.

In einem Neujahrartikel von Dimitrow wird gesagt:

"Der Sieg des spanischen Volkes über die faschistischen Reaktionäre und die faschistischen Interventionisten, so wie die Errichtung eines festen republikanischen, parlamentarisch demokratischen Regimes, das sich auf die Volksfront stützt, (Unterstreichungen von Dimitrow) werden in entschiedener Weise die materielle und politische Grundlage des Faschismus in Spanien untergraben. . . Die Garantie dieses Sieges, das ist insbesondere die Volksfront, diese bemerkenswerte, im Kampfe geschaffene und erprobte Waffe. Nicht nur die Kommunisten, sondern auch die anderen Parteien und Organisationen der spanischen Volksfront begreifen, immer mehr, dass man über diese Waffe wachen, sie verstärken, sie vervollkommen und sich ihr immer geschickter bedienen muss, indem man das Maximum von Wachsamkeit und Entschlossenheit gegenüber allen denen an den Tag legt, die in Erfüllung von Aufträgen des Feindes es versuchen sollten, die Volksfront zu spalten oder von innen her zu erschüttern. . ."

In einer Resolution des Präsidiums des EKKI der Komintern vom 28. Dezember 1936 über die Tätigkeit der KP-Spaniens heisst es:

"Das Präsidium des EKKI . . . billigt ihre (der KPSp.) Linie des Kampfes für die Verteidigung und die Konsolidierung der parlamentarischen, demokratischen Republik, die alle Rechte und Freiheiten des spanischen Volkes gewährleistet, in der die materielle Basis des Faschismus untergraben sein, in der es keinen Platz mehr für den Faschismus geben wird u. in der das Volk frei seinen Willen zum Ausdruck bringen u. selbst über sein Schicksal wird entscheiden können. . . Das Präsidium des EKKI hält den Kampf für richtig, den die KP und die anderen Organisationen der Volksfront gegen die Trotzlisten als faschistische Agenten führen, die Provokationsarbeit zugunsten von Hitler und des General Franco leisten, in dem sie bestrebt sind, die Volksfront zu spalten, eine verleumderische konterrevolutionäre Kampagne gegen die Sowjetunion betreiben und alle Mittel u. allerlei Intrigen und demagogische Manöver anwenden, um die Zerschmetterung des Faschismus in Spanien zu verhindern. In anbetrachtt dessen, dass die Trotzlisten im Interesse des Faschismus eine Minierarbeit im Rücken der republikanischen Truppen leisten, billigt das Präsidium die Linie der Partei, die auf eine vollständige Niederlage des Trotzismus in Spanien als notwendige Bedingung des Sieges über den Faschismus abzielt. . . (Unter Trotzismus ist hier überall die POUM gemeint, Red. der "Arbeiterpolitik") Das Präsidium des EKKI hält es für richtig, dass die Partei gegen die Tendenz, die ganze Industrie ohne Unterschied zu nationalisieren Stellung genommen hat; es solidarisiert sich mit der Linie der Partei, die darauf abzielt, dass diese Nationalisierung bestimmt wird durch die Notwendigkeiten der Verteidigung der Republik, dass sie gerichtet ist gegen die Versuche der Feinde, die Sabotage und den Ruin der Wirtschaft zu organisieren, sowie gegen die direkten oder indirekten Teilnehmer der Rebellion".



Die Konsequenzen dieser Linie.

Diese Stellungnahme der Führung der KI wird von der KP-Spaniens in der Weise umgesetzt, dass sie eine Hetze gegen die POUM betreibt, deren offenkundiger Zweck es ist, ein Verbot der POUM herbeizuführen. Gleichzeitig eröffnet die KPSp eine Kampagne gegen die Anarchisten, die bekanntlich auch keine Anhänger der Konsolidierung des bürgerlichen Parlamentarismus sind. In Madrid ist das Organ der CNT verboten worden. In Barcelona versucht die PSUC (Sektion der KI), die CNT und die POUM für die Stockungen in der Lebensmittelversorgung verantwortlich zu machen (dabei ist der jetzige Leiter der Lebensmittelversorgung in der katalonischen Regierung ein Mitglied der PSUC). Die "Solidaridad Obrera", das Organ der CNT, brachte in seiner Nummer v. 27. Dezember einen Artikel unter der Überschrift "Nicht gegen den Faschismus, sondern gegen die CNT", in dem gesagt wurde: "Barcelona und Madrid vereinigen sich, um einen Kampf gegen den spanischen Anarchosyndikalismus zu eröffnen, einen Kampf, der schon seit einiger Zeit im Dunkeln vorbereitet wurde..."

Die Liquidation des sozialistischen Charakters  
der Revolution.

Um die ganze Tragweite der Politik der KI in Spanien zu verstehen, muss berücksichtigt werden, dass das Eintreten für die bürgerliche Demokratie in Spanien noch etwas mehr bedeutet als z. B. das Eintreten der KPF für die bürgerliche Demokratie in Frankreich. In Spanien ist im Verlaufe des Bürgerkrieges eine gewaltige revolutionäre Bewegung der werktätigen Massen über die bürgerliche parlamentarische Demokratie hinweggegangen. Im antifaschistischen Spanien sind nur noch Reste des bürgerlich-parlamentarischen Staates u. des kapitalistischen Wirtschaftssystems, dem diese Staatsform entspricht, übrig geblieben. Die Arbeiter u. Bauern haben die Kapitalisten u. Grundherren zum grossen Teil enteignet u. sich eigene Machtorgane geschaffen, die die Reste des bürgerlichen Staatsapparats in den Hintergrund gedrängt haben. Die Lösung der Herstellung eines festen Regimes der parlamentarischen (d. h. bürgerlichen) Demokratie bedeutet in Spanien die Rückgängigmachung der revolutionären Errungenschaften der spanischen Werktätigen, bedeutet den Kurs auf die Restauration des Kapitalismus, ganz gleich, was sich die Führung der KI dabei denken mag. Die Führung der KI hat sich jetzt ad hoc eine Theorie zurechtgebraut, wonach ein solches bürgerlich-demokratisches Regime möglich ist, in dem der Faschismus keine materielle Basis mehr hat. Diese Theorie unterstreicht nur die Verderblichkeit der Politik der KI, denn sie steht im offenen u. schreienden Widerspruch zu den elementaren Grundsätzen des Marxismus u. Leninismus. Die materielle Basis des Faschismus, das ist bekanntlich der niedergehende Kapitalismus. Und wer den Kapitalismus nicht beseitigen will, wer den bürgerlichen Staat aufrechterhalten will, der kann auch die materiellen Wurzeln des Faschismus nicht beseitigen.

Die KI versucht ihre Linie mit dem Argument zu begründen, dass für den Sieg über den Faschismus eine einheitliche Staatsgewalt, ein einheitliches militärisches Kommando u. eine planmässige Organisation der Wirtschaft notwendig sei. Sicher ist das notwendig. Es fragt sich nur, auf welcher Grundlage, mit was für einem Klasseninhalt diese Vereinheitlichung erfolgen soll. Die POUM schlägt eine Vereinheitlichung auf der Basis des Aufbaus eines Staates der Werktätigen u. des Kampfes für die sozialistische Revolution vor. Sie schlägt die Wahl von Komitees der Arbeiter, der Bauern und der an der Front Kämpfenden vor, die zu einer konstituierenden Versammlung zusammentreten u. eine Regierung aus ihren Reihen bilden sollen. Die POUM tritt für eine einheitliche Rote Armee, eine Armee, die unter Kontrolle der Werktätigen steht, ein. Was aber will die KI? Sie will die Vereinheitlichung auf bürgerlicher Basis, auf der Basis der Liquidation der Machtorgane der Werktätigen u. des Wiederaufbaus des bürgerlichen Staatsapparats. Infolge der Schwäche der POUM, infolge der Tatsache, dass die KP in Spanien nicht die Rolle einer revolutionären Vorhut, sondern eines Bremsklotzes der Revolution spielt, infolge des starken Einflusses der Anarchisten bieten die Machtorgane, die sich die Werktätigen in Spanien geschaffen haben, das Bild eines ziemlichen Durcheinanders, (wobei natürlich berücksichtigt werden muss, dass keine grosse Revolution sich abspielt wie eine Parado). Aber statt die vorhandenen Machtorgane der Werktätigen, so wie das die POUM vorschlägt; zu wählen u. einheitlichen Körperschaften auszubauen, die die Rolle der Sowjets in Spanien übernehmen, betreibt die KI eine Propaganda für die Li-

quidierung der verschiedenen "Komitees". Sie tritt für eine Armee ein, in der die Befehlsgewalt der bürgerlichen Offiziere uneingeschränkt wiederhergestellt wird. Sie hat in Madrid die Auflösung der Milizen des Hinterlandes u. die Schaffung einer einheitlichen Polizei durchgesetzt. Sie verlangt dasselbe, d. h. die Auflösung der revolutionären Sicherheitsorgane der Werktätigen zugunsten einer regelrechten "Polizei", jetzt auch in Katalonien. Auf wirtschaftlichen Gebiet fordert die Resolution der KI die Einschränkung der Nationalisierung der Industrie u. ihre Durchführung nicht unter dem Gesichtswinkel der Beseitigung des Kapitalismus, und des Aufbaus einer sozialistischen Wirtschaft, sondern lediglich unter dem Gesichtspunkt der Organisation der Kriegswirtschaft. In einem jüngst erschienenen programmatischen Aufruf verlangt die KP Sp. zur Leitung der Industrie u. der Wirtschaft im allgemeinen einen Koordinierungsrat, in dem "alle Fachleute" u. Spezialisten der Volksfront vertreten sein u. dem die Organe der Arbeiterkontrolle unterstellt werden sollen. Bisher haben es die Arbeiter bei der Übernahme der Betriebe so gehalten, dass sie die Fachleute, die ja meist Bürgerliche sind, den Organen der Arbeiterkontrolle unterstellt haben. Jetzt will die KP die "Fachleute der Volksfront" (und die besten Fachleute, das sind sicherlich bürgerlich-republikanische Fabrikdirektoren oder Industrielle) über die Organe der Arbeiter setzen. In Katalonien war der Versuch unternommen worden, den Waren Austausch zwischen Stadt u. Land unter Ausschaltung des Zwischenhandels zu organisieren. Jetzt wird das Veranlassung der PSUC wieder der freie Handel eingeführt. Das geschieht im Namen des Schutzes der Mittelschichten. Auf diese Weise aber wird die kapitalistische Spekulation begünstigt, deren Kosten die Arbeiter und letzten Endes auch die grossen Massen der Werktätigen Kleinbürger u. Bauern zu tragen haben.

Die Führung der KI möchte, wie wir sehen, die spanische Revolution rückläufig machen bis zu dem Punkt, der mit dem Bestehen eines "festen parlamentarisch-demokratischen Regimes", lies mit den kapitalistischen Interessen der republikanischen Bourgeoisie vereinbar ist. Aber in Spanien haben wir es mit einer proletarischen Revolution zu tun, mag die Führung der KI noch so häufig erklären, dass das Proletariat heute nur die Wahl zwischen bürgerlicher Demokratie u. Faschismus habe. Diese Politik, die darauf abzielt, den Vormarsch der proletarischen Revolution in Spanien rückgängig zu machen, eine solche Politik ist keine revolutionäre, sondern eine objektiv, ihrer Wirkung nach konterrevolutionäre Politik. Es ist kein Zufall, dass diese Politik der KI begleitet wird von einer Propagandakampagne gegen die POUM, d. h. gegen diejenige politische Organisation Spaniens, die am klarsten u. entschiedensten das Programm der sozialistischen Revolution in Spanien vertritt, sowie von einer mehr oder weniger offenen Kampagne gegen die Anarchisten, die bei all ihrer theoretischen Konfusion und politischen Unklarheit den Willen breiter proletarischer Massen zur Beseitigung des Kapitalismus zum Ausdruck bringen. Die Anarchisten wissen zwar nicht genau, was sie an die Stelle des bürgerlichen Regimes setzen wollen, aber darüber sind sich die anarchistischen Arbeiter einig, dass sie nicht zum Kapitalismus, nicht zur bürgerlichen Demokratie zurückkehren, u. dass sie die Waffen nicht aus ihren Händen geben wollen. Sehr charakteristisch ist folgende Äusserung des "Solidaridad Obrera" v. 18. Dez.:

"Wir glauben, dass wir nicht in der Epoche der Posen sind u. dass das nationale u. das regionale (katalonische) Parlament bis auf weiteres suspendiert u. aufgelöst werden müssen. Man wird uns sagen, dass die Verfassung dem im Wege stehe. Aber die arme Verfassung! Sie müsste auch suspendiert werden, denn wir wissen, dass wir uns in vielen Fällen nicht nach ihr richten können... Alles muss revidiert werden. Diese Verfassung der Republik u. diese Parlamente werden in der Zukunft der spanischen Revolution keinen Platz haben."

#### Eine historische Parallele, die nicht zur Nachahmung reizt.

Solche Töne, wie wir sie jetzt von der KI in bezug auf Spanien zu hören bekommen, haben wir schon einmal vernommen, nämlich 1918 in Deutschland. Die Ebert-Scheidemann führten eine Kampagne gegen die "Übergriffe" der "Komitees", will sagen Arbeiter- u. Soldatenräte, für die Autorität der "rechtmässigen" Regierung, für die Herstellung einer "festen" parlamentarischen Demokratie, für die Autorität der Offiziere in der Armee, gegen "überstürzte" u. "chaotische Sozialisierungen", für eine "geregelt" Sozialisierung durch die Kommissionen von "Fachleuten" u. nicht zuletzt gegen die "Spaltertätigkeit" des Spartakusbundes, dem sie vorwarfen, das Spiel der Reaktion zu spielen. Das Ende dieser Pe-



riode war der Noskefeldzug, war die Konsolidierung der parlamentarischen Republik auf Arbeiterleichen, war die Schaffung einer "festen" Basis für die Umtriebe des deutschen Faschismus. Und die Führer der USP, die im November u. Dezember 1918 den Ebert u. Scheidemann zur Seite standen, haben die Folgen ihrer konterrevolutionären Politik durch die Klagen, die sie später an den Gründern der von Noske Ermordeten anstimmten, nicht wiedergutmachen können.

Die Führung der KI sollte sich darüber im klaren sein, dass die Dinge ihre eigene Logik haben u. dass es eine Utopie ist, sich vorzustellen, als könne man die bürgerliche Demokratie wiederherstellen u. dabei der Restaurierung des Kapitalismus Schranken auferlegen. Eine proletarische Diktatur kann, bevor sie die ganze Wirtschaft sozialisiert hat, so wie während der Nep in Russland, den kapitalistischen Sektor der Wirtschaft in gewissen Schranken halten. Aber einen sozialistischen Sektor in einer "festen" bürgerlichen Demokratie kann es nicht geben, das haben wir in Österreich u. in Deutschland gesehen. Die Führung der KI sollte sich ferner darüber im klaren sein, dass der Kurs, den sie jetzt mit ihrer Programmatze gegen die POUM u. ihrer Kampagne gegen die Anarchisten eingeschlagen hat, wenn weitergeführt, zu den schärfsten Konflikten innerhalb der spanischen Antifaschisten führen muss, denn es ist nicht zu erwarten, dass die spanischen Arbeiter ihre revolutionären Errungenschaften freiwillig aufgeben.

#### Wor spaltet die antifaschistische Front?

Damit kommen wir zur Frage, wer die antifaschistische Front spaltet: die PO oder die KP. Die KP stellt die Sache so dar, als ob die POUM die republikanischen bürgerlichen Kräfte mit Gewalt daran hindern wolle, sich am antifaschistischen Kampf zu beteiligen. Aber so stehen die Dinge keineswegs. Die POUM hat durch die Tat gezeigt, dass sie bereit ist, mit allem kampfwilligen Kräften gegen den Faschismus zusammenzuarbeiten. Sie hat es nur abgelehnt, aus Rücksicht auf bürgerliche Antifaschisten auf das Klassenprogramm der Arbeiter u. auf die sozialistische Revolution, die allein die endgültige Befreiung der Werktätigen, und zwar auch der werktätigen Mittelschichten herbei führen kann, zu verzichten. Si hat das mit vollem Recht getan, denn der Verzicht auf das Weitertreiben der proletarischen Revolution bedeutet heute in Spanien die Fesselung und schliesslich Desorientierung u. Zersetzung der werktätigen Massen, d. h. also der eigentlichen antifaschistischen Kraft. Was die KP anbetrifft, so sehen wir dass ihre Politik der "Einheit" gegen den Faschismus darauf hinausläuft, dass sie, um die bürgerlich-republikanischen Kräfte in Spanien (und deren Protektoren, die demokratischen Imperialisten Frankreichs u. Englands) bei guter Laune zu erhalten, einen Kampf gegen die kampfbereitesten Teile der spanischen Arbeiterklasse anfacht.

#### Die POUM und der Trotzkiismus.

Zu den Anklagen, die gegen die POUM erhoben worden, gehört die Anklage des Trotzkiismus. Nun sind in der POUM zwar bedauerlicherweise trotzkiistische Tendenzen vorhanden, aber es muss festgestellt werden, dass 1) die POUM es stets abgelehnt hat, sich mit dem Trotzkiismus zu identifizieren und auf ihrer letzten ZK-Sitzung die trotzkiistische IV. Internationale von neuem ausdrücklich abgelehnt hat, 2) dass die Trotzkiisten (die richtigen Trotzkiisten) die POUM scharf bekämpfen, weil diese nicht die ultralinke Abontaurerpolitik betreibt, die sie für Spanien vorschlagen, 3) dass in der Mitgliedschaft der POUM immer mehr eine scharfe Kampfstellung gegen den Trotzkiismus (natürlich ohne jede Konzession an die von der POUM mit Recht als menschwistisch bezeichnete Linie der KI in der spanischen Frage) gefordert wird. So schreibt z. B. "El Comunista", das Organ der POUM in Valencia:

"Wir haben die trotzkiistische Fraktion bekämpft u. werden sie jedesmal bekämpfen, wenn das nötig ist. Wir haben das Recht dazu, niemand kann es uns streitig machen, denn unsere Partei war nie trotzkiistisch, will es nicht sein u. wird es nie sein. Und es wird notwendig sein, dass das ZK unserer Partei, um die verleumderische Kampagne an der Wurzel zu treffen, um ihr jeden Schein der Rechtfertigung zu nehmen, kategorisch jede trotzkiistische oder trotzkiisierende Kundgebung in unseren Reihen verurteilt."

Ein besonders schlimmes Zeichen für die Politik der KI ist die von ihr aufgestellte Behauptung, dass die POUM eine "Agentur des Faschismus" sei. Die Urheber dieser Behauptung wissen ganz gut, dass es eine unverschämte Lüge ist, so etwas über die Partei zu sagen, deren Gründer, J. Maurin, von den Faschisten er-

mordet worden ist u. von der Tausende an der Front stehen u. dort tapfer kämpfen. Die Führung der KI sticht ihre Anklage mit dem Argument zu begründen, dass die POUM den Faschisten Argumente liefere, denn diese behaupten, sie kämpften in Spanien gegen die proletarische Revolution u. indem die POUM gegen die bürgerliche Demokratie u. für die proletarische Revolution eintrete, nütze sie dem Faschismus. Die weisen Häupter der KI scheinen nicht bemerkt zu haben, dass sie mit dieser Argumentation nur sich selbst verurteilen. Nach ihrer Logik ist man verpflichtet, um den Faschisten keine Argumente zu liefern, gleichfalls Stellung gegen den Sieg der proletarischen Revolution in Spanien zu nehmen. Wir wollen nicht in die Verleumdersprache der KI-Führung verfallen u. sie nun deshalb als "Agenten des Faschismus" bezeichnen, aber es ist klar, dass es den Hitler, Mussolini u. Franco den Rücken steifen muss, wenn selbst die Führung der KI Stimmung gegen den Sieg der proletarischen Revolution in Spanien macht.

#### Ursachen u. Folgen dieses Kurses.

Die Spanienpolitik der Komintern ist eine praktische Anwendung der von Dimitrow in seinem bekannten Artikel "Die Einheitsfront des Kampfes für den Frieden", der im Sommer 1936 veröffentlicht wurde, entwickelten Linie. Diese Anwendung bestätigt die Warnungen der IVKO vor den "vorhängnisvollen Folgen" der damals von Dimitrow vorgeschlagenen Politik in vollem Masse. Dimitrow befürwortete bekanntlich ein faktisches Bündnis der Arbeiter u. der Bourgeoisie der bürgerlich-demokratischen Länder, weil er darin ein Mittel zur Verteidigung des Friedens gegenüber den Kriegsplänen der faschistischen Diktaturen u. zur Verteidigung der Sowjetunion sah. Heute wird diese Politik in der Weise in die Praxis umgesetzt, dass die KI sich gegen die proletarische Revolution u. für die Erhaltung der bürgerlichen Demokratie in Spanien einsetzt, offenbar in der Hoffnung, dadurch zu erreichen, dass die demokratischen Imperialisten Frankreichs u. Englands sich mit der SU zusammenschließen, um der Intervention des deutschen u. italienischen Faschismus in Spanien ein Ende zu machen. Es ist bezeichnend, dass das neueste Stadium der Spanienpolitik der KI (der Kurs auf die Wiederherstellung der "festen" parlamentarischen Demokratie und die Progromhetze gegen die POUM) zusammenfällt mit der praktischen Einstellung der Kampagne gegen die englisch-französische Neutralitätspolitik (die KPF fordert nur noch im allgemeinen "Hilfe für Spanien", spricht aber nicht mehr von "Flugzeugen u. Kanonen für Spanien", sondern begnügt sich mit der Forderung der 100-prozentigen Durchführung der Neutralitätspolitik). Das alles soll wohl die englischen u. französischen Imperialisten beruhigen u. sie geneigter machen, gegen die Naziintervention in Spanien energisch aufzutreten. Diese Politik der KI bedeutet nicht nur, dass sie den britischen u. französischen Imperialismus zu ihrem Wirt erhebt, sondern auch dass sie ihre Rechnung ohne die spanischen Arbeiter macht. Diese Politik ist ein Frevel an den Interessen der spanischen u. der internationalen Arbeiterklasse u. darum auch an denen der Sowjetunion.

Die "Linie", die der britische u. französische Imperialismus in der spanischen Frage verfolgen, zielt bekanntlich ab auf eine Restaurierung des Kapitalismus (am liebsten würden England u. Frankreich ein faules Kompromiss zwischen Franco und den bürgerlichen Republikanern auf Kosten der Arbeiter sehen) u. auf die Verhinderung der dauernden Festsetzung Hitlers u. Mussolinis in Spanien.

Die KI sieht ihre Aufgabe darin, sich an den Ruckschüssen der englischen u. der französischen Bourgeoisie festzuhalten. Aber es muss ganz klar gesagt werden, dass eine Restaurierung des Kapitalismus in Spanien auf alle Fälle, und sei es auch unter Wahrung bürgerlich-demokratischer Formen u. unter Vordrängung Hitlers u. Mussolinis aus Spanien die Niederwerfung der fortgeschrittensten Teile der spanischen Arbeiterklasse voraussetzt, dass sie auf alle Fälle ein ungeheurer moralischer Schlag für die ganze internationale Arbeiterklasse sein würde, für die der Kampf der spanischen Arbeiter - wie das der österreichische Sozialistenführer Deutsch ausdrückte - die Wiedererweckung des Glaubens an die proletarische Revolution bedeutet. Die Restaurierung des Kapitalismus in Spanien würde nicht nur auf alle Fälle die Reaktion, den Faschismus der anderen Länder zu neuen Angriffen ermutigen, sie würde die Weltstellung der Sowjetunion schwächen, denn diese Stellung ist unzertrennlich mit dem Schicksal der proletarischen Revolution in den anderen Ländern verknüpft, auch wenn die KPSU u. die KI glauben, sie könnten die proletarische Revolution nach Belieben für eine Zeitlang von der Tagesordnung der Weltgeschichte absotzen.



Es ist aber auch eine Illusion zu glauben, die bürgerlich-demokratische Bravheit der spanischen Arbeiter u. nicht der Massendruck des englischen und französischen Proletariats sei das Mittel, um den englischen u. den französischen Imperialismus zu energischen Massnahmen gegen die deutsche u. die italienische Intervention in Spanien zu bewegen. So wie die Dinge heute liegen, suchen die englische u. die französische Regierung Hitler u. Mussolini durch allerlei dunkle Schachergeschäfte aus Spanien hinauszumantwären. England hat mit Mussolini schon den Mittelmeervortrag abgeschlossen, zu dem auch die Regierung Blum ihren Segen gab. Mussolini hat sich darin verpflichtet, kein spanisches Gebiet auf die Dauer an sich zu reißen u. hat sofort neue Truppensendungen zur Unterstützung Francos durchgeführt. Die englische Regierung hat zwar offiziell diese neuen Truppensendungen des italienischen Faschismus bedauert, es wird aber in der Presse (z. B. von Mme Tabouis im "Oeuvre" angedeutet, dass diesem offiziellen Bedauern ein stilles Einverständnis entspricht. England hofft offenbar darauf, dass die italienischen Truppen bewirken werden, dass das Abhängigkeitsverhältnis Francos von Hitler sich lockert. Dass die Soldaten Mussolinis sich nebenbei auch mit der Massakrierung spanischer Arbeiter befassen, rührt das demokratische Herz der britischen Bourgeoisie nicht. Was Hitler anbelangt, so haben die diplomatischen Vorstellungen Englands u. Frankreichs gegen seine Interventionspolitik in Spanien bisher keine andere Wirkung gehabt, als dass die Nazis täglich unverschämter und brutaler vorgehen, dass sie nunmehr auch zur See Krieg gegen die spanischen Antifaschisten führen. Hitler verstärkt seine Intervention in Spanien um ein Pfand in den Händen zu haben, dass er gegen Konzessionen auf anderen Gebieten austauschen kann. Dass der britische u. französische Imperialismus zu einem solchen Schacher bereit u. nicht abgeneigt sind, einen Rückzug Hitlers aus Spanien mit Konzessionen auf anderen Gebieten u. in anderen Teilen Europas zu bezahlen, zeigt das Angebot einer eventuellen "wirtschaftlichen Hilfe" an Nazideutschland, das Blum vor kurzem machte. Diese Politik des englischen u. französischen Imperialismus widerspricht den Interessen der internationalen Arbeiterklasse und der Sowjetunion, denn das Weltproletariat und die SU haben kein Interesse daran, dass England u. Frankreich mit Nazideutschland Schachergeschäfte abschliessen, durch die Hitler Geld oder neue Machtpositionen erhält. Solche Schachergeschäfte müssen die Gefahr eines Überfalls auf die Sowjetunion erhöhen. Deshalb ist es notwendig, die Regierungen Englands u. Frankreichs unter dauernden proletarischen Druck zu setzen, nicht aber sich von ihnen das Gesetz des Handelns diktieren zu lassen, wie das die Führung der KI faktisch tut.

Die kommunistischen Arbeiter müssen überall ihre Stimme erheben, um der Politik der Führung der KI, die ein Verbrechen gegen die spanische Revolution darstellt, Einhalt zu tun.

-o-o-o-o-o-o-o-o-o-

DER STREIK IN DER AMERIKANISCHEN AUTOINDUSTRIE.  
 ooo

Die Automobilindustrie in den Vereinigten Staaten ist der grösste Industriezweig; sie beschäftigt ungefähr eine Million Menschen u. zahlt jährlich 500 Millionen Dollar an Löhnen aus. Viele Tausende arbeiten ausserdem in den Nebenindustrien, die mit der Autoindustrie zusammenhängen, in den Gasolin-, Öl-, Gummi-, Automobilreparaturwerken etc.

Das mag als eine Überschätzung erscheinen, aber man muss bedenken, dass fast 30 Millionen Automobile u. Lastwagen gegenwärtig in den Vereinigten Staaten herumfahren, ungefähr vierfünftel aller Motorfahrzeuge der Welt. Die Automobilindustrie wird von den führenden Automobilfirmen beherrscht, von Ford, General Motors u. Chrysler. Jede von diesen hat eigene Werke unter eigener Leitung. Andere kleinere Automobilfirmen sind Hudson, Packard, Nash, Auburn, Studebaker u. Graham.

Die Automobilindustrie hat lange Zeit gegen die gewerkschaftliche Organisation ihrer Arbeiter angekämpft. Sie konnte das mit Hilfe eines ausgedehnten Spitzelsystems an den Betrieben u. weil sie mächtig genug war, sich Arbeiter, Gerichte u. selbst die Bundesregierung zu kaufen, wenn das erforderlich war. Es wurde erzählt, dass ein Arbeiter in den Fordwerken arbeiten konnte, selbst wenn er ein bekannter Kommunist war, dass er aber, sobald er anfang, Gewerkschaftsarbeit zu leisten, kurzerhand entlassen wurde.

In den Tagen der Roosevelt'schen NRA, vor ungefähr zwei Jahren, wurde ein gewisser Fortschritt in der gewerkschaftlichen Organisation der Automobilarbeiter in einer Reihe von Betrieben erzielt. Das führte dazu einem Generalstreik, in welchem die Regierung eingriff u. eine Bestimmung erliess, die den Arbeitern nur in Worten Konzessionen machte. Die Führer der amerikanischen Gewerkschaftsföderation (AFL) waren froh, eine Gelegenheit zu haben, die streikenden Autoarbeiter im Stich zu lassen; denn die beteiligten Gewerkschaften waren der AFL von Anhängern der Industrieverbände aufgezwungen worden u. die Führer der AFL waren ganz zufrieden, sie loszuwerden. Sie kalkulierten richtig, denn nachdem die Automobilindustriellen, Roosevelt u. die AFL den Streik abgewürgt hatten, gingen die enttäuschten Arbeiter zurück an die Arbeit, indem sie sich sagten, dass sie jetzt von der Gewerkschaft genug hätten. Nur in einigen wenigen Betrieben erlangen die Arbeiter selbständig einige Konzessionen von der Leitung u. bewahrten etwas Leben in ihren Gewerkschaften.

Die Funktionäre der Industrieverbände waren jedoch nicht enttäuscht worden u. setzten ihre Arbeit in der Automobilindustrie fort, wobei sie in den letzten Monaten von dem Komitee für Industrieverbände (CIO) von John L. Lewis unterstützt wurden. Jetzt glaubt das CIO, dass es stark genug ist, von neuem einen Angriff gegen die Automobilmagnaten, die keine Gewerkschaften dulden wollen, zu wagen, u. es hat einen Streik in 89 Werken von General Motors organisiert, an dem 250 000 Arbeiter beteiligt sind. Von diesen Arbeitern gehören wahrscheinlich weniger als die Hälfte dem Verband der Vereinigten Automobilarbeiter an, der mit der Unterstützung des CIO den Streik führt; der Rest ist entweder unorganisiert oder gehört den gelben Gewerkschaften an, die von den U. n. n. nach dem letzten Streik gegründet wurden. Aber diese gelben Gewerkschaften sind den Unternehmern aus der Hand geglitten u. arbeiten eng mit dem Verband der Vereinigten Automobilarbeiter zusammen.

Der Streik hat bereits auf die Werke von Fisher (der mit General Motors assoziiert ist, in Flint, Michigan u. auf das Werk von Chevrolet in derselben Stadt übergegriffen.

In den anderen Werken von General Motors in Detroit haben die Aktionen ebenfalls begonnen. Die Arbeiter verlangen die Anerkennung der Gewerkschaft, die Wiedereinstellung der Arbeiter, die wegen ihrer Gewerkschaftszugehörigkeit entlassen worden sind, neue Minimallöhne, die 30 Stundenwoche, Abschaffung der Akkordarbeit u. Herabsetzung des Arbeitstempes. Die Streikenden in Flint haben die Betriebe besetzt u. weigern sich trotz gerichtlichem Befehl u. Polizei mit Tränengasbomben, sie zu räumen. Andere Betriebe versuchen, die Arbeiter auszusperren.

Was die Unternehmer betrifft, so beginnen sie schon, sich in das Unvermeidliche zu schicken. William S. Knudson, der Leiter von General Motors, hat erklärt, dass General Motors bereit sei in Kollektivverträge im Prinzip einzuwilligen, aber dass die Arbeiter mit den einzelnen Fabrikleitern verhandeln müssten. Die Arbeiter bestehen jedoch darauf, dass General Motors mit der Gesamtheit der Streikenden im ganzen Land verhandelt.

-o-o-o-o-o-o-o-o-

Die Lebensmittelarbeiter gegen einen Schiedsspruch.

=====  
 =====  
 =====

In einem Augenblick, wo massgebliche CGT-Führer den Arbeitern das staatliche Schlichtungsverfahren als ein Mittel zur friedlichen Verbesserung ihrer Arbeits- u. Lohnbedingungen darstellen, haben die Pariser Lebensmittelarbeiter bereits ein demütisches Beispiel erlebt, wie das Schlichtungsverfahren sich praktisch auswirkt.

Die Pariser Lebensmittelarbeiter haben nach langen resultatlosen Verhandlungen über einen Kollektivvertrag darin eingewillt, dass ihr Arbeitskonflikt dem obligatorischen Schiedsverfahren zur Entscheidung überwiesen wird. Die Regierung bezeichnete entsprechend dem Schlichtungsgesetz H. Rouchon-Mazonat, zum Schiedsrichter. Dieser Schiedsrichter fällte einen Schiedsspruch, der einer Anerkennung des Gegenentwurfs der Unternehmer gleichkam und für einige Kategorien zu Löhnsätzen führte, die unter den bisher gezahlten Sätzen lagen. Obzwar nach dem Gesetz der Schiedsspruch unwiderruflich sein soll, lehnten die



Lebensmittelarbeiter den Schiedspruch als unannehmbar ab und das Lagerpersonal der grossen Lebensmittelfirmen beschloss den Streik und besetzte die Betriebe.

Im Auftrage der Streikenden wurde eine Delegation zum Ministerpräsidenten entsandt, die bei der Regierung den Protest der Arbeiter gegen den Schiedspruch bekannt gab und den Generalstreik der Lebensmittelarbeiter im Falle der Aufrechterhaltung dieses provokatorischen Schiedspruchs ankündigte. Gleichzeitig forderte die Delegation die beschleunigte Durchführung der 40 Stundenwoche in der Lebensmittelbranche.

Die Regierung hat darauf die Parteien erneut zu Verhandlungen geladen, um einen neuen Vertrag zwischen den Unternehmern und Arbeitern zu vereinbaren. Gleichzeitig gab die Regierung das Versprechen ab, dass sie zwei Verfügungen über die Anwendung der 40 Stundenwoche in der Lebensmittelindustrie und im Lebensmittelhandel erlassen werde.

Die Lebensmittelarbeiter haben aufs erste erfahren, in welcher Weise sich das Schlichtungsverfahren gegen die Arbeiter auszuwirken droht, wenn sie auf ihr Streikrecht verzichten und sich auf die von der Regierung ernannten Schlichter- u. Schiedsrichter zur Regelung ihrer Arbeits- u. Lohnbedingungen verlassen.

Mit dem Schiedspruch für die Lebensmittelarbeiter vergleiche man folgend Erguss von J. Mohn, dem Départementalsekretär der SGT des Bas-Rhin im "Freien Gewerkschaftler" v. 24. 12. 36., in dem es u/a/ heisst:

"Deshalb (wegen dem Herr-im-Haus-Standpunkt verschiedener reaktionärer Unternehmer) auch ihre verbissene Opposition gegen das von der CGT vorgeschlagene Schlichtungs- und Schiedsgerichtsverfahren, das im Geiste der Gleichheit die Wahrung der Interessen der Arbeiter und die Wohlfahrt des Landes gegen die von faschistischen Unternehmern ausgehende Unruhestiftung garantieren soll."

J. Mohn ist im Zeichen der Volksfrontpolitik wahrlich auf den Hund gekommen. Was er gestern den Arbeitern als eine Gefahr für ihre Interessen darstellte, versucht er heute als in ihrem Interesse liegend auszugeben.

Bezeichnend ist auch die Stellungnahme der SFIO-Presse zur Ablehnung des Schiedspruchs und des Streiks der Lebensmittelarbeiter. So schrieb der "Republikaner" vom 31. 12. 36.:

"Natürlich muss man sich aber klar darüber sein, dass, wenn derartige Ablehnungen von Schiedsprüchen sich wiederholen würden, die Regierung in Zukunft hierdurch in die schwierigste Lage versetzt werden könnte, was letzten Endes der Gesamtarbeiterschaft kaum zum Vorteil gereichen würde."

Das heisst doch, dass die Arbeiter sich nicht nur mit Schiedsprüchen zufrieden geben sollen, die ihnen keine Aufwertung ihrer in vielen Fällen durchaus unzureichenden Juniilöhne bringen, sondern die sogar, wie im Falle der Lebensmittelarbeiter, zu Lohnreduktionen im Zeichen einer unaufhaltsamen Preissteigerung und eines, von der Regierung stetig betonten beginnenden Wirtschaftsaufschwungs, führen.

Das ist denn doch zu starker Tabak u. es ist zu hoffen, dass die Arbeiter nicht dulden werden, dass man ihre Interessen dem guten Einvernehmen Blums mit den Radikalen und dem arbeiterfeindlichen Senat opfert.

WALLISER FÜR EINHEITLICHES VORGEHEN DER GEWERKSCHAFTEN FÜR DIE AUFWERTUNG DER LÖHNE. Der Gewerkschaftssekretär J. Walliser tritt in einem Artikel im "Republikaner" v. 5. 1. 37. dafür ein, dass alle Gewerkschaften der CGT einheitlich eine Bewegung für die Anpassung der Löhne an die Teuerung eintreten. Obwohl wir einigen Argumenten Wallisers nicht beitreten können, wie z. B. der Behauptung, dass die Einführung des Weizengesetzes und die Erhöhung des Weizenpreises auf 140 Frs. für den Doppelzentner keine Preissteigerung des Brotes herbeigeführt hat, fordern wir alle Gewerkschaftler auf unter Hinweis auf den Vorschlag Wallisers für die Erhöhung der Löhne und für eine einheitliche Aktion der Gesamt-CGT dafür einzutreten.

# ARBEITERPOLITIK

Organ der kommunistischen Partei - Opposition Elsass (Section der IVK.D.)

Nr. 2/IV. Jahrgang.

Zweite Januarwoche 1937.

## UNSTERBLICHE OPFER...

Achtzehn Jahre sind seit jenem Winter vergangen, da Blut den Schnee färbte in den trüben Strassen der Berliner Arbeiterviertel. Mit Rosa und Karl und Leo Jogisches, dem Dreigestirn des Spartakusbundes, und seinem Nestor Franz Mehring, blieben Hunderte der Besten des deutschen Proletariats vor der Schwelle der proletarischen Revolution gemeuchelt liegen, und die bürgerliche Republik begann nach dieser Januarschlächterei ihren schwarzrotgoldenen Siegeszug, mit Noske und den Baltikumern an der Spitze. Das geflügelte Wort Eberts, des ersten Reichskanzlers, dass seine Partei die Revolution wie die Sünde hasse, heute wie damals zutreffend, ist während der Konsolidierungsperiode der Republik mit 20 000 erschlagene Proletariern eingelöst worden...

Wer denkt heute noch daran?

Ach, die Zeiten sind andere! Die damals mit ihrem Blut die Gründung der revolutionären kommunistischen Partei besiegelten, die Luxemburg, Liebknecht, Mehring und Leo Jogisches, sind nun währenddessen noch einmal totgeschlagen worden von jenen Revolutionsbeamten, die sich als ihre Erben und Nachfolger ausgaben und heute die Kommunistische Partei zu führen vorgeben. Noch niemals hat die kommunistische Führung so tief im Sumpf gesteckt als gegenwärtig, da sie frivol auf die kommunistischen Grundsätze pfeift und eine staunenswerte opportunistische Elastizität entwickelt, und dem Hitler-Faschismus das Lebenslicht durch die Wiederholung der Weimarer Republik auszupusten gedenkt.

Was ist aus den beiden Parteien geworden, der bürgerlichrepublikanischen Sozialdemokratie und der Kommunistischen Partei, die zwei Weltanschauungen in der Arbeiterbewegung zum Ausdruck brachten? Sieht man heute ihre Tagesspieldarstellungen hüben und drüben, so sind Unterschiede zwischen Sozialreformismus und Kommunismus nur mittels optischer Messwerkzeuge wahrzunehmen. Die KPD zumal wütet gegen ihr eigenes Fleisch, und ist ihrer eigenen Geschichte selber wesenfremd geworden: die grossen revolutionären Lehren der Januarniederlage von 1919, des Oktobers 1928 - alles verschwitzt und vergessen, und aus der furchtbaren, die ganze Partei peitschende Lehre vom Januar 1933 hat die Partei verkehrte Schlüsse gezogen, indem sie sich zum Gralshüter des bürgerlichen Demokratismus gemacht hat.

Und wohin hat die Zeit die Begründer der Novemberrepublik verweht? Der 1918/19 den "Bluthund" bereitwilligst auf sich nahm, Gustav Noske, hat ebenso bereitwillig seinen Frieden mit Hitler gemacht, wie seine Parteifreunde Severing, Löbe und andere auch, die in der Versenkung verschwunden sind. Ebert ist für die Nachwelt ein unbekannter Mann, gestorben, verdorben. Ein anderer, August Winnig, hochachtbarer Nazi heute, hat erst kürzlich seinen Pg.'s in seinen Erinnerungen verraten, wie die Sozialdemokratie beim Kapp-Putsch gemeinsame Sache mit Kapp machen wollte. Wels? - der die revolutionären Matrosen 1918 massakrierte. Ehe er aus Deutschland ging, hielt er die schändliche Rede im Hitler Reichstag: die Aussenpolitik, die loben wir!

Ausserden tönen Toten des deutschen Spartakusbundes gedenken wir heute Lenins, des Grössten unter den Toten der Nachkriegsepoche und insbesondere auch der heroischen Arbeiter und Bauern, deren Blut die Felder Spaniens düngt. Lenins 13. Todestag ist von besonderer politischer Tragik, die in der unerhörten Tatsache ihren Ausdruck findet, dass die von ihm geschaffene III. Internationale emsig dabei hilft, die grosse spanische proletarische Revolution abzudrosseln. Die Tragödie von 1918 in Deutschland, hier wiederholt sie sich!



Die tiefen Furchen, die der sozialistische Pflug im Zeitraum des Bürgerkrieges gezogen hat, sollen dem Erdboden wieder gleichgemacht werden: da man fälschlicherweise glaubt, den revolutionären Krieg nur unter dem Szepter des restaurierten Kapitalismus und der bürgerlichen Demokratie gewinnen zu können. Um die Volksfront zu behaupten, wird die Arbeiterklasse gespalten, versucht man, die revolutionäre Elite zu knobeln.

Es ist nicht nur Spanien, wo eine Katastrophenpolitik in die Wege geleitet worden ist, die die Existenz der Kommunistischen Internationale aufs Spiel setzt. Die französische kommunistische Kammerfraktion stimmt Rüstungskrediten für Polen, einem faschistischen Staat zu! Die Politik der anderen kommunistischen Parteien ist nicht minder schematisch bürgerlich-demokratisch.

Für diese Politik hätte die Kommunistische Internationale nicht gegründet werden brauchen. Zur Vertretung der "Lenin-philisterhaften Idee", die "Diktatur der Bourgeoisie mit der Diktatur des Proletariats zu versöhnen", die "Sowjets mit der Konstituante zu verknüpfen" (Lenin: Die III. Internationale und ihr Platz in der Geschichte), langt die II. Internationale vollauf zu. In der Konsequenz ihrer jetzigen Politik - wird sie fortgeführt, ohne dass entscheidende Teile der kommunistischen Mitgliedschaft sich dagegen leidenschaftlich auflehnen und sie aufhalten! - gibt die Kommunistische Internationale nicht nur ihre revolutionäre Hegemonie in der internationalen Arbeiterbewegung preis, sie gibt sich selber auf am Ende, oder bricht zusammen. Seit März 1919, als sie gegründet wurde, war die Situation noch nie so tödlich ernst für die K. I. wie in diesen Zeiten.

Wir erinnern uns wieder der Worte die Lenin - auf dem III. Kongress der K. I. - dem Rodnor der KAPD entgegnete: ihre (damals ultralinke) Politik vernichtet unsere Internationale! Das Wort gilt heute in anderem Sinne, aber es gilt!

Lenin ist dreizehn Jahre tot. Sein ideologisches Erbe ist in schlechten Händen gewesen, ist es noch heute, was das Offiziösentum anbelangt. Aber die offizielle kommunistische Bewegung macht nicht die ganze kommunistische Bewegung aus. Tragt das Banner des Marxismus-Leninismus höher! Die Kommunistische Internationale muss leben, trotz alledem, sie muss wieder unter diesem Banner marschieren.

-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-

"ORGANISIERUNG DER PROSPERITAET" ODER ORGANISIERUNG DER ARBEITEN ZUM KAMPF FUER IHRE INTERESSEN ?

oo

Angesichts der Politik, die die Führer der SFIO, der KPF und der CGT in trauem Verein mit der Regierung Blum betreiben und die darauf gerichtet ist, Streiks der Arbeiter zur Verteidigung ihrer Interessen möglichst zu verhindern, und wenn sie ausgebrochen sind, abzuwürgen, werden die Unternehmer immer frecher. Der "Populaire", das Zentralorgan der SFIO brüstet sich noch, dass es dank der Tätigkeit der Volksfrontregierung so gut wie keine Streiks in Frankreich mehr gebe. In seiner Nummer vom 13. Januar lesen wir:

"Es gibt gegenwärtig im ganzen Lande nur noch einen Betrieb, der von den Streikenden besetzt ist, das ist die Firma Cusimbergho in Clichy, die etwas mehr als 100 Arbeiter beschäftigt... Nur 3.500 Streikende im Lande.. Man sieht, dass die Anstrengungen der Regierung in der Arbeiterklasse auf tiefe Sympathie und auf Verständnis gestossen sind, weil die letzten Streiks und Betriebsbesetzungen in völliger Ruhe schnell zu Ende gegangen sind. Vergessen wir nicht, dass im letzten Juni Hunderttausende von Streikenden die Betriebe besetzt und die Arbeiter der meisten Berufe die Arbeit eingestollt hatten. Es gibt heute tatsächlich weder Streiks noch Betriebsbesetzungen mehr. Es gibt die Volksfrontregierung, gestützt auf diejenigen, die arbeiten, in einem Lande, das sich erholt."

Es steht schlimm um die französische Arbeiterschaft, wenn die sozialistischen Führer es wagen können, sie so offen zu verhöhnen, sich so unverschämt ihrer Lakaiendienste für die Bourgeoisie zu rühmen. Die angeführte Stelle aus dem "Populaire" ist eine vollständige Bestätigung der Kritik, die wir von Anfang an an der Volksfront und der Volksfrontregierung geübt haben. Was hat die Volksfrontregierung geleistet? Nach dem "Populaire" hat sie es bewirkt, dass wenige Monate nach der gewaltigen Junibewegung die ausserparlamentari-

sche Aktivität der Massen am Erlöschen ist, damit die "Erholung des Landes", lies die Erholung der kapitalistischen Wirtschaft, nicht durch das Eintreten der Arbeiter für ihre Forderungen "gestört" werde.

Diese traurigen "Leistungen" der Regierung Blum waren und sind nur dank der verderblichen Politik der Führung der KPF möglich. Wenn Blum die Rolle des Türhüters des französischen Kapitalismus spielt, so hat die KPF die Rolle eines Bedienten bei Blum übernommen. Es ist kein Zufall, dass die "Humanité" in dasselbe Horn bläst wie der "Populaire". In der Pariser "Humanité" vom 13. Januar finden wir folgende Schlagzeile: "Dunkle Tage für die Faschisten!" "Es ist fürchterlich... Die Streiks gehen zurück. Es geht sehr schlecht... Die Renten steigen..." "Es ist sicher ein herrlicher Trost für die Arbeiter, deren Reallohn durch die Teuerung beschnitten wird, wenn sie in der "Humanité" lesen, dass es den Börsianern gut geht (die radikalsozialistische "OEUVRE" vollends führt als Leistung der Volksfrontregierung die Tatsache an, dass die Aktion von Schneider-Creusot seit dem Amtsantritt von Léon Blum - trotz oder vielleicht besser dank der sogenannten Nationalisierung der Rüstungsindustrie - von 885 auf 1480 Francs gestiegen sind). Aber der intelligente Verfasser der Schlagzeilen der "Humanité" lügt die Arbeiter an, wenn er behauptet, die Faschisten und ihre grosskapitalistischen Hintermänner seien ob der Ergebnisse der Volksfrontpolitik betrübt. Das Gegenteil ist der Fall. Das Abklingen der ausserparlamentarischen Aktivität der Massen, das Zurückweichen der Arbeiter ermutigt die grosskapitalistischen Scharfmacher zu neuen Angriffen, schafft ihnen die Möglichkeit, mit Hilfe ihrer faschistischen Hausknechte zur Gegenoffensive überzugehen.

#### Das Beispiel von Lille.

Nehmen wir die Lage in der Liller Metallindustrie. Die Metallarbeitergewerkschaft (die bekanntlich von Mitgliedern der KPF geführt wird) hat die Wiederaufnahme der Arbeit beschlossen und eingewilligt, dass ein Schiedsgericht über ihre Lohnforderungen entscheiden soll. Jetzt sperren die Unternehmer die Arbeiter mit Hilfe einiger gelben, von Faschisten aufgezogener Organisation von Meistern und Ingenieuren aus, um auf diese Weise ihre Forderung nach Massregelung der gewerkschaftlichen Militanten durchzudrücken. Es zeigt sich bei dieser Gelegenheit, dass das staatliche Schlichtungsverfahren den Arbeitern nicht nur keinen wirksamen Schutz vor den Übergriffen der Unternehmer bietet, sondern sie gegenüber diesen Übergriffen entwaffnet. Dass die Liller Metallarbeiter heute isoliert den Angriffen der Unternehmer ausgesetzt sind, liegt an der Taktik der Metallarbeiterförderung, die wiederum von der Rücksicht auf die Volksfront und die Regierung Blum diktiert war. Etwa zur selben Zeit, als der Metallarbeiterkampf in Lille begann, setzte auch eine Bewegung in der Pariser Metallindustrie ein. Die Pariser Metallarbeiter forderten ebenso wie die Liller einen 15%igen Lohnzuschlag zum Ausgleich der Teuerung. Wären die Pariser Metallarbeiter an der Seite ihrer Kollegen von Lille in den Kampf getreten, dann wäre die von Herrn Gignoux geführte Organisation der Unternehmer, die den Liller Scharfmachern den Rücken steifte, um mit deren Hilfe eine Kraftprobe gegen die Arbeiter auszufechten, wahrscheinlich gezwungen worden, bescheidener aufzutreten und den Willen der Arbeiter zu respektieren. Aber ein Streik der Pariser Metallarbeiter wäre auch ein Signal für die Arbeiter des ganzen Landes und der anderen Industrien gewesen. Und das passte nicht in die Volksfrontpolitik, wie sie der "Populaire" in dem von uns angeführten Zitat so offenherzig geschildert hat. Deshalb hat die Führung des Metallarbeiterverbandes seit Ende November alles getan, um die Pariser Metallarbeiter von einem Streik abzuhalten. Und als dann das Zwangsschlichtungsgesetz verabschiedet war, hatte die Gewerkschaftsbürokratie eine neue Ausrede, um diesen Kampf zu verhindern. Dank dieser Niederlagenstrategie der Führung des Metallarbeiterverbandes ist jetzt die Lage so, dass die Liller Metallarbeiter nach einem wochenlangen opferreichen Kampf ausgesperrt werden und dass die Pariser Metallarbeiter noch keinen Sou Lohnhöhung gesehen haben.

Es ist also eine ganz üble Demagogie, wenn die Führer der SFIO, der CGT und der KPF jetzt den Arbeitern erzählen, dass es im Interesse des Proletariats läge, den "sozialen Frieden", den Frieden mit den Kapitalisten zu fördern und das Streiks nur den Unternehmern und den Faschisten diene. Im Juni 1936 waren die Unternehmer sehr bescheiden und die Faschisten und sonstigen Gelben verhielten sich sehr still. Dank der von den Führern der Arbeiterorganisationen zusammen mit der Regierung betriebenen Politik des "sozialen Friedens" werden die Unternehmer immer provozierender und die von den Faschisten aufgezogener gelben Organisationen leisten sich solche



Stückchen wie in Lillo.

Die KPF ist auf der schiefen Ebene der Volksfrontpolitik immer tiefer gerutscht. Es hat damit begonnen, dass Thorez im Juni die Losung ausgab, dass man es verstehen müsse, Streiks zu Ende zu führen. Diese Losung war dazu bestimmt, Streiks die Spitze abzubrechen, ihre Entfaltung zu hindern. Aber jetzt vertritt die Führung der KPF die Auffassung, dass es am besten sei, Streiks erst garnicht anzufangen. Zusammen mit der Organisation der SFIO von Paris hat die Pariser KPF einen aufruf unterschrieben, in der die Arbeiter aufgefordert werden, nicht denjenigen zu folgen, die versuchen sollten, "sie in Aktionen hineinzuziehen, die unnütz sind und von den gewerkschaftlichen Organisationen desavouiert werden." Das ist nur ein Beispiel unter vielen.

Zur Begründung dieser Politik plappert die KPF das nach, was die sozialistischen Minister und sonstigen Grössen über die Bedingungen für den Wirtschaftsaufschwung in Frankreich sagen. Auch in der KPF-Presse können wir jetzt lesen, dass die Arbeiterklasse alles tun müsse, um den Aufschwung der Konjunktur in Frankreich zu fördern, dass für diesen Aufschwung der "soziale Frieden" notwendig sei usw. Die KPF hat nichts gelernt und alles vergessen. Früher hiess es, dass der kapitalistische Niedergang sich gradlinig abspielen müsse und es wurde selbst die Möglichkeit zeitweiliger Besserungen der kapitalistischen Konjunktur geleugnet. Heute erzählt die KPF, dass es möglich sei, mit Hilfe der Volksfront innerhalb des niedergehenden Kapitalismus eine Wirtschaftsblüte hervorzuzuborn, die eine nachhaltige und allgemeine Besserung der Lage der Werktätigen zur Folge haben könnte. In der "Humanité" vom 10. Januar schreibt Georges Politzer, der bei der KPF das Amt eines Wirtschaftstheoretikers ausübt:

"Dank der in der Volksfront verwirklichten Einheit ist es möglich gewesen, endlich unser Land trotz der Plünderungspolitik, mit der die Oligarchien überall ihre Profite wiederzufinden und zu vergrössern suchten, teilnehmen zu lassen. Gegenwärtig würde ein Nachgeben gegenüber den Erpressungen, die die Oligarchien betreiben, um ihren Willen durchzusetzen, schliesslich dazu führen, dass den Kräften geholfen würde, die in der Tiefe des gegenwärtigen ökonomischen Systems neues Elend vorbereiten, während es doch notwendig ist, die Prosperität zu organisieren."

Der KPF-Theoretiker Politzer kennt keine Kapitalistenklasse mehr. Er spricht nur noch im Stile radikalsozialistischer Sonntagsreden von "Oligarchien". Aber abgesehen davon fälscht er in ganz grober Weise die Tatsachen. In Wirklichkeit liegen die Dinge nämlich so, dass der Wirtschaftsaufschwung, für den die SFIO und die KPF so viel Reklame machen, von der Regierung Blum in der Weise gefördert wird, dass sie dem Grosskapital (den "Oligarchien", wie Politzer das nennt) neue Profitmöglichkeiten auf Kosten der breiten Massen verschafft. Die Blumsche Konjunkturpolitik beruht erstens auf der Devaluation und zweitens auf neuen grossen Rüstungsaufträgen. Dank diesen Massnahmen, deren Kosten die Werktätigen zu tragen haben und die die KPF trotz der Politzerschen Deklamationen gegen die Erpressungen der "Oligarchien" mitgemacht hat und mitmacht, beginnt die kapitalistische Wirtschaft Frankreichs am Aufschwung der Weltkonjunktur - bisher noch in sehr bescheidenem Masse - teilzunehmen. Die Begründung, die Politzer für die Losung der "Organisierung der Prosperität" gibt, ist keinen Pfiff wert. Diese Losung selbst aber ist ein Abfallprodukt des Reformismus, sie ist von dem gleichen Kaliber wie die s. Zt. von den deutschen Sozialdemokraten aufgestellte Parole, dass die Arbeiterklasse der Arzt des Kapitalismus sein müsse. Wenn die KPF die "Prosperität" organisieren will, wenn sie erklärt, dass für den Wirtschaftsaufschwung der "soziale Friede" notwendig sei, dann bedeutet das, in eine einfachere Sprache übersetzt, dass sie den Kapitalisten zu vorstehen gibt: Bereichert Euch nur, wir stören Euch nicht!

Kein Wunder, dass die Politik der KPF bei einer solchen Einstellung immer mehr den Grundsätzen des Kommunismus ins Gesicht schlägt. Mareel Gitton fordert in der Pariser "Humanité" vom 1. Januar, dass der 1. Mai, der traditionelle Kampftag des internationalen Proletariats, mit der Feier der Eröffnung der Pariser Weltausstellung verbunden werde. Die KPF hat für das Budget und für die neuen riesigen Rüstungskredite gestimmt. Von der Losung, dass die Reichen zahlen sollen, blieb schliesslich nur noch die von Duclos in einer Artikelserie vertretene Forderung übrig, dass man das englische Steuersystem übernehmen solle, das bekanntlich keinerlei Expropriation der Reichen in England zur Folge gehabt und auch nicht gehindert hat, dass die englischen Kapitalisten ganz nette Profite machen. Aber auch diese Forderung blieb auf dem geduldigen Papier der "Humanité" stehen und im Parlament hat

die KPF Auriol eine Blankovollmacht für seine Politik ausgestellt, die darauf beruht, die Reichen dadurch zum Zeichnen von Staatsanleihen zu ermuntern, dass er ihnen verspricht, ihnen nichts zuleide zu tun und ihnen Prämien zuschanzt, wie z. B. denjenigen, die s. Zt. Gold angekauft hatten.

Nicht die Organisation der "Prosperität" des französischen Kapitalismus ist die Aufgabe der Arbeiter, sondern die Verteidigung ihrer Interessen. Sie müssen sich dagegen wehren, dass ihnen die Kosten der Ankurbelung der Wirtschaft aufgehaut werden; sie müssen die Besserung der Konjunktur ausnutzen, um allen Phrasen von "Einheit des Volkes" und "sozialen Frieden" zum Trotz erfolgreiche Kämpfe für die Verteidigung und Verbesserung ihrer Lebenslage zu organisieren; sie dürfen sich nicht mit den Kapitalisten auf Diskussionen über die Bedürfnisse der "Wirtschaft", der gegenwärtigen Profitwirtschaft einlassen, sondern müssen sich dazu vorbereiten, wenn der niedergehende Kapitalismus sich als unfähig erweist, ihnen ihre Forderungen zu erfüllen, die Kontrolle der Produktion zu verwirklichen, um so die Sabotage der Unternehmer endgültig zu brechen und die Bahn für den Übergang zum Sozialismus frei zu machen. Es ist notwendig, überall in den Gewerkschaften gegen die arbeitsgemeinschaftliche Politik der Führung, gegen die Zwangsrichtung einzutreten, die Gewerkschaftsmitglieder müssen dahin wirken, dass die Gewerkschaften ihrer Aufgabe als Kampforganisation dienen und dass sie nicht, wie das jetzt der Fall ist, von der Führung in den Dienst der kapitalistischen Regierungspolitik gestellt werden. Ein solches Auftreten in den Gewerkschaften ist umso notwendiger als erfolgreiche Kämpfe zur Verteidigung der wirtschaftlichen Interessen der Arbeiter gegen die Angriffe der Unternehmer nur mit Hilfe der Gewerkschaften möglich sind.

-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-

#### SPANIEN UND MAROKKO.

oooooooooooooooooooooooooooo

Die Nazis führen ihre Intervention in Spanien weiter, Deutsche Reichswehrtruppen waren es, mit denen Franco seinen letzten Angriff gegen Madrid machte. Und immer neue Kräfte senden das braune Blutregime nach Spanien.

Hitler wird in seiner Spanienpolitik durch die Haltung des britischen und des französischen Imperialismus bekräftigt. Diese haben ihm zu verstehen gegeben, dass sie mit ihm ein Schachergeschäft auf dem Rücken der spanischen Arbeiter abschließen wollen, ein Geschäft, bei dem für Hitler "wirtschaftliche Hilfsmassnahmen", d. h. Kredite, herauspringen könnten. Da Hitler weiss, dass auch die britische und die französische Bourgeoisie die Wiederherstellung des Kapitalismus in Spanien anstreben und da sie ihm für einen Verzicht auf die ost in Spanien materielle Gegengaben anbieten, verstärkt er jetzt seine Intervention zu Gunsten Francos, um möglichst starke Länder in der Hand zu haben, mit denen er möglichst viel herauszuholen hofft.

Auf die provozierende Haltung Hitlerdeutschlands hat auch der französische Imperialismus mit einer ohnehin schon geantwortet - aber es ist sehr bezeichnend wie und in welchem Zusammenhang. Der französische Imperialismus hat keineswegs erklärt, dass er angesichts der fortdauernden Intervention der Nazis in Spanien mit der Neutralitätspolitik Schluss machen und den spanischen Antifaschisten helfen wolle, er hat nur zu verstehen gegeben, dass er keine Festsetzung deutscher Truppen in Spanisch-Marokko dulden wolle, weil das seinen eigenen Kolonialbesitz in Nordafrika bedrohe.

Die bürgerliche Presse Frankreichs deklamiert: wir wollen keine ideologischen Kreuzzüge, wir wollen nur für französische Interessen kämpfen! Mit anderen Worten heisst das: die französische Bourgeoisie pfeift auf die Prinzipien der bürgerlichen Demokratie, aber sie ist zum Kriege bereit, wenn es gilt, ihren Ausbeutungsbereich zu verteidigen. Die Haltung der Regierung Blum entspricht haargenau dieser edlen Einstellung unserer Bourgeoisie. Und die Führung der KPF darf natürlich auch die Gelegenheit nicht verpassen, sich als Wahrerin der "französischen Interessen", d. h. der Interessen des französischen Imperialismus aufzuspielen und so ihren neugebackenen Sozialpatriotismus zur Schau tragen.

Auf die Warnung der französischen Regierung in Bezug auf Marokko hat die Naziregierung zuerst mit einer selbst für Goebbelsche Massstäbe ungewöhnlich unverschämten Lügenkampagne geantwortet, die lobhaft an die Kriegslügen des August 1914 erinnerte. Inzwischen ist es zu der Unterredung Hitler-



François-Poncet gekommen, die diplomatische Lage ist "entspannt", d. h. der imperialistische Schacher geht weiter, während die spanischen Antifaschisten von deutschen und italienischen Geschossen gemordet werden.

Die Arbeiterklasse muss sich jedoch im Klaren sein, dass diese Schachergeschäfte, die im Dunkel der Geheimdiplomatie getrieben werden, die grössten Gefahren mit sich tragen. Die Politik, wie sie Blum betreibt, der es ablehnt, gemeinsam mit der SU energisch gegen die Kriegstreibereien der Nazis aufzutreten, der heute den Nazis Kredite anbietet und morgen wegen Marokko energisch wird, dieses Gemisch von Schacher und Säbelrasseln, das ist die Methode des Hineinschlitterns in den Krieg nach dem Muster der Politik, die zum Weltkrieg von 1914 geführt hat.

Statt die Haltung der Regierung Blum und des französischen Imperialismus überhaupt zu denunzieren, setzt sich die KPF für die Verteidigung der französischen Herrschaft über Marokko ein (woran die Bourgeoisie, nicht aber das Proletariat ein Interesse hat) vergisst aber, wirksam für die spanischen Antifaschisten einzutreten (was zwar der Bourgeoisie nicht erwünscht ist, aber ein Lebensinteresse für das Proletariat ist). Sie führt keine Kampagne gegen die Neutralitätspolitik mehr, sie fordert nur noch die hundertprozentige Nichtintervention; aber hundertprozentige Nichtintervention, das wäre z. B. nicht nur die Einstellung der deutschen Truppen-Sendungen nach Spanien, sondern auch das Verbot für antifaschistische wirkliche Freiwillige, ihren spanischen Brüdern zu Hilfe zu eilen. Die KPF ist mit einer Blockade ganz Spaniens, d. h. nicht nur der von den Rebellen besetzten Gebiete, sondern auch des Territoriums der Antifaschisten einverstanden; Es ist bezeichnend, dass es das von Anarchisten geführte "Comité pour l'Espagne libre" ist, das dieser Tage alle Gewerkschaften und Linksorganisationen zur Veranstaltung von gemeinsamen Strassendemonstrationen gegen die Blockade des republikanischen Spaniens und für die Versorgung der spanischen Antifaschisten mit Waffen aufgefordert hat. Die Anarchisten tun das, was eigentlich Pflicht der komm. Partei wäre. Ebenso hat es die KPF nicht fertig gebracht, sich eindeutig gegen den schändlichen Plan Blums' zu erklären, wonach Hitler Kredite, d. h. Mittel zur Befestigung seiner Blutherrschaft gegeben werden sollen. Ebenso wie es ein Gebot der internationalen Solidarität ist, die Neutralitätspolitik gegenüber Spanien zu bekämpfen, ebenso erfordert es diese Solidarität auch, dass man dagegen auftritt, dass Hitler auch nur einen Sou erhält.

-o-o-o-o-o-o-o-o-o-

#### ZUR STELLUNG DER POUM.

oooooooooooooooooooooooooooo

Nach ihrem Ausschluss aus der Regierung veranstaltete die POUM eine Kundgebung in Barcelona, in der die Führer der POUM die Stellung ihrer Partei zu den aktuellen Problemen der spanischen Revolution darlegten. An der Versammlung ungefähr 12.000 Arbeiter, unter ihnen auch viele CNT-Mitglieder, teil. Wir geben im folgenden nach dem Versammlungsbericht, der im POUM-Organ "La Batalla" erschienen ist, die wichtigsten Stellen aus den Reden der POUM Führer wieder.

Gorkin sprach über die Stellung der POUM zur Sowjetunion. Er sagte u. a. : "Wer will Lektionen geben, wie die Russische Revolution verteidigt wird? Will man sie etwa diesen Genossen erteilen, die verfolgt und verleumdet wurden, weil sie die USSR in ihrer heroischen Periode verteidigten, während der Herr Comorera (der Führer der PSUC) dem Lumpen Rocha Bücher widmete, der rechten Hand des Lumpen Lerroux (Lerrout, der als Ministerpräsident die Niederschlagung des Aufstandes der asturischen Bergarbeiter von 1934 leitete, ist für Spanien Laval und Stavisky in einer Person. Red. der "Arpo")?... Am 28. August wurde der Nichtinterventionspakt unterzeichnet, und diesen unwürdigen und infamen Pakt unterzeichnete auch die Regierung von Moskau. Mehr als 2½ Monate versagte die russische Regierung der Regierung und den Arbeitermassen von Spanien Waffen und Hilfe. Wenn die Regierung von Moskau Waffen und Munition, wie sie verpflichtet war, geschickt hätte, so könnte der verbrecherische Faschismus heute nicht daran gehen, Madrid zu zerstören. Wir applaudieren und bedanken uns für die Hilfe, aber wir wiederholen, was wir immer gesagt haben: Wir werden nicht dulden, dass im Austausch gegen diese Hilfe die Gesandten und Konsuln der SU nach Barcelona oder Valencia kommen, um die Geschicke der spanischen Politik und der spanischen Revolution zu

leiten. Wir haben die Krisis der Generalität als Krisis der auswärtigen Bismarck bezeichnet, wir haben gesagt, dass Comorera ein armer Teufel, eine arme Puppe, eine Marionette, die sich an den Fäden bewegt, an denen sie gezogen wird... Das spanische Proletariat, wir haben es schon viele Male gesagt, ist mündig, es weiss, was seine Pflicht ist und wie es sein Schicksal zu gestalten hat... Wir sind nicht bereit, den Krieg im Dienste des Imperialisismus, im Dienste der kapitalistischen Staaten zu führen. Unser Ehrgeiz ist grösser. Wir wollen den Krieg, aber nicht den Krieg der bürgerlichen Staaten sondern den revolutionären Krieg gegen Hitler und Mussolini, gegen die Kapitalisten von Frankreich und England und gegen ihre reformistischen Lakaien.

Man sprach über die Regierungsneubildung in Katalonien und über die Differenzen zwischen der POUM und der PSUC:

"Es ist eine neue Regierung gebildet worden ohne die POUM, ohne 'störende Elemente', aber diese Regierung befindet sich seit dem Augenblick ihrer Bildung bereits in einer Krise, sie ist schwächer, unendlich schwächer als ihre Vorgängerin. Man hat gesagt, dass eine starke Regierung notwendig sei, um der Tätigkeit der unkontrollierten Gruppen ein Ende zu machen. Wir gehören nicht zu denjenigen, die die Existenz unkontrollierter Gruppen, die die Revolution schädigen und stören, leugnen. Jedoch muss man mit viel Vorsicht daran gehen, diese Frage zu behandeln, wenn man vermeiden will, dass unter dem Vorwand des Kampfes gegen die unkontrollierten Gruppen die Arbeiterklasse entwaffnet wird; aber das ist es ja gerade, was die neue Regierung will... Heute kann in Katalonien nur eine Arbeiterregierung stark sein, eine Arbeiterregierung, inspiriert und geleitet von der CNT und von der POUM, den beiden einzigen wirklich revolutionären Kräften. Es ist möglich, dass man beobachtet, in dem man gewisse Methoden benutzt, die Revolution aufzuhalten und die POUM zu kommen. Aber man möge sich keine Illusionen machen. Unsere Partei kann nicht zerstört werden, weil sie Fleisch vom Fleisch und Blut vom Blute der Arbeiterklasse ist.

Es gibt Leute, die die Arbeitermilizen zerstören und zur Bildung eines 'loyalen Heeres' von republikanischer, demokratischer Gesinnung schreiten wollen... Das wollen wir nicht erlauben und niemals dulden. Denn wir wollen das rote Heer der Arbeiterrevolution. Eine Form des Manövers betrifft die Volkskriegsschule, die man in eine Kadettenschule zu verwandeln beabsichtigt. Man spricht jedenfalls davon, dass man ein unpolitisches Heer schaffen, dass man die revolutionäre Politik an den Toren der Kasernen aufhalten wolle... Ein solches Heer wollen wir nicht. Wir wollen ein Heer, das politisch und revolutionär ist."

Man wandte sich dann gegen die Anweisung der Madrider Regierung, dass in Madrid keine bewaffneten Milizen zirkulieren dürfen und dass der Ordnungsdienst der Guardia Civil und der Guardia de Asalto anvertraut wird. Er wies auf die Losung der POUM hin, die lautet: Auflösung der republikanischen Nationalgarde und der Sicherheits- und Sturmgarde, Bildung von Milizen im Hinterlande, die unter der Kontrolle der Arbeiterklasse stehen.

Man fuhr dann fort:

"Man muss auch über die Frage der Waffen sprechen, die an die verschiedenen Fronten geschickt werden. An die Front von Aragon werden keine Waffen geschickt, oben wegen unserer Anwesenheit dort."

Man sprach dann über den Zusammenbruch der Versorgung unter dem Minister der PSUC Comorera:

"Die wichtigste Seite der Frage ist die Politik, die die PSUC im Rate der Versorgung macht, und die auf die Wiederherstellung des freien Handels abzielt und die das ganze revolutionäre Werk des Genossen Domonach, des Vorgängers von Comorera (D. ist Anarchist) vernichtet. Die PSUC beabsichtigt in der Lebensmittelversorgung die kapitalistischen Verhältnisse wiederherzustellen, und diese Politik kann die verhängnisvollsten Folgen für alle haben."

Man forderte zum Schluss die Auflösung der Parlamente von Katalonien und Valencia und die Einberufung einer konstituierenden Versammlung von Delegierten der Komitees der Arbeiter, Bauern und Kämpfer:

"Gerade um diese Lösung der konstituierenden Versammlung, die von den Komitees der Kämpfer, der Arbeiter und der Bauern gewählt wird, muss sich unsere ganze Tätigkeit in diesen und den kommenden Tagen drehen."



Zu den bevorstehenden Departementalkonferenzen:

**Einheitliche Aktion aller CGT-Gewerkschaften gegen die Teuerung und für Lohnausgleich**

oo

Wir haben in der "A.P." laufend auf die enorme Preissteigerung hingewiesen, der alle Artikel des täglichen Bedarfs ausgesetzt sind. Es ist heute nicht mehr nötig im einzelnen nachzuweisen, dass diese Preissteigerungen die im Juni gewährten Lohnerhöhungen und vielfach sogar einiges darüber hinaus weggenommen haben. Jeder Lohnempfänger, jeder Renten- und Unterstützungsbezieher merkt dies und jede Hausfrau spürt die Wirkungen der Preishaussé.

Aus dieser Lage ergibt sich die zwingende Notwendigkeit für alle Lohn-, Gehalts- und Unterstützungsempfänger mit ganzer Kraft zumindestens jene materielle Lage wieder herzustellen, die für die Arbeitermassen nach dem Abschluss des Matignon-Abkommen bestand. Das ist nicht nur eine Frage dieser oder jener Kategorie von Arbeitern und keineswegs eine Angelegenheit, die nur diese oder jene Betriebsbelegschaft interessiert. Die Wiederherstellung der Kaufkraft der Löhne, Renten und Unterstützungseinkommen ist eine Frage, die alle Berufsgruppen ohne Unterschied angeht, sie kann daher nicht nur die Sache der einzelnen Syndikate oder Förderationen der CGT sein, sondern muss Gegenstand einer Gesamtktion der CGT, als der allumfassenden Organisation der gesamten Arbeiterklasse sein. Die Teuerung drückt alle, sie wütet in allen Winkeln des Landes, ihren Wirkungen kann sich niemand entziehen. Ihr muss daher einheitlich und geschlossen durch den Einsatz der gesamten Arbeiterklasse entgegen getreten werden. Es gibt kein Argument vom Standpunkt der Arbeiterklasse dagegen. Im Gegenteil, das Interesse der Arbeiterklasse spricht in jedem Falle dafür. So wie es im Juni unter dem Druck der Massenbewegung möglich war, einen allgemeinen Abschluss als allgemeine Richtlinie und Wegweiser festzulegen, genau so muss es heute in der Frage der Wiederherstellung der Kaufkraft der auf der Basis des Matignon-Abkommens abgeschlossenen Lohnsätze sein. Notwendig ist dazu nur eins: der Wille bei den Instanzen der CGT. Eine einfache Überlegung sagt jedem Arbeiter, dass die Methode des betriebswisen und selbst des departementalen Vorgehens einzelner Syndikate die Schlagkraft der Arbeiter vermindert, den Kampf langwieriger gestaltet und seine Aussichten vermindert. Diese Methode birgt die Gefahr in sich, dass die Kräfte der Arbeiter verzettelt und sich in langwierigen Einzelaktionen aufreiben. Wir haben nur nötig auf die bereits vorliegenden Erfahrungen in diesem Punkte hinzuweisen. Zum anderen kann diese Methode auch dazu führen, dass einzelne Gruppen sich verhältnismässig leicht einen Lohnausgleich sichern, sei es infolge der Tatsache, dass die betreffende Industriegruppe gerade über einen aussergewöhnlich regen Geschäftsgang verfügt, sei es deshalb weil die betreffende Arbeiterkategorie eine für die kapitalistische Wirtschaft besonders lebenswichtige Formation darstellt. Die Folge davon kann sein, dass zwar einzelne Kategorien einen bedingten Lohnausgleich erhalten, gerade um das Band der Solidarität zwischen allen Arbeitern zu lockern. Wir sind nicht dagegen, dass die Arbeiter einzelner Berufs- und Industriegruppen günstige Lagen ausnutzen, um ihre Interessen wahrzunehmen. Dies besonders dann, wenn die Gesamt-CGT sich auf allgemeine Deklamationen beschränkt und im übrigen keine wirkliche zentrale, von allen Gewerkschaften und CGT-Mitgliedern unterstützte Aktion einleitet.

Wenn die Führung der Gesamt-CGT keine Initiative im Sinne einer Gesamtregelung der Wiederherstellung der Kaufkraft der Löhne und im Sinne des Kampfes gegen die Teuerung in der Richtung der Preis- und Produktionskontrolle durch die die Organe der Werktätigen, unter Einbeziehung der kleinbürgerlichen und kleinbäuerlichen Schichten ergreift, - die Gründe dafür sind hier wiederholt entwickelt worden - so bedeutet dies keinesfalls, dass die Arbeiter sich damit abfinden.

Wir haben in unserer vorausgegangenen Nummer auf einen Artikel des Gewerkschaftssekretärs J. Walliser für ein einheitliches Vorgehen aller CGT-Gewerkschaften im Sinne der Wiederherstellung der Kaufkraft der auf der Basis des Matignon-Abkommens abgeschlossenen Löhne.

Zur Zeit finden in allen Gewerkschaften die Wahlen der Delegierten zu den Departementalkonferenzen der einzelnen Gewerkschaften und der CGT statt. Es muss die Aufgabe aller Militanten sein, die hier angeführten Fragen in den

Mittelpunkt der Debatten zu stellen und mit Energie eine zentrale Aktion der CGT für die Ausgleichung der Löhne und Unterstützungen an die Teuerung für die Sicherung der Kaufkraft der Löhne und Unterstützungen und für einen wirksamen Kampf gegen die Preistreiberien auf dem Wege über die Organisation der Preis- und Produktionskontrolle durch die Organe der Werktätigen zu fordern.  
Die CGT ist die Kraft des Proletariats, Man muss sie geltend machen.

-o-o-o-o-o-o-o-o-o-

Aus dem Elsass:

## BEMERKUNGEN ZU EINER PLATTFORM.

oooooooooooooooooooooooooooooooooooo

Wir berichteten an dieser Stelle bereits über eine aus der französischen Sprachgruppe der KP-Strasbourg hervorgegangenen Opposition, die sich jetzt eine trotzkistische Plattform gegeben hat, die in den entscheidenden Punkten einer Kritik bedarf.

So wird im Punkt 4 dieser Plattform unter Hinweis auf den internationalen Charakter der proletarischen Revolution, die Auffassung vom Aufbau des Sozialismus in einem Lande als unmarxistisch bezeichnet, ja als nationalistische Abweichung des proletarischen Kampfes denunziert. Es bedarf keiner ausschweifenden Beweisführung, um diese trotzkistische Behauptung zu widerlegen da sie durch die Praxis bereits ad absurdum geführt wurde. Die Frage des Aufbaus des Sozialismus konnte schliesslich vor zehn Jahren noch Gegenstand theoretischer Erörterungen sein. Heute ist diese Frage für die SU praktisch entschieden und damit ist auch die These von der Unmöglichkeit des Aufbaus des Sozialismus in der SU - und darum handelte es sich praktisch bei der Diskussion zwischen Stalin und Trotzki vor der Inangriffnahme des 1. Fünfjahrplanes - widerlegt. Stalin hat in dieser Frage gegenüber Trotzki recht behalten. Die geschichtliche Erfahrung hat in diesem Punkte gegen Trotzki entschieden. Trotzki und die Trotzkiisten denken aber nicht daran, sich dem Urteil der Tatsachen zu beugen. Um sich aus der Verlegenheit zu befreien, in die sie die Antwort der Geschichte versetzt hat, müssen sie logischerweise den sozialistischen Charakter der SU leugnen und mit einem höchst eigenartigen Mikroskop bewaffnet, in der SU eine Entwicklung zur Bildung neuer ausbeuterischer Klassen entdecken. Das Vorhandensein einer staatlichen Bürokratie, die Existenz von Lohnunterschieden, sollen beweisen, dass Trotzki recht behalten hat. Ein aussichtsloser Versuch, aber ein Versuch der zu schwerwiegenden konterrevolutionären Konsequenzen führt. Denn aus der Beugung der Möglichkeit des sozialistischen Aufbaus in einem solchen Lande wie die SU ergibt sich zwangsläufig, dass die SU kein sozialistischer Staat ist. Der Versuch der Trotzkiisten in der SU, die Bildung neuer, den Staatsapparat beherrschender ausbeuterischer Klassen zu entdecken, ist nichts, als ein nachträglicher Versuch, ihre durch die geschichtliche Erfahrung widerlegte geschichtliche Position der Geschichte zum Trotz aufrechtzuerhalten. Unfähig, aus der geschichtlichen Erfahrung zu lernen, vergrößert Trotzki seine Fehler und wird so zu einer antisowjetischen und konterrevolutionären Kraft.

So heisst es im Punkt 8 der erwähnten Plattform in durchaus unlogischer Weise, dass die SU zwar ein proletarischer Staat bleibt, dass man aber für das Recht der Organisation von Arbeiterparteien in der SU, für die Wiederherstellung einer Arbeiterregierung, in dem von einer bonapartistischen Bürokratie beherrschten Staat usw. kämpfen müsse.

Man will also in der SU eine Partei zum Kampfe gegen die KPdSU, zum Kampfe gegen die Sowjetregierung und gegen den Staatsapparat, der angeblich von einer bonapartistischen Bürokratie, also von einer dem Proletariat feindlichen Klasse beherrscht wird. Von diesem Ausgangspunkt bis zur Propagierung von Polizeimassnahmen - wie es Trotzki propagierte - ist nur ein kleiner, wenn nicht zu sagen, ein zwangsläufiger Schritt. Und es bedarf wahrlich keines grossen Schrittes von hier bis zur Bejahung des individuellen Terrors gegen die Spitzen der sogenannten bonapartistischen Bürokratie.

Eine Opposition, die einen solchen Ausgangspunkt des ist, die von einem solchem "Kriterium" ausgeht, mag noch so viele, durchaus berechnete Anklagen gegen den opportunistischen Kurs der KI vorbringen und damit manchem komm. Arbeiter als notwendig erscheinen, sie ist nicht nur keine progressive Kraft, sondern sie ist und kann nur sein, eine letzten Endes antikommunistische Kraft. Denn die Frage der Stellung zur SU, gegen die der internationale Faschismus eine von Hass und Verleumdung strotzende Weltkampagne führt, ist heute mehr denn je das entscheidende Kriterium dafür, wo man objektiv steht.

Dies sollte für alle die ein Anlass zur Überprüfung ihrer trotzkistischen



Position sein, die aus anderen Motiven als einer blinden Trotzki-Verehrung zur Linie der Komintern in Opposition gerieten.

.....

Die Regionalkonferenz der KPF für das Elsass, die am verflossenen Samstag u. Sonntag tagte, war mehr eine Schauveranstaltung als ein Parteitag der Partei der proletarischen Revolution. Er glich in allem einer rein auf agitatorische Wirkung abgestellten öffentlichen Versammlung. Die kommunistischen Grundsätze fanden keinerlei Erwähnung, dafür sorgte die Parteitagsgregle für eine unbeschränkte und kaum endenwollende Lobhudelei auf die Führer, Aschbacher, Keim, Rosenblatt und Wadli, alle wurden vom Parteitag in "stürmischer" Weise begrüßt. Selbst einem Lenin sind solche Begrüßungen nur in aussergewöhnlichen Fällen zuteil geworden. Dafür war allerdings der kritische Geist noch nicht zu den Hundstagen geflohen und noch nicht der Grundsatz proklamiert, dass die politische Linie der Partei unantastbar und aussorhalb jeder Diskussion zu stehen habe. Der 7. Weltkongress hat zwar formell die innerparteiliche Demokratie und das Recht auf Selbstkritik proklamiert. In der grauen Wirklichkeit aber wird jeder Versuch dieses Recht in Anspruch zu nehmen, mit administrativen Massnahmen beantwortet und zu Tode gehetzt. Selbst jeder Versuch, die Politik der Zusammenarbeit mit der liberalen Bourgeoisie wie sie in der Form der Volksfront praktiziert wird, vom Boden der kommunistischen Grundsätze einer kritischen Würdigung zu unterziehen, wird im Keime erstickt. An die Stelle dieser kommunistischen Eigenschaft ist der kritiklose Glaube getreten. Nie wurde dies klarer als auf diesem Parteitag.

Die Partei hat seit der letzten Regionalkonferenz wichtige kommunistische Grundsätze aussor Kraft gesetzt: wir erinnern hier nur an die Stellung zu imperialistischen Krieg und zum Militäretat im bürgerlichen Staat. Die Partei hat in diesem Punkte im Zeichen der Volksfrontpolitik eine hundertprozentige Wendung vollzogen und die bei der Gründung der KI proklamierten Grundsätze für Frankreich aussor Kraft gesetzt. Sie bewilligt den Militäretat des bürgerlichen Staates, sie bewilligt sogar die Rüstungskredite für das faschistische Polen des Obersten Beck, für ein Land, in dem die revolutionäre Arbeiterschaft in brutaler Weise unterdrückt wird und selbst der bürgerlich-demokratischen Rechte beraubt ist. Sie versucht - und Wadli tat dies auf der Regionalkonferenz - ihren Kampf gegen Franco vom Standpunkte der imperialistischen Interessen Frankreichs zu rechtfertigen. Sie glaubt dabei besonders klug zu sein. In Wahrheit schafft sie damit die Voraussetzungen für die Politik der Unterordnung des Proletariats unter die imperialistische Bourgeoisie, für die Politik des Burgfriedens im kommenden Krieg. Das und vieles andere mehr, haben nicht vermocht, eine den kommunistischen Grundsätzen ergebene Opposition auf der Regionalkonferenz in Erscheinung treten zu lassen. Die Parteiführung mag dies als ein Zeichen der Stärke werten, in Wahrheit demonstriert es nur das mangelhafte ideologische Niveau der Partei, das mit Hilfe der Erdrösselung jeder kommun. Kritik, die Mitgliedschaft im Zustande der politischen Unmündigkeit hält. Zeichen der Unzufriedenheit sind in der Parteimitgliedschaft hinreichend vorhanden. Diese Unzufriedenheit entbehrt aber infolge des innerparteilichen Regimes der politischen Einsicht und daher auch der politischen Entschlusskraft. Die neuen Mitglieder, die im Zeichen der Volksfront in die Partei gekommen sind, sind infolge der vulgären politischen Erziehung, der sie teilhaftig werden, infolge ihrer mangelhaften Erfahrung und Vertrautheit mit den kommunistischen Grundsätzen, der geeignete Boden, auf dem der Opportunismus der Führung sich zu stützen vermag und mit deren Hilfe sie heute noch jede Opposition niederzuknüppeln vermag.

Wenn daraus der Schluss gezogen würde, dass es keinen Zweck mehr habe für die Reform der KI und der kommunistischen Parteien zu kämpfen, dass es an der Zeit sei eine neue Internationale ohne und gegen die KPdSU zu schaffen, so wäre dies ein Fehlschluss und zugleich ein zur Aussichtslosigkeit verurteilter Versuch, eine komplizierte Aufgabe durch eine rein organisatorische Entscheidung zu vereinfachen. Die Aufgabe, die gestellt ist, ist immer noch der Kampf um die Rückkehr der KI auf den Boden der kommunistischen Grundsätze durch Gewinnung der kommunistischen Arbeiter. Diese Aufgabe ist schwer, aber sie ist notwendig.

-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-

Druckfehler-Berichtigung: Auf Seite 5 im Artikel "Spanien und Marokko" muss es in der Zeile 11 heissen: "(Verzicht auf die F e s t s e t z u n g ..."

Verantwortlich: Emile Hirtzel.

# ARBITER POLITIK

Organ der kommunistischen Partei - Opposition Elsass (Section der MKD)

Nr. 3/IV, Jahrgang.

Dritte Januarwoche 1937.

## DIE KPF FUER DIE NEUTRALITAETSPOLITIK. oo

Die KPF hat in der Kammer für das Gesetz gestimmt, das die Regierung ermächtigt, "alle notwendigen Massnahmen zu treffen, um die Abreise von Freiwilligen nach Spanien zu verhindern", und dadurch die einstimmige Annahme dieses Gesetzes durch das Parlament ermöglicht. Welche Bedeutung diese Abstimmung der KPF-Fraktion hat, geht aus der Rede hervor, die L. Blum bei dieser Gelegenheit in der Kammer hielt. L. Blum stellte fest, dass die Billigung des Gesetzes über das Verbot von Freiwilligensendungen zugleich eine Billigung der ganzen bisherigen Neutralitätspolitik der Regierung Blum bedeute und fuhr fort:

"Im Innern unseres Landes selbst hat sie (die Neutralitätspolitik) dazu beigetragen, den nationalen Zusammenhalt neu zu schaffen, und sie hat ihn neu geschaffen in der höchsten Form, durch einen Zusammenschluss aller sozialen Kategorien und aller Parteien um die grossen nationalen Interessen, die wir nicht von den allgemeinen Interessen Europas, dem obersten Interesse des Friedens trennen. Diese Einmütigkeit der französischen öffentlichen Meinung konnte man vor einigen Tagen feststellen, als sie es befürchten musste, dass Rechte verletzt werden, die wir alle als wesentlich für die Sicherheit unseres Landes betrachten... Wir wünschen inbrünstig, dass diese Einmütigkeit sich heute wiederum unter Ihnen einstellt und dass das gesamte Parlament der Regierung, die sich Ihnen als die Regierung von Frankreich vorstellt, für eine Massnahme der Vorsicht, der Weisheit und des Friedens seinen Beistand erteilt."

Und nach dieser Rede, in der Blum zum Burgfrieden im Namen der Interessen des französischen Imperialismus und der Neutralitätspolitik aufforderte, hat die KPF mit allen anderen Parteien, bis zu den Faschisten auf der äussersten Rechten, für den Vorschlag der Regierung gestimmt.

War bloss Spiegelfechtereier, wenn Péri in der Kammerdebatte gegen die Neutralitätspolitik Blums in ihren früheren Phasen polemisierte. Das ändert nichts an der Tatsache, dass die KPF jetzt für die Neutralitätspolitik der Regierung eintritt, dass sie es seit einiger Zeit aufgegeben hat, Waffen und Flugzeuge für Spanien zu fordern.

Die Dinge werden auch dadurch nicht besser, dass die KPF sich hinter die Erklärung der Regierung verkriecht, wonach das Verbot der Freiwilligensendungen nicht einseitig in Kraft gesetzt werden solle und wonach Frankreich für den Fall, dass die faschistischen Länder es ablehnen sollten, ihre Truppendsendungen nach Spanien einzustellen, seine Handlungsfreiheit wiedergewinne. Wir erinnern daran, dass die Regierung Blum von anfang an, seit sie ihre Neutralitätspolitik betreibt, erklärt hat, sie behalte sich ihre Handlungsfreiheit vor, wenn die anderen Staaten das Nichtinterventionsabkommen verletzen sollten. Aber diese Erklärung blieb trotz allen Verstössen der faschistischen Länder gegen das Nichtinterventionsabkommen eine leere Phrase. Nach allen bisherigen Erfahrungen mit der Blumschen Neutralitätspolitik klammert sich jetzt die KPF an diese Phrase und gibt der Regierung die Vollmacht, jederzeit gegen antifaschistische Werktätige vorzugehen, die ihren spanischen Brüdern zu Hilfe eilen wollen.

Aber abgesehen davon ist es ein flagranter Verstoss gegen die elementaren Pflichten der internationalen proletarischen Solidarität, wenn die KPF sich jetzt mit der Blockade des antifaschistischen Spaniens einverstanden erklärt und sei es auch unter der Bedingung, dass auch die Rebellen gleichzei-



tig blockiert worden, wenn sie sich darauf einlässt, dass die Entsendung von freiwilligen Antifaschisten nach Spanien auf eine Stufe gestellt wird mit den faschistischen Transporten von, wenn man so sagen darf, "wangs-freiwilligen" Truppen für Franco. Wenn die KPF glaubt, auf diese Weise die demokratischen Imperialisten Frankreichs und Englands zu einem energischen Auftreten gegen die faschistische Intervention zugunsten Francos veranlassen zu können, dann befindet sie sich auf dem Holzweg. Nicht indem sie ihnen nachläuft und sich auf eine Burgfriedenspolitik mit ihnen einlässt, sondern indem sie sie unter Massendruck stellt, kann die Arbeiterklasse die regierenden Kreise Frankreichs und England beeinflussen. Ein solcher Massendruck kann aber nur unter klaren Lösungen wirksam werden im Namen der internationalen Solidarität und im Kampfe gegen die Neutralitätspolitik. Schliesslich darf die Arbeiterklasse sich schon deshalb nicht ins Schlepptau der demokratischen Imperialisten begeben, weil diese, auch soweit sie gegen eine Festsetzung Hitlers und Mussolinis in Spanien auftreten sollten, dabei gleichzeitig nach wie vor versuchen würden, der spanischen proletarischen Revolution Hindernisse in den Weg zu legen und eigene imperialistische Geschäfte zu machen.

-o-o-o-o-o-o-o-o-o-

#### ZUR STELLUNG DER SPANISCHEN ANARCHISTEN.

oo

Die spanische Anarchistin Federica Montseny, die ein Ministeramt in der Regierung von Valencia innehat, hielt vor kurzem in Barcelona eine Rede, die für die Beurteilung der Stellung der Anarchisten zu den Problemen der spanischen Revolution sehr aufschlussreich ist. Federica Montseny erklärte u. a., dass das wichtigste unter allen aktuellen Problemen der Krieg sei. Sie fuhr dann fort:

"Aber wenn der Krieg beendet sein wird, stellt Euch das Bild vor, vor dem die verschiedenen ideologischen Kräfte stehen werden, die versuchen werden, sich gegenseitig ihren Willen aufzuerlegen. Wir müssen bereits jetzt unsere Stellung festlegen, unsere Gesichtspunkte erklären, damit die anderen Parteien wissen, woran sie sich zu halten haben, damit wir morgen die Einheit finden können, die notwendig ist, damit ein Minimum ökonomischer Errungenschaften erreicht werden kann und wir unseren Weg bis zum Endziel fortsetzen."

F. Montseny sprach sich dann für den Föderalismus aus und erklärte, dass die Anarchisten bereit sein werden, die Lösung der Schaffung "einer iberischen Föderation der sozialistischen Republiken" anzunehmen, "die jeder Region das Recht gibt, ihr Leben entsprechend ihren wirtschaftlichen und politischen Möglichkeiten aufzubauen..."

In dem weiteren Verlauf ihrer Rede führte F. Montseny aus:

"Der wirtschaftliche Aufbau des Landes ist nicht möglich, wenn die Macht der Bourgeoisie aufrechterhalten wird. Das wäre die schlimmste der Katastrophen. Im Interesse der Revolution erklären sich die Arbeiter mit Löhnen einverstanden, die für sie ein Opfer darstellen; im Interesse der Revolution intensivieren sie die Produktion, aber nicht für ein anderes Ziel. Das Volk würde das nicht erlauben. Niemand sollte das vergessen. Dies ist der Krieg des Volkes, der Werktätigen gegen die Grossgrundbesitzer, gegen die Herrschaften, die Militärs, die Schmarotzer. Die bürgerlichen Parteien haben Schiffbruch erlitten, weil sie nicht imstande waren, sich ein moralisches Bewusstsein zu schaffen und sich der Rebellion der Militärs entgegenzusetzen, die sie sogar ungestört ihre Bewegung vorbereiten liessen, welche mangels einer Basis im Volke scheiterte. Alle Tätigkeitsbereiche des Landes müssen von jetzt an in die Hände der Werktätigen übergehen. Und wenn einmal der Föderalismus hergestellt ist, so muss die wirtschaftliche Einheit der Werktätigen durch eine wirksame, dauernde und loyale Einheit der beiden Gewerkschaftszentralen, des UGT und der CNT, hergestellt werden. Wir haben eine so hohe Auffassung von der individuellen und der kollektiven Freiheit, dass wir nicht den Triumph einer solchen proletarischen Wirtschaftspolitik wünschen, die die Errichtung einer Diktatur des Proletariats nötig machen würde."

Die Rede von F. Montseny zeigt die starken und die schwachen Seiten der Politik der spanischen Anarchisten. Die schwachen Seiten der Anarchisten ergeben sich aus ihren falschen theoretischen Auffassungen. Es ist klar,

dass z.B. die Ablehnung der Losung der Diktatur des Proletariats ein Hindernis für einen konsequenten Kampf gegen die Politik des Festhaltens an der bürgerlichen Demokratie, der Wiederaufrichtung des bürgerlichen Staatsapparates und damit notwendigerweise auch der Restauration des Kapitalismus sein muss. Ebenso geben die traditionellen Auffassungen der Anarchisten über Regionalismus und Föderalismus, die dazu führen, dass die anarchistischen Arbeiter vielfach jeder Art der Zentralisation mit Misstrauen gegenüberstehen, der spanischen KI-Sektion Argumente in die Hand, um ihre Forderung der Ueberwindung der Zersplitterung der antifaschistischen Kräfte durch eine Zentralisation auf bürgerlich-demokratischer - statt, wie das richtig wäre, auf proletarisch-revolutionärer - Grundlage zu vertreten.

Aber die Rede von F. Montseny zeigt, dass die Anarchisten sich immer mehr auf Grund der revolutionären Erfahrungen und nicht zuletzt auch unter dem Einfluss der POUM von ihren überkommenen falschen Auffassungen befreien. F. Montseny lehnt nicht nur die Wiederherstellung der Herrschaft der Bourgeoisie ab, sie stellt nicht nur fest, dass die bürgerlichen Parteien abzutreten haben, sie verlangt auch - obwohl sie das Wort "Diktatur des Proletariats" ablehnt - in der Sache die Uebernahme aller Macht durch die Werktätigen und die Errichtung eines Staats der Werktätigen, denn eine iberische Förderation sozialistischer Republiken - das wäre ein proletarischer Staat, müsste eine proletarische Diktatur sein, denn ein proletarischer Staat ist nur als proletarische Diktatur denkbar. Die Losung der iberischen Förderation der sozialistischen Republiken - ist eine Losung der POUM, und es ist sehr erfreulich, wenn diese Losung jetzt von den anarchistischen Arbeitern übernommen wird. Wenn die Anarchisten sich zu dieser Losung bekennen, dann zeigt das auch, dass sie beginnen, ihre Vorurteile in bezug auf den Föderalismus und Regionalismus abzustreifen, dass sie sich allmählich dessen bewusst werden, dass unter einer proletarischen Herrschaft, in einer proletarischen Demokratie die revolutionäre Zentralisation und die lokale Selbstverwaltung Hand in Hand gehen müssen und einander bedin-

gen. Trotz der Progromhetze, die gegen sie seitens der KI betrieben wird, übt die POUM einen starken Einfluss auf die ideologische Entwicklung der anarchistischen Arbeiter aus. So ist z.B. neuerdings auch die Forderung der POUM nach "Einberufung einer Konstituante der Komitees der Arbeiter, Bauern u. Kämpfenden", (d.h. also eines spanischen Sowjetkongresses) von der CNT in Barcelona übernommen worden, die jetzt gleichfalls einen revolutionären Kongress statt der alten Parlamente fordert.

-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-

EIN KP-GENOSSE GEGEN DIE HETZE GEGEN DIE POUM !

oo

Uns wird geschrieben:

"Kameraden, ich interessiere mich sehr für die aufklärende Art der 'Arbeiterpolitik'. Wie ein Scheinwerfer beleuchtet sie alle Probleme. Jemehr unsere Parteipraxis abweicht vom revolutionären Marxismus zugunsten der Volksfront, desto notwendiger ist eine grundsätzliche Aufklärung vom Boden des Marxismus-Leninismus. Was die arpo über die spanischen Ereignisse berichtet und geschrieben hat, wird von jedem Kommunisten mit Heissunger aufgenommen. Es ist klar und kein taktischer Betrugsversuch, jede Doppelzüngigkeit ausgeschlossen. Wir alle sind ja jahrelang so erzogen worden, dass nur der Sozialismus den bankrotten Kapitalismus besiegen kann. In Spanien, wo das kapitalistische Regime restlos morsch und verbraucht ist, und wo z. Zt. Geschichte gemacht wird, kann nur die sozialistische Ordnung die Werktätigen von der kapitalistischen Unterdrückung befreien. Nur eine Klasse kann führen und ihr Sieg gibt dem staatlichen Regime das Gesicht. Nach dem Ratschluss der Komintern ist das anders geworden. Aber was hätten die russischen Arbeiter und Soldaten 1917 geantwortet, wenn man sie auf die Linie Kerenskis hätte festlogen oder zurückdrängen wollen? Die Achse, worum sich im Klassenkampfe alles dreht, ist auf Beschluss des Kommandostabes abhanden gekommen, als Ersatz fungiert die Losung Faschismus oder Demokratie. In Spanien ist das im gegenwärtigen Augenblick geradezu der Dolchstoß. Kein Wunder, wenn die "Deutsche Volkszeitung" vom 27. Dez. eine revolutionäre Arbeiterorganisation, die POUM, (das sind meist frühere Mitglieder der KP-Sp., die seit Beginn des Bürgerkriegs Tausende von Milizionären gegen die Faschisten schicken, täglich Schulter an Schulter mit allen anderen Antifaschisten an der Front ihr Leben einsetzen, die auch



durch Teilnahme am Wahlblock der Volksfront zum Wahlsieg der Volksfront verholfen haben,) zu "schlimmsten Feinden des Proletariats" stempelt, sozusagen schlimmer als die Francobanditen. Das alles nur, weil die POUM für die proletarische Einheitsfront ist und den Sieg des Sozialismus in Spanien will!

Die spanische Sektion der Komintern bietet sich als Galifet und Noske an. Das ist geradezu ungeheuerlich, wenn das bis zum Ende gelingt. Öffentlich werden die anderen Organisationen das schändliche Verhalten der Komintern korrigieren, damit die moralische und materielle Hilfe des Weltproletariats gute Früchte bringen kann.

Strasbourg, den 14. Januar

Unterschrift.

-o-o-o-o-o-o-o-o-o-

#### ITALIENISCHE KOMMUNISTEN GEGEN DIE OFFIZIELLE LINIE.

oo

Die Führung der KP Italiens vertritt im grossen Ganzen dieselben politischen Losungen wie das ZK der KPD. Jedoch scheint die Taktik des "Trojanischen Pferdes" und die Politik der "Versöhnung von Antifaschisten und Faschisten" bei den Mitgliedern der KPI ebenso wie bei denen der KPD auf starken Widerspruch zu stossen. In der Dezembernummer von "Lo Stato Operaio" (der Arbeitstaat), der theoretischen Zeitschrift der KPI, werden 2 Zuschriften aus der Parteimitgliedschaft abgedruckt, von denen sich die eine gegen die Linie der Eroberung der faschistischen Gewerkschaften, die andere gegen die Losung der "Versöhnung des italienischen Volkes auf der Grundlage des ursprünglichen faschistischen Programms von 1919" ausspricht. Die Tatsache, dass das ZK der KPI bei dem heutigen bürokratischen Regime in der KI überhaupt solche kritischen Äusserungen veröffentlicht, lässt darauf schliessen, dass unter den italienischen Kommunisten eine ziemlich starke Unzufriedenheit mit der offiziellen Linie vorhanden sein muss. Die Redaktion des "Stato Operaio" versucht, die Zuschriften der Kritiker der Parteilinie vergeblich in langen Kommentaren mit den üblichen Argumenten zu widerlegen. Aber das, was diese Kritiker sagen, zeugt von ihrem gesunden Klasseninstinkt. Der eine wendet sich gegen die Parole der KPI, aus der gegenwärtigen faschistischen Gewerkschaft "die Gewerkschaft der italienischen Arbeiter" zu machen und sagt u. a. "Eines glaube ich: dass, so sehr man auch die gegenwärtige Gewerkschaft ausnützen soll, diese nie eine wahre Plattform des Kampfes für die italienischen Arbeitermassen darstellen wird und dass es infolgedessen notwendigerweise dazu kommen wird, dass diese Massen schliesslich dessen überdrüssig sein werden, sich an diese Gewerkschaften zu wenden, die ihnen keine volle Genugtuung geben können und dass sie sich infolgedessen immer mehr von Organisationen entfernen werden, die unfähig sind, ihre Aufgabe des Schutzes und der Verteidigung zu erfüllen; dass sie das eher tun werden, als sich diesen Organisationen zu nähern. Das wird dann einen Zustand des Misstrauens schaffen, der bereits in weitem Umfange in den italienischen Arbeitermassen besteht und durch dessen Ausnutzung - ich betone es - es viel leichter sein wird, eine Bewegung der Rebellion einzuleiten."

In der anderen Zuschrift an den "Stato Operaio" heisst es:

"Die neuen Losungen der KP, die Politik des "Trojanischen Pferdes" die neue collaborationistische Mentalität haben sicherlich unsere Genossen veranlasst, die wirklichen Ziele des revolutionären Kampfes aus den Augen zu verlieren... Von der "Versöhnung" zu sprechen, an die "Freiwilligen des italienisch-abessinischen Krieges", an die "alte faschistische Garde" zu appellieren, ist ein taktischer Fehler, insofern er dazu beiträgt, die Massen zu desorientieren, ohne diejenigen für unsere Aktion zu gewinnen, die die Massenbasis des Faschismus bilden und vor allem die Jugendlichen, auf die mehr eine strenge Unversöhnlichkeit (die nicht sektiererisch ist) wirkt, als die Politik der Versöhnung und des "embrassons-nous". Die Jugendlichen brauchen klare Ideen und müssen wissen, wohin der Weg führt, den sie gehen. Wenn sie heute unsicher, desorientiert, verworren sind, so werden wir es nicht erreichen, dass sie zu uns kommen, indem wir Verwirrung schaffen und uns auf die Inkonsequenz stützen. Unsere Politik ist die Ausnutzung der Unzufriedenheit, aber es ist ein Fehler, der vermieden werden muss, vor die Massen zu treten und zu sagen, die Unzufriedenheit sei unsere Politik. Die Unzufriedenheit ist da, sie besteht in breiten Schichten der Bevölkerung. Was wir uns fragen müssen, das ist, weshalb diese Unzufriedenheit fast nie feste Formen angenommen hat, weshalb diese Unzufriedenheit, diese latente und stumme Feindschaft gegen das Regime nicht zu greifbaren Kundgebungen geführt und sich nicht im geringsten in einer effektiven und wirklichen Opposition konkretisiert hat. Und das kommt unserer Ansicht nach daher, dass die Massen poli-

tisch ungeschult sind, dass man die Massen hat vergossen lassen (das ist eine schwere Schuld der italienischen Sozialdemokratie), dass jeder Klassenkampf ein politischer Kampf ist und dass das Proletariat seine Ketten erst dann verliert, wenn es gelernt hat, dass seine Befreiung nur sein eigenes Werk sein kann und dass die grosse Sendung des Proletariats in der Geschichte ist, das Proletariat muss deshalb für die täglichen Teilforderungen kämpfen, in den Werkstätten, in den Betrieben, im Dopelavoro (die italienische "Kraft durch Freude" Organisation), in den Gewerkschaften, aber es darf nie vergessen, wo hier die Grenzen seines Kampfes sind, und das scheint das jüngste Manifest der KP-Italiens (vielleicht mehr in der Form als im Inhalt, aber das Resultat ist in diesem Falle dasselbe) zu vergessen."

-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-

DIE SAP GEHT ZUR KPD !

oooooooooooooooooooooooooooooooo

Nachbemerkung zu dem umseitigen Artikel "Die deutsche Volksfront - eine Totgeburt":

Wie wir in letzter Stunde, nachdem dieser Artikel bereits gedruckt war, erfahren, hat die Führung der SAP sich jetzt eindeutig festgelegt. Sie will zur KPD übertreten. Die Ursachen dafür liegen auf der Hand. In Deutschland selbst hat die SAP so gut wie nichts. Und der opportunistische Volksfrontkurs entspricht so recht den innersten Wünschen derjenigen SAP-Führer, die s. Zt. aus der KPD-O hinausgeflogen sind, weil sie die Auffassung vertraten, dass der Reformismus der beste Weg zum Kommunismus sei. In den ersten Monaten des spanischen Bürgerkrieges, vor dem Konflikt zwischen der POUM und der PSUC, der zum Ausschneiden der ersten aus der katalonischen Regierung führte, "sympathisierte" die SAP-Führung mit der POUM. Offenbar glaubte sie, die POUM werde in der Regierung eine opportunistische Politik nach dem Geschmack der SAP betreiben. Jetzt hat die POUM einen harten Kampf um ihre Existenz und um das Schicksal der proletarischen Revolution in Spanien zu führen - infolgedessen ist die SAP-Führung in ihrer Freundschaft für die POUM merklich abgekühlt. Als gute Opportunisten wollen die führenden Leute der SAP immer auf der Seite sein, wo man warm liegt.

Die KPD-Führung spielt bei dieser Gelegenheit auch keine besonders hervorragende Rolle. Noch bis in die letzten Tage hat sie die Führer der SAP wegen deren Stellung zum Moskauer Prozess, die allerdings rein trotzkistischer Antibolschewismus war, und wegen ihrer Verbindung zur POUM als "Agenten und Verbündete des Faschismus" beschimpft. Jetzt unterzeichnet sie zusammen mit ihnen Aufrufe und schickt sich an, sie in die Reihen der KP aufzunehmen. Viel wird sie dabei allerdings nicht erben, denn die nicht sehr zahlreichen Mitglieder, die die SAP zählt, zeigen keine besondere Lust, ihrer Führung auf dem Wege in die KPD zu folgen.

Wir würden es begrüßen, wenn der Übergang der SAP-Führer zur KPD ein Bekenntnis zum Kommunismus darstellte, aber so wie die Dinge liegen, ist er nichts weiter als ein Bekenntnis zu der heutigen Politik der KPD, soweit sie den kommunistischen Grundsätzen widerspricht.

Wie wir weiter erfahren, haben Siegfried Aufhäuser und Bernhard Menne, die unter den sozialdemokratischen Unterzeichnern des neuesten Volksfrontaufrufes aufgeführt waren, öffentlich erklärt, dass sie mit diesem Dokument nichts zu tun haben.

Aufhäuser hat sich bekanntlich schon vor längerer Zeit gegen die Wiedererrichtung der bürgerlichen Demokratie in Deutschland und für den Kampf um eine deutsche Räterepublik ausgesprochen.

-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-

HANDWERK UNTERM HAKENKREUZ.

Die kleinen Handwerker haben auf den Nationalsozialismus die grössten Hoffnungen gesetzt. Wie es ihnen unter diesem Regime geht, zeigt eine Aufstellung des sächsischen Statistischen Landesamtes. Es wurden in 180 Berufszweigen Zählungen der Handwerksbetriebe vorgenommen. Die Zählung hatte das überraschende Ergebnis, dass allein im Jahre 1936 2.512 Handwerksbetriebe in Sachsen eingegangen sind, und zwar bezieht sich diese Ziffer ausschliesslich auf den Bezirk Chemnitz, der 14,8 vom Hundert sämtliche Handwerksbetriebe verloren hat!



DIE DEUTSCHE VOLKSFRONT - EINE TOTGEBURT.  
oo

Die "Deutsche Volkszeitung" vom 10. Januar 1937 veröffentlicht einen Aufruf, der zur Bildung einer deutschen Volksfront auffordert. Der Aufruf ist von den Führern der KPD, denen der SAP, einer Reihe von sozialdemokratischen "Einzelpersönlichkeiten" wie Breitscheid, Max Braun und Grzesinski, sowie von einer Reihe von Schriftstellern, die wohl das von der Führung der KPD neuerdings erlöbte "freiheitliche Bürgertum" repräsentieren sollen, unterzeichnet. Es ist im grossen ganzen der sogenannte Lutetia-Kreis, der uns hier entgegentritt. Von diesem Lutetia-Kreis - auch "Komitee zur Schaffung einer deutschen Volksfront" geheissen -, der seinerzeit auf Initiative der Führung der KPD gebildet wurde, hat man schon lange Zeit nichts mehr gehört. Seine Tätigkeit scheint sich, abgesehen von den kuriosen Diskussionen, die vor einiger Zeit von seinen Teilnehmern über die Verfassung der von ihnen erstrebten demokratischen Republik gepflogen wurden, darauf zu beschränken, dass er ab und zu - wie auch jetzt wieder - zur Schaffung einer deutschen Volksfront aufruft, welche Aufforderung von niemanden ernst genommen wird, am allerwenigsten von den illegal in Deutschland kämpfenden Arbeitern, auch nicht von den eigenen Mitgliedern der KPD.

Der jetzige Volksfrontaufruf ist wie die bisherigen Dokumente des Lutetia-Kreises ein Sammelsurium vulgär-demokratischer Phrasen. Neu ist nur, dass er nicht einmal mehr von einer demokratischen Republik spricht, sondern nur noch von einem "freien Deutschland" mit "unverfälschter demokratischer Wahl". Das ist wohl eine Auswirkung der in dem berüchtigten Versöhnungsaufruf des ZK der KPD entwickelten Linie und hängt sicher auch mit Spekulationen an Monarchisten und Reichswehrkreise zusammen. Damit stimmt auch der Satz überein, dass "Heer und Verwaltung" des Nazistaates dadurch zu "verlässlichen Stützen des neuen Deutschland" gemacht werden sollen, dass man sie von allen "Staatsfeinden" (örtlich sol) säubern will. Eine Zerschlagung des faschistischen Staatsapparates, wie sie im Interesse der Werktätigen Deutschlands notwendig ist, passt natürlich nicht in den Rahmen eines bürgerlich-demokratischen Programms; unsere Volksfrontpropheten wollen mit Hilfe einer "gesäuberten" Reichswehr und vielleicht gar einer "gesäuberten" Gestapo regieren. In ihrem Drang nur ja nicht bei denjenigen Reichswehroffizieren und Nazibonzen anzuecken, die als etwaiges Objekt einer "Versöhnungspolitik" nach dem Rezept der KPD-Führung in Frage kommen, deklamieren unsere Helden schon heute wie weiland Severing gegen die "Staatsfeinde"; und bekanntlich werden auch Anhänger der proletarischen Diktatur in der bürgerlichen Demokratie als Staatsfeinde angesehen.

Von Sozialismus ist in dem Aufruf natürlich keine Rede. Es werden lediglich staatskapitalistische Massnahmen - wie Verstaatlichung der Rüstungsindustrie (wahrscheinlich nach Blumscher Manier) und der Grossbanken vorgesehen; sonst soll das Grosskapital bestehen bleiben, nur "Sabotageversuche" seinerseits sollen verhindert werden. Ebenso sollen nur "junkerliche Saboteure" und nicht alle Grossgrundbesitzer enteignet werden.

Die Volksfronthelden, die den Kapitalismus in Deutschland nach dem Sturze Hitlers aufrechterhalten wollen, sollen uns wenigstens nicht, wie sie das in ihrem Aufruf tun, erzählen, dass dann der Mittelstand eine "auskömmliche Existenz" und die Arbeiter "menschonwürdige Löhne" haben würden. Es ist Charlanterie übelster Sorte, wenn man behauptet, der deutsche Kapitalismus, dessen Niedergang weit fortgeschritten ist und der sich nur noch mit Hilfe einer blutigen Diktatur und solcher Methoden, wie der Rüstungskonjunktur, aufrechterhalten kann, jemals wieder in Stand gesetzt werden könnte, den Massen des deutschen Volkes eine auskömmliche Existenz zu bieten. Das ist noch viel idiotischer, als alles, was uns in der Weimarer Republik von den Theoretikern des ADGB geboten wurde.

Unter den Unterzeichnern des Volksfrontaufrufs befindet sich auch, wie erwähnt, die Führung der SAP. Diese Partei unterstützt in Spanien angeblich die POUM, die bekanntlich gegen die Volksfrontpolitik und gegen die bürgerliche Demokratie auftritt. In bezug auf Deutschland, wo sie eigentlich zu Hause ist, setzt sich die SAP für die Volksfront und für die bürgerliche Demokratie ein. Was die SU anbelangt, so sympathisiert sie mit den Trotzlisten. Wie wir sehen, reichen die Farben des Regenbogens kaum zu einer bildlichen Darstellung der Mannigfaltigkeit der einander widersprechenden Auffassungen aus, die die SAP-Führung zu gleicher Zeit vertritt.

tisch ungeschult sind, dass man die Massen hat vergossen lassen (das ist eine schwere Schuld der italienischen Sozialdemokratie), dass jeder Klassenkampf ein politischer Kampf ist und dass das Proletariat seine Kotten erst dann verliert, wenn es gelernt hat, dass seine Befreiung nur sein eigenes Werk sein kann und dass die grosse Sendung des Proletariats in der Geschichte ist, das Proletariat muss deshalb für die täglichen Teilforderungen kämpfen, in den Werkstätten, in den Betrieben, im Dopelavoro (die italienische "Kraft durch Freude"-Organisation), in den Gewerkschaften, aber es darf nie vergessen, wo hier die Grenzen seines Kampfes sind. Und das scheint das jüngste Manifest der KP-Italiens (vielleicht mehr in der Form als im Inhalt, aber das Resultat ist in diesem Falle dasselbe) zu vergessen."

-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-

#### DIE SAP GEHT ZUR KPD !

oooooooooooooooooooooooooooooooooooo

Nachbemerkung zu dem umseitigen Artikel "Die deutsche Volksfront - eine Totgeburt":

Wie wir in letzter Stunde, nachdem dieser Artikel bereits gedruckt war, erfahren, hat die Führung der SAP sich jetzt eindeutig festgelegt. Sie will zur KPD übertreten. Die Ursachen dafür liegen auf der Hand. In Deutschland selbst hat die SAP so gut wie nichts. Und der opportunistische Volksfrontkurs entspricht so recht den innersten Wünschen derjenigen SAP-Führer, die s. Zt. aus der KPD-O hinausgeflühen sind, weil sie die Auffassung vertraten, dass der Reformismus der beste Weg zum Kommunismus sei. In den ersten Monaten des spanischen Bürgerkrieges, vor dem Konflikt zwischen der POUM und der PSUC, der zum Ausschneiden der erstere aus der katalonischen Regierung führte, "sympathisierte" die SAP-Führung mit der POUM. Offenbar glaubte sie, die POUM werde in der Regierung eine opportunistische Politik nach dem Geschmack der SAP betreiben. Jetzt hat die POUM einen harten Kampf um ihre Existenz und um das Schicksal der proletarischen Revolution in Spanien zu führen - infolgedessen ist die SAP-Führung in ihrer Freundschaft für die POUM merklich abgekühlt. Als gute Opportunisten wollen die führenden Leute der SAP immer auf der Seite sein, wo man warm liegt.

Die KPD-Führung spielt bei dieser Gelegenheit auch keine besonders hervorragende Rolle. Noch bis in die letzten Tage hat sie die Führer der SAP wegen deren Stellung zum Moskauer Prozess, die allerdings rein trotzkistischer Antibolschewismus war, und wegen ihrer Verbindung zur POUM als "Agenten und Verbündete des Faschismus" beschimpft. Jetzt unterzeichnet sie zusammen mit ihnen Aufrufe und schickt sich an, sie in die Reihen der KP aufzunehmen. Viel wird sie dabei allerdings nicht erben, denn die nicht sehr zahlreichen Mitglieder, die die SAP zählt, zeigen keine besondere Lust, ihrer Führung auf dem Wege in die KPD zu folgen.

Wir würden es begrüßen, wenn der Übergang der SAP-Führer zur KPD ein Bekenntnis zum Kommunismus darstellte, aber so wie die Dinge liegen, ist er nichts weiter als ein Bekenntnis zu der heutigen Politik der KPD, soweit sie den kommunistischen Grundsätzen widerspricht.

Wie wir weiter erfahren, haben Siegfried Aufhäuser und Bernhard Menne, die unter den sozialdemokratischen Unterzeichnern des neuesten Volksfrontaufrufes aufgeführt waren, öffentlich erklärt, dass sie mit diesem Dokument nichts zu tun haben.

Aufhäuser hat sich bekanntlich schon vor längerer Zeit gegen die Wiedererrichtung der bürgerlichen Demokratie in Deutschland und für den Kampf um eine deutsche Räterepublik ausgesprochen.

-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-

#### HANDWERK UNTERM HAKENKREUZ.

Die kleinen Handwerker haben auf den Nationalsozialismus die grössten Hoffnungen gesetzt. Wie es ihnen unter diesem Regime geht, zeigt eine Aufstellung des sächsischen Statistischen Landesamtes. Es wurden in 180 Berufszweigen Zählungen der Handwerksbetriebe vorgenommen. Die Zählung hatte das überraschende Ergebnis, dass allein im Jahre 1936 2.512 Handwerksbetriebe in Sachsen eingegangen sind, und zwar bezieht sich diese Ziffer ausschliesslich auf den Bezirk Chemnitz, der 14,8 vom Hundert sämtliche Handwerksbetriebe verloren hat!



## NEUE ANGRIFFE DER NAZIS GEGEN DIE KATHOLISCHE KIRCHE.

oo

Seit einigen Monaten ist der Kampf der Nazis gegen die katholische Kirche, der in den Sommermonaten des Jahres 1936 eine kurze Unterbrechung erfahren hatte, von neuem entbrannt.

Im Zusammenhang mit der betont profaschistischen Politik, die der Vatikan nach dem Ausbruch des spanischen Bürgerkrieges eingeschlagen hatte, änderte der deutsche Episkopat seine Haltung gegenüber dem Naziregime. Nach dem Nazi-parteitag in Nürnberg (September 1936) veröffentlichten die deutschen Bischöfe eine Erklärung, in der sie der antibolschewistischen Hitlers ihren Segen geben, sich den Nazis im Kampfe gegen Bolschewismus und Kommunismus zur Verfügung stellten und die katholischen Gläubigen aufforderten, sich ihrem Vorgehen anzuschließen. Die Instanzen der katholischen Kirche in Deutschland hatten auch vor diesem Kniefall vor Hitler keine politische Opposition gegen das Naziregime betrieben; aber sie hatten vom Boden ihrer kirchlichen Position aus einen ideologischen Kampf gegen die Weltanschauung des Nationalsozialismus und gegen die Eingriffe der Nazis in das Leben der Kirche geführt. Nun jedoch erklärten sich die katholischen Bischöfe sogar bereit, auch auf die weltanschauliche Frontstellung gegen das Naziregime zu verzichten. Der Episkopat hoffte natürlich, sich durch seine Kapitulation das Wohlwollen der Naziinstanzen zu erkaufen und sie zu einer Einstellung ihres Kampfes gegen die katholische Kirche zu bewegen. Aber die Spekulationen der katholischen Bischöfe erwiesen sich als Fehlspekulationen. Nicht nur, dass die Nazis nicht mit ihrer Politik der Kirchenvorfolgungen Schluss machten, die Nazis wurden im Gegenteil durch das Zurückweichen des Episkopats in ihrem Vorgehen gegen die katholische Kirche ermutigt und wagten jetzt Angriffe gegen den deutschen Katholizismus, die sie sich bisher nicht getraut hatten durchzuführen.

Der erste Angriff richtete sich gegen die katholischen Jugendorganisationen. Bekanntlich ist im Konkordat den katholischen Jugendorganisationen die Existenzberechtigung im "Dritten Reich" zugesprochen worden. Schon lange hatten die Nazis versucht, den katholischen Jugendorganisationen den Garaus zu machen; sie wollten sich nicht mehr damit begnügen, ihnen tagtäglich das Lobensauer zu machen. Aber angesichts des Widerstandes des Episkopats und der katholischen Massen hatten sie bisher nicht gewagt, zum entscheidenden Schlage auszuholen. Nach der Kapitulation der Bischöfe jedoch sahen sie den Weg frei. Das Gesetz, dass jeder deutsche Jugendliche Mitglied der Hitlerjugend sein muss, bedeutet faktisch die endgültige Auflösung der katholischen Jugendorganisationen.

Damit nicht genug, übertragen die Nazis jetzt ihren Kampf gegen die konfessionelle Schule, der bisher nur auf Bayern beschränkt war, auf das übrige Reich, insbesondere auf das katholische Rheinland. Für das nächste Schuljahr, das Ostern beginnt, ist die Einrichtung einer grossen Zahl von Simultanschul-taschulen, d. h. Schulen, in denen die Kinder aller Konfessionen gemeinsam unterrichtet und nur der Religionsunterricht nach Konfessionen getrennt erteilt wird, vorgesehen. Mit dem Gesetz über die Zwangsorganisation der Jugend in der HJ und mit der Einrichtung von Simultan-Schulen (deren Erfolg durch die bekannten Terrormethoden der Nazis schon heute gesichert ist) ist der katholischen Kirche in dem Kampf um die Beeinflussung der Jugend, den sie seit der Errichtung der Nazidiktatur führt, durch die Nazis ein schwerer Schlag zugeführt worden.

Erwähnenswert ist noch, dass in der neuen Etappe des verstärkten Kampfes gegen die katholische Kirche die Nazis sich wieder des beliebten Mittels bedienen, durch Anklagen gegen katholische Geistliche wegen angeblicher Sittlichkeitsverbrechen das moralische Ansehen der Kirche zu erschüttern.

Die Lehre, die die katholischen werktätigen Massen aus der neuen Hetzkampagne der Nazis gegen ihre Kirche ziehen müssen, ist die, dass jede Kapitulation vor Hitler keine Abschwächung, sondern nur eine Verschärfung des Kirchenkampfes der Nazis mit sich bringt, und dass sie, um gegen die Uebergriffe der Nazis in ihr kirchliches Leben auftreten zu können und darüber hinaus ihre wirtschaftlichen und politischen Interessen zu verteidigen, sich nicht den kirchlichen Instanzen anvertrauen dürfen, die vor Hitler auf den Knien liegen, sondern mit der antifaschistischen Arbeiterbewegung zusammengehen müssen.

Die Kapitulation der deutschen Bischöfe hat von neuem gezeigt, dass die

Volksfrontpolitik der KPD, die auf ein Bündnis mit den Instanzen der katholischen Kirche gegen Hitler abzielt, eine Utopie ist. Notwendiger als je ist dagegen die Einheitsfront von unten mit den katholischen werktätigen Massen, welche deren Enttäuschung über die schmachvolle Politik ihrer katholischen Führung einen günstigen Anhaltspunkt bietet. Die Kommunisten müssen - bei voller Wahrung ihrer prinzipiellen antireligiösen Einstellung - die katholischen Arbeiter und Kleinbürger in ihrem Kampf gegen die Einmischung der Nazis in ihre kirchlichen Angelegenheiten unterstützen. In bezug auf die Frage: Konfessionelle Schule oder Nazigemeinschaftsschule, um die jetzt der Streit geht, vertritt die KPD-O den folgenden Standpunkt: Die antifaschistische Arbeiterschaft war und bleibt ein Feind der konfessionellen Schule, die die Jugend der kirchlichen Reaktion ausliefert, aber sie denkt auch nicht daran, für die Nazigemeinschaftsschule einzutreten, die die kirchliche Verdummung durch die faschistische Unbildung ersetzt. Die antifaschistische Arbeiterschaft muss sowohl gegen den Nazizwang in den Gemeinschaftsschulen als auch gegen den Kirchengzwang in den Bekenntnisschulen auftreten. In diesem Sinne müssen Eltern und Lehrer die Jugend zu beeinflussen suchen.

-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-

#### Aus dem Elsass:

##### EINE TAUBE NUSS.

oooooooooooooooooooo

J. Doriot, der ehemalige Führer der KPF und jetzige Faschistenhauptidee, gab am vergangenen Sonntag in Strasbourg in einer Privatversammlung seine Visitenkarte ab. Die gesamte bürgerliche Prosa mit Einschluss der sogenannten neutralen "N.N." machten bereitwilligst für den Verräter Propaganda in der Erwartung, dass diesem ehemaligen Kommunistenführer gelingen werde, was einem Graf Casimir bisher nicht gelang: Teile der Arbeiterschaft dem Faschismus zugänglich zu machen. Die republikanischen Behörden hüteten J. Doriot wie einen Augapfel und ein riesiges Polizeiaufgebot zum Schutze der Faschisten um Doriot war von früh bis abends in der gesamten Umgebung der Versammlung gegen die antifaschistische Arbeiterschaft zum Dreinschlagen bereit gehalten, - so sieht die antifaschistische Aktivität der Volksfrontregierung gegen den Faschismus aus. Aber selbst die bereitwilligste Unterstützung der gesamten bürgerlichen Presse und die Gunst der republikanischen Behörden, vermochten - nebst den reichlichen Geldmitteln über die dieser neue Apostel des Faschismus von kapitalistischer Seite erhält - nur 300 Neugierige und Faschisten der verschiedensten Lager anzulocken.

Was Doriot sagte, war eine Neuausgabe seiner bereits hinreichend bekannten Reichten und nicht einmal originellen Phrasen, wie sie auch ein Rossé und Walter zum Besten geben. Sein aussenpolitisches, antisowjetisches und hitlerfreundliches Geschwätz wird ja im Elsass bereits von anderen bis zum Ueberdruß herumgereicht. Was er zur Innenpolitik sagte, könnte dem Munde eines klerikalen Reaktionärs oder eines Unternehmersyndikats entstammen: Doriot vereinigt, wie seine Ausführungen über das Elsass, sein Eintreten für die Religion und die Beibehaltung des Konkordats zeigen, beide Eigenschaften in einer Person.

Die Herren glauben Doriot sei der rechte Mann, um die Arbeiter der Bourgeoisie auf dem Wege über die PPF zuzutreiben, dürften sich in einem schweren Irrtum befinden. Doriot verfügt nicht einmal über einige originelle sozialdemagogische Forderungen, die bei eintretender Enttäuschung der Arbeiter über die Volksfront geeignet wären, sie zu beeindrucken. Sein Eintreten für das Konkordat usw. zeigt dies nur. Selbst die Riesenreklame, die die Presseagenturen und die bourgeois Presse für diesen traurigen Wicht aus wohlverstandener Interesse betreiben und die reichen Geldmittel, die ihm für seine Propaganda zur Verfügung stehen, werden nicht erreichen, was die Bourgeoisie mit Doriot erstrebt. Die wirkliche Gefahr liegt nicht in Doriot, sondern darin, dass die aufsteigende Massenbewegung durch die traditionellen Parteien des Proletariats auf dem Wege über die Koalitionspolitik zersetzt und dann die Beute eines faschistischen Gewaltstreiches wird. Das zu verhindern ist die Sache aller revolutionären Arbeiter.

-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-



**ABBAU DER UNTERSTÜTZUNGSSÄTZE IM ZEICHEN DER VOLKSFRONT.**

oo

In Colmar fand kürzlich eine Arbeitslosenversammlung statt, in der der Maire Richard den Abbau der kommunalen Zuschläge von 2 Franken für die Arbeitslosen unter Hinweis auf ein ministerielles Verbot und die Finanzlage der Stadt rechtfertigte. Dies in einem Augenblick, wo die Arbeitslosen infolge der Preissteigerung schlechter gestellt sind, als vor dem Regierungsantritt Blums.

In der Debatte gaben die Vertreter der beiden Arbeiterparteigemeinschaften und Aschbacher im Namen der UL der CGT Erklärungen ab, die den ganzen parlamentarischen Krotinismus dieser Körperschaften offenbaren. Der KP-Redner wälzte die Verantwortung für diese Massnahme auf die Sabotage der Kapitalisten ab, forderte Ausbau der Volksfront auf breiter Basis, um somit der Regierung zu erlauben, die Verantwortlichen, die Kapitalisten, zum Zahlen zu zwingen. Aschbacher trat in die gleichen Fussstapfen.

Jedermann weiss, dass diese Reden armselige Verlegenheitsreden sind, denn nach Adam Riese hat die Volksfront eine Mehrheit und kann beschliessen, was sie wünscht. V. Auriol hat aber sehr klar gegen eine Kapitalsabgabe Stellung genommen. D.h. die KP-Redner schwindeln die Arbeitslosen über die Volksfront an. Das aber zieht nicht lange und es wäre kaum verwunderlich, wenn bei einer solchen KP-Politik die Arbeitslosen ihr Vertrauen in die KP verlieren und auf die Rossésche Demagogie hereinfliegen. Was nützt ist, dass sich gegen die oberfaule opportunistische Politik eine wirkliche kommunistische Opposition erhebt, sowohl in der CGT, als in der KP.

Die Arbeitslosen dürfen sich mit solchen Verlegenheitsphrasen nicht abspewen lassen. Sie müssen fordern die Anpassung resp. die Erhöhung ihrer Unterstützungssätze zumindestens entsprechend der Teuerung. Die revolutionären Arbeiter müssen in der CGT fordern, dass man diese Forderung der Regierung präsentiert und dafür die notwendigen Kampfmittel parat hält. Es darf nicht zugelassen werden, dass die Arbeitslosen der Regierung Blum zuliebe immer tiefer ins Elend gestossen werden. Hoffentlich gibt es noch Kommunisten, die sich einer solchen Aufgabe annehmen und die der Meinung sind, dass der Abbau der Unterstützungssätze für die Ärmsten der Armen im Zeichen der Preissteigerung und der Volksfrontregierung nicht in Ordnung geht.

Christliche Demagogie:

**DIE CGT MUSS HANDELN !**

oo

Die stark ramponierten christlichen Gewerkschaften Hr. Meck suchen nach einem geeigneten Ausgangspunkt, von dem aus sie das mit der Junibewegung verlorene Terrain langsam und beharrlich wieder zurück zu gewinnen hoffen. Sie üllen sich in den Mantel sozialer Demagogie und hoffen durch eine gewisse Uebertrumpfungspolitik gegenüber der CGT, die ihm nichts kostet und bei der sie nur die Diskreditierung der CGT im Interesse der Unternehmer und der Bourgeoisie im Auge haben, ihr leckes Schiff wieder flott zu machen. Die Überlegungen von denen diese Meck'sche Politik inspiriert ist, sind handgreiflich und die Einreichung von Lohnforderungen für das Trampersonal der Strassburger Tramway unter Hinweis auf die gestiegenen Lebenshaltungskosten, geben darüber einigermaßen Aufschluss.

Die christlichen Gewerkschaftsführer wissen, dass die CGT infolge ihrer Bindungen an die Koalitionsregierung Blum nicht mehr frei ist in der Vertretung der Arbeiterforderungen. Sie wissen, dass die CGT heute keine grossen Streikbewegungen wünscht, dass sie gemäss den Direktiven der Regierung jede Unruhe der industriellen Tätigkeit fern halten möchte und zu diesem Zweck auch das staatliche Zwangsschlichtungsverfahren lanciert und angenommen hat. Die christlichen Oberdemagogen wissen zugleich, dass zwar die CGT-Führung die Anpassung der Löhne an die Teuerung propagiert, aber ängstlich darauf bedacht ist, diese Frage nicht zum Gegenstand einer einheitlichen Aktion unter Anwendung aller Kampfmittel zu machen. Im Gegenteil: wo die Arbeiter diese Frage zum Gegenstand der Aktion machen, sanktionieren zwar die CGT-Syndikate diesen Kampf, sind aber ängstlich auf seine Beschränkung und Lokalisierung bedacht, tun auf jeden Fall nichts, um diese Aktionen zu forcieren und sie gemäss dem Beispiel der Junibewegung zu verbreitern, um ihnen so ihre Durch-

schlagskraft zu geben, ihre Wirkungen zu erhöhen. Ja die CGT und die Volksfrontparteien mit hervorragender Mitwirkung der KP schaffen direkt oder suchen zu schaffen eine Antistreikstimung und stellen die Sache so dar, als ob die Unternehmer jetzt an Streiks und vor allem an einem Generalstreik interessiert wären. Das ist natürlich herrlicher Blödsinn. Vom Standpunkt der Arbeiterklasse ist eine solche Haltung unannehmbar. Sie entspricht allein den Interessen der Regierung und ihrer Zusammenarbeit mit dem Kapital. Allein von diesem Standpunkt ist es auch verständlich, dass man die Liller Metallarbeiter isolierte und die Pariser Metallarbeiter, die im Begriff standen, dem Liller Beispiel zu folgen, zurückpfeift. Allein dieser Standpunkt gibt auch darüber Aufklärung warum die CGT dem Streik in der Strasbourger Schuhfabrik "Strasbourgeois", der jetzt 5 Wochen währt, so teilnahmslos und inaktiv gegenüber steht.

Diese Sachlage ist den christlichen Gewerkschaftsübernehmern wohl bekannt. Sie hüten sich zwar Streiks zu propagieren und sie zeigen auch keinerlei Initiative den Grossindustriellen auf den Leib zu rücken, mit denen ja die christlichen Députés in der "Elsässer Front" das Privateigentum an Produktionsmitteln verteidigen und gegen die sozialen Unruhen angehen. Aber es geht ja den Meck und Konsorten auch gar nicht darum. Es handelt sich für sie um zwei Dinge; erstens durch blosser soziale Demagogie als eine Wahrerin der Arbeiterinteressen zu scheinen, und die CGT zu diskreditieren, zweitens den Arbeitern durch resultatlose Verhandlungen etc. den Gedanken zu suggerieren, dass ihnen die sozialen Verbesserungen eine Senkung ihrer Reallöhne gebracht hat.

Diese soziale Demagogie, die einen indirekten Angriff auf die gewerkschaftliche Geschlossenheit der Arbeiter in der CGT darstellt, gilt es abzuwehren, in dem die CGT zur Aktion für die Anpassung der Löhne an die Teuerung übergeht. Das ist das einzige Mittel um die sozialdemagogischen Manöver der Meck usw. schachmatt zu setzen. Die Mehn'schen Advokatenkniffe genügen nicht. Die Tat allein gilt hier.

Der Vorstoss der Christlichen beim Strasbourger Tramway soll für die Meck'schen Gelblinge sozusagen den Nachweis bringen, für ihr Tun und für das Nichtstun, und für das blosser Mundspitzen der Anderen. Das man sich dafür den Strasbourger Tram herausgesucht, scheint uns in mehr als einer Hinsicht symptomatisch und soweit wir unsere christlichen Oberdemagogen kennen, steckt dahinter ein wohlausgedachtes Manöver. Der Tram ist gemischtwirtschaftlich, im Aufsichtsrat ist die Stadt vertreten und die Sache fällt ins Ressort des Frey-Koalitions- und Volksfrontsozialisten Naegelen. Die in Frage kommende CGT-Gewerkschaft aber wird von armseligen und engstirnigen Reformisten geleitet. Naegelen will sich nicht von Frey, das CGT-Syndikat aber nicht gegen Imbs-Naegelen wenden. Darauf beruht die Rechnung des christlichen Syndikats, die es hofft dann in ausgiebiger Weise die Gesamt-CGT zu repräsentieren, sozusagen als Präzedenzfall.

Das gilt es zu sehen und daraus die Schlüsse zu ziehen, Schlüsse, die nicht durch Rücksichten auf Naegelens Adjointposten, sondern durch die Gesamtinteressen der Arbeiter bestimmt sein müssen.

-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-

HITLER FUER LOHNERHOEHUNG - ABER IN FRANKREICH !

oo

Die Nationalsozialisten wollen aus allen Blüten Honig saugen. Selbst die Junibewegung der französischen Arbeiterschaft soll ihnen dazu dienen, ihren mageren Devisenschatz aufzufüllen. Eine Anzahl deutscher Arbeiter, besonders aus den Grenzorten des ehemaligen Saargebiets, arbeitet in den lothringischen Kohlengruben. Diese Arbeiter sind in dem Genuss der von den französischen Arbeitern erkämpften Lohnerhöhung gekommen. Diesen Umstand benutzen die Nationalsozialisten zwei Drittel des Lohnes in Franken einzuziehen. Diesen Arbeitern ist jetzt vorgeschrieben worden, nur noch ein Drittel ihres Lohnes in Frankreich umzusetzen, zwei Drittel aber in deutsche Mark umzutauschen. Den Arbeitern wird damit die Verfügungsgewalt über ihren Lohn entzogen. Die Devisen des " Erbfeindes" sollen den Bankrott hinauschieben!

Verantwortlich: Emile Hirtzel.



Erscheint wöchentlich

Bezugspreis pro Monat Frs.  
Einzel exemplar: 50 Centimes

# ARBEITERPOLITIK

Organ der kommunistischen Partei-Opposition Elsass (Section der IVKO)

Nr. 5/IV. Jahrgang.

Fünfte Januarwoche 1937.

## Die Nationalkonferenz der KPF:

DURCH DICK UND DÜNN MIT DER VOLKSFRONT.  
oo

Die KPF hielt dieser Tage eine Nationalkonferenz ab. Der kurze Sinn aller Reden, die wir auf dieser Konferenz zu hören bekamen, war, dass man bedingungslos an der Volksfront und ihrer Regierung festhalten und durch Dick und Dünn mit ihnen gehen müsse. Von einer Distanzierung gegenüber der Regierung Blum war nicht die geringste Spur zu erblicken. Auch von der halben und schüchternen Kritik, die die Führung der KPF in den ersten Monaten der Volksfrontregierung an deren Tätigkeit übte, hörte man auf der Nationalkonferenz nichts mehr. Der Ruf "Blum à l'action" ist bei der KPF-Führung nicht mehr beliebt. Wer jetzt noch "Blum à l'action" ruft und mit den Taten der Regierung Blum unzufrieden ist, der kann gewärtig sein, von der KPF-Führung als "Spalter der Einheit gegen den Faschismus" usw. nach Strich und Faden beschimpft zu werden. Seiner Zeit erklärte uns Thorez in seiner Rede in der Mutualité, dass die Regierung Blum verflucht wenig geleistet habe, und er stellte damals eine ganze Reihe von Forderungen an sie. In seiner Rede auf der Nationalkonferenz aber schlug Thorez einen ganz anderen Ton an. Lang und breit pries er die Taten der Volksfrontregierung. Das, was die KPF-Führung auf der Konferenz von der Regierung für die nächste Zukunft verlangte, waren, wie aus Blums Rede in Lyon hervorging, die er kurz darauf hielt, lediglich Dinge, die die Regierung selbst bereits ins Auge gefasst hatte: so z.B. die Einführung einer Altersunterstützung, die Schaffung eines nationalen Fonds für die Arbeitslosen usw. Dagegen hat es die KPF-Führung aufgegeben, Forderungen aufzustellen, die der Regierung unbequem sein könnten und zu deren Verwirklichung es notwendig wäre, die Regierung unter Massondruck zu setzen. Die einzige originelle aktuelle Forderung der KPF ist die von Duclos propagierte Einführung einer direkten Besteuerung nach englischem Muster. Aber diese Forderung wird nur als frommer Wunsch und in einer immer bescheidenen Weise vorgetragen.

Solange die französischen Arbeitermassen noch im Anschluss an die Junistreich in Bewegung waren, hat die KPF-Führung sich ab und zu eine gewisse Kritik an der Regierung Blum geleistet. Heute, da ein Rückgang der Massenbewegung zu beobachten ist - wegen des Zwangsschlichtungsgesetzes und der Haltung der Gewerkschaftsführer, wegen der Schwenkung der KPF in der Frage der Neutralitätspolitik gegenüber Spanien, die dazu geführt hat, dass sie von einem Tag zum anderen die Kampagne für "Waffen für Spanien" abblies - heute geht die KPF-Führung durch Dick und Dünn mit Blum. Die Volksfrontpolitik ist nur eine Abart der Koalitionspolitik und es zeigt sich am Verhalten der KPF, wie die Koalitionspolitik sich demoralisierend auswirkt. Solange die Massen in Bewegung waren, gab die KPF-Führung ihrem Druck von Zeit zu Zeit nach, um zu verhindern, dass die Aktivität der Massen über den Rahmen der Volksfront hinausging. Heute tut die KPF-Führung alles, um ein Wiederaufflammen der Massenbewegung zu verhindern.

Um ihr Verhalten zu begründen, erzählen uns die KPF-Führer, dass die Arbeiter im Namen des Kampfes gegen den Faschismus alles vermeiden müssten, was das gute Einvernehmen mit der Regierung Blum und die holde Eintracht mit der radikalen Kapitalistenpartei stören könnte. In Wirklichkeit liegen die Dinge umgekehrt. In Wirklichkeit nützt es auf die Dauer nur den faschistischen Demagogen, wenn die im Gefolge der Junibewegung stark angewachsenen Arbeiter-





Gegen wen richtet sich der Eifer der Volksfrontregierung? Etwa gegen die Faschisten? Keineswegs. Weder der PSF de la Rocques, noch der PPF Doriot's sind aufgelöst worden. Diese Faschistenhäuptlinge können sich unter dem duldsamen Auge der Behörden der Volksfrontregierung frei bewegen. Das neue Auflösungsdekret trifft die Etoile nord-africaine, eine Organisation der Eingeborenen Algeriens, die für das Selbstbestimmungsrecht des algerischen Volkes und dessen Unabhängigkeit vom französischen Imperialismus eintritt. Bei dieser Gelegenheit zeigt es sich, wie gefährlich die Zweideutigkeiten und hinterhältigen Formulierungen im Text des Gesetzes über die Ligen sind. Die Formel des Gesetzes, wonach jede Organisation, die gegen die territoriale Integrität Frankreichs auftritt, verboten werden kann, gestattet es der Regierung, gegen alle vorzugehen, die für das Selbstbestimmungsrecht der Kolonialvölker eintreten. Das Vorgehen der Regierung gegen die Etoile nord-africaine, ist ein weiterer Beweis dafür, dass die Regierung Blum der Sachwalter der imperialistischen französischen Bourgeoisie ist. Es ist bezeichnend, dass die Regierung die Etoile nord-africaine verbietet, aber nichts tut, um gegen die Faschisten in Nordafrika, die dort besonders provozierend auftreten, vorzugehen.

Die KPF hat bekanntlich im Gefolge der Volksfrontpolitik die Forderung des Selbstbestimmungsrechts der vom französischen Imperialismus unterdrückten Kolonialvölker völlig preisgegeben. Anlässlich des spanischen Bürgerkrieges machte sich die KPF die Losung der Verteidigung der kolonialen Besitzungen Frankreichs zu eigen. Einige Tage vor der Auflösung der Etoile nord-africaine wurde diese Organisation in der Pariser "Humanité" angegriffen, weil sie sich unter dem Einfluss des "Konegaton" Ferrat befinde. Nun vertritt Ferrat in der kolonialen Frage bekanntlich den alten, den Grundsätzen des Kommunismus entsprechenden Standpunkt, den die KPF jetzt im Zeichen der Volksfront fallengelassen hat. Zweifellos hat der Angriff der KPF gegen die Etoile nord-africaine die Regierung Blum dazu ermutigt, deren Auflösung zu dekretieren.

-o-o-o-o-o-o-o-

#### DER SPLITTER IM AUGEN DES NÄCHSTEN...

oo

"Die Kommunistische Internationale" Nr. 11/12, Jahrgang 1936 veröffentlicht einen Beschluss der Internationalen Kontrollkommission "über die Fehler der Führung der KP Lettlands". In diesem Beschluss wird mitgeteilt, dass die Führung der KP Lettlands aus politischen und organisatorischen Gründen gemassregelt worden sei. Interessant ist folgender Passus der Resolution der IKK:

" In der Partei wurde bereits 1929 (!) ein grober Fehler zugelassen, als das ZK die reaktionäre Parlamentsregierung Zelmanns als "offene faschistische Diktatur" betrachtete. Das ZK der Partei begriff nicht, dass es im Kampf gegen die faschistische Gefahr für die Verteidigung der demokratischen Republik auftreten musste, den Zusammenschluss aller antifaschistischen Elemente anstrebend. Indem die Partei die Zusammenarbeit der sozialdemokratischen Führer mit der sich faschisierenden Bourgeoisie entlarvte - was richtig war - hat sie jedoch den Prozess der Linksschwenkung der sozialdemokratischen Arbeitermassen unterschätzt und die Taktik der proletarischen Einheitsfront als wichtigstes Mittel für die Sammlung der antifaschistischen Kräfte nicht angewendet. Die Partei hat wiederholt grobe Fehler zugelassen, indem sie die sozialdemokratischen Führer, sogar die sozialdemokratischen Arbeiter, mit der Bourgeoisie auf eine Stufe stellte.

Die Mitglieder der IKK sind entweder Humoristen oder aber sie spekulieren auf das schlechte Gedächtnis der Arbeiter. Wir hätten schon mögen, was der Führung der KP Lettlands passiert wäre, wenn sie im Jahre 1929, als die Führung der Kommunistischen Internationale den ultralinken Kurs, die Theorie des Sozialfaschismus usw. vertrat, gewagt hätte, für die Anwendung der Einheitsfront und gegen die Identifizierung der Sozialdemokratie und der Bourgeoisie aufzutreten. Wenn die Fehler von 1929 untersucht werden sollen, dann gibt es kein ZK irgendeiner Sektion der Kommunistischen Internationale, das nicht dieselben Fehler begangen hätte wie die Führung der KP Lettlands und zwar auf Anweisung des EKKI, das damals alle Anhänger der Einheitsfronttaktik massregelte und ausschloss. Die Internationale Kontrollkommission hat die Splitter der ultralinken Taktik in Lettland bemerkt; schade, dass sie den Balken im Auge der Führung der KI übersehen hat.







F. Hoeker ist entzückt darüber, dass M. Walter das innerpolitische Werk der Regierung Blum vor seinen Wählern in seinen Grundzügen rechtfertigt und dabei die französischen Rechtskreise der Unvernunft anklagt. Wenn M. Walter trotzdem gegen die Kommunisten vom Leder zieht und Blum und den Radikalen die Trennung von diesen empfiehlt, so ist diese Differenz zu den Radikalen nur ein mehr als zarter Gegensatz, schreibt doch F. Hoeker selbst:

"Wie irgendein radikalsozialistischer Abgeordneter - aber auch nicht heftiger - verurteilt M. Walter die Streiks und die Angriffe auf das Privateigentum, er verlangt die strenge Gesetzlichkeit und die Ablehnung des Kollektivismus."

Nun darf ja nicht unübersehen bleiben, dass die Führer der KPF infolge ihrer lücken- und bedingungslosen Unterstützungspolitik gegenüber dem Kabinett Blum in allen Fragen den Forderungen der Radikalsozialisten Rechnung trugen. Sie haben wiederholt öffentlich bezeugt, dass sie für das Privateigentum sind, dass sie sich im Rahmen der Gesetzlichkeit betätigen, sie haben die Betriebsbesetzung als Kampfmittel der Arbeiter aufgegeben, respektiv, sich dem Standpunkt der Regierung angeschlossen und sie haben nicht geöbert, das obligatorische Zwangsschlichtungsverfahren zur Regelung der Arbeitskonflikte zur Verminderung von Streiks zu akzeptieren. M. Walter genügt diese Wohlerzogenheit der kommunistischen Führung aber nicht. Er fährt fort die Kommunisten revolutionären Untugenden zu bezichtigen, aber er bleibt dafür die Beweise, weil es solche Beweise nicht gibt. Seine Attacke gegen die Kommunisten, die sich inzwischen in bedingungslose Verteidiger der bürgerlichen Demokratie und in glühende Verteidiger des bürgerlichen Vaterlandes verwandelt haben, kann also nur durch zwei Gesichtspunkte diktiert sein: einmal durch das Bestreben die proletarische Einheitsfront, die moralische Kraftquelle des französischen Proletariats, die zur Junibewegung führte, zu erschüttern, um damit die Kräfte des Proletariats zu stützen und in die Fähigkeit zu nehmen, sich trotz aller obrigkeitlichen Bremsversuche auf ausserparlamentarischen Wege seine Rechte und Forderungen zu sichern und andererseits dem Patronat die ruhige Einbringung seiner Devaluations- und Konjunkturgewinne zu garantieren, die bereits eine Aktienhaussé an der Börse anzeigt. Aber in diesem Punkte sind die Führer der KPF ganz auf die Politik des Wirtschaftsfriedens zur angeblichen Begünstigung des sich andeutenden kapitalistischen Wirtschaftsaufschwunges eingestellt und befehligen sich eifrig die Gebete ihrer Volksfrontpartner in diesem Punkte nachzuplappern. Anscheinend sind das M. Walter keine ausreichenden Garantien. Er befürchtet offenbar, dass die Arbeiter gegebenenfalls gegen die Gelöbnisse ihrer Führungen handeln werden.

M. Walter hat aber noch einen stichhaltigen Grund für seine Anerkennung der Volksfrontpolitik bei gleichzeitiger Kommunistenfeindschaft: die Aussenpolitik. M. Walter lehnt noch heute den franco-russischen Pakt ab und befürwortet eine Politik engster Zusammenarbeit von Rom-Berlin-Paris. Es ist klar, dass eine solche Politik - abgesehen von ihrer Zweckmäßigkeit und ihren Erfolgsmöglichkeiten für den französischen Imperialismus - sich nur ohne und gegen die Sowjetunion verwirklichen lässt, was zugleich bedeutet, dass sie sich nur gegen und ohne die Kommunisten durchgeführt werden kann. D;h. die Waltersche Aussenpolitik - die die Aussenpolitik des Vatikans und der katholischen Kirche ist - kann nur auf dem Wege einer anderen Regierungsformation, also auf dem der Ausschaltung der Kommunisten realisiert werden. M. Walter weiss sehr gut, dass eine solche Politik überhaupt nur Erfolgsaussichten besitzt, soweit sie die sozialpolitischen Ergebnisse der Junibewegung als einen realpolitischen Tatbestand zur Voraussetzung nimmt und dass es holler Wahnsinn wäre, die Aufhebung der Sozialgesetze zur Voraussetzung für jene Politik zu machen, der er huldigt und die auf die Zusammenarbeit mit den Radikalen und den Sozialisten abzielt. Von diesem und nur von diesem Standpunkt hat die Waltersche Bemerkung über die Unvernunft gewisser französischer Rechtskreise einen realen Sinn.

Die Auslassungen M. Walters zeigen, dass kluge Vertreter der Bourgeoisie - u. M. Walter gehört zu ihnen - langsam beginnen der Volksfront Geschmack abzugewinnen. Dieser Geschmack steigert sich in dem Masse, in dem klar wird, dass das Volksfrontexperiment eine andere Art weitsichtiger kapitalistischer Politik ist, bestimmt durch die äussere und innere Lage des französischen Imperialismus und durch die Tatsache, dass Anzeichen dafür zu sprechen scheinen, dass Frankreich in den Konjunkturaufschwung der angelsächsischen Länder



einbezogen werden kann. Die Befürchtungen der Bourgeoisie, - deren Prinzipien und politische Ideale durch die Höhe ihres Profits bestimmt werden, die sie an die Volksfront knüpfen, zerfallen in dem Masse, wie ihr die Profitmöglichkeiten wiederzukehren scheinen und der Arbeiterschaft Zügel angelegt werden, um dem Kapital das Vergrauen zurückzugeben, dass wenn die zyklische Krise den Tiefpunkt zu überschritten haben scheint, eine Voraussetzung für seine erhöhte Betätigung ist. Das aber tut die Volksfront - soweit es sich um die Führung handelt - in reichem Masse. Eine Frage aber bleibt und die ist, ob und wie weit die Arbeiterschaft bereit ist auf die weitere energische Wahrnehmung ihrer Interessen, sowohl ihrer täglichen, wie ihrer historischen, zu verzichten. Wir bezweifeln nicht, dass die KPF-Führung, gestützt auf die Autorität der russischen Revolution für eine kurze Zeit und unterstützt durch einen vorübergehenden Konjunkturaufschwung die Arbeiterklasse ihrer grundlegenden Aufgabe entziehen könnte. Aber diese Art Wiedergeburt eines von der Komintern gestützten und geförderten Reformismus wird ebenso zusammenbrechen, wie der, in dessen Zeichen die Mehrheit der Arbeiterklasse bis zum Weltkrieg marschierte, weil ihm dauerhafte Grundlagen fehlen und weil die Bourgeoisie der demokratischen Länder sich nur und solange seiner bedienen wird, solange er seiner bedarf.

-o-o-o-o-o-o-o-

Die Arbeitslosen rühren sich.

=====  
=====

Wir haben hier schon die trostlose Lage der Arbeitslosen erwähnt und vermerkt, dass sich deren Lage unter der Volksfront keineswegs gebessert hat, sondern infolge der Teuerung in vielen Fällen unter das Laval'sche Niveau begeben hat. Das Nichtstun der Regierung und der CGT für die Arbeitslosen zeigt nur, was aus den sozialen Forderungen der Arbeiter geworden wäre, wenn sie sich auf die Regierung verlassen und auf ihre eigene Klassenaktion im Juni vorigen Jahres verzichtet hätten. Die Arbeitslosen haben zwar auch versucht im Zusammenhang mit der Junibewegung Aktionen lokaler Art durchzuführen. Es gelang ihnen auch hier und da kleine Vergünstigungen durchzusetzen. Aber die Tatsache, dass die CGT im Juni keinerlei Neigungen zeigte die Forderungen der Arbeitslosen mit in den Aktionsbereich der Massenbewegung zu ziehen und eine Gesamtregelung für das ganze Land zu erzielen und die kommunalen Regelungen durch die Allgemeinbestimmungen in äusserst bescheidenen und unzulänglichen Grenzen gehalten waren, lässt nunmehr die Arbeitslosen zur Aktion schreiten. Die im August gewährten, und bereits damals völlig unzulänglichen Erhöhungen der Unterstützungssätze, sind infolge der anhaltenden Teuerung längst überholt.

Diese Lage hat bereits zu einer Aktion der Pariser Arbeitslosen geführt. Nach einer von 10 000 Arbeitslosen besuchten Versammlung unterbreitete eine Delegation der Ministerpräsidentschaft folgende Forderungen:

- 1.) Herausgabe eines Dekrets, das die Arbeitslosenunterstützung um 30 % erhöht, rückwirkend ab 1.1.1937;
- 2.) Annahme eines Gesetzes zur Regelung der Wohnungsmiete der Arbeitslosen und Unterbindung jeder Exmittierung;
- 3.) Beschleunigte Inangriffnahme öffentlicher Arbeiten und sofortige Verabschiedung des Projekts bezüglich Rentengewährung an die alten Arbeiter;
- 4.) Vorabschiedung des Projekts eines nationalen Arbeitslosenfonds.

Es gilt diese Aktion der Pariser Arbeitslosen auf das ganze Land auszudehnen und die CGT muss durch ihre Mitglieder veranlasst werden, dieser Aktion die Unterstützung ihrer 5 Millionen Mitglieder zu gewähren.

-o-o-o-o-o-o-

Um den Streik bei "La Strasbourgeois".

=====  
=====

Die Belegschaft der Schuhfabrik "La Strasbourgeois" steht seit Anfang Dezember im Streik. Der ursprünglich besetzte Betrieb wurde nach Intervention des Unternehmers bei den Behörden geräumt, worauf die Direktion die 400 Arbeiter infolge des Streiks, den sie zu einem Vertragsbruch stempelte, entliess.

Am 21. Januar hatte nun der Präfekt die Schlichtungskommission mit der Beilegung des Konflikts beauftragt. Nach längeren Verhandlungen unterbreitete der Präfekt im Namen der Schlichtungskommission beiden Parteien einen Vor-

schlag. Dieser Vorschlag entsprach einem bereits früher von der Betriebsdirektion der Belgischgesellschaft unterbreiteten Angebot, das von dieser als unzureichend abgelehnt worden war. Die Delegation der Belgischgesellschaft vor der Schlichtungskommission lehnte daher den Schiedsspruch ab, da seine Annahme die faktische Desavouierung des ganzen Streiks bedeutet hätte. Da der Vorschlag dem früheren Angebot der Direktion Rechnung trug, nahm sie das Angebot der Schlichtungskommission an. Der Präfekt suchte die Arbeiterdelegation durch die verschiedensten Einschüchterungsversuche zu beeindrucken und sie zu einer Aufgabe ihres ablehrenden Standpunktes zu veranlassen. Diese Versuche verfohlten aber ihren Zweck; die Vertretung der Belgischgesellschaft hielt sich an die Weisungen ihrer Auftraggeber. Darauf konstatierte der Präfekt das Scheitern des Schlichtungsversuches infolge der Unnachgiebigkeit der Arbeiterdelegation.

Von Bedeutung ist, dass die "Humanité" von diesen Tatsachen in einer Weise Kenntnis gibt, die die Vermutung aufkommen lässt, als sei sie geneigt sich von den Forderungen der streikenden Arbeiterschaft zu distanzieren. Unserer Meinung hat die Arbeiterpresse hier nur eine Funktion: die Interessen der Streikenden wahrzunehmen, die einzig und allein darüber zu entscheiden haben, was ihren Interessen und Forderungen entspricht.

Von Bedeutung ist noch eine andere Frage: hat die Vertretung der Arbeiterschaft im Schlichtungsausschuss sich mit dem Angebot des Präfekten solidarisiert? Wer waren diese Vertreter und wie kamen sie dazu einem Vorschlag beizutreten, von dem sie wussten, dass er bereits vorher durch die streikende Belgischgesellschaft als unzureichend abgelehnt worden ist? Betrachten sich die Vertreter der CGT in den Schlichtungskommissionen als Vertreter der Arbeiterschaft oder werden ihre Entscheidungen von anderen Gesichtspunkten diktiert. Einige Aufklärungen darüber wären dringend vonnöten.

Die organisierte Arbeiterschaft muss auf jeden Fall dafür sorgen, dass den Streikenden die gesamte Solidarität der CGT zur Hilfe kommt.

WARUM SCHWEIGEN DA DIE ARBEITERORGANISATIONEN. Vor der Straßburger Strafkammer hat ein Monstre-Abtreibungsprozess stattgefunden, indem 40 Angeklagte, 25 Zeugen und 16 Rechtsanwälte aufmarschierten. Nach der Anklage handelt es sich um ein Verbrechen gegen den Artikel 357 des Strafgesetzbuches 5 (Abtreibung). Unter den Angeklagten befanden sich neben zwei Ärzten und Hebammen auch verheiratete Frauen.

Die Öffentlichkeit wurde von den Gerichtsbehörden ausgeschlossen. Bisher wurde in der Frage der Abtreibung von den Arbeiterorganisationen ein besonderer Standpunkt vertreten. Die Arbeiterorganisationen bekämpften den Artikel 357 des Strafgesetzbuches, der die Abtreibung unter Strafe stellt und verlangte die Strafflosigkeit der Abtreibung, wenn sie aus sozialen Gründen erfolgte. Es gibt genügend und zahlreiche Fälle, wo soziale Gründe zur Abtreibung Veranlassung gaben und Arbeiterfrauen infolge ihrer miserablen finanziellen Situation und der Strafbarkeit der Abtreibung in die Hände von Kurfischern getrieben und auf diese Weise für ihr ganzes Leben zu Grunde gerichtet wurden. Die Arbeiterorganisationen vertraten bisher mit Entschiedenheit den Standpunkt, dass die Voraussetzung für die Überwindung der Abtreibungen die Änderung der sozialen Verhältnisse, h. die Beseitigung des Kapitalismus ist und dass, solange dies nicht erreicht ist, die Abtreibung aus sozialen Gründen straffrei sein müsse.

Es mutet eigentümlich an, dass die Arbeiterpresse zu dem erwähnten Riesenabtreibungsprozess in Straßburg eine derart indifferente Haltung eingenommen hat und selbst von der KPF keinerlei Anstrengungen gemacht wurden, um auch nur den Versuch einer Kampagne gegen den Artikel 357 des Strafgesetzbuches einzuleiten. Hat die Volksfrontpolitik, die die KPF zur Landesverteidigung, zur Verherrlichung des bürgerlichen Familienidylls und zur ausgestreckten Hand gegenüber den Katholiken führte, dazu geführt, auch in diesem Punkte die Segel vor den Bürgerlichen zu streichen?

FORTGESETZTE DEMAGOGIE DER CHRISTLICHEN. Für die Textilarbeiter des Bas-Rhin ist auf dem Verhandlungswege ein Kollektivvertrag abgeschlossen worden, der in vielen Punkten den Wünschen der Textilarbeiter nicht Rechnung trägt. Die Christlichen haben jetzt beschlossen diesen Vertrag wegen seiner Unzulänglichkeit nicht zu unterzeichnen. Auf diese Weise gedenken die Christlichen die Aus"staatspolitischen" Erwägungen geborene Bescheidenheit der CGT auszunutzen.

Verantwortlich/EMILE HIRTZEL.



Erscheint wöchentlich

Bezugspreis pro Monat Frs. 2.  
Einzel exemplar 50 Centimes.

# ARBEITERPOLITIK

Organ der kommunistischen Partei - Opposition Elsass (Section der LVKO.)

Nr. 6/IV. Jahrgang.

Erste Februarwoche 1937.

## DIE FRÜCHTE DER ZWANGSSCHLICHTUNG.

Ein kleines Beispiel dafür, wie vorhängnisvoll sich die Zwangsschlichtung für die Interessen der Arbeiter auswirkt, liefern die Schiedssprüche, die im Metallkonflikt in der Sambre gefällt worden sind. In einer der Entscheidungen der Schiedsrichter in diesem Konflikt heisst es inbezug auf die Befugnisse der Betriebsdelegierten:

§ ... dass die Betriebsdelegierten ihre Tätigkeit lediglich auf die Befugnisse beschränken sollen, die ihnen durch das Gesetz vom 24. Juni 1936 über die kollektiven Arbeitsverträge übertragen worden sind... dass keinerlei Ausdehnung dieser Vollmachten zugelassen werden soll und dass infolgedessen keinerlei Einmischung seitens der erwähnten Delegierten in die Disziplin, die Einstellung von Arbeitskräften und die Verwaltung der Betriebe geduldet werden kann und dass insbesondere es nicht zugelassen werden darf, wenn in den Betrieben und Werkstätten Versammlungen der Belegschaften, Goldsammlungen, Kolloquien, Kassierung von Beiträgen, Verteilung von Flugblättern oder Zeitungen stattfinden, bzw. eine Propagandatätigkeit zugunsten einer Auffassung, ganz gleich um welche Auffassung es sich handelt... dass ein Delegierter sich nicht damit befassen darf, was sich in anderen Teilen des Betriebs ausser dem, den er vertritt, abspielt, dass er weiterhin normal seine Arbeit zu verrichten hat, dass die Ausübung seines Mandats nicht die Arbeit in der Werkstätte stören und ihn selbst nicht mehr als höchstens 10 Stunden monatlich von seiner eigenen Arbeit fernhalten darf... dass die Delegierten nicht während der Arbeitsstunden innerhalb des Betriebs zusammenkommen dürfen".

Aus dieser Entscheidung geht hervor, dass die im Namen der Volksfrontregierung funktionierenden staatlichen Schiedsrichter es als ihre Aufgabe ansehen, im Interesse des Herr-im-Haus-Standpunkts der Unternehmer die Befugnisse der Betriebsdelegierten nach Kräften einzuschränken; um diesen eine wirksame Tätigkeit im Interesse der Belegschaften, die sie vertreten, unmöglich zu machen. Indem die Gewerkschaftsleitungen sich für die Zwangsschlichtung einsetzen, fördern sie diese Praktiken der Schiedsrichter, die sich gegen die gewerkschaftliche Betätigung im Betrieb richten. Die Arbeiterschaft muss für die Verteidigung und Erweiterung der Rechte der Betriebsdelegierten kämpfen, sie muss u. a. durchsetzen, dass diese ein Kontrollrecht bei Einstellungen und Entlassungen erhalten. Die Arbeiterschaft muss dafür kämpfen, dass die Freiheit der gewerkschaftlichen Betätigung gewährleistet wird. Aber um diese Forderungen zu verwirklichen, ist es notwendig, dass die Gewerkschaften eine Politik des Klassenkampfes betreiben und nicht eine Politik des Wirtschaftsfriedens unter Zusammenarbeit mit den Unternehmern und dem bürgerlichen Staat auf dem Boden der Zwangsschlichtung.

oooooooooooo

## OPPOSITIONELLE STRÖMUNGEN IN DER CGT.

oo

Ein Zeichen dafür, dass innerhalb der CGT sich oppositionelle Strömungen gegen die Politik der Gewerkschaftsführung regen, ist ein Manifest, das von einer Reihe von Gewerkschaftlern der Pariser Region, die sich "groupe syndicaliste lutte de classe" nennen, verbreitet wird. In diesem Manifest heisst es u. a.:

" Die Streikbewegungen des Juni haben den Lohnarbeitern wesentliche Verbesserungen gebracht. Sie sind sich ihrer Kraft bewusst geworden u. Haben sich

in lassen der CGT angeschlossen. Einen Augenblick überrannt, hat sich das Unternehmertum wieder gesammelt. Es organisiert methodisch die Gegenoffensive und will Stück für Stück die sozialen Errungenschaften der Arbeiterklasse wieder zurücknehmen. Die CGT, die 5 Millionen Anhänger zählt, verfügt über die nötigen Mittel, um die Achtung der geschlossenen Verträge durchzusetzen. Aber anstatt den Weg zu beschreiten, der allein den Traditionen der Gewerkschaften entspricht, den Weg des Klassenkampfes, betreibt sie eine Politik der Kompromisse und dauernden Rückzüge, sie erleichtert so den Gegenangriff der Unternehmer und entwaffnet die Gewerkschaftsmitglieder, die nur darauf warten, kollektiv zur Verteidigung ihrer Rechte in Aktion treten zu können."

Das Manifest spricht sich weiter gegen die Einordnung der Gewerkschaften in den Staat aus. Es verlangt die Gewerkschaftsdomokratie, das Recht der Minderheit, ihren Standpunkt innerhalb der gewerkschaftlichen Organisation zum Ausdruck zu bringen. Gleichzeitig wird die Bereitschaft, Mehrheitsbeschlüsse diszipliniert durchzuführen, betont. Alle Massnahmen und Gesetze, die geeignet sind, direkt oder indirekt die Kampfmittel, die den Arbeitern gegen die Unternehmer zur Verfügung stehen, einzuschränken, werden abgelehnt. Das Manifest spricht sich für die uneingeschränkte Ausübung des Streikrechts, einschliesslich Betriebsbesetzungen, und gegen die Zwangsschlichtung aus. Angesichts der faschistischen Gefahr wird die Schaffung einer eigenen Selbstschutzorganisation durch die Gewerkschaften gefordert. Das Manifest verlangt die internationale Gewerkschaftseinheit und erklärt sich für den proletarischen Internationalismus und gegen die Burgfriedenspolitik. Als nächste Forderungen werden genannt:

- a) Verallgemeinerung der Kollektivverträge unter Hinzufügung von Klauseln über die gleitende Lohnskala, Ausdehnung der Rechte der Betriebsdelegierten. Freie Ausübung der gewerkschaftlichen Rechte, Durchführung des jährlichen bezahlten Urlaubs und der 40 Stundenwoche ohne Einschränkungen.
- b) Verbesserung der Prozedur der Wahl der Betriebsdelegierten.
- c) Kampf gegen den Preiswucher.
- d) Arbeiterkontrolle, um die Arbeiter zur Leitung der kommenden neuen Wirtschaft vorzubereiten.
- e) Effektive Nationalisierung der Rüstungs- und Schlüsselindustrien ohne Entschädigung oder Loskauf."

Einige dieser zuletzt genannten Forderungen sind unseres Erachtens nicht einwandfrei formuliert. Bei der Forderung eines Lohnausgleichs ist es notwendig sich gleichzeitig gegen die von der Gewerkschaftsführung verbreiteten Illusionen in bezug auf die gleitende Lohnskala abzugrenzen. Die Arbeiterkontrolle ist, wie das Beispiel der russischen und auch der spanischen Revolution zeigt, bereits die Übernahme der Leitung der Betriebe durch die Arbeiter. Es gilt also, die Betriebsdelegierten durch Erweiterung ihrer Rechte für die Ausübung der Arbeiterkontrolle vorzubereiten. Es ist also notwendig, sich dagegen zu wenden, dass jede Erweiterung der Rechte der Betriebsdelegierten oder der Gewerkschaften, sagen wir hinsichtlich des Mitbestimmungsrechts bei Einstellungen u. Entlassungen als Verwirklichung der Arbeiterkontrolle der Produktion bezeichnet wird.

Im grossen Ganzen aber zeigt das Manifest eine ganz gesunde Auffassung von den Aufgaben der Gewerkschaftsarbeit in der CGT. Das ist umso begrüßenswert, als die Organisation einer Opposition innerhalb der CGT gegen die heutige Politik ihrer Führung immer dringender wird.

oo

ZUM MOSKAUER PROZESS

werden wir nach Vorliegen des gesamten Prozessmaterials ausführlich in unserer nächsten Nummer Stellung nehmen. Unsere Leser werden verstehen, dass wir unsere Stellungnahme erst nach allseitiger Kenntnisnahme des Prozessprotokolls und umfassender Prüfung aller Tatsachen formulieren.  
Die Redaktion.



BURGFRIEDENSPOLITIK DER KPF.  
oooooooooooooooooooooooooooooooooooo

Entsprechend der auf ihrer letzten Nationalkonferenz von neuem festgelegten Linie hat die KPF bei der Kammerdebatte über die Landesverteidigung für die Regierung gestimmt. Die politische Bedeutung dieses Verhaltens der KPF wurde durch das Auftreten des Kriegsministers Daladier, der bekanntlich auch die Oberleitung der anderen Ressorts der Landesverteidigung innehat, noch besonders unterstrichen. Daladier erklärte, dass er das Verbot der "Humanité" in den Kasernen nach wie vor aufrechterhalte, solange diese irgendwelche Angriffe gegen Offiziere veröffentliche. Die kommunistischen Rodner Gitton und Dowoz führten eine Reihe von Tatsachen an, aus denen hervorgeht, dass das Offizierkorps stark faschistisch durchsetzt ist. Daladier antwortete auf diesen Hinweis auf die Umtriebe der französischen Mächte-gorn-Franco mit dem brüskten Zuruf, dass er zur Loyalität seiner Offiziere volles Vertrauen habe. Die Wendung Daladiers, dass er keine Politik in der Armee dulden werde, bedeutet nichts anderes als das übliche bürgerliche Gerede über den "unpolitischen" Charakter der Armee; es bedeutet, dass die Offiziere reaktionäre, faschistische Politik treiben dürfen, dass den Soldaten aber keine proletarische, antifaschistische Politik gestattet ist. Das Auftreten Daladiers fand den Beifall der faschistischen Kammerabgeordneten, die bei der Abstimmung erklärten, sie seien bereit, zwar nicht der Volksfrontregierung, aber Daladier persönlich ihr Vertrauen auszusprechen. Aber trotz dieser Liebeserklärung für Daladier durch die faschistischen Abgeordneten, der zugleich der Führer der radikalen Partei ist, und trotz dem arroganten Verhalten, das Daladier gegenüber den Kommunisten an den Tag legte, stimmte die KPF für das Vertrauensvotum, das Blum und Daladier verlangten.

Der Kommentar, mit dem die Pariser "Humanité" vom 3. Februar die Haltung der Kammerfraktion der KPF begleitet, zeigt, dass die KPF durch diese Politik den Burgfrieden für den Kriegsfall vorbereitet. Die "Humanité" beruft sich auf das Beispiel der Jakobiner, der Kommunekämpfer und der Sowjetunion und schreibt:

"In Wirklichkeit wehe denen, die angesichts der internationalen Gefahr des Faschismus nicht sehen, dass unser Land mit seinen Traditionen der Freiheit ein Bollwerk ist, das es zu verteidigen gilt. Nur scholastischer Streit könnte die nationale Frage von der internationalen Frage trennen: wir haben das Beispiel Spaniens."

Die "Humanité" vergisst, dass Frankreich zur Zeit der Jakobiner und der Kommunekämpfer kein imperialistischer Staat war und dass auch die Sowjetunion sich dadurch vom gegenwärtigen Frankreich unterscheidet, dass in ihr nicht die imperialistische Bourgeoisie, sondern die Arbeiterklasse herrscht. Übrigens haben weder Jakobiner noch Kommunarden im Namen der Landesverteidigung gegen den äusseren Feind eine Burgfriedenspolitik betrieben. Die Montagnards haben mitten im Krieg die girondistische Regierung gestürzt, und ebenso haben die Kommunarden sich bekanntlich gegenüber den Thiers, Jules Favre und den anderen Vertretern der republikanischen Bourgeoisie ihrer Zeit ganz anders verhalten als, sagen wir, die KPF gegenüber Herrn Daladier. Was schliesslich den Hinweis auf Spanien anbelangt, so zeigt Spanien, dass erstens die bürgerliche Armee kein Werkzeug des Kampfes gegen den Faschismus sein kann, sondern im Gegenteil ihrem Aufbau nach dazu prädestiniert ist, als Herd faschistischer Intrigen zu dienen; und dass zweitens der Kampf der spanischen Arbeiter deswegen einen revolutionären Charakter trägt, weil er zugleich Bürgerkrieg gegen die eigenen Ausbeuter und Abwehr gegen die Intervention des ausländischen Faschismus ist.

NACH DER HITLERREDE.  
oooooooooooooooooooooooooooooooooooo

Die Rede, die Hitler am 30. Januar gehalten hat, zeigt, dass die Nazidiktatur ihre Politik der aussenpolitischen Provokationen mit verstärkter Kraft fortsetzt. Das liegt einmal daran, dass die faschistische Bande, die Deutschland beherrscht, diese aussenpolitischen Provokationen braucht, um die Massen des deutschen Volkes durch eine Erhöhung des Prestiges des deutschen Imperialismus über ihr Elend hinwegzutäuschen und dass schliesslich die innere Widersprüche und Schwierigkeiten des deutschen Kapitalismus die deutsche Bourgeoisie und ihren Nazistaat immer mehr dazu treiben, sich auf einen Raubkrieg

als Lösung dieser Widersprüche einzustellen. Als Hitler im Jahre 1933 an die Macht kam, fabelte er von seinem "Vierjahresplan", durch den er das Elend der deutschen Arbeiter u. Bauern beseitigen werde. Die vier Jahre, von denen Hitler damals sprach, sind inzwischen vergangen. Die Massen des deutschen Volkes sind nicht nur rechtlos, ihre Lebenshaltung verschlechtert sich durch die Politik der Nazi-Regierung fortwährend. Der erste "Vierjahresplan" der Nazis hat den deutschen Arbeitern und Bauern unendliches Elend gebracht. Der zweite "Vierjahresplan", den die Hitler-Regierung jetzt in Angriff genommen hat, ist die würdige Fortsetzung des ersten. Er hat ebenso wenig mit Planwirtschaft zu tun wie der erste. Diente der erste der Ausrüstung des neuen Massenhörs des deutschen Imperialismus, so soll der zweite die wirtschaftliche Mobilisierung für den Kriegsfall vollenden. Die Nazis versprechen den Massen nicht mehr wie vor 4 Jahren goldene Berge, sondern sprechen offen von weiteren Einschränkungen in der Lebensmittelversorgung usw.

Die Massen beginnen langsam so begreifen, dass diese Politik nichts mit ihren Interessen zu tun hat, dass die Einschränkungen nicht -wie in der Zeit des ersten Fünfjahresplanes in der Sowjetunion- der Vorbereitung eines besseren Lebens dienen, sondern einzig und allein den Interessen des Monopolkapitals und seinen weitreichenden imperialistischen Plänen dient, die nur auf dem Wege eines neuen imperialistischen Krieges verwirklicht werden können. Ein Ausdruck dafür, dass sich die Massenbasis des deutschen Faschismus wesentlich verengert hat, ist die Tatsache, dass Hitler darauf verzichtete seinen Reichstag aufzulösen und ein neues Plobizit zu veranstalten.

Ein weiteres Zeichen für die wachsende Enttäuschung der Massen ist, dass die Regierung selbst gegen die Formen des Widerstandes vorgeht, die infolge des Nichtvorhandenseins des Koalitions- und Streikrechts speziell von den qualifizierten Arbeitern in letzter Zeit zur Erlangung besserer Löhne vielfach angewandt wurde. Infolge des Facharbeitermangels in der Rüstungsindustrie haben die Facharbeiter vielfach ihrer Unzufriedenheit über die steigenden Preise, die schlechten Löhne und die Lebensmittelknappheit dadurch zum Ausdruck gebracht, dass sie zur kollektiven Kündigung ihrer Arbeitsstellen übergingen und auf diesem Wege eine Erhöhung ihrer Löhne zu erreichen versuchten. Diese Form des Widerstandes hat anscheinend Schule gemacht und nunmehr ist die Nazi-Regierung dazu übergegangen, die Freizügigkeit der Arbeiter in jeder Form aufzuheben. Die Unternehmer sind angehalten jeden Arbeiter zur Anzeige zu bringen, der sein Arbeitsverhältnis löst. Daneben sind die Unternehmer angehalten keine höheren Löhne zu zahlen, als die vom Treuhänder der Arbeit bestimmten und keinerlei Facharbeiter aus anderen Betrieben ohne vorherige Genehmigung der Arbeitsämter einzustellen. So sucht das Regime die bescheidensten Formen des Widerstandes zu unterbinden und der Arbeiterschaft jede legale Betätigungsmöglichkeit gegen ihr Hungerdasein zu nehmen.

Es bedarf keiner besonderen Überlegung, dass ein solches Regime, das bereits im Frieden den Massen schwerste Entbehrungen auferlegt und ihnen die simpelsten Möglichkeiten nimmt, um ihrer Unzufriedenheit Ausdruck zu verleihen, kein starkes Regime ist. Bei einer wirklich tiefgreifenden innen- und aussenpolitischen Kraftprobe wird sich erweisen, dass die deutsche Arbeiterschaft sich erneut zu erheben verstehen wird.

Heute gilt es, durch eine zähe, nie ermüdende konspirative Arbeit die Kader in allen Betrieben zu formieren, auf die gestützt die Arbeiterschaft ihren Widerstand in den geeigneten Formen zu organisieren und bei Eintritt der unvermeidlich eintretenden Krise des Systems zum offenen Kampf gegen das Regime und für seinen Sturz übergehen kann. Diese Kader moralisch, politisch und materiell zu unterstützen, das muss die Aufgabe der Emigration und die der französischen und internationalen Arbeiterklasse sein. Von der Stärke und der politischen Zielklarheit der illegalen Kader in Deutschland hängt ein nicht unbedeutendes Stück des Vorlaufs des Befreiungskampfes der internationalen Arbeiterklasse ab. Von diesen Kadern in den deutschen Betrieben und nicht von einem Bündnis mit den ornhard und sonstigen Bürgern hängt der Sturz des Hitlerregimes ab. Diese Kader, auf denen die Last des heutigen illegalen Kampfes und auf dem auch die Last und die Opfer des heroischen Kampfes zum Sturz der faschistischen Diktatur liegen, diese Kader gilt es aber nicht im Geiste der Wiederherstellung der soelig gestorbenen bürgerlichen Demokratie, sondern im Geiste der proletarischen Revolution zu erziehen.



Die Anpassung der Löhne an die Teuerung:

Nur auf dem Wege des Kampfes!  
=:=:=:=:=:=:=:=:=:=:=:=:=:=:=:

Im "Freien Gewerkschaftler" v. l. 2. 37. nimmt der Sekretär der UD der CGT des Bas-Rhin, J. Mohn in einem Artikel zur Frage der Anpassung der Löhne an die Teuerung Stellung. Dieser Artikel bedarf in vielfacher Hinsicht einer kritischen Würdigung, weil er nichts als ein Beruhigungspulver darstellt, keine einzige konkrete Kampfmaßnahme in Erwägung zieht, die Frage der Lohnanpassung allein auf den Weg der Verhandlung und der Anwendung der Schlichtungsprozedur verweist und ein gesondertes Vorgehen für jede Industrie und jede Region auf diesem Wege empfiehlt.

Kennzeichnend für Mohn und seine Einstellung, seit der Volksfronteifer über ihn gekommen ist, ist die Tatsache, dass er in seinem Artikel darauf hinweist, dass im Jahre 1929/30 die Strasbourger Indexziffer der Lebenshaltungskosten "sogar auf 660 Punkte stand, während dem sie für Januar 1937 erst 505 Punkte erreicht hat". Joderman fragt sich was denn dieser Hinweis mit der Frage der Lohnanpassung der Juniilöhne an die Teuerung zu tun hat. Offensichtlich nichts.

Der Mohn'sche Artikel steht auch im Widerspruch zu einem Artikel des müllhauser CGT-Sekretärs, J. Walliser, der im "Republikaner" erschien und der ein einheitliches Vorgehen aller Gewerkschaften in der Frage der Lohnangleichung an die Teuerung vorschlug. Wir wissen nicht worauf der hier offensichtlich zu Tage liegende Widerspruch zurückzuführen ist. Böse Zungen meinen, dass der Vorschlag Wallisers und der Vorschlag Mohns einen gemeinsamen Ausgangspunkt haben; beide wollen die Frage des Kampfes um den Lohnausgleich aus ihrem In-szenenbereich ausschalten.

Wie dem auch sei, auf jeden Fall steht vor den Arbeitern und damit vor der CGT die Frage des Lohnausgleichs und es kann sich für die Arbeiterschaft im Grunde nur um die Frage handeln: wie kommen wir zum Lohnausgleich, welcher Weg ist dazu zu beschreiten und welche Kampfmittel verbürgern den Erfolg.

Die Mohn'schen Argumente.

Betrachten wir die Mohn'schen Argumente gegen ein einheitliches Vorgehen der CGT. Mohn behauptet, dass die Teuerung kein Ergebnis der Frankonabwertung sei und daher die Anwendung der Dekretvollmachten im Finanzgesetz durch die Regierung im Sinne der Anpassung der Löhne an die Teuerung nicht möglich sei. Das ist natürlich fauler Zauber, denn es gibt genügend Resolutionen der CGT in denen von der Regierung die Anwendung der Dekretvollmachten im Sinne der Lohnangleichung an die Teuerung gefordert wird. Die Mohn'schen Spitzfindigkeiten resultieren allein aus der Tatsache, dass die Unternehmer sich einer regionalen und für jede Industrie gesonderten Regelung durch den Hinweis auf die Dekretvollmachten der Regierung zu entziehen suchen, die Regierung aber ohne den Druck der Massen nichts unternimmt und die CGT sich befleißigt auf diese Entfaltung einer Massenbewegung zu verzichten.

Mohn empfiehlt eine Regelung im Rahmen jeder Region und jedes Industriezweiges, da "für jederman klar sein dürfte, dass sich das Problem der Lohnrevision von Region zu Region und oft von Industrie zu Industrie verschieden stellt." Dazu käme weiter, dass die Löhne heute durch Kollektivverträge geregelt sind u. in diesen Verträgen verschiedentlich die Prozeduren zur Regelung von Differenzen vorgesehen sind, wozu noch die Einhaltung der gesetzlichen Bestimmungen über das Schlichtungs- u. Schiedsverfahren käme.

Dazu ist zu sagen, dass die Teuerung ohne Unterschied der Region und der Industrie einen allgemeinen Charakter hat und die CGT ja selbst mit der Forderung nach einer gleitenden Lohnskala eine zentrale Regelung anstrebte. Die Unterschiede die Mohn jetzt für eine regionale und für jede Industrie gesonderte Regelung entdeckt, waren kein Hindernis für die Junibewegung, für den Abschluss des Matignon-Abkommen. Sie hindern Mohn auch jetzt nicht, nachdem sie inzwischen die Verhandlungen im regionalen Massstab (Metallarbeiter, Holzarbeiter usw.) auf einen toten Punkt befinden, die Hoffnungen der Arbeiter damit zu beleben, dass die Verhandlungen des Metallarbeitervorbandes der CGT der Pariser Region, die bereits im November eine 15 %ige Lohnhöhung als





Sehr eindrucksvoll wirkte die Intervention des Vertreters der Holzarbeiter des Kam. 9, der, obwohl Anhänger der Volksfront, durch die praktischen Erfahrungen jedoch genötigt war, die Mangelhaftigkeit der Sozialen Gesetze und ihrer Ausführungsbestimmungen durch die staatlichen Behörden scharf aufzuzeigen. Es gibt hunderte von Holzarbeiter, die bis heute noch nicht in den Genuss der Ferien für 1936 gelangt sind, weil die Gesetze keine Strafen gegenüber denen vorsehen, die die Gesetze nicht einhalten. Ähnlich ist es mit der 40 Stundenwoche. Wir brauchen nicht nur Gesetze, sondern auch klare und eindeutige Ausführungsbestimmungen, sagte der Gen. und warnt vor einer Selbstbeweihräucherung durch die Volksfront.

Der Vertreter des Büro Confédéral Locoste (Ex-Unitärer) erklärte, dass die Periode vorüber sei, wo die Unternehmer die Löhne diktieren. Im gleichen Atemzug erklärte er aber; "die wirklichen Profiteure der Sozialen Gesetze sind die Unternehmer".

Mohn ging im Schlusswort den bequemsten Weg und ging auf keine Kritik ein; obwohl dieselbe ein lobhaftes Echo und Beifall auslöste. Wir empfahlen Mohn seine eigenen früheren Artikel über die reformistische Gewerkschaftsführung zweimal durchzulesen, vielleicht merkt auch er dann, wie er sich gewandelt hat.

Auf der Konferenz waren 176 Mandate vertreten. Es wird die Aufgabe der revolutionären Gewerkschaftler sein, bei der Berichterstattung auf die Kampfnotwendigkeiten hinzuweisen.

-o-o-o-o-o-

Ein Teilnehmer.

Der Kongress der SFIO von Oberelsass.

Am verflorenen Sonntag tagte in Mülhausen der Föderationskongress der SFIO von Haut-Rhin. Der Kongress war überwiegend eine kaum endenwollende Lubhudolei auf die Volksfront und ihren Hervorragenden Staatsmann L. Blum. Dennoch kamen auch einige kritische Noten im Kongressverlauf zur Geltung, so vor allen in der Frage der Stellung zur Landesverteidigung, zur Aufgabe der Betriebsbesetzungen, zur Spanienfrage und gegenüber den völlig unzulänglichen massnahmen gegenüber den faschistischen Ligen.

Wicky als Referent drückte seine Stellung zur Volksfront mit den Worten aus: "Auf jeden Fall wird es sich zeigen, ob eine normale soziale Entwicklung im Rahmen des Kapitalismus möglich ist." Also Wicky selbst ist noch zweifeln, wie das Volksfrontexperiment ausgeht. Er meint aber offenbar, man könne, falls die Sache doch schief gehen sollte, einfach wieder dort anfangen, wo man vorher stand. Er vergisst aber ganz, dass dies unmöglich ist. Zum anderen aber liegen bereits ausreichende Erfahrungen über das Ergebnis der Koalitionspolitik mit der Bourgeoisie in anderen Ländern vor, die auf keinen Fall zur Nachahmung auffordern. Anscheinend aber hofft Wicky, dass eine Konjunktur die Volksfrontregierung aus ihren Schwirigkeiten retten und so ihr Experiment begünstigen könnte.

Die Konferenz nahm zwei Resolutionen an. Die eine, zur Schulfrage, fordert, dass die Regierung in der Frage des 9 Schuljahrs festbleibe. Sie fordert, dass das Sonderregime für Elsass-Lothringen baldigst beseitigt wird und rechnet auf Einmütigkeit der Volksfrontparteien in dieser Frage. Gleichzeitig fordert die Konferenz die Kündigung des Konkordats durch die Regierung und die Einführung der Laingetze unter Vermeidung eines Übergangssystems.

In einer weiteren Resolution wird gefordert, sich mit allen Mitteln der Sabotageaktion des Kapitalismus zu widersetzen. Dies soll durch Überwachung der Preisgestaltung und durch Verstärkung der Machtbefugnisse der eingesetzten Preiskommissionen geschehen.

In der Frage des 9. Schuljahres hat Léon Blum jetzt endlich seine Entscheidung getroffen. Diese Entscheidung sagt, dass man den elsässischen Kindern infolge des Religionsunterrichts und des Deutschunterrichts in der gleichen Zeit nicht die gleichen Kenntnisse vermitteln könne wie den innerfranzösischen Kindern. L. Blum kündigt an, dass er in nächster Zeit dem Parlament einen Gesetzentwurf über das Schulregime in Elsass-Lothringen unterbreiten werde. Dabei werde jeder Vertreter von Elsass-Lothringen die Möglichkeit haben, sich zu entscheiden, ob er weiter für die Beibehaltung des Religions-

und Deutschunterrichts ist oder für die gleiche Schulzeit wie in Innerfrankreich, d. h. für die Einführung der Laienschule. Bis dahin aber gelte das Dekret der Regierung.

Léon Blum hofft offenbar durch solche diplomatische Züge die Klerikalen in Verlegenheit zu bringen. Er wird sich irren. Zugleich birgt sein Vorgehen einen Schlag gegen die Muttersprache des Elsass im Gewande, der auch von der überragenden Mehrheit der Arbeiter abgelehnt wird. Für die Arbeiter kann es sich nicht um ein diplomatisches Manöver handeln. Für sie kann es sich nur darum handeln, die bisherige Sabotage der klerikalen Reaktion zu brechen, nicht aber, wie das bisher durch die Regierung geschah, diese Sabotage bei formalen Festhalten am Schuldokret zu tolerieren.

Die Hoffnung, dass die Regierung zur Kündigung des Konkordats und zur Anwendung der Laingesezgebung in Elsass-Lothringen schreiten werde, teilen wir nicht. Diese Massnahme ist zwar eine rein bürgerliche Reformmassnahme, aber die Haltung der Regierung bei anderen Begabheiten (kommunistisches Versammlungsverbot) zeigt, dass sie nicht einmal die Kraft aufbringt, die Versammlungsfreiheit für eine indirekte Regierungspartei im Elsass sicherzustellen. Das schliesst allerdings nicht aus, dass die revolutionären Arbeiter die SFIO des Oberelsass bei ihren Forderungen in den erwähnten Punkten unterstützen werden. Nur gehört dazu der Wille die ausserparlamentarischen Kräfte des arbeitenden Volkes gegen die klerikale Reaktion einzusetzen und die Bereitschaft, den unzweifelhaft auftrötenden klerikalen Widerstand mit allen Mitteln zu brechen. Mit einer Linie, die ängstlich darauf bedacht ist, die Ruhe und Ordnung im bürgerlichen Sinne zu wahren und alles mit der jetzt so beliebten Würde zu machen, ist allerdings die Niederlage gegenüber einem solchen Gegner, wie es der elsässische Klerikalismus ist, obense im voraus bestimmt, wie bei der seinerzeitigen Aktion Herriots. Die für einen solchen Kampf notwendige Geschlossenheit aber trauen wir der Regierung Blum nicht zu. Nichtsdestoweniger werden die revolutionären Arbeiter an der Seite ihrer sozialistischen Kameraden stehen und selbst dann, wenn das Ergebnis in nichts anderem bestünde, dass sie am Ende um eine Erfahrung reicher geworden, zu jenen Erkenntnissen geraten, die heute der fortgeschrittenste Teil der Arbeiter über den Charakter der Regierung Blum als einer Koalitionsregierung mit der Bourgeoisie bereits hat. Klarheit aber muss darüber bestehen, dass die Einführung der Laingesezgebung nicht mit einem Angriff auf den Deutschunterricht in den elsass-lothringischen Schulen verbunden sein darf.

Das gleiche oder Ähnliches gilt für die Forderung des SFIO-Kongress des Haut-Rhin über die Verstärkung der Preiskommissionen und ihrer Ausstattung mit weitgehenden Vollmachten. Wenn es sich darum handeln sollte die staatlich-bürokratischen Kommissionen zu verstärken, so wäre dies nicht der Mühe wert. Worum es sich einzig und allein handeln kann, wenn man wirklich etwas gegen die Teuerung unternehmen will, ist die Bildung von Preiskontrollausschüssen der Werktätigen unter Heranziehung der Betriebsdelegierten, der Angestelltenvertreter, wie der Kleinkaufleute und Kleinbauern, deren Tätigkeit auch auf die Richtung der Arbeiterkontrolle der Produktion auszurichten ist. Eine solche Kontrolle darf vor dem kapitalistischen Geschäftsgeheimnis nicht halt machen und die Kontrollausschüsse müssen mit Exekutivbefugnissen ausgestattet sein und um ihre amtliche Anerkennung kämpfen. Sonst läuft das ganze auf ein ganz gewöhnliches Hornberger Schiessen hinaus.

Will die Regierung Blum eine solche Kontrolle, die allein wirksam sein kann? Wir meinen nicht, weil sie eine kapitalistische Regierung ist. Aber nichts wird die revolutionären Arbeiter hindern, die sozialistischen Kameraden bei der Forderung nach einer solchen Kontrolle zu unterstützen. Wenn wir eine den kommunistischen Grundgätzen ergebene KP hätten, dann müsste sie sogar der SFIO solche Vorschläge für den gemeinsamen Kampf gegen die Teuerung und den Preiswucher unterbreiten und in der CGT in diesem Sinne wirken. Offensichtlich haben wir aber z. Z. diese Partei nicht. Woraus sich ergibt, dass die Kommunisten es von ihrer Partei fordern müssen und in den Massenorganisationen in diesem Sinne arbeiten müssen.

STREIK DER KALIBERGARBEITER. Am 2.2. wurde auf sämtlichen Kaligruben des Oberelsass der Generalstreik durchgeführt, der in einer Nachtsitzung von sämtlichen Betriebsdelegierten und vom Oberelsässischen Bergarbeiterverband der CGT beschlossen wurde. Anlass für den Streik ist neben anderen Fragen, eine Massnahme der Direktion, durch die der neugewählte Vorsitzende des Bergarbeiterverbandes und der Minenbeamten, nach Paris versetzt worden soll. Die Arbeiter sehen darin eine Provokation. Der Streik ist vollkommen.

Vorantwörtlich: Emilo Hirtzol.



Erscheint wöchentlich.

Bezugspreis pro Monat Frs. 9.  
Einzeltzemplar 50 Centimes.

# ARBITRÄRPOLITIK

Organ der kommunistischen Partei-Opposition Elsass (Section der IVKO.)

Nr. 7/IV., Jahrgang.

Zweite Februarwoche 1937.

## Politische Notizen:

### DER FALL MALAGA UND DIE NEUTRALITÄTSPOLITIK.

oo

Dank der Unterstützung durch italienische Truppen und durch italienische und deutsche Kriegsschiffe ist es den spanischen Faschisten gelungen, Malaga zu besetzen und ein furchterliches Blutbad unter den fliehenden Zivilbevölkerung dieser Stadt anzurichten. Der Fall von Malaga ist eine direkte Folge der verbrecherischen sogenannten "Nichtinterventionspolitik" der Regierungen Frankreichs u. Englands. Die italienischen Truppensendungen, die die Einnahme von Malaga durch die spanischen Faschisten erst ermöglicht haben, sind mit dem stillen Einverständnis der englischen Regierung erfolgt. Der "New Statesman and Nation", eine angesehen englische Zeitschrift hat festgestellt, dass das englische Aussenministerium und der englische Botschafter in Rom seinerzeit bei der Unterzeichnung des englisch-italienischen Abkommens darüber informiert gewesen waren, dass neue italienische Truppentransporte nach Spanien unterwegs waren. Die Absicht der englischen Regierung - und sicher auch der französischen, denn die Hauptidee der Blumschen Aussenpolitik ist bekanntlich die, stets hinter dem britischen Imperialismus zu marschieren - scheint es zu sein, dadurch die Front von Stresa wiederherzustellen und Italien von Deutschland zu trennen, dass die Intervention des italienischen Faschismus in Spanien auf Kosten der Intervention des deutschen Faschismus begünstigt wird. Aber diese schamlosen Treibereien auf Kosten des spanischen Volkes haben nur zur Folge, dass auch die Nazis erst recht in den Bürgerkrieg in Spanien eingreifen. Die Haltung der englischen und der französischen Regierung bewirkt, dass die Nazis immer frischer werden, wie das die Hitlerrede vom 30. Januar gezeigt hat.

Die französische Arbeiterschaft muss fordern, dass mit der Neutralitätspolitik, die sich mit jedem Tage von neuem als Verrat und Betrug herausstellt, Schluss gemacht wird, dass die Waffenversorgung der spanischen Antifaschisten gesichert wird und dass die französische Regierung zusammen mit der Sowjetregierung bereit, welche Massnahmen ergriffen werden sollen, um durch eine internationale Aktion der faschistischen Intervention in Spanien ein Ende zu bereiten.

### Die KPF und die Folgen der Neutralitätspolitik.

Die KPF, die seit langem den Kampf gegen die Blumsche Neutralitätspolitik preisgegeben hat, schämt sich jetzt über die Folgen dieser Politik. Aber sie beschränkt sich darauf, Blum und Delbos Klagelieder vorzusingen, sie sagt grundsätzlichlich kein Wort gegen die Neutralitätspolitik u. versucht auch nicht der Arbeiterschaft irgendwelche Aktionsaufgaben zu stellen. Wir erinnern bei dieser Gelegenheit daran, dass die KPF-Führung, ebenso wie die Führungen der SFIO und der CGT, die Aufforderung des von Anarchisten beherrschten Komitees "pour l'Espagne libre" zu gemeinsamen Massenkundgebungen unter der Losung "Waffen für Spanien", die vor einigen Wochen an diese Organisationen gerichtet wurde, unbeantwortet gelassen hat.

Statt dessen betreibt die KPF eine ganz üble Hetze gegen die von ihr fälschlicherweise als "Trotzkistisch" bezeichnete POUM. Diese Hetze hat den offenkundigen Zweck, auch in Frankreich Stimmung für ein eventuelles Verbot der POUM zu machen. Es ist ein verbrecherisches Spiel, das die KI u. ihre Sektionen

hier treiben. Wie der "Manchester Guardian" aus Madrid berichtet, sind dort der Radiosender und die Zeitung der POUM - natürlich auf Betrieben der KP-Spaniens geschlossen worden. Das ist eine mutwillige Spaltung und Schwächung der antifaschistischen Kräfte.

Was die KPF anbelangt, so sollte sie lieber die Agenten Francos in ihrer Nähe bekämpfen, statt die POUM zu beschimpfen. Ein gewisser Galimand, ein radikalsozialistischer Abgeordneter, der mit einigen seiner Parteifreunde nach Barcelona gereist war, erklärt jetzt offen, dass ihm Franco lieber sei als die spanischen Antifaschisten. So sehen die Volksfrontgenossen der KPF aus!

Das Grosskapital organisiert eine Finanzpanik.

Das Grosskapital bereitet wieder eine kleine Finanzpanik vor; das ist das nachgerade klassisch gewordene Mittel, um Linksregierungen unter Druck zu setzen, sie zu immer neuen reaktionären Massnahmen zu veranlassen u. schliesslich ihre Ersetzung durch Rechtsregierungen zu bewirken. Im Senat haben Gardoy u. Caillaux-Boide sind übrigens Radikalsozialisten der Regierung einen neuen reaktionären Wunschzettel vorgetragen. Gardoy hat u. a. verlangt, dass die Regierung keine "neuen kostspieligen Reformen" einführe, d. h. dass sie die Verpflichtung übernimmt, keinerlei Massnahmen zur Linderung der Notlage der werktätigen Massen mehr zu treffen. Vincent Auriol erklärte in seiner Antwort - rede, dass die Regierung keine Steuererhöhung beabsichtige. Auriol ignoriert also die Forderung der KPF nach einer Erhöhung der Kapitalsteuern völlig. Wenn aber keine weitere Belastung des Kapitals eintreten soll, bleibt zur Deckung des Defizits der Staatskasse, wie Auriol zugibt, nur das Mittel der Anleihe - u. das heisst, dass die Regierung bereit ist, den nötigen Kotau vor dem "mur d'argent", vor den Banken zu machen, um eine solche Anleihe zu erhalten.

Gefährliche Stimmungen in der CGT.

Auf der Konferenz der Gewerkschaften der Pariser Region, in denen die KPF einen beherrschenden Einfluss ausübt, kam es zu einer heftigen Debatte über die Stellung zur Sowjetunion. Hénaff hatte in seinem Bericht über die Tätigkeit der Leitung einen Passus gegen die Trotzlisten und für die neue Verfassung der Sowjetunion hineingenommen. Darauf erfolgte ein konzentrierter Angriff, an dem Anarchosyndikalisten, Sympathisierende des "rotzkismus" und Anhänger des traditionellen CGT-Reformismus teilnahmen. Hénaff erklärte sich schliesslich bereit, den fraglichen Passus zurückzuziehen. Dieses Zurückweichen vor antibolschewistischen Stimmungen ist eine schwere moralische Niederlage der KPF. Es zeigt sich bei dieser Gelegenheit, wie verhängnisvoll die heutige Politik der KPF sich auswirkt, wie sie den sowjetfeindlichen Tendenzen Wasser auf die Mühlen gibt.

Die Tagung der Pariser Gewerkschaften hat auch eine andere Gefahr gezeigt. Über die arbeitgemeinschaftliche Politik der CGT, über die Frage der Stellung und zur Zwangsschlichtung usw. wurde fast garnicht diskutiert. Es wäre verderblich, wenn diejenigen Elemente, die den reformistischen Kurs der CGT-Führung ablehnen, aus Verbitterung darüber eine antikommunistische und sowjetfeindliche Politik einschlagen, statt eine Opposition im Namen einer klassenkämpferischen Gewerkschaftspolitik zu betreiben.

-o-o-o-o-o-

Unsere Stellung:

ZUM PROZESS RADEK-PJATAKOW  
oooooooooooooooooooooooooooo

Der allgemeine Hintergrund, auf dem sich der Prozess Radek-Pjatakow abspielt, ist einerseits der rasch u. sicher fortschreitende Aufbau des Sozialismus, die fortschreitende wirtschaftliche, politische, militärische u. kulturelle Stärkung der Sowjetunion, die fortschreitende Hebung der Lebenshaltung der breiten Massen der Werktätigen, die Erweiterung der Sowjetdemokratie, die Liquidierung der letzten Ausbeuterklasse, der Kulaken und damit die sich vollziehende Aufhebung der Klassen. Andererseits jedoch wächst die Kriegsgefahr und damit in Verbindung die Bemühungen der besonders aggressiven imperialistischen Staaten, Zersetzungsarbeit in der SU zu leisten und dafür Werkzeuge in der SU selbst zu suchen.

↳ hier alt von quart; hinter für ihnen "parli-dem-arrats"



Die vorliegenden Ergebnisse der proletarischen Diktatur in der SU sind ihre schlagende Rechtfertigung u. der anschauliche Beweis für die internationale Bedeutung des in der SU eingeschlagenen Weges der proletarischen Revolution und der Räterediktatur.

Von diesem Hintergrund hebt sich umso ungeheurer ab die Reihe der Verbrechen, deren die Angeklagten des Radok-Pjatakow-Prozesses beschuldigt werden und zu denen sie sich selbst bekannten, zumal es sich bei Radok, Pjatakow, Sokolnikow, Muralow usw. um Leute handelt, die bei der Vorbereitung u. Durchführung der Revolution jahrelang führende Rollen in der KPdSU und im Sowjetstaat innegehabt haben.

Wir erklären offen, dass wir uns ausserstande fühlen, aus dem Verlauf des Prozesses ein sicheres Urteil darüber zu gewinnen, in welchem Umfange die gegen die Angeklagten erhobenen und von ihnen selbst auf sich genommenen ungeheuerlichen Beschuldigungen zutreffen. Anlass zu ernststen Zweifeln geben uns vor allem die gegen Radok und Sokolnikow erkannten Strafmasses. Sie stehen im scharfen Widerspruch dazu, dass diese Beiden im Prozess als führende Inspiratoren der Verbrechen erschienen sind und dass sie demgemäss das schärfste Strafmass hätte treffen müssen, jedenfalls kein geringeres als diejenigen, die als die ausführenden Werkzeuge erschienen sind. Wir halten es für unsere Pflicht in einem Falle, wo es sich um die physische und moralische Vernichtung jahrzehntelang führender Gestalten der Revolution handelt, auf diesen Widerspruch und die Zweifel, die er erweckt, hinzuweisen.

Was in Bezug auf die Angeklagten feststeht, ist unzweifelhaft dies, dass sie mit bewusst lügnerischen Erklärungen sich den Wiedereintritt in die Partei verschafft, dass sie die Partei betrogen haben, indem sie wiederholt erklärten, im Fraktionskampf abrüsten zu wollen, tatsächlich aber nicht abrüsteten, sondern an den von ihnen abgeschworenen Auffassungen weiter festhielten u. sie auch vertraten.

Eine solche Atmosphäre der Lüge u. der Zersetzung der Parteimoral schafft unvermeidlich Voraussetzungen für weitergehende Zersetzungserscheinungen, für das Entstehen terroristischer Stimmungen, für das Eindringen des Klassenfeindes usw. - unabhängig davon, wieweit die Angeklagten direkt an Akten des Terrorismus, der Sabotage, der Spionage, des Landesvorrats beteiligt waren oder bei ihrer Organisation mitgewirkt haben.

Wenn und soweit das Letztere der Fall und erwiesen ist, kann es in der proletarischen Diktatur nichts anderes geben als schärfste u. unerbittliche Bestrafung. Dies umsomehr, wenn es sich um bisher führende Genossen handelt.

Gleichzeitig jedoch werfen dieser Prozess, wie der vorhergehende Sinowjew-Kamenew-Prozess und die angekündigten weiteren Prozesse unvermeidlich die Frage auf, wie es zu dieser Zersetzung und Entartung früher führender Genossen der KPdSU und des Sowjetstaates kommen konnte. Diese Frage wird umso dringlicher und entscheidender gerade dann, wenn die konkreten Beschuldigungen gegen die am Radok-Prozess Beteiligten zu Hundert Prozent zutreffen würden.

Eine solche Zersetzung u. Entartung kann nicht in einer gesunden Parteiatmosphäre entstehen. Sie führt unvermeidlich zu dem Schluss, dass in der Methode der Parteiführung etwas krank, gefährlich krank ist. Die Krankheit ist die Unterdrückung jeder Kritik, jeder Äusserung von Zweifeln an der Richtigkeit des Parteikurses, das Fehlen freier Aussprachen, eines Mindestmasses innerer Demokratie, Clquenmethoden, das Fehlen wirklich kollektiver Arbeitsmethoden, die Methoden der persönlichen Diktatur Stalins, die ein erheblicher Teil der Parteimitglieder unter dem Druck des Parteiapparats houchlerisch und äusserlich anerkennen, aber innerlich ablehnen.

Dieser Krankheitszustand der Partei muss sich umso gefährlicher auswirken in einem Zeitabschnitt, wo den parteilosen wachsende Rechte eingeräumt werden (was an sich notwendig und richtig ist).

Daraus folgt: selbstverständlich kann nicht darauf verzichtet werden, Vergehen gegen die Partei und den Sowjetstaat mit der notwendigen Strenge zu ahnden. Unendlich wichtiger und entscheidender aber ist es, die Ursachen zu beseitigen,

aus denen diese Zersetzung und Verbrechen hervorgegangen sind und, solange diese Ursachen bestehen, immer aufs Neue in steigendem Umfange und in noch verschärften Formen hervorgehen werden.

Dieser Zersetzung und Entartung kann nur Halt geboten werden, wenn in der Methode der Parteiführung eine radikale Umkehr eingeleitet wird, wenn in der Partei die Ventile geöffnet, wenn die Partei-Instanzen von der untersten Stelle bis zur obersten Spitze der wirklichen Kontrolle der Masse der Parteimitglieder unterstellt werden. Selbst falsche Ansichten müssen geäußert werden können - nur dadurch können sie gleich in den Anfängen auf dem schnellsten Wege und mit der geringsten Opfern und Erschütterungen korrigiert und kann verhütet werden, dass anfänglich kleine und harmlose Fehler sich immer weiter vergrößern und schliesslich zu Verbrechen auswachsen.

Dies ist der einzig gangbare Weg wirklicher Gesundung, wirklicher Überwindung oder Verhütung von Zersetzungserscheinungen. Wird er nicht eingeschlagen, werden die Ventile in der Partei stattdessen noch stärker belastet, so kann die Wirkung für die Partei, für die SU, für die Kommunistische Internationale und die internationale Arbeiterbewegung überhaupt nur unheilvoll sein.

Wir lehnen heute wie bisher aufs Schärfste die konterrevolutionäre Einstellung Trotzki's und des Trotzkiismus zur Sowjetunion ab, der die moralische und tatsächliche Verantwortung dafür trägt, was von dieser Grundlage ausgehen die KPdSU und die Sowjetunion geschieht, und diese Verantwortung nicht von sich abwälzen kann.

Wir wiederholen aber jetzt noch eindringlicher die Warnung, die wir schon beim Sinowjew-Prozess ausgesprochen haben, jede Kritik und jede Opposition gegen die politische Linie der KI und der KPdSU mit dem Trotzkiismus in einen Topf zu werfen und als konterrevolutionär niederzuhetzen. Insbesondere gilt dies in Beziehung auf die Kritik an den schweren opportunistischen Entfesselungen, die seit dem VII. Kongress der KI deren Politik kennzeichnen.

Insbesondere protestieren wir aufs Schärfste gegen die skrupellose Hetze, die gegen die POUM, sowohl von den Parteien der KI in Spanien, als auch ausserhalb betrieben wird und bei der die POUM den konterrevolutionären Schädlingen in der Sowjetunion gleichgesetzt wird. Diese Hetze fügt der spanischen Revolution den schwersten Schaden zu.

Wir stellen schliesslich mit Bedauern die nicht zu übersehende und nicht wegzuleugnende Tatsache fest, dass die Art, wie dieser Prozess wie der vorhergehende Prozess im zwangigsten Jahre des Bestehens des Sowjetstaates geführt worden ist, sowohl dem Ansehen der Sowjetunion in der bürgerlichen Welt, als auch dem Glauben an die proletarische Diktatur in der internationalen Arbeiterklasse schweren Schaden zufügt und Zweifel aller Art an der Gesundheit, der Festigkeit und Vorbildlichkeit des Sowjetregimes erweckt hat.

5.2.37.

Büro der IVKO

Nachtrag zur Hitlerrede:

HITLER UND DER ENGLISCHE UND FRANZÖSISCHE  
oo  
IMPERIALISMUS.  
oooooooooooooooooooo

Hitlers unverschämte Haltung zu den Fragen der Aussenpolitik in seiner Rede v. 30. Januar erklärt sich nicht nur aus der innerpolitischen Lage des Nazi-regimes, sondern vor allem auch aus der Haltung, die die demokratischen imperialistischen Mächte, nämlich Frankreich u. England, gegenüber Nazideutschland eingenommen haben. Sie haben das Eingreifen Hitlers in Spanien gestattet und dulden, dass er dort an der Seite Francos einen "lokalisierten" Krieg führt. Der britische Imperialismus nimmt gegenüber der SU eine sehr zweideutige Stellung ein. Er hat bisher stets jede engere aussenpolitische Zusammenarbeit mit der Sowjetunion abgelehnt. Der letzthin von dem Londoner Nichtinterventionsausschuss ausgearbeitete Plan einer Kontrolle der spanischen Küsten sieht die Mitwirkung der Flotten aller europäischen Mächte - mit Ausnahme der Flotte der SU - vor. Es ist ganz klar, dass diese Ausschaltung der SU nur mit



Zustimmung der englischen Regierung vorgesehen werden konnte. Was Frankreich anbelangt, so ist das enge Zusammengehen mit England bekanntlich der oberste Grundsatz der Aussenpolitik Léon Blums und die Rücksicht auf den Pakt zwischen Frankreich und die SU kommt bei Blum erst lange hinter der Rücksicht auf den britischen Imperialismus. Schliesslich haben Eden und Blum der Hitlerregierung vor kurzem unter der Voraussetzung einer Einschränkung der deutschen Rüstungen Kredite angeboten. Dieses Angebot ist für die inneren Widersprüche der imperialistischen Politik sehr bezeichnend. Einerseits fürchten die englische u. französische Bourgeoisie die Eroberungstendenzen des deutschen Imperialismus andererseits aber möchten sie, um den gegenwärtigen Aufschwung der Konjunktur der kapitalistischen Weltwirtschaft zu befestigen u. möglichst lange vor einem Rückfall zu bewahren, auch den deutschen Kapitalismus wieder etwas mehr in den Welthandelsverkehr hineinziehen. Das Angebot von Krediten an Deutschland bewies von neuem, dass der britische und französische Imperialismus, statt zusammen mit der SU eine feste Friedenspolitik gegenüber den kriegerischen Provokationen der Nazidiktatur zu treiben, es vorziehen, im Dunkeln der Geheimdiplomatie Schachergeschäfte mit Hitler zu versuchen, die nur zu weiteren Gefahren für den Frieden im allgemeinen und für die SU-im-besonderen-führen können.

Hitler hat auf die Haltung der englischen u. der französischen Regierung entsprechend reagiert. Da ihm als Antwort auf seine bisherigen Provokationen Kredite angeboten wurden, schloss er daraus, dass er nur erst recht auf den Tisch hauen müsse, damit ihm noch mehr angeboten würde. Er erging sich in mehr oder weniger offenen Drohungen gegen die SU u. gegen die Tschechoslowakei. Er lehnte es ab, den neuen sog. "Vierjahresplan", d. h. die wirtschaftliche Kriegsvorbereitung, zu revidieren oder irgendwelche Verpflichtungen über Rüstungsbeschränkungen zu übernehmen. Er verlangte die Rückgabe der früheren deutschen Kolonien. Nach wie vor will die Nazidiktatur nur zweiseitige Abkommen schliessen, die es ihr ermöglichen sollen, ihre Eroberungspläne zu verwirklichen, ohne auf eine übermächtige Front von Gegnern zu stossen. In diese Kategorie gehört auch das Angebot Hitlers, die Neutralität Belgiens u. Holland zu schützen. Damit wollen sich die Nazis lediglich für den Fall eines kriegerischen Konflikts mit Frankreich und England die Flanke schützen.

Angeblich soll jetzt Ribbentrop in London der englischen Regierung ein Memorandum vorlegen, in dem die Vorschläge und Forderungen Hitlers weiter ausgesponnen werden. Es wird erzählt, dass die Nazis darin als Gegengabe für die Einstellung ihrer Intervention in Spanien Kolonien verlangen werden.

Der französische Aussonminister Delbos hat auf die Rede Hitlers geantwortet, dass Frankreich an einer gesamt-europäischen Regelung unter Einschluss der Sowjetunion festhalte. Aber die französische Regierung scheint alle weiteren Verhandlungen der englischen Regierung überlassen zu wollen - und die Stellung dieser letzteren ist in der Frage der Rolle, die die SU innerhalb einer gesamt-europäischen Regelung spielen soll, wie erwähnt, ziemlich zweideutig. Es wird jetzt von neuem ein diplomatischer Schacher begonnen, der auf Kosten der spanischen Revolution geht u. der den Interessen des Friedens und der SU schweren Schaden bringen kann.

Inzwischen hat der Völkerbund die faktische Annexion Danzigs durch die Nazis schweigend bestätigt. Die faschistische Intervention in Spanien geht weiter.

Statt im Namen der Volksfront hinter Blum herzulaufen, der seinerseits hinter Baldwin herläuft, wäre es die Pflicht der Kommunisten, die Arbeiterschaft Frankreichs zu einem unabhängigen Auftreten gegenüber der Politik der eigenen imperialistischen Bourgeoisie zu mobilisieren, denn nur durch ein solches unabhängiges Auftreten kann die Arbeiterklasse auch einen wirksamen Druck auf ihre Bourgeoisie ausüben. Insbesondere gilt es angesichts des diplomatischen Schachers, der jetzt auf Kosten des spanischen Volkes getrieben wird, erst recht gegen die Neutralitätspolitik, für die freie Waffenlieferung an die spanischen Antifaschisten, für die Blockade der Francorebellen einzutreten.

-O-O-O-O-O-O-O-O-O-O-O-  
 -O-O-O-O-O-O-O-O-O-O-O-  
 -O-O-O-O-O-O-O-O-O-O-O-  
 -O-O-O-O-O-O-O-O-O-O-O-





Der Kampf der Kalibergarbeiter:Der Streik und die Volksfront.

=====  
 =====  
 =====

Der Streik der Kalibergarbeiter des Oberrheins, über dessen Ausbruch wir in unserer letzten Nummer kurz berichteten, ist inzwischen abgebrochen worden. Das Ergebnis des Kampfes - der mit seltener Einmütigkeit durchgeführt wurde - ist ein Kompromiss zwischen Regierung und Kalibergarbeiter, dessen Annahme den letzteren durch die Vertreter der Volksfrontparteien und die Gewerkschaftsführer förmlich aufgezwungen wurde. Dabei ist zu bemerken, - und dies ist für die Haltung der CGT-Führer bezeichnend, - dass die CGT-Führer den Streik von Anfang an als ungesetzlich und gegen die Volksfrontregierung gerichtet darzustellen beliebten. In diesem Sinne hat sich besonders der Sekretär der Mülhauser Gemeindearbeiter, Walliser, hervorgetan. Die sozialistisch orientierten Gewerkschaftsführer hielten sich in diesem Punkte etwas im Hintergrunde, sie handelten mehr nach der Devise: "Man muss sich so benehmen, dass man die Zügel in die Hand bekommt, um der Bewegung die Spitze abzubrechen". Nach dem Verlauf und bisherigen Ergebnis des Kampfes, muss man sagen, dass ihnen dies im grossen und ganzen, wenn auch unter Schwierigkeiten gelungen ist. Dies vor allem dann, wenn die Kalibergarbeiter bei den Verhandlungen nicht streng auf die Wahrung ihrer Interessen achten.

Rekapitulieren wir kurz die einzelnen Phasen des Kampfes.

Die Ursache des überraschend ausgebrochenen Generalstreiks der Kalibergarbeiter, war nicht nur die Versetzung des eben gewählten Präsidenten des Oberrheinsch Bergarbeiterverbandes, Ing. Ginieux, nach Paris, die die Sanktion des zuständigen Ministers gefunden hatte. Die Kalibergarbeiter waren schon früher einmal auf einzelnen Zechen spontan in den Streik getreten, um den faschistischen Umtrieben der Verwaltung und den offenkundigen Missachtungen der abgeschlossenen Verträge wirksam entgegen zu treten. Damals hat die Gewerkschaftsführung den Arbeitern baldige Genugtuung auf dem Wege einer Fühlungnahme mit der Regierung und dem Parlament in Aussicht gestellt, wobei den Arbeitern die Dinge so dargestellt wurden, als ob die Hauptverwaltung in Widerspruch zu den Direktiven der Regierung handle. Die Massnahme gegen den eben gewählten Präsidenten des Oberrheins Bergarbeiterverbandes war also nur ein Akt, der das Fass zum Überlaufen brachte.

Klar geht dies auch aus den übrigen Forderungen der Kalibergarbeiter hervor, die da sind: Beseitigung der fasch. Umtriebe auf den Minen, Anwendung des Kollektivvertrages auf die landwirtschaftlichen Arbeiter, die auf den Versuchsfarmen der Minen beschäftigt sind; Einhaltung des Kollektivvertrages in bezug auf die Zuschläge für Sonntagsarbeit und die Vierzigtstundenwoche; richtige Berechnung der Akkordlöhne; Einstellung der ungerechtfertigten Ausweisungen der ausländischen Arbeitskameraden (die Ausweisungen trafen immer Arbeiter, die in der CGT tätig waren) und Teuerungsausgleich.

Niemand wird auch nur im geringsten feststellen können, dass diese Forderungen nicht restlos dem Forderungshorizont der CGT entsprechen. So schrieb die "Humanité":

"Im vollen Vertrauen zur Regierung der Volksfront schon die vereinigten Arbeiter- u. Angestelltensyndikate einer gerechten Lösung des Konfliktes entgegen."

Léon Blum forderte von den Arbeitern telegrafisch die Räumung der Betriebe u. die Wiederaufnahme der Arbeit als Voraussetzung der Verhandlungen. Diesem Vorlangen wurde durch die Streikleitung stattgegeben, aber erklärt, dass jeder Versuch zum Streikbruch zur neuerlichen Besetzung der Betriebe führen würde.

Das Verhandlungsergebnis mit dem Unterstaatssekretär Ramadier wurde von den Streikenden, obzwar einige Gewerkschaftsführer sich für den Streikabbruch und die Annahme der Vorschläge aussprachen, als unbefriedigend abgelehnt. Die Christlichen witterten jetzt Morgenluft, sie hofften, dass die Gewerkschaftsführer der CGT auf Grund ihrer Gebundenheit an die Regierung Blum in Kürze mit den Streikenden in Konflikt kommen würden, woraus sie auf einen Erfolg für ihre gelben Verbände rechneten.

In diesem Moment warf sich die SFIO auf dem Wege über das Mülhauser Volksfrontkomitee in die Bewegung. Die Gewerkschaftsführer erreichten die Entsendung einer neuen Delegation zu L. Blum, an der Spitze dieser Delegation stand der Redakteur des "Republikaners" J. Wagner, der persönlich mit Léon Blum in Paris konferierte und dessen Einwirkung beim zuständigen Unterstaatssekretär erwirkte. Diese Verhandlungen erbrachten faktisch kein anderes Ergebnis wie die vorausgegangenen Verhandlungen mit dem Unterstaatssekretär Ramadier, Staß des vierwöchentlichen Aufschubs der Versetzung Ginioux, die Ramadier in seinen ersten Verhandlungen zugestanden hatte, erklärte er jetzt die Massnahme zu vertagen, einerseits um H. Ginioux die Ausübung seiner syndikalischen Tätigkeit zu erlauben, andererseits um die gegenwärtigen Verhandlungen weiterzuführen. Alle übrigen Fragen wurden auf den Weg der Verhandlungen verwiesen, deren Termin auf den 8. II. festgesetzt wurde.

Auf dieser Grundlage, die den Streikenden von der Delegation als ein Sieg dargestellt wurde, wurde der Streikabbruch verfügt.

Ohne Zweifel haben die Kalikumpels durch ihren einmütigen Streik, der von den Gewerkschaftsführern als ein Verstoss gegen das Schlichtungsgesetz und als ungesetzlich disqualifiziert wurde (Erklärung Wallisers u. Crons in der Delegiertenkonferenz vom 3. 2. und J. Wagners und Eisenrings am 5. 2.), den Anschlag auf ihren Präsidenten vorerst abgeschlagen und günstige Voraussetzungen für ihre Verhandlungen und deren Ergebnis geschaffen. Hätten sie den Advokatenkniffen der Walliser und Gen. - die jetzt klar zu erkennen gaben, was mit dem obligatorischen Schlichtungs- und Schiedsgerichtsvorfahren beabsichtigt ist - Beachtung geschenkt, dann wäre die faktische Massregelung ihres Vertreters durchgeführt worden und die anderen Fragen wären in der bisherigen Weise behandelt worden.

Aber die Kalikumpel müssen aus Verlauf und Haltung ihrer Instanzen, wie der Regierung einige Folgerungen ziehen. Sie müssen wissen, dass ihr Streik die stillschweigende und sogar offenbekundete Missbilligung der Instanzen und der Regierung fand und dass allein ihre Geschlossenheit u. Einmütigkeit diese Instanzen davor bewahrte, sich offen gegen den Streik zu erheben. Nicht umsonst hat J. Wagner bei der Berichterstattung betont, dass der Streik die Regierung vor einen Konflikt zwischen Gesetz und den Arbeitern stellte. Blum wollte angeblich keinen Präzedenzfall schaffen, wie sich J. Wagner ausdrückte, den die Reaktion in der Zukunft hätte ausnützen können. Das kann doch nur heissen, dass man nach den neuesten Erkenntnissen der Regierung und nach der Verabschiedung des Schlichtungsgesetzes von rechtswegen mit streikenden Arbeitern nicht mehr verhandeln dürfe. Der Hinweis auf die Reaktion kann doch nur bedeuten, dass L. Blum vermeiden möchte bei der Reaktion anzustossen! Diese Bemerkung scheint uns in vielfacher Hinsicht belerkenswert und zeigt, wieweit die Dinge bereits gediehen waren. J. Wagner zieht daraus allerdings eine Folgerung, der die Kaliarbeiter in ihrem Interesse nicht folgen dürfen. Er folgert aus dieser Lage den Verzicht der Arbeiter auf den Streik zur Durchsetzung ihrer Forderungen. Die Kaliarbeiter mögen gut überlegen, was dies praktisch für sie bedeutet hätte; der Bruch ihres Treuschwures gegenüber ihrem Verbandsvorsitzenden und die Behandlung ihrer Forderungen nach den bisherigen Methoden.

Die Folgerungen der Kalikumpels müssen andere sein; sie müssen belehrt durch die Erfahrung ihres letzten Streiks dafür kämpfen, dass die CGT ihre bisherige Haltung gegenüber dem Schlichtungs- und Schiedsgesetz einer gründlichen Revision unterzieht. Wenn Eisenring ihnen erzählt, dass das Gesetz nur im Interesse der Arbeiter verfertigt wurde, wo sprechen die bisher damit gemachten Erfahrungen eine andere und zugleich eindeutige Tatsache. Die Kalikumpel müssen daran festhalten und die gewerkschaftliche Praxis der CGT davon bestimmen lassen, dass sie keinerlei Einschränkung und Aufhebung des Streikrechts in Kauf nehmen. Die zweite Folgerung ist die, dass die CGT ihre volle Unabhängigkeit gegenüber der Regierung Blum zurücknehmen muss. Die jetzige Haltung der CGT gegenüber der Regierung birgt die unvermeidliche Gefahr in sich, dass die CGT-Führung die Interessen der Arbeiter gegenüber denen der Regierung preisgibt. Es ist nicht wahr, dass die Interessen der bürgerlich-sozialdemokratischen Regierung Blum mit den Interessen der Arbeiter übereinstimmen. Die Errungenschaften der Arbeiter sind in erster Linie ihr eigenes Werk, das Werk ihrer kraftvollen und prächtigen Junibewegung, der sich auch die Regierung Blum nicht widersetzen, der sich - wenn auch unwillig - Rechnung tragen musste. Das gilt es zu schon und zu beherzigen.

Vorantwörtlich: Emilio Hirtzol.



Er erscheint wöchentlich.

(3)

Bezugspreis pro Monat Frs. 9.  
Einzel exemplar 50 Centimes

# ARBEITERPOLITIK

Organ der kommunistischen Partei - Opposition Elsass (Section der IUKO.)

Nr. 8/IV. Jahrgang.

Dritte Februarwoche 1937.

## UM DAS NEUE NICHTINTERVENTIONSABKOMMEN. oo

Die im Londoner sogenannten Nichtinterventionskomitee vertretenen Regierungen haben ein Abkommen abgeschlossen, wonach sie sich verpflichten, vom 21. Februar an die Werbung und Durchreise von Freiwilligen für Spanien zu verhindern, und wonach vom 7. März an der von dem Komitee ausgearbeitete Plan einer Kontrolle der spanischen Landgrenzen und Küsten in Kraft treten soll. Dieser Beschluss ist gefasst worden, obwohl die portugiesische Regierung sich bisher geweigert hat, einer internationalen Kontrolle ihrer Land- und Seegrenzen zuzustimmen.

### Was bedeutet das Abkommen?

Vom 21. Februar an wird die französische Regierung das Passieren von Freiwilligen nach Spanien verbieten. Das wird nicht die von Mussolini u. Hitler geschickten Zwangsfreiwilligen treffen, denn die gehen nicht durch Frankreich, sondern die wirklichen Freiwilligen, nämlich die Antifaschisten, die den spanischen Arbeitern in ihrem Kampfe gegen die Franco-Banden beistehen wollen - für die antifaschistischen Freiwilligen ist Frankreich so gut wie der einzige Weg, um nach Spanien zu gelangen. Mussolini u. Hitler haben aber mindestens noch zwei Wochen, nämlich vom 21. Februar bis zum 7. März, Zeit, um weitere Hilfstruppen u. Waffen für Franco zu schicken. Es ist ganz klar, dass die Nazis u. die italienischen Faschisten ihre Verpflichtung keine Truppen sendungen nach Spanien mehr zuzulassen, ebenso wenig ernst nehmen werden wie alle ihre bisherigen Erklärungen über das Nichteingreifen in den spanischen Bürgerkrieg. Schon heute sollen sich 50 - 60 000 italienische Soldaten in Spanien befinden. Innerhalb von zwei Wochen kann diese Zahl noch beträchtlich anwachsen. Was die Kontrolle anbelangt, die am 7. März in Kraft treten soll, so lassen alle bisher vorliegenden Nachrichten das Schlimmste für die spanischen Antifaschisten befürchten. Portugal ist das Durchführland für die spanischen Faschisten, u. wenn die portugiesischen Grenzen nicht überwacht werden, dann wird Franco auch weiterhin alles was er braucht, ungehindert aus Deutschland u. Italien erhalten. Dagegen wird die internationale Kontrolle die Blockade des antifaschistischen Spaniens vollständig machen und zwar unter Mitwirkung deutscher u. italienischer Kriegsschiffe, d. h. der Flotten, die ihre "Neutralität" erst kürzlich durch ihre aktive Unterstützung der Operationen der Franco-Truppen bei Malaga u. durch das Bombardement von Barcelona u. Valencia betätigt haben.

Das neue Nichtinterventionsabkommen ist also eine verschlimmerte Fortsetzung der bisherigen von dem englischen u. dem französischen Imperialismus betriebenen sogenannten Neutralitätspolitik oder richtiger Politik der Förderung der faschistischen Intervention: unter der heuchlerischen Maske der Neutralität. Die Regierung Blum versucht in der Presse den Eindruck zu erwecken, als sei das neue Abkommen eine "Freundschaft" gegenüber dem internationalen Faschismus. Aber dieses Gerede wird schon durch die Haltung der Nazis und der italienischen Faschisten widerlegt, diese sind nämlich mit den neuen Beschlüssen von London hussorot zufrieden. In Wirklichkeit ist das neue Londoner Abkommen ein ganz schmutziges u. verbrecherisches imperialistisches **Schachgeschäft**, das die Regierungen Englands u. Frankreichs mit den faschis-

tischen Diktatoren Deutschlands u. Italiens auf dem Rücken der spanischen Arbeiter abgeschlossen haben. Dieses Abkommen entspricht durchaus der Linie, die der englische u. der französische Imperialismus auch bisher in der spanischen Frage vertreten haben. Was bezwecken die englischen u. die französischen Imperialisten mit dem neuen Abkommen? Einerseits fördern sie die faschistische Intervention in Spanien, andererseits wollen sie durch die internationale Kontrolle der spanischen Küsten (bei dieser Kontrolle werden naturgemäß die englische u. die französische Flotte in der grössten Stärke auftreten) eine bewaffnete Demonstration durchführen, die den italienischen u. deutschen Faschisten zeigen soll, dass England u. Frankreich ihre Verbindungswege im Mittelmeer bewachen; ferner soll die internationale Kontrolle die faschistische Intervention in Spanien nicht verhindern, sondern begrenzen: die englische u. die französische Bourgeoisie haben nichts dagegen, wenn die Truppen Hitlers u. Mussolinis die spanischen Arbeiter massakrieren, sie wollen aber nicht, dass Hitler u. Mussolini in Spanien eine Heeresmacht ansammeln, die es ihnen ermöglichen würde, sich dort auf die Dauer festzusetzen. Am liebsten würden es die englische u. die französische Regierung sehen, wenn der Bürgerkrieg in Spanien mit einem faulen Kompromiss zwischen Franco u. den bürgerlich-republikanischen Kräften auf der Basis der Wiederherstellung des Kapitalismus und der Entwaffnung der Arbeiter endete. Dass dies die wirklichen Motive des Verhaltens der englischen u. der französischen Regierung sind, zeigt u. a. der Fall Portugal. Gegen den Willen der britischen Regierung kann der portugiesische Diktator Salazar nicht einmal "Piep" sagen, denn Portugal ist bekanntlich eine englische Halbkolonie. Wenn Portugal sich jetzt so massig macht, so kann das nur auf die Weise erklärt werden, dass die britische Regierung die unsauberen Verrichtungen, weil sie ihre demokratische Fassade wahren möchte, durch ihren kleinen faschistischen Vasall Portugal betreiben lässt. Blum wiederum versteckt sich hinter Baldwin, um die Tatsache zu rechtfertigen, dass er eine Spanienpolitik nach dem Geschmack der französischen reaktionären Bourgeoisie betreibt.

Der neue Verrat der Regierung Blum an den spanischen Arbeitern wurde durch eine Kampagne vorbereitet, deren Zweck es war, den Arbeitern einzureden, die internationale Kontrolle und die damit verbundene Blockade des antifaschistischen Spaniens sei wer weiss welche Errungenschaft. Der jüngste Nationalrat der SFIO stand auch im Zeichen dieses Täuschungsmanövers. Es wurde dort eine Resolution Grumbach angenommen, die von der Regierung verlangte, dass sie die Wiedergewinnung ihrer Handlungsfreiheit für den Fall ins Auge fasse, dass die Verhandlungen zum Zwecke der Durchführung einer effektiven Kontrolle aller Küsten der iberischen Halbinsel nicht zum Ziele führe. Diese Resolution und die Reden u. Artikel in diesem Sinne verfolgten die Absicht, bei den Arbeitern den Eindruck zu erwecken, die Blockade der spanischen Antifaschisten unter der Firma der internationalen Kontrolle sei, wenn auch nicht ganz so gut, so doch halb so gut wie die Waffenhilfe für die spanischen Arbeiter und liege in deren Interesse. Dass es sich hier um ein glattes Betrugsmanöver handelte, zeigt eine einfache Überlegung. In London erklärte der französische Botschafter Corbin im Nichtinterventionskomitee, dass Frankreich sich seine Handlungsfreiheit zurücknehmen werde, falls die internationale Kontrolle nicht zustandekomme. Aber das Argument, mit dem die Nichtinterventionspolitik von Blum u. den Seinen begründet wurde, war doch, dass sonst ein kriegerischer Konflikt mit Deutschland u. Italien zu befürchten sei. Aber jetzt hat Blum seinen Botschafter Corbin mit der Preisgabe der Nichtinterventionspolitik drohen lassen, falls der Anspruch Frankreichs u. Englands auf Überwachung der Verbindungswege im Mittelmeer durch ihre Flotten nicht respektiert werde. In dieser Frage, u. darum handelt es sich im wesentlichen bei der sogenannten internationalen Kontrolle, fürchtete die Regierung Blum es nicht, energisch zu werden. Daraus folgt, dass sie nur deshalb nicht ihre Handlungsfreiheit in der spanischen Frage zurücknimmt, nur deshalb den spanischen Antifaschisten nicht hilft, weil sie ihnen nicht helfen will und nicht, weil sie ihnen nicht helfen kann.

#### Das Verhalten der KPF-Führung.

Das betrügerische Spiel der Regierung Blum wäre unmöglich gewesen, wenn die KPF Führung nicht die Rolle eines Komplizen Blums übernommen hätte. Die KPF hat ihren Kampf gegen die Neutralitätspolitik schon längere Zeit preisgege-



ben u. hat soither die Blumsche Spanienpolitik ohne Widerspruch, wenn auch ab u. zu mit saurer Miene, mitgemacht. Jetzt kommentiert Péri das neue Londoner Abkommen mit allerlei Gliedervorrenkungen, die zeigen, dass die KPF-Führung ein verflucht schlechtes Gewissen ob der Spanienpolitik der Volksfrontregierung hat, dass sie aber keineswegs gewillt ist, diese Politik ernsthaft zu bekämpfen oder auch nur zu kritisieren. Péri entdeckt jetzt, dass "die englische Taktik schon immer die Rebellen begünstigt hatte". Und was soll man dann von der Taktik der Regierung Blum sagen, die schon immer genau dasselbe getan hat wie die englische Regierung? Und vielleicht fragt sich Péri auch, wie denn nun die Politik der KPF-Führung bezeichnet werden soll, die die Spanienpolitik der Regierung Blum erst halb kritisiert u. bekämpft und dann ganz unterstützt hat? Péri sucht sich jetzt aus der Verlogenheit zu retten, indem er die "Minister der Volksfront" u. die "Parlamentarier der Linken" anspricht u. indem er versucht, an der Resolution des Nationalrats der SFIO herumzudeuteln. Péri meint auf Grund dieser Resolution müsse Frankreich sich jetzt seine Handlungsfreiheit wieder nehmen. Aber erstens ist die Resolution des Nationalrats der SFIO ein bewusst betrügerisches Dokument u. zweitens kann nur eine Mobilisierung der Massen bewirken, dass die Gefahren des Londoner Schandabkommens abgewandt werden, dass der schändlichen Neutralitätspolitik endlich ein Ende gemacht u. dass den spanischen Arbeitern alle die Hilfe gesichert wird, die sie brauchen. Aber die KPF denkt nicht nur nicht daran, eine ausserparlamentarische Massenmobilisierung durchzuführen, sie hat durch ihre ganze bisherige Politik u. insbesondere auch durch ihre Streikabwürgungstaktik alles getan, um den ausserparlamentarischen Druck der Massen auf die Regierung möglichst zu schwächen und ausserparlamentarische Aktionen nach Kräften zu erschweren. Trotzdem gilt es jetzt, überall, wo das nur möglich ist, angesichts der neuen Gefahren für die spanische Revolution Alarm zu schlagen und zu verlangen, dass mit der Neutralitätspolitik Schluss gemacht werde, dass die spanischen Antifaschisten ungehindert Waffen erhalten u. Freiwillige einstellen können und dass den spanischen Faschisten alle Zufuhren an Truppen u. Kriegsmaterial gesperrt werden.

Der notwendige Kampf zur Unterstützung der spanischen Antifaschisten wird leider durch die Zustimmung der Sowjetunion zu dem neuen Londoner Abkommen erschwert. Es ist klar, dass die Sowjetunion, die keine Flotte im Mittelmeer hat u. von Spanien weit entfernt ist, in bezug auf ihre Möglichkeiten zur Unterstützung der spanischen Antifaschisten durch Waffenlieferungen etc. beschränkt ist, aber selbst in dem Falle, wenn die Sowjetregierung angesichts der Stellung des französischen u. des englischen Imperialismus nicht in der Lage ist, ihre Unterstützung der spanischen Antifaschisten fortzusetzen, selbst dann ist es nicht nötig, dass sie den Betrug des neuen Londoner Abkommens mit ihrem Namen deckt. Wir erinnern daran, dass es sich s. Zt. als ein schwerer Fehler erwies, dass die Sowjetregierung dem Nichtinterventionsabkommen zugestimmt hatte und dass die Sowjetregierung dann selbst diesen Fehler korrigierte, indem sie sich ihre Handlungsfreiheit zurücknahm.

-o-o-o-o-o-

Aus der Schweiz:

UM DIE RICHTLINIENBEWEGUNG.  
oooooooooooooooooooooooooooo

Der Parteitag der Schweizer Sozialdemokratie hat sich mit grosser Mehrheit auf seinem Parteitag, für die vom Gewerkschaftsbund ausgegangene, von den Angestellten, dem evangelischen Arbeiterbund und den Bauern unterstützte Richtlinienbewegung ausgesprochen. Damit hat die SPCh ein positives Bekenntnis zur bürgerlichen Demokratie abgelegt und der formell im Parteiprogramm theoretisch anerkannten Diktatur des Proletariats entsagt. Das Bekenntnis zur Richtlinienbewegung, die den Wiederaufbau der kapitalistischen Wirtschaft auf dem Boden der Zusammenarbeit zwischen Kapital u. Arbeit durch eine Koalitions politik mit der demokratischen Bourgeoisie erstrebt, schloss auch ein positives Bekenntnis zur Vaterlandsverteidigung ein, womit offenbar die Schweizer Sozialdemokraten die Voraussetzungen für die Koalitions politik zu schaffen hoffen. Diese grundsätzliche Stellungnahme - so erklärte der Berichterstatter des Parteivorstandes - schliesse jede Zusammenarbeit mit den Feinden der Demokratie - worunter auch die Kommunisten verstanden werden - aus. Nachdem die





KP ein Bekenntnis zur bürgerlichen Demokratie und zur Landesverteidigung im bürgerlich-demokratischen Staate abgelegt hat, wird ihr von der SPSCH ihr Selbstmord und ihr Übertritt zur Sozialdemokratie nahegelegt.

Die KP ist ob der Entscheidung des soz. Parteitages etwas enttäuscht. Um den Anschluss an die Richtlinienbewegung zu finden, hatte sie sich sofort nach deren Bekanntgabe für den Anschluss an diese Bewegung ausgesprochen, wurde aber vom Gewerkschaftsbund als demokratiefeindliche Organisation zurückgewiesen. Da die KP infolge ihrer Mauserung in den Fragen der Landesverteidigung und der Stellung der Demokratie keine Opposition gegen die Richtlinienbewegung machen kann, beschränkt sie sich jetzt nach Aufsehung des soz. Parteitages darauf, ihre Zurückweisung als eine Aufrechterhaltung der Spaltung der Arbeitklasse zu denunzieren, durch die die ganze Richtlinienbewegung zu einem gewöhnlichen Block der Mitte werde, der darauf hinauslaufe die Arbeiterbewegung in die Mitverantwortung für die Politik der Bourgeoisie einzubeziehen. Dadurch aber werde die Vertrauenskrise in der Arbeiterschaft verschärft und der Boden für den Faschismus vorbereitet.

Die Partei vorgibt allerdings, dass durch ihre grundsätzlichen Bekenntnis zu den Grundpfeilern der Richtlinien, sie faktisch einer solchen Politik ihre Sanktion zu geben bereit war.

Eine wirklich kommunistische Stellungnahme zu den Richtlinien hätte deren Grundsätze - die mit den kommunistischen Grundsätzen im diametralen Widerspruch stehen - klar u. eindeutig ablehnen müssen und ihnen ein Programm von Tages- und Übergangsforderungen für den Kampf um die Abwälzung der Lasten der Krise und der Devaluation auf die Schultern der Bourgeoisie, sowie gegen Faschismus und Krieg entgegensetzen müssen. Zugleich hätte sie erklären müssen, dass sie unbeschadet ihrer grundsätzlichen Ablehnung der Richtlinienbewegung bereit ist jede wirkliche ausserparlamentarische Bewegung für einzelne Teilforderungen der Richtlinien - wie Verkürzung der Arbeitszeit mit Lohnausgleich, Lohnerhöhung usw. - mit ihrer ganzen Kraft unterstützen werde. Durch eine solche Stellungnahme hätte die KP sowohl in der Sozialdemokratie, als auch im Gewerkschaftsbund, die Elemente zum Widerstand und zur Sammlung angeregt, die einer Zusammenarbeit mit der Bourgeoisie feindlich und ablehnend gegenüberstehen und somit die Voraussetzungen für die Entfaltung einer Opposition im Gewerkschaftsbund begünstigt, die im weiteren Verlauf zu einer entscheidenden Macht in der schweizerischen Arbeiterbewegung hätte werden können. Indem die KP sich zu den Richtlinien und ihren Grundsätzen bekannt hat, hat sie den rechten Flügel der Arbeiterbewegung gegenüber den nach links tendierenden Arbeitern und Sozialdemokraten gestärkt, was sehr eindrucksvoll auch der Verlauf des sozialdemokratischen Parteitages offenbart.

Setzt Euch der Hetze gegen die POUM entgegen.  
 ::

In der kommunistischen Presse aller Länder wird im Anschluss an den Moskauer Prozess und im Zusammenhang mit der Kampagne gegen die Trotzlisten eine verstärkte Hetze für die Ausrottung und Vernichtung der POUM entfaltet. Dieses Vorgehen der KI-Instanzen ist nicht nur verbrecherisch, sondern auch sadistisch. Durch diese Kampagne, die einzig und allein dadurch diktiert ist, dass die POUM für die sozialistische Revolution, für eine Rote Armee, für eine konstituierende Versammlung auf der Grundlage der Arbeiter, Bauern und Kämpfenden eintritt und gegen die Wiederherstellung der bürgerlichen Demokratie kämpft, wird der Eindruck hervorgehoben, dass mit der Trotzlistenkampagne nicht die wirklichen Trotzlisten, sondern alle jene getroffen werden sollen, die sich dem opportunistischen Kurs der KI vom Standpunkt der Leninischen Grundsätze der KI widersetzen. Wenn die POUM - die wir keineswegs in allen Punkten ihrer Politik verteidigen - zu einer faschistischen Agentur erhoben wird, weil sie im spanischen Bürgerkrieg für die proletarischen Revolution und ihren Sieg fight, so bedeutet dies, dass in den Augen der KI-Instanzen und nach den von ihrer Presse gegenüber der POUM bekundeten und bereits ins Stadium der Praxis übergegangenen Massnahmen, alle jene zu Agenten Hitlers gestempelt werden sollen, die sich nicht als Wiedererwecker der Weimarer Demokratie missbrauchen lassen wollen. Dagegen aber gilt es im Interesse des Kommunismus selbst schärfsten und nachdrücklichsten Protest zu erheben.





gegen das 9. Schuljahr und die Laionschule verbergen.

Es gab faktisch drei Richtungen in Metz. Die eine - die z. Z. dominierende - die den Kampf im formal-rechtlichen Rahmen halten und mit diesen Mitteln, unterstützt durch eine Aktion der gesamten französischen Reaktion durchzuführen will u. die die ausserparlamentarische Aktion diesem in gesetzliche Formen gekleideten Kampf unterordnen will.

Die zweite Richtung wird durch den Vorschlag Michel Walters charakterisiert, die die Aktion benutzen möchte, um zu einer permanenten Regionalversammlung der gewählten Vertreter Elsass-Lothringens zu kommen, zu einer Art Gegenparlament, das mit Loyalitätsbeteuerungen gegenüber Frankreich verdeckt, sich zu einem klerikalen Widerstandsherd auswaschen soll, durch den man jeweils und zur gegebenen Zeit Elsass-Lothringen dem laikalen Frankreich gegenüberstellen kann.

Die dritte Richtung, deren Sprecher Mourer war und die man als die prodeutsche und antifranzösische Tendenz bezeichnen kann, widerstrebt jedem Kompromiss. Sie will den Kampf nicht auf dem formal-rechtlichen Boden ausfechten, sondern visiert bereits jetzt auf die aufröhlung der gesamten els-loth. Frage, wenn die Regierung, das von Joffre seinerzeit gegebene Wort brechen sollte. Klar ging dies aus der Rede Mourers hervor, der erklärte, das Wort Joffres müsse der Ausgangspunkt des Kampfes sein, damit man, falls die Parlamente sich dem Standpunkt der Regierung anschliessen sollten, den Kampf mit allen Mitteln fortsetzen könne. Man dürfe sich nicht in der Seblänge des Rechts fangen lassen, sagte Mourer, deshalb müsse man erklären, dass "wenn unsere, sowie die aus der Vergangenheit auf uns überkommenen Traditionen" verletzt werden, die die "Conditio sine qua non", die unerlässliche Voraussetzung der bedingungslosen Angliederung an Frankreich waren, die ganze els.-Loth. Frage neu aufgeworfen werde. Es ist bezeichnend für die Einstellung des Klerikalismus, dass die Rossé-Prose der Mourer'schen Rede ein breites Publikum verschafft.

Das Ergebnis des Metzener Konvents war eine einstimmig angenommene Resolution, die das Schuldekret für unannehmbar erklärt, seine vorläufige Aussetzung u. die erneute Prüfung unter Hinzuziehung der Interessenten fordert. Eine Änderung des Sprachen- u. Religionsstatut wird kategorisch abgelehnt und der Kampf gegen eine Änderung angekündigt.

#### Regierung und Volksfront.

Die Regierung Blum befindet sich gegenüber dieser Offensive, der man nur mit Entschlossenheit und dem Apell an die ausserparlamentarische Aktivität der breiten Massen des werktätigen Volkes entgegentreten kann, nicht nur in der Defensive, sondern im Rückzug.

Der Unterstaatssekretär de Tesson hat den Widerstand gegen das Schuldekret faktisch sanktioniert, indem er erklärte, dass bis auf weiteres keine gerichtliche Verfolgungen durchgeführt und keinerlei Goldbussen eingezogen werden. Das ist selbst eine Aufgabe des Standpunktes von L. Blum, wie er in seinem Brief an Senator Müller, vertreten wurde.

Die els.-Loth. Volksfront, insbesondere die "Humanité" befindet sich gegenüber der klerikalen Offensive gleichfalls auf dem Rückzug. Sie befließigt sich die Wogen zu glätten und wird nicht müde zu versichern, dass ihnen nicht a forner liegt, als die Einführung der Laionschule. Sie glaubt mit wohlgeübten Phrasen u. mit Diplomatie die reaktionäre Offensive zu besänftigen und denkt garnicht daran den Stier bei den Hörnern zu packen u. ihrerseits einen Sturm gegen die klerikale Reaktion zu entfachen. Im Gegenteil; die Volksfrontprose mit Ausnahme des "Republikaners" - der auch schon kurz zu treten beginnt - wagt garnicht auch nur die Frage des religiösen Statuts und des Konkordats mit seinen allein 36 Millionen für die Pfarrergehälter aus Staatsmitteln aufzuwerfen. Dabei gibt es hundertfache Beispiele dafür, dass die Pfarrer die Kanzel in den Dienst des Kampfes gegen die CGT, die Arbeiterinteressen und selbst gegen die Volksfront gestellt haben. Man verharret in regungsloser Passivi-





Noch eine andere Forderung aber drängt sich gebieterisch auf; die Frage einer allgemeinen Aktion der CGT zur Durchsetzung einer der Teuerung entsprechenden Lohnerhöhung, der Mohn - aus hier genügend klargelegten Gründen - im Namen der CGT entgegentritt, um für eine regionale und industrieweise beschränkte auf die Absolvierung der Schlichtungsprozeduren bedachte Aktion zu plädieren. La Strassbourgeoise gibt Aufschluss darüber welchen Weg das Arbeiterinteresse erfordert.

-o-o-o-o-o-o-

Arbeitslose und Teuerung: Die Not unter den Arbeitslosen wächst im gleichem Tempo wie die Teuerung wächst. Lange Zeit haben die Arbeitslosen auf eine Hilfe der Regierung gewartet. Aber das Sprichwort "Hoffen und Harren macht manchen zum Narron" hat sich an ihnen in trauriger Weise bewahrheitet. Die Arbeitslosen aber scheinen nun nicht mehr gewillt nach dieser Devise zu handeln.

Nachdem in Paris, Lille und anderen grossen Städten die Arbeitslosen ihre Forderungen angemeldet haben, treten auch die els. Arbeitslosen auf den Plan. So haben jetzt die Arbeitslosen Mülhausens in einer grossen Versammlung zu ihrer Notlage Stellung genommen. Auch diese Versammlung zeigte, dass die Arbeitslosen sich nicht mehr mit platonischen Resolutionen zufrieden geben wollen. Nicht ohne Grund sagte ein Arbeitloser, dass die Schwarzen den Arbeitern zeigten, wie man für ihre Interessen protestieren müsse. Der soz. Adjoint Klein glaubte die lobhaften Unzufriedenheitsäusserungen der Arbeitslosen gegenüber der Regierung damit zu besänftigen, dass er vor jener vergifteten Mentalität warnte, die in anderen Ländern zum Faschismus geführt habe. Der soz. Freund vergisst ganz, dass die Liebe durch den Magen geht und dass mit solch "weisen" Ratschlägen gegen den steigenden Hunger nichts auszurichten ist. Die deutsche Sozialdemokratie ist mit dieser Logik unter den Schlitten gekommen.

Die Mülhäuser Arbeitslosen verweisen darauf, dass der Preisindex von 510 auf 574 Punkte gestiegen ist, ohne dass die unzulänglichen Unterstützungen in der Zwischenzeit erhöht worden wären. Aus diesem Grunde fordern sie neben durchgreifender Arbeitsbeschaffung eine 30 % ige Erhöhung der Unterstützungssätze u. eine entsprechende Änderung der Bezugsbedingungen. Die Arbeitslosen gaben am Schluss der Hoffnung Ausdruck, dass ihnen die Volksfrontregierung Genugtuung gewähren möge. Sie trauten aber der Wirkung ihrer Bitte nicht und entsandten noch eine Delegation nach Paris, die unter Hinzuziehung des Abgeordneten Deul direkt bei der Regierung ihre Forderungen unterbreiten sollte. Die Tatsache, dass die vorgelagte Resolution keine einstimmige Zustimmung fand, zeigt, dass bei einem Teil der Arbeitslosen die Hoffnung auf die Wirksamkeit solcher Resolutionen bereits geschwunden ist.

L. Blum hat die Delegation auf besonders warme Empfehlung des soz. Adjoints J. Wagner angehört, die Berechtigung ihrer Forderungen anerkennt, aber keine unverzüglichen Massnahmen angekündigt. Die Rede an die Beamten zeigt, dass die Regierung auf dem bisher betretenen Wege keine wirkliche Hilfe bringen kann und nur durch die Aktion der Massen auf den Weg gestossen werden kann, der dazu führt die Reichen zahlen zu machen. Die KP mit ihrer Einstellung "alles für die Volksfront und alles durch die Volksfront" aber zeigt, dass auch sie unfähig ist, den breiten Massen die nächste Etappe ihres Kampfes und die sich daraus ergebenden politischen Folgerungen aufzuzeigen. Und darin liegt eine Gefahr, eine Gefahr, die man signalisieren muss, nicht um vor ihr zu erschrecken, sondern um ihr durch ein energisches Wirken für eine Kursänderung in dem von uns wiederholt aufgezeigten Sinne zu begegnen. Sonst besteht die Gefahr eines Bruchs in der Arbeiterklasse, der für den Faschismus günstige Operationsausgangspunkte schaffen könnte. Die Mauer des Geldes muss durch die Aktion der Massen und den Einsatz der CGT durchbrochen werden. Dazu gehört auch der Wille mit den Radikalen zu brechen und einen neuen Ausgangspunkt für eine breite Aktion der Massen auf der Basis der proletarischen Einheitsfront zu schaffen. Dazu gehört vor allem eine breite Opposition gegen die gegenwärtigen Kurs der CGT und die Einbeziehung der Arbeitslosen in diese Opposition.

Die christlichen Gewerkschaften haben eine Bezirkskonferenz abgehalten, deren Verlauf und Ergebnisse zeigen, dass sich die Christen entschlossen auf die Linie einer sozialdemagogischen Opposition gegenüber der CGT festlegen.

Verantwortlich: Emil Hirtzel

Erstheint wöchentlich

Bezugspreis pro Monat frs. 2.-  
Einzel exemplar 50 Centimes.

# ARBEITER POLITIK

Organ der kommunistischen Partei - Opposition Elsass (Section der IUKO)

Nr. 9/IV. Jahrgang.

Vierte Februarwoche 1937.

## Zur innenpolitischen Lage:

### LÖHNE UND PREISE.

oooooooooooooooooooooooooooo

In seiner Rede an die Beamten hat Blum erklärt, es müsse jetzt eine "Pause" inbezug auf Reformen, überhaupt inbezug auf die Erfüllung von Forderungen der Werktätigen eintreten. Als Gegenleistung versprach er, auch eine "Pause" in den Preissteigerungen durchzusetzen. In St-Nazaire hat L. Blum dieses Thema weiter ausgesponnen. Er versprach gegen die Preiswucherer vorzugehen und fügte hinzu:

"Neben dieser Aktion inbezug auf die Preise ist andererseits eine Aktion inbezug auf die Löhne notwendig, in diesem Falle eine Aktion der Überzeugung, denn sie appelliert an die Mässigung, an die Vorsicht und in bestimmten Fällen an die Klugheit der Arbeiterklasse u. ihrer Organisationen, die seit 8 Monaten so deutliche u. kühne Beweise ihrer politischen Einsicht und ihres Mutes angesichts der Verantwortung an der Führung, die sie übernommen haben, geliefert haben."

Was Blum also verlangt, ist, dass die Arbeiter darauf verzichten, Lohnforderungen zum Ausgleich für die fortwährend steigenden Kosten der Lebenshaltung zu fordern. Dafür verspricht ihnen Blum eine Aktion gegen die Spekulanten. Es ist nicht das erste Mal, dass die Regierung die Bekämpfung des Preiswuchers verspricht. Bisher sind alle diese Versprechen auf dem Papier geblieben, noch mehr, die Praxis der Regierung hat das Steigen der Preise direkt gefördert. Wir erinnern nur an die Agrarpolitik der Regierung Blum und an die Devaluation. Es war von vornherein zu erwarten, dass eine Devaluation in Frankreich angesichts des Anstiegens der Weltmarktpreise eine Preiserhöhung zur Folge haben würde. Die Weltmarktpreise steigen weiter u. es ist nicht zu erwarten, dass das neue von der Regierung geplante Gesetz zur Bekämpfung "ungerechtfertigter Preiserhöhungen" irgendeinen wesentlichen Einfluss auf die Gestaltung der Preise ausüben wird. Dieses Gesetz ist von vornherein nicht sehr klar abgefasst u. von den Behörden des bürgerlichen Staats angewandt, wird es ebenso unwirksam bleiben wie alle bisherigen Dekrete gegen die Spekulation. Die grossen Kapitalisten werden nachweisen, dass ihr Preiswucher "gerechtfertigt" ist und es werden höchstens ein paar kleine Krämer in den Maschen des Gesetzes hängen bleiben. Die Arbeiter dürfen sich durch die Versprechungen der Regierung, dass sie gegen die Spekulation einschreiten werde, nicht davon abhalten lassen, Lohnforderungen zu stellen und für sie zu kämpfen. Was den Kampf gegen den Preiswucher der Kapitalisten anbelangt, so kann er nicht von den Behörden des bürgerlichen Staats, sondern nur von den Klassenorganen der Werktätigen geführt werden, damit z. B. der Preiswucher des Monopolkapitals wirklich unterbunden werden kann, ist also die Organisation des Kampfes für die Arbeiterkontrolle der Produktion unerlässlich.

### DIE BLOCKADE DES ANTIFASCHISTISCHEN SPANIENS.

oo

Die von uns in der vorigen Nummer der "Arbeiterpolitik" an dem neuen sogenannten Nichtinterventionsabkommen geübte Kritik wird durch alle Nachrich-



ten, die inzwischen eingegangen sind, bestätigt. Dieses Abkommen erweist sich immer mehr als ein Würgestrick, den faschistische u. demokratische Imperialisten der spanischen Arbeiterklasse gemeinsam um den Hals legen wollen. Die französische Regierung hat die Pyrenäen-Grenze bereits für den Übertritt von Freiwilligen nach Spanien gesperrt. Mit Portugal ist die Frage der Grenzkontrolle in der Weise "gelöst" worden, dass an der spanisch-portugiesischen Grenze keine Überwachung durch internationale Kommissionen stattfinden soll, es sollen sich bloss englische "Beobachter" an verschiedenen Punkten dieser Grenze aufhalten (es ist allgemein bekannt, dass die portugiesische u. die englische Regierung ein Herz u. eine Seele sind). Im "Oeuvre" vom 24. Februar schreibt Geneviève Tabouis:

"Nach Ansicht autorisierter Diplomaten gibt das Kontrollprojekt zu zahlreichen Kritiken Anlass. Zum Beispiel sind zwischen dem 20. Februar und dem 6. März zwar Transit- u. Rekrutierung (von Freiwilligen) nicht legal, sie können aber praktiziert werden, und es gibt keine Kontrolle, um sie zu signalisieren. Wir haben gestern abend erfahren, dass ein gewisses Land seine "Ruppendeckungen nach Spanien nicht eingestollt hat... Was die Kontrolle von Portugal anbelangt, so ist sie noch immer am schwierigsten zu verwirklichen. Natürlich werden die Hundertfünfzig englischen Beobachter eine Kontrolle ausüben, aber wenn sie sie nur in den Häfen und an der spanischen Grenze machen, ohne die Einfuhr von Kohlen aufzuhalten, dann wird das gewaltige Zentrum der Waffenfabrikation, das Portugal darstellt... wie vorher in Betrieb bleiben und portugiesische Waffen werden über die spanische Grenze gelangen. Wenn andererseits die Seewege im Mittelmeer an den Nordküsten Spaniens (Valencia und Katalonien) nur von Deutschland u. Italien kontrolliert werden, dann ist es wahrscheinlich, dass deutsche oder italienische Flugzeuge sehr leicht Nachtflüge ausführen können."

Aus dieser Darstellung der Mitarbeiterin des "Oeuvre" geht hervor, dass ein "grösseres Land" (Italien oder Deutschland und höchstwahrscheinlich beide) nach wie vor Truppen u. Waffen zur Unterstützung der Rebellen nach Spanien schickt und dass aller Anlass dazu besteht, anzunehmen, dass dieser Skandal auch nach dem 6. März weitergehen wird.

Es steht also fest, dass die Zustimmung der Regierung Blum zu dem Londoner Abkommen ein neuer Vorrat an den spanischen Antifaschisten, ein neuer Betrug an den französischen Arbeitern gewesen ist.

Wir haben bereits geschildert, wie die Führung der KPF mit allerlei Gliederungsverrenkungen diesen Betrug u. Verrat der Regierung Blum faktisch unterstützt. In der Pariser "Humanité" v. 20. Februar finden wir einen Artikel von Péri, in dem er schreibt:

"Seit dem Beginn der faschistischen Rebellion hat England stets die Sabotage der Regierung von Lissabon gedeckt und protegiert. Portugal ist mit Erlaubnis - oder genauer - auf Rat der britischen Regierung in eine militärische Basis der spanischen Rebellen verwandelt worden. Und nun vertraut man der Regierung von London die Kontrolle der Vertragsverletzungen Portugals an!.. Und glaubt man, dass Deutschland... sich am nächsten 6. März der internationalen Kontrolle unterworfen wird?"

Das ist alles sehr richtig. Aber Péri adressiert seine Vorwürfe nicht an die Regierung Blum, die für diese Vergünstigung der spanischen Faschisten mitverantwortlich ist, sondern er klagt nur die englische Regierung und... die Beamten des Quai d'Orsay an. Liest man die Artikel von Péri, dann könnte man annehmen, dass die französische Aussenpolitik von Herrn Léger oder vielleicht gar vom Concierge des Quai d'Orsay gegen den Willen von Léon Blum und Delbos gemacht werde. Was Péri betreibt, ist eine ganz grobe Irreführung der Arbeiter. Blum u. Delbos sind keineswegs halbidiotische Unschuldsknaben, die wider ihre guten Absichten von der Bürokratie des Quai d'Orsay an der Nase herumgeführt werden, sondern sie tragen die volle Verantwortung für die französische Aussenpolitik und die ganze Volksfront mit ihnen. Es genügt die Rede nachzulesen, die Delbos am 23. Februar im Senat gehalten hat. Er erklärte dort u. a., dass die französische Regierung für die Rückkehr der antifaschistischen französischen Freiwilligen nach Frankreich eintreten werde und sprach sich von neuem für eine "Vermittlung" im spanischen Bürgerkrieg, d. h. für ein faules Kompromiss zugunsten der Faschisten und auf Kosten der Arbeiter aus.

Péris ganzer Heldenkampf gegen einzelne Beamte des Quai d'Orsay ist nur Schaumschlägerei, die darüber hinwegtäuschen soll, dass die KPF infolge ihrer Volksfrontpolitik nichts gegen die Spanienpolitik der Regierung Blum unternehmen will. Die kommunistischen Senatoren haben ja im Senat nach der Rede von Delbos von neuem für die Regierung gestimmt. Auch Péri fordert nicht einmal die Entlassung der von ihm kritisierten Bürokraten des Quai d'Orsay, was am besten beweist, wie wenig Ernst hinter seiner Schreibung steckt.

Ein weiterer Beitrag zur Haltung der KPF-Führung in der spanischen Frage ist die vom Nationalkomitee der Volksfront einstimmig, d.h. auch mit den Stimmen der KPF, beschlossene Antwort auf den Vorschlag des von Anarchisten geführten Comité pour l'Espagne libre, Strassendemonstrationen gegen die Blockade der spanischen Antifaschisten zu veranstalten. In dieser Antwort heisst es, dass das Komitee (der Volksfront) der Ansicht gewesen sei, "im Augenblick keine derartige Kundgebung ins Auge zu fassen."

Trotz der Haltung der KPF-Führung gilt es, den Kampf gegen die schändliche Neutralitätspolitik Blums zu führen.

-o-o-o-o-o-o-o-

#### ZUR LAGE IN SPANIEN.

oooooooooooooooooooooooooooo

Die verbrecherische Hetze, die von den Sektionen der KI in Spanien u. Katalonien gegen die POUM betrieben wird, stösst auf wachsenden Widerstand bei den spanischen Arbeitern. In Barcelona fand eine von der FAI einberufene Sitzung statt, an der alle antifaschistischen Parteien mit Ausnahme der PSUC teilnahmen u. in der sich die Anwesenden verpflichteten, gegenseitige Angriffe zu unterlassen, die die Einheit der Abwehr gegen den Faschismus gefährden könnten. Dieser Beschluss war auf die Angriffe der PSUC (Sektion der KI) gegen die POUM gemünzt.

Die Losungen der POUM finden bei den anarchistischen Arbeitern immer grösseren Widerhall. Am Sonntag, den 14. Februar fand in Barcelona eine gewaltige Strassenkundgebung statt, die von der Jugendorganisationen der POUM- und der Anarchisten gemeinsam veranstaltet worden war. Ein Redner der POUM-Jugend erklärte u.a.:

"Geschehnisse wie die von Malaga dürfen sich nicht wiederholen. Deshalb ist die allgemeine Wehrpflicht notwendig, deshalb dürfen die Waffen nur in den Händen der Söhne der werktätigen Klassen sein. Den Söhnen der Bourgeoisie darf man nur Picke u. Spaten in die Hand geben, um Schützengräben zu machen."

Die Demonstration zog dann zum Sitz der Generalität und überreichte dem Präsidenten Companys folgende Forderungen:

- 1) Allgemeine Mobilmachung;
- 2) Alle Waffen an die Front, alle Mittel sind zu ergreifen, die auf dem wirtschaftlichen u. militärischen Gebiet notwendig sind, um rasch den Krieg zu beenden;
- 3) Neubefestigung der antifaschistischen, aber wahrhaften Einheit;
- 4) Mittel, die notwendig sind, um eine revolutionäre Marine, Luftschiffahrt und ein revolutionäres Heer zu schaffen, das eine Garantie des Sieges ist;
- 5) Volle Verantwortung an den militärischen Kommandostellen und der Leitung des Landes;
- 6) Kein Schritt weiter auf dem konterrevolutionären Wege. Das Volk fordert, dass die am 19. Juli eingeleiteten Schritte fortgesetzt werden, um den Krieg zu gewinnen und die soziale Revolution zu verwirklichen.

#### Die Anarchisten und die demokratische Republik.

Ein weiterer Beweis dafür, wie die anarchistischen Arbeiter sich immer mehr von der POUM vertretenen Auffassungen nähern, ist ein Artikel, den die Barcelonae "Solidaridad Obrera", das wichtigste Organ der CNT, in ihrer Nummer vom 9. Februar unter der Überschrift "Das spanische Proletariat kämpft nicht für die demokratische Republik" veröffentlicht. In diesem Artikel



heisst es:

"Schon seit geraumer Zeit haben gewisse Elemente eine intensive Kampagne entfesselt, deren Ziel es ist, den wirklichen Sinn des Kampfes zu verfälschen, den das spanische Proletariat mit so ausserordentlichem Heroismus führt.

Man sagt in allen Tonarten, dass wir für die demokratische und parlamentarische Republik kämpfen. Diejenigen, die an eine mehr oder weniger schnelle Rückkehr der politischen Situation von vor dem 19. Juli glauben, machen sich Illusionen. Diese Politik der Unentschlossenheit, die zum Selbstmord führt u. deren blutiges Nachspiel eben der Krieg ist, der jetzt die iberische Halbinsel durchtobt, kann nicht von neuem das Schicksal des Landes lenken. Diese demokratische u. parlamentarische Republik war trotz ihres Anspruchs auf sozialisierende Tendenzen unfähig, den verbrecherischen Angriff zu verhindern, den die Generäle gegen das Proletariat richteten. Diese bereiteten ihn mit der passiven Mitschuld derjenigen vor, die - trotzdem sie wussten, was in den Kasernen angezettelt wurde - unfähig waren, mit der dazu nötigen Energie und Kraft zu handeln, um zu verhindern, dass Ströme von Arbeiterblut in einem ungleichen Kampf vergossen würden.

Wir brauchen nicht Zitate von Marx, Engels und Lenin auszugraben. Das wäre kindisch. Niemand kennt besser als die marxistischen Genossen die zahllosen kontroversen über die Lehren ihrer Parteien. Es genügt, einen Blick in ihre Zeitungsarchive zu werfen, um tausend Argumente zu finden, die man ihrer jetzigen Parteilinie entgegenstellen kann. Die spanische Revolution hat die bürgerlich-demokratische Etappe überschritten. Es gibt keine Autorität, die dem Arbeiter zumuten könnte, auf seine revolutionären Ziele zu verzichten. Die angebliche Unfähigkeit der Massen, die begonnene Aufgabe zu einem guten Ende zu führen, ist ein Manöver, ein Manöver, das ganz nach der alten parlamentarischen Politik riecht; es kann Niemanden überzeugen.

In der Tat, man muss es ganz klar aussprechen: das spanische Volk ist im Begriff, zu beweisen, dass es vollkommen imstande ist, seine Revolution zu Ende zu führen. Manche behaupten, dass sie remacht werden könnte, ohne Jemandes Interessen zu verletzen, noch Erschütterungen hervorzurufen. Das ist natürlich vollkommen unmöglich.

Die Arbeiter u. Bauern haben sich mit einem wahrhaften Enthusiasmus auf ihre schöpferische Aufgabe gestürzt, ohne sich Ruhe und Rast zu gönnen. Man kann nicht erwarten, dass sie alles sogleich in höchster Vollkommenheit erfüllen. Sie sind keine Gelehrten, sie sind nie auf hohe Schulen gegangen. Viele können weder lesen noch schreiben, aber sie haben eine Seele, ein Herz, und allem einen Klasseninstinkt. Sie führen keine geistvollen Diskussionen und kennen nicht die Geheimnisse der hohen internationalen Politik wie ihre Vorleumder; aber sie kämpfen. Sie setzen alle ihre Kräfte daran, von früh bis spät, sie geben alles, was sie haben, ja mehr noch als sie haben, für den Sieg des Proletariats und den Aufbau einer klassenlosen Gesellschaft, in der die Menschen alle frei und gleich sind.

Man soll sich keine Illusionen machen! Die bürgerliche Demokratie ist tot. Sie ist der politische Ausdruck einer Klasse, die unfähig ist, ihre historische Mission zu erfüllen und die würdig ist, zum alten Eisen geworfen zu werden. Zu behaupten, dass das Proletariat sie stützen müsse, wäre eine phänomenale Unkonsequenz. Eine Unkonsequenz, die Deutschland sehr schwer zu stehen gekommen ist und die Spanien noch viel schwerer zu stehen kommen würde. Das spanische Proletariat kämpft für die Revolution und nicht für die demokratische und parlamentarische Republik. Das soll Allen deutlich gesagt sein. Die Arbeiter wissen sehr wohl einzuschätzen den Wert des vergossenen Blutes ihrer Genossen, die vor dem Feind gefallen sind."

Die Engelsche Kritik an den Anarchisten von ehemals  
und die heutige Lage.

Es entbehrt in der heutigen Situation nicht eines gewissen Reizes, den bekannten Artikel "Die Bakunisten an der Arbeit" nachzulesen, den Friedrich Engels über die Taktik der spanischen Anarchisten in der Revolution von 1873 schrieb. In diesem Artikel erklärte Engels, dass in Spanien wegen der Rückständigkeit

der Industrie damals (1873) von "einer sofortigen Emancipation der Arbeiterklasse noch garnicht die Rede" sein konnte. Er fuhr fort:

"Ehe es dahin kommt, muss Spanien noch verschiedene Vorstufen der Entwicklung durchmachen, u. eine ganze Reihe von Hindernissen aus dem Weg räumen. Den Verlauf dieser Vorstufen in die kürzest mögliche Zeitdauer zusammendrängen, diese Hindernisse rasch zu beseitigen, dazu bot die Republik die Gelegenheit. Diese Gelegenheit konnte aber nur benutzt werden durch tätiges politisches Eingreifen der spanischen Arbeiterklasse. Dies fühlte die Massen der Arbeiter; sie drang überall darauf, dass man sich an der Ermagnissen beteilige, dass man die Gelegenheit zum Handeln benutze, statt wie bisher den besitzenden Klassen das Feld für ihre Aktion u. ihre Intrigen frei zu lassen."

Engels war also der Ansicht, dass die spanische Arbeiterklasse in die bürgerliche Revolution eingreifen müsste, u. zwar so eingreifen, wie das z. B. Lenin später vom russischen Proletariat im Jahre 1905 forderte, d. h. um die Vorstufen zur proletarischen Revolution möglichst rasch durchzuschreiten, das Eingreifen der Arbeiterklasse sollte nach Engels im Gegensatz zu den Intrigen der besitzenden Klassen erfolgen, es sollte der Bourgeoisie das "Feld für ihre Aktion", d. h. die Hegemonie, die politische Führung in der Revolution streitig machen.

Engels zitierte in seinem Artikel zustimmend einen Bericht der Madrider Anhänger der I. Internationale und Gegner der Bakunisten, in dem diesen letzteren folgendes vorgeworfen wird:

"Wir haben nicht dafür gearbeitet, der Arbeiterklasse die politische Macht zu verschaffen, sondern einen Bruchteil der Bourgeoisie ans Ruder zu verhelfen, der aus Abenteurern, Ehrgeizigen u. Stellenjägern besteht und sich intransigente Republikaner nennt."

Am Schluss seines Artikels warf Engels den Bakunisten noch einmal vor, dass sie in den lokalen Revolutionsregierungen "als ohnmächtige, von den Bourgeoisie überstimme und exploitierte Minderzahl" figurierten, dass die Bewegung kein anderes Programm gehabt hätte "ausser dem unserer natürlichen Feinde, der bürgerlichen Republikaner".

Wir sehen somit, dass die KI heute in Spanien eine Politik betreibt, wie sie Engels seinerzeit bei den Bakunisten auf das Schärfste kritisierte. Die POUM ist es heute, die in den Fragen der spanischen Revolution die Lehren von Marx, Engels u. Lenin anwendet. Und unter ihrem Einfluss machen sich die Anarchistischen Arbeiter immer mehr von ihren traditionellen Vorurteilen frei.

-o-o-o-o-o-o-o-o-

TROTZKI UND DER BÜRGERKRIEG IN SPANIEN.  
oo

Trotzki hat in Mexiko dem dortigen Korrespondenten der Havas-Agentur ein Interview über seine Stellung zum Bürgerkrieg in Spanien gegeben. In diesem Interview hat Trotzki die POUM scharf angegriffen. Das ist ein neuer Beweis, wie unbegründet die Versuche der KI sind, die POUM als trotzkistisch hinzustellen. Das weitere erklärte Trotzki, nachdem er noch die Politik der KPSp. kritisiert hatte: "Unter diesen Umständen wird der Faschismus unvermeidlich siegen, denn rein militärisch ist der Vorteil auf seiner Seite." Diese Erklärung Trotzki ist ein ganz gemeiner Dolchstoß in den Rücken der kämpfenden spanischen Arbeiter. Während des russischen Bürgerkriegs hat Trotzki - und mit Recht - Leute, die solche defaitistische Panikmacherei betrieben, wie er das jetzt tut, mit den drastischsten Mitteln bekämpft u. hat an der Front manche deswegen an die Wand stellen lassen.

EINIGE "BEWEISSTÜCKE" FÜR DIE HETZE GEGEN DIE POUM.  
oo

Seitdem die KI die Losung für die demokratische Republik und ein festes parlamentarisches Regime für Spanien ausgegeben hat, befehlissigt sich das Organ der KI, die "Rundschau", in ihren Spalten eine fortgesetzte Kampagne gegen die POUM durchzuführen.



Wir haben hier bereits über die Massnahmen berichtet, die in Madrid unter dem Druck der KP gegen die POUM ergriffen wurden. Diese Massnahmen wünscht jetzt die "Rundschau" gegen die POUM in ganz Spanien angewendet. Die "Rundschau" sucht die Notwendigkeit dieser verbrecherischen Massnahmen zu beweisen. Zum Beweise dafür, dass die POUM der Francobande in die Hände arbeitet, zitiert die "Rundschau" Nr. 7/1937 eine Resolution der POUM-Jugend zur Agrarfrage. Die Tatsache, dass in der POUM-Resolution von der Regierung von Valencia spricht, ist für den Skribifax der "Rundschau" Anlass zu folgendem Kommentar:

"Die Bezeichnung Regierung von Valencia für die Regierung von Spanien ist keine zufällige Übereinstimmung mit dem Stile Queipo de Llanos. Sie ergibt sich aus der wesentlichen Übereinstimmung der POUM mit dem Faschismus".

Eine eigenartige Logik! Eine Logik die uns hinreichend bekannt ist und der Losung der Sozialdemokraten vor einigen Jahren von den Nazi-Kozi so ähnelt, wie ein Ei dem anderen.

Der "Rundschau" kommt es bei ihrer "wunderbaren" Logik auch nicht auf eine kleine Fälschung an. Durch ein Zitat aus der Resolution der POUM-Jugend über die Agrarfrage sucht sie zu beweisen, dass die POUM für eine zangweise Enteignung der Bauern unter der Bezeichnung "Sozialisierung des Bodens" eintritt. In Wahrheit will die POUM durch die Sozialisierung des Bodens nur den Verkauf des Bodens und die Bodenspekulation unterbinden und die Bauern auf dem Weg der freiwilligen Kollektivisierung durch die Bauernsyndikate selbst leiten. In der Resolution der POUM zur Agrarfrage wird ausdrücklich dagegen Stellung genommen, dass die Sozialisierung des Bodens mit einem Regime willkürlicher Beschlagnahmungen identifiziert wird. Die Sozialisierung, bezw. Kollektivisierung soll allein durch die Syndikate der Bauern und Landarbeiter erfolgen und den Bauern muss die Sicherheit gegeben werden, dass die Früchte ihrer Arbeit ihnen gehören. In dem die "Rundschau" diese Tatsachen unterschlägt, versucht sie den Eindruck zu erwecken, als ob die POUM eine Linie verfolgt, durch die die Bauern zu Feinden der Revolution werden. Zu diesem Zweck muss sie die POUM-Resolution unvollständig und entstellt wiedergeben. Denn nur auf eine solche Weise kann sie ihrer verbrecherischen Politik einen Schein von Berechtigung geben.

Der Fall von Fatarella wird gleichfalls zur Hetze gegen die POUM ausgenutzt. Aus der Rundschau erfährt man allerdings nicht, was denn nun eigentlich in Fatarella losgewesen ist und warum es zu den Zusammenstößen zwischen den Dorfeinwohnern und den proletarischen Kontrollpatrouillen gekommen ist. Wir lassen daher hier kurz die Tatsachen folgen:

Im Dorf Fatarella (Bezirk Taragon), das seit jeher reaktionär war und dessen Bevölkerung aus kleinen u. grösseren Eigentümern besteht, sind die Einwohner mit Kind u. Kegel in die UGT (reformistische Gewerkschaft) eingetreten, an der Spitze der Pfaffe. Als das Dekret der Generalidad über die teilweise Enteignung erschien, drohten die Bauern von Fatarella zu den Faschisten überzugehen u. an den alten Boden- u. Eigentumsverhältnissen festhalten zu wollen. Einige Kameraden der Kontrollpatrouillen aus Barcelona, die nach dem Rechten sehen wollten, wurden überfallen u. zwei davon getötet. Daraufhin begab sich die Kontrollpatrouille (gewissenmassen die GPU) nach Fatarella. Sie fand das Dorf verschanzt u. wurde mit Gewehrfeuer empfangen. Es gab auf beiden Seiten viele Tode u. Verletzte. Die Kontrollpatrouille musste das Dorf regelrecht stürmen. Sie erschoss nacher eine Reihe Personen standrechtlich und nahm einen Teil der Bevölkerung nach Barcelona in Haft.

Die KI-Sektion zog auf Grund dieses Vorfalles ihre Anhänger aus den Kontrollpatrouillen, die nur aus gewerkschaftlich organisierten Arbeitern bestehen und der Kontrolle der Arbeiterorganisationen unterstehen, zurück und setzte in der Regierung einen Beschluss auf Auflösung der Kontrollpatrouillen durch. In der "Rundschau" wird jetzt die POUM angegriffen, weil sie für die Aufrechterhaltung der proletarischen Kontrollpatrouillen und gegen ihre von der KI-Sektion erstrebte Auflösung und die Schaffung einer der Kontrolle der Arbeiterorganisationen entzogene Polizeitruppe auftritt. Die KP spricht den Arbeitern das Recht ab eine Kontrolle auszuüben und die revolutionäre Ordnung zu sichern. Dieses Recht stehe allein den gesetzlich anerkannten Organen der Regierung, d. h. der von ihr geschaffenen und nicht der Kontrolle

der Arbeiterorganisationen unterstehenden Polizei. Die POUM verteidigt mit vollem Recht die proletarischen Kontrollpatrouillen und nennt ihre versuchte Auflösung und die Schaffung einer Polizei, die Schaffung einer bewaffneten Reserve der Reaktion.

Man lese die Folgerungen, die nach Meinung der KP aus dem Verhalten der POUM gegenüber den Versuchen auf Auflösung der proletarischen Kontrollpatrouillen gezogen werden müssen. Es heisst darüber in der "Rundschau" Nr 7/1937:

"Aus diesen perfiden u. verräterischen Kämpfe der POUM gegen die Volksfront, gegen die Regierung u. deren Organe, ergibt sich die Notwendigkeit der raschen Unterdrückung aller Organisationen u. Organe der POUM, der Beschlagnahme ihrer Sender und der Verhaftung u. Bestrafung ihrer verantwortlichen Funktionäre durch das Volksgericht..."

Man sieht, die KP-Führung möchte die Verteidiger der sozialistischen Revolution in Spanien unter das Hackbeil bringen. Es ist aber anzunehmen, dass die spanischen Arbeiter einer solchen verbrecherischen Kerenskipolitik die Gefolgschaft versagen.

-o-o-o-o-o-

ZU DEN AUSEINANDERSETZUNGEN IN DER SAP,  
oo

Wir hatten in der "Arbeiterpolitik" die Auseinandersetzungen in der SAP behandelt. Von der Leitung der SAP erhalten wir eine längere Zuschrift, aus der hervorgeht, dass die Differenzen in den Reihen dieser Partei zum "Ausscheiden von 25 Genossen (fast die Hälfte der Pariser Auslandsgruppe) aus der SAP geführt" haben. Es wird dann weiter erklärt, dass Bauer, Kurt u. die anderen aus der SAP ausgeschlossenen (oder wie die SAP-Führung sagt, Ausgeschiedenen) behaupteten, die SAP habe "sich gegen die POUM erklärt u. den Anschluss an die KPD in Aussicht genommen." Die Zuschrift der SAP-Leitung fährt dann fort:

"Wir würden den Verleumdern mit einer Widerlegung dieser Behauptung zuviel Ehre antun u. bitten die Freunde der SAP lediglich, in der "Neuen Front", Doppelnummer 2/3... die Artikel zum Moskauer Prozess, zur Lage in Spanien, den Konferenzbericht u. die Konferenzbeschlüsse nachzulesen, damit sie selbst ermitteln können, was es mit dem "Stalinismus" der neuen Parteileitung und der SAP für eine Bewandnis hat."

Es ist allerdings ein Kunststück, aus der "Neuen Front" irgendeine klare Stellungnahme zu irgendeiner Frage herauszulösen. Wir glauben aber nicht, dass die Behauptungen, die Führung der SAP wolle zur KPD überlaufen, durch eine Berufung auf die zahllosen Widersprüche der verschiedenen Artikel der "Neuen Front" eindeutig u. überzeugend widerlegt werden, umso mehr als sich die Beschlüsse der Konferenz der SAP für die Anwendung der Taktik des "trojanischen Pferdes" bei den Vertrauensratswahlen, für die Beteiligung an der Volksfrontpolitik der KPD aussprechen u. in der spanischen Frage nur gegen den Bruderkampf zwischen POUM und PSUC protestieren, ohne zu der Frage, welche von den beiden Parteien in ihrer Taktik in der spanischen Revolution recht hat, eine klare Stellung einzunehmen.

-o-o-o-o-o-

Einheitsfront mit Tschang-Kai-Schek:

DIE VOLKSFRONTPOLITIK IN CHINA,  
oo

Wie katastrophal sich die Volksfrontpolitik auf alle Sektionen der KI ausserhalb der Sowjetunion auswirkt, zeigt auch die Politik der KP-Chinas. Diese Partei hat sich neuerdings an das Plenum des Zentralexekutivkomitees der Kuomintang gewandt und hat den Tschang-Kai-Schek u. Konsorten als Gegenleistung für eine Politik der Konzentration aller nationalen Kräfte zur Organisierung des Widerstandes gegen Japan, das Folgende angeboten:

- " 1) Einstellung des bewaffneten Kampfes für den Sturz der Kuomintang-Regierung;
- 2) Änderung des Namens der Sowjetregierung, die sich dann "Verwaltung



- des Sondergebiets in der chinesischen Republik" nennen würde. Die chinesischen Roten Armee würden sich "nationale revolutionäre Armee" nennen und würden direkt der Nankingregierung u. der Kriegskommission der Nankingregierung unterstellt sein;
- 3) Einführung eines demokratischen Regierungssystems in dem Sondergebiet der chinesischen Republik;
  - 4) Einstellung der Konfiskation der Ländereien der Grossgrundbesitzer;
  - 5) Entschlossenem Vorwirklichung des allgemeinen Programms der nationalen antif japanischen Einheitsfront".

Die KPChinas hat in einem fast zehnjährigen opferreichen Kampf die Sowjetmacht in einem Teil Chinas errichtet und verteidigt. Die Volksfrontpolitik führt nun dazu, dass die KP-Chinas der chinesischen Bourgeoisie die Liquidierung dieser revolutionären Machtposition in Aussicht stellt (Die Einführung eines "demokratischen Regierungssystems" in den Gebieten, in denen jetzt die Sowjetmacht herrscht, bedeutet die Ersetzung der Sowjets durch bürgerlich-demokratische Institutionen). Der verderbliche Charakter der Volksfrontpolitik der KP-Chinas wird durch ihr Angebot, auf die Enteignung der Grundbesitzer zu verzichten, besonders drastisch unterstrichen. Die Landfrage, die Frage der Agrarrevolution ist die grundlegende Frage für die chinesischen armen Bauern, die die gewaltige Mehrheit des chinesischen Volkes bilden. Ohne die Durchführung der Agrarrevolution kann in China an keine wirkliche Besserung der Lage der grossen Masse der Bevölkerung gedacht werden und es ist auch kein wirksamer Kampf der Werktätigen Massen Chinas für ihr nationale Befreiung vom ausländischen Imperialismus möglich, der nicht mit der Agrarrevolution verbunden ist.

Die Kuomintang hat auf das Angebot der KP-Chinas mit der Forderung der Auflösung der chinesischen Sowjetregierung, der chinesischen Roten Armee und der KP-Chinas geantwortet. Diese freche Antwort beweist, dass die Volksfrontpolitik den chinesischen Kommunisten nur "niedrigungen einträgt."

Ein bürgerlicher Journalist über die Volksfront in China.

=====  
 =====

In einem Artikel des Korrespondenten des "Manchester Guardian" G. E. Taylor über "Die Volksfront in China" kann man lesen (Manchester Guardian v. 12; 2, 379):

"Die meisten Chinesen geben zu, dass der einzige Weg, auf dem China gegenwärtig seine Bauernschaft dazu bewegen könnte, die Regierung in einem auswärtigen Krieg zu unterstützen, der sein würde, das Land allen denen zu geben, die den Boden, den sie bearbeiten, nicht schuldenfrei besitzen. Eine soziale Revolution, wie die Napoleons in Frankreich oder in der Sowjetunion, obwohl in keiner Weise eine wissenschaftliche Lösung der Landfrage, ist die einzige zu schaffende Grundlage für den Nationalismus unter den Bauern. Es ist nicht wahrscheinlich, dass Nanking eine chirurgische Operation unternimmt, die es nicht überleben könnte."

Das trifft den Nagel auf den Kopf - abgesehen von der kleinen historischen Ungenauigkeit, die die Agrarrevolution in Frankreich fälschlich auf das Konto der napoleonischen Ära schreibt u. den offenbar nur scheinbaren Vorbehalt in Bezug auf die "wissenschaftliche Lösung" der Landfrage. Traurig genug, wenn bürgerliche Sachkenner gegenüber der Volksfrontpolitik in China das vorbringen, was die elementarste marxistische Einsicht in die Klassenverhältnisse Chinas an die Hand gibt. Derselbe Korrespondent macht noch ironisch darauf aufmerksam, dass der in Aussicht genommene Partner für die Volksfront in China, die Nankingregierung, auch nicht das Geringste mit "Demokratie" zu tun hat.

-o-o-o-o-o-o-

**EIN WERTVOLLES BINGESTÄNDNIS.**

oooooooooooooooooooooooooooooooooooo

Wir haben hier wiederholt darauf hingewiesen, dass die sozialen Reformen in Frankreich vor allem und in erster Linie ein Ergebnis der selbstständigen Initiative und Aktion der proletarischen Massen waren und dass die Volksfrontregierung im Juni wohl oder übel die durch die aussorparlamentarische Aktion der Massen geschaffenen Tatsachen sanktionieren musste. Die prolota-

rische Einheitsfront und die Wiederherstellung der Gewerkschaftseinheit, wie der Wahlsieg der Arbeiterparteien schufen die Voraussetzungen für die spontane Aktion der Massen, der die Massen allein ihre Erfolge zu verdanken hatten.

Diese Auffassung wird heute - wenn auch unfreiwillig - selbst von sozialistischer Seite bestätigt. So heisst es in einem Artikel "Atempause" und "Verdauerungserleichterung" im "Republikaner" vom 20. Februar:

"Die Politik des Sparens, der Ausgabenverminderung, des Lohnabbaus, der Konsumbeschränkung hatte sich derart bankerott und zusammengebrochen erwiesen, dass organisierte und unorganisierte Arbeiter- u. Angestelltenmassen selbst die Initiative zu einer anderen Politik, der Politik der Konsumkraftentfaltung ergriffen, bevor nach die neue, die damals erst kommende Regierung überhaupt einen ersten Schritt in diesem Sinne zu machen vermochte

Und die ersten Schritte, welche die neue Regierung tat und die jede andere Regierung an ihrer Stelle, wenn sie es nicht auf einen furchtbaren Konflikt hätte ankommen lassen wollen, hätte vollziehen müssen, erfolgten angesichts einer Finanzlage, die eine mehr als finstere war."

Hier wird also zur Entschuldigung der Regierung Blum gegenüber den Angriffen der reaktionären und faschistischen Presse und zu ihrer Rechtfertigung in den Augen der Bourgeoisie klar gesagt, dass jede andere Regierung angesichts der elementaren Massenhebung nicht anders hätte handeln können, als Blum handelte.

Die Massenaktion und nicht die Koalitionspolitik Blums und der KPF mit der radikalen Bourgeoisie ist der Motor der Sozialreform. Die Aktivität der Volksfrontspitzen aber erstreckt sich seit der Etablierung der Blumregierung darin, diesen Motor auszuschalten. Die KP-Führung aber betätigt sich eifrig als die Feuerlöschkolonne der Regierung. Wenn die Massen wollen, dass die Reichen zum Zahlen gezwungen werden und ihre Errungenschaften gegenüber der Teuerung gewahrt bleiben, dann müssen sie den ausgeschalteten Motor der Massenbewegung wieder einschalten, weil er die einzige Kraft ist, ihre Errungenschaften zu behaupten und weiter auszubauen.

-o-o-o-o-o-

DIE LOTHRINGISCHEN METALLARBEITER LEHNEN DAS ANGEBOT DES HÜTTENKOMITEES AB. Die Delegierten der lothringischen Schwerindustrie haben nach einem Bericht ihres Sekretärs Schwob mit Entrüstung das hohnvolle Angebot des Hüttenkomitees auf 5 prozentige Erhöhung ihrer Löhne einschliesslich der Erhöhung der Familienzulagen abgelehnt".

Die Delegierten haben die Verbandsleitung beauftragt, die Anpassung der Löhne an die Lebenssteuerung weiter energisch zu vertreten. Als nächste Etappe wird nun gemäß der jetzt vorherrschenden Einstellung der CGT das Schlichtungsverfahren absolviert. Die Metallarbeiter werden sehen, dass auch dabei keine wirkliche Anpassung an die Lebenssteuerung herauskommt und vor allem in einem Falle, wo die CGT sich des Streikrechts begibt und sich den Entscheidungen der Schlichtungsmaschine unterwirft, die nach der von Léon Blum angekündigten "Atempause" und "Verdauerungserleichterung" und deren Unterstützung durch die CGT erst recht kurz treten werden. Denn selbst wenn bei den Schlichtungsverhandlungen etwas herauskommen soll, muss hinter den Vertretern der Arbeiter der Wille zum Kampfe und wirkliche Kampfbereitschaft stehen.

DIE LEBENSHALTUNGSKOSTEN STEIGEN WEITER. Der Strasbourger Index für die Lebenshaltungskosten weist für den Monat Februar 114,8 Punkte aus. Im Januar betrug die Indexziffer 113,3, im August 1935 jedoch 100. Die Lebenshaltungskosten sind also seit dem August vorigen Jahres um 14,8 Prozent gestiegen. Damit sind in den meisten Fällen die Juni-Lohnerhöhungen zunichte gemacht worden.

Die "Humanité" schreibt angesichts der Bekanntgabe der Indexziffer für den Monat Februar:



"Die Massnahmen der Regierung gegen die Freisbreiber und Spekulanten müssten rücksichtslos durchgeführt werden, damit die errangenen Vorteile der Arbeiterschaft nicht verlustigt gehen."

Die Redaktion der "Humanité" würde gut tun, einmal bei den Arbeitslosen, den Rentenempfängern und den kleinen Pensionären zu fragen, welche ihrer materiellen Verbesserungen nicht bereits verlustigt gegangen sind und ob sich ihre materielle Lage nicht unter dem Niveau vor dem Juni vorigen Jahres befindet. Es ist bezeichnend für die KP-Führung, dass sie nach der Stillhalterede Léon Blums, sowohl die gleitende Lohnskala, als auch die Anpassung der Löhne, Renten und Unterstützungen an die Teuerung als unmittelbare Forderungen zu vergessen beginnt. Die "Humanité" sucht, wie das obige Zitat beweist, sogar den Eindruck hervor zu rufen, als ob die Lohnhöhungen durch die Teuerung noch nicht aufgeessen seien. Auf jeden Fall wagt sie nicht einmal angesichts der steigenden Indexziffer die Arbeiter zum Lohnkampf zu ermahnen. Alles, sogar die Verheimlichung der Wahrheit, wird nunmehr in den Dienst der Erhaltung des Bündnisses mit der radikalen Bourgeoisie gestellt und ihrer Politik der Schonung der Reichen.

AUF DEM WEGE ZU EINEM KOMPROMISS. In unserem Bericht über den Metzter Konvent wiesen wir daraufhin, dass z. Z. in der Abwehrbewegung gegen die Einführung der Laienschule im Elsass-Lothringen u. gegen das neunte Schuljahr die gemässigte Richtung den Ton angibt. Der Repräsentant dieser Richtung, der Abgeordnete Schuman hat inzwischen eine Unterredung mit L. Blum gehabt, deren Ergebnisse daraufhin deuten, dass beide Seiten sich auf dem Boden eines Kompromisses zu verständigen suchen. Schuman empfahl L. Blum, das Dekret über das 9. Schuljahr wenigstens in seinen Strafvorschriften unausgeführt zu lassen und eine Erklärung abzugeben, dass weder das Sprachenprogramm noch die religiöse Seite des Schulstatuts verletzt werden soll.

L. Blum versicherte dem Abgeordneten Schuman, dass er nie daran gedacht habe die Frage der Schulzeitverlängerung zu einer Änderung des lokalen Schulstatuts zu benutzen. Er akzeptierte daher den von Schuman gemachten Vorbehalt. Seine ganze Politik in den vergangenen acht Monaten habe bewiesen, dass er in keiner Weise religiöse Probleme aufzuwerfen gedenke. Damit hat L. Blum zu verstehen gegeben, dass er nicht daran denke, der Aufforderung seiner oberelsassischen Parteifreunde Rechnung zu tragen.

In der Frage des Schuldekrets erklärte L. Blum, dass die Regierung dieses Dekret nicht einfach zurücknehmen könne. Sie sei aber bereit die Möglichkeiten für eine Revision zu prüfen. Auf die Frage des Abgeordneten, ob das Dekret seinem ganzen Inhalt durchgeführt werde, antwortete Blum bejahend, liess aber durchblicken, dass er einer milderen Anwendung nicht abgeneigt sei. Léon Blum ermächtigte den Abgeordneten am Schluss der Unterredung die Öffentlichkeit von seiner Erklärung Kenntnis zu geben.

In Lothringen wollte man auf Grund dieser Erklärung Blums bereits die Unterschriftensammlung abblasen. Anscheinend aber haben die Klerikalen ein Interesse daran ihre einmal begonnene Unterschriftensammlung fortzusetzen, da sie eine Aktion zur Aufmunterung und Fesselung ihrer Anhänger sehr nötig haben.

Auf jeden Fall zeigt die neueste Entwicklung des Schulkonflikts, dass von beiden Seiten eine Kompromisslösung gesucht wird und die Klerikalen in ihren entscheidenden Teilen die ganze Aktion nur eingeleitet haben, um sich auch von Léon Blum die Unantastbarkeit des religiösen Statuts der Schule in Elsass-Lothringen und des Konkordats bescheinigen zu lassen. Nachdem sie dies Ziel im wesentlichen erreicht haben, bläst ein entscheidender Teil bereits zum Rückzug, während die Rossé, Hueber, Roos und Co. aus nicht näher aufzufassenden Gründen noch einen possierlich anmutenden Kampf gegen faule Kompromisse führt.

Für die Arbeiter kann mit diesem Entscheid Blums die Angelegenheit nicht abgeschlossen sein. In Elsass-Lothringen sammelt sich die faschistenfreundliche Reaktion um den Klerus. Der Kampf gegen den Faschismus und gegen die Reaktion muss daher auch ein Kampf gegen die materiellen Grundlagen des Klerikalismus sein. Das erfordert den Kampf für die Aufhebung des Konkordats, d. h. für die staatliche Finanzierung der katholischen Kirche.

Erscheint wöchentlich.

Bezugspreis pro Monat 9.-fr.  
Einzelpreis 50. Centimes

# ARBEITERPOLITIK

Organ der kommunistischen Partei-Opposition Elsass (Section der IVKO)

Nr. 10/IV. Jahrgang.

Erste Märzwoche 1937.

Zur letzten Kammerdebatte:

## DIE VOLKSFRONTREGIERUNG UND DAS KAPITAL. oo

Die Kammersitzung v. 26. Februar, in der die Interpellation Flandin behandelt wurde, hat einen ganz interessanten Beitrag zur Beurteilung der innerpolitischen Lage geliefert. Dank der Politik der Regierung Blum und der Volksfrontparteien fühlen sich die Sprecher des Monopolkapitals, die Vertreter der mit den faschistischen Organisationen versippten Rechtsparteien, die Flandin, Reynaud etc. stark genug, um zum Angriff überzugehen u. die Frage der Neubildung der "Union nationale", der Rückkehr einer Rechtsregierung auf die Tagesordnung zu stellen. Es ist kein Wunder, dass die kapitalistische Reaktion das ständige Wort der Blum u. Vincent-Auriol um das "Vertrauen" des Kapitals für ihre Zwecke ausnutzt. Wenn die Frage so gestellt wird, dass alles von diesem "Vertrauen" abhängt, dann ist es natürlich für die Faschistenfreunde aus den Rechtsparteien eine sehr günstige Gelegenheit, um ihr Sprüchlein an den Mann zu bringen, dass sie in die Regierung gehören, weil das Kapital zu ihnen am meisten Vertrauen habe.

Die Regierung hat in der fraglichen Sitzung eine Mehrheit erhalten. Eine Reihe von Radikalen haben sich bezeichnenderweise der Stimme enthalten. Aber viel bereiteter als dieser Abfall einiger Radikalsozialisten, die sich auf die "Union nationale" orientieren, war die schwächliche, durchaus defensive Art u. Weise, in der Léon Blum den Sprechern der Rechtsparteien gegenübertrat. Es wäre gut, wenn möglichst viele Arbeiter die Rede, die Blum in der Kammer gehalten hat, aufmerksam durchläsen, sie würden daraus ersehen, was von der Volksfrontregierung zu halten ist.

Der Grundton der Rede Blums war, dass nicht die "Union nationale", sondern die Volksfront u. die Volksfrontregierung am besten dazu geeignet seien, die Interessen des französischen Kapitalismus nach innen u. aussen zu wahren. Wir wollen hier einige Stellen aus der Rede Blums anführen.

Zu Paul Reynaud gewandt, erklärte Blum:

"Eh bien, Herr Paul Reynaud, wenn Sie im Juni des vorigen Jahres versucht hätten, in diesem Lande eine Kombination von Devaluation u. verstärkter Deflation anzuwenden, u. die Hoffnung auf soziale Reformen in eine ferne Zukunft zurückzustellen, dann weiss ich nicht, zu welchem Ergebnis Sie trotz all ihrer Intelligenz, all ihrem Talent u. all ihrem Mut, die ich, wie Sie wissen, schätze, gelangt wären."

Das heisst nichts weiter, als dass Blum sich dessen rühmt, dass die Existenz der Volksfrontregierung es im Jahre 1936 verhindert habe, dass die proletarische Massenbewegung sich zu einer Revolution gegen den Kapitalismus entwickelte.

Weiter sagte Blum:

"Diese Ausgaben (für Rüstungen etc.) stellen sicher eine imposante Anzahl von Milliarden dar. Es gibt nur ein Mittel, sie zu finden, das Zurückgreifen auf den Kredit."



Blum lehnt es also ausdrücklich ab, den Finanzbedarf des Staates durch eine erhöhte Besteuerung der Kapitalisten zu decken. Das Zurückgreifen auf den Kredit aber ist nichts anderes als der Bittgang zur "Mauer des Geldes", zum Grosskapital, den Flandin befürwortete. Blum hat zwar versucht, sich über Flandins drastische Formulierung lustig zu machen, in der Sache aber hat er nichts anderes gesagt als Flandin.

Über die Rolle der Volksfrontregierung sprach sich Blum folgendermassen aus:

"Was müssen in diesem Augenblick die wesentlichen Ziele jeder Regierungstätigkeit... sein? Ich sehe zwei: den sozialen Frieden (la paix civile), die Eintracht der Bürger, die Zusammenarbeit aller sozialen Kategorien einerseits, den nationalen Zusammenhalt angesichts der Eventualität einer kaiserlichen Gefahr andererseits... Ich bin überzeugt, dass diese doppelte Pflicht von unserer Regierung besser erfüllt werden kann als von jeder anderen u. dass sie deswegen... das bleiben muss, was sie ist, d.h. eine Regierung der Volksfront... Wollen Sie sich nicht fragen... welche Form die sozialen Konflikte, deren Ausbruch in den heutigen Zeiten nicht ganz verhindert werden kann, annehmen würden, wollen Sie sich nicht fragen, was geschehen würde, wenn alle politischen Parteien, darunter die Kommunisten, u. alle Arbeiterorganisationen sich nicht mit der Tätigkeit der Regierung solidarisch fühlten? Glauben Sie nicht, dass diese Solidarität vom Standpunkt der Sicherheit des Landes eine wesentliche Rolle spielt?... Wir haben nie als die Regierung einer Partei gesprochen... Selbst gegenüber den Repräsentanten des Grosskapitals haben wir nie eine Sprache gebraucht wie s. Zt. gewisse Vertreter der Regierung (gemeint ist Flandin, der Anfang 1935 sich öffentlich über die Haltung der Grossbanken beschwerte)... Wir haben stets als die Regierung von Frankreich gehandelt u. gesprochen. Wir glauben deshalb das Recht... auf Unterstützung aller Elemente der Kraft u. des Reichtums Frankreichs, des Kapitals wie der Arbeit zu haben."

Infolge der Volksfrontpolitik ist die alte Wahrheit, dass die Interessen des Proletariats denen der Kapitalisten entgegengesetzt sind, beinahe in Vergessenheit geraten. Aber es ist klar, dass, wenn die Volksfrontregierung, wie Blum sagt, ihr Möglichstes tut, um die Interessen des Kapitals zu wahren, das gleichzeitig bedeutet, dass ihre Tätigkeit gegen die Interessen der Werktätigen gerichtet ist. Blum preist die Volksfrontregierung, weil sie den Klassenkampf der Arbeiter (den "Ausbruch sozialer Konflikte") hemmt, weil sie dem Kapital den sozialen Frieden, d.h. die ungestörte Profitmacherei sichert, weil sie die Solidarität der Arbeiterorganisationen u. der Regierung in den Fragen der "Sicherheit des Landes", lies der Interessen des französischen Imperialismus, gewährleistet, weil sie den Bürgerfrieden für den Fall eines Krieges vorbereitet. Aus all diesen Gründen, aus denen Blum heraus um das Vertrauen der Kapitalisten wirbt, darf die Arbeiterklasse kein Vertrauen zur Volksfrontregierung haben.

Blum erklärte, dass nach der "Pause" die Durchführung des Volksfrontprogramms fortgesetzt würde, aber er fügte gleich hinzu, dass die Regierung natürlich nichts unternehmen würde, was nicht vorher die Zustimmung der radikalen Partei gefunden habe. Und der Redner der Radikalen Campinchi erklärte, dass die radikale Partei sich, wenn neue Reformen in Aussicht genommen werden sollten, erst einmal darüber unterhalten wolle. Wenn die sozialistischen u. kommunistischen Führer jetzt den Arbeitern erzählten, dass sie einstweilen ihre Forderungen zurückstellen müssten, dass sie aber nach der "Pause" wieder mit neuen Errungenschaften zu rechnen hätten, so ist das pure Demagogie, denn die radikalen Bundesbrüder, ohne die weder Blum noch Thorez etwas unternehmen wollen, sind entschlossen, die "Pause" zu verewigen.

Es ist deshalb auch Schaumschlägerei, wenn die KPF ihre Taktik der bedingungslosen Unterstützung der Regierung, des Verzichts auf Streiks, des Hinnommens der Pause mit allerlei frommen Wünschen, dass die Reichen zahlen sollten etc. zu beschönigen sucht. Die Regierung lehnt eine Belastung des Kapitals ab u. wenn die KPF sie dennoch bedingungslos unterstützt, so zeigt das nur, dass sie ihre frommen Wünsche selbst nicht ernst nimmt.

Sozialistische Opposition gegen die  
Politik Blums.

Marceau Pivert, der Führer der Gruppe der "Gauche Révolutionnaire" innerhalb der SFIO, ist, nachdem er bereits auf dem letzten Nationalrat der SFIO eine ziemlich scharfe Resolution gegen die Politik der Regierung eingebracht hatte, nunmehr von seinem Posten als Delegierter der Regierung für die Rundfunkpropaganda zurückgetreten, weil er die Ausübung dieses Amtes nicht mehr mit seiner kritischen Stellung zum gegenwärtigen Kurs der Regierung vereinbaren konnte.

In einem Artikel in der von ihm herausgegebenen "Vague" schreibt M. Pivert zur Begründung seines Schrittes u. a.:

"Wir haben gesagt:  
Die Volksfront ist nicht geschaffen worden, um das Proletariat zu veranlassen, die Pille der "défense passive", der Militärkredite und der "nationalen Einheit" zu schlucken. Die "sozialistische Leitung" dürfte nicht gewisse tödliche Illusionen gestatten, wie den Apoll an das Vertrauen der Besitzenden, die Lobpreisung des sozialen Friedens und gewisse allzu grosszügige Akte der Nachsicht gegenüber den Klassenfeinden, die sich dazu vorbereiten, uns zu ermorden,

Wir haben das gesagt und wir werden das wiederholen.

Das ist unser Verbrechen!"

M. Pivert wendet sich weiter gegen die Versuche der Führung der SFIO, seine Kritik zu unterbinden und erklärt, dass er seine Demission vorschläge, "um vor meiner Partei und vor den Volksmassen zu unterstreichen, dass es gefährlich wäre, gewisse bürokratische Abwürgungsverfahren zu verallgemeinern". Diesen Methoden gegenüber erklärt Pivert, dass er auf sein Recht "nein zu sagen" nicht verzichten wolle. Er sage "nein" zur Kapitulation vor dem Militarismus und den Banken, zum "Sozialen Frieden" und zum Burgfrieden.

Dieser Schritt Piverts ist ein Zeichen dafür, dass innerhalb der SFIO die Opposition gegen die Politik Blums zunimmt. Obwohl Pivert auch heute noch der Auffassung zu sein scheint, dass eine Volksfrontpolitik möglich sei, die den Interessen des proletarischen Klassenkampfes entspräche, ist seine jetzige Haltung unzweifelhaft ein bedeutender Fortschritt gegenüber seiner bisherigen Stellungnahme.

Die Führung der SFIO betreibt seit einiger Zeit eine systematische Hetze gegen Pivert. Diese Hetze hat den Zweck, den Kritikern der Regierungspolitik in der SFIO den Mund zu verbinden. Bezeichnenderweise wird die Führung der SFIO dabei von den Instanzen der KPF nicht nur unterstützt, sondern direkt vorangetrieben. Die Presse der KPF findet, dass die Führung der SFIO nicht energisch genug gegen Pivert und dessen Freunde vorgehe. Auf die neueste Erklärung Piverts reagiert die Pariser "Humanité" mit einer Schimpfkampagne, wobei sie u. a. Pivert wider besseres Wissen als "Trotzkisten" bezeichnet. Diese Behandlung linker Sozialisten zeigt nur, wie demoralisierend die Volksfrontpolitik auf die KPF wirkt.

-o-o-o-o-o-o-o- / einer Volksfrontregierung

TROTZKI UND DIE VOLKSFRONTPOLITIK.  
oo

Die Trotzkisten versuchen, sich in den kapitalistischen Ländern als Vorkämpfer der Prinzipien des Marxismus gegen die Volksfrontpolitik der kommunistischen Parteien aufzuspielen. Trotzki schreibt Artikel über Artikel, in denen er die Übernahme bürgerlich-demokratischer Lösungen durch die kommunistischen Parteien, ihr Programm der Verteidigung der bürgerlichen Demokratie usw. aufs Schärfste verurteilt. Aber wie so oft, so steht auch diesmal Trotzki die Entrüstung über die Fehler der KI schlecht zu Gesicht.



Er ist der Letzte, der das hecht hat, die KI wegen ihrer Volksfrontpolitik des Opportunismus anzuklagen, denn es ist niemand anderes als Trotzki selbst, dem in Wirklichkeit die "Ehre" zukommt, der Vater der heutigen Volksfrontpolitik zu sein. In seinen Artikeln, die Trotzki kurze Zeit nach der Errichtung der Nazidiktatur in Deutschland schrieb, hat er dieselbe Politik proklamiert, die heute von den kommunistischen Parteien als Volksfrontpolitik praktiziert wird.

Im Jahre 1933 erschien in der trotzkistischen Presse ein Artikel Trotzki's, vom 14. Juli 1933, dessen Überschrift "Faschismus und demokratische Losungen" lautete. In diesem Artikel verlangte Trotzki, dass in Deutschland die Wiederherstellung der bürgerlichen Demokratie als "Etappenlösung" gefordert werde. Er schrieb:

"...In dem revolutionären Erwachen der Massen werden die demokratischen Losungen unvermeidlich das erste Kapitel abgeben... Die revolutionäre Partei, die versuchen wollte, dieses Stadium zu überspringen, bräche sich beide Beine... Eine sehr günstige und schnelle Entwicklung der faschistischen Krise angenommen, kann die Forderung nach Einberufung des Reichstags einschliesslich aller aus ihm verbannten Abgeordneten in einem gewissen Augenblick die Arbeiter mit breiten Schichten des Kleinbürgertums vereinigen. Bricht die Krise später aus, wenn die Erinnerung an den Reichstag verwischt sein wird, so kann die Losung der Neuwahlen grössere Volkstümlichkeit erlangen..."

Trotzki wandte sich schliesslich gegen die KPD-Opposition, weil diese den Kampf für die demokratischen Rechte der Werkstätigen verlangte, aber die bürgerlich-demokratische Forderung nach gleichen politischen Rechten für alle Klassen ablehnte.

Etwas zwei Jahre nach dem Erscheinen des Artikels von Trotzki "Übernahm die KPD ziemlich wortgetreu dessen Programm für Deutschland. Sie erklärte sich für die Wiederherstellung der Weimarer Republik, für die Forderung gleicher Rechte für alle Klassen, für die Schaffung einer deutschen Volksfront zu diesem Zweck. Die Volksfrontpolitik der KPD ist also von Trotzki antizipiert worden.

Trotzki gebührt aber nicht nur der "Ruhm", als Erster die Volksfrontpolitik für ein faschistisches Land gefordert zu haben, er ist auch der Vater der Volksfrontpolitik in den bürgerlich-demokratischen Ländern. In einem Artikel "Die Situation in Europa" ("La Vérité", Nr. 180) wandte sich Trotzki einige Zeit nach dem erwähnten Artikel über Deutschland mit folgenden Worten an die sozialistischen Arbeiter der nichtfaschistischen Länder:

"Ihr hofft auf dem Wege der Demokratie nicht nur das zu retten, was Ihr errungen habt, sondern auch vorwärtsgehen zu können. Gut! Solange wir Euch nicht davon überzeugt und auf unsere Seite gebracht haben, worden wir bereit sein, mit Euch diesen Weg bis zu Ende zu gehen. Aber wir verlangen, dass Ihr dem Kampf für die Demokratie nicht in Worten, sondern in Taten führt. Alle erkennen an - jeder auf seine Weise - dass unter den gegenwärtigen Bedingungen eine "starke Staatsmacht" notwendig ist. Zwingt also Eure Partei, einen wirklichen Kampf für einen starken demokratischen Staat zu eröffnen. Dazu müssen vor allem alle Reste des feudalen Staats beseitigt werden. Man muss allen Männern und Frauen über 18 Jahre, einschliesslich der Soldaten, das Wahlrecht geben. Völlige Konzentration der gesetzgebenden und vollziehenden Gewalt in den Händen einer einzigen Kammer! Möge Eure Partei eine ernsthafte Kampagne für diese Losungen eröffnen, möge sie Millionen von Arbeitern auf die Beine bringen und von den Massen getragen, die Macht übernehmen. Das wäre in jedem Fall ein ernsthafter Versuch des Kampfes gegen den Faschismus und gegen den Krieg. Wir Bolschewiken würden uns das Recht vorbehalten, den Arbeitern das Unzureichende der demokratischen Losungen zu erklären; wir würden nicht die politische Verantwortung für die sozialdemokratische Regierung übernehmen können; aber wir würden Euch ehrlich helfen im Kampfe für eine solche Regierung... Noch mehr, wir würden uns Euch gegenüber verpflichten, keine revolutionären Aktionen zu unternehmen, die über die Grenzen der Demokratie (der wahren Demokratie)

hinausgehen, solange die Mehrheit der Arbeiter sich nicht bewusst auf die Seite der revolutionären Diktatur stellt."

Mit derselben Begründung hat auch die KI s. Zt. ihre Volksfrontpolitik eingeleitet. Das Eintreten für einen "starken demokratischen Staat" - was ist das anderes als die heutige Politik der KI und insbesondere auch der KPF? Die von Trotzki vorgeschlagene Verpflichtung, keine revolutionären Aktionen zu unternehmen, die über die Grenzen der Demokratie hinausgehen, - wodurch unterscheidet sie sich von der heutigen offiziellen Formulierung, dass die proletarische Revolution jetzt nicht auf der Tagesordnung stehe und dass das Proletariat gegenwärtig nur zwischen Faschismus und bürgerlicher Demokratie zu wählen habe?

Wenn Trotzki sich heute über die Volksfrontpolitik entrüstet, so beweist das nur ein übriges Mal; dass er ein ungewöhnlich schlechtes Gedächtnis in bezug auf seine eigenen politischen Äußerungen hat. Die Auffassungen, die Trotzki im Jahre 1933 verfocht, zeigen, dass er seinen Kampf gegen die Volksfrontpolitik der KI keineswegs vom Standpunkt der Prinzipien des Marxismus-Leninismus führt. Trotzki's Kampf gegen die KI ist durchaus prinzipienlos. So war es früher, so ist es heute. Als die KI nach dem Offenen Brief von 1925 an die KPD für die Einheitsfront eintrat, war Trotzki dagegen und verband sich mit Maslow und Ruth Fischer. Als die KI den ultralinken Kurs einschlug, entdeckte Trotzki plötzlich, dass es notwendig sei, Einheitsfrontpolitik zu betreiben. 1933, als die Komintern noch an der Theorie des "Sozialfaschismus" festhielt, propagierte Trotzki das, was man heute Volksfrontpolitik nennt. Heute ist er gegen die Volksfrontpolitik. Das Verhalten Trotzki's zeigt, dass seine politischen Äußerungen nicht davon abhängen, ob die KI recht oder unrecht hat, und wiefern sie unrecht hat, sondern dass er infolge seiner antibolschewistischen Einstellung gegenüber der Sowjetunion und der KPdSU stets versucht, etwas zu sagen, was der Politik der KI möglichst widerspricht. Deshalb widersprechen die Äußerungen, die Trotzki zu verschiedenen Zeiten über die Taktik der Arbeiterschaft in den kapitalistischen Ländern gemacht hat, einander zum mindesten ebenso, wie die verschiedenen Wendungen der KI. Der Kampf der Trotzkiisten gegen die Volksfrontpolitik hat einen anderen Inhalt als der Kampf, den die IVKO gegen diese Politik führt. Die Trotzkiisten wollen nichts weiter, als der Sowjetunion und der KI etwas am Zeug zu klücken, während die kommunistische Opposition im Interesse der Sowjetunion und der KI für die Reform der KI und deren Rückkehr zu den Prinzipien des Kommunismus kämpft. Aus dem Gesagten geht auch hervor, dass es eine lächerliche Verleumdung ist, wenn die Führungen der KI und ihrer Sektionen alle kommunistischen Kritiker der Volksfrontpolitik durch die Bank als "Trotzkiisten" hinzustellen versuchen. In Wirklichkeit liegen die Dinge so, dass die Volksfrontpolitik eine Anleihe der KI beim Trotzkiismus ist.

In unserem nächsten Artikel werden wir zeigen, wie widerspruchsvoll und unernst die Stellung ist, die Trotzki in seinem Buch "Wohin geht Frankreich?" zu den Problemen der französischen Arbeiterbewegung bezieht.

-o-o-o-o-o-

LARGO CABALLERO KLAGT BLUM AN !  
oooooooooooooooooooooooooooooooooooo

In einem Aufruf des spanischen Ministerpräsidenten Largo Caballero lesen wir u. a. :

"Gewisse Regierungsmitglieder, die Ländern angehören, deren Interessen denen der faschistischen Mächte entgegengesetzt sind, erklären, dass unser Krieg beendet werden müsse. Aber man fügt nicht hinzu, dass er mit unserem Siege enden müsse."

Caballero erklärt weiter, dass er für seine Person es ablehne, die Verwäter Franco und Konsorten zu umarmen.

Aus diplomatischen Rücksichten hat Caballero die Regierungen Baldwin und Blum nicht mit Namen nennen können. Aber es ist klar, dass er sie meint, dass



sie es sind, die er dessen anklagt, dass sie auf die spanische Regierung einen Druck ausüben, damit sie sich mit Franco "verständigen", d. h. die spanischen Arbeiter an Franco verkauft. Dieses Politik des englischen und französischen Imperialismus hängt aufs engste mit der jetzt angekündigten Verschärfung der Blockade der spanischen Antifaschisten zusammen. Es gilt, gegen diese Verräterpolitik Blums zu kämpfen! Nieder mit der Neutralitätspolitik! Des armes pour l'Espagne!

-o-o-o-o-o-

HITLERS OFFENSIVE GEGEN DIE CSR.  
oooooooooooooooooooooooooooooooooooo

Der deutsche Imperialismus hat seine Vorkriegsströme, eine direkte Strasse von Hamburg nach Bagdad zu schaffen, noch immer nicht ausgeträumt. Die imperialistische Propagandaoffensive Hitlerdeutschlands gegen die CSR beweist dies. Zwei Momente sind es die dieser Offensiv zu Grunde liegen: Erstens will Hitler einen so starken Druck auf die CSR ausüben, dass diese ihre aussenpolitische Neuorientierung bis zur Preisgabe des sowjetisch-tschechoslowakischen Beistandspaktes weiterführt u. sich um die "Achse Rom-Berlin" gruppiert u. zweitens ist das weitergehende Ziel des Hitlerfaschismus, sich den Weg nach dem Balkan von jedem Hindernis freizumachen.

Ermuntert durch die Schwäche der französischen Aussenpolitik u. des rückläufigen Einflusses Frankreichs auf Südosteuropa, treibt Hitler eine nicht erfolgreiche Politik der Unterminderung der Kleinen Entente. Die CSR ist in diesem Plan das Hauptziel seines Angriffes. Die militärischen Rüstungen u. Befestigungen längst der tschechoslowakischen Grenzen (die CSR ist von Südwest bis Nordost gleich einer Zange von Hitlerdeutschland umklammert) zeigen nur zu offenkundig, dass der Hitlerimperialismus gewillt ist, letzten Endes auch seine militärischen Machtmittel gegen die CSR einzusetzen.

Der Hitlerfaschismus spekuliert auf die innere nationale Zerrissenheit der CSR. Dieser Staat ist im Kleinen das, was die österreichisch-ungarische Monarchie im Grossen war: ein imperialistischer Nationalitätenstaat mit sechs verschiedenen Nationen. Die bedeutendste Minderheit, 3,2 Millionen von insgesamt 15 Millionen Einwohnern, sind die Deutschen, die in den Sudeten wohnen. Das ist das Gebiet, das an das 3. Reich angrenzt. Es ist zum grössten Teil Elendsgebiet der CSR. Gleichermassen enttäuscht von der Koalitionspolitik der Sozialdemokratie u. vom ultralinken Kurs der RPTsch; aber vor allem infolge der nationalen Unterdrückung durch die herrschende Bourgeoisie im Staate, die tschechische, sind die breiten Massen im sudetendeutschen Gebiet das Opfer der nationalen Demagogie des Henleinfaschismus geworden. Die Partei Konrad Henleins ist die legale Nachfolgerin der im Jahre 1933 aufgelösten national-sozialistischen Arbeiterpartei; sie konnte bei den letzten Wahlen fast 80 % aller deutschen Wähler erfassen. Ihre Politik wird vom Nationalsozialismus des III. Reiches dirigiert.

Das ungelöste Nationalitätenproblem wird von der Hitlerdiplomatie, die sich als Schützerin der deutschen Minderheit in der CSR aufspielt, zum Anlass genommen um alle reaktionären Kräfte Europas zu mobilisieren. Henleins Abgesandte haben mit dem geschäftigen deutschen Botschafter Ribbentrop in London den Zeitungslobd Rothermeere gewonnen, der im "Daily Mail" einen Artikel veröffentlichte, in welchem er die Deutschen u. Ungarn als "Ausländer" und "Gefangene" der CSR bezeichnete und die CSR als einen "künstlichen und merkwürdigen Staat nannte, der Europa möglicherweise einen Krieg kosten könne." Dieser Artikel wurde in der gesamten Presse des 3. Reiches in grosser Aufmachung gebracht. Lord Rothermeere ist also nur das Sprachrohr der offiziellen Auffassungen des Nationalsozialismus.

Seit Abschluss des sowjetisch-tschechoslowakischen Beistandspaktes behauptet die nationalsozialistische Propaganda, dass die CSR der "Aufmarschraum des Bolschewismus" sei u. eine Gefahr für die europäische Ordnung und Kultur darstelle. Sowjetrussland habe in der CSR riesige Flugplätze angelegt u. deshalb sei die CSR nichts weiter als das "Flugzeugmatterschiff" der SU im Kriege gegen Deutschland. Die bolschewistische Gefahr, die von der CSR drohe, sei so gross, dass man bald ähnliche Zustände wie in Spanien zu er-

warten habe. Hierbei wird ganz offen gedroht, dass der deutsche Faschismus gegebenenfalls in der CSR die nordische Kultur genau so verteidigen werde, wie er dies in Spanien tut. Der diplomatische Korrespondent des Londoner "Daily Telegraph" hatte jüngst eine Unterredung mit einem Abgesandten Henleins. Dieser Korrespondent kommt zu dem Schluss, dass "viele" Boiweise dafür vorliegen, dass extreme Nazis der Ansicht sind, man könnte in der Tschechoslowakei ähnliche Verhältnisse schaffen wie in Spanien, um dadurch eine Ausrede für eine verhüllte Intervention zu schaffen." Wie die Dinge liegen, muss festgestellt werden, dass es sich hierbei nicht nur um leere Drohungen handelt.

Wie reagieren nun die herrschenden Kreise auf diese Situation? Die führenden Partei in der Koalitionsregierung sind die tschechischen Agrarier. Der rechte Flügel dieser Partei ist nicht abgeneigt den sowjetisch-tschechoslowakischen Feindspakt zu opfern u. diesen für ein Freundschaftsverhältnis mit Hitler einzutauschen.

Die führenden Kreise der Industrie u. des Handels treten ebenfalls für eine Verständigung mit Hitlerdeutschland ein. Jetzt hat die Handelskommerz- u. zentrale der CSR eine Denkschrift an die Kammerzentrale der reichsdeutschen Wirtschaftsexperten gerichtet, in der sie feststellt, dass die in Deutschland verbreiteten Gerüchte über eine Bolschewisierung der CSR unwahr seien. Die komm. Partei sei eine zur politischen Ohnmacht verurteilte Organisation, die auch in der Zukunft niemals Einfluss erlangen wird, zämal die sozialistischen Parteien jedes Faktieren mit den Kommunisten ablehnen. der Wirtschaft sei all dies hinweggerollt worden, was "ein Ausfluss der liberalistischen Anschauungen" war. "Wenn auch nicht in so entscheidendem Masse, wie Deutschland, habe die Tschechoslowakei doch die Prinzipien des Wirtschaftsliberalismus verlassen u. den regulierenden staatlichen Eingriff geltend gemacht".

All diese Kräfte sind auch bemüht den Henleinfaschismus koalitionsfähig zu machen. Unter dem Druck dieser Politik geben die sozialistischen Koalitionsparteien in der Innenpolitik den reaktionären Forderungen nach. Die demokratischen Rechte der Werktätigen sind bereits kastriert, so dass von der bürgerlichen Demokratie nur noch der Name übrig bleibt. Das Selbstverwaltungsrecht in den Kommunen steht praktisch auf dem Papier; die Regierung kann in jeder Gemeinde die Selbstverwaltungsorgane ausschalten u. einen Staatskommissär an ihre Stelle setzen. In dieser mit Kriegsathmosphäre geladenen Situation kann sich über Nacht die Demokratie in eine offene Militärdiktatur verwandeln. Das "Gesetz zum Schutze des Staates" stellt die gesamte Presse unter dauernde Zensur, macht alle politischen Versammlungen u. Kundgebungen genehmigungspflichtig, erlaubte Versammlungen werden polizeilich überwacht. Mit Hilfe des "Parteien-Auflösungsgesetzes" kann jederzeit jede missliebige Oppositionspartei als "staatsgefährlich" aufgelöst erklärt werden. Ein weiteres Gesetz ist das "Staatsverteidigungsgesetz", das z.T. die Freizügigkeit der Einwohner aufhebt, die verfassungsmässigen Rechte u. Bestimmungen so einengt, dass in Zeiten des drohenden oder des ausgebrochenen Krieges das Parlament zum entscheidenden Teil ausgeschaltet wird u. das bestimmt, dass unzuverlässige Elemente nicht als Arbeiter in den Staatsbetrieben u. in der Rüstungsindustrie beschäftigt werden dürfen.

Nach dem Gesetz hat die CSR ein stehendes Heer mit einer Friedensstärke von 150 000 Mann. Jetzt soll der Regierung die Vollmacht erteilt werden, diese Grenze bei den jährlichen Rekrutierungen nach Bedarf zu überschreiten. Darüber hinaus sind noch weitere Massnahmen in Angriff, um die vormilitärische Erziehung noch planmässiger durchzuführen.

Dass die sozialistischen Parteien diese Politik unterstutzen, braucht nicht besonders hervorgehoben zu werden.

Die kommunistische Partei hat sich aber, gestützt auf die Beschlüsse des 7. Weltkongresses, in den letzten Monaten so rapid nach rechts entwickelt, dass sie jetzt auch praktisch die Politik der herrschenden Bourgeoisie in der CSR unterstutzt. Erst dieser Tage hat der Abgeordnete Kopecky im Abgeordnetenhaus namens der KPTsch eine Erklärung abgegeben, in der es u. a.





DIE FASCHISTEN WERDEN IMMER In Strasbourg haben faschistische Studenten FRECHER, einen Vortrag der Unterstaatssekretärin Mme Brunschwieg mit Gewalt verhindert. Gegen die randalierenden Herrenöhnchen, die mit Feuerwerkskörper u. anderen schlagenden Argumenten ihre faschistische Gesinnung bekundeten, wurde weder von der Universitätsbehörde, noch von der republikanischen Polizei eingeschritten. Für den Geist, der die Mitglieder der Volksfrontregierung selbst beseelt, ist bezeichnend, dass Mme Brunschwieg darum bat, von Massnahmen gegen die Herrenöhnchen Abstand zu nehmen. Es braucht nicht besonders erwähnt zu werden, dass die gesamte reaktionäre Pressejournalaille die Tat der "goldenen Jugend" mit offener Sympathie begleitete.

Dass die Faschisten sich unter einer Volksfrontregierung in solch empörender u. frecher Weise wieder zu betätigen wagen, ist nur ein Ausdruck ihrer Schwäche u. ein Resultat der Leisetreterei u. Ordnungspraselogie der Arbeiterorganisationen.

Die "Humanité" konstatiert anlässlich dieses Vorfalles wieder einmal, wie recht die Kommunisten hatten und - ruft nach den Behörden u. der Regierung, die sich doch endlich zur Tat aufschwingen sollten. Der "Republikaner" verlegt sich auf eine Warnung an die Adresse der Rossépresse u. erklärt, dass die Arbeiterschaft zur gegebenen Zeit handeln werde.

Wenn wir die faschistischen Provokationen, angefangen vom Thälmannstag in Strasbourg bis zum jetzigen Universitätskandal ins Auge fassen, müssen wir gestehen, dass ein besonders Mass von Naivität dazu gehört anzunehmen, dass die Regierung u. die Behörden der faschistischen Pest auch nur ernstlich zu Leibe gehen werden. Das Mundspitzen ist gegenüber dem Faschismus nicht die geeignete Kampfmethod, wie die von ihnen angewandten schlagenden Argumente zeigen. Die Arbeiterorganisationen müssen schon zur Selbsthilfe greifen. Aber die Thorezische Mentalität, die den proletarischen Selbstschutz als "Soldatenspielerlei" verächtlich beiseite stösst, die die "Humanité" veranlasst die Bestrebungen auf Schaffung eines proletarischen Selbstschutzes zu sabotieren u. gegen diese Forderung ihr polemisches Gift zu verspritzen, gebietet der Arbeiterschaft einen knochenweichen Pazifismus u. den Apoll an den bürgerlichen Staatsapparat als Schutzmittel gegen den faschistischen Terror. Wer der Arbeiterschaft nichts anderes als solche jammervollen ideologischen Argumente gegen die fasch. Provokationen zu geben vermag, wie sie die Konferenz der Volksfrontkomitees in Strasbourg mit anschliessenden 15; Frs Bankrott darbot u. im übrigen die Arbeiterschaft mit abgestandenen bürgerlichen Ordnungs- u. Anstandsphrasen füttert, wo der Gegner ausserparlamentarisch revoltiert, der kann den Kampf gegen den Faschismus nicht wirksam führen.

Die Arbeiterschaft darf sich auf eine solch jammervolle Führung nicht verlassen, sie muss sich von ihr befreien ehe sie ihr das Rückgrat bricht. Sie muss durchsetzen, dass mit dem blossen Mundspitzen Schluss gemacht wird u. die proletarische Selbsthilfe gegen den faschistischen Terror organisiert wird.

REGIONALISMUS UND BANKKRACH. Die Hueber-Mourer, die der Weisung ihres Bischofs folgend in ihrer "NW" die Lösung für die Unterstützung der Unterschriftsammlung der klerikalen Gesellschaft für die Erhaltung ihrer unter der Marke "Heimatrechte" segelnden fetten Pfründen aufrufen, haben entdeckt, dass der Regionalismus und vor allem die Autonomie ein geeignetes Mittel seien, um solche Bankkrachs wie den Fall der Banque d'Alsace et de Lorraine zu verhindern. Für diese Exkommunisten sind Bankkrachs kein Spezifikum des Kapitalismus, sondern eine spezielle welsche Eigenart, von denen das Elsass verschont wäre, wenn es die heilige Autonomie unter der Schutzherrschaft Adolf des Grossen besässe. Die Herren haben aber ein kurzes Gedächtnis, sonst würden sie sich an die von ihrem Spiessgesellen Rossé betreute regionale Bankschöpfung "Sapart" erinnern, die seit Jahren keinen Zins (Dividende) mehr ausbezahlt, die erst vor kurzen so ganz stillschweigend eine auf den Nominalwert von 500 Frs lautende Aktion auf 250 Franken abgewertet haben. Die Herren haben dort anscheinend auf eine Peyrussonsche Rettungsaktion auf dem Wege einer Bilanzfälschung verzichtet und einen ehrlichen Bankrott einem Vertoss gegen das formale bürgerliche Recht vorgezogen. Darin scheint sich der ganze Unterschied zwischen Paris und dem Regionalismus auf dem Gebiet der Wirtschaftspolitik zu erschöpfen.



Die LOHNBEBEWEGUNG DER METALLARBEITER Die direkten Verhandlungen über die VOM UNTERRELSASS. Forderungen der Metallarbeiter auf Anpassung ihrer Löhne an die gestiegenen Lebenshaltungskosten sind bekanntlich unbefriedigt verlaufen. Gemäss der Politik der "Pause" gegenüber der pausenlos steigenden Teuerung und des "sozialen Friedens" brachten die Vertreter des Metallarbeiterverbandes die Frage der Lohnanpassung vor die departementale Schiedskommission. Auf Grund der dort erfolgten Interventionen der Unternehmer- u. Arbeitervertreter schlug der Präfekt eine Erhöhung sämtlicher Löhne um 7 % ab 1.2.37. vor. Die Vertreter des Metallarbeiterverbandes unterbreiteten dieses Ergebnis einer Delegiertenkonferenz, die sowohl das Angebot der Unternehmer von 5%, als auch das Angebot des Präfekten auf 7 % als völlig ungenügend ablehnte. Irgendwelche Folgerungen wurden aus dieser Haltung nicht gezogen, sondern die Verbandsleitung beauftragt die Angelegenheit auf dem Wege über das obligatorische Schiedsgerichtsverfahren zur Entscheidung zu bringen. Die Verbandsleitung appelliert an die Metallarbeiter "eiserner" Disziplin zu wahren, d. h. nicht von sich aus durch Betriebsbesetzungen die Unternehmer unter Druck zu setzen. Wir haben uns von Anfang an, gegen die von der Führung der CGT und von Mohn weitergegebene Linie in der Frage der Lohnanpassung ausgesprochen und die weitere Entwicklung wird den Metallarbeitern zeigen, dass die Frage ihrer Lohnanpassung an die Teuerung in erster Linie davon abhängt, ob sie ihre Kampfmittel zur vollen Anwendung bringen.

UM DIE LOHNPASSUNG DER LOTHRINGISCHEN HÜTTENARBEITER. Die Verhandlungen vor der departementalen Schiedskommission sind gleichfalls resultatlos verlaufen. Die Verhandlungskommission der Metallarbeiter bemühte sich zwar einige erhebliche Abstriche an der von der Delegiertenkonferenz aufgestellten Forderung vorzunehmen u. sich auf das Ergebnis der Pariser Entscheidung zurückzuziehen, aber die Unternehmervertreter, bestärkt in ihrer Haltung durch die Blumsche Pausenankündigung zeigten sich hartnäckig. Darauf wurde die Einsetzung eines Schiedsgerichts ins Auge gefasst, dass weitere 14 Tage mit der Verhandlung der Angelegenheit zubringen wird.

Die Aktion der Chemiewerker. Die Chemiewerker von Mülhausen und Umgebung haben zum Zwecke der Einführung der 40 Stundenwoche und eines Teuerungsausgleichs einen Streik durchgeführt. Als Ergebnis des Streiks wurde die sofortige Einführung der 40 Stundenwoche erreicht, während die Frage der Lohnerhöhung dem obligatorischen Schiedsverfahren zur Entscheidung überwiesen wurde.

Die Holzarbeiter werden unruhig. Die Holzarbeiter sind bekanntlich noch immer nicht im Genuss der 40 Stundenwoche. Da in dieser Branche der handwerkliche Kleinbetrieb noch vorherrschend ist u. die menschliche Arbeitskraft im Verhältnis zum konstanten Kapital eine grosse Rolle spielt, sind die Widerstände gegen die Einführung der 40 Stundenwoche gerade hier besonders hartnäckig. Die Holzarbeiter sind aber nicht willens sich durch diesen Umstand um den sozialen Fortschritt zu bringen und schon mehrten sich die Fälle der direkten Aktion der Holzarbeiter um einen Druck auf Patronat und Regierung im Sinne der beschleunigten Einführung der 40 Stundenwoche in der Holzverarbeitungsbranche auszuüben.

Grenzgänger-Manifestation. Nach einem Bericht der Strasbourger "NN" sollen die deutschen Erzbergarbeiter, die im lothringischen Klein-Rosseln und Kreuzwald arbeiten, am 27. 2. erneut eine Aktion gegen den Versuch der Nazi-Regierung unternommen haben, sie zu zwingen 2/3 ihres Frankenlohnes der Reichsbank abzuführen, respktiv; sie zu zwingen ihre eingewechselten Goldbeträge zu deklarieren. 300 Bergarbeiter sollen wiederum geschlossen manifestiert und sich geweigert haben 2/3 ihres Frankenlohnes bei der Reichsbank in Markbeträge einzuwechseln, weil dies für sie einer Lohnverminderung gleichkäme. Polizei u. Grenzkontrolle soll den Bergarbeitern bei Überschreitung der Grenze einen Revers vorgelegt haben, durch den sie sich zu der Ablieferung verpflichten. Von 1000 Arbeitern sollen 300 sich geweigert haben und darauf in bereitstehende Lastautos nach unbekanntem Ziel abtransportiert worden sein.

EINE MAHUNG. Wir ersuchen alle Bezieher der "AP", auch unsere ausländischen Freunde ihre Abonnementsbeträge an Emile Hirtzel, 18 rue des Poulons, Strasbourg einzusenden.

Verantwortlich: Emile Hirtzel

# ARBEITERPOLITIK

Organ der kommunistischen Partei- Opposition: Elsass (Section der IVKÖ.)

Nr. 11/IV. Jahrgang.

Zweite Märzwoche 1937.

## DIE NEUEN FINANZMASSNAHMEN, oooooooooooooooooooooooooooooooooooo Ihre Bedeutung.

Das französische Grosskapital ist mit den letzten finanzpolitischen Massnahmen der Regierung Blum ausserordentlich zufrieden. Der "Temps", das Organ des Comité des forges, drückt seine Meinung über Blum aus, indem er den Bibelspruch zitiert, dass über einen reinigen Sünder mehr Freude im Himmel herrsche als über zehn Gerechte. Herr Gignoux, der Führer der französischen Unternehmerverbände, und auch der General Castelnau, dieses Sinnbild der militaristisch-klerikalen Reaktion, loben gleichfalls die neuen Beschlüsse der Volksfrontregierung. Die Herren haben allerdings allen Grund zu jubeln, denn diese Beschlüsse sind nichts anderes als die völlige Kapitulation der Volksfrontregierung vor den Wünschen des Grosskapitals, sie bedeuten einen Kotau vor dem mur d'argent, der an Würdelosigkeit kaum zu übertreffen ist.

Die Regierung erklärt, dass sie keine neuen Ausgaben ausser den bereits vom Parlament bewilligten machen werde. Lediglich die Beamtenegehälter sollen aufgebessert werden. Der Fonds für Arbeitslosenunterstützung, die Altersversicherung u. ähnliche Massnahmen, deren Einführung die Regierung versprochen hatte, werden also nicht in Angriff genommen werden. Bei den Beamtenegehältern muss man berücksichtigen, dass die Regierung Blum hier noch immer nicht alle Abzüge, die durch die Laval'schen Hungerdekrete eingeführt worden waren, aufgehoben hat. Es ist sehr zu bezweifeln, dass die Aufbessderung der Beamtenegehälter, die die Regierung plant, der Steigerung der Lebenshaltungskosten entsprechen wird. Es handelt sich bei der Politik der Regierung nicht nur um eine "Pause" in der Durchführung von Reformen. Die Regierung hat sich verpflichtet, ihr Budget nicht zu überschreiten, u. das Budget gilt bekanntlich bis zum Ende des Jahres. Ausserdem hat Léon Blum in seiner Rundfunkrede erklärt, dass es sich bei den Beschlüssen der Regierungen um Lösungen "dauerhaften Charakters" handelt. Die Regierung Blum hat sich also dem Kapital gegenüber verpflichtet, keine neuen Summen für soziale Zwecke auszugeben, keine neuen Reformen mehr anzubahnen, u. zwar nicht nur während einer vorübergehenden "Pause", sondern auf die Dauer.

Mehr noch, um sich das Vertrauen des Kapitals zu erwerben, hat die Regierung Blum bereits Abbaumassnahmen in sozialpolitischer Hinsicht begonnen. Sechs Milliarden Francs, die zum Zwecke öffentlicher Arbeitsbeschaffung in diesem Jahre vorgesehen waren, werden gestrichen. Das heisst, dass von den grossen öffentlichen Arbeiten, die die Regierung versprochen hatte, so gut wie nichts übrig bleibt. Der Erlös der neuen Anleihe, die jetzt ausgeschrieben wird, soll, wie die Regierung feierlich im Parlament erklärt hat, ausschliesslich für Rüstungen verwandt werden. Die Kapitalisten können also beruhigt sein. Jeder Centime, den sie der Regierung - u. zwar zu ausserordentlich günstigen Bedingungen - leihen, wird dem Ausbau der militärischen Macht des französischen Imperialismus, wird als Quelle von Profit für die Rüstungsgewinnler dienen. Die Bedingungen der neuen Anleihe der "nationalen Verteidigung" sind so, dass die kapitalistischen Spekulanten sich kaum noch mehr wünschen können. Die Rückzahlung der Anleihe soll nach Belieben in Franken, Dollars oder englischen Pfunds erfolgen. Gleichzeitig hat die Regierung die Bank von Frankreich angewiesen, Gold zum Tageskurs aufzukaufen. Als s. Zt. die Devaluation durchgeführt



wurde, hatte die Regierung versprochen, Massnahmen gegen Devaluationsgewinnler zu treffen, insbesondere gegen die Goldspekulanten. Jetzt verzichtet die Regierung feierlich darauf, auch nur den allergeringsten Teil der Gewinne, zu erfassen, die die kapitalistischen Spekulanten auf Grund der Devaluation gemacht haben. Es zeigt sich jetzt klarer denn je, dass allein die Werktätigen die Kosten der Devaluation zu tragen haben. Die Bestimmungen über die Wortbeständigkeit der neuen Anleihe, die Wiederherstellung der "freien Goldzirkulation", die Verpflichtung der Regierung keine Zwangsmassnahmen gegen die Devisenspekulation zu treffen, bedeuten, dass das Kapital die Zusicherung erhält, dass sein Schicksal stets im Trockenen bleiben wird, ganz gleich, wie der Kurs des Franken sich in Zukunft gestaltet. Der Sinn der neuen Massnahmen der Regierung Blum wird besonders durch die neugeschaffene Kommission zur Verwaltung des Währungsausgleichsfonds verdeutlicht. Dieser Kommission gehören u. a. der Professor Rist u. Jacques Rueff an. Prof. Rist ist ein bekannter Exponent der Wirtschaftspolitik des Grosskapitals, der "200 Familien", Rueff ist ein ebensolcher Repräsentant des hartgesottenen kapitalistischen Scharfmachertums, er gehörte zu den "Sachverständigen", die Laval bei seiner Deflationspolitik berieten. Diese Herren erhalten jetzt mit der Leitung des Währungsausgleichsfonds auch das oberste Bestimmungsrecht über die Geldmarktpolitik des französischen Staates. Die ganze grossausposaunte Reform der Bank von Frankreich stellt sich nachträglich als eine traurige Komödie heraus. Nicht die Bank von Frankreich, sondern der Währungsausgleichsfonds bestimmt heute die Geldmarktpolitik der Regierung. Und diesen Währungsausgleichsfonds überlässt die Regierung Blum der Leitung von Leuten, die ebenso reaktionär sind wie die einstigen Regenten der Bank von Frankreich. Durch die Ernennung der Kommission zur Leitung des Währungsausgleichsfonds hat sich die Volksfrontregierung ganz öffentlich unter die Vormundschaft der Sprecher des Monopolkapitals gestellt.

Der Kniefall Blums vor dem Monopolkapital ist nur ein Ergebnis der bisherigen Politik.

Dieser Kniefall Blums vor dem mur d'argent ist keine zufällige Verwirrung, sondern nur die Konsequenz der bisherigen Politik der Volksfront. Von Anfang an hat Blum im Interesse des Bündnisses mit den Radikalen Sozialisten erklärt, dass er nicht nur nichts unternehmen wolle, was den Kapitalismus bedrohen könnte, sondern dass er bestrebt sein werde, der kapitalistischen Wirtschaft neue Betätigungsmöglichkeiten, lies Profitgelegenheiten, zu beschaffen. Von Anfang an haben Blum u. Auriol immer wieder betont, dass sie nicht daran dächten, das Kapital in steuerlicher Hinsicht scharf anzufassen, dass sie vielmehr bestrebt seien, das Vertrauen des Kapitals zu gewinnen. Das Kapital bemisst aber sein Vertrauen nach dem Grad der Ellbogenfreiheit, die es für seine Ausbeutung u. seine Spekulationen erhält. Es war also voraussehen, dass das Werben der Regierung Blum um das Vertrauen des Kapitals damit enden musste, dass sie den Trustmagnaten völlige Ellbogenfreiheit zusicherte. Dass das Grosskapital jetzt die Regierung Blum zwingen kann, ihm aus der Hand zu fressen, das liegt an der Regierung Blum u. der Volksfront selber. Als Blum ans Ruder kam waren die Massen in Bewegung. Der Druck der Massenbewegung war es, der die Sozialgesetze der Regierung Blum erzwang, der das Kapital veranlasste, diese Gesetze hinzunehmen. Aber von Anfang an war die Regierung Blum bemüht, die ausserparlamentarische Bewegung der Massen einzudämmen u. zum Stillstand zu bringen. Sie wurde dabei durch die Führungen der CGT und der KPF unterstützt. Es war nun eine Konsequenz der Bestrebungen der Volksfront, den proletarischen Klassenkampf zum Stillstand zu bringen, dass das Grosskapital immer frecher wurde, dass es jetzt seinen Druck ungehindert durch ausserparlamentarische Reaktionen der Arbeiter zur Geltung bringen kann.

Die reformistische Koalitions politik hat in Frankreich dieselben Folgen wie in anderen Ländern. Sie lähmt die Arbeiterklasse, sie ermutigt die kapitalistische Reaktion. Sie hat dazu geführt, dass die Regierung Blum auf die weitere Durchführung des von ihr angekündigten Reformwerks verzichtet u. sich in den Dienst der Bestrebungen des Kapitalismus zur Durchlöcherung u. zum Abbau der unter dem Druck der Massen bereits beschlossenen Reformen stellt.

Blums Begründungen.

Zur Begründung der neuen Finanzmassnahmen wird von der Regierungsseite erklärt, dass sie deshalb notwendig gewesen seien, weil sonst Zwangsmassnahmen

gegen den Kapitalvorkohr, wie z. B. eine Devisenkontrolle hätten ergriffen werden müssen. Dieses "Argument" ist für die Politik der Regierung Blum sehr kennzeichnend. Die Regierung hat nicht gezögert, die Löhne der Arbeiter durch die obligatorische Schlichtung einer Zwangsregelung zu unterwerfen. Wenn es sich aber nicht um Arbeiterlöhne, sondern um die kapitalistische Spekulation handelt, um die Bekämpfung der Kapitalflucht, um die Erringung des gehorteten Goldes usw., dann bekommt die Volksfrontregierung Gewissensbisse, die sie an Zwangsmaßnahmen in die Wirtschaft hindern. Der radikale Staatsminister Chautemps hat dieser Tage in einer Rede gemeint, Devisenkontrolle, Zwangsmaßnahmen gegen die Kapitalflucht usw. das seien Beschränkungen der persönlichen Freiheit u. wenn man damit anfangen, dann bahne man bloss dem Faschismus den Weg. Das sind Dinge, die H. Chautemps seiner Grossmutter erzählen kann. Erstens sind der Faschismus u. der sogenannte "ökonomische Liberalismus" keineswegs unvereinbar. In den ersten Jahren seiner Herrschaft hat z. B. Mussolini seine Politik des Schutzes der Interessen des Kapitals unter der Flagge des "ökonomischen Liberalismus" betrieben. Herr Schacht, der führende Wirtschaftspolitiker der Nazidiktatur, vertritt in seinen Reden mit Vorliebe Gedankengänge, die aus dem Arsenal des "ökonomischen Liberalismus" stammen. Auch die staatskapitalistischen Massnahmen der faschistischen Diktaturen in Deutschland u. Italien sind keineswegs so weit von dem sogenannten "ökonomischen Liberalismus" entfernt, wie Chautemps das uns glauben machen möchte. Den reinen "ökonomischen Liberalismus, d. h. die absolute Nichteinmischung des Staates in die kapitalistische Wirtschaft hat es nie gegeben u. es gibt ihn heute in der Epoche des Monopolkapitalismus erst recht nicht. Und die staatskapitalistischen Massnahmen des italienischen u. des deutschen Faschismus haben keineswegs den Zweck, die Profitmacherei der Kapitalisten zu hemmen oder zu unterbinden, sondern sind im Gegenteil dazu bestimmt, den deutschen u. italienischen Trusts ihre Gewinne zu sichern. Man soll uns also nicht erzählen, dass es "faschistische" Politik sei, den kapitalistischen Spekulanten an den Kragen zu gehen. Andererseits zeigt z. B. die spanische Revolution, in der die Arbeiter dazu übergegangen sind, die Produktionskontrolle zu verwirklichen, dass ein wirklicher Kampf gegen den Faschismus Zwangsmaßnahmen gegen die kapitalistischen Profitmacher gehören. Spanien zeigt allerdings auch, dass wirksame Massnahmen gegen die kapitalistischen Spekulanten die ausserparlamentarische Klassenaktion der Werktätigen voraussetzen. Chautemps' Argumentation ist insofern bedeutsam, als sie zeigt, dass auch für die allerdemokratischsten Kapitalisten ihr Portemonnaie, ihr freies Verfügungsrecht über ihr Eigentum den Inbegriff der "demokratischen Freiheiten" darstellen.

Blum hat für die Weigerung der Regierung, irgendwelche rigorosen Massnahmen zur Erfassung der kapitalistischen Gewinne, zur Unterbindung der Kapitalflucht usw. zu ergreifen, nicht so tiefsinnige Gründe angeführt wie Chautemps. Blum beruft sich darauf, dass Frankreich aus ausserpolitischen Gründen Rücksichten auf Amerika und England nehmen müsse. Um beim englischen u. amerikanischen Kapital kein Missfallen zu erregen, behandelt die französische Regierung also die kapitalistischen Interessen wie ein rohes Ei. Dieses "Argument" Blums zeigt, wie sich die "Einheit der Weltdemokratie", von der sich die KPF soviel spricht, praktisch auswirkt. Auch in den bürgerlich-demokratischen Staaten herrscht das Kapital u. das Zusammengehen dieser Staaten erfolgt deshalb auf der Grundlage der gemeinsamen Wahrung kapitalistischer Interessen. Dadurch, dass die KPF die Lösung der internationalen Solidarität des Proletariats gegen das Kapital zugunsten der Lösung der Solidarität von Proletariat und demokratischer Bourgeoisie im Namen der "Einheit der Weltdemokratie" zurückgestellt hat, hat sie Blum erleichtert seinen Kniefall vor den 800 Familien durch den Hinweis auf die Stimmungen des englischen u. amerikanischen Kapitals zu verteidigen.

Das Hauptargument, mit dem die Regierung ihre neuen Massnahmen begründet, ist jedoch der Appell an den Patriotismus. Und auch die KPF-Führung erklärt, um plausibel zu machen, weshalb sie Blum u. die Volksfront auch weiterhin unterstützt, dass selbstverständlich der Erfolg der Anleihe der "nationalen Verteidigung" gesichert werden müsse, handle es sich doch um den Schutz gegen den auswärtigen Faschismus.

Die patriotische Trommel wird überall gerührt. Angeblich plant die Regierung die Schaffung von Comités zur Propaganda der Anleihe im ganzen Lande. Diesen Comités sollen alle Parlamentarier, Gemeinde- u. Kantonalräte "ohne Unterschied



der Partei", Vertreter der Unternehmerverbände u. der Gewerkschaften, der Frontkämpferorganisationen, der Behörden - u. der Kirchen angehörnd. Es handelt sich also um eine Vorübung für den Burgfrieden im nächsten Krieg. (Es ist bezeichnend, dass ausgerechnet die Volksfrontregierung hier so weit geht, dass sie den Vertretern der Kirche eine politische Rolle zuweist. Das ist eine schöne Art von Laizismus!) die französische Arbeiterklasse darf sich durch diesen patriotischen Burgfriedensschwindel nicht einseifen lassen; erstens deshalb nicht, weil die schönen nationalen Phrasen nur eine ganz schamlose Attacke des Grosskapitals auf die Werktätigen verhüllen, die die Kapitalisten mit Hilfe der Volksfrontregierung unternehmen; zweitens, weil für das Proletariat gegenüber dem französischen Imperialismus nach wie vor die Losung gelten muss: "Keinen Mann und keinen Sou diesem System! Keinen Burgfrieden, weder im Frieden noch im Kriege!" Die Politik der Regierung Blum in der spanischen Frage ist ein drastischer Beweis dafür, dass die Aussenpolitik der französischen Bourgeoisie nur die Vertretung imperialistischer Interessen dient u. keineswegs antifaschistisch ist, dass es deshalb unsinnig wäre, von dem französischen Imperialismus zu erwarten, er könne einen wirklichen Freiheitskampf gegen Hitler führen u. ein zuverlässiger Bundesgenosse der Sowjetunion sein. Die Hoerespolitik Daladiers hat bewiesen, dass die imperialistische Armee auch unter der Volksfrontregierung ein Werkzeug der kapitalistischen Reaktion, ein Herd faschistischer Intrigen ist. Was die Arbeiter von der "republikanischen Armee" zu halten haben, zeigt das Blutbad, das Offiziere dieser Armee in den letzten Tagen unter Streikenden in Tunis veranstaltet haben. Den Burgfriedensrummel u. die Aufrüstungspolitik der Regierung zu unterstützen, heisst unter dem Vorwand der Abwehr des auswärtigen Faschismus den Faschismus im eigenen Lande, in Frankreich selbst, fördern.

#### Burgfriedenspolitik- Vorarbeit für den Faschismus.

Wenn die neuen Massnahmen der Regierung bewusst mit einer Vorbereitung des Burgfriedens für den Kriegsfall verbunden sind, so stellen sie unbewusst eine Vorarbeit für den Faschismus dar u. zwar von derselben Art, wie schon seit die Politik der deutschen Sozialdemokratie.

#### Die Regierung Blum, die Bourgeoisie u. der Faschismus.

Das Grosskapital ist jetzt mit der Regierung Blum zufrieden. Es will angesichts der aufsteigenden Konjunktur der Weltwirtschaft keine Profitgelegenheit versäumen; es ist deshalb bereit, mit der Regierung Blum zusammenzuarbeiten, so weit diese ihm die ungestörte Ausnutzung der Gewinnmöglichkeiten garantiert, die die Besserung der Konjunktur eröffnen. Aber das bedeutet nicht, dass das Grosskapital darauf verzichtet, weiter politische Ministerarbeit zu leisten, die Ablösung der Regierung Blum durch offen reaktionäre Ministerkombinationen vorzubereiten u; daneben auch die faschistischen Banden u. ihre Diktaturpläne zu finanzieren u. zu fördern. Wir sehen schon heute, wie die Sprecher der Grossbourgeoisie angesichts der Liebesgaben, die ihnen Blum darbringt, gleich neue Forderungen stellen - so verlangen sie, dass die Regierung jeden Gedanken an die Bekämpfung des Preiswuchers aufgibt, dass die 40 Stundenwoche rückgängig gemacht wird, sie verstärken ihre Hetze gegen die Gewerkschaften usw.

Bisher war der Faschismus in Frankreich insofern keine ernste Gefahr, als es den Faschisten trotz dem Lärm, den sie machten, nicht gelang, "über einen bestimmten Kreis hinaus Anhänger zu gewinnen. Aber die neuesten traurigen Leistungen der Volksfront u. ihrer Regierung sind geeignet, die faschistische Gefahr wirklich bedrohlich zu gestalten, denn sie liefern den Faschisten günstige Ansatzpunkte für ihre Arbeit. Es heisst doch direkt der faschistischen Demagogie in die Hände spielen, wenn die grossen Arbeiterorganisationen im Gefolge der Volksfrontregierung eine Politik der offenen Unterordnung unter den Willen des Grosskapitals, der Trusts einschlagen. Wom nützt der patriotische Anleiherummel, wenn nicht der chauvinistischen Agitation der Faschisten? Und ist es nicht Vorarbeit für den Faschismus, wenn die Regierung Blum den Präsidenten der Republik in den politischen Vordergrund schiebt u. ihn Reden über die Anleihe halten lässt? Die Hermann Müller u. Otto Braun in Deutschland kamen sich vor weiss wie schlaue, wenn sie den Reichspräsidenten Hindenburg bei jeder möglichen Gelegenheit in den Vordergrund schoben.

Sie fühlten sich im Schatten der "Autorität" des Präsidenten sehr sicher, bis diese von ihnen "gestärkte" Autorität sich eines schönen Tages gegen sie wandte. Und mit Hilfe der gegenüber der parlamentarischen ... Regierung gestärkten Macht des Präsidenten kam Hitler nach oben. In das gleiche Kapitel gehört es, wenn die parlamentarische Regierung sich jetzt auf dem Gebiete der Wirtschaftspolitik ganz öffentlich unter die Vormundschaft von "Sachverständigen" à la Raaff u. Rist begibt. Auch das erleichtert die faschistische Demagogie, die ihre Angriffe gegen den Parlamentarismus mit Vorliebe in der Weise unternimmt, dass sie gegen "Parteipolitiker" u. für "Fachleute" Stimmung macht.

Die Volksfrontpolitik erweist sich also als eine neue Auflage der Koalitions-politik, die in Deutschland so verhängnisvolle Folgen gehabt hat. Soweit es sich um die kommunistische Partei handelt zeigt es sich, dass die Volksfront-politik noch schlimmer ist als der ultralinke Kurs. Der ultralinke Kurs war eine unwirksame, unvernünftige Form des Kampfes gegen das Kapital u. den Faschismus, die Volksfrontpolitik ist eine Preisgabe des Klassenkampfes, eine Unter-nützung des Kapitals. Entsprechend ihrer bisherigen Haltung hat die KPF-Fraktion auch für das neue Anleihegesetz gestimmt. Um die eigenen Anhänger nicht allzu sehr vor den Kopf zu stoßen, sucht die KPF-Führung die Tatsache, dass sie den Kaban Blum vor dem nur d'argent mitmacht, durch eine ganz würdlose Komödie zu verschleiern. Sie jammert über die "frechen" Ansprüche des Grosskapitals, vergisst aber zu sagen, dass die Regierung Blum sich auf den Boden dieser Ansprüche gestellt hat. Sie tut so, als ob sie die Erklärungen Blums über die "Besse von demerhaften Charakter" nicht höre u. erzählt, dass die Volksfront jetzt die Reichen belasten u. die Altersversicherung durch-führen sollte. Dabei zeigen aber die Erklärungen Blums, dass die Belastung der Reichen, Altersversicherung, wirksame Bekämpfung des Preiswuchers, Hilfe für die spanischen Antifaschisten und überhaupt alle dringenden Forderungen der Werk-tätigen nur im außerparlamentarischen Kampf trotz der Volksfrontregierung u. gegen sie verwirklicht werden können. Die KPF begründet ihre Unterstützung Blums damit, dass sie sagt, die Reaktion wolle die Volksfront spalten und des-halb müsse die Einheit der Volksfront aufrechterhalten werden. Aber die letz-ten Tage haben klarer denn je gezeigt, dass die Einheit der Volksfront, die Ein-heit mit den radikalen Kapitalisten die Unterwerfung der Arbeiterbewegung unter den Willen der kapitalistischen Reaktion mit sich bringt.

-o-o-o-o-o-o-o-

DIE HETZEN GEGEN DIE POUM SCHLÄGT INS GEGENTHEIL UM.  
 ooo

Wir haben hier die von den Instanzen der KI gegen die POUM eingeleitete Hetz-kampagne gebührend gebrandmarkt. Die Nachrichten, die jetzt aus Katalonien u. Spanien vorliegen zeigen, dass die Hetze der KI-Instanzen sich gegen ihre Ur-heber zu richten beginnt. Wir wollen hier einige Tatsachen vermerken die die-sen Stimmungsumschwung in der Arbeiterschaft u. zugunsten der POUM anzeigen.

In Katalonien hat sich die Front der rev. Jugend gebildet, der die Syndikalis-tische Jugend, die Jugend der Parti Federal Iberic, die Federation der kommunistischen Studenten, die Arbeitersportunion, die Genossenschaftsjugend, die POUM-Jugend, die Jugendsektion der freien Frauen, die studentische Federation für Gewissensfreiheit, die Studierenden der CNT u. die anarchistische Jugend angehören. Die Hauptpunkte ihres Programms sind: Anerkennung der sozialen u. ökonomischen Umwälzung, Verteidigung aller rev. Errungenschaften, Herstellung engerer Verbindungen zu den Gewerkschaften, Vertretung der prol. Organisatio-nen in den antifaschistischen Organen entsprechend ihrer Stärke, für ein "Volk heer mit rev. Charakter" für einheitliches Kommando, für die Kontrolle durch die Arbeiterorganisationen, gleiche Löhnung für die bewaffneten Kräfte, ener-gische Reinigung der oberen Bürokratie in Verwaltung u. Heer, Anpassung aller Industrien an die Kriegesnotwendigkeiten, Sozialisierung der Banken, des Trans-ports u. der Grossindustrie, Sozialisierung des Grund u. Bodens, Schaffung bäu-erlicher Kollektiven, Freiheit für die Produktion der Kleinbauern, die keine fremde Arbeitskraft beschäftigen.

Der Provinzrat von Valencia hat sich in einer öffentlichen Erklärung gegen die Hetzkampagne der KP gegen die POUM ausgesprochen. Das Plenum des Gemein-derats von Taragona hat eine von CNT, Esquerra, der Aocio Catala u. POUM unter-zeichnete Erklärung gegen die Hetze gegen die POUM veröffentlicht. Die CNT hat gleichfalls erklärt, dass der Kapitalismus wiederhergestellt wird.



Aus dem Elsass:

Léon Blum garantiert den Pfaffen ihre Pfründe und der  
 Kirche ihre Privilegien.

Was wir an dieser Stelle über das Schicksal der Schulfrage voraussagten, ist in allen Einzelheiten eingetroffen. Die klerikale Reaktion hat erreicht, was sie wollte. Die im Metzser "Konvent" vereinigten els.-loth. Parlamentarier der Reaktion haben von Blum u. der Volksfrontregierung eine öffentliche Erklärung gefordert, aus der unzweideutig hervorgehe, dass die Regierung nicht beabsichtige aus der Schulfrage zu profitieren u. nicht daran denke, das sprachliche u. religiöse Statut der els.-loth. Volksschulen anzutasten oder auch nur zur Diskussion zu stellen. Die Volksfrontregierung hat jetzt der Aufforderung der klerikalen Reaktion Rechnung getragen. In einer öffentlichen Erklärung teilt die Ministerpräsidentenschaft mit, dass sie "nach dem Beispiel all ihrer Vorgänger in keiner Weise an das religiöse Statut u. an die Zweisprachigkeit in Elsass u. Lothringen zu rühren gedenkt. Nichts, absolut nichts soll an diesem Statut auf dem Schulgebiet geändert werden."

Diese eindoutige Erklärung besagt, dass L. Blum, die gegen den klerikalen Widerstand gegen das 9. Schuljahr aufgerichtete Alternative preisgibt.

Die Erklärung L. Blums geht aber noch weiter. Sie bekundet den Willen der Volksfrontregierung die Privilegien des Klerus in Elsass-Lothringen weder jetzt noch in der Zukunft anzutasten. Darüber heisst es wörtlich in der Blumschen Erklärung: "Die Regierung, die von denselben Gefühlen beseelt ist wie ihre Vorgängerinnen u. von demselben Respekt vor dem, den wiedergefundenen Departements in formeller Weise gegebenen Versprechen, wird in keiner Weise antasten, was ihre Vorgängerinnen aufrechterhalten haben."

Mit dieser Erklärung hat die klerikale Reaktion erreicht, was sie mit ihrer Kampagne gegen das 9. Schuljahr beabsichtigte; die Verkündung der Unantastbarkeit ihrer Vorrechte u. Privilegien durch die Volksfront, der Vorrechte, auf denen die politische Vormachtstellung des Klerikalismus in Elsass-Lothringen beruht und deren Zertrümmerung eine wesentliche Voraussetzung für die Entmachtung der arbeiterfeindlichen klerikalen Reaktion ist. Indem die Volksfrontregierung die Unantastbarkeit der Pfründen der Pfaffen und der Vormachtstellung der Kirche bekundet, hat sie zugleich dem Klerikalismus Elsass-Lothringen als seine besondere Domäne u. sein spezielles Jagdgebiet garantiert. Die Erklärung der Regierung besagt nicht weniger, als dass die Frage des Schulstatuts und des gesamten religiösen Sonderstatuts für Els.-Lothringen unabhängig vom Willen der französischen Wähler, ja selbst von dem des els.-loth. Volkes ist und dass die Volksfrontregierung keinerlei Initiativen u. Bestrebungen unterstützen wird, die auf eine Entmachtung der klerikalen Reaktion oder auf die Einführung der Laiengesetzgebung in Elsass-Lothringen abzielen. Das ist der sehr eindoutige Tatbestand, wie er durch die Erklärung der Regierung nunmehr geschaffen wurde.

Selbst ein so gewässertes Volksfrontorgan wie "La République" nannte den Versuch der im Metzser "Konvent" vereinigten Parlamentarier, die Frage des 9. Schuljahrs dazu zu benützen um von der Regierung ein formelles Versprechen über die Unantastbarkeit der Privilegien der Kirche in Elsass-Lothringen zu erhalten, nichts als ein Erpressungsmittel "um eine republikanische Regierung Bedingungen aufzuzwingen, die diese veranlassen sollte, in definitiver Weise Abstand zu nehmen von der Anwendung ihres Programms auf das Elsass."

H. Mink, der Verfasser des zitierten Artikels möge sehr aufmerksam die Erklärung der Ministerpräsidentenschaft lesen u. er wird sich davon überzeugen können, dass ehe der Hahn dreimal krächte, die Volksfrontregierung sich erpressen liess. Dafür haben die klerikalen Abgeordneten von Els.-Lothringen im Parlament bei der Abstimmung über die neue Anleihe gegen die Regierung gestimmt und H. Rossé fordert nunmehr auch die Kapitulation der Regierung





entsprach, die dafür Lieferant u. Finanzen bereitstellte u. die diese Waffen in ihren Dienst, d. h. in den Dienst gegen die Arbeiterklasse und ihre Organisationen stellen wollte.

Diese Zusammenhänge, die sonnenklar zu Tage liegen, lassen den weiteren Schluss zu, dass die Bewaffnungsaktion sich nicht auf die 16 Erkappten beschränkt, sondern planmässig u. in Massen im ganzen Elsass von einer zentralen Stelle aus erfolgte.

Obzwar den Behörden diese Tatsachen zur Genüge bekannt sind, hat weder die republikanische Polizei noch die republikanische Justiz daraus irgendwelche Folgerungen gezogen. Im Gegenteil, die Colmarer Strafkammer zeigte keinerlei Interesse die politischen Hintergründe aufzuhellen und die Beweggründe der organisierten Bewaffnungsaktion der Angeklagten aufzudecken. Die zum Mord auf Arbeiter dressierten Faschisten erhielten 16 Franken Geldstrafe mit Aufschub, weil sie vergessen hatten ihre Waffen gemäss den gesetzlichen Bestimmungen anzumelden. Die Drahtzieher der Bewaffnungsaktion wurden nicht einmal erwähnt.

Dieses Urteil in der Era einer Volksfrontregierung, die von den Massen im Zeichen des Kampfes gegen den Faschismus "an die Macht" getragen wurde u. in einer Zeit da in Spanien der Faschismus eine blutige u. Schreckenregende Antwort auf eine jammervolle Volksfrontpolitik gibt, enthüllt stärker als alles andere, wie es mit der antifaschistischen Gesinnung des bürgerlichen Staatsapparates bestellt ist, an dessen Spitze eine Volksfrontregierung steht.

Das Mindeste, was aus dem Colmarer Beispiel selbst für nichts als blosser Antifaschisten folgen sollte, wäre dies: man muss die Faschisten unter Kontrolle u. aktiver Mitarbeit der Arbeiterorganisationen entwaffnen, man muss ihre Organisationen u. Presse unterdrücken u. ihre Führer einsperren. Dazu bedarf es einer vollkommenen Umwälzung des Polizei- und Justizapparates u. die Schaffung von Volksträbunalen, zusammengesetzt aus Angehörigen der Arbeiterorganisationen. Diejenigen die glauben, dass dazu eine Volksfront mit den Radikalen fähig ist, mögen den Versuch unternehmen. Wir glauben daran nicht, weil die Volksfrontregierung eine kapitalistische Regierung ist, die sich lediglich auf die Arbeiterorganisationen stützt, aber nur, um diese für ihre Zwecke zu verbrauchen, abzunutzen und zu kompromittieren.

Daher sagen wir den Arbeitern: Nehmt Euch an Eurem Klassenfeind ein Beispiel und handelt so wie er. Tragt diesen Willen in die Arbeiterorganisationen und bereitet Euch auf die Auseinandersetzung mit dem Faschismus vor. Euer Wille, Euer einheitlicher Wille kann Berge versetzen. Der Juni 1936 zeigte dies. Diesen Willen, der im Namen der Volksfront lahmgelegt u. entmannt wird, wieder zu erwecken, was nur auf einem anderen politischen Boden und mit anderen Zielsetzungen möglich ist - das ist die Aufgabe aller revolutionären Arbeiter. Der Apell des "Republikaners" an die Behörden, an die "zuständigen", d. h. an die, die soeben die "republikanische" u. "antifaschistische" Faust auf die bewaffneten Faschisten in Colmar "niedersausen" liessen, ist lächerlicher Selbstbetrug, wenn nicht schlimmeres denn dadurch lenkt man die Arbeiter vor der Aufgabe ab, die vor ihnen steht; die Verteidigung gegenüber dem Faschismus in ihre eignen Hände zu nehmen.

-o-o-o-o-o-o-o-

VOM KAMPF DER SAARARBEITER. Die Grenzgänger, die entgegen den Devisenbestimmungen ihren Lohn im Lothringischen in Mark umwechselten und bei ihrem Grenzübertritt durch die Nazis verhaftet wurden, sind jetzt abgeurteilt worden. Sie wurden zu 6 Wochen Gefängnis, 100 Mark Geldstrafen und zur Tragung der Kosten des Verfahrens verurteilt. Mitglieder der NSDAP erhielten eine zusätzliche Strafe von 14 Tagen Gefängnis u. wurden gleichzeitig aus der NSDAP ausgeschlossen. Gegen dieses Urteil, das heftige Erregung auslöste wurden illegale Flugblätter verteilt, die die Freilassung der Verhafteten und die Aufhebung der Devisenzwangsbestimmungen gemäss einem Versprechen des Nazibenzon Bürkel verlangen.

Erscheint wöchentl.

Bezugspreis: Monat 2. Fr.

Einzelnummern 50 Centime

# ARBEITERPOLITIK

Organ der kommunistischen Partei-Opposition Elsass (Section der IVKO.)

Nr. 12/IV. Jahrgang.

Dritte Märzwoche 1937.

## ARBEITERBLUT FLIESST...

oooooooooooooooooooooooooooo

In Motlaoui in Tunis wird Militär gegen streikende Arbeiter eingesetzt. Die Folge ist ein Blutbad mit 14 Todesopfern. Einige Tage darauf geschieht das gleiche in Algerien.

Und jetzt kommt Clichy. 5 Tote, 87 Schwerverwundete, 300 Leichtverwundete - ein neues fürchterliches Massaker, das auf das Schuldkonto der Volksfrontregierung kommt. Mit blutiger Grausamkeit widerlegt die Wirklichkeit die Phrasen, dass die Volksfrontpolitik etwas anderes sei als die Koalitions politik der deutschen Sozialdemokraten, dass bei der Volksfrontpolitik die Methoden der Noske, Severing u. Zörgiebel unmöglich seien.

Die Regierung Blum hat versichert, die Verantwortung für den Arbeitermord von Metlaoui von sich abzuwälzen u. die KPF hat ihr nach Kräften bei ihren Vertuschungsmanövern geholfen. Ebenso wie die Führung der KPF bestrebt ist, nicht die Volksfrontregierung, nicht Blum u. Delbos, sondern irgendwelche obkuren Bürokraten des Quai d'Orsay mit der Schuld an der schändlichen Neutralitätspolitik gegenüber Spanien zu belasten, ebenso hat sie sich auch bemüht, die blutigen Unterdrückungsmassnahmen gegen die tunesischen u. algerischen Arbeiter, die sich gegen eine unmenschliche Ausbeutung wehren, als das alleinige Werk einiger Kolonialkapitalisten u. Offiziere erscheinen zu lassen. Aber welches Mass an Schuld auch der einzelne Offizier tragen mag, an den moralischen u. politischen Verantwortung der Volksfrontregierung für das Massaker in Tunis u. Algerien wird dadurch nichts geändert. Die Volksfrontregierung u. die Volksfront treten für die Erhaltung der französischen Kolonialherrschaft, für den bürgerlichen Militarismus mit all seiner reaktionären Offizierswirtschaft (siehe insbesondere die verschiedenen Reden Daladiers) ein; die barbarischen Methoden von Metlaoui sind aber nichts als ein notwendiges Ergebnis der imperialistischen Kolonialherrschaft u. des bürgerlichen Militarismus. Wenn die Volksfrontregierung es zulässt, dass ihre Behörden Militär gegen Streikende einsetzen, dann ist es üble Heuchelei, wenn sie hinterher die Opfer bedauert, die dabei fallen. Was die KPF angeht, so zeigt sie jetzt, wie sie durch ihr Eintreten für den Schutz "unserer" nordafrikanischen Kolonien, für "unserer republikanische Armee" usw. in den blutigen Sumpf der Schandtaten der imperialistischen Kolonialpolitik herabgezogen wird.

Auch im Falle Clichy wird jetzt von der Regierung u. der KPF der Versuch unternommen, den wahren Tatbestand u. seine politische Bedeutung zu vertuschen. In der Pariser "Humanité" v. 17. März schreibt Vaillant-Couturier: "Man hat auf die Volksfront geschossen!" In Wirklichkeit hat die Volksfrontregierung auf Arbeiter geschossen!

Lassen wir die Tatsachen sprechen. Clichy ist ein reiner Proletarierort, ein Glied des "roten Gürtels" von Paris. Es war eine bewusste Provokation, wenn die de la Rocque-Faschisten ausgerechnet in Clichy eine gross aufgemachte öffentliche Kundgebung zu veranstalten suchten. Die Führer der Arbeiterbewegung von Clichy forderten deshalb von der Regierung (vom Innenministerium) und von der Polizeipräfektur das Verbot der PSF-Versammlung. Diese doppelt u. dreifach berechnete Forderung wurde abgelehnt. Und die Volksfrontregierung



schickte ein Massenaufgebot von Polizei u. Mobilgarde nach Clichy, um die faschistischen Provokateure gegen die Arbeiterschaft zu "schützen" - so führt die Regierung das Gesetz über die Ligen gegen die Faschisten durch, so "bekämpft" sie den Faschismus. Als z. Bt. die elsässische Reaktion von der Regierung Blum das Verbot kommunistischer Kundgebungen verlangte, gab die Regierung gehorsam nach. So entgegenkommend die Volksfrontregierung gegenüber der elsässischen klerikalfaschistischen Reaktion war, so harthörig zeigte sie sich als die Arbeiterschaft von Clichy von ihr verlangte, sie solle sie vor den Banditen de la Rocques verschonen. Gegen den provokatorischen Versuch der PSF, sich in der Arbeiterstadt Clichy breit zu machen, veranstaltete die werktätige Bevölkerung von Clichy eine mächtige Protestkundgebung. Die Polizei u. die Mobilgarden, die der SFIO-Innenminister Max Dormoy u. sein Polizeipräsident ausgesandt hatten, damit sie den Faschisten als Schutzgarde dienten, benahmen sich dementsprechend. Sie gingen mit der grössten Brutalität gegen die zu einer friedlichen Demonstration aufmarschierenden Arbeiter vor und schossen ohne Warnung in die Menge. Jetzt erklärt Dormoy, dass er nicht eingreifen könne, wies es zu dem Blutbad gekommen sei. Die "Humanité" fragt, wer denn eigentlich den Befehl zum Schiessen gegeben habe. Das alles sind nichts als Ablenkungsversuche. Wenn Dormoy schwer bewaffnete Polizisten u. Mobilgarden mit dem Befehl losschickt, den Faschisten, die seit jeher auf Provokationen aus sind, gegen die antifaschistische Arbeiterschaft beizustehen, dann trägt er, d. h. die Volksfrontregierung, die Verantwortung dafür, dass die Polizei u. die Mobilgarde diesen Befehl in der Weise ausführte, wie das ihrer Funktion als Organen des kapitalistischen Staates entspricht.

Die "Oeuvre" berichtet über das Vorgehen der Polizei:

"Einer von ihnen (von den Arbeiterfunktionären von Clichy) erzählte, dass einige seiner Kameraden durch Revolverkugeln in den Korridoren des Rathauses verwundet worden seien, u. zwar von Polizisten, die sie bis dorthin verfolgt hatten."

Der "Populaire" teilt mit, dass die von der Polizei verhafteten Arbeiter auf dem Polizeikommissariat misshandelt worden seien. Die ganze Presse bestätigt, dass die Polizei ohne die vorgeschriebenen Warnungen zu schiessen begann.

Das Organ der SFIO, der "Populaire", versucht, die Polizei seines Parteifreundes Dormoy mit dem Argument zu verteidigen, dass "Provokateure" am Werk gewesen seien, diese "Provokateure" hätten als Erste auf die Polizei geschossen, u. erst dann hätte auch diese von der Schusswaffe Gebrauch gemacht. Diese Erzählungen des "Populaire" sind ebenso verlogen wie böseartig. Wer waren in Clichy die Provokateure? Das waren die Faschisten, u. das waren diejenigen, die den de la Rocquebanditen eine polizeiliche Schutzgarde stellten. Wenn sich die Arbeiter, nachdem die Polizei begonnen hatte zu schiessen, zur Wehr zu setzen u. einige Polizisten unsanft anfassten, so war das ihr gutes Recht u. ist ein Zeichen dafür, dass die Volksfrontpolitik den französischen Arbeitern noch nicht allen Kampfgeist gebrochen hat. Aber die Abwehr der Arbeiter war eine Antwort auf die Provokationen der Faschisten u. der Polizei, u. es ist überaus schäbig, wenn der "Populaire" jetzt die Provokateure in den Reihen der Arbeiter sucht.

Die "Humanité" versucht, die Dinge so darzustellen, als sei das Blutbad von Clichy lediglich u. ausschliesslich ein Werk der Faschisten. Aber in Wirklichkeit ist es so, dass die faschistische Provokation nur dank der Mitwirkung der von der KPF sonst so gepriesenen "republikanischen Polizei" glücken konnte, für die ihrerseits die Volksfrontregierung die Verantwortung trägt. Die "republikanische Polizei" hatte diesmal den Faschisten das unmittelbare Geschäft des Arbeitermordes abgenommen. Die Faschisten sassen händereibend im Hintergrund, während die Polizei das Massaker verrichtete.

Die Kette von blutigen Schiessereien gegen Arbeiter, die wir jetzt erleben, ist kein Zufall, sondern eine Folge der Politik des "ökonomischen Liberalismus", des Burgfriedens im Zeichen der imperialistischen Aufrüstung, der "Pause" im Namen des ungestörten Profitmachens der Kapitalisten, kurzum der neuesten Phase der Volksfrontpolitik. Vaillant Couturier schreibt in der "Humanité", dass "die Wut der Faschisten, denen es nicht gelungen war, die Volksfront zu zer-

brechen, die nicht mehr fähig waren, Streiks hervorzurufen, und die ohnmächtig dem Erfolg der Anleihe zusehen mussten", das Massaker von Clichy verursacht haben. Umgekehrt wird ein Schuh daraus. Die Kapitulation der Regierung Blum vor dem Grosskapital, das Abebben der Streikbewegungen, der Erfolg der im Zeichen des Burgfriedens u. des Chauvinismus durchgeführten Anleihenkampagne, das hat die Faschisten ermutigt. Und die Tatsache, dass die Volksfrontregierung immer mehr u. immer gehorsamer nach der Pfeife des Grosskapitals tanzt, veranlasst sie, so aktiv, so offen das Spiel der faschistischen Provokateure zu spielen, wie das die Massaker in Tunis, Algerien u. Clichy zeigen. Die Politik des Werbens um das Vertrauen der Kapitalisten, wie sie heute Blum betreibt, hat Marx im Jahre 1848 sehr treffend in einer Kritik des Programms der preussischen Regierung Auerswald-Hanseman gekennzeichent, Marx schrieb in der "Neuen Rheinischen Zeitung" vom 4. Juli 1848:

"Herr Hanseman kann für den Augenblick keine Arbeiten vornehmen lassen, weil er kein Geld bekommen kann, er kann erst Geld bekommen, sobald das Vertrauen hergestellt ist. Aber sobald das Vertrauen hergestellt ist, sind, wie er selbst sagt, die Arbeiter beschäftigt, und die Regierung braucht keine Beschäftigung mehr zu beschaffen. In diesem keinesweg lasterhaften, sondern sehr bürgerlich-tugendhaften Kreislauf drehen sich die Massregeln des Herrn Hanseman zur Hebung der Not. Für den Augenblick hat Herr Hanseman den Arbeitern nichts zu bieten als Septembergesetze u. einen verkleinerten Cavaignac. In der Tat, das ist ein Ministerium der Tat!"

Die Regierung Blum ist auch bereits beim "verkleinerten Cavaignac" angelangt. Die Massaker in Nordafrika u. in Clichy sind kein zufälliger Schönheitsfehler, sondern ein Bestandteil des Werbens um das "Vertrauen" des Kapitals. Das Kapital hat zu einer Regierung natürlich erst recht Vertrauen, wenn es weiss, dass sie mit aller Brutalität gegen Arbeiter vorzugehen bereit ist. Und je mehr die Regierung Blum den Wünschen des Grosskapitals nachgibt, desto mehr haben ihre Polizeiorgane u. ihre Militärs das Gefühl, dass ihnen ein forsches Vorgehen gegen Arbeiter gestattet ist, ja dass es von ihnen erwartet wird. Wenn die Regierung Blum so weitermacht, dann haben die Faschisten gute Zeiten. Clichy zeigt, dass die Volksfrontpolitik, ebenso wie die Politik der deutschen Sozialdemokratie, Vorarbeit für den Faschismus ist.

Die KPF fordert jetzt die Bestrafung der an dem Massaker Schuldigen, die Verhaftung der faschistischen Führer, die wirkliche Auflösung der faschistischen Organisationen. Diese Forderungen sind richtig, aber sie sind ungenügend und sie können vor allem nicht im Rahmen der Volksfrontpolitik konsequent durchgeführt werden. Es ist notwendig, einen antifaschistischen Selbstschutz zu schaffen, es ist notwendig, die Verantwortung der Volksfrontregierung für Metlaoui u. Clichy klar u. eindeutig anzuprangern, gegenüber der Volksfrontpolitik, der Politik der Zusammenarbeit mit der Bourgeoisie, das Banner der Einheitsfront der Werktätigen gegen das Kapital zu entrollen, es ist vor allem notwendig, ohne Rücksicht auf die Regierung Blum den ausserparlamentarischen Kampf für die Forderungen des Proletariats zu organisieren. In dieser Hinsicht ist es ein hoffnungsvolles Zeichen, dass die Arbeiter der Pariser Weltausstellung auf das Blutbad von Clichy mit einem spontanen Proteststreik reagierten, den sie nicht eher abbrechen, als bis ihnen von der Führung der Pariser CGT versprochen wurde, einen 24 stündigen Proteststreik in ganz Paris in Erwägung zu ziehen. Die Initiative der Pariser Bauerbeiter ist ein Beispiel für die ganze französische Arbeiterschaft.

-o-o-o-o-o-o-o-

Eine schwere Schlappe der Italiener vor Madrid.  
 ooo

Bei ihrem letzten Angriff auf Madrid haben die drei eingesetzten italienischen Divisionen eine schwere Schlappe erlitten. Aus den Aussagen der gefangenen italienischen Offiziere u. Mannschaften geht nicht nur hervor, dass reguläre italienische Truppen vor Madrid eingesetzt sind - Truppen, die ohne Rücksicht auf die Freiwilligensperrre weitergeschickt worden sind, sondern auch etwas Wichtigeres, nämlich, dass Offiziere u. Mannschaften gegen das Mussoliniregime eingestellt sind u. das spanische Abenteuer ablehnen. Eine abermalige Schlappe dieser Truppen würde sie vollends zersetzen. Es scheint, dass Spanien nicht Abessinien ist.



Andererseits beweist die Tatsache, dass die Soudung italienischer Truppen nach Spanien nach dem Abschluss des italienisch-englischen Gentlemen's agreement den grössten Umfang angenommen hat, sowie das Verhalten der englischen Regierung, dass der massive Einsatz italienischer Truppen in Spanien mit stillschweigender Zustimmung der englischen Regierung (u. auch der französischen) erfolgte.

Die Parallität des französischen mit dem englischen Vorgehen wird dadurch unterstrichen, dass jetzt auch der "Temps" in einem offiziellen Artikel offen verlangt, dass auch von französischer Seite offiziell die Verhandlungen mit der Franco-Regierung aufgenommen werden.

Der Beschluss des Büros der Zweiten Internationale zur spanischen Frage ist weisse Salbe. Charakteristisch für den gegenwärtigen Stand der Dinge ist, dass die englische Regierung die französisch-belgischen Delegierten der Friedensfront zur diesen Verhandlungen kurzerhand wieder nach Hause schickte.

In Spanien selbst weisen eine Reihe von Erscheinungen darauf hin, dass die Arbeiterklasse in steigendem Masse die Aktionseinheit auf revolutionärer Grundlage sucht. Die faschistische Verschwörung in Madrid u. die Tatsache, dass die Vorschwörer sich mit Ausweisen der Volksfrontorganisationen maskierten, zeigt klar genug, dass es nicht die revolutionäre Linie der POUM, sondern die konterrevolutionäre der Volksfront ist, die den besten Boden für faschistische Verschwörungen abgibt.

-o-o-o-o-o-o-

UM DIE INNERPATEILICHE DEMOKRATIE IN DER KPdSU.  
oo

In der Sowjetpresse ist jetzt der Beschluss des Plenums des ZK zur Referat des Gen. Shtanov über die Vorbereitungen der Partei zu den bevorstehenden Sowjetwahlen auf Grund der neuen Verfassung veröffentlicht worden.

Der Kernpunkt dieses Beschlusses ist die Forderung der Durchführung der innerparteilichen Demokratie in der KPdSU. Alle Leitungen, nur mit Ausnahme des ZK, sollen neugewählt werden und zwar auf Grundlage geheimer Abstimmung, durch persönliche Wahl, anstelle von Listenwahlen. Kritik u. Selbstkritik werden gefordert.

Dieser Beschluss bestätigt die Kritik, die wir im Anschluss an den Radek-Pjatakow-Prozess über das innere Regime der KPdSU ausgesprochen haben. Dieses Regime war unhaltbar geworden. Offenbar haben die Wirkungen des Prozesses unter den Parteimitgliedern selbst das klargemacht. Es mussten Ventile geöffnet werden.

Der Beschluss bedeutet keineswegs, dass nun morgen - nach einem jahrelangen Regime der Erdrosselung des inneren Parteilebens - die innere Demokratie in der Partei verwirklicht sein wird. Das wird längere Zeit bedürfen, wobei die Masse der Parteimitglieder selbst ihr Wort zu sagen haben wird.

Aber die Tatsache, dass jetzt ein solcher Beschluss gefasst worden ist, bedeutet jedenfalls, dass das Bedürfnis nach innerparteilicher Demokratie dringend geworden ist. Man kann damit rechnen, dass dieses Bedürfnis, wie auch immer, sich schliesslich durchsetzen wird.

Es ist klar, dass dieser Beschluss u. seine tatsächliche Durchführung tief einschneidende Wirkungen haben muss, sowohl am Leben der Sowjetunion, als auch letzten Endes für die Kommunistische Internationale.

Die Kampagne, die jetzt zur Durchführung der innerparteilichen Demokratie in der KPdSU durchgeführt wird, offenbart, in welchem Umfange das bürokratische Regime sich eingenistet hatte u. die Kontrolle der Parteifunktionäre durch die Mitglieder ausgeschaltet worden war.

"Ich erinnere mich nicht, erklärte z.B. der Genosse Julenkov in der Maschinenfabrik Dshershinski Saratow-Gebiet, wann das Parteikomitee in unserer Fabrik

gewählt wurde u. wann es über seine Arbeit Rechenschaft abgelegt habe."

Der Fall ist typisch.

Der Prozess Bucharin-Rykov wird, wie üblich, durch eine Pressekampagne vorbereitet. Die Fortsetzung der Prozesse geht also Hand in Hand mit der Kampagne für die innerparteiliche Demokratie.

-o-o-o-o-o-o-o-

BLUMS KAPITULATION VOR DEM "FILZIG-DRECKIGEN" MATERIALISMUS  
oo

UND DIE KPF.  
oooooooooooooooo

Die Presse der KPF gefällt sich darin die Blumsche Kapitulation vordem "mon d'argent" u. ihre unvermeidlichen Folgen für das werktätige Volk zu verschweigen.

Das Zentralkomitee der KPF hielt es für zweckmässig so zu tun, als ob sich eigentlich nichts besonderes ereignet hätte u. die weitere Ausführung des Volksfrontprogramms nach der Zeichnung der Wehranleihe unmittelbar auf der Tagesordnung stünde. Obzwar dem ZK sehr wohl bekannt ist, dass die Volksfrontregierung die Bedingungen des "streikenden" Kapitals angenommen hat, versichert die KPF der Regierung die weitere loyale Unterstützung ohne jedes Abweichen.

Weswegen dieser Methode, ist es angebracht einige autoritative Stimmen über die Blumsche Kapitulation wiederzugeben.

Wir haben hier schon die Bedingungen umschrieben, durch die sich Blum und die von der KPF lückenlos unterstützte Volksfrontregierung das Vertrauen des grossen Kapitals erkaufte. Diese Bedingungen sind eindeutig. So hat der Präsident der Republik in seiner Radioansprache erklärt:

"Die Regierung hat ihre feste Absicht kundgegeben, ein wirkliches Budgetgleichgewicht anzustreben durch die Ausschaltung neuer Ausgaben."

Man sollte meinen dies sei auch für Schwerhörige hörbar.

Der Präsident hat weiter erklärt, dass zum Gelingen der Operation, also um das Vertrauens des Kapitals teilhaftig zu werden, der Burgfriede (der ersieht auf den Kampf gegen das Kapital) verwirklicht werden muss. Er sagte:

"Um fruchtbringend zu sein, muss eine Operation, wie jene, welche ich heute über  
bend unterhalten wollte, in der Ruhe, unter freiwilliger Verzichtleistung auf Parteizwistigkeiten ausgeführt werden."

Nehmen wir eine andere Stimme, die der Partei des Ministerpräsidenten angehört. Der "Republikaner" schreibt in einem Artikel "Freiheit, .. auch für die Steuerhinterzieher?" v. 13. III. 37.:

"Wir verstehen recht gut und haben es dieser Tage bereits gesagt, dass das Kapital, wenn man schon einmal darauf verzichtete, es zwangsmässig herbeizuholen, wenn man darauf verzichtete, die gleichen Diktaturmethoden wie die Hitler und Mussolini anzuwenden (worin wir übrigens bei der gegenwärtigen internationalen Lage mit der Regierung keineswegs uneinig sind), dass das Kapital ebenfalls seine Bedingungen stellen darf, selbst wenn sie den Stempel des "filzig-dreckigsten" Materialismus" auf der Stirn tragen."

Wir haben auf das abgeschmackte u. verlogene Argument, wonach Zwangsmassnahmen gegen das Kapital eine faschistische Eigenart seien, bereits geantwortet. Wir haben auch das Blumsche "Argument" auf seinen wahren Gehalt zurückgeführt, wonach im Interesse der Erhaltung des Vertrauens Englands u. Amerikas in Frankreich auf Zwangsmassnahmen gegen das Kapital verzichtet werden müsse.





Zur Lage in Indien:

GENOSSE M. N. ROY AUF DEM INDISCHEN NATIONALKONGRESS.

oo

Gen. M. N. Roy, seit seinem Ausschluss aus der Exekutive der Komintern zur internationalen Kommunistischen Opposition gehörig, hat nach sechsjähriger schwerer Kerkerhaft, endlich seine Freiheit wiedergewonnen. Ungehindert um seine, durch die Kerkerhaft zerrüttete Gesundheit, hat Gen. Roy nach seiner Freilassung seine Stellung zu den aktuellen Problemen seines Landes präzisiert. Wir geben hier einen Bericht über die Rede wieder, die Gen. Roy auf dem indischen Nationalkongress gehalten hat. Es scheint, dass der Nationalkongress den Gedanken einer verfassungsgebenden Versammlung für Indien auf die Initiative von Gen. Roy (die ja längere Zeit zurückgeht u. bereits im Programmentwurf der KP (O) Indiens niedergelegt war) angenommen hat.

Nachdem bei den kürzlich stattgefundenen Wahlen zu den vom britischen Imperialismus geschaffenen Provinzparlamenten die Kongresspartei in 6 von 11 Parlamenten die Mehrheit eroberte, erhalten die von Roy in seiner Rede behandelten Fragen unmittelbar praktische Bedeutung.

Wir wollen hier nur hervorheben, dass es um die Frage des Verhältnisses der Abgeordneten der Kongresspartei zu den Behörden des britischen Imperialismus nach der Wahl bereits zu Auseinandersetzungen zwischen dem rechten u. linken Flügel der Kongresspartei gekommen ist. Die endgültige Stellungnahme zu der Frage der Zusammenarbeit mit den Behörden des britischen Imperialismus wird auf der Ende dieses Monats in Delhi stattfindenden Ausschusssitzung der Kongresspartei fallen. Auf einer Vorsitzung des Parteikomitees in Wardha wurde

er schon ein Beschluss gefasst, der in seiner Konsequenz die bisherige Politik der strikten Nichtzusammenarbeit mit dem britischen Imperialismus preisgibt. Dieser Beschluss wurde gegen den Widerstand des Kongresspräsidenten Nehru u. des linken Flügels gefasst. Inzwischen hat sich auch Gandhi gegen "eine Politik der Nichtzusammenarbeit von innen heraus" gewandt u. in Madras u. Bihar haben sich die Leiter der dortigen Kongresspartei de facto für die Übernahme der Regierungsgewalt entschieden. Der Leser wird aus der Rede Roys vernommen, dass diese Linie mit der Roys im Widerspruch steht.

Die Redaktion.

Die indische Zeitung "The Amrita Bazar Patrika" v. 31. Dez. 1936 gibt folgenden Bericht über das Auftreten des Gen. M. N. Roy auf dem indischen Nationalkongress:

Eine gewaltige Ovation wurde M. N. Roy bereitet, als er die Tribüne bestieg, um über den Resolutionsentwurf zur Nationalkonvention zu sprechen, die von Bhula Bhai, Desai auf der heutigen Kongresssitzung eingebracht wurde.

Da M. N. Roy zum ersten Male von den Kongressplattform aus sprechen sollte, war die Aufmerksamkeit des ganzen Hauses auf ihn gerichtet, in der Erwartung, eine klare Auseinandersetzung der verschiedenen Seiten der Idee einer Konvention zu erhalten, die von ihm selbst ausgegangen zu sein scheint. Während der ganzen Zeit, als Roy seine Ansichten über einen wirklich demokratischen Staat in Indien auseinandersetzte, in dem die politische Macht dem Volk als Gesamtheit übertragen sein wird, konnte man eine Nadel fallen hören.

Der Kampf um die konstituierende Versammlung.

In Unterstützung der offiziellen Resolution zur Nationalkonvention sagte Roy folgendes:

"Der Gedanke der Konvention stellt einen Schritt vorwärts dar in der Klärung des Zieles, dem der Kongress zustrebt. Wir hatten vor uns den Gedanken der vollständigen Unabhängigkeit. Dann wurde die Forderung einer konstituierenden Versammlung formuliert. Nachdem einmal die Forderung der konstituierenden Versammlung formuliert worden ist, so steht natürlich die Frage vor uns, wie wir die Forderung durchsetzen sollen."

Roy sagte: "Ich verstehe, dass es über diesen Punkt ein gewisses Missverständnis gibt. Einige Leute denken, dass, wenn wir eine konstituierende Versammlung



fordern, dass die britische Regierung eines Tages eine Konstituierende Versammlung einberufen u. uns erlauben wird, die Verfassung für die künftige Regierung von Indien zu entwerfen. Von anderen wird behauptet, dass, wenn Kongresseleute in die neuen gesetzgebenden Versammlungen eintreten mit der Forderung nach der Konstituierenden Versammlung, dass dies bedeutet, dass wir erwarten, dass die Regierung von Indien uns erlaubt, solch eine Versammlung einzuberufen, wo wir eine Verfassung für die Unabhängigkeit von Indien machen. Das ist sinnlos. Niemand kann den sinnlosen Gedanken hegen, dass die Regierung von Indien eine Versammlung einberufen wird, die die Anerkennung des souveränen Rechts des indischen Volkes bedeuten würde, seine politische Zukunft zu bestimmen. Eine Konstituierende Versammlung bedeutet nichts weniger als eine Bestreitung des angemessenen Rechts der britischen Regierung das politische Recht des indischen Volkes zu diktieren. Wenn wir über diese Idee klar sind, so wird das Missverständnis über den Weg, auf dem die Konstituierende Versammlung schliesslich entstehen wird, verschwinden. In dem heutigen Diskussionsion ist ein neues Missverständnis entstanden.

Das ist über die Natur der Konvention die in der Resolution, ins Auge gefasst wird, die zur Diskussion steht. Wenn ich richtig verstehe, so soll die Resolution ein Ersatz für die Konstituierende Versammlung sein. Die Konvention soll ein Schritt vorwärts sein zur Durchsetzung u. zur Forderung nach der Konstituierenden Versammlung.

Es ist unnötig zu sagen, dass wir das Ziel nicht mit einem Sprung erreichen können. Wir müssen stufenweise gehen. Für uns ist die Konstituierende Versammlung nicht nur eine Agitations- u. Propagandalosung, sondern auch eine Losung der praktischen Politik. Wenn wir die Losung aufstellen, stellen wir die Frage der Ergreifung der Macht. Die Frage die vor uns steht, ist, wie kommen wir dazu, die Macht zu ergreifen. Die erste Resolution, die das Arbeitskomitee angenommen hat u. die der Plenarsitzung des Kongresses zur Annahme vorgelegt werden wird, ist der Frage gewidmet, wie man die Macht ergreifen muss. Aber obwohl nicht konkret angegeben worden ist, wie dieses Problem gelöst werden soll, betrachte ich es als einen Schritt vorwärts.

Der Punkt ist in der ersten Resolution nicht klargemacht worden, da sie nicht klar feststellt, wie wir die Macht ergreifen sollen. Die zweite Resolution ist logisch verbunden mit der ersten Resolution. Wir gehen in die neuen gesetzgebenden Versammlungen mit der ausdrücklichen Absicht, die neue Verfassung zu bekämpfen. Von Anfang an hat der Kongress sich endgültig geweiht, die neue Verfassung anzunehmen. Deshalb stellt sich die Frage nicht, wie die Verfassung in Gang zu setzen sei. Wenn wir zu der gesetzgebenden Versammlung gehen, so ist unser Ziel dabei, in einer solchen Weise zu handeln, dass es die Behauptung unseres Rechts auf Selbstbestimmung bedeutet. Wir sagen, dass wir die Verfassung nicht annehmen, die uns gegen die einmütige Opposition des indischen Volkes auferlegt worden ist. Gleichzeitig müssen wir unsere Stellung klarmachen in Bezug auf das, was wir wollen.

#### Der Weg des Massenkampfes.

Die Massen müssen mobilisiert werden, um dieses Recht durchzusetzen. Das ist der einzige Weg, um den Massenkampf gegen den Imperialismus zu entwickeln. Der Gedanke, dass die Konstituierende Versammlung nur nach der Eroberung der Macht geschaffen werden wird, ist sehr lose, weil das die Grundfrage unberührt lässt. Wir können die Macht nur erobern, indem wir die Massen mobilisieren u. indem wir sie im Kampfe gegen den Imperialismus leiten u. deshalb möchte ich einen Punkt klarmachen, dass, wenn wir das Ideal der Konstituierenden Versammlung und korrekt vorstellen wollen, dass es dann nur eine mögliche Perspektive gibt u. die ist, dass wir die Konstituierende Versammlung nur schaffen können, wenn wir imstande sein werden, den indischen Nationalkongress in die Konstituierende Versammlung zu verwandeln. Dafür gibt es eine Bedingung und die ist, dass der Kongress eine wirkliche demokratische Körperschaft sein muss, der nicht nur die Auffassungen des indischen Volkes wiedergibt, sondern eine Organisation der indischen Massen ist. Wenn wir das Gerüst eines Staates innerhalb des Staates geschaffen haben werden, dann wird die Zeit kommen, um diese Forderung vorzubringen. Die Frage der Ergreifung der Macht kann gelöst werden, wenn wir im Auge behalten, dass, bevor die politische Macht von einer besonderen herrschenden Gruppe an eine andere übergehen kann, es notwendig

dass ist, eine gewisse Zeitlang ein paralleler Staat existiert, Seite an Seite mit dem bestehenden Staat, u. dass ein paralleler Staat in Indien nur innerhalb des Größtes des indischen Nationalkongresses entwickelt werden kann."

#### Die Tätigkeit in den gesetzgebenden Versammlungen.

Roy sagte weiter: "Wir wünschen das souveräne Recht des indischen Volkes aufzustellen, seine eigene politische Zukunft zu bestimmen u. das ist nur möglich durch eine Versammlung, die nach allgemeinem Stimmrecht des indischen Volkes gewählt ist. Das ist einfach eine demokratische Forderung. Zunächst können wir nicht vorwärts gehen u. eine Konstituierende Versammlung wählen, und eine Verfassung schaffen. Die neue Verfassung hat uns einen gewissen Grad von Stimmrecht gewährt. Eine Anzahl von Leuten werden von den Wählern gewählt werden, die auf Grund der neuen Verfassung das Stimmrecht erhalten haben. Die britische Regierung kann nicht bestreiten, dass diese gewählten Vertreter für die Leute sprechen, denen gewisse elementare politische Rechte gewährt worden sind. Wenn diese Vertreter mit der Forderung herauskommen, dass wir diese Verfassung nicht wollen, und dass wir das Recht durchzusetzen wissen, eine neue Verfassung zu schaffen, so kann die Anklage, die gegen den Kongress vorgebracht worden ist, dass der Kongress die Meinung der in der Öffentlichkeit auftretenden Leute, aber nicht die Massen vertritt, nicht vorgebracht werden. Die erste Aufgabe der Konvention wird sein, die Forderung nach einer Konstituierenden Versammlung innerhalb der gesetzgebenden Versammlungen in den Vordergrund zu rücken. Die Forderung nach einer Konstituierenden Versammlung innerhalb der gesetzgebenden Versammlungen wird durch ausserparlamentarische Aktionen unterstützt werden. Nachdem der Kongress seine parlamentarischen Vertreter angewiesen hat, die Forderung vorzubringen, so wird der Kongress seinerseits sich an das Land wenden und das Volk aufrufen, die Forderung ihrer gewählten Vertreter zu unterstützen. Andererseits wenn die Forderung durch unsere gewählten Vertreter im Parlament vorgebracht wird, so wird eine Demonstration über das ganze Land unter der Führung des Kongresses stattfinden. Im Laufe dieser Agitation u. Propaganda werden wir imstande sein, die Massen zu lehren, dass sie das Recht auf Selbstständigkeit haben."

Zum Abschluss sagte Roy: "Der Kongress beruht auf seinen primären Organisationen - den Bezirkskongresskomitees, die in der grossen Masse der primären Mitglieder wurzeln. Er wird in der Lage sein, sich als souveräner Vertreter des indischen Volkes zu erklären u. dann wird die Zeit kommen, um zu sagen, dass der Kongress die Konstituierende Versammlung bildet, die allein das Recht hat, die politische Zukunft des indischen Volkes zu bestimmen. Machen wir nicht den Fehler, uns durch Phrasen hinreissen zu lassen, sodass wir versäumen, die wirkliche Frage, die vor uns steht, zu sehen. Die wirkliche Frage ist, wie man die Macht ergreifen kann u. lasst uns versuchen, Mittel u. Wege dafür zu finden. Was nach der Machtorgreifung sein wird, haben wir jetzt nicht zu diskutieren. Unter politischer Unabhängigkeit verstehen wir einen demokratischen Staat, in dem die Regierung unter der Kontrolle des Volkes sein wird. Die parlamentarische Tätigkeit die unter der neuen Verfassung ausgeführt worden kann, wird nur insofern nützlich sein, als sie mit diesem spezifischen Ziel geführt wird.

Der Kongress sagt, dass er die Verfassung zertrümmern wird, aber wir können sie nicht zertrümmern. Was wir tun können, ist ihr Auseinanderbrechen zu veranlassen. Wir müssen versuchen, eine Atmosphäre im Lande zu schaffen, in der eine mächtige Massenbewegung entwickelt werden kann, sodass wir Machtmittel schaffen können, um unsere Forderungen durchzusetzen. Und das Ziel der Konvention muss sein, eine bestimmte Linie des Handelns für unsere parlamentarischen Vertreter festzulegen, sodass sie in die gesetzgebenden Versammlungen gehen, mit diesem spezifischen Zweck u. nicht mit dem Ziel, einige Reformen zu bekommen, oder versuchen, irgendetwas innerhalb ihrer begrenzten Möglichkeiten zu tun. Gleichzeitig werden ausgedehnte Massenaktionen ausserhalb die Hände unserer Vertreter in den gesetzgebenden Versammlungen stärken. Indem wir so die parlamentarische Aktion bekämpfen, u. mit Hilfe der Massenaktionen werden wir imstande sein, unseren Kampf zu entwickeln und zur Schaffung der Konstituierenden Versammlung schreiten."



POLIZEI GEGEN STREIKENDE ARBEITER.

Was viele Arbeiter unter einer Volksfrontregierung für unmöglich hielten; der Einsatz von Polizei gegen streikende Arbeiter, wie zu Lavals Zeiten, wird nunmehr zu einer Alltagsgewohnheit. Wir berichteten bereits über den Einsatz von Polizei gegen die Streikenden der Straßbourger Schuhfabrik "La Strasbourgci". Wir notierten das Blutbad gegen Streikende in Tunis. Jetzt müssen selbst die der Volksfrontpolitik ergebenen Instanzen der CGT öffentlich gegen die Anwendung von Polizeigewalt gegen Streikende Stellung nehmen.

So veröffentlicht der Textilarbeiterverband von Mülhausen einen Offenen Brief an den Präfekten des Haut-Rhin, aus dem wir folgende Bemerkungen über den Einsatz von Polizei gegen Streikende der Firma Bian & Cie. in Senthaim wiedergaben:

Am Vormittag des 2. März begeben sich die Streikposten vor die Fabrik. Der Besitzer der Fabrik, Herr Jacques, betrat das Fabrikgebäude u. gab zu gleicher Zeit, nachdem er das Fabriktor selbst geöffnet hatte, den Gendarmen den Befehl gegen die Streikposten vorzugehen. Die Gendarmen, die auf diesen Befehl gewartet hatten, stürzten sich auf die Streikposten, wobei sie in ganz brutaler Weise vorgingen. Hierbei wurde einer Frau Riedinger Madeline der Mantel buchstäblich zerrissen. Der Arbeiter Tangel Joseph erhielt mit dem Gewehrlauf einen Stoß an das Kinn, Frau Schuffenegger erhielt einen Kolbenstoß auf den Oberarm, sodass sie nicht mehr gehen konnte. Der Arbeiter Woey Aloyse wurde am Hals gewürgt u. auf die Straße geworfen. Die Arbeiterin Eich Antoinette erhielt einen Kolbenstoß in den Rücken. Die Arbeiterin Meyer Maria wurde am Hals gefasst u. erhielt einen Kolbenstoß auf die rechte Gesichtshälfte und der Arbeiterin Minderker Yvonne wurde in die rechte Seite gestossen."

Soweit sind wir nun glücklich in der Volksfrontära; ein Patron erteilt der Polizei den Befehl zum Dreinschlagen auf Streikposten, die Polizei befolgt diesen Befehl, der Präfekt deckt diesen Befehl und verzichtet auf jegliche Sanktionen gegen die Polizeibeamten und der sozialistische Innenminister lässt solche Dinge geschehen. Die hinter der Volksfrontregierung stehende Arbeiterpresse bringt die Mitteilung des CGT-Syndikats ohne Kommentar und verzichtet auf jede Aktion gegen solche Polizeibrutalitäten. Ja solche Polizeibrutalitäten werden im Zeichen der Volksfront nicht einmal Gegenstand einer parlamentarischen Interpellation. Da "darf man wohl sagen; die Volksfront folgt hier getreulich den Spuren eines Soverings. Diese Spuren sind aber wenig Vertrauen erweckend und die Arbeiter sollten ihren Einfluss aufbieten, damit mit einem solchen Weg Schluss gemacht wird.

DIE UL DER CGT-MÜLHAUSEN BILLIGT DEN KOTAU BLUMS VOR DEM GROSSKAPITAL.

In der Generalversammlung der Union Locale der CGT von Mülhausen, die 27 000 Mitglieder vereinigt, wurde eine Resolution angenommen, die der Regierung nach ihrem Kniefall vor dem "mur d'argent" das volle Vertrauen ausspricht. Zugleich aber drückt die Resolution die Hoffnung aus, "dass diese zwingenden auf Grund der äusseren Lage geschaffenen Verhältnisse keineswegs dazu führen werden, auf die weitere Durchführung und Erhaltung der sozialen Volksfrontpolitik zu verzichten u. verlangen von Regierung u. Parlament:

- 1) energische Massnahmen gegen die Preistreiber, Spekulanten u. Frankenpaniker
- 2) die beschleunigte Annahme des staatlichen Arbeitslosenunterstützungsfonds, unter Anpassung der Unterstützungssätze an die Lebenssteuerung;
- 3) sofortige Inangriffnahme der grossen Arbeiten;
- 4) Regelung der Lage der alten Arbeiter;
- 5) ein sofortiges Statut u. Schutzbestimmungen für die Heimarbeit;
- 6) die restlose Durchführung der 40-Stundenwoche;
- 7) die Anwendung der Kollektivverträge auf die Landwirtschaft;
- 8) die restlose Beibehaltung u. die weitere Ausdehnung der Schulzeitverlängerung;
- 9) die wirksame u. mit allen Mitteln zu führende Verteidigung des Friedens.

Jeder der die Erklärungen der Regierung kennt, weiss, dass diese Forderungen gerade infolge der als "zwingend" anerkannten Verhältnisse auf dem Wege und Mittels der parlamentarischen Formation der Volksfront nicht verwirklicht werden können.

Erscheint wöchentlich.

Bezugspreis Monat Frs. 2.-  
Einzelnummer 50 Cent.

# ARBEITER POLITIK

Organ der kommunistischen Partei-Opposition Elsass (Section der IVKO.)

Nr. 13/IV. Jahrgang.

Vierte Märzwoche 1937.

NACH DEM BLUTBAD VON CLICHY.  
ooooooooooooo  
I. Einige Tatsachen.

In der Kammersitzung v. 23. März erklärte L. Blum, er habe "den Eindruck", dass die Mannschaften der Polizei in Clichy nicht den Befehl zum Schiessen erhalten hätten. Und der Innenminister Dormoy beeilte sich hinzuzufügen, dass der "Eindruck" Blums richtig sei...

Dormoy war, als die Schiesserei einsetzte, nach Clichy gefahren. Er scheint entweder nichts gesehen zu haben oder aber - und das ist viel wahrscheinlicher - sagt das gerade Gegenteil von dem, was er gesehen hat.

Das Zentralorgan der SFIO, der "Peuplaire" veröffentlichte am 20. März Aussagen von Augenzeugen, die dem Blutbad von Clichy beigewohnt hatten. Das SFIO-Mitglied CH. Noclain hörte, wie ein "Chargierter" der Mobilgarde, der weisse Tressen hatte, nach einem Gespräch mit zwei anderen, von denen einer goldene Tressen hatte (also ein Offizier war!) seinen Mannschaften sagte: "Geht vor und schiesst!" Ein Herr Arrondelle sah von einem Fenster der Mairie von Clichy wie ein Zivilist den Mobilgarden einen Befehl gab, auf den Schüsse folgten. Arrondelle hat den fraglichen Zivilisten unter den mit der Leitung des "Ordnungsdienstes" beauftragten Polizeibeamten wiedererkannt.

Die von Marceau Pivert herausgegebene "Vague" veröffentlicht eine Schilderung des blutigen Dienstag von Clichy. Dieser Bericht beschreibt, wie die Polizei anfing, auf die Menge zu schiessen, die sich vordrängte, ohne jedoch irgendwelche Wurfgeschosse gegen die Polizei zu benützen; wie die Arbeiter sich erst, nachdem die Polizei angefangen hatte zu schiessen, auch ihrerseits wehrten, indem sie Eisenstücke usw. auf die Polizisten warfen. In dem Bericht heisst es dann weiter:

"Gegen 21 Uhr 30 Minuten - 21 Uhr 45 Minuten kommen aus der Richtung Paris zwei Camions an, die sich in Gestalt eines Huer über die Avenue Jean Jaurès legen. Die Polizisten steigen aus, nehmen hinter den Camions Deckung u. beginnen, als sie beworfen werden, sofort auf die Demonstranten zu schiessen."

Ist es denkbar, dass diese Polizisten, die frisch auf dem Schauplatz erschienen, begonnen hätten zu schiessen, als ihnen ein paar Eisenstückchen oder Steine entgegenflogen, wenn nicht eine entsprechende Instruktion oder ein entsprechender Befehl von oben vorgelegen hätten?

Die "Vogue" schreibt ferner:

"Um 21 Uhr 30 Minuten kommen Marx Dormoy, Langeron (der Polizeipräfekt von Paris) u. Blumel (der Kabinettschef von L. Blum) an, ...

Um 22 Uhr hörte einer unserer Genossen, wie Langeron sagte: "Ich habe meine Offiziere nicht mehr in der Hand."

Um 22 Uhr erklärt Dormoy: "Die Polizei wird in einer Viertelstunde abziehen."

Um 22 Uhr 30... zeigt sich keine Behörde.

Man kann annehmen, dass 90 Prozent der Opfer nach 21 Uhr 30 gefallen sind, also nachdem die verantwortlichen Behörden - der Minister und der Präfekt - zur Stelle waren."



Der Polizeipräsident Langeron hat wie sein Ausspruch beweist-Offiziere geschick die ihren Mannschaften den Befehl zum Schiessen gaben, Dormoy stand daneben - u. jetzt tat er, als ob er nichts gesehen u. gehört hätte. Und Blum versucht in seiner Parlamentarrede, die Dinge so darzustellen, als ob die Mannschaften der Polizei u. der Mobilgarde ohne Befehl, von sich aus einzeln begonnen hätten zu schiessen. Blum deckt diejenigen Beamten u. Offiziere, die in Clichy den Befehl zum Schiessen gegeben haben, weil die Radikale Partei ihn die fürml. che Verpflichtung abgenommen hat, keinen Beamten oder Offizier zu bestrafen, aber auch deshalb, weil Dormoy (u. mit ihm die Volksfrontregierung) für die Schandtaten der Polizei in Clichy verantwortlich ist, denn er hat das Verbot der PSF-Versammlung abgelehnt u. die Polizei schwer bewaffnet nach Clichy geschickt, damit sie dort den Faschisten gegen die Arbeiter beistehe. Auch der Bericht der "Voguo" über Dormoys Verhalten in Clichy ist eine Anklage gegen ihn.

Es ist notwendig, dass die Arbeiterschaft überall die von verschiedener Seite, (so von Marcou Pivert u. von der Gruppe "Que Faire?" erhobene Forderung unterstützt, dass die Schuld an dem Massaker von Clichy durch eine proletari- sche Kommission untersucht werde.

Was von einer behördlichen Untersuchung zu halten ist, zeigt eine Notiz der "Flèche" v. 20. März, wonach die Pariser Polizisten ausser ihrem Dienstrevolver auf "Anraten ihrer Vorgesetzten" noch eine zweite Pistole in der Tasche tragen, damit im Falle einer Nachforschung behauptet werden kann, die Polizisten hätten ihre Waffe (nämlich die "offizielle") nicht benützt.

## II. Der Proteststreik vom 19. März.

Am Mittwoch, den 17. März, setzten in der Pariser Region nach Bekanntwerden der Nachricht vom Blutbad in Clichy spontan Proteststreiks ein, so bei den Bauarbeitern der Weltausstellung, in den meisten grossen Metallbetrieben usw. In den Vororten fanden spontane Massendemonstrationen statt, um zu verhüten, dass die elementare Bewegung der Massen sich zu einer ernsthaften Kampfaktion entwickelte, setzte die CGT für Donnerstag einen halbtägigen Proteststreik im Pariser Bezirk an. Der Streikbeschluss der Pariser Gewerkschaftsführung spricht offen aus, dass es ihr vor allem daran lag, der Volksfrontregierung keine Schwierigkeiten zu bereiten. Die von der Gewerkschaftsführung aufgestellten Forderungen enthielten nichts, was sich gegen die Regierung Blum richtete. - Dabei hatten am Dienstag abend in Clichy die Arbeiter empört gerufen "Démission Dormoy", weil sie die Verantwortung der Regierung für den Arbeitermord spürten.

In dem Beschluss der Pariser CGT-Führung hiess es u. a. :  
 "Die Union der Gewerkschaften stellt fest, dass die Demonstration dieses Tages (der proteststreik), weit entfernt davon, sich gegen die Volksfrontregierung zu richten, die an der Macht bleiben muss, um zu handeln, den Zweck verfolgt, ihr zu helfen, die Widerstände zu überwinden, die sich nach der Anwendung der unerbittlichen Ordnungsmassnahmen entgegenstellen. Um das klar festzustellen, beschränkt die Union der Gewerkschaften die Streikbewegung freiwillig auf den Vormittag, damit die faschistischen Interpellationen, die versucht werden am Nachmittag die Regierung vor der Kammer in Schwierigkeiten zu bringen, nicht diese Bewegung ausnützen u. in ihrem Sinne entstellen können."

Der Klassenkampf darf also nach der Meinung der CGT-Führung nur ausserhalb der Geschäftsstunden der Regierung stattfinden. Noch klarer hat sich Jouhaux in einem Artikel im "Peuple" ausgedrückt:

"Man musste eine allzu verständliche Explosion des Zornes vermeiden, um aus ihr eine Demonstration der Macht u. der Würde zu machen. Man musste auch, indem man dieser Demonstration die Kraft verlieh, die die Umstände erforderten, vermeiden, dass sie nicht zu einer Ursache von Verwirrung im Wirtschaftsleben wurde, dessen schleunigsten Aufschwung wir herbeiwünschen. Man musste also diese Demonstration im Raume beschränken u. sie auch in der Zeit beschränken."

Jouhaux erklärt demnach, dass er u. die Seinen bemüht waren, die Massen möglichst schnell zur Ruhe zu bringen, damit das "Wirtschaftsleben", lies die kapitalistischen Unternehmer, auf deren Vertrauen die Regierung, Blum ihre Ex-

istenz baut, nicht gestört werden; Blum hat denn auch in seiner Parlamentsrede über den Proteststreik in den gleichen Worten gesprochen wie Jouhaux.

Als die Anarchisten in Paris ein Flugblatt verbreiteten, indem sie die Verantwortung Dormeys u. der Regierung am Massaker von Clichy anprangerten und forderten, dass der Generalstreik nicht bloss auf Paris beschränkt werde u. weitergeführt werden solle, bis die Forderungen der Arbeiter durchgesetzt seien, brüllte der "Populaire", dass "Provokateure am Werk" seien. Die Regierung hat gegen die anarchistische Zeitung "Le Libertaire" ein Strafverfahren eingeleitet. Die faschistischen Provokateure aber werden ungeschoren gelassen.

In einigen Betrieben hatten die Arbeiter die sehr richtige Forderung der Entlassung von aktiven Faschisten gestellt. Die CGT desavouierte anfänglich dieses Verlangen der Arbeiter u. erklärte, dass der Proteststreik nicht zur Durchsetzung anderer Forderungen als der von der Gewerkschaftsführung aufgestellt fortgesetzt werden dürfe. Diese Haltung der CGT-Führung musste die Arroganz der Unternehmer stärken, u. so kam es dazu, dass in einzelnen Betrieben Arbeiter, die die Entlassung notorischer faschistischer Provokateure gefordert hatten, ausgesperrt wurden. Am 24. März war die Leitung des Pariser Metallarbeitervorbandes gezwungen, sich öffentlich gegen die Haltung der Unternehmer zu wenden, allerdings nur, um über die Aussperrungspraktiken zu klagen, nicht aber, um irgend eine konkrete Kampfmassnahme anzukündigen.

Am Proteststreik vom Donnerstag, den 18. März hatten 2 Millionen Arbeiter teilgenommen. Auch die Beteiligung der Massen am Begräbnis der Opfer von Clichy war gewaltig. Auf Anordnung der Instanzen durften im Zuge nur Plakate mit zwei Losungen mitgeführt werden, nämlich mit der Forderung auf Auflösung der faschistischen Ligen u. der Säuberung der Polizei u. der Verwaltung. Dieses Verbot der Instanzen wurde nur durch einige Gruppen linker Sozialisten durchbrochen, die im Chor weitergehende Forderungen riefen, wie "Arbeitermilizen", "Alle Macht den Sozialisten" usw. Jedoch zeigte die Demonstration am Begräbnistag, dass die Massen ihre Illusionen über die Volksfront u. die Volksfrontregierung in erheblichem Masse verloren haben, denn man hörte fast gar keine Hochrufe auf Blum usw.

### III. Die Bourgeoisie und Clichy.

Clichy hat gezeigt, dass die wirklichen Fronten des politischen Kampfes in Frankreich anders verlaufen, als wie die Lobredner der Volksfront behaupten. In Clichy standen auf der einen Seite die Arbeiter unter Führung ihres sozialistischen Bürgermeisters, auf der anderen Seite die Faschisten u. die "republikanische Polizei", die von der unter sozialistischer Führung stehenden Volksfrontregierung dorthin beordert worden war. Und nach dem Massaker von Clichy haben die radikalen Volksfrontgenossen mit aller Deutlichkeit klargelagt, wo sie stehen.

Am Sonntag, den 21. März, hielt Daladier in Rouen eine Rede, in der er u. a. erklärte:

"Keine Regierung hat mehr brüderliche Sympathie für die allzu realen Leiden der Arbeiterklasse an den Tag gelagt... Aber das Feld der Forderungen kann nicht unbegrenzt sein. Man muss mit den Möglichkeiten der Wirtschaft rechnen, die gegenwärtig vor allem einer Vergrösserung der Produktion bedarf. Man muss auch an die Mittelschichten denken... Die auch ein Recht zum Leben u. Wohlstand haben. Es heisst nicht der Arbeiterklasse dienen, wenn man sie von unverantwortlichen Elementen zu der gefährlichen Utopie führen lässt, dass die Macht bald ihr allein gehören solle... Ohne uns wäre sie (die Volksfront) nicht geschaffen worden, ohne uns könnte sie nicht bestehen bleiben... Wir denken u. wir sagen es offen, dass man der Volksfront dienen muss u. sich nicht ihrer bedienen darf."

Infolge des Verhaltens der Führer der grossen Arbeiterorganisationen kann es Daladier sich jetzt leisten, seinen Gefühlen freien Lauf zu lassen u. ganz offen das aussprechen, was er stets gedacht hat. Er schält den Sinn der Volksfront deutlich heraus; die Volksfront- das ist die Unterordnung der Arbeiterbewegung unter das Kommando der radikalen Kapitalistenpartei, ohne die es keine Volksfront geben kann- das ist der Verzicht der Arbeiterklasse auf ihre Tagesforderungen, damit es der kapitalistischen Wirtschaft gut gehe, und auf ihre grossen Klassenziele, auf die Eroberung der politischen Macht. Es ist



natürlich pure Domagologie, wenn Daladier sich als Verteidiger der Mittelschichten aufspielt, denn die werktätigen Kleinbürger u. Bauern haben kein Interesse daran, dass eine Politik nach dem Kommando der Trusts gemacht wird. In diesem Zusammenhang ist auch verständlich, was Daladier unter der "Achtung der Gesetze" versteht, von der er so viel in seiner Rede sprach. "Achtung der Gesetze" ist es, wenn die Arbeiter auf jede selbständige Aktion gegen den Faschismus, auf jede Gegenkundgebung gegen die Banden de la Rocque u. Doriot verzichten u. "Wahrung der Gesetze" ist es offenbar, wenn die Polizei auf Arbeiter schießt, um die "Versammlungsfreiheit" für die Faschisten aufrecht zu erhalten, wie das in Clichy geschehen ist. Es zeigt sich jetzt klarer denn je, dass die bürgerliche Republik, ihre Gesetzlichkeit, ihr Staatsapparat keineswegs ein Schutzwall gegen den Faschismus sind, sondern umgekehrt dem Faschismus Stützpunkte gegen die Arbeiterschaft liefern.

Die radikale Senatsfraktion war noch deutlicher als Daladier. Sie verlangte in einer Resolution von der Regierung die Ausübung einer "verstärkten Autorität" u. sprach den "öffentlichen Gewalten, die damit beauftragt sind, die Achtung der republikanischen Ordnung zu sichern", ihr Vertrauen aus. Das ist ein förmlicher Glückwunsch an diejenigen, die das Blutbad in Clichy veranstaltet haben!

Die Regierung Blum hat sich bei der Auflegung ihrer neuen Anleihe feierlich zu einer Politik, die auf dem Vertrauen des Kapitals basiert, bekannt. Im Namen dieses Vertrauens verlangt jetzt die ganze Bourgeoisie von den Faschisten bis zu den Radikalsocialisten, dass die Arbeiter aufhören, zu demonstrieren, zu streiken, überhaupt zu mucken. Das Stichwort hatte schon vor den Ereignissen von Clichy der Präsident Lebrun in seiner Rundfunkrede für die Anleihe gegeben, in der er aufforderte, möglichst wenig Kundgebungen zu veranstalten. Das "Vertrauen" des Kapitals erfordert es, dass die Arbeiter die Faschisten ruhig gewähren, dass sie sich alles gefallen lassen.

#### IV. Blums Kammerrede.

Die Rede, die Blum am 23. März in der Kammer über die Ereignisse von Clichy hielt, beweist, dass die Volksfrontregierung als die kapitalistische Regierung, die sie ist, getreulich den Wünschen der Bourgeoisie nachkommt. Blum versteht es ausgezeichnet, in seinen Reden die arbeiterfeindlichen Spitzen in Phrasen einzuhüllen, die scheinbar den Stimmungen der Arbeiter Rechnung tragen, ihn in Wirklichkeit aber zu nichts verpflichten. Die Arbeiter dürfen auf diesen Aufputz der Blumschen Reden nicht hereinfallen, denn was dahinter steckt, ist sehr böseartig.

Blum erklärte in der Kammer, dass er den PSF hätte verbieten können, er habe das aber nicht getan, weil er ihn sonst als eine neue Organisation hätte behandeln müssen, während er doch in Wirklichkeit die Fortführung der Croix de Feu sei. Deshalb warte die Regierung die gerichtliche Untersuchung gegen den PSF ab und solange das Gericht nicht gesprochen habe, werde de la Rocque weiterhin als legal betrachtet. Mit diesem Dreh kann sich Blum auf der Weltanschauung in der Abteilung für Winkeladvokaten sehen lassen. Weil die Regierung überzeugt ist, dass der PSF von vornherein ein illegales Unternehmen gewesen sei, deshalb behandelt sie ihn bis auf weiteres als legal! Schöne Logik! In Wirklichkeit heisst das, dass die Regierung die faschistischen Organisationen nicht verbieten will, deshalb schiebt sie die Sache den Gerichten zu, von denen jedermann weiss, dass ihre Urteile stets zugunsten der Faschisten ausfallen. Bei dem Verbot der "Etoile Nordafricaine" hatte die Regierung keine solchen Skrupel!

Wenn die Regierung aber nicht gegen die Faschisten vorgeht, meint Blum, können auch die Arbeiter kein Recht, etwas gegen diese Banditen zu unternehmen, und er hat die Stirn, die Arbeiter von Clichy, voran seinen eigenen Parteigenossen den Maire Auffray zu tadeln, weil sie den "Fehler" begangen hätten, gegen die provokatorische Versammlung des PSF eine Gegenkundgebung zu veranstalten. Im selben Atemzug verteidigt die Polizei, die auf die Arbeiter geschossen hat, mit der Behauptung, niemand hätte den Befehl zum Schiessen gegeben u. die Polizisten hätten geglaubt, in Notwehr zu handeln.

Entsprechend dem Verlangen der ganzen französischen Bourgeoisie forderte Blum, dass während einer Zeit der "Pause" die "normalen Formen" der Aktivität der Parteien nicht überschritten u. die "zahlreichen Kundgebungen" unterbro-

chen werden sollen. Die Arbeiter sollen also zu Hause bleiben, damit die Faschisten die Möglichkeit erhalten, sich ungestört die Organisation zu schaffen, die ihnen heute noch z. grossen Teil fehlt.

Der Radikale Campinchi erging sich in der Debatte in Betrachtungen darüber, dass die Freiheit für alle gelten müsse, auch für die Faschisten, u. bezeichnete es als einen "unglaublichen Rückschritt auf dem Wege der Freiheit", wenn man eine Versammlung irgendeiner Partei (in diesem Falle der Faschisten) als Provokation betrachte. Campinchi hat das Wesen der bürgerlichen Demokratie klar aufgezeigt. Die Phrase von den "gleichen Rechten für alle" bedeutet in der bürgerlichen Demokratie die volle Freiheit für die Bourgeoisie, darunter für die Faschisten, während den Arbeitern die Faust gezeigt wird, wenn sie zur Verteidigung ihrer "Rechte" den Versuch machen, die Bewegungsfreiheit der Bourgeoisie, bzw. der Faschisten anzutasten.

Wohin uns die Volksfrontpolitik geführt hat, zeigt folgender Satz aus der Rede Blums:

"Das ist vielleicht zum ersten Male in der sozialen Geschichte, dass Blut geflossen ist, ohne dass die Arbeiterklasse dafür die Regierung u. das Regime verantwortlich macht..."

Die grosse Errungenschaft der Volksfront besteht also darin, dass die Arbeiterklasse dem bürgerlichen Staat u. seiner Regierung die Treue hält, auch wenn dieser Staat u. diese Regierung auf sie schiessen lassen. Welche Schande für die KPF, die die Volksfrontpolitik nach wie vor mitmacht, sind diese zynischen Worte Blums!

#### V. Die Haltung der KPF.

Die KPF hat in der Kammer für das Vertrauensvotum gestimmt, das folgenden Wortlaut hatte:

"Die Kammer vertraut der Regierung, dass sie die Freiheit aller sichert im Rahmen der Achtung der Gesetze, die eine unerlässliche Bedingung für die Wahrung des inneren Friedens u. des normalen Spiels der demokratischen Institutionen ist."

Die KPF-Führung versucht, wie das bereits die Reden ihrer Vertreter in der Kammer zeigten, den Massen einzureden, auf Grund dieser Formel könne ein wirksames Verbot der faschistischen Organisationen etc. erreicht werden. Das ist ein ebensolcher bewusster Betrug, wie der Versuch der Kp-Presse die von uns zitierte Rede Daladiers in Rouen zu beschönigen. Die KPF-Führung weiss auf Grund der Diskussionen der letzten Tage ganz genau, dass nach Ansicht der Radikalsozialisten, d. h. der Partei, die in der Regierung das Kommando führt (u. der die SFIO-Minister sehr gerne gehorchen) die "Freiheit aller" nichts anderes bedeutet als die Freiheit der politischen Betätigung für die Faschisten, die Achtung der Gesetze u. das "normale Spiel der demokratischen Institutionen" aber den Verzicht der Arbeiterschaft auf selbständige Klassenaktionen gegen Faschismus u. das Kapital. Die KPF-Führung hat für das Vertrauensvotum gestimmt, obwohl sie sehr gut wusste, dass die Regierung Blum sich gegenüber der radikalen Kammergruppe verpflichtet hatte, keinen der am Blutbad von Clichy beteiligten Polizeibeamten zu bestrafen. So hat die Preisgabe der kommunistischen Grundsätze, so hat die Volksfrontpolitik die KPF dazu geführt, dass sie für eine Regierung stimmt, die die Verantwortung für die Erschiessung von Arbeitern trägt, dass sie mithilft, die Frage der Schuld an dem Verbrechen von Clichy zu verdunkeln u. die Schuldigen zu decken.

Die letzten Taten der Regierung Blum machen es der KPF-Führung schwer, die Errungenschaften der Volksfrontregierung in dem Ton zu preisen, den Thorez noch vor kurzem auf der Parteikonferenz von Montreuil angeschlagen hatte. Jetzt im Zeichen der "Pause", nach der völligen Kapitulation Blums vor dem Grosskapital, nach der Einführung der schändlichen Blockade gegen die spanischen Antifaschisten, nach Clichy, sieht sich die KPF-Führung gezwungen zu einer anderen Methode zu greifen, um die Fortführung der Volksfrontpolitik den Massen schmackhaft zu machen. Die Methode ist höchst einfach. Es wird zugegeben, dass die Politik Frankreichs in der span. Frage ein Skandal ist - aber nicht die Regierung wird dafür verantwortlich gemacht, sondern die Bürokratie des Quai d'Orsay. Es wird zugegeben, dass die Trusts die Finanzpolitik durchgesetzt haben, die ihnen zusagt, aber wiederum werden weder Blum noch Auriol als Schuldige genannt, sondern höchstens Herr Rist. Dasselbe geschieht angesichts des



Massaker von Glichy, lediglich die Beamten der Polizei werden von der KPF angeklagt, über die Verantwortung Dormoy's u. der Regierung aber schweigt das Sägers Hühlichkeit. Auf diese Weise versucht die KPF-Führung den Polz zu waschen, ohne ihn nass zu machen, bemüht sie sich, das Unzufriedenheit u. Kritik in den Massen entgegenzukommen, um gleichzeitig nach wie vor zu erklären zu können, dass es gelte, nun erst recht für die Volksfront einzutreten. Und dann wird erzählt, was die Volksfront alles tun werde. Wieso die Volksfrontregierung das tun werde, obwohl die einstweilen das gerade Gegenteil macht, verrät uns die KPF-Führung nicht, sie begnügt sich mit dem Hinweis auf das Volksfrontprogramm.

Diese Erzählungen der KPF-Führung sind durch und durch vorlogen. Es ist nicht schwer, sie zu widerlegen. Nehmen wir an, die Regierung Blum sei nicht, wie das in Wirklichkeit der Fall ist, für das, was in ihrem Namen geschieht, verantwortlich zu machen, sondern bestohe, wie das die KPF-Führung erzählt, aus willenslosen Halbidioten, die sich von den Bürokraten des Quai d'Orsay, von den Agenten des Grosskapitals & la Rist, von den mit den Faschisten konspirierenden Polizeibeamten ohne etwas zu merken auf der Nase herumtanzen lassen? Auch wenn das stimmte, was die KPF sagt, auch dann dürfte die Arbeiterschaft kein Vertrauen zu einer solchen Regierung haben, auch dann dürfte sie sich nicht durch die Rücksicht auf diese Regierung davon abhalten lassen, ihre Forderungen durch selbständige Aktionen, durch die Entfaltung des Klassenkampfes zur Geltung zu bringen; sie wäre dumm, wenn sie hoffte, eine Regierung, die ein unbewusstes und willensloses Werkzeug der Reaktion ist, könnte irgendetwas für sie zustandebringen.

Nun weiss die KPF-Führung allerdings sehr gut, dass Blum u. seine Kollegen keineswegs die naiven Einfaltspinsel sind, als die sie sie hinstellt. Sie weiss ganz gut, dass die Regierung an keine Erhöhung der Kapitalsteuern denkt, dass sie die Altersversicherung u. die Schaffung eines nationalen Arbeitslosenfonds im Namen der "Pause" ablehnt, dass sie weder gegen die faschistischen Organisationen noch gegen die reaktionären Beamten ernsthaft vorgehen will. Die KPF-Führung lügt die Massen bewusst an, denn sonst müsste sie ihnen sagen, was die Volksfront wirklich ist, nämlich eine Koalition mit der Bourgeoisie, in der die Radikalen darauf sehen, dass die Wünsche des Kapitals durchgeführt werden.

(Fortsetzung folgt)

#### DIE SCHLACHT VON GUADALAJARA, oooooooooooooooooooooooooooooooooooo

Die Schlacht bei Guadalajara ist der erste grosse nicht in der blossen Verteidigung, sondern im Angriff errungene Sieg der spanischen Antifaschisten. Er ist um so bedeutsamer, als auf der Seite der Rebellen zwei italienische Divisionen kämpften. Der Ausgang der Schlacht ist nicht zuletzt darauf zurückzuführen, dass die italienischen Soldaten, die von Mussolini nach Spanien geschickt worden sind, dem Faschismus feindlich gesinnt sind. Über 1 000 italienische Soldaten sind zu den antifaschistischen Truppen übergelaufen. Der Rest lief in wilder Flucht davon, sodass Franco schliesslich seinen italienischen Bundesgenossen, die ja eigentlich ihm helfen sollten, spanische Faschistenbataillone zur Hilfe senden musste.

Vor kurzer Zeit tagte in Rom der sogenannte "Grosse Rat des Faschismus". Bei dieser Gelegenheit machten Mussolini und die Seinen grosse Sprüche über die militärische Macht des Faschismus. Die Niederlage der italienischen Truppen bei Guadalajara zeigt, wie faul und brüchig die Macht der faschistischen Diktaturen ist.

Einstweilen kündigt Mussolini die Fortsetzung seiner Intervention in Spanien an. Er hofft darauf, dass die Regierungen Englands und Frankreichs trotz der jetzt verhängten Kontrolle nach wie vor die italienischen Truppensendungen nach Spanien dulden werden (die italienische Regierung gibt jetzt übrigens offen zu, dass ihre "Freiwilligen" reguläre Soldaten sind - die spanischen Antifaschisten hatten so viel Dokumente, die das beweisen, erbeutet, dass Mussolini das nicht mehr ableugnen kann). Es besteht die dringende Gefahr, dass die engl. u. die franz. Regierung den Wunsch Mussolinis erfüllen. Immer deutlicher zeigt sich der verderbliche Charakter der sog. "Kontrolle", die nur die Antifaschisten schädigt. Deshalb ist die aktive Solidarität mit den spanischen Antifaschisten jetzt nötiger denn je.

DIE UNZUFRIEDENHEIT MIT DER HITLERDIKTATUR WÄCHST.  
 ooo

Aus Deutschland wird uns geschrieben: Die Fettkarte, die Materialknappheit und die Ersatzstoffe, das sind die Zeichen, unter denen auf wirtschaftlichem Gebiet die Hitlerdiktatur in ihr viertes Jahr getreten ist. Beim Fettbezug kommt so recht der Klasseninhalt der faschistischen "Volksgemeinschaft" zum Ausdruck: Es wird nicht etwa eine gleichmässige Menge pro Kopf verteilt, sondern es wird 80 % der vorher eingekauften Menge abgegeben. Die "Feinen Leute" im Berliner Westen haben deshalb immer noch genug Butter, während die Arbeiterfrau, deren schmaler Geldbeutel nur den notwendigsten Einkauf erlaubte, nun wirklich Mangel leidet.

"Wohin werden wir noch kommen?", das war die sorgenvolle Frage aller, als plötzlich die Fettbezugscheine eingeführt wurden. Viele, die sich durch die Rüstungskonjunktur hatten blenden lassen, sind nun die grössten Pessimisten geworden.

Was sich besonders empfindlich bemerkbar macht, das ist die ständige Qualitätsverschlechterung der Nahrungsmittel und aller anderen Waren. Nehmt zum Beispiel das tägliche Brot. Es hat plötzlich einen undefinierbaren Nebengeschmack. Du wechselst den Bäcker und nach einigen Tagen schmeckt es noch schlechter. Bei der Streckung des Mehls hat eben noch jeder Bäcker sein Spezialrezept und die Nahrungsmittelfälschung ist heute sowieso gesetzlich "verankert". (Margarine zur Butter, Kartoffel- und Maismehl zum Brot ect.) Die Brotkarten liegen für alle Fälle gedruckt bereit. Ihre Einführung würde eine ernste Belastungsprobe für die Nazis bedeuten. Zum Glück für das Regime sind die Kartoffeln noch reichlich vorhanden, sonst könnten sich die Gewalthaber trotz vielfach verstärktem Druck auf allerlei gefasst machen.

Die Nazis machen die allergrössten Anstrengungen, um bis zur nächsten Getreideernte durchzuhalten. Mit moralischem u. materiellem Druck versuchen sie die Bauern zu zusätzlichen Lieferungen zu bewegen, aber der Bauer ist offenbar bockbeinig geworden. Eine Flut von Vorschriften über Anbau, Ablieferung und Preise prasselt ununterbrochen vom Reichsnährstand auf ihn nieder. Das Dorf reagiert darauf nicht erst seit heute mit Sabotage. Die schlimmste aller Nöte ist heute in Deutschland die Futtermittelnot. In Berlin bekommen die Pferde keinen Hafer mehr, sondern nur Zuckerschnitzel. Ähnlich steht es mit dem Geflügel, deshalb ist und bleibt das Ei seit Jahr und Tag eine Seltenheit. Verfütterung von Getreide ist streng verboten, aber was sollen die Bauern sonst verfüttern, wenn sie kein Kraftfutter bekommen und die Milch abliefern müssen?

"Seit 1927 war ich Mitglied der Partei, aber jetzt bin ich aus der NSDAP ausgetreten", erklärte im letzten Sommer ein Bauer in Mitteldeutschland einem unserer Genossen, der sich in seinem Urlaub bei ihm einquartiert hatte. "Jeden Abend erzählen sie uns im Rundfunk über die Bauernnot in Russland. Aber was machen sie mit uns? Uns nehmen sie alles weg. Wir werden belogen und betrogen." Das ist die Stimmung auf dem Dorfe.

Am meisten in die Tinte geraten ist das städtische Kleinbürgertum. Mit Argusaugen wachen die Nazis darüber, dass die strengen Preisverordnungen von den Bäckern; Schlächtern u. Kleinhändlern eingehalten werden. Sonst wird rücksichtslos der Laden zugemacht. Auf der anderen Seite steigen die Einkaufspreise, weil eben nur "bessere" Waren da sind. Durch das neue Wareneingangsbuch muss der letzte Pfennig Umsatz und Einkommen versteuert werden. Die Abgaben für die vielen Zwangsorganisationen sind auch nicht von Pappe. (Sind doch sogar in Berlin die Bäcker u. Schlächter der Kreisbauernschaft angeschlossen). Bei Sammlungen werden die offenen Geschäfte am ausgiebigsten "bedacht". Was Wunder, dass man gerade in den Läden manchmal ganz überraschend auf unbeherrschte Wutausbrüche gegen das Regime vor versammelter Kundschaft stösst? Nicht wenige dieser Kleinhändlerläden sind eine wahre Miesmacherei.

Die Arbeiterklasse hat sich noch immer nicht von dem Zusammenbruch ihrer Organisationen erholt. Zwar ist sie nicht im entferntesten nazifreundlich geworden, aber ihr Kraftbewusstsein hat sie noch nicht wiedergewonnen. Nach der langen Arbeitslosigkeit ist die Rüstungskonjunkturzunächst als eine gewisse



Erleichterung empfunden worden. Dann stellte es sich heraus, dass nur eine dünne Spitze von Qualitätsarbeitern wirklich materialien Nutzen aus der Konjunktur zog. Die breite Masse fragt sich, was haben wir schon viel voraus gegenüber der Arbeitslosenunterstützung? Die Antwort gibt zuhause die Frau, wenn sie vorrechnet, wie schwer es ist, für die paar Mark ein vernünftiges Essen zustandezubringen und den Haushalt zusammenzubalten. Der Wille nicht mehr alles hinzunehmen, ist im Wachsen und zwar nicht nur bei den unentbehrlichen Facharbeitern. Der Widerstand hat sich versteift, eine ganze Reihe von gemeinsamen Aktionen in den Betrieben ist der Beweis dafür. Dennoch wäre es falsch zu behaupten, dass die Arbeiterschaft schon vorwärts marschiert. Die Aktionen sind nur Abwehraktionen, allermeist spontan. Nur bei den Facharbeitern ist es anders, aber die gehen individuell vor und stossen bei den Unternehmern kaum auf Widerstand.

Die Arbeiterklasse und die werktätigen Schichten sind sich klar darüber, dass die Naziherrschaft nicht von Dauer ist und dass der einzige Ausweg des Hitlerregimes der Krieg ist. Die Kriegsfrage steht im Vordergrund aller Diskussionen. Illegales Material hierüber wird immer und immer wieder verlangt, besonders von der jüngeren Generation. Die Erfahrungen mit dem altpreussischen Drill haben auf die unerfahrene Jugend, bei der eine gewisse Bereitwilligkeit für den Militärdienst vorhanden war, stark abkühlend gewirkt. "Ich habe die Schnauze voll", hört man sehr oft von den Entlassenen.

"Wie sollen wir bloss den nächsten Krieg überstehen, wenn jetzt schon alles fehlt?", sagen selbst die noch Loyalen. Die Stimmung in den breiten Massen ist ausgesprochen defeatistisch. Wenn nicht unerwartet noch ganz besonders günstige Umstände eintreten, wird es den Nazis nicht gelingen, eine Stimmung wie 1914 zu schaffen. Ja, die politisch interessierten Kreise der Arbeiterschaft setzen allzu sehr ihre Hoffnungen auf die Niederlage. Sie übersehen dabei die Möglichkeiten, die jetzt schon vorhanden sind, um dem Regime einen Schlag zu versetzen. Es ist nicht bloss der verstärkte Druck von oben, der viele Arbeiter von illegaler Betätigung abhält. "Die Zeit ist noch nicht gekommen". So wird das Missverhältnis zwischen den Aktionsmöglichkeiten auf Grund der allgemeinen Unzufriedenheit und den vorhandenen illegalen Organisationen immer grösser.

Bei dem Raubzug der Italiener gegen Abessinien standen alle Schichten der Bevölkerung einmütig gegen Mussolini. In den Betrieben, auf der Strasse, auf den Bahnhöfen kam das unverhüllt zum Ausdruck. Die offizielle Gegenpropaganda war vollkommen wirkungslos.

Die Beteiligung Deutschlands am spanischen Bürgerkrieg wird offiziell rundweg abgeleugnet. Trotzdem weiss jeder, dass das Gegenteil wahr ist. Überall bekommt man Mitteilungen über Verwundete und Gefallene zu hören. Der Unwille ist kaum minder gross als bei Abessinien. Und was das wichtigste ist: Er richtet sich zum erstenmal gegen den "Führer" selbst und nicht nur gegen die anderen, die "nichts taugen".

Angesichts dessen wird die Frage, was nach Hitler kommen soll, nicht mehr bloss von einzelnen Wenigen gestellt. "Wir müssen nachher ebenso mit unsoren Gegnern verfahren wie die Nazis"; das ist die Einstellung der "übergrossen Mehrheit der politisch denkenden Arbeiter. Es ist einfach nicht wahr, dass eine breite Massenstimmung für die Rückkehr zur Weimarer Demokratie vorhanden wäre. Allerdings sind konkrete Vorstellungen, wie sich das politische Leben nachher gestalten soll, selten. Die Moskauer Prozesse haben auch in dieser Beziehung eine sehr verwirrende Wirkung.

#### BIN FAULES KOMPROMISS IN INDIEN.

Der Ausschuss des Indischen Nationalkongresses hat beschlossen, unter bestimmten Bedingungen Ministerposten in den Provinzen zu übernehmen, in denen die Kongresspartei eine Mehrheit bei den Wahlen auf Grund der Neuen Verfassung erhielt. Die wesentliche Bedingung ist der Verzicht der englischen Gouverneure von ihrem Vetorecht gegen die Beschlüsse der Minister Gebrauch zu machen. Dieser Beschluss ist ein faules Kompromiss mit dem englischen Imperialismus, ein Verzicht darauf, ihm gegenüber einen konsequent revolutionären Standpunkt einzunehmen. Der Einfluss Gandhis hat noch einmal gesiegt - während der jetzige Präsident Nehru in dieser Frage unterlag.

Es ist aber damit zu rechnen, dass dieses Kompromiss trotz des mangelnden Kampfwillens der indischen nationalen Bourgeoisie, zu Konflikten führen wird.

DIE SCHLICHTUNGSPRAXIS NACH DEM BLUMSCHEN KOTAU VOR DEM GROSSKAPITAL.

Die CGT-Führung hat das obligatorische Schlichtungsverfahren als eine grosse Errungenschaft der Arbeiter gepriesen. Die CGT-Führer haben mit dem Hinweis auf das Schlichtungsverfahren alle selbständigen Aktionen der Arbeiter abgebrochen. Sie haben den Arbeitern erzählt (Mohn im "Freien Gewerkschaftler", dass die Arbeiter nunmehr auf friedlichen Wege und ohne opferreiche Kämpfe zu ihrem Recht kommen. Lassen wir einige kurze Nachrichten passieren, die ein Bild der wirklichen Schlichtungspraxis geben.

Der Loth. Bergarbeiterverband teilt mit, dass der für die Erzbergarbeiter gefällte Schiedsspruch keine Lohnerhöhung, für die gestiegenen Lebenshaltungskosten vorsieht und nur eine Erhöhung der Familienzulagen u. einen 25 prozentigen Zuschlag für die Überschichten enthält. Die Erzbergarbeiter sind ob dieses Schandschiedspruchs in höchster Erregung.

In der lothringischen Hüttenindustrie läuft seit Wochen die Forderung auf Anpassung der Löhne an die gestiegenen Lebenshaltungskosten rückwirkend vom 1. bzw. 15. Januar. Die départementalen Schiedsgerichtsverhandlungen sind resultatlos verlaufen. Jetzt haben die Parteien einen Oberschiedsrichter ernannt.

Die Schlichtungsverhandlungen für das Transportwesen des Haut-Rhin sind resultatlos verlaufen. Alle Vorschläge der Arbeitervorteiler wurden von den Unternehmervertretern abgelehnt. Jetzt wurde die Bestimmung von Schiedsrichtern durch die Parteien ins Auge gefasst, die ihrerseits einen Oberschiedsrichter ernennen. Das komplizierte und bürokratische Verfahren erweist sich immer offensichtlicher als ein vorzügliches Mittel die Arbeiter möglichst lange und hartnäckig an der Nase herumzuführen u. ihren Reallohn stückweise zu verringern.

Die Arbeiterschaft der Schuhfabrik "La Strasbourgeoise" ist seit über 13 Wochen ausgesperrt. Die vom Verband gemachten Versuche einen Schiedsspruch für diesen Betrieb zu erwirken, sind trotz persönlicher Interventionen Jouhaux bisher unbeantwortet geblieben. Der "Freie Gewerkschaftler" spricht die Vermutung aus, dass irgendwo bei den Behörden, entweder in Paris oder in Strasbourg, die Angelegenheit sabotiert werde. Ein nettes Verfahren!

Die Verhandlungen um den Lohnausgleich in der Metallindustrie des Bas-Rhin sind vor der départementalen Schiedskommission resultatlos verlaufen. Während das Patronat am 17.2. noch gnädigst 5 % Lohnerhöhung zugestehen wollte, hat es nach dem Blumischen Kottau vor dem "mur d'argent" den Standpunkt eingenommen, dass eine Lohnerhöhung überhaupt untragbar sei. Mohn, der die Arbeiter zuerst mit dem Schiedsspruch für die Pariser Metallarbeiter tröstete, der die Grundlage für die Lohnangleichung im Bas-Rhin abgeben werde, vertröstet jetzt auf die Entscheidung des Oberschiedsrichters, die für Mohn bereits heute in Bausch und Bogen und ohne Prüfung akzeptiert wird. Das aber heisst, dass die CGT-Instanzen an garkeinen Kampf zur Angleichung der Löhne an die gestiegenen Lebenshaltungskosten denken.

Zum Schiedsspruch in der Pariser Metallindustrie hat eine Delegiertenversammlung der Pariser Metallarbeiter am 16. März eine Resolution angenommen, in der es u. a. heisst:

"Während die Lebenshaltungskosten nach der Ansicht aller in einem Verhältnis gestiegen sind, das 20 % übersteigt, gewähren die Schiedsprüche Erhöhungen, die systematisch unter den Forderungen der Arbeiter liegen, die dabei keineswegs den Prozentsatz der Steigerung der Lebenshaltungskosten erreichen. So aufgefasst, ist die Schlichtung weder logisch noch gerecht. Sie verletzt die erworbenen Rechte der Arbeiter u. die auf diese Weise gefüllten Schiedsprüche können nur dem Ruf eines Gesetzes schaden, das die Arbeiter niemals in ein Instrument zur Milderung ihrer Errungenschaften verwandelt sehen wollen. Indem sie momentan den Schiedsspruch annehmen, erklären die Delegierten, dass sie unter den gegenwärtigen Umständen nicht in der Lage sind, sich denjenigen anzuschliessen, die täglich die Arbeiter zu einer gesteigerten Produktion auffordern."

In dieser Resolution kommen zwei entgegengesetzte Tendenzen zum Ausdruck:



einmal die arbeitsgemeinschaftliche Einstellung der Gewerkschaftsführung, die für die Zwangsschlichtung eintritt, und andererseits die wachsende Unzufriedenheit der Betriebsarbeiter mit den Früchten dieser Politik. Obwohl die Resolution der Pariser Metalldelegierten sich unter dem Druck der Gewerkschaftsführung nicht offen gegen die Zwangsschlichtung ausspricht, ist sie in der Sache dennoch eine scharfe Verurteilung dieser Streikabwürgungsmethode.

Die bisherigen Erfahrungen mit der Schlichtungspraxis zeigen auf jeden Fall, dass die Arbeiter ihren Lohn nicht an die Entscheidungen der Schlichtungsinstanzen knüpfen dürfen, wollen sie nicht kampflos den Realwert ihren auch heute noch bescheidenen Löhne stückweise reduzieren lassen. Deshalb müssen sie in den Gewerkschaften fordern, dass ihnen jeder Schiedsspruch zur letzten Entscheidung vorgelegt wird und dass das Streikrecht in keinem Falle preisgegeben wird, sondern als Mittel zur Verteidigung und Verbesserung ihrer Löhne zur Anwendung gebracht wird.

-o-o-o-o-o-o-

#### STIMMEN ZU CLICHY.

Die Union Locale der CGT-Mülhausen fordert in einer Resolution u. a. strengste Sanktionen gegen die am Flughafen verantwortlichen faschistischen Provokateure u. höheren Beamten und die sofortige Auflösung aller offenen oder verkappten faschistischen Ligen, Parteien und Organisationen, speziell des Parti social français. Gleichzeitig wird aber die Volksfront und ihrer Registrierung das Vertrauen ausgesprochen. Wir brauchen nicht darauf hinzuweisen, dass die Aufrechterhaltung der Volksfront, d. h. des Bündnisses mit den Radikalen im Widerspruch zu den Forderungen der Mülhauser CGT steht.

Die Union départementale der CGT des Bas-Rhin hat in einer Adresse eine ähnliche Haltung eingenommen. Diese zweideutige Haltung führt wie die Praxis zeigt, dazu, dass die Forderungen der Arbeiter nicht durchgesetzt werden, weil dazu die selbsttätige Klassenaktion der Arbeiter notwendig wäre. Diese aber bedroht das Bündnis mit den Radikalen und da die Volksfront u. ihre Erhaltung zum A. u. O. der Politik der CGT-Führung geworden ist, kann die CGT keinen wirklichen Kampf für die Durchsetzung der von ihr selbst als notwendig anerkannten Forderungen führen.

F. Hecker hält den Arbeitermord für in Ordnung geschehen. Der auch zur Volksfront gehörige Presseapostel der radikalsozialistischen "Republique" schreibt zu Clichy, das er eine blutige Meuterei nennt u. a.:

"Der Parti Social Français organisiert eine Cinéma-Vorstellung, wozu er berechtigt ist. Die Kommunisten von Clichy (unter Führung des sozialistischen Maire, was F. H. aus wohlverstandenen Gründen verschweigt. Die Red. der "AP") wollen das Lichtspielhaus stürmen und die de la Rocquisten vermöbeln, wozu sie kein Recht haben. Die Polizei tut ihre Pflicht u. stellt zwischen die Parteien einen kräftigen Absperrungskordon. Die Kommunisten, „verstärkt natürlich“ um den Mob, „stürmen gegen Polizei und Gardes mobiles an. Es wird erst geworfen, dann geschossen.“

Das ist der Volksfronttradikale F. Hecker wie er leibt und lebt...

Rossé will auf die Barrikaden steigen. Der Klerikofaschist Rossé, dessen Auffassung über Demokratie und Versammlungsfreiheit wir ja zur Genüge kennen und der nach Winzenheim am liebsten zu jedem Frühstück einen CGTisten verzehren würde, stellt sich nach Clichy uns als Vorkämpfer für Demokratie und Freiheit vor. Die Unterbindung der Versammlungsfreiheit für die Arbeiterorganisationen, dafür ist unser Joseph trotz all seiner heiligen Gelübde für die Freiheit jederzeit zu haben. Die Bedrohung der Versammlungsfreiheit für die Faschisten, die die Arbeiterbewegung vernichten und ihre Funktionäre nach echt hitlerischem Verfahren liquidieren wollen, aber lässt in Josef den Entschluss reifen, Gewalt gegen die Gewalt zu setzen und nach dem Vorbild seiner Vorfahren unerschrocken auf die Barrikaden zu steigen. Mit wildwühenden Haar gelobt er sich darauf einzustellen und der Dynamik der Diktaturaspiranten von links die Dynamik eines entschlossenen Freiheitswillen entgegenzusetzen, denn in seinen Händen ist nunmehr das Kleinod "Freiheit" anvertraut. Da kann man auch sagen: In Deinen Händen ist es gewesen, wie ein Kleinod im Saustall.

Verantwortlich: EMILE HIRTZEL.

Erscheint wöchentlich

Bezugspreis: Monat Frs. 2.-  
Einzelnummer: 50 Cnt.

# ARBEITERPOLITIK

Organ der kommunistischen Partei-Opposition Elsass (Section der IVKO)

Nr. 14/IV. Jahrgang.

Erste Aprilwoche 1937.

## POLITISCHE NOTIZEN. oooooooooooooooooooo

Die Regierung zieht die Konsequenzen aus dem Blutbad von Clichy auf ihre Weise. Die städtische Polizei soll militarisiert u. mit "modernen" Kampfmit-  
teln ausgerüstet werden, d.h. mit Tränengasen u. ähnlichen "menschonfreundlichen"  
Dingen. Auch in Deutschland haben die Devering u. Grzesinski bekanntlich  
die Polizei "militarisiert", was sie als grosse "republikanische" Errungen-  
schaft ausgaben, was aber weder solche Massaker wie das vom 1. Mai 1929 in  
Berlin noch den Sieg des Faschismus verhindert hat. Es ist auch eine blutige  
Verhöhnung der Arbeiter ihnen zu erzählen, dass die Anwendung von Tränenga-  
sen etwas anderes zur Folge haben könnte, als eine Verschärfung der Brutali-  
tät, mit der die Polizei gegen Arbeiter vorgeht. Selbst die regierungstreue  
"Oeuvre" macht sich im Stillen über Dormoys Pläne lustig u. spricht von einer  
"Humanisierung des passage au tabac", d.h. der polizeilichen Frügelmethode.

= + =

Gegen die Faschisten rüht die Regierung keinen Finger. Die Forderungen, die  
SFIO u. KPF unter dem frischen Eindruck der Empörung der Massen über den Ar-  
beitermord von Clichy erhoben hatten sind vergessen. Dagegen geht die Regie-  
rung gegen diejenigen vor, die ihre Verantwortung für das Blutbad anprange-  
ren, so gegen die Anarchisten u. linke Sozialisten. Jawohl, die unter "sozialis-  
tischer Führung" stehende Volksfrontregierung geht gegen sozialistische Ar-  
beiter mit Polizeimassnahmen vor, die dagegen protestieren, dass die Polizei  
auf Arbeiter schießt u. die mit den Ergebnissen der Volksfrontpolitik unzu-  
frieden sind. Das Organ der sozialistischen Jugend des Seinebezirks, die  
"Jeune Garde" ist beschlagnahmt worden, weil es fand, dass die 8 Milliarden  
der Rüstungsanleihe mit 5 Arbeiterleichen denn doch allzu teuer bezahlt  
sind. Gegen einen der Führer der sozialistischen Jugend des Seinebezirks ist  
wegen Antimilitarismus von der Staatsanwaltschaft Anklage erhoben worden.  
Auf diese Weise, indem er gegen die eigenen Parteigenossen vorgeht, sucht  
P'um der Bourgeoisie zu beweisen, dass seine Regierung den Namen einer "na-  
tionalen Regierung der Volksfront", den sie sich jetzt zugelobt hat, wirklich  
verdient. Auf dem Kongress der sozialistischen Jugend, der über Ostern in  
Creil stattfand, betätigte sich die Parteibürokratie in der Rolle einer  
Hilfspolizei gegen die oppositionelle Organisation des Seinebezirks. Es wur-  
de beschlossen, das Blatt dieser Organisation, die erwähnte "Jeune Garde" von  
nun an einzustellen - weil es gewagt hatte, die Taten der SFIO-Minister an-  
ders zu beurteilen als mit kritikloser Bewunderung. Es ist bezeichnend, dass  
auch Duclos sich vor kurzem in der Delegation der Linken im Parlament über  
die "Disziplinlosigkeit" der sozialistischen Jugend beklagte. So führt die  
schäbige Politik zur politischen Schädigung...

= + =

Es ist jetzt völlig klar, dass das englisch-französische Doppelspiel in Spa-  
nien unverändert weitergeht, auch wenn Mussolini weitere Truppen schicken  
sollte. Man hat Mussolini nur zu verstehen gegeben, dass er seine Hilfe an  
Franco nur etwas diskreter leisten solle, um die Lage der englischen und  
französischen Regierung gegenüber ihrer "öffentlichen Meinung" nicht zu er-  
schweren, - mit anderen Worten: um den Betrug an englischen u. französischen  
Volke fortsetzen zu können. Das Auftreten Grandis im Londoner Komitee selbst  
ist nur verständlich unter der Voraussetzung, dass das englisch-italienische  
Gentlemen's agreement die Zustimmung Englands zu dem italienischen Eingreif-  
fen in Spanien in sich schloss.



## NACH DEM BLUTBAD VON CLICHY.

oooooooooooooooooooooooooooooooooooo

VI. Die Argumente der KPF.

Was das Volksfrontprogramm anbelangt, so darf nicht vergessen werden, dass dieses Programm auf Veranlassung der Radikalen von vornherein zweideutig abgefasst worden ist. Das Volksfrontprogramm verlangt zwar eine Erhöhung der Steuersätze für Einkommen über 75 000 Frs., es verlangt aber gleichzeitig eine "tacticalische Entspannung im Hinblick auf einen wirtschaftlichen Wiederaufschwung" u. Blum u. Aurioi sind eifrig an Werke, dem Kapital eine solche "Entspannung" zu verschaffen. Das Volksfrontprogramm verlangt nur die Auflösung der "paramilitärischen" faschistischen Organisationen u. nicht der faschistischen Organisationen überhaupt. Das Volksfrontprogramm ist von vornherein im Hinblick auf den betrügerischen Gebrauch verfertigt worden, der jetzt mit ihm gemacht wird. Was die Arbeiterklasse braucht, sind klare Kampfforderungen, die ihren Bedürfnissen entsprechen. Es kann nützlich sein, in der Agitation der Regierung Blum bei Gelegenheit vorzuhalten, dass sie ihr eignes Programm verrät. Es ist aber schädlich, aus dem Volksfrontprogramm eine Bibel für die Arbeiterklasse zu machen.

Die letzte Woche hat gezeigt, wie verbrecherisch dumm es ist, wenn die Führung der KPF als die Hüterin der "Ordnung", des "sozialen Friedens", der bürgerlichen Gesetzmässigkeit u. ähnlicher Glaubensartikel der Bourgeoisie auftritt. Die KPF fördert damit nur die schamlose Hetze, die die Bourgeoisie im Namen der "Ordnung", des "sozialen Friedens" u. der "Gesetzmässigkeit" gegen alle Regungen des proletarischen Klassenkampfes, gegen Arbeiterorganisationen, Streiks usw. betreibt. Ebenso wie es der deutschen Sozialdemokratie nicht geholfen hat, dass sie ihre "Staatsbejahung" u. ihren Patriotismus gefliessenlich betonte, ebenso ermutigt es nur die Bourgeoisie Frankreichs u. ihre faschistischen Banden zu neuen Vorstössen gegen die Arbeiterbewegung, im allgemeinen u. gegen die Kommunisten im besonderen, wenn die KPF bürgerlich-zehm, regierungstreu u. patriotisch auftritt u. ihre ganze Energie aufbietet, um ausserparlamentarische Aktionen der Arbeiter möglichst zu verhindern.

Während der Kammerdebatte hat der Sprecher der PSF, Ybarnegaray, u. a. erklärt, dass Hitler nicht dulden werde, dass sich in Frankreich der Kommunismus durchsetze. Die KPF hat sich mit Recht über dieses Bekenntnis zum Geiste Francos, diesem Apell der französischen Faschisten an die Unterwürfung der Nazis gegen die französischen Arbeiter geäußert. Warum erklärt dann aber die KPF bei je der Gelegenheit die französische Arbeiterklasse müsse die "nationale Einheit", die "Ruhe", die "Ordnung" wahren, mit einem Worte, den Klassenkampf bremsen u. aufgeben, weil sonst Hitler daraus Nutzen ziehen könnte? Heisst das nicht, vor den Drohungen Ybarnegaray u. Konsorten zu kapitulieren? Und zeigt nicht Spanien, dass der Kampf gegen den internationalen Faschismus vor allem erfordert, dass der eigene Faschismus mit allen Mitteln bekämpft wird. Das ist allerdings nur im Rahmen der Entfaltung des proletarischen Klassenkampfes gegen das Kapital, mit Hilfe ausserparlamentarischer Aktionen u. eigenen Klassenorganen der Arbeiterschaft möglich. Die KPF-Führung aber macht die Arbeiterschaft unter dem Deckmantel antifaschistischer Phrasen zum passiven Anhängsel einer Regierungspolitik, die vor allem um das "Vertrauen" des Grosskapitals besorgt ist und infolgedessen auch den Faschisten freie Bahn für ihre Betätigung lässt.

Nun wird von der KPF-Führung erzählt, man müsse die Regierung Blum unterstützen, denn wenn sie stürze, dann käme der Faschismus. So haben auch die deutschen Sozialdemokraten Brüning u. Hindenburg mit dem Argument unterstützt, dass sonst der Faschismus käme, solange, bis der Faschismus wirklich kam. Ob der Faschismus zur Macht kommt oder nicht, diese Frage wird nicht durch parlamentarische Abstimmungen entschieden, sondern durch das ausserparlamentarische Kräfteverhältnis der Klassen. Je grösser die ausserparlamentarische Aktivität der Arbeiterschaft ist, desto sicherer ist sie vor dem Faschismus. Je mehr sie sich aber darauf verlässt, dass der bürgerliche Staatsapparat ihr in den Kampf gegen den Faschismus abnehmen werde, u. je mehr sie ihre ausserparlamentarische Aktivität einschränkt, desto grössere Möglichkeiten des Wachstums erhält der Faschismus. Daraus ergibt sich, dass die Regierung Blum keine Machtposition der Arbeiterklasse zum Kampfe gegen den Faschismus ist, sondern eine Position der Bourgeoisie, die die Arbeiterklasse an der Entfaltung ihrer

Kraft im antifaschistischen Kampf hindert.

Im Augenblick verfügt der Faschismus in Frankreich noch keineswegs über die Massenbasis, die er braucht, um zur Macht zu gelangen. Wenn Blum stürzte, dann würde nicht die Gefahr einer faschistischen Diktatur, sondern höchstens die einer Rechtsregierung à la Laval bestehen. Wenn die Arbeiterschaft eine solche Rechtsregierung parlamentarisch u. ausserparlamentarisch energisch bekämpft, dann kann sie mehr erreichen, als wenn sie sich aus Rücksicht auf eine Linksregierung, die in allen entscheidenden Fragen der Aussenpolitik und Innenpolitik dasselbe tut, was auch eine Rechtsregierung nicht ändern machen würde, passiv verhält. Aber es ist garnicht notwendig, dass eine Rechtsregierung kommt, wenn die KPF Blum nicht mehr unterstützt. Es wäre z. B. bei einem genügenden ausserparlamentarischen Druck der Arbeitermassen denkbar, dass eine reine SFIO-Regierung gebildet wird, die Neuwahlen durchführt, um so die radikale Partei aus ihrer Schlüsselstellung im Parlament zu entfernen.

Wenn aber die KPF so weitermacht wie bisher, dann wird sie nicht einmal ihr Ziel, Blum am Ruder zu erhalten, erreichen, denn dann ist es sicher, dass die radikale Partei, die den Druck von links immer weniger spürt, über kurz oder lang ihren Volksfrontgenossen den Stuhl vor die Tür setzen wird, um zur "union nationale" zurückzukehren.

Die Interessen der Arbeiter erfordern den Bruch mit der Volksfront, die Orientierung auf den ausserparlamentarischen Kampf.

-o-o-o-o-o-

#### TROTZKI ÜBER FRANKREICH. oooooooooooooooooooooooooooo

Die Broschüre "Où va la France?" (Wohin geht Frankreich?) ist eine Sammlung von Artikeln, die Trotzki in den Jahren 1934 bis 1936 über die innenpolitische Lage in Frankreich geschrieben hat; sie beginnen mit dem faschistischen Putsch vom 6. Februar 1934 und enden bei der Junibewegung von 1936.

Nach Trotzki ist das Charakteristikum dieses Zeitraums die Herrschaft des "Bonapartismus". Den Begriff "Bonapartismus" definiert Trotzki folgendermassen (in seiner Broschüre "Arbeiterstaat, Thermidor und Bonapartismus"):

"Der Begriff des Bonapartismus bedarf, da er allzu breit ist, der Konkretisierung. Wir bezeichnen in den letzten Jahren mit diesem Namen jene kapitalistischen Regierungen, die unter Ausnutzung des Gegensatzes zwischen dem proletarischen und dem faschistischen Lager und unmittelbar gestützt auf den militärisch-polizeilichen Apparat sich als Retter der "nationalen Einheit" über Parlament und Demokratie erheben. Diesen Vorfalßbonapartismus haben wir streng unterschieden vom jungen, offensiven Bonapartismus, der nicht nur der Totengräber der politischen Prinzipien der bürgerlichen Revolution war, sondern auch Erhalter ihrer sozialen Errungenschaften. Wir bezeichnen diese beiden Erscheinungen mit einem Namen, da sie gemeinsame Züge haben: Im Greise erkennt man den Jüngling wieder trotz der erbarmungslosen Arbeit der Zeit...

Unter Bonapartismus verstehen wir ein Regime, wo die ökonomisch herrschende Klasse, zu demokratischen Regierungsmethoden nicht mehr imstande, sich im Interesse der Erhaltung ihres Eigentums gezwungen sieht, das unkontrollierte Kommando des Militär- und Polizeiapparats, mit einem "Retter an der Spitze" über sich zu dulden. Eine solche Lage entsteht in Perioden besonderer Zuspitzung der Klassengegensätze; der Zweck des Bonapartismus ist, sie nicht zur Explosion kommen zu lassen. Die bürgerliche Gesellschaft hat schon mehrmals solche Perioden durchgemacht, aber das waren sozusagen nur Proben. Der heutige Verfall des Kapitalismus hat nicht nur ein für allemal die Demokratie untergraben, sondern auch die absolute Unzulänglichkeit des Bonapartismus alten Schlages gezeigt: an seine Stelle trat der Faschismus. Allein, Brücke von der Demokratie zum Faschismus (1917 in Russland die "Brücke" von der Demokratie zum Bolschewismus), ist das "persönliche" Regime, das sich über die Demokratie erhebt, zwischen den beiden Lagern laviert und dabei die Interessen der herrschenden Klasse wahrnimmt; diese Definition zu geben, genügt, damit der Ausdruck "Bonapartismus" sich als vollauf begründet erwies...



Von dem Moment an, wo der Andrang der beiden feindlichen Lager die Machtasse über das Proletariat hinaushebt, setzt im Lande offiziell die vorrevolutionäre (oder -vorfaschistische) Periode ein."

Als Bonapartismus bezeichnet Trotzki u.a. die Regierungen Giolitti und Facta in Italien; Brüning, Papen, Schleicher in Deutschland; Dollfuß in Österreich; Doumergue, Flandin, Laval, Sarraut in Frankreich; aber auch die faschistische Diktatur Mussolinis und die Hitlordiktatur (seit dem 30. Juni 1934) haben sich nach Trotzki zu bonapartistischen Regimes entwickelt. Und wenn wir noch hinzufügen, dass Trotzki behauptet, auch in der Sowjetunion herrsche der Bonapartismus, so erkennen wir, dass die Theorie vom Bonapartismus bei Trotzki etwa dieselbe Rolle spielt, die a. Zt. die Theorie vom "Sozialfaschismus" bei der Kf gespielt hat. Bonapartismus ist bei Trotzki alles, was um Haarsbreite von dem Schema abweicht, das er sich von der bürgerlichen Demokratie, dem Faschismus und der proletarischen Diktatur zurecht gemacht hat.

Trotzkis Theorie vom Bonapartismus offenbart wieder einmal seine erschreckende historische Unkenntnis und die Leichtfertigkeit seiner Arbeitsmethode. Trotzki hätte nur den "Achtzehnten Brumaire" von Karl Marx eingehend zu lesen und durchzudenken brauchen, um davor bewahrt zu bleiben, mit dem Begriff des Bonapartismus Unfug zu treiben. Als Bonapartismus bezeichnet Trotzki die "vorfaschistische" Periode; in Wirklichkeit jedoch war der Bonapartismus (Das Regime Napoleons I. und Napoleons III.) die faschistische Diktatur des 19. Jahrhunderts und ist der Faschismus der Bonapartismus des 20. Jahrhunderts. Bonapartismus und Faschismus sind beide Diktaturregimes im Interesse der Erhaltung der sozialen Herrschaft der Bourgeoisie; sie werden ausgeübt mit antiparlamentarischen Methoden, gestützt auf die verselbständigte Exekutive mit einem "Retter an der Spitze". Die Unterschiede zwischen Bonapartismus und Faschismus erklären sich aus der Verschiedenheit der gesellschaftlichen Entwicklungsetappe, in der sie sich abspielen, aus der Verschiedenheit der ökonomischen Lage, der Klassenkräfte usw. Auch der Bonapartismus hatte eine "vorbonapartistische" Periode; was z. B. die Regierung Brüning als Vorarbeit für Hitler leistete, das vollbrachten die Thermidorianer und das Direktorium für Napoleon I. und die Herrschaft der "Ordnungspartei" für Napoleon III.

Soviel kurz zur Terminologie Trotzki's (auf die trotzkistische Behauptung in der Sowjetunion herrsche der Bonapartismus, werden wir in einem späteren Artikel eingehen).

Auf Frankreich angewandt, wird die Bonapartismustheorie Trotzki's zur hohlen Phrase par excellence. Wir erwähnten bereits, dass Trotzki die Regierungen von Doumergue bis Sarraut als bonapartistisch bezeichnet. Die Regierung Doumergue, die auf Grund der faschistischen Emoute vom 6. Februar 1934 entstandene war u. unter dem Druck der faschistischen Organisationen stand, machte in der Tat den Versuch, durch eine Halbfaschistische Verfassungsreform das Parlament zur völligen Bedeutungslosigkeit zu verurteilen. Aber dieser Versuch Doumergue, den Rahmen der parlamentarischen Demokratie zu sprengen, führte nur zu seinem Sturz. Die Regierungen Flandin und Laval waren parlamentarischen Rechtregierungen der üblichen Art (der Regierung Sarraut war eine Regierung der bürgerlichen Mitte, die im Parlament von der SFIO und KPF unterstützt wurde). Auch die Notverordnungen Lavals machten ihn noch keineswegs zu einem Bonaparte u. nicht einmal zu einem Brüning oder Papen, denn diese letzteren standen an der Spitze von "Präsidentenkabinetten", die sich auf die Autorität des Reichspräsidenten Hindenburg stützten und es ausdrücklich abhnten, sich als die ausführenden Organe der Parlamentsmajorität zu betrachten, auch wenn sie um deren Stimmen warben. Wenn man so wie Trotzki jede reaktionäre bürgerliche Regierung als einen Bruch mit der bürgerlichen Demokratie auffasst, dann idealisiert man bloss die bürgerliche Demokratie, während es doch gilt, den Arbeitern die Augen darüber zu öffnen, dass die bürgerliche Demokratie keineswegs die Anwendung diktatorischer Methoden zugunsten des Kapitals ausschliesst, zumal in der heutigen Zeit des kapitalistischen Niedergangs. Gerade darin tritt zu Tage, dass die bürgerliche Demokratie dem Faschismus Vorschub leistet und nicht geeignet ist, ein sicherer Schutzwall gegen den Faschismus zu sein. Die Trotzki's Theorie vom Bonapartismus und die ihr verwandte ultralinke Theorie vom "Sozialfaschismus" haben mit der Volksfrontpolitik der Ausgangspunkt gemein. Auch sie gehen nicht von der Wirklichkeit der bürgerlichen Demokratie

aus, sondern von einem Idealbild dieser Demokratie; alles, was diesem Idealbild widerspricht, wird als "Bonapartismus" (bei Trotzki) oder als Faschismus (in der Theorie vom "Sozialfaschismus") bezeichnet. Es ist klar, dass von diesem Standpunkt aus keine wirksame Auseinandersetzung mit der Idealisierung der bürgerlichen Demokratie durch die Volksfrontpolitik möglich ist.

Nach Trotzki kann der "Bonapartismus" nur durch den Faschismus oder die proletarische Revolution abgelöst werden. Wenn es auch richtig ist, dass in der Epoche des niedergehenden Kapitalismus historisch die Alternative Faschismus oder proletarische Revolution lautet, so ist es doch falsch, wie das Trotzki tut, sich mit dieser Feststellung zu begnügen und die konkrete Entwicklung der Klassenkräfte und des Klassenkampfes im Einzelnen zu übersehen und darauf zu verzichten, sie zu beeinflussen u. zu führen. Trotzki's abstrakte Schablone bringt es mit sich, dass seine Analyse der innenpolitischen Entwicklung Frankreichs in den letzten Jahren in einem schreienden Widerspruch zu den Tatsachen, zum wirklichen Verlauf der Dinge steht: Beginnen wir mit Trotzki's Einschätzung des faschistischen Umsturzversuchs v. 6. Februar 1934. Trotzki schreibt:

"Der 6. Februar kam nur für die Arbeiterorganisationen und das Kleinbürgertum unerwartet. Die Zentren des Grosskapitals waren seit langem am Komplott beteiligt mit dem Ziel, gewaltsam den Parlamentarismus durch den Bonapartismus zu ersetzen. Das heisst: die Banken, die Trusts, der Generalstab, die grosse Presse beurteilten die Gefahr der Revolution als so nah und so unmittelbar, dass sie sich beeilten, sich durch einen "kleinen" Staatstreich darauf vorzubereiten. Zwei wichtige Schlussfolgerungen ergeben sich aus dieser Tatsache: 1) die Kapitalisten beurteilten vor 1934 die Situation als revolutionär; 2) sie erwarteten nicht passiv die Entwicklung der Ereignisse ab, um ihre Zuflucht in der letzten Minute in einer "logalen" Verteidigung zu suchen, sondern sie ergriffen selber die Initiative, indem sie ihre Banden auf die Strasse schickten."

Trotzki behauptet also, dass die Bourgeoisie den faschistischen Putsch gemacht habe, um einer revolutionären Aktion der Arbeiterklasse zuvorzukommen. Das Gegenteil ist wahr. Die Kampfkraft der französischen Arbeiterklasse war zu diesem Zeitpunkt geschwächt, sie litt unter den Nachwirkungen der Niederlage des deutschen Proletariats, unter dem ultralinken Kurs der KPF, der Gewerkschaftspaltung usw. Es war die Schwäche, und nicht die revolutionäre Kampfkraft der Arbeiterklasse, die die Faschisten zu ihrem Putschversuch ermutigte.

Trotzki fährt dann fort:

"Die "Humanité" wiederholt, dass die "Einheitsfront" Doumergue verjagt habe. Aber das ist, milde gesagt, eine leere Prahlerei. Im Gegenteil, wenn das Grosskapital es als möglich und vernünftig erachtet hat, Doumergue durch Flandin zu ersetzen, so sitzt und allein deshalb, weil die Einheitsfront, wie die Bourgeoisie sich durch die Erfahrung überzeugt hat, noch keine unmittelbare revolutionäre Gefahr darstellt."

Wieder wird umgekehrt ein Schuh daraus. War der 6. Februar 1934 nur möglich dank der Schwäche der Arbeiterklasse, so scheiterte Doumergue mit seinen reaktionären Verfassungsänderungsplänen nur dank dem Aufschwung der Arbeiterbewegung, der nach dem faschistischen Putschversuch einsetzte. Unter dem Druck der durch die Einheitsfrontpolitik gestärkten Arbeiterklasse verweigerten die Radikalen Doumergue die Gefolgschaft und stürzten seine Regierung. Nicht weil die Bourgeoisie die Arbeiterklasse weniger, sondern weil sie sie mehr fürchtete als vor dem 6. Februar, verzichtete sie auf die Diktaturbestrebungen Doumergues.

Wie man sieht, ist Trotzki der Umschwung; der im Lager der Arbeiterklasse 1934 einsetzte, und der in den Jahren 1935 u. 1936 zu einer gewaltigen Stärkung des Selbstbewusstseins und der Kampfkraft des Proletariats führte, unbemerkt geblieben. In seinen abstrakten Vorstellungen von Bonapartismus, Faschismus und proletarischer Revolution erstarrt, sieht er den lebendigen Prozess des Klassenkampfes nicht. Da die proletarische Revolution noch nicht da ist, so beherrscht für ihn der "Bonapartismus" und hinter ihm der Faschismus das Feld. Im November 1935 erklärte er ganz im Stile der Theorie vom "Sozialfaschismus", dass die Arbeiterorganisationen durch die Volksfront zu einem "Flügel



des bonapartistischen Regimes von Laval" geworden seien; kurze Zeit davor prophezeite er einen faschistischen Militärputsch nach den Gemeindevahlen, die aber dann einen starken Ruck nach links brachten.

Ein Wunder also, dass die Junibewegung von 1936 für Trotzki völlig unerwartet kam. Hatte er bisher nur das Wachstum der faschistischen Bewegung prophezeit, das radikale Kleinbürgertum schon auf deren Konto gutgeschrieben, so verfiel er jetzt in den umgekehrten Fehler. Am 9. Juni 1936 erklärte er kategorisch: "Die französische Revolution hat begonnen." Diese Behauptung Trotzki's ist ebenso weit von der Wahrheit entfernt, wie die Einschätzung der Junibewegung durch die offiziellen Instanzen der französischen Arbeiterbewegung, der SFIO, der KPF und der CGT, die bekanntlich versuchten, die Junistreiks als eine "normale" reingewerkschaftliche Aktion hinzustellen, um ihr Weitertreiben zu verhindern und die kämpfenden Arbeiter um so rascher wieder nach Hause schicken zu können. Eine Revolution, eine akut revolutionäre Situation beginnt dann, wenn der Klassenkampf eine solche Stufe erreicht, dass nicht mehr blosse Teilforderungen sondern die politische Macht zum unmittelbaren Gegenstand des Kampfes wird, und zwar in dem Bewusstsein breiter Massen. Das war in Russland 1917, in Deutschland 1918/19, das ist heute in Spanien der Fall, das lag aber im Juni 1936 in Frankreich nicht vor. Die Junistreiks von 1936 eröffneten gewaltige Möglichkeiten einer Entwicklung zur proletarischen Revolution in Frankreich, aber sie waren noch nicht der Beginn dieser Revolution. Die KPF hat nichts getan, um diese Möglichkeiten auszunutzen, sie hat infolge ihrer Volksfrontpolitik vielmehr alle Kraft aufgeboden, um die Entfaltung des Klassenkampfes zu hindern. Aber auch die trotzkistische Phrasendrescherei bringt die proletarische Revolution um keinen Schritt vorwärts. Sie schadet der Sache der Revolution nur, indem sie die Idee der proletarischen Revolution ins Lächerliche zieht und kompromittiert.

In unserem nächsten Artikel wollen wir auf die einzelnen Lösungen eingehen, die Trotzki und seine Anhänger für Frankreich vorschlagen.

-O-O-O-O-O-

#### DIE JUGEND IN NAZI-DEUTSCHLAND.

oooooooooooooooooooooooooooooooooooo

Aus Deutschland wird uns von Genossen der KPD-O geschrieben:

Ohne Zweifel hatte die Errichtung der faschistischen Diktatur auf die Jugend in Deutschland den stärksten Eindruck gemacht. Gerade bei der Jugend hatten die Nazis ihre grössten Erfolge erringen können.

Die Ursachen dafür liegen auf der Hand. Die Krise hatte die Masse der Jugendlichen ganz besonders schwer getroffen. Leer und trostlos lag ihr Leben vor ihnen, ohne Aussicht auf eine nützliche Anwendung ihrer Kräfte. Die reformistische Politik mit ihrer Bevormundung auf Schritt u. Tritt, in ihrer ganzen Erbärmlichkeit überhaupt, aber auch die Politik der Kommunistischen Jugend, die den ultralinken Unsinn der Partei nachplapperte und vergrößerte, wiesen keinen Ausweg. Was Wunder, dass die hemmungslose Demagogie der Nazis auf fruchtbaren Boden fiel. Würde doch die Nazibewegung direkt als Empörung der Jungen gegen die Alten proklamiert, als die Vernichtung aller Autorität, aller Überlieferungen. Der Tätigkeitsdrang der Jugend konnte sich zunächst austoben. Bei den Ausmärschen und Kriegsspielen der Hitlerjugend kam die Romantik zu ihrem Recht und die alten Autoritäten, Elternhaus, Schule und Lehrherren, haben seitdem erheblich an Ansehen eingebüsst. Der kampflöse Zusammenbruch der Arbeiterorganisationen tat noch das Übrige.

So erklärt es sich, dass anfangs grosse Massen freiwillig zur Hitlerjugend kamen. Dann musste schon mehr und mehr der Druck einsetzen. Aber bis zur gesetzlichen Eingliederung der Jugend hat noch ein verhältnismässig kleiner Teil sich standhaft geweigert, beizutreten. Besonders in den Grossstädten überweg bis zuletzt. Immer noch die Zahl der Nichtorganisierten.

FRAGT MAN heute einen Jungen aus der Hitlerjugend, wie es ihm dort gefällt, so wird er in den allermeisten Fällen - wenn er aufrichtig ist - antworten:

"Im Anfang war es ganz schön, aber jetzt ist gar nichts mehr los."

Vielleicht schon wieder von der Mehrzahl wird der ganze Dienstbetrieb dort als lästig empfunden. Kein Wunder, wenn man sieht, wie irgendein Gefolgschaftsführer nach allen Regeln der Kunst seine Leute schleift oder wie die Mädchen vom Bund deutscher Mädchen mit schwerbepackten Tornistern zum Zelten marschieren. Was aber noch mehr abstösst, das ist die absolute Öde und Lange weile der Heimabende. Wenn man die Naziideologie einigermaßen kennt, so kann man sich schon ungefähr eine Vorstellung von dem "geistigen" Gehalt der politischen Vorträge dort machen.

Die Illusionen von einer "freien und ungebundenen Jugend", von denen alle am Anfang der Nazi Herrschaft erfüllt waren, sind heute verfliegen. Hitlerjugend, Landjahr, Arbeitsdienst, Militärdienst, das sind die Bezeichnungen für die verschiedenen Etappen eines immer schwerer empfundenen Zwanges, die die Jugend von heute in Deutschland von der Schule bis zur Grossjährigkeit durchmachen muss. Die Schulbildung selbst tritt immer mehr in den Hintergrund, die Wege zu einer höheren Bildung sind heute für die Arbeiterjugend verschlossener denn je. Der Unterricht ist nicht nur mit Nazi Propaganda durchsetzt, sondern stellenweise geradezu ersetzt. Die Lehrer haben in erster Linie Propagandisten für die Nazis zu sein.

Nicht anders steht es mit der Berufsausbildung. Auch hier kommt an erster Stelle bei Ausbildung und bei den Prüfungen die Schlagworte und die "Wissenschaft" der Nazi und dann erst die wirkliche Ausbildung für den Beruf. Sogar die Organisationen der Industriellen und Handwerker fangen bereits an, dagegen zu protestieren.

Ohne Zweifel bleibt auch heute noch die Nazi Propaganda nicht ohne Einfluss auf den Geisteszustand der Jugend in Deutschland. Es ist ein anderes Geschlecht, das heute heranwächst, als das vor 1933.

Unter den Eltern gibt es so gut wie nur eine Meinung, nämlich die, dass die Hitlerjugend ihre Kinder zu Rohlingen und Taugenichtse erzieht. Massensabotage und Massenaktionen gegen die Hitlerjugend wären als sicherstes Anzeichen für den Anfang vom Ende der Nazi Herrschaft zu werten. Hier ist eine ihrer verwundbarsten Stellen. Die katholische Kirche weiss das genau und es ist durchaus nicht zufällig, dass sie mit der letzten Enzyklika gerade auf diesem Gebiet einen starken Vorstoss macht.

Es ist nicht bloss die absolute Geistesöde und der militärische Dienstbetrieb der besonders die Jugend der Arbeiterklasse von der Hitlerjugend abstossen muss, sondern vor allem die Tatsache, dass die immer schon besonders intensive Ausbeutung der Jugend durch den Kapitalismus nicht nur geblieben, sondern heute grösser denn jemals ist. Schwer, ja fast unmöglich ist es, heute die arbeitende Jugend marxistisch aufzuklären und zu schulen. Doch von den erwachsenen Arbeitern ist sie ja nicht durch eine chinesische Mauer getrennt. Und fünf, ja selbst zehn, fünfzehn Jahre faschistische Diktatur können nicht die Traditionen von zwei und mehr Generationen Arbeiterbewegung auslöschen. Und die sture Propaganda gegen Bolschewismus und Marxismus muss die Jugend, wenn sie erst einmal anfängt, zu rebellieren; mit der Nase darauf stossen, wo der einzige wirkliche Feind des Faschismus zu suchen ist. Welche Formen auch die Klassenauseinandersetzungen in Deutschland in der Zukunft annehmen mögen, eines ist sicher: die Emanzipation der jüngsten Arbeitergeneration vom Faschismus, wird sich nicht in den "gesitteten" Formen vollziehen, denen gerade die deutsche Arbeiterklasse sehr oft zu ihrem Nachteil in der Vergangenheit allzugrossen Wert beigemessen hat.

GORING DROHT DEN BAUERN.  
oooooooooooooooooooooooooooo

Die Bauern in Deutschland sabotieren in steigendem Masse nicht nur die Ablieferung von Getreide usw. an die Regierungsstellen, sondern auch den Anbau. Die Nazis haben darauf reagiert durch einen scharfen Erlass Görings, der der Regierung die Befugnis gibt, unter Umständen den Bauern u. Grossgrundbesitzern, die die sogenannte Erzeugungsschlacht sabotieren, die Bewirtschaftung ihres Landes aus der Hand zu nehmen. Gleichzeitig wurden die Roggenpreise etwas erhöht und die Preise der Düngemittel herabgesetzt.





DIE ANPASSUNG DER LÖHNE AN DIE TEUERUNG UND DAS SCHLICHTUNGSSYSTEM.

oo

"Heute sind wir in der Lage sogar ohne langwierige und opferreiche Streikbewegungen dank der sozialen Gesetze, für die unsere CGT mit Nachdruck eingetreten ist und die von der Volksfront verwirklicht wurden, die Kaufkraft unserer Löhne zu schützen." (Mohn im "Freien Gewerkschaftler" v. 1.2.37.)

Die oben wiedergegebene Auffassung des Départementalsekretärs der CGT des Bas-Rhin gibt exakt die Meinung wieder, die von den Instanzen der CGT im Zusammenhang mit dem Schieds- und Schlichtungsverfahren Ausdruck verliehen wurde. Inzwischen sind auch in Elsass u. Lothringen einige Schiedssprüche gefällt worden, die es gestatten, die Deklamationen der CGT-Führung mit den wirklichen Ergebnissen der Schlichtungspraxis in Vergleich zu setzen.

Der Schiedsspruch für die unterelsässische Metallindustrie.

Der Schiedsspruch für die unterelsässische Metallindustrie sieht eine Erhöhung der durch einen Akkord im Juni vorigen Jahres festgesetzten Metallarbeiterlöhne von 7,5 % ab 1. März vor. Dieser Schiedsspruch gleicht im wesentlichen dem Vorschlag der departementalen Schlichtungskommission, die bekanntlich eine 7 % ige Erhöhung der Löhne ab 1. Februar vorschlug, wo die städtische Indexziffer von Strasbourg sich noch auf 114,8 bewegte, also eine Erhöhung der Lebenshaltungskosten von 14,8 % gegenüber dem August 1936 aufwies, während die Erhöhung für März bereits 16,56 % anzeigt.

Der Spruch des Oberschiedsrichters bedeutet selbst unter Berücksichtigung der städtischen Indexziffer von Strasbourg eine Verminderung der Kaufkraft der Metallarbeiterlöhne gegenüber August 1936 von rund 9 Prozent.

Trotzdem die Metallarbeiterdelegierten den préfektoralen Vorschlag auf Erhöhung der Löhne ab 1. Februar um 7 % als völlig ungenügend ablehnten, hat die Verbandsleitung ihnen jetzt die Annahme der Entscheidung des Oberschiedsrichters auf 7 1/2 % ige Erhöhung ihrer Löhne ab 1. März als angemessenen Lohnausgleich bis zum Dezember empfohlen. In Wahrheit sieht der Schiedsspruch die vorgesehene Erhöhung erst ab 1. März d. Jahres vor, sodass die Metallarbeiter für die vorausgegangene Zeit gar keinen Lohnausgleich zugestanden erhalten haben.

Um den Weg der Karpfenthaltung fortzusetzen, aber gleichzeitig die Fiktion des Kampfes um den Lohnausgleich weiter aufrechtzuerhalten, hat die Verbandsleitung eine neue Forderung auf 6 % ige Erhöhung der Löhne als angemessenen Lohnausgleich für die seit Dezember eingetretene Teuerung eingereicht, deren Wirksamkeit sie ab 1. April fordert. Da selbst die städtische Indexziffer bis zum Dezember eine Erhöhung von 9,3 % gegenüber August ausweist, willigt die Verbandsleitung selbst in eine Verminderung des Realwerts der Juni-löhne ein. Sie verstößt damit selbst gegen die von ihr bei jeder Gelegenheit vertretene Kaufkrafttheorie, wonach die "erste Voraussetzung für die Wiederbelebung der Wirtschaft des Landes" die Erhaltung der Kaufkraft der Löhne der Werktätigen ist.

Die Einreichung einer neuen Forderung ist nichts als ein Verlegenheitsausweg. Die Verbandsleitung will nicht um die wirkliche Anpassung der Löhne an die Teuerung kämpfen u. so schiebt sie die Frage der Lohnanpassung erneut auf den Weg der Schlichtungsinstanzen, um die Metallarbeiter langsam an den gegebenen Tatbestand zu gewöhnen. Diese Haltung des Metallarbeiterverbandes wird den Widerstand der Unternehmer gegen eine weitere Erhöhung, respktv. für eine wirkliche Anpassung der Löhne an die gestiegenen Lebenshaltungskosten ermutigen, da die Unternehmer aus dieser Haltung folgern, dass die CGT nach der Kapitulation Blums vor dem Grosskapital u. der wiederholt bekundeten Haltung der Radikalen noch stärker denn vorher auf den Einsatz der Kräfte der Arbeiter verzichten wird.

Der Schiedsspruch für die Erzbergerbeiter.

Die Verwaltungsorgane der Bergarbeiter der CGT, des Erzgebietes der Moselle u. der Meurthe et Moselle haben den Entscheid des Oberschiedsrichters, über den wir bereits in der vorausgegangenen Nummer berichteten, verworfen. Es wurde beschlossen eine gemeinsame Delegation zum zuständigen Ministerium zu



entsenden. Im Anschluss daran soll den Unternehmern die Forderung nach einer sofortigen Lohnerhöhung unterbreitet werden und falls den Erzbergarbeitern keine Genugtuung gewährt wird, soll der Streik für die beiden Erzbergbaugebiete proklamiert werden.

Von Interesse ist noch, dass der Oberschiedsrichter in seinem skandalösen Schiedsspruch erklärt, dass zwischen den Detailpreisen (also den Lebenshaltungskosten) und den Löhnen kein Ausgleich geschaffen werden könne, "ohne die Wirtschaft einer Unsicherheit auszuliefern." Hier wird also offen verkündet, dass die Anpassung der Löhne an die Teuerung mit der Sicherheit der Wirtschaft unvereinbar ist, d. h. dass die Arbeiter nach dem Entscheid des Schlichters kein Recht auf die Erhöhung ihrer Löhne haben. Das Schlichtungssystem erweist also sehr schnell, wie brüchig die Epistel der CGT-Instanzen über das Heil sind, das mit der Einführung des Schlichtungs- und Schiedsverfahrens über die Arbeiter gekommen ist.

Die Erzbergarbeiter, die sich auf Einwirkung der Regierung zur faktischen Durchbrechung der 40 Stundenwoche in Form von Mehrschichten im vorgeblichen nationalen Interesse bereit erklärten, fühlen sich ob des neuesten Schiedsspruchs betrogen, da er faktisch darauf hinausläuft, die Mehrarbeitszeit zu verewigen und sie mit einem 25 % igen Zuschlag zu versüssen, während die Grundlöhne keinerlei Verbesserung und Anpassung an die Löhne erfahren.

#### Der Schiedsspruch in der lothringischen Katttonindustrie.

Nachdem der lothringische Metallarbeiterverband am 23. 12. 36. die Forderung auf Anpassung der Löhne an die gestiegenen Lebenshaltungskosten eingereicht hatte, ist jetzt endlich durch den Oberschiedsrichter Rist die letzte und endgültige Entscheidung gefallen. Der Schiedsspruch sieht eine Erhöhung der minimalen Löhne und der Prämien um 9 % vor und setzt den Termin für die Anwendbarkeit der Erhöhung auf den 1. März fest. Also auch hier sieht der Schiedsspruch keine wirkliche Anpassung der Löhne an die Teuerung vor.

Der lothringische Metallarbeiterverband lehnt im Unterschied zum unterelsässischen Metallarbeiterverband den Schiedsspruch ab. Er fordert eine 15 bzw. 14 % ige Erhöhung der Löhne und als Anwendungsdatum den 15. Januar 1937. Die Leitung des Metallarbeiterverbandes glaubt aber anscheinend diese Forderungen noch immer auf den im Verlauf von drei Monaten beschränkten Verhandlungswege durchzusetzen, denn in seiner Einladung zur Delegiertenkonferenz warnt die Leitung die Arbeiter vor irgendwelchen Kampfmassnahmen.

Die Metallarbeiter aber müssen sich durch die drei Monate währende Verhandlungspraxis auf dem Schlichtungswege davon überzeugen, dass die Erhaltung des Realwerts ihrer Löhne am besten gesichert wird, wenn sie sich auf die Anwendung jener Kampfmethoden besinnen, die ihnen im Juni vorigen Jahres ihre Erfolge eintrugen.

#### Wozu die Durchbrechung der 40 Stundenwoche dient.

Im Bergbau haben sich die Bergarbeiter bekanntlich breitschlagen lassen, im vermeintlichen Interesse der nationalen Produktion Mehrschichten zu leisten und damit faktisch auf die Nichtanwendung der 40 Stundenwoche einzugehen. Jetzt wird in einer Resolution des Bergarbeiterverbandes von Stiring-Wendel darauf hingewiesen, dass in Merlebach, Ste Fontaine u. Creutzwald die Kohlen auf die Halden gekippt werden. Die Bergarbeiter gaben der Vermutung Ausdruck, dass mit dieser Massnahme eine künstliche Vorringerung des Angebots auf dem Markte und somit eine Preiserhöhung vorbereitet werden soll. Die Bergarbeiter fordern, dass diese Frage von der Regierung einer Prüfung unterzogen wird.

Die Vermutungen der Bergarbeiter in diesem Punkte sind nicht von der Hand zu weisen. Aber sie sind noch ergänzungsbedürftig. Die Tatsache, dass das Unternehmen die Kohlen dem Markte entzieht, beweist klar, dass die Bergarbeiter mit ihrer Zustimmung zur Mehrleistung durch Mehrschichten und durch die Beschränkung ihrer Lohnforderungen, weder sich noch den wirklichen Konsumenten einen Dienst geleistet haben. Die Ansammlung von grossen Kohlenhalden lässt den Schluss zu, dass die Unternehmer damit auch gleichzeitig einen Schlag gegen die Bergarbeiter führen wollen, wenn diese gegen das überhandnehmende Antriebsystem und die Entwertung ihrer Löhne eine Aktion unternehmen wollen.

Erscheint wöchentlich

Bezugspreis Monat Frs. 2.-

Einzelnummer 50 Centimes.

# ARBEITER POLITIK

Organ der kommunistischen Partei-Opposition Elsass (Section der IVKO)

Nr. 15/IV. Jahrgang.

Zweite Aprilwoche 1937.

## DIE REGIERUNG UND DIE FASCHISTISCHEN LIGEN. oo

Eine Delegation der Pariser CGT war bei Blum, um sich bei ihm zu erkundigen, was er gegen die faschistischen Ligen zu tun gedenke. Blum erklärte, dass die Gerichte erst ihre Untersuchung gegen die faschistischen Führer abgeschlossen haben müssten, bevor er etwas unternehmen könne.

Inzwischen hat die Staatsanwaltschaft gegen de la Rocque und seine Freunde wegen Wiederherstellung einer illegalen Organisation Anklage erhoben... Es wäre verhängnisvoll, wenn die Arbeiter sich irgendwelche Illusionen über die praktische Bedeutung dieser Anklage machten. Da Blum sich hinter die Justizbehörden versteckt, um nicht gegen die faschistischen Organisationen unternehmen zu müssen, müssten die Gerichte irgendeine Geste machen, um bei diesem Spiel mit verteilten Rollen, das der Irreführung der Arbeiter und der faktischen Sabotage einer wirksamen Auflösung der Ligen dient, ihren Beitrag zu liefern. Die Untersuchung gegen de la Rocque, die jetzt abgeschlossen wurde, ist von den Gerichten glücklich seit beinahe dreiviertel Jahren verschleppt worden - sie konnten sie bei aller Mühe, die sie sich gaben, kaum noch länger hinauszuziehen. Aber auch jetzt gehen die Gerichte de la Rocque und seinen Freunden noch keineswegs an den Kragen. Ybarnégaray, der zusammen mit de la Rocque angeklagt ist, genießt die parlamentarische Immunität - und die das Parlament über seine Auslieferung an die Gerichte entschieden hat, hat die Justizbehörde einen neuen Vorwand, um auch das Verfahren gegen de la Rocque auf die lange Bank zu schieben. Für den Fall, dass es schliesslich doch zu einer Gerichtsverhandlung kommen sollte, kündigt die reaktionäre Presse schon heute zynisch an, dass de la Rocque angesichts der faschistenfreundlichen Gesinnung der Richter alle Chancen habe, mit der Mindeststrafe davonzukommen - d.h. mit einer Geldstrafe von sage und schreibe 16 (sechszehn) Franken...

Was Doriot und seinen PPF angeht, die mindestens ebenso gefährlich sind wie de la Rocque und den PSF, so schwebt gegen sie nicht einmal ein Verfahren, denn Doriot hat bekanntlich nicht eine alte faschistische Organisation "rekonstituiert", sondern eine neue geschaffen. Im Falle Doriot kann Blum nicht einmal mit der Ausrede kommen, dass er den Spruch der Gerichte abwarten müsse...

Die von uns geschilderten Tatsachen zeigen, dass die Arbeiterschaft sich keineswegs nach dem Rezept der Instanzen der SFIO, der KPF und der CGT damit begnügen darf, an die Regierung die Forderung zu stellen, dass sie die faschistischen Ligen auflöse, und dann einfach abzuwarten, dass die Regierung und ihre Behörden das auch tun. Wenn die Arbeiter ein wirkliches Verbot der faschistischen Organisationen erreichen wollen, dann müssen sie den Kampf gegen den Faschismus selbst in die Hand nehmen, dann müssen sie zur ausserparlamentarischen Massenaktionen greifen und sich antifaschistische Selbstschutzorganisationen schaffen.

## EINHEITSPARTEI IN SICHT?

oo

Die KPF hat jetzt eine Kampagne für die Verschmelzung mit der SFIO eingeleitet. Die "Humanité" veröffentlicht Artikel, in denen die rasche Verwirklichung



der "organischen Einheit" gefordert wird und in den Organisationen werden entsprechende Resolutionen angenommen. In der praktischen Politik besteht heute allerdings kein irgendwie wesentlicher Unterschied zwischen KPF und SFIO; die Volksfrontpolitik, die Preisgabe der Grundsätze des Kommunismus haben dazu geführt, dass die KPF die reformistische Koalitionspolitik der SFIO mitmacht. Die "organische Einheit" würde die organisatorische Sonderexistenz der KPF zugunsten eines reformistischen Einheitsbreis liquidieren, nachdem von ihrem politischen Eigencharakter als revolutionärer, marxistisch-leninistischer Partei schon seit geraumer Zeit nichts mehr zu merken ist. Eine Einheitspartei, die jetzt durch Verschmelzung der KPF und der SFIO zustandekäme würde auch dann keine kommunistische, sondern eine reformistische Partei sein, wenn die KPF in ihr - dank dem Umstand, dass sie mehr Mitglieder zählt als die SFIO - die Mehrheit der führenden Posten erhalte. Positionen, die durch die Preisgabe der kommunistischen Grundsätze erkauft werden, können der Sache des Kommunismus keinen Nutzen bringen.

Die politische Bedeutung der jetzt von der KPF angestrebten "organischen Einheit" wird durch die Nachricht gekennzeichnet, dass die KPF von der SFIO den Anschluss von Marcel Pivert geführten "Gauche révolutionnaire" als Vorbedingung für die Verschmelzung gefordert habe. Die "Gauche révolutionnaire" lehnt zwar die Volksfrontpolitik nicht prinzipiell ab, sie steht ihr aber nicht kritiklos gegenüber - und das genügt, damit die Führung der KPF in Harisch gerät.

Dimitrow erklärte seinerzeit auf dem VII. Weltkongress der Komm. Internationale, dass die Bildung einer Einheitspartei von Kommunisten und Sozialisten nur unter bestimmten Bedingungen zulässig sei, darunter die Anerkennung der Diktatur des Proletariats und der Ablehnung der politischen Zusammenarbeit mit der Bourgeoisie. Heute ist das längst vergessen...

Die Mitglieder der KPF müssen fordern, dass ihre Partei zu den Grundsätzen des Kommunismus zurückkehrt und müssen ihre organisatorische Auflösung in einem reformistischen Einheitsbrei ablehnen.

-o-o-o-o-o-o-o-

TROTZKI ÜBER FRANKREICH  
 ooooooooooooooooooooooooooooo  
 (Schluss)

In seiner Broschüre "Wohin geht Frankreich?" ("Où va la France?") versucht Trotzki, den französischen Arbeitern Ratschläge für den Kampf gegen den Faschismus zu geben. Trotzki erklärt, dass es nur ein Mittel gibt, den Faschismus zu schlagen - die proletarische Revolution. Das ist richtig. Aber diese Erklärung allein genügt nicht. Worauf es ankommt, das ist, den Massen den Weg zur proletarischen Revolution zu zeigen, ein Programm des antifaschistischen Kampfes aufzustellen und seine Durchführung zu organisieren. Wenn das nicht geschieht, dann bleibt die Forderung der proletarischen Revolution eine hohle Phrase. Wir erinnern daran, dass die KPD in den Jahren des Aufschwungs der Nazibewegung unaufhörlich proklamierte, dass der Faschismus nur durch die proletarische Revolution geschlagen werden könne, aber da sie, in ihren ultralinken Illusionen befangen, nichts tat, um die deutsche Arbeiterklasse auf den Weg der proletarischen Revolution zu führen, so kam nicht die proletarische Revolution, sondern der Sieg des Faschismus. Trotzki verfällt in denselben ultralinken Fehler. Unzähligmale schreibt er in seiner Broschüre den Satz, dass nur die proletarische Revolution Frankreich vor dem Faschismus retten könne, aber kein einziges Mal stellt er ein konkretes Programm des Kampfes um die proletarische Revolution auf, ja noch mehr - er lehnt ausdrücklich ein solches Programm ab.

Wir entschuldigen uns bei unseren Lesern, wenn wir im folgenden einige ABC-Weisheiten des Leninismus wiederholen, aber bei einer Auseinandersetzung mit diesen eigenartigen "Bolschewiki-Leninisten", wie sich die Trotzkiisten in ihrer bekannten Bescheidenheit nennen, lässt sich das leider nicht vermeiden. Bekanntlich fällt die proletarische Revolution nicht vom Himmel. Sie muss vorbereitet und organisiert werden. Sie ist ein langwieriger Prozess, an dessen Anfang nicht der Kampf um die Macht steht, sondern der Kampf für Tagesforder-

ungen, die den Bedürfnissen und dem Reifegrad des Klassenbewusstseins der Massen entsprechen. Der nächste Schritt ist der Kampf für revolutionäre Übergangslösungen, wie z.B. die Arbeiterkontrolle der Produktion. Und erst damit beginnt der Kampf um die Macht ein. Von revolutionären Übergangslösungen ist in Trotzki's Broschüre überhaupt keine Rede. Was ein Programm von Tagesforderungen betrifft, das in der heutigen Situation ein Programm von Forderungen des Kampfes gegen Kapitaloffensive und Faschismus, für die Verbesserung der Lebenslage der breiten Massen sein muss und das durch ausserparlamentarische Aktionen der Arbeiterklasse, darunter ökonomische und politische Streiks, zu verwirklichen ist, so antwortet Trotzki darauf mit einem Zornesausbruch.

Anfang 1935 veröffentlichte das ZK der KPF eine Resolution, in der ein Programm des Kampfes für Tagesforderungen entwickelt wurde. Trotzki begnügte sich nicht damit, wie das richtig gewesen wäre, die Mängel und Schwächen dieses Programms und die Tatsache zu kritisieren, dass die KPF nicht das Nötige tat, um für dieses Programm zu kämpfen, sondern er verwarf dieses Programm prinzipiell. Trotzki schreibt:

"...Jeder Arbeiter versteht, dass bei zwei Millionen Arbeitslosen und Kurzarbeitern der gewöhnliche gewerkschaftliche Kampf für Kollektivverträge eine Utopie ist... Die Massen verstehen oder fühlen, dass unter den Bedingungen der Krise und der Arbeitslosigkeit ökonomische Teilkämpfe unerhörte Opfer erfordern, die die erlangten Resultate in keinem Falle rechtfertigen..."

Die Forderung von Einleitung von öffentlichen Arbeiten, um die Arbeitslosigkeit zu bekämpfen, nannte Trotzki ein "Kurpfuscherrezept", "phantastisch" und "utopisch".

Schliesslich meinte Trotzki, dass in Frankreich - im Gegensatz zum zaristischen Russland - überhaupt keine grossen Streiks zu erwarten seien:

"Es ist schwerlich ein spontaner Ausbruch der Streikbewegung in Frankreich zu erwarten, selbst nicht in einer Periode des Konjunkturaufschwungs, umso mehr als die Krise die Schäden des kapitalistischen Niedergangs vertieft".

Die deutschen Reformisten hatten in den Jahren der Krise eine ganze Theorie ausgekügelt, die beweisen sollte, dass die Arbeiterklasse während der Krise keine Streiks führen könne. Trotzki ging noch einen Schritt weiter. Er behauptete, dass heute auch in der Konjunktur Streiks "nicht zu erwarten" seien. Wir können uns eine Polemik gegen diesen Unsinn sparen, da inzwischen die Tatsachen selber den Propheten widerlegt und der Lächerlichkeit preisgegeben haben.

Aber Trotzki lehnte Streiks auch deshalb ab, weil sie nicht nur kein Mittel des Kampfes gegen den Faschismus seien, sondern diesen im Gegenteil - fördernten! Hören wir ihn selbst:

"Wenn die Antwort der Arbeiter auf die Kapitaloffensive sich morgen verstärkt, wenn die Streiks häufiger und bedeutender werden, so wird der Faschismus ... nicht verschwinden, sondern im Gegenteil zweimal grösser werden... Es ist nicht schwierig zu begreifen, welche schreckliche Erbitterung des Klassenkampfes der Generalstreik unter den gegenwärtigen Bedingungen mit sich bringen würde! Die faschistischen Banden würden an allen Ecken wie Pilze nach dem Regen aus dem Boden schiessen und mit allen Kräften versuchen, Unruhe, Provokation und Zersetzung in die Reihen der Streikenden zu tragen."

Trotzki befindet sich hier in holder Eintracht mit der Bürokratie der CGT, KPF und SFIO, die sich gegenwärtig derselben faulen Argumente bedienen, um die Arbeiter von Streiks abzuhalten. Dabei hat gerade die französische Erfahrung erwiesen, dass Streiks eine hervorragende Waffe des antifaschistischen Kampfes sind. In den Junistreiks wurden z.B. die Stützpunkte der Faschisten in den Betrieben für eine Weile zerschlagen; und wenn der französische Faschismus bis jetzt noch nicht richtig auf die Strümpfe gekommen ist, so ist das in erster Linie das Verdienst der Streikbewegungen der Massen.

Lenin hat uns gelehrt, dass eine der wichtigsten Voraussetzungen für die pro-



letarische Revolution eine kampffähige kommunistische Partei ist. Wie stellt sich Trotzki, der erklärt, dass in Frankreich die proletarische Revolution die "unmittelbare Tagesaufgabe" sei, zu dieser Frage? In den Jahren 1934/35 rief Trotzki öffentlich zum Eintritt in die SFIO auf, und seine Gruppe, die sogenannten "Bolschewiki-Leninisten" traten in der Tat auch in die SFIO ein. Trotzki machte sich in dieser Zeit zum Champion der "unité organique", d.h. der Verschmelzung von KPF und SFIO, und sparte nicht mit Lobeshymnen für Marceau Pivert und seine gauche révolutionnaire. Ende 1935 lesen wir plötzlich (inzwischen waren die Trotzkiisten aus der SFIO ausgeschlossen worden), dass "die Losung der "Einheit" unter diesen Bedingungen nur nicht eine Dummheit, sondern ein Verbrechen" bedeute.

Marceau Pivert wird jetzt als Zentrist bezeichnet und das Bäckerdutzend von Trotzkiisten feierlich zur "Partei" und zwar zur französischen Sektion der IV. Internationale erhoben. Das zeigt, dass Trotzki's Stellung zur SFIO und zur "organischen Einheit" in erster Linie nicht von irgendwelchen grundsätzlichen Erwägungen diktiert ist, sondern von kleinlichen fraktionellen Rücksichten.

In unserem nächsten Artikel werden wir die gegenwärtige Politik der französischen Trotzkiisten behandeln.

-o-o-o-o-o-o-o-o-o-

#### DIE NEUE KATALANISCHE REGIERUNG.

oo

Nach einer mehrtägigen Regierungskrise ist in Katalonien eine neue Regierung gebildet worden. Die Krise brach aus, weil die Anarchisten begannen, sich von der PSUC (KI-Sektion) und den bürgerlichen Republikanern geförderten Entwicklung in konterrevolutionärer Richtung zu widersetzen und gegen den weiteren Abbau der revolutionären Machtpositionen der Arbeiterklasse protestieren. Die neue Regierung stößt ein Kompromiss war, das die entscheidenden Fragen ungelöst lässt. Allerdings ist der Einfluss der PSUC in der neuen Regierung im Vergleich zu dem der Anarchisten etwas zurückgedrängt. Im Verlaufe der Krise veröffentlichte die anarchistische "Solidaridad Obrera" einen Artikel, in dem es u. a. hieß: "Man musste mit den Versuchen, den revolutionären Drang der Arbeiter zum Stillstand zu bringen, Schluss machen; deshalb sei es zur Regierungskrise gekommen. Das ZK der POUM nahm zu der Regierungskrise in einer Resolution Stellung. Diese Resolution verlangte die Schaffung einer "Regierung aller politischen und gewerkschaftlichen Kräfte der Arbeiterklasse" und schlug als Programm einer solcher Regierung die folgenden 13 Punkte vor:

- 1) Sozialisierung der Grossindustrie u. des Verkehrswesens;
- 2) Nationalisierung der Banken;
- 3) Munizipalisierung des Wohnungswesens;
- 4) Bildung einer von der Arbeiterklasse kontrollierten Armee;
- 5) Schaffung eines einheitlichen Sicherheitsdienstes auf der Grundlage der durch die Revolution geschaffenen Kontrollpatrouillen und Untersuchungsorgane, und unter Hinzuziehung derjenigen alten Organe, die ihre Treue gegenüber der Arbeiterklasse bewiesen haben;
- 6) Sofortige Offensive an der Aragonfront;
- 7) Abbau der grossen Gehälter;
- 8) Aussenhandelsmonopol;
- 9) Schaffung einer mächtigen sozialisierten und straff zentralisierten Rüstungsindustrie;
- 10) Nationalisierung des Grund und Bodens und seine Übergabe zur Nutzung an diejenigen, die ihn bearbeiten, unter Gewährung der notwendigen Kredite. Kollektive Bewirtschaftung der Grossbetriebe und wirtschaftliche Hilfe für diejenigen Kollektivbetriebe, die im Laufe der Revolution geschaffen worden sind u. ihre Lebensfähigkeit bewiesen haben.
- 11) Unerbittlicher Kampf gegen Hamsterer und Spekulanten mit Hilfe einer strengen und direkten Kontrolle der Verteilung und der Lebensmittelpreise;
- 12) Schnelle und wirksame Organisation der Luft u. Seeverteidigung des ganzen Landes;
- 13) Einberufung eines Kongresses von Delegierten der Gewerkschaften der Arbeiter und der Bauern, sowie der Kämpfenden, der die Grundlagen des neuen Regimes festlegen und eine Arbeiter- und Bauernregierung wählen soll, die demokratischer sein wird als alle bisherigen Regierungen, weil

sie unzweideutig den Willen der ungeheuren Mehrheit des Landes zum Ausdruck bringen und alle Autorität gemessen wird, die notwendig ist, um die neue revolutionäre Ordnung zu sichern."

-O-O-O-O-O-O-O-O-O-O-O-

DER VORMARSCH DER AMERIKANISCHEN ARBEITERBEWEGUNG.  
oo

Die amerikanische Presse fährt fort, den grössten Teil ihrer Nachrichtenspalten mit Meldungen für die mächtige Streikwelle zu füllen die sich über das ganze Land ergiesst. Die Streiks werden vom dem Komitee für Industrieverbände (CIO), dessen Führer John L. Lewis heute eine bedeutende Rolle in der amerikanischen Öffentlichkeit spielt, geführt.

Nachdem das CIO die mächtige General Motors Corporation und den Stahltrust, die entschiedensten Vertreter des Prinzips der Nichtanerkennung der Gewerkschaften niedergezwungen hat, führt es jetzt Kämpfe gegen die Autofabriken Chrysler und Ford. Über 6 000 Arbeiter führten 2 Wochen lang eine Betriebsbesetzung in dem Hauptwerk von Chrysler durch, trotz richterlichem "Einhaltsbefehl" und der Drohung einer zwangsweisen Räumung, bis Chrysler darin einwilligte über einen Kollektivvertrag mit dem Industrieverband für Autoarbeiter zu verhandeln. Er versprach die Arbeit nicht eher wieder aufnehmen zu lassen, bis die Verhandlungen mit dem Industrieverband beendet seien; daraufhin räumten die Streikenden freiwillig den Betrieb. Die Verhandlungen gehen noch weiter, aber allem Anschein nach wird Chrysler nichts anderes übrig bleiben, als ein ähnliches Abkommen abzuschliessen, wie es nach dem Streik bei General Motors zustande kam. Dieses Abkommen wird sich auf Lohn, Arbeitszeit und, was noch wichtiger ist, auf die Anerkennung des Industrieverbandes als Vertragskontrahent beziehen. Wenn dadurch der Verband auch nicht das ausschliessliche Rechte auf den Abschluss von Kollektivverträgen erhält, so erhält er doch Vorzugrechte und die Möglichkeit, die Gewerkschaftsarbeit offen zu betreiben und damit den Rest der unorganisierten Arbeiter in den Betrieben zu erfassen. Die Resultate des Streiks bei General Motors haben gezeigt, dass die gewerkschaftliche Organisierung des Restes der Arbeiter unter diesen Verhältnissen leicht ist.

Der Streik gegen die Fordgesellschaft beschränkt sich bis jetzt nur auf die Fordschen Montagewerkstätten in Kansas City, aber die Organisierung der Fordarbeiter in dem Industrieverband für Autoarbeiter macht trotz Fords erbittertem Kampf gegen die Gewerkschaften und dem Spitzelssystem in seinen Fabriken grosse Fortschritte, und es ist bloss eine Frage der Zeit, bis ein Konflikt in dem Hauptwerk der Fordgesellschaft in Detroit ausbricht. Der Streik in Kansas City ist erst in seinen Anfängen und es ist schwer vorauszusagen, wie er enden wird. Es genügt darauf hinzuweisen, dass die Tatsache, dass dort überhaupt ein Streik ausgebrochen ist, zeigt, dass der Industrieverband stark ist, denn Kansas City war lange Zeit eine der ungünstigsten Städte der Vereinigten Staaten in Bezug auf gewerkschaftliche Betätigungsmöglichkeiten. Frühere Streiks endeten mit gewaltsamer Streikabwürgung in einigen Stunden, nachdem sie ausgebrochen waren. Der jetzige Streik in den Montagewerkstätten dauert bereits seit einigen Tagen.

Aber wir haben nicht nur eine grosse Streikbewegung in der Auto- und Stahlindustrie, auch im Bergbau rühren sich die Arbeiter: Ein siegreicher Streik von 2 Tagen, an dem 400 000 Bergarbeiter beteiligt waren, wurde von dem Industrieverband der Bergarbeiter durchgeführt. Der Streik brach zu einem Zeitpunkt aus, als nur ein Vorrat an Kohle für 30 Tage auf den Halden lag. Die Zechenbesitzer waren infolgedessen nicht nur dem Druck ihrer eigenen Arbeiter ausgesetzt, sondern auch dem derjenigen Industriellen, die Kohle brauchen und die fürchteten, dass der jetzige Konjunkturaufschwung eine empfindliche Einbusse erleiden würde, wenn ein Kohlenmangel eintrete. Daher genügte ein 2 Tagesstreik um die Forderungen der Arbeiter nach einer Lohnerhöhung von 5 - 6 Dollar pro Tag im Norden und von 5,10 bis 5,60 Dollar im Süden und die Anerkennung der 35 Stundenwoche, die die Unternehmer durch die 40 Stundenwoche ersetzen wollten, durchzusetzen.

In diesen Streikkämpfen hat sich die amerikanische Gewerkschaftsföderation





hat. Nach diesem wahrlich "weisen" Rezept hat man in Deutschland und Österreich gehandelt und wir meinen, die Folgen seien wenig zur Nachahmung geeignet. Der "Republikaner", in dem uns diese Schlaumereien dargeboten worden, meint, das Einlösen der de la Rocque und Doriot sei auf legalen Wege nicht erreichbar und den illegalen Weg zu gehen, sei nicht ratsam. Dieses Bekenntnis einer schönen Seele ist sehr wertvoll. Herrn de la Rocque einzusperrn ist also für eine Volksfrontregierung nur auf illegalem Wege, also auf ungesetzlichem Wege möglich und einen solchen Weg zu gehen ist scheinbar ein Privileg des Faschismus, für den das Recht ja keine so unübersteigbare Mauer ist, wie für unsere in der bürgerlichen Legalität befangenen Volksfrontier.

"Die Verhaftung? Die Einkerkelung? Ein legales Mittel, sie zu bewerkstelligen sehen wir nicht" - sagt der "Republikaner" den Millionen, die im Generalstreik u. a.; auch diese Forderung erhoben.

Und da man die Legalität respektieren muss, ergibt sich daraus der Schluss für diese "jakobinischen" Nachgeburt: Herrn de la Rocque zu verhaften ist unmöglich!

Den "den Herren Faschisten gar Märtyrer zu schaffen, was sie heimlich mit größter Freude begrüßen würden, halten wir in diesem wie in jenem Falle für grundfalsch"; schreibt der "Republikaner".

Diese Deklamation ist so "erschütternd", dass wir darob auf eine Antwort verzichten. Jetzt wissen wir wenigstens, dass die Arbeiter mit ihrer Forderung in der Verhaftung der faschistischen Führer nur die heimlichen Wünsche de la Rocques erfüllen.

Nach dem der "Republikaner" nachgewiesen hat, dass der "wirksamste" Kampf gegen den Faschismus darin besteht, im alle demokratischen Freiheiten in vollem Umfange zu gewähren, gibt er uns wenigstens einen Trost: den Hinweis auf Léon Blum und seine Regierung, die die Macht hebel (die sie von wegen der Erhaltung der Legalität nicht anwenden darf), "mit all den Möglichkeiten und Sicherungen zur Verteidigung der Volksfreiheit, die sie bieten", in ihren treuen Händen hält. Siehe Clichy usw. möchten wir hinzufügen - aber der "Republikaner" sagt ja, dass es dazu der Stüberung der hohen Verwaltungs-, Justiz-, Polizei- und Heeresstellen bedarf, was in der Ruhe und der Legalität geschehen kann. Dabei hat Léon Blum den Radikalen die Versicherung geben müssen, dass keinem Beamten der Clichyschen Heldentat ein Haar gekrümmt wird.

Im Übrigen kennen wir das! Wir brauchen nur an Herrn Daladier zu denken, der noch heute das Lesen der "Humanité" trotz ihres Eintretens für die Landesverteidigung in den Kasernen der republikanischen Armee unter Strafe stellt. Und entscheidend ist immer die Gesamtpolitik, die den bürgerlichen Staatsaparat beherrscht. Noske, Zörgiebel und wie sie alle heißen, sie kamen direkt aus der Arbeiterklasse und ihr republikanischer Geist war kein Hindernis nach dem Rezept zu handeln, dass in Clichy zur Anwendung gebracht wurde, und dass da gebietet, die Faschisten gegen demonstrierende Arbeiter zu schützen und wenn es über Leichen geht.

Uns scheint der Weg der spanischen Arbeiter bei der Schaffung einer antifaschistischen Justiz und Polizei ist auf jeden Fall der bessere.

Eine Volksfrontregierung, die die Freiheit für die Faschisten proklamiert, indem sie die Freiheit für Alle verkündet, die diese Freiheit mit Polizei gegen antifaschistische Arbeiter sichert, die nicht verhindern kann, dass die ihrem Kommando unterstellte Polizei unter den antifaschistischen Arbeitern ein Massaker anrichtet, die als Ergebnis dieses Massakers die verantwortlichen Polizeioffiziere weiter im Dienst behält, die erklärt, dass die Unterdrückung der faschistischen Organisationen u. die Verhaftung ihrer Führer ihre Kompetenz überschreitet und die verkündet, dass man die Reichen nicht zum Zuhlen zwingen kann, ist keine Regierung des Kampfes gegen den Faschismus, sondern ihr Wegbereiter. Und eine politische Formation, die auf solchen Grundlagen beruht, ist kein brauchbares Instrument im Kampfe gegen das Grosskapital und den Faschismus. Die wirkliche Kampfformation dafür ist die proletarische Einheitsfront u. ein wirkliches Bündnis mit den werktätigen Schichten des Mittelstandes in Stadt und Land. Clichy hat gezeigt, dass die Radikalen keine wirksame Kraft sind und dass man im Bündnis mit ihnen weder den Faschismus vernichten noch ein wirkliches Bündnis mit den Mittelschichten gegen das Grosskapital schaffen kann.



**ZWINGENDE FOLGERUNGEN.** Wir berichteten in der Nr. 14. der "AP" ausführlich über die Schiedssprüche, die für die unterelsässischen Metallarbeiter, für die Erzbergarbeiter der Meuse u/Lothringens, wie für die lothringischen Metallarbeiter gefällt wurden.

Im Gegensatz zum unterelsässischen Metallarbeiterverband, der den Schiedsspruch von 7 1/2 % annahm, erklärten die Organe der loth. Metallarbeiter und der Erzbergarbeiter, dass sie die Schiedssprüche nicht annehmen und bessere Lohnbedingungen durchsetzen würden.

Die Erzbergarbeiter und ebenso die lothringischen Metallarbeiter kündigten an, dass sie nötigenfalls zum Streik greifen werden, um eine Korrektur der Schiedssprüche zu erwirken. Diese Ankündigungen allein haben eine durchaus heilsame Wirkung gehabt und dazu geführt, dass die Schiedssprüche der Oberschiedsrichter, die ja nach dem Gesetz obligatorisch sein sollen, aufgegeben u. andere Entscheidungen herbeigeführt wurden.

Die Erzbergarbeiter erhalten nunmehr eine Erhöhung der Löhne um 12 % und die lothringischen Metallarbeiter erhalten auf die durch Schiedsspruch um 9 % erhöhten Löhne einen weiteren Zuschlag von 3 % und die gleiche Erhöhung der Familienzulagen wie die Erzbergarbeiter.

Auch diese Erhöhungen sind keine restlose Anpassung der Löhne an die gestiegenen Lebenshaltungskosten, aber sie sind doch wesentlich bedeutsamer als die den unterelsässischen Metallarbeitern gewährten Erhöhungen. So unzulänglich auch die neuesten Entscheidungen für die loth. Metallarbeiter sind, so muss man dennoch betonen, dass sie die nachträglichen Erhöhungen nicht erhalten hätten, wenn sie sich so benommen hätten, wie dies die Instanzen des unterelsässischen Metallarbeiterverbandes taten. Der entschlossen geführte Kampf der loth. Metallarbeiter und der Erzbergarbeiter hat sowohl die Unternehmer als auch die Regierung veranlasst, ihnen Konzessionen zu machen, die über die als bindend betrachteten Schiedssprüche hinausgehen, weil sie im anderen Falle mit dem Streik hätten rechnen müssen.

Es zeigt sich also, dass die Kampfbereitschaft der Arbeiter die erste und grundlegendste Voraussetzung für die Verteidigung der Löhne und der Arbeitsbedingungen ist. Auf diese Kampfentschlossenheit und nicht auf die Hoffnung auf die Volksfrontregierung und das obligatorische Schlichtungssystem müssen sich die Gewerkschaften stützen, wollen sie wirksam die Lohn- und Arbeitsbedingungen der Arbeiter verteidigen und verbessern.

Die Verschiedenartigkeit der Höhe der Lohnanpassung an die Teuerung bei den lothringischen Metallarbeitern einerseits und den unterelsässischen Metallarbeitern andererseits, ist auch noch in einer anderen Richtung von Bedeutung.

Wir haben im Gegensatz zu den CGT-Instanzen gefordert, dass die Anpassung der Löhne an die gestiegenen Lebenshaltungskosten durch eine zentrale, also einheitliche und von allen Syndikaten und Verbänden getragene Aktion durchgeführt werden sollte. Die Gründe dafür, haben wir in der "AP" zur Genüge klargelegt. Der Verzicht auf diese Aktion und der Verzicht auf den Streik haben dazu geführt, dass die Erhöhungen der Löhne sehr verschieden sind, dass eine wirkliche Anpassung an die Teuerung nirgends erreicht wurde und dass einzelne Bewegungen infolge ihres mangelnden ökonomischen Gewichts in der Gesamtwirtschaft sich totlaufen. (Siehe die Bewegung in der Strassbourger Schuhfabrik "La Strassbourgeois").

Wenn die CGT dieser auf der Hand liegenden Forderung nicht Rechnung trug, dann aus dem Grunde, dass ihre Kampfmittel, sowie ihre Kampfaktik und Strategie nicht ausschliesslich vom Standpunkt der Arbeiter bestimmt würden, sondern ihre Politik von den Bestreben diktiert wird, der Volksfrontregierung keine Schwierigkeiten zu bereiten und die radikale Kapitalistenpartei bei guter Laune zu halten. Dies führt dazu, dass die Lohn- und Arbeitsbedingungen im steigenden Masse nicht auf der Kampfkraft der Arbeiter basieren. Der Vergleich zwischen der Bewegung der unterels. und der loth. Metallarbeiter aber zeigt, dass der Weg des Kampfes den Interessen der Arbeiter entspricht.

# ARBEITERPOLITIK

Organ der kommunistischen Partei-Opposition Elsass (Sektion der I.V.K.O.)

Nr. 16/IV. Jahrgang.

Dritte Aprilwoche 1937.

## DER ENGLISCHE IMPERIALISMUS WIRFT DIE MASKE AB. oo

Die spanischen Rebellen versuchen die baskische Küste zu blockieren, um den Antifaschisten des Baskenlandes die Lebensmittelfuhr abzuschneiden. Die englische Regierung deckt und billigt dieses Vorgehen der spanischen Faschisten. Der Admiral des englischen Kreuzers Hood, der sich in den baskischen Gewässern befindet, hatte an seine Regierung telegraphiert, dass er bereit sei, englische Handelsschiffe, die sich in die baskischen Häfen begeben, gegen Übergriffe der Rebellen zu schützen. Darauf wurde in London eiligst eine ausserordentliche Kabinettsitzung zusammengetrommelt, die dann beschloss, erstens zur Irreführung der Massen die Erklärung abzugeben, dass ein Anhalten englischer Schiffe auf hoher See nicht geduldet werden würde, dass Franco nicht als kriegführende Macht anerkannt sei (was bedeutet, dass er kein Recht hat, eine Blockade zu verhängen), zweitens aber praktisch die Blockademassnahmen Francos anzuerkennen, und zwar in der Weise, dass den englischen Schiffen angeraten wird, baskische Häfen nicht anzulaufen, weil sie dabei nicht auf irgendeine Unterstützung durch die englische Flotte rechnen können. Diese Entscheidung der englischen Regierung, die in breiten Kreisen der englischen Arbeiterschaft und darüber hinaus grosse Entrüstung hervorgerufen hat, beweist in besonders krasser Form, dass die sogen. Nichtinterventionspolitik des englischen u. französischen Imperialismus nur eine versteckte Unterstützung der spanischen Rebellen ist. Wenn die englische Regierung im Widerspruch zu den Bestimmungen des Völkerrechts und zu der sonst von der britischen Bourgeoisie hochgehaltenen Tradition es abieht, britische Handelsschiffe gegen widerrechtliche Übergriffe zu schützen, so ist daraus nur eine Schlussfolgerung möglich, nämlich die, dass der britische Imperialismus hinter den Kulissen auf das Engste mit Franco zusammenarbeitet. Péri fragt in der "Humanité", was die französische Regierung angesichts der Haltung Englands tun wolle. Es ist offenkundig, dass die Regierung Blum in der spanischen Frage in völliger Solidarität mit dem englischen Imperialismus handelt. (Siehe weiter unten "Blum für Franco"). Wer will, dass das anders werde, der muss die Massen zum Kampf gegen die schändliche Politik Blums mobilisieren. Die KPF, die Blum unterstützt, unterstützt auch seine Spanienpolitik und die erstaunten Fragen Péris werden, solange die KPF hinter Blum marschiert, von niemanden ernst genommen, wahrscheinlich auch von Péri selbst nicht.

## BLUM FÜR FRANCO oooooooooooooooooooooooooooo

Die französische Volksfrontregierung hat sich dem Beispiel der konservativen englischen Regierung angeschlossen. Sie lässt erklären, dass die kürzliche Zusage, Frankreichs Handelsschiffahrt zu schützen, sich nur auf die Gewässer ausserhalb der Dreimeilenzone bezieht, dagegen nicht auf die spanischen Hoheitsgewässer. Der Vertreter der französischen Regierung erklärte einem Vertreter der United Press, dass kein französisches Handelsschiff versuchen sollte, irgendeinen Biscaya-Hafen anzulaufen, da die französischen Seestreitkräfte nichts tun könnten, um diesen Handelsschiffen innerhalb der spanischen Hoheitsgewässer beizustehen.

Die Fragen Péris in der "Humanité" sind also auf dem Fusse von Blum im Sinne der Angleichung an die Massnahmen der englischen konservativen Regierung gefolgt. Blum hat sich bereit den Schlag der englischen Regierung gegen die baskischen Antifaschisten tatkräftig zu unterstützen. Die englische Arbeiterpartei hat im englischen Unterhaus gegen die Haltung der englischen Regierung ein Misstrauensvotum eingebracht. Die Haltung der Regierung Blum ist zugleich ein Schlag gegen die Opposition der englischen Arbeiter gegen Baldwin.



Die Politik der von der KPF unterstützten Regierung Blum führt auf die Sanktion und Einhaltung der Francoschen Blockademassnahmen hinaus. Diese Politik wird die spanischen Rebellen ermuntern und veranlassen mit Hilfe ihrer internationalen Spiessgesellen noch weitergehende Massnahmen zur Blockierung der Häfen der Valenciaregierung zu ergreifen.

Es ist an der Zeit, dass die französische Arbeiterklasse machtvoll und mit Energie gegen eine solche verbrecherische Politik auftritt.

-o-o-o-o-o-o-o-o-

#### DIE BELGISCHEN WAHLEN. oooooooooooooooooooo

In der Presse der SFIO und der KPF wird das Ergebnis der Brüsseler Wahl als ein Beweis dafür gefeiert, dass die Arbeiterklasse sich zum Zwecke des Kampfes gegen den Faschismus hinter die Fahne der bürgerlichen Demokratie stellen müsse. Die Brüsseler Wahl wird als ein neues Argument für die Richtigkeit der Volksfrontpolitik ausgegeben.

Welches ist nun die wahre Bedeutung der Brüsseler Wahl?

Die Rexisten haben eine schwere Schlappe erlitten. Es wäre aber falsch zu glauben, dass damit der Faschismus in Belgien vernichtet worden sei. Degrelle hat immerhin noch 69 000 Stimmen in Brüssel erhalten. Die faschistische Bewegung verfügt also nach wie vor über einen Masseneinfluss, der eine nicht zu unterschätzende Gefahr bildet.

Die Wahlniederlage der Rexisten, ihr Stimmenrückgang gegenüber den vorhergehenden Wahlen erklären sich aus verschiedenen Gründen. Einmal hat die Besserung der wirtschaftlichen Konjunktur zweifellos die Chancen der faschistischen Agitation unter den kleinbürgerlichen Massen verschlechtert. Daraus darf nun aber keinesfalls die Folgerung gezogen werden, als könnte die Arbeiterklasse jetzt die Hände in den Schoß legen und ruhig abwarten, bis der Aufschwung der kapitalistischen Wirtschaft den Faschismus völlig liquidiert. Erstens ist die gegenwärtige Besserung der Konjunktur der kapitalistischen Weltwirtschaft, wie das die bürgerlichen Sachverständigen selber zugeben eine sehr unsichere Sache, d.h. die Ablösung des Konjunkturaufstiegs durch eine neue Krise wird höchstwahrscheinlich noch viel schneller kommen, als das sonst der Fall war. Zweitens ist der Konjunkturaufschwung nur eine Erschwerung, aber keineswegs ein absolutes Hindernis für das Treiben der Faschisten.

Auch andere Momente haben bei der Niederlage der Rexisten mitgewirkt. Die Tatsache, dass Degrelle ein offenkundiger Agent der Nazis ist, stiess die Massen des belgischen Volkes von ihm ab, denn die Politik des deutschen Imperialismus bedroht heute wie 1914 die Unabhängigkeit Belgiens. Durch sein Bündnis mit den flämischen Faschisten hat Degrelle zweifellos bei der wallonischen Bevölkerung an Einfluss eingebüsst. Schliesslich war es ein schwerer Schlag für die Rexisten, dass die katholische Kirche, die in Belgien über einen gewaltigen Einfluss verfügt, sich durch den Mund des Erzbischofs von Mecheln gegen sie erklärte.

Aber die Stellung der Kirche zeigt, dass es keineswegs angeht, den siegreichen Gegner Degrelles bei der Brüsseler Wahl, van Zeeland, als einen antifaschistischen Vorkämpfer zu feiern. Der hohe Klerus der katholischen Kirche in Belgien hat sich deshalb hinter van Zeeland gestellt, weil er der Ansicht ist, dass mit dessen Politik das heute mögliche Höchstmass an kapitalistischer und klerikaler Reaktion erreicht werden kann. Van Zeelands bisherige Politik hat deutlich gezeigt, dass er alles andere als ein wirklicher Kämpfer gegen den Faschismus ist. Van Zeeland ist ein reaktionärer Katholik, der in einer Art und Weise, die an Brünnings Wirken in Deutschland erinnert, für die Verstärkung der Autorität des Königs und der Regierung gegenüber dem Parlament eintritt, der mit dem klerikofaschistischen Programm des "Korporativstaates" liebfeuert, der schliesslich auch in aussenpolitischer Hinsicht keineswegs der entschiedene Gegner des Naziimperialismus ist, zu dem ihn die französische Volksfrontpresse in diesen Tagen zu stempeln sucht. Sicher lehnt es van Zeeland ab, sich nach der Art von Degrelle den Nazis mit Haut und Haaren zu verkaufen, seine Politik war und ist aber darauf gerichtet, ein faules Kompromiss mit den Nazis abzuschliessen, das in seiner Konsequenz den Hitlerischen Kriegsplänen nur förderlich sein würde. Wir erinnern hier an die sogenannte

"Neutralitätspolitik", die van Zeeland voriges Jahr einschlug; in der spanischen Frage hat die Regierung van Zeeland die Rolle eines schädigen Werkzeuge der schädigen Nichtinterventionspolitik des englischen und französischen Imperialismus übernommen. In diesem Augenblicke verhandelt van Zeeland mit Schacht. Der Wunsch van Zeelands ist es offenkundig, die Rolle eines Vermittlers zwischen England und Frankreich einerseits und Nazi-Deutschland andererseits zu spielen, um so eine Abmachung zustandezubringen, die sich sowohl gegen die SU wie gegen die spanische Revolution richten und die dem blutigen Naziregime möglicherweise durch Kredite auch neue materielle Mittel zur weiteren Versklavung des deutschen Volkes zuführen würde.

Die KP-Belgiens hatte bei der Brüsseler Wahl auf die Aufstellung eines eigenen Kandidaten verzichtet. Sie trat für die Wahl van Zeelands ein. Diese Stellung der KPB war, wenn man so sagen darf, eine praktische Anwendung der Linie, die die KPF bei uns unter der Firma "front français" vorgeschlagen hatte? Van Zeeland gehört nicht der bürgerlichen Linken an, sondern der Rechten an. Seine Regierung nennt sich Regierung der "union nationale". Die KPB hat für ihre politische Erniedrigung nicht Dank, sondern nur Hohn geerntet? Van Zeeland erklärte wiederholt, dass er die Wahlhilfe der KP keineswegs wünsche.

Die von der KP vertretene Auffassung, dass es im Interesse des Kampfes gegen den Faschismus notwendig gewesen sei, auf die Vertretung des proletarischen Klassenstandpunktes zu verzichten und für den Reaktionär van Zeeland zu stimmen, ist genau derselbe schädliche Unsinn wie die seinerzeit von der deutschen Sozialdemokratie verfochtene Ansicht, dass man hinter Brüning und Hindenburg marschieren müsse, um so Hitler zu schlagen. Allerdings ist die Haltung der KFB nur eine Konsequenz der Volksfrontlinie der Komm. Internationale. Wenn man sich einmal darauf einstellt, bürgerliche Bundesgenossen zu suchen, um sich ihnen an den Rockzipfel zu hängen, dann landet man bei solchen eigenartigen "Antifaschisten" wie van Zeeland, ebenso wie die deutsche Sozialdemokratie im Gefolge ihrer Koalitions politik bei Brüning und Hindenburg gelandet ist. Dabei zeigt das Brüsseler Wahlergebnis, dass die Selbsterniedrigung der KPB selbst vom Standpunkt des parlamentarischen Kretinismus völlig unnötig war. Van Zeeland erhielt etwa 200 000 Stimmen mehr als Degrelle; seine Wahl hing also keineswegs von den Stimmen der Kommunisten ab (die KFB hatte voriges Jahr 35 000 Stimmen im Wahlkreis Brüssel). Wir notieren, dass auch die belgischen Trotzlisten zur Stimmenabgabe für van Zeeland aufgefordert haben. Das ist ein neues Beispiel der für den Trotzismus charakteristischen Konfusion.

-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-

#### HITLERDEUTSCHLAND SUCHT KREDITE.

oooooooooooooooooooooooooooooooooooo

In diesen Tagen ist der Reichsbankpräsident Schacht nach Brüssel gefahren, um dort Rohstoffe und Kredite für die weitere deutsche Aufrüstung zu bekommen. Eine Reihe von Tatsachen beweisen, dass die Lage Hitlors Deutschlands in Bezug auf die Rohstoff- und Lebensmittelversorgung immer kritischer wird. Die Lage ist in letzter Zeit noch besonders verschärft worden, erstens durch die rapid gestiegenen Weltmarktpreise für die wichtigsten Rüstungsrohstoffe, zweitens durch die gleichzeitige Aufrüstung Grossbritanniens und seine überlegene Konkurrenz bei der Beschaffung von Rohstoffen, sowie seine überlegene Finanzkraft.

Aus Deutschland kommen Nachrichten, dass angesichts dieser Lage sowohl die leitenden Kreise der Reichswehr, wie führende industrielle Kreise darauf gedrückt haben, dass der "Führer" eine diplomatische Aktion unternahme, um Rohstoffe und Kredite zu bekommen. Sie soll darin bestehen, dass der "Führer" die jetzigen Grenzen Europas "garantiert". Die Ratgeber des "Führers" sagen-mit Recht- dass solch ein Versprechen gegebenenfalls leicht zu umgehen sei und nichts bedeute. Selbst ein Abkommen über Rüstungsbeschränkung oder Abrüstung mit Hitler geschlossen, würde nichts bedeuten. Die Erfahrung zeigt, dass selbst die kontrollierte Abrüstung Deutschlands unter der Weimarer Republik umgangen worden ist. Warum soll das bei Hitler anders sein? Die einzige wirkliche Garantie ist der Sturz Hitlors durch die proletarische Revolution, die zugleich mit der Reichswehr und der alten staatlichen Bürokratie aufräumt.



In England, Frankreich und Amerika sind Kräfte in den Finanzkreisen tätig, die Hitlerdeutschland Kredite verschaffen wollen, in der illusionären Hoffnung, irgendwelche "Garantien" für den Frieden dagegen zu erhalten.

Es ist notwendig, dass die internationale Arbeiterklasse laut und mächtig ihre Stimme dagegen erhebt, dass Hitlerdeutschland in irgendwelcher Form Kredite gegeben werden - sei es in der Form von Anleihen, sei es in der Form von Warenkrediten usw. Kredite für Deutschland sind Kredite für die Fortsetzung der deutschen Kriegsvorbereitung. Sie sind Kredite zur Verlängerung der Lebensdauer der Nazi-Herrschaft. Sie sind schliesslich Kredite, die verloren sind. Die Nazis selbst können und wollen nicht zahlen. Keine revolutionäre Regierung, die das Hitlerregime ablöst, wird dessen Schulden bezahlen wollen oder können. Das Gold, das Hitlerdeutschland gegeben wird, ist auf jeden Fall verloren.

--o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-

#### DER CHARAKTER DER SPANISCHEN REVOLUTION.

oo

Die KI macht im allgemeinen wenig Versuche, ihre Spanienpolitik theoretisch zu begründen, was verständlich ist, denn diese Politik steht in krassstem Widerspruch zu den Lehren des Marxismus und Leninismus. In der Märznummer des "Kampf", der von Otto Bauer herausgegebenen theoretischen Zeitschrift der österreichischen Sozialisten, versucht nun Paul Maresch eine theoretische Begründung der Volksfrontpolitik in Spanien zu geben. Dieser Versuch zeigt ein weiteres Mal, wie falsch und verhängnisvoll die Volksfrontpolitik für die spanische Revolution ist.

Maresch erklärt, dass in Spanien sich gegenwärtig "keine proletarische, sondern eine nationale Revolution" vollziehe. Der Aufstand der Massen im Juli habe "klassenmässigen Charakter getragen", aber die "besondere gesellschaftliche Struktur des Landes, die durchaus nicht mit der Russlands unter dem Zarismus gleichzusetzen ist", habe im Verlaufe des Kampfes eine andere Situation geschaffen. Der Krieg habe "nicht nur zu keiner Verschärfung der Klassenscheidungen geführt, sondern zu ihrer zeitweiligen Überbrückung im Lager der Volksfront". Was die gesellschaftliche Struktur Spaniens anbelangt, so weist sie im Vergleich zum zaristischen Russland bekanntlich eine grössere Reife für die proletarische Revolution auf, denn das zahlenmässige Gewicht des industriellen Proletariats ist in Spanien im Vergleich zur Gesamtbevölkerung bekanntlich grösser, als es in Russland vor 1917 war. Maresch führt als Besonderheit Spaniens an, dass "der spanische Feudalismus jahrhundertlang nicht von den wirtschaftlichen Kräften des eigenen Landes, sondern von der Ausplünderung der Kolonien gelebt hat." Maresch scheint also anzunehmen, dass die Ausbeutung der Kolonien den spanischen Feudalismus daran gehindert habe, auch die Werktätigen im eigenen Lande systematisch auszuplündern. Diese Auffassung ist ebenso erstaunlich wie der Umstand, dass Maresch offenbar vergessen hat, dass Spanien den grössten Teil seiner Kolonien vor 100 Jahren dank der Unabhängigkeitsbewegung in Südamerika und Kuba; Porto Rico und die Philippinen vor über 30 Jahren verloren hat.

Es ist völlig unverständlich, was Maresch mit seinem Hinweis auf die Rolle der spanischen Kolonien eigentlich beweisen will.

Maresch führt fort: "Diese Entwicklung (zur Überbrückung der Klassengegensätze), die auf jeden Fall eingetreten wäre, wäre heute schon von den Problemen der sozialen Differenzierung überschritten und verwischt, wenn nicht auch in Spanien der Faktor dazugetreten wäre, der auch die erste Periode der französischen Revolution bestimmt hat - die ausländische Intervention." Maresch beweist also einerseits, dass die von ihm entdeckte Entwicklung zur Überbrückung der Klassengegensätze auch ohne die ausländische Intervention gekommen wäre, andererseits dass sie ohne diese Intervention längst einer sozialen Differenzierung, d.h. einer Verschärfung der Klassengegensätze Platz gemacht hätte. Das ist entschieden zuviel berispen.

Aber gehen wir weiter. Maresch erklärt, dass sich "im Hass gegen den eigenen Feudalismus und seine ausländischen Helfershelfer die Geburt der spanischen Nation" vollziehe. Jetzt erfolge die "Konstituierung des spanischen Nationalbewusstseins". Maresch hat eigentümliche Auffassungen von der Ge-

schichte Spaniens. Er schreibt z.B.: "Das verrottete spanische Feudalsystem hat in Wahrheit nicht einmal die Entwicklung zum absolutistischen Zentralismus zu vollenden vermocht." Dabei war in Spanien der absolutistische, zentralisierte Nationalstaat früher verwirklicht worden, als z.B. in Frankreich Richelieu und Ludwig XIV. folgten spanischen Vorbildern. Marosch bezeichnet den Gegensatz zwischen "Basken, Katalanen, Kastiliern, Andalusiern usw." als "Regionalismus", der seiner Meinung nach der Zentralisation im Zeichen des neu entstehenden "spanischen Nationalbewusstseins" Platz mache. In Wirklichkeit ist die spanische Revolution verbunden mit der Emanzipation der unterdrückten Völker Spaniens, der Katalanen und Basken, mit dem Kampf für ihre nationale Freiheit. Der absolutistische Zentralismus hat diese Nationen unterdrückt und versucht sie gewaltsam zu Spaniern zu machen (Franco und die Seinen sind denn auch die geschworenen Feinde aller selbständigen Regungen der Basken und Katalanen). Der antifaschistische Kampf ist zugleich ein nationaler Befreiungskampf der Katalanen und Basken. Was das spanische Nationalbewusstsein anbelangt, so kann Marosch aus jedem Schulbuch erfahren, dass es schon seit längerer Zeit, wie das z.B. der Kampf des spanischen Volkes gegen die napoleonische Fremdherrschaft gezeigt hat.

Nach Marosch "geht der Weg in Spanien anders als in Russland." Die erste Etappe der spanischen Revolution führe "nicht von der jakobinischen zur proletarischen Revolution, sondern vom proletarischen Aufstand zum jakobinischen Befreiungskrieg." Und Marosch malt uns folgendes Bilderbogenschauspiel aus:

"Es ist symptomatisch, dass für die Volksfrontbehörden neben den Bedürfnissen des Krieges nur ein drängendes Problem besteht, den stürmischen Bildungshunger der erwachten Massen, der Millionen Analphabeten, die nun alle lesen und schreiben lernen wollen, zu erfüllen, während daneben das Problem der Agrarreform, der Sozialisierung der Industrie selbst für die Mehrbeteiligten, für die Land- und die Industrieproletarier in den Hintergrund tritt."

Diese Behauptung Maroschs ist eine direkte Verhöhnung der spanischen Arbeiter und Bauern. In Wirklichkeit spiegelt der stürmische Bildungshunger der spanischen Werktätigen nur die Tatsache wider, dass es dort um mehr geht, als um die bürgerliche Demokratie; denn dass Millionen von Analphabeten nun alle schreiben und lesen lernen wollen, rührt nicht daher, dass ihnen die Agrarrevolution und die Sozialisierung der Industrie gleichgültig wären, sondern ist umgekehrt eine Folge davon, dass sie bereits daran gegangen sind, Agrarrevolution und Sozialisierung in Angriff zu nehmen; der Umstand nämlich, dass in Spanien die Arbeiter und Bauern begonnen haben Kapitalisten und Grossgrundbesitzer davon zujagen, die Kontrolle der Industrie zu verwirklichen und sich das Land zu nehmen, das ist die materielle Grundlage, auf der das stürmische Kulturbedürfnis der Massen erwächst.

Dieses Kulturbedürfnis bedeutet keineswegs, dass es den spanischen Werktätigen gleichgültig sei, ob sie weiter ausgebildet werden sollen oder nicht, es bringt vielmehr die Tatsache zum Ausdruck, dass sie begonnen haben, die Ketten der Ausbeutung von sich abzuschütteln.

...er kehren wir zum Hauptthema Maroschs zurück, nämlich dass es sich in Spanien nicht um die proletarische Revolution, sondern einen "jakobinischen Befreiungskrieg" handle. M. meint, dass in Spanien sich heute die "jakobinische Kriegsführung" durchsetze, und darunter versteht er "die Konzentration... aller Kräfte auf das eine Ziel: den Krieg zu gewinnen". M. lobt die KP-Spaniens, weil sie für das eintritt, was er als "jakobinische" Politik bezeichnet, während er die "doktrinären Anarchisten" und die POUM als "objektiv konterrevolutionäre Faktoren" beschimpft.

Vor allem hätte M. gut getan, die Jakobiner in Ruhe zu lassen und die Volksfrontpolitik nicht als "jakobinische Kriegsführung" zu bezeichnen. Die Jakobiner waren zwar keine proletarischen sondern bürgerliche Revolutionäre, aber sie waren entschiedene Revolutionäre, sie waren die fortgeschrittensten Elemente ihrer Zeit. Als im Jahre 1792 der Krieg zwischen dem revolutionären Frankreich und den feudalen Mächten ausbrach, was taten damals Robespierre und seine Freunde? Erklärten sie nach dem Muster der heutigen Volksfrontpolitiker, dass es notwendig sei, im Namen des Krieges gegen den auswärtigen Feind und gegen die Koblenzer französische konterrevolutionäre Armee, die an der Seite der Prousson und Oesterreicher kämpfte, auf die weitere Durchführung der Revolution in Frankreich zu verzichten? Die Jakobiner taten das gerade Gegenteil. Zum Zwecke einer wirklich revolutionären Kriegsführung stürzten sie erst die Monarchie und dann die girondistische Regierung. Sie errichteten eine revolutionäre Diktatur, die mit eiserner Energie gegen die feu-



dale Aristokratie, aber auch gegen grosskapitalistische Spekulanten und gegen schwankende sogenannte Revolutionäre vorging, deren Halbheiten die revolutionäre Energie der Massen fosselten und zum Verrat an der Sache der Revolution wurden. Die jakobinische Diktatur zertrümmerte das feudale Eigentum, sie sicherte die Kriegsführung, indem sie rigorose Massnahmen gegen den Wucher mit Lebensmitteln ergriff, sie stützte sich auf ein Netz von revolutionären Komitees, von Organen des betroffenen revolutionären Volkes im ganzen Lande. Eine ähnliche Politik, wie sie heute von der KP Spaniens im Namen der Volksfront betrieben wird und von der Marosch fälschlicherweise behauptet, sie sei "jakobinisch", verfochten zur Zeit der französischen Revolution die Girondisten. Die Girondisten stemmten sich gegen das Weitertreiben der Revolution, gegen die konsequente plebejische Liquidierung der feudalen Grundherrschaften und der feudalen Lasten, gegen Massnahmen zur Bekämpfung der kapitalistischen Spekulation, vor allem mit Lebensmitteln, und während sie sehr viel von der Einigkeit sprachen, betrieben sie gegen Robespierre, gegen Marat u.a. wirkliche Revolutionäre eine schamlose Hetze, ähnlich wie sie heute von der KP Spaniens gegen die POUI veranstaltet wird und wie wir sie auch im Artikel von H. vorfinden. Die "jakobinische Kriegsführung", die die Armeen der französischen Revolution zum Siege führte, beruhte auf der Liquidierung der Girondisten.

Eine wirklich jakobinische, d.h. wirklich revolutionäre Kriegsführung ist heute in Spanien nur im Zeichen der Durchführung der proletarischen Revolution möglich. Wer sich heute an die bürgerlichen Vorurteile der Jakobiner klammert, der schändet nur das Andenken der Vorkämpfer der grossen französischen Revolution. Das Jakobinerium des XX. Jahrhunderts, die Anwendung dessen, was von der revolutionären Tradition der Vergangenheit lobendig ist, auf unsere Zeit, ist der Leninismus.

Im heutigen Spanien ist die Vollendung der bürgerlichen Revolution, die Liquidierung der Überreste des Feudalismus, die konsequente Durchführung der Agrarrevolution nur in Verbindung mit der proletarischen Revolution möglich. Das ergibt sich erstens daraus, dass der spanische Faschismus sich auf ein Bündnis zwischen feudalem Grundbesitz und spanischem u. ausländischem Grosskapital stützt, zweitens aber auch daraus, dass die von der Rücksicht auf die Erhaltung der bürgerlichen Demokratie und die Interessen der liberalen Bourgeoisie bestimmte Agrarpolitik der Valencia-Regierung offenkundig darauf abzielt, die spontan von den Bauern und Landarbeitern durchgeführte Enteignung des Grossgrundbesitzes möglichst zu begrenzen.

Die ausländische Intervention, das Eingreifen der Nazis und der italienischen Faschisten zu Gunsten Francos bedeutet keineswegs, wie das K. behauptet, dass nunmehr der Klassenkampf der spanischen Werktätigen gegen ihre Ausbeuterklassen zurücktreten müsse. Das stimmt für Spanien ebenso wenig, wie es für Frankreich zur Zeit der grossen französischen Revolution, oder für Russland, als die Entente ihre Interventionsheere gegen die Oktoberrevolution aussandte, zutrifft. Die ausländische Intervention im spanischen Bürgerkrieg zeigt nur, dass die spanischen Arbeiter die Vorhut des internationalen Proletariats in diesem internationalen Klassenkampf kämpfen. Wenn die KP Spaniens heute erklärt, in Spanien handle es sich um keinen Bürgerkrieg mehr, sondern um einen nationalen Krieg, so dient diese Leugnung des Klassencharakters des Krieges nur den von dem englischen und französischen Imperialismus geförderten Bestrebungen zu einem faulen Kompromiss zwischen der Volksfrontregierung u. Franco, denn der englische und französische Imperialismus wünschen bekanntlich einen faulen Frieden zwischen den Faschisten und den bürgerlichen Republikanern Spaniens auf der Grundlage der Liquidierung der revolutionären Errungenschaften der Arbeiter und der Ausschaltung des Einflusses der Nazis und der italienischen Faschisten.

Dass die KP Spaniens fortwährend erklärt, man müsse alles tun, um den Krieg zu gewinnen beweist noch keineswegs, dass ihre Politik das richtige Mittel sei, um Franco zu schlagen. Das Gegenteil ist richtig. Die Politik der KP Spaniens, die Politik des Wiederaufbaus des bürgerlichen Staatsapparates, der Schaffung einer "unpolitischen", d.h. der Bourgeoisie dienstbaren Armee und Polizei, der Liquidierung der revolutionären Machtorgane der Werktätigen, die in ihrer Wirkung konterrevolutionäre Politik schwächt die antifaschistische Front, sie ist objektiv eine Vorschubleistung für die jenen bürgerlichen Liberalen, die auf ein Kompromiss mit Franco hinsteuern. Es ist klar, dass jeder Schritt, auf dem Wege der Liquidierung der revolutionären Errungenschaften der Werktätigen, jeder solcher Schritt auf dem Wege zur Konter-

revolution, zugleich den Azana, den Martinec Barrio und Ähnlichen bürgerlichen Volksfrontgrößen, neue Möglichkeiten bietet, die Politik wieder aufzunehmen, die sie in den ersten Tagen des Bürgerkrieges verfochten haben, nämlich die Politik einer Verständigung mit Franco auf Kosten der Arbeiterklasse. Wenn die KP-Spaniens gegen eine sozialistische Organisation der Wirtschaft auftritt, dann handelt sie gegen das Interesse einer erfolgreichen Kriegführung gegen Franco, denn allein auf der Grundlage einer planmäßigen sozialistischen Organisation kann die für die Versorgung der Front notwendige Mobilisierung aller Hilfsquellen der Wirtschaft verwirklicht werden. Wenn die KPSp. für den freien Handel mit Lebensmitteln eintritt, wenn sie so die Brotzuckererzeugung begünstigt, dann sabotiert sie den Krieg gegen Franco, denn so wird im Rücken der Armee Desorganisation geschaffen; wir haben schon erwähnt, dass die Girondisten zur Zeit der französischen Revolution eine ähnliche "Ernährungspolitik" verfochten haben. Um den Krieg gegen Franco zu gewinnen; ist es notwendig, die proletarische Revolution durchzuführen. Nur eine Regierung der Arbeiter und Bauern wird wirklich alle Hilfsquellen des Landes, alle schöpferischen Kräfte der Massen für den Krieg einheitlich zusammenfassen können. Die von uns in der vorigen Nummer der "Arbeiterpolitik" angeführten, von der FOUM anlässlich der Regierungskrise in Katalonien aufgestellten 13 Punkte sind ein wirkliches Programm revolutionärer Kriegführung auf der Basis der Vollendung der proletarischen Revolution.

Der von Karosch unternommene Versuch, für die Volksfrontpolitik in Spanien eine theoretische Begründung zu geben, ist mehr als kläglich. Die Spanienpolitik der KI sieht keineswegs schöner aus, wenn ein Sozialdemokrat es unternimmt, sie theoretisch zu verklären.

-o-o-o-o-o-o-o-o-

#### BLUM UND DIE SFIO -- MITGLIEDER.

oooooooooooooooooooooooooooooooooooo

Am 9. April hielt Léon Blum vor den Militanten der Föderationen der Seine und der Seine- et - Oise der SFIO eine Rede, in der er seine Regierungspolitik verteidigte. Die Versammlung verlief ziemlich stürmisch. Blum wurde des Öfteren durch Zurufe unterbrochen, die zeigten, dass die SFIO-Militanten mit der Tätigkeit der Volksfrontregierung unzufrieden und insbesondere über Blums Kapitulation vor dem Grosskapital und über das Kasaker in Slichy empört sind. Blum kam mit seinen üblichen Argumenten; man müsse auf die Radikalen, auf die Bedürfnisse der "Wirtschaft", d.h. der kapitalistischen Unternehmer Rücksicht nehmen, er sei bereit zurückzutreten, wenn seine Partei das von ihm fordere usw. Die Art, wie seine Zuhörer diesmal reagierten, zeigt aber, dass die Blumschen Phrasen von den SFIO-Mitgliedern nicht mehr so geglaubt werden wie früher und auch das beliebte demagogische Mätzchen Blums, die Drohung mit seinem Rücktritt, wirkt nicht mehr, denn aus der Versammlung wurde u.a.; auch gerufen "Demission!". Allerdings hat der Führer der "Gauche révolutionnaire" der SFIO, Marceau Fivert, angesichts der Drohungen der Parteibürokratie, die als Warnung an alle Oppositionellen eine Reihe von Militanten der Jeunesse Socialistes ausgeschlossen hat, wieder einmal einen Rückzug angetreten und bemüht sich krampfhaft, seine Loyalität gegenüber der Parteiführung und der Regierung zu betonen. Die Haltung Marceau Fiverts, der trotz all seinen radikalen Äusserungen nicht wagt, grundsätzlich gegen die Volksfrontpolitik Stellung zu nehmen, ist nicht das, was die mit Recht über die Politik der Regierung Blum empörten Mitglieder der SFIO brauchen.

#### AUS DER CGT .

oooooooooooooooooooo

Dieser Tage fand eine Tagung des Nationalkomitees der CGT statt. In der dort angenommenen Resolution begrüsst die Gewerkschaftsbürokratie aufs Neue die Errungenschaften, die die Volksfrontregierung gebracht habe. Die Resolution muss aber eingestehen, dass die Durchführung der Sozialgesetze verschleppt und von den Unternehmern sabotiert wird. Die Resolution fordert u.a. die Durchführung einer umfassenden Arbeitsbeschaffung, sagt aber keinen Ton davon, dass die Regierung die dafür bestimmten Kredite um der famosen "fause" willen gestrichen hat, dass also eine solche Forderung nur im Kampfe gegen die Regierung durchgesetzt werden kann. Jouhaux forderte in seiner Rede, dass die Regierung die im Plan der CGT vorgesehenen Nationalisierungsmaßnahmen "studiere". Sollen etwa die Herren Rist und Rueff, die bühnenberühmten wirtschaft-



lichen Vorsitz der Regierung, dieses "Studium" übernehmen? Der Sekretär der CGT im Département du Nord, Dumoulin, der ein Reformist, aber ein erfahrener Gewerkschafter ist, erklärte u. a., dass die Gewerkschaften in ihrer Stellung zu Schiedssprüchen niemals "bis zum Opfer der Erniedrigung" gehen und dass sie sich nicht "servil an die Schicksale einer Regierung binden" dürften. Dagegen fand der Kommunist Séward (von den Eisenbahnern), dass die CGT nicht genügend Reklame für die Volksfrontregierung mache. Die Tagung des Nationalkomitees beweist, in welche Sackgasse die arbeitgemeinschaftliche, von der Rücksicht auf die Volksfront diktierte Politik der CGT-Führung, die Gewerkschaften führt.

-o-o-o-o-o-o-o-

### Die Klerikalen und ihr Freiheitsbegriff.

==:==

Wir haben die demokratischen Gelübde der klerikalen Demagogen um Rossé und Co., die sie anlässlich der Ereignisse von Clichy wieder mit soviel Schmalz u. Augenaufschlag von sich gaben, bereits auf ihren richtigen Gehalt zurückgeführt. Wie erinnerlich, hat die Presse des Gewählten von Winzenheim das Auftreten der Arbeiterschaft von Clichy gegen die Faschisten zum Anlass genommen, um sich ihr gegenüber als der Hort, der durch die Arbeiter bedrohten demokratischen Rechte, auszuweisen. H. Rossé ging sogar so weit, anzukündigen, dass er und seinesgleichen dem heeren Vorbild ihrer Vorfahren folgend, nötigenfalls zur Rettung der bedrängten demokratischen Rechte ihr Herzblut auf den Barrikaden opfern würden. Wir sahen im Geiste bereits den Gewählten von Winzenheim mit wildwühendem Lockenhaar, die Sache der reinen Demokratie mit seinen schwüligen Ekzisten gegen die roten Diktaturaspiranten auf den Barrikaden verteidigen.

Über die Rosséache und die klerikale Demokratie ist eine sehr wandelbare Ware. Herr Rossé und massgebliche Führer der UPR kokettieren ganz offensichtlich mit dem Faschismus, also mit einer Bewegung, die die Aufhebung und Vernichtung der demokratischen Rechte für die Werktätigen total und auf die Dauer erstrebt. Das demokratische Föhnlein, dass Rossé je nach Zeit und Situation an seiner Fahnenstange hisst, offenbart also ein sehr zerschlossenes Gewand. Die von Zeit zu Zeit proklamierte demokratische Grundeinstellung hindert Rossé nicht, die Aufhebung der Versammlungsfreiheit für die Kommunisten zu fordern und dafür unter Einsatz aller ihm geeignet erscheinenden aussorparlamentarischen Mittel zu kämpfen. Wenn aber die Arbeiter einmal den Spieß umdrehen und den Faschisten das Versammlungsrecht streitig machen, wie in Clichy, dann sieht Rossé die von ihm aus reinem Herzen geliebte reine Demokratie in Schmutz und Staub getreten, dann droht sein naturwüchsiger demokratischer Zorn sich im Bau von Barrikaden zum Kampf gegen die Verwaltung der angestammten Naturrechte auszutoben.

Kaum aber sind Rossés Gelübde über die reine Demokratie seinem geweihten Munde entrückt; da offenbart er bereits erneut, dass sein eigentlicher politischer Grundsatz sich in dem Satz zusammenfassen lässt: der Zweck heiligt die Mittel.

Diesmal haben die Mülhauser Freidenker die Wendung von der reinen Demokratie und der "Freiheit für Alle" zur autoritären Demokratie dollfusscher Prägung bei Rossé hervorgezogen. Diese Freidenker wagen es im Elsass und dazu noch im roten Mülhausen Versammlungen einzuberufen, in denen die Kirche angegriffen wird und das Priestertum nicht so behandelt wird, wie es dem katholischen Prosemagnaten und Oberdemagogen in den Kram passt. Sofort wird eine Protestversammlung einberufen, in der festgestellt wird, dass es ein unannehmbarer Skandal ist, dass die Behörden, obwohl sie Inhalt und Form der Freidenkervorträge missbilligten, entweder unfähig oder nicht gewillt waren, diesen Provokationen und diese Vorstöße gegen die öffentliche Sittlichkeit zu verhindern.

In der angenommenen Resolution heisst es weiter:

"Die Mülhauser Katholiken und Vertreter der Familie erhoben feierlich (unter dem Geht nicht!) Anklage gegen die öffentlichen Gewalt und sind entschlossen, dieser Anklage das weiteste Echo zu verschaffen, im Bewusstsein, hiordurch einen heiligen Kampf zu führen für die Wahrung der höchsten moralischen und nationalen Werte.

Sie sind entschlossen, sich keine weiteren schmutzigen Provokationen dieser





Die Kasápressé hütete sich also Dr. Didie eine Antwort zu geben. Praktisch aber sucht sie ihre Taktik in der Praxis zur Anwendung zu bringen, wie ihre Kampagne wegen der Verlegung der Kalbidirektion von Mühlhausen nach Paris zeigt.

Jetzt hat auch M. Walter in einem Artikel "Die religiösen Konflikte in Deutschland" indirekt zu den Streitfragen innerhalb der UPR Stellung genommen. Er schreibt u.a.:

"Dieser Religionskonflikt in Deutschland bedeutet eine zweifache Warnung für alle die die in der Verteidigung einer Politik auf christlichen Prinzipien es nicht lassen können gewisse der faschistischen Bewegung eigene Ideen zu teilen oder zu propagieren..."

Andererseits sollte das, was in Deutschland vorgeht, uns veranlassen an ein demokratisches Regime keine Forderungen zu stellen, von denen man unter einem Regime der Diktatur noch nicht einmal zu sprechen wagte. Der Chanoine Dr. Didie hat kürzlich mit viel Besonnenheit und mit menschlicher Logik den Standpunkt verteidigt, dass eine Politik wirklichkeitsfremder Illusionen oder niederster Demagogie in einer Demokratie zur zweiseitigen Waffe werden könnte; Er hat tausendmal recht. Verlangen wir von einem demokratischen Regime die Aufrechterhaltung der Freiheiten, bürgerlicher wie religiöser Art, verlangen wir die Garantie für Ordnung und für die Aufrechterhaltung des Friedens, verlangen wir den Respekt vor den Gesetzen... tragen wir aber auch in der Verteidigung unserer Ideen und unserer Prinzipien der Wirklichkeit und den politischen Situationen in weitestem Masse Rechnung. Wenn wir anders handeln, so riskieren wir früher oder später den Rest abzugeben, auf dem das republikanische Regime ruht und zerstören damit unweigerlich die Demokratie und mit ihr alle unsere Freiheiten ohne Ausnahme."

Der Gegensatz zwischen den beiden Richtungen ist also klar. M. Walter wollen unter den gegenwärtigen parlamentarischen u. außerparlamentarischen Kräfteverhältnissen ihre Politik auf die Erhaltung der gegebenen Privilegien der Kirche und des Klerus beschränken und dafür eine möglichst breite Front mit dem profranzösisch eingestellten reaktionären Bürgertum herstellen. M. Walter steht auch keinesfalls einer Ausnutzung der gegebenen faschistischen Hilfstruppen für den Merkantilismus und gegen die Arbeiterparteien ablehnend gegenüber. Er glaubt nur dass die speziellen "heimatrechtlichen" Forderungen am wirksamsten, respektiv nur im Rahmen eines bürgerlich-demokratischen Regimes verteidigt werden können. Diese Politik des Bündnisses mit dem reaktionären Bürgertum hat natürlich für die UPR auch ihre Nachteile, weil sie ihr die Möglichkeit nimmt eine Politik zügelloser sozialer Demagogie zu betreiben und daher die Anziehungskraft der UPR auf die Werktätigen vermindert.

um Rossé

Demgegenüber will der Flügel der UPR eine Art spezifischen elässischen Klerikofaschismus, der ungehindert auf die Belange des französischen Imperialismus eine ausschliesslich elässische Bourgeoispolitik betreibt, aber die Verantwortung für alle sozialen Schäden auf Frankreich zurückführt und die Massen unter der Losung gegen die Weissen zu sammeln sucht.

Die Aufgabe der Arbeiterklasse muss es sein, die wirklichen Ursachen der Krise der UPR vor den breiten Massen der christlichen Werktätigen aufzuzeigen und ihnen zu erklären, dass beide Flügel zu ihrer Politik nicht im Interesse der Werktätigen, sondern aus den gerade entgegengesetzten Motiven kommen.

Zu ras die Weltausstellung alles erhalten muss.

In der Straßburger "Humanité" v. 6.4. lesen wir im Leitartikel folgendes:

"Es kann nicht bei einer Anklage gegen die faschistischen Führer de la Rocque und andere belassen werden, sondern was sofort geschehen muss, ist deren Verhaftung. Nur dadurch wird es möglich sein, dem Schlimmsten vorzubeugen. Das ganze Land bedarf heute mehr denn je der inneren Ordnung und Ruhe. Es geht nicht an, dass am Vorabend der Eröffnung der Weltausstellung in Paris die Bürgerkriegsgarden noch länger ihr Unwesen treiben."

Auch wir sind für die Verhaftung der fasch. Chefs, aber nicht wegen der bevorstehenden Weltausstellung, sondern wegen der Tendenzen u. Ziele die diese Chefs gegenüber der Arbeiterbewegung verfolgen. Die Begründung der "Huma" ist oberflächlich, denn mit ihr kann man morgen streikende Arbeiter verhaften.

Verhaftung: Emile Hirtzel.

# ARBEITERPOLITIK

Organ der kommunistischen Partei—Opposition Elsass (Section der IVKO.)

Nr. 17/IV. Jahrgang.

Vierte Aprilwoche 1937.

## DIE TAGUNG DES NATIONALRATS DER SFIO.

oo

Am vorigen Sonntag fand in Puteaux eine Tagung des Nationalrats der SFIO statt. Der Nationalrat ist eine Körperschaft, die die Auffassungen der Mitgliedschaft der SFIO keineswegs getreu wiedergibt, er ist vielmehr ein ausgesiebtes Gremium von Parteibürokraten. Die Tagung von Puteaux war so gut wie ausschließlich der Auseinandersetzung mit der von M. Fivert geführten Gruppe "Gauche révolutionnaire" gewidmet. Indem sie gegen die Gauche révolutionnaire vorging, wollte die Parteibürokratie zugleich allen Mitgliedern der SFIO, die der Politik der Regierung Blum unzufrieden sind, den Mund verstopfen.

Die vom Nationalrat angenommene Resolution dekretiert nicht nur die Auflösung der Gauche révolutionnaire, sondern erklärt auch, dass es "unzulässig" sei, wenn "eine Organisation öffentliche Angriffe gegen die Mitglieder der Regierung, die der Partei angehören, nach aussen" trage; dass sei eine "unzulässige Disziplinlosigkeit". Im "Populaire" v. 21. April veröffentlicht J. B. Séverac einen Artikel, der gewisse Bestimmungen der Ausführungsbestimmungen zu der Resolution des Nationalrats liefert. Séverac schreibt u. a., dass es auch in Diskussionsartikeln in der sozialistischen Presse unzulässig sei, die Regierung des Verrats an den Interessen der Arbeiterklasse anzuklagen. Wenn aber die Diskussion in der Parteipresse der SFIO abgedrosselt wird, dann ist die "volle" Freiheit der Kritik in geschlossenen Mitgliederversammlungen oder Sitzungen von Parteikörperschaften, die Séverac den Mitgliedern der SFIO zugestehen will, nicht viel wert. Mit einem Worte; die Parteibürokratie der SFIO hat auf dem Nationalrat von Puteaux ein Maulkorbregime für die Parteimitglieder, einen Majestätsbeleidigungsparagraphen zugunsten der SFIO-Minister eingeführt.

Die SFIO hat sich sehr viel auf die innerparteiliche Demokratie, die in ihren Reihen herrsche, zu Gute getan. Es zeigt sich jetzt wieder einmal, dass die innerparteiliche Demokratie in einer reformistischen Partei gerade so weit geht, als dadurch nicht die Politik des Reformismus, die Politik der Zusammenarbeit mit der Bourgeoisie gefährdet wird. Um sich auch weiterhin das Vertrauen der Bourgeoisie zu erhalten, um die Politik fortzusetzen, die durch die Ernennung von Rist und Rueff, durch die "Pause", durch Clichy gekennzeichnet ist, gehen Blum und die Seinen jetzt gegen die Linken der SFIO vor, gegen diejenigen Elemente der sozialistischen Partei, die die kapitalistische "Gesetzlichkeit" und "Ordnung" stören könnten. Es ist für die politische Verwahrlosung der KPF unter dem Volksfrontkurs kennzeichnend, dass die Pariser "Humanité" die Parteibürokraten der SFIO fortwährend zu einem disziplinarischen Vorgehen gegen die Gauche révolutionnaire aufgestachelt hat u. dass sie nach der Tagung des Nationalrats förmlich bedauerte, dass er nicht noch schärfere Massregeln gegen die oppositionellen SFIO-Mitglieder getroffen habe. Ohne die Unterstützung durch die Bürokratie der KPF hätten die SFIO-Bürokraten sich nicht das provozierende Verhalten gegenüber den kritisch gestimmten SFIO-Mitgliedern leisten können, das sie in Puteaux an den Tag gelegt haben.

Paul Faure forderte auf dem Nationalrat rundweg den Ausschluss der Gauche révolutionnaire und zwar deswegen, weil Fivert und seine Freunde nach den Ereignissen von Clichy ein Plakat hatten anschlagen lassen, indem die Verantwortung der Regierung für das Massaker angedeutet wurde. Wenn die Polizei auf Arbeiter schiesst, dann haben sich die SFIO-Mitglieder nach Paul Faure wahrscheinlich auch bei der Regierung zu bedanken!





HERR HITLER IST BEREIT, SICH KREDITE GEBEN ZU LASSEN.  
oo

Das ist der Sinn der Erklärung, die Hitler nach der Unterredung mit Lansbury abgegeben hat. Man beachte dabei, dass Hitler nicht einmal angedeutet hat, dass die gewünschten Kredite nicht für weitere Rüstungen verwendet werden sollen. Und wenn er dies getan hätte, oder noch tun würde, wäre es eben dasselbe.

Die Lage ist einfach die, dass in Deutschland sowohl die weitere Aufrüstung, als auch die Lebensmittelbeschaffung ins Stöcken zu geraten droht. Es fehlt nicht nur an Eisen, Kupfer usw., sondern auch an Getreide. Deshalb ist Hitler bereit, gnädigst vom Ausland sich die für die Fortsetzung der Rüstungen notwendigen Kredite unter Lieferungen geben zu lassen. Versprechen wird er, was ~~immer man will~~ man will. Halten wird er, was ihm passt, das heisst in diesem Falle nichts. Lansbury und die hinter ihm stehenden pazifistischen Kreise haben sich von Hitler schände missbrauchen lassen. Hitler will die englischen Pazifisten, deren Repräsentant Lansbury ist, benutzen, um Zeit und Mittel für die weitere Aufrüstung zu gewinnen.

Kredite können nur von England oder Amerika kommen. In beiden Ländern muss die Arbeiterschaft und müssen alle anderen antifaschistischen Kreise die breite Öffentlichkeit dagegen mobilisieren, dass Hitlerdeutschland in irgendeiner Form Kredite erhält.

-o-o-o-o-o-o-o-o-

DIE REGIERUNG BLUM LEHNT DIE ARBEITSBESCHAFFUNGSPÄNE AB.  
oo

Auf der letzten Tagung des Nationalkomitees der CGT forderte Arrachard im Namen der Bauarbeiter eine beschleunigte Inangriffnahme grosser Arbeiten im Betrage von 10 Milliarden, die auf dem Wege einer Zwangsanleihe aufzubringen seien. Jouhaux erklärte die von Arrachard geforderte Zwangsanleihe für unmöglich, bevor nicht das Vertrauen (das kapitalistische) wiedererstanden sei. Er stimmte aber in der Notwendigkeit der Arbeitsbeschaffung durch die öffentliche Hand bei. Zur Begründung seines Verlangens führte der Vertreter der Bauarbeiter, Arrachard an, dass sich die Privatarbeiten verlangsamten und die Arbeiten der öffentlichen Kollektivitäten abnehmen.

Nach der Tagung des Nationalkomitees der CGT wurde eine Delegation beim Ministerpräsidenten Blum vorstellig, um ihm die dringlichsten Forderungen der CGT, darunter auch die Forderung auf verstärkte Arbeitsbeschaffung, zu unterbreiten.

Der Finanzminister Vincent Auriol hat die Forderung der CGT mit folgender Erklärung beantwortet:

"Ich möchte zunächst wiederholen, dass ein für alle Mal Schluss gemacht werden muss mit einer Reihe von Verwechslungen und Missverständnissen, besser noch, mit grundlosen Gerüchten. Wir haben gesagt, dass es dieses Jahr nur eine einzige langfristige Anleihe, die der Landesverteidigung geben wird. Diese Erklärung kann ich ausdrücklich bestätigen. Von einer 10 Milliardenanleihe kann also nicht die Rede sein und erst recht nicht von irgendeiner Zwangsanleihe. Sollten dem Parlament derartige Vorschläge gemacht werden, würden wir unsere Stellung und unsere Haltung begründen. Für den Augenblick bitte ich, dass man diese Erklärungen berücksichtigt und ihnen nichts angliedert."

Diese Erklärung Auriols ist eine sehr entschiedene und massive Antwort an die Arbeiter. Die Regierung lehnt die Arbeitsbeschaffungspläne der CGT und der Bauarbeiterföderation ab und weigert sich auch nur im entferntesten daran zu denken, die Reichen zahlen zu machen. Die Regierung der Volksfront führt nicht die Wünsche der Arbeiter, sondern die Befehle des Grosskapitals aus, um dessen Vertrauen sie wirbt. Daraus muss die Arbeiterschaft ihre Konsequenzen ziehen und innerhalb der CGT die unabhängige und ausschliesslich von den Interessen der Arbeiter diktierte ausserparlamentarische Aktion fordern und organisieren. Nur diese Aktion vermag die Regierung zu zwingen die Forderungen der Arbeiter zu berücksichtigen, nur diese stete ausserparlamentarische Aktivität mag die "Pause" zu beenden. Die Fortsetzung der Volksfrontpolitik, die Politik der "weisen" Mässigung um die Radikalen nicht zu erschrecken, diese Politik der CGT aber wird die gerade gegenteiligen Wirkungen hervorrufen.



DIE "PARTEI" DER FRANZÖSISCHEN TROTZKISTEN.  
oo

Die Anhänger Trotzki in Frankreich sind in der sogen. internationalistischen Arbeiterpartei (Parti ouvrier internationaliste) zusammengefasst. Diese "Partei", die der IV. Internationale angehört, ist aus dem groupe bolchevill-léniniste entstanden, dieser konstitulierte sich im Jahre 1933 als "Partei", nachdem er ein Interzelle in der SFIO gegeben hatte, das mit seinem Ausschluss endete. Der FOI gibt eine Wochenschrift "La Lutte Ouvrière" und eine theoretische Zeitschrift "Quatrième Internationale" heraus.

Diese trotzkistische Organisation, die sich die anspruchsvolle Bezeichnung "Partei" zugelegt hat, ist in Wirklichkeit nur eine kleine Gruppe ohne Verankerung in den Massenorganisationen, ohne Einfluss in den Gewerkschaften - mit einem Worte: eine Sekte. Das Geschrei, das die französischen Trotzkiisten selbst machen und das von der KPF um sie gemacht wird, steht im diametralen Gegensatz zu ihrer wirklichen Bedeutung. Das Tätigkeitsfeld der FOI beschränkt sich im wesentlichen auf die Propaganda. Im Mittelpunkt dieser Propaganda steht der Kultus der Person Trotzki; wie die anderen Sektionen der IV. Internationale so beschäftigt sich auch die französische Sektion in der Hauptsache damit, die Artikel von Trotzki nachzudrucken, Broschüren von ihm und über ihn zu verbreiten und Sympathiekundgebungen für ihn zu veranstalten. Das eigene Gedankengut der französischen Trotzkiisten ist ausserordentlich dürftig. Einer ihrer Anhänger beklagte sich selbst darüber, indem er schrieb:

"Zu oft sagen sich die Führer der Organisation: Trotzki denkt für uns; was könnten wir besser machen." (Péro in der Broschüre "Aujourd'hui Front Populaire et demain?")

Auch in den Fragen der französischen Politik laßt die POI von dem, was Trotzki darüber von Zeit zu Zeit schreibt, in der Zwischenzeit verzichtend, auf jede ernsthafte Analyse der Lage; infolgedessen sind seine Lösungen oft einer Situation angepasst, die bereits der Vergangenheit angehört. In unseren Artikeln über die Broschüre Trotzki "Wohin geht Frankreich?" erwähnten wir, dass sie mit der Behauptung schließt, die französische Revolution habe begonnen. Das schrieb Trotzki Anfang Juli 1936. Seitdem hat er über die Entwicklung des Klassenkampfes in Frankreich geschwiegen. Seine französischen Anhänger sind ebenfalls bei diesem Zeitpunkt stehen geblieben. Sie scheinen die rückläufige Entwicklung der Arbeiterbewegung seit den Junistreiks nicht bemerkt zu haben, sondern reden noch immer davon, dass "die französische Revolution begonnen" habe, obwohl heute von dem Vorhandensein einer akut revolutionären Situation in Frankreich noch weniger die Rede sein kann als im vorigen Jahr. Sie stellen Forderungen auf, die in der gegenwärtigen Situation keine wirkliche Ehrenbreiten Massen angepasst sind.

So erschien nach den letzten Finanzgesetzen Blum ein Aufruf des Zentralkomitees des FOI, in dem unter den unmittelbaren Aktionslösungen nicht nur die Forderung der Verhaftung der faschistischen Führer figurierte, die dem heutigen Reifegrad der Massen entspricht, sondern auch solche Forderungen wie die der Verhaftung und Expropriation der Kapitalisten - und Finanzmagnaten, was heute keine Aktions-, sondern eine Propagandalösung ist, und die Forderung, dass Paul Reynaud und Flandin, die Führer der bürgerlichen Mitte, verhaftet solle, eine Losung, die im heutigen Augenblick sowohl vom Standpunkt der unmittelbaren Aktionsaufgaben der Arbeiterklasse als auch vom Standpunkt der Propaganda für die proletarische Revolution nur lächerlich wirkt.

Das übrige Programm des FOI ist sehr einfach:

"Die neue revolutionäre Partei des Proletariats, die revolutionäre Führerin des Klassenkampfes der Ausgebeuteten gegen die Ausbeuter auf, das bedeutet, gegen die Zwangsschlichtung kämpfen, gegen die, die ihre Anwendung predigen, das bedeutet, für die Anwendung der gleitenden Lohnskala kämpfen, das bedeutet, für die Arbeiterkontrolle der Produktion kämpfen; für die Organisation der Arbeitermilizen, das bedeutet, für das Programm der sozialistischen Revolution in den Reihen der marxistisch-leninistischen Avantgarde, der internationalistischen Arbeiterpartei kämpfen." ("La Lutte Ouvrière", 1937, Nr. 29.)

Durch solche Aufrufe entsteht aber noch keine Partei, das zeigt das Schicksal des FOI. Obwohl sich in den Arbeitermassen eine wachsende Unzufriedenheit

mit der Politik der Volksfront und ihrer Regierung bemerkbar macht und diese Unzufriedenheit sich auch auf die Mitgliedschaft der KPF erstreckt und z.T. in trotzkistisch gefärbten Angriffen gegen die Politik der SU und der FI zum Ausdruck kommt, ist der POI nach wie vor bedeutungslos. Es sind mehr die Anarchisten als die Trotzkiisten, deren Einfluss gegenwärtig wächst. Die Anarchisten verfügen im Gegensatz zu den Trotzkiisten über Verbindungen in den Betrieben und über eine ganze Reihe erfahrener Gewerkschafter, die aktiv in der CGT arbeiten. Infolge ihrer besseren Verbindung zu den Massen sind die Anarchisten, trotzdem ihre eigene politische Gesamtauffassung äusserst verworren ist, den Trotzkiisten in bezug auf die Stellung zu den Tagesfragen des proletarischen Klassenkampfes weit überlegen. Solche hohlen Phrasen über die unmittelbaren Aktionsaufgaben der Arbeiter wie in der trotzkistischen "Lutte Ouvrière" findet man im anarchistischen "Libertaire" nicht.

Die Unbedeutendheit der trotzkistischen "Partei" hindert aber die Führungen der grossen Arbeiterorganisationen, insbesondere der KPF, nicht, ihre grössten Kanonen gegen die Spatzen des POI aufzufahren und eine Riesenkampagne gegen ihn zu führen. Diese Riesenkampagne gilt weniger dem Bäckerdutzend wirklicher Trotzkiisten als der Opposition in den eigenen Reihen, die man dadurch erschrecken und diffamieren will, dass man jeden Gegner des Volksfrontreformismus zum Trotzkiisten zu stempeln versucht.

- - - - -

Bekanntlich haben die belgischen Trotzkiisten für v.u. Zeeland gestimmt. "La Lutte Ouvrière" ~~stimmt~~ entrüstet sich (nach der Wahl) furchtbar über die belgische Bruderpartei. Aber die belgischen Trotzkiisten haben sich, der trotzkistischen Tradition getreu, nach den Lehren ihres Herrn und Meisters gerichtet. und gab ihnen dieser nicht die Anweisung (1934 in einem Artikel), sich für die bürgerliche Demokratie einzusetzen, "Volksfrontpolitik" zu treiben? (Siehe unseren Artikel "Trotzki und die Volksfront", Arbeiterpolitik Nr. 10.). Es scheint, dass dieser Artikel der letzte war, den Trotzki den belgischen Politikern widmete, es scheint, dass er unglücklicherweise vergessen hat, die belgischen Trotzkiisten darüber zu informieren, dass er, seit die KI sich seine Stellung zur bürgerlichen Demokratie zu eigen gemacht hat, ein "prinzipieller" Gegner der Volksfrontpolitik geworden ist.

-o-o-o-o-o-o-o-

#### EINE KRITIK DES VOLKSFRONTREFORMISMUS. oo

Unsere amerikanische Bruderorganisation, die KPO der Vereinigten Staaten, hat eine Broschüre des Gen. Jay Lovestone über die Volksfrontpolitik herausgegeben, deren Titel - "Die Volksfrontillusion, vom Sozialfaschismus zur Volksfront" lautet (The Peoples Front Illusion - From "Social Fascism" to the "Peoples Front" - by Jay Lovestone - Workers Age Publishers, 131 W. 33 Street - New York City, USA). Die ausgezeichnete Arbeit des Gen. Lovestone gibt an Hand eines reichhaltigen Materials über die Politik der verschiedenen Sektionen der KI eine gründliche Kritik der Volksfrontpolitik vom revolutionären kommunistischen Standpunkt. Gen. Lovestone weist nach, dass die Volksfrontpolitik und zwar, sowohl in den bürgerlich-demokratischen als auch in den faschistischen Ländern, in striktem Widerspruch zu den Grundsätzen des Kommunismus steht und die Sache des proletarischen Klassenkampfes schädigt. Wir lassen hier in der Übersetzung ein Kapitel aus der Schrift des Gen. Lovestone folgen:

"Das scheinbar eindrucksvollste Argument zugunsten der Volksfrontstrategie und ihres Ziels, einer Volksfrontregierung, ist das, dass sie die einzige Alternative gegenüber dem Faschismus sei. Das war der Haupttrumpf der französischen FF bei der Rechtfertigung ihrer schamlosen Politik der Stiefelleckerei gegenüber den Führern der Radikalen, wie Daladier u. Chautemps, der Aufforderung an die Arbeiter auf Streiks zu verzichten, der Abstimmung für das "bedingte" Verbot der Freiwilligentransporte nach Spanien, ihrer ekelerregenden Lobhudelei für die bürgerliche Gesetzlichkeit und Ordnung, ihres Konkurrenzkampfes mit Oberst de la Rocque in bezug auf Patriotismus, ihres glühenden Eintretens für die Normalisierung der gegenwärtigen (kapitalistischen) französischen Wirtschaft.

Es gibt nicht die geringste Berechtigung für die Anklage, dass eine revolutionäre Opposition gegen eine Volksfrontregierung indirekt dazu führe, eine Rechtsregierung zu bevorzugen oder hinzunehmen. Möge niemand vergessen, dass



die Blumregierung nur eine bürgerliche Regierung ist. Die wirkliche Frage lautet: welcher Art von Regierung kann ein Arbeiter Loyalität geloben ohne den Klassenkampf aufzugeben?

Wir dürfen niemals die Tatsache ausser acht lassen, dass die Kapitalistenklasse ihren grössten Erfolg und ihre Sicherheit durch die Existenz einer Arbeiterbewegung erlangen würde, die gefügig ist, die sich an die Regeln der kapitalistischen Gesetzmäßigkeit und Ordnung hält, die an die Spielregeln gebunden ist, welche die Regierung der besitzenden Klasse festlegt. Offensichtlich würde die besitzende Klasse es vorziehen, dass die Arbeiterbewegung sich in dieser Weise verhält, ohne dass es schwere Auseinandersetzungen und klassenkämpferischen Widerstand gibt. Die Kapitalistenklasse als solche greift nicht zum Faschismus, weil sie ihn liebt. Sie würde es vorziehen, eine gefügige Arbeiterbewegung zu haben oder zu bekommen, ohne zum Faschismus Zuflucht zu nehmen, denn in einem faschistischen Regime gibt es für die Bourgeoisie gewisse Unkosten und Gefahren.

Es kann eine Regierung geben (wie es sie schon gegeben hat), eine bürgerliche Regierung, eine kapitalistische Regierung, die aber keine faschistische Regierung ist, und für die die Arbeiterbewegung keinerlei Verantwortung trägt, auf die die Arbeiterbewegung einen Druck ausüben kann, um gewisse Konzessionen und Rechte zu erlangen. Eine solche Regierung, die unter dem parlamentarischen und ausserparlamentarischen Druck der Massen steht, braucht nicht die Aufgabe des Streikrechts der Arbeiterklasse nach sich ziehen noch die Vollmacht zu bekommen, der kommunistischen Bewegung das Herz auszuschneiden oder jede unabhängige Aktivität der Arbeiterklasse auf der Basis eines unechten Bündnisses à la Volksfront zu demoralisieren. Worauf wir - ohne Einschränkung - bestehen, das ist, dass die Arbeiterklasse nicht ihr Recht und ihre Fähigkeit, zu einer unabhängigen Aktion der Arbeiterklasse ihre Zuflucht zu nehmen, abgegeben darf.

Wir müssen immer als unumstößlichen Grundsatz vor Augen haben, dass in keinem imperialistischen Land eine Regierung des Vertrauens oder der Unterstützung des Proletariats würdig ist. Ebenso dürfen wir nie unser Recht abtreten, auf den Druck der Arbeiterklasse auf bürgerliche Regierungen, da das der entscheidende Faktor in der Entwicklung der Rolle der Arbeiterklasse im Klassenkampf ist. Geben wir dieses Recht auf, wie das im wachsenden Masse von der kommunistischen Partei in Frankreich getan wird, so sind wir nicht mehr eine Kraft, die fähig ist, die Massen nach links, in den revolutionären Kampf, in den Kampf gegen den Kapitalismus zu führen. In letzter Hinsicht ist es nur ein solcher Massendruck oder die reale Drohung einer solchen ausserparlamentarischen Aktion, die für die Arbeiter etwas an Konzessionen oder Fortschritt herauszuholen vermag. Im Klassenkampf ist es, wie in jedem anderen Krieg, Macht und nicht Selbstentwaffnung, die zählt. Ein Bündnis mit einem Teil der feindlichen Klasse, um einen "reaktionären" Teil derselben Klasse hintanzuhalten, muss unvermeidlich den Kampf der Arbeiterklasse entmannen und so die Bourgeoisie als Ganzes zu beständigen Vorstössen ermuntern.

Diese Politik der aktiven Unterstützung einer kapitalistischen Regierung zu dem Zweck eine andere, die schlimmer wäre, zu verhindern, ist keine neue Politik für die Arbeiterbewegung. Es ist die verfluchte Politik des "kleineren Übels", die die deutsche Sozialdemokratie eine ganze Zeitlang betrieben hat. Im Gefolge dieser Politik unterstützten die deutschen Sozialdemokraten zunächst die Brüningregierung mit ihren Notverordnungen, um eine Regierung von Papen zu verhüten, dann nahmen sie von Papen hin, um Schleicher zu verhüten, dann begannen sie für Schleicher zu beten, um Hitler zu entgehen. Es dauerte nicht lang, bis die Sozialdemokraten - in konsequenter Durchführung ihrer Politik - versuchten, mit Hitler als Partner zu einem Abkommen zu gelangen und sogar später, als er alleiniger Machtinhaber war, Geschäfte mit ihm zu machen. Diese Politik der Hinnahme u. Unterstützung der verschiedenen bürgerlichen Regierungen - jedesmal mit der Begründung, dass sie das kleinere Übel im Vergleich zu der anderen kapitalistischen Regierung, die ihr folgen würde - führte unvermeidlich und beständig zu immer Schlimmerem und sicherte das Eintreffen des Schlimmsten - des Hitlerregimes.

ermahnt  
Bei jeder Etappe hat die deutsche Sozialdemokratie die Arbeiter, von Kämpfen abzusehen u. Konzessionen zu machen und Opfer zu bringen, um eine schlimmere Regierung und so grössere Opfer zu vermeiden. Was wirklich dadurch geschah, war, dass die Arbeiter sich systematisch selbst entwaffneten, indem sie aufhörten, selbständige Klassenaktionen zu führen. Als Resultat ergab sich, dass sie beständig unter schlimmeren Regierungen u. schlimmerer Behandlung zu leiden

hatten, bis unerbittlich das Schlimmste kam, der Faschismus. Das ist auch in Frankreich die Gefahr, trotzdem oberflächlichen Schein und den gegenteiligen Behauptungen, die wir einstweilen zu hören bekommen. Diese Gefahr ist in Frankreich besonders akut, weil im Gegensatz zu Deutschland die Kommunisten dort ebenfalls das schändliche Spiel des "kleineren Übels" spielen."

-o-o-o-o-o-o-o-o-

Für die Verteidigung der POUM:

DIE HETZE GEGEN DIE POUM FEIERT NEUE TRIUMPHE.  
oo

Eine ganze Zeit schien es, als ob die Hetze der KI und ihrer Sektionen gegen die POUM infolge ihres Misslingens eingestellt worden wäre. Jetzt aber wird diese Hetze erneuert und mit vergrößerten Geschossen wieder aufgenommen.

In der "Rundschau" Nr. 16/1937 sucht ein Carlo D. am Beispiel der POUM nachzuweisen, dass die Trotzlisten allerorts, also auch in den demokratischen Ländern zu solchen Taten fähig sind, wie sie ihnen in der SU durch den Moskauer Trotzlistenprozess nachgewiesen worden sein sollen. Dadurch sollen die Feststellungen des Moskauer Trotzlistenprozesses erhärtet und die Zweifler von deren Richtigkeit überzeugt werden.

Der Skribifax Carlo gibt sich gar keine Mühe nachzuweisen, dass die POUM eine trotzkistische Organisation ist. Er setzt dies - weil dies ihm so behagt und so in seinen Kram passt - einfach als gegeben voraus. Unsere Leser kennen die Erklärung Trotzki's gegen die POUM, die von Trotzki des Zentrismus angeklagt wird. Der "saubere" Carlos schwoigt diese Erklärung Trotzki's gegen die POUM tot. Warum? Weil sie seine Dispositionen durcheinander bringen würde und ihn an der Ausführung seines schuftigen Auftrages hindern würde. Der liebe Mann übersieht aber völlig, dass ausser ihm noch andere Leute die Trotzki'sche Erklärung gegen die POUM kennen und Trotzki bereits bewiesen hat, dass er nichts mit der POUM zu tun hat und zu tun haben will. Folglich gegen die von Carlo erfundenen und zurecht gestutzten "Verbrechen" der POUM garnicht zu Lasten Trotzki's und der Trotzlisten, was doch das Schreiberlein mit seinem Erguss in der "Rundschau" gegen die POUM zu erreichen sucht. Andererseits kann die POUM sehr überzeugend beweisen, dass sie mit Trotzki u. dem Trotzismus nicht verbunden ist, wohl aber mit der englischen ILP und mit der SAPD, wovon die erstere mit der KP-Englands Einheitsfront macht und die letztere mit der KPD, Georg Bernhard, Breitscheid usw. im deutschen Volksfrontkomitee sitzt und Volksfrontpolitik gegen Hitler macht.

Wenn also die POUM, die sich - nach Carlo D. - in ihrer sozialen "Basis" nicht wesentlich von der faschistischen Bewegung in Italien u. Deutschland in ihrer Entstehungszeit unterscheidet, denn "Alle (er C.D.) wissen, dass die "Kräfte" der POUM sich in der Hauptsache aus wirklichen getarnten Faschistenpaus wildgewordenen Kleinbürgern und Lumpenproletariern aller Art zusammensetzen" - das ist, was dieser traurige Wicht ohne den Funken eines Beweises zusammenphantasiert; dann würde das ZK der KPD und der KPE mit den Kumpanen der Kumpane Francos, d.h. mit Trotzki'schisten, zusammenarbeiten. Wenn man mit der "Logik" und "Beweiskraft" des Rundschauarbeiters Carlo D. arbeiten wollte, könnte man von dieser "Basis" aus zu geradezu erschütternden Schlüssen über die Führung der KPD und der KPE gelangen; dann könnte man einen ganzen Rattenschwanz von übertriebenen Verdächtigungen u. Verleumdungen als Ergebnis ans Tageslicht ziehen.

Man nehme nur zur Kenntnis was dieser Wicht Carlo D. über den Kampf der POUM für eine Arbeiter- und Bauernregierung auf der Basis der konstituierenden Versammlung auf der Grundlage der Komitees der Arbeiter-, Bauern- und Kämpfenden zu schreiben wagt:

"Ist es erlaubt, dass man mit Rücksicht auf die sogenannte "Gedankenfreiheit" diesen Komplizen Francos (Der POUM) gestattet, praktisch eine Diktatur nach dem Muster Hitlers u. Mussolinis in Katalonien vorzubereiten?"

Der Produzent solcher Geistesleistungen wagt sich Kommunist zu nennen. Jeder, der den Versuch unternehmen würde, die proletarische Diktatur in der Sowjetunion als eine Diktatur nach dem Muster Hitlers u. Mussolinis zu bezeichnen, würde von uns ohne weiteres als gemeingefährlich böswillig oder als idiotisch dargestellt. Carlo D. mag seiner Bezeichnung gegenüber der POUM selbst entscheiden, in welche Kategorie von Irren er eingereiht werden will. Die kommunistischen Arbeiter aber mögen dafür sorgen, dass ihr Nest nicht von solchen Wichten beschmutzt wird.



Der Leitung der KPdSU und der Redaktion der "Rundschau" aber ist zu empfehlen sich solch zweifelhafter Trotzkiistentäter zu entledigen, denn sie sind nur geeignet den Kampf gegen den wirklichen Trotzkiismus zu diskreditieren.

-o-o-o-o-o-

#### ZUR LAGE AN DER ARAGONFRONT.

oooooooooooooooooooooooooooo

Um ihrer Hetze gegen die POUM, die kommunistische Verhut der spanischen Arbeiterklasse, und gegen die revolutionären Bestrebungen der anarchistischen Arbeiter einen Schein von Berechtigung zu verleihen, weisen die Fürsprecher der Volksfrontpolitik in Spanien, in erster Linie die KP-Spaniens, auf die "Untätigkeit" der Aragonfront hin, die hauptsächlich von Milizen der CNT und der POUM besetzt ist. Aber wenn es an der Aragonfront noch zu keinen größeren Angriffsaktionen der antifaschistischen Truppen gekommen ist, so ist daran die Politik der von der KP-Spaniens u. ihrer katalonischen Sektion, der PSUC, unterstützten und beeinflussten Regierungen von Valencia u. Barcelona schuld, nicht aber die POUM u. die CNT (oder die CNT nur insoweit, als sie nach wie vor trotz ihren Bedenken durch ihre Minister an der Politik dieser Regierungen beteiligt ist). Die POUM fordert seit längerer Zeit eine Offensive an der Aragonfront und verlangt, dass zu diesem Zwecke der systematischen Sabotage der Belieferung dieser Front mit Waffen ein Ende gemacht wird. Auch von anarchistischer Seite ist im Hinblick auf eine antifaschistische Offensive an der Aragonfront wiederholt die Forderung der "gleichen Bewaffnung" aller Fronten erhoben worden. Die KP-Spaniens und ihre Bundesgenossen in der Volksfront vertreten die Losung, dass vor allem der Krieg gewonnen werden müsse; in bezug auf die Aragonfront scheint ihnen aber ihre politische Gognerschaft gegen die Kämpfer der POUM und der Anarchisten, die nicht eine "solde parlamentarische Demokratie", sondern den Sozialismus wollen, allen anderen Erwägungen voraufzugehen. Der anarchistische "Libetaire" vom 15. April bringt folgende folgende Schilderung der Lage an der Aragonfront, die keines weiteren Kommentars bedarf:

"Der Angriff auf Belchite im September 1936 ist von den Hundertschaften der Kolonne Ortiz-Ascaso u. von der internationalen Gruppe "Puigcerda" mit 40 Patronen pro kämpfenden Milizionär geführt worden. Die Verteidigung von Farlete Anfang Oktober 1936 ist von den Hundertschaften der Kolonne Durruti u. der anarchistischen internationalen Gruppe gesichert worden. Etwa hundert Leute aus dieser Gruppe mussten in Pina bleiben, weil sie keine Gewehre hatten. Bei einer Expedition jenseits des Ebro, die organisiert worden war, um einen BRückenkopf einzurichten, der den Transport der Hundertschaften der Kolonne Durruti ermöglichen sollte, mussten etwa 50 Milizionäre der internationalen Gruppe einen Angriff der Falangisten, die ihnen zahlenmäßig drei bis viermal überlegen waren, zurückschlagen. Für diese Operation standen ihnen an automatischen Waffen nur zwei Maschinengewehre zur Verfügung, die infolge ihrer Abnutzung u. ihrer häufigen Reparatur bei dem ersten Hagel von Geschossen unbrauchbar wurden. Nach der Einnahme von Siétamo begab sich eine Delegation der Verstärkungsabteilung der Kolonne Durruti zu dem Obersten Villalba, dem verantwortlichen Führer der Huescafront, und schlug ihm die Unterstützung der Abteilung zum Zwecke der Einnahme von Huesca vor. Villalba antwortete uns, dass "die CNT nicht als erste in Huesca einmarschieren könnte." Nach Barcelona zurückgekehrt, wurde der Oberst von den Kommunisten zum General in Malaga ernannt. Man kennt die Folgen...

Das sind Beispiele, die zeigen, wo man die Verantwortlichen für die "Faulheit" der Aragonfront zu suchen hat. Die Kolonne Durruti befindet sich heute mit einer erbarungswürdigen Bewaffnung vor Peratguerra, 12 Kilometer von Saragossa entfernt. Um die Stadt einzunehmen, sind notwendig: Artillerie (die Kolonne verfügt nur über eine wenige Batterien und fast keine Geschosse), Tanks (sie besitzt nur einige Panzerwagen), Munition, Flugzeuge (es sind keine Front, die von Belchite bis Jaca geht, nur 12 Flugzeuge).

-o-o-o-o-

#### Die britische Blockade Bilbaos.

====

Dass es sich um die britische Blockade Bibaos handelt, wird durch zwei Tatsachen bestätigt: 1. dass das Schiff des Kapitäns "Kartoffel-Jones" nicht von Rebellen, sondern von britischen Kriegsschiffen verhindert wurde, in den Hafen von Bilbao einzulaufen; 2. dass praktisch bewiesen worden ist, dass die Behauptung von den Minen im Hafen von Bilbao, die von der britischen Regierung aufgestellt wurde, um die "tatsächliche" Blockade zu begründen, nicht zutrifft.





In der Filature et Tissage de la Cité sind die Textilarbeiter spontan in den Streik getreten, um sich gegen die verstärkt und immer raffinierter angewandten Ausbeutungsmassnahmen der Direktion zur Wehr zu setzen. Sie hatten den Betrieb besetzt. Der Präfekt, der zur Regelung des Streitfalls angerufen wurde, forderte die Räumung des Betriebs, was von den Arbeitern angenommen wurde. Darauf kam die Angelegenheit vor die départementale Schiedskommission. Der Patron teilte aber nach Räumung des Betriebes durch die Belegschaft mit, dass sie durch den Streik den Kollektivvertrag gebrochen hätten und sich deshalb als entlassen zu betrachten hätten. Aus dem gleichen Grunde weigerte sich der Patron vor dem Schiedsgericht zu erscheinen.

Darauf erklärten sich die Arbeiter auf eine Anfrage des Präfekten bereit, die Arbeit restlos wiederaufzunehmen, wenn sämtliche Arbeiter und Arbeiterinnen wieder eingestellt würden. Die Direktion der Filature et Tissage lehnte auch diesen Vermittlungsvorschlag ab. Darauf beschlossen die Delegierten der Mülhauser Textilbetriebe für Freitag, den 16. April vormittags zwischen 10 Uhr in sämtlichen Mülhauser Textilbetrieben einen ersten Warnungs- und Solidaritätstreik durchzuführen.

Es zeigte sich, dass die Direktion der Filature et Tissage im Einvernehmen mit der Association Patronale handelte, denn die Unternehmer beantworteten den Proteststreik mit einem Verbot der Weiterarbeit am Vormittag, also mit einer befristeten Aussperrung.

Die Lage ist also so, und das gibt der Unternehmeraktion bei der Filature ihre prinzipielle Bedeutung, dass das Patronat die Aktion der Direktion der Filature et Tissage de la Cité deckt und an diesem Falle ein Exempel statuieren will, das, wenn es gelingt, dann seine Weiterungen in anderen Betrieben sein soll.

Die Mülhauser Betriebsdelegierten der Textilarbeiter haben in ihrer Entschliessung zum Proteststreik bereits zum Ausdruck gebracht, dass der Hauptvorstand des Elsassischen Textilarbeiterverbandes weitere und schärfere Massnahmen ins Auge zu fassen habe, falls sich nach dem Proteststreik die Haltung der Association Patronale und besonders die Haltung der Leitung der Filature et Tissage nicht ändern sollte.

Die Textilarbeiter dürfen sich durch die Gegenaktion des Patronats nicht einschüchtern lassen und dürfen ihre Solidaritätsaktion für die Belegschaft der Filature nicht einstellen. Sie müssen darauf bestehen, dass die Worte ihres Hauptvorstandes wahr gemacht werden, wonach der Verband nicht zulassen wird, dass der Kollektivvertrag vom 1. September durch gewisse Fabrikanten weiter als einen Fetzen Papier behandelt wird. Bei ihrer Aktion dürfen sie nicht auf ihre Kampfmittel, einschliesslich der Betriebsbesetzung verzichten.

-O-O-O-O-O-O-O-

#### EIN JAHR VOLKSFRONT IM HOTEL LUTETIA.

oo

Kürzlich wurde im Pariser Hotel Lutetia eine Konferenz für die Volksfront in Deutschland abgehalten, nachdem die Volksfrontpolitik für Deutschland nunmehr rund ein Jahr proklamiert worden ist.

Tatsächlich gibt es in Deutschland nichts von einer Volksfront. Die "Volksfront" existiert nur im Pariser Hotel Lutetia.

Selbst die Masse der emigrierten mehr oder weniger liberalen deutschen Bourgeoisie steht der Volksfront praktisch ablehnend gegenüber. Sie hat bis heute für ein antifaschistisches Emigrantenblatt keinen roten Heller aufgebracht, wie jetzt in dem Verfahren über die Angelegenheit des "Pariser Tagblattes" offiziell festgestellt worden ist.

Im Übrigen wird die Tatsache, dass heute nach einem Jahr von einer Volksfront in Deutschland nichts vorhanden ist, in seiner Weise von den Inspiratoren dieser Geschichte selbst zugegeben. Münzenberg sagte auf der genannten Konferenz:

"Der Volksfrontausschuss, der die Aufgabe hat, die Entwicklung der freiheitlichen Volksbewegung ... zu fördern u. zu entwickeln, muss die nächsten innen- und aussenpolitischen Ziele dieses Kampfes konkretisieren u. er muss beginnen eine politisch handelnde und nicht nur beratende Körperschaft zu sein."

Womit also zugegeben ist, dass dieser Ausschuss nichts als Reden von sich gegeben hat.

Erscheint wöchentlich.

Bezugspreis: Monat Frs. 2.-

Einzelnummer: 50 Centimes.

# ARBEITER POLITIK

Organ der kommunistischen Partei - Opposition Elsass (Section der IWK)

Nr. 18/IV. Jahrgang.

Erste Maiwoche 1937.

## WARUM DIE RADIKALEN IN DER VOLKSFRONT BLEIBEN.

oo

Einige Abgeordnete von Paris, die den Rechtsparteien angehören, haben an den Vorsitzenden der radikalsozialistischen Kammerfraktion Campinchi einen Brief geschrieben, in dem sie verlangten, die radikale Partei solle Massnahmen zum Schutze von Streikbrechern u. sonstigen gelben, faschistischen Unternehmerkreuren ergreifen. Campinchi's Antwort auf diesen Brief wurde in der ganzen Presse veröffentlicht u. von der SFIO und der KPF begrüsst, weil sie ein erneutes Bekenntnis zur Volksfront darstelle. In seinem Brief an die Pariser faschistischen und halbfaschistischen Kammerabgeordneten spricht Campinchi ziemlich ungeschminkt aus, weshalb die Radikalen in der Volksfront bleiben. Er sagt:

"Inbezug auf die Fragen, die in Ihrem Briefe gestellt werden, war die radikale Doktrin stets fest: Freiheit, Eigentum, Autorität, Reformen, die so kühn wie möglich sind, ständige Sorge um die höchsten Interessen des Landes im Rahmen der Legalität. Die Erklärung unserer Kongresse, die Reden unserer Führer, unsere ständige Propaganda haben den Missbrauch des Streiks, die illegalen Betriebsbesetzungen, die Störungen der Freiheit der Arbeit, die Verletzungen der Versammlungsfreiheit, die Langsamkeit der Arbeiten der Weitausstellung verurteilt. Sie sagen, das seien Worte und prinzipielle Verurteilungen. Pardon! Was schlagen Sie vor? Dass man Maschinengewehre vor die Betriebe stelle und dass die Ordnung in Paris herrsche, wie vor 100 Jahren in Warschau? Niemand denkt daran... Wenn gewaltsame Lösungen nicht in Frage kommen, wie soll die Ordnung gewahrt werden, wenn nicht durch die tiefe Anhänglichkeit der Massen und ihr immer klareres Bewusstsein für ihre Pflicht? Eine politische Erziehung ist zu leisten, nicht aber sind Gewalttätigkeiten zu verüben. Der Ministerpräsident hat bereits feierlich die notwendigen Worte vernehmen lassen. Vielleicht wird er geneigt sein, es in einer noch eindringlicheren Weise zu tun, indem er die ausserordentliche Autorität ausnutzt, die er bei der Arbeiterklasse genießt."

Die radikale Kapitalistenpartei ist also für die Volksfront, weil sie darin das Mittel sieht, um mit Hilfe der an der Volksfront beteiligten Arbeiterorganisationen die Arbeiter zur freiwilligen Unterordnung unter die Interessen des Kapitals, zum freiwilligen Verzicht auf den Klassenkampf zu veranlassen. Clichy hat überdies gezeigt, dass den Beteuerungen Campinchi's zum Trotz auch unter der Volksfrontregierung auf Arbeiter geschossen wird. In seinem Brief legt der Führer der radikalsozialistischen Volksfrontpartei ein förmliches Bekenntnis zu den Forderungen des kapitalistischen Scharfmachtums ab. Er wendet sich gegen den "Missbrauch" der Streikwaffe durch die Arbeiter, d.h. gegen alle Streiks, die die Profite des Kapitals ernsthaft bedrohen, gegen Betriebsbesetzungen. Er spricht sich für die "Freiheit der Arbeit" aus, d.h. für die Freiheit des Streikbruchs, für die Freiheit der Betätigung der faschistischen und sonstigen gelben Organisationen in den Betrieben, für die Freiheit der Unternehmer, gewerkschaftliche Militanten nach Belieben zu entlassen. Campinchi wendet sich gegen die "Verletzungen der Versammlungsfreiheit", worunter nichts anderes zu verstehen ist, als dass er die faschistischen Ligen gegen die Arbeiter, die den Banden de la Rocques u. Dorciots das Handwerk legen wollen, in Schutz nimmt. Campinchi macht schliesslich auch die



Hetze gegen die Bauarbeiter der Weltausstellung mit.

Das ist der berufene Sprecher der radikalsozialistischen Volksfrontgenosse. Die "Humanité" und der "Populaire" sind, wie gesagt, über die Anhänglichkeit Campinchi an die Volksfront sehr erfreut. Die Arbeiter der KPF u. der SFIO sollten aus der Erklärung Campinchi den Schluss ziehen, dass die Volksfrontpolitik für das Proletariat verderblich ist. Gerade aus denselben Gründen, aus denen heraus die Radikalen für die Volksfront sind, müssen die Arbeiter gegen die Volksfront sein.

-o-o-o-o-o-o-o-o-o-

MILLIARDEN FÜR DIE AUFRÜSTUNG, ABER KEIN GELD FÜR DIE ARBEITSBESCHAFFUNG  
 ooo

Trotz der offiziellen u. offiziellen Reklame ist der Konjunkturaufschwung in Frankreich noch recht schwächlich. Ausserhalb der Industriezweige, die von den erhöhten Rüstungen profitieren, ist noch keine wesentliche Vermehrung der Beschäftigung eingetreten. Die Bauarbeiter der Pariser Weltausstellung, die man durch einen Druck der Behörden, durch eine organisierte Hetzpresse der bürgerliche Presse usw. zu erhöhter Arbeitsleistung anzutreiben versucht haben z.B. mit der grössten Wahrscheinlichkeit damit zu rechnen, dass sie nach Beendigung des Baues der Ausstellung auf dem Pflaster bleiben und keine neue Arbeit finden. Unter dem Druck der Massen hatten die Gewerkschafter am vorigen Samstag, den 24. April, Kundgebungen veranstaltet, in denen u.a. die Einführung der Altersunterstützung und grosse öffentliche Arbeiten zum Zwecke der Arbeitsbeschaffung verlangt wurden. Jouhaux forderte die Auflegung einer Zehn-Milliarden-Anleihe zur Finanzierung der öffentlichen Arbeiten.

Die Regierung denkt nicht daran, derartige Forderungen zu erfüllen. Entsprechend ihrer Politik der "Pause" u. den Garantien, die sie dem Kapital bei der Auflegung der letzten Rüstungsanleihe gegeben hat, lehnt sie es ab, Gelder zu anderen Zwecken zur Verfügung zu stellen als für Rüstungen u. ähnliche Dinge, die dem Grosskapital Gewinn bringen. In seiner Rede, die er am 28. April vor der Finanzkommission der Kammer hielt, erklärte der Finanzminister Vincent Auriol u.a., dass die Regierung keine anderen Anleihen ausser den noch ausstehenden Tranchen der Rüstungsanleihe aufzulegen beabsichtige. Die CGT hat schon seit längerer Zeit vorgeschlagen, die Arbeitsbeschaffung evtl. durch die Schaffung einer staatlichen Rückversicherungskasse zu finanzieren, bei der die Versicherungsgesellschaften ihre Abschlüsse obligatorisch rückzuversichern hätten. Das wäre eine Art von Zwangsanleihe bei den Versicherungsgesellschaften. Vincent Auriol erklärt nun, dass die Regierung jede Art von Zwangsanleihe ablehne, weil das den Interessen der Nation, lies der Kapitalisten u. der werktätigen Klassen (!) zuwiderlaufen würde. Mit der Erklärung, dass die Werktätigen darunter leiden würden, wenn man die millionenstarken Versicherungsgesellschaften zwänge, einen Teil der Riesensummen, über die sie verfügen, zum Zwecke der Arbeitsbeschaffung vorzustrecken, beweist Vincent Auriol, dass er die Anweisungen seiner neu eingesetzten Vormünder Rist und Rueff gehorsam befolgt. Auriol erklärte ferner, dass die Regierung bei der Durchführung des Volksfrontprogramms mit den finanziellen Möglichkeiten zu rechnen habe, das bezieht sich vor allem auf die Altersunterstützung. Auch der Arbeitsminister Lebas hat dieser Tage erklärt, dass die Einführung dieser Massnahme einstweilen zu viel Geld kosten würde.

Es ist ganz klar, weshalb das Kapital eine grosszügige Arbeitsbeschaffung für gemeinnützige Zwecke ablehnt. Das würde nicht nur die Entfaltung einer Rüstungskonjunktur stören, sondern gemeinnützige Arbeiten, der Bau von billigen Wohnungen u. andere Massnahmen, die der Verbesserung der Lebenshaltung der breiten Massen dienen, würden gleichzeitig den Druck der Unternehmer auf die Löhne der Arbeiter erschweren. Es ist charakteristisch, dass die Regierung Blum, die eine wirkliche, grosszügige Arbeitsbeschaffung ablehnt, jetzt mit Massnahmen kommt, die unter der Firma des Kampfes gegen die Arbeitslosigkeit einen weiteren Druck auf das Einkommen der Arbeiter mit sich bringen. So sollen jetzt die Hausbesitzer die Möglichkeit erhalten, die Mieten zu steigern, falls sie Reparaturen vornehmen. Das ist eine Sorte Arbeitsbeschaffung, die Spinasse den deutschen Nazis abgesehen hat. Dabei sind die Mieten so ungefähr der einzige Posten im Ausgabenbudget der Arbeiter, der seit dem vorigen Jahre nicht gestiegen ist.

Wenn die Arbeiterschaft den Widerstand der Kapitalisten und der Regierung gegen die Einführung der Altersversicherung, gegen Massnahmen zum Zwecke der Arbeitsbeschaffung usw. brechen will, dann muss sie einen mächtigen ausserparlamentarischen Druck entfalten. Mit blossen frommen Wünschen im Rahmen der Volksfrontpolitik werden die Arbeiter nicht weiterkommen.

-o-o-o-o-o-o-o-

TROTZKI UND DIE SPANISCHE REVOLUTION.  
 ooo

Während des bisherigen Verlaufs der spanischen Revolution haben die Trotzkiisten nicht nur die spanische Volksfrontpolitik u. die Volksfrontparteien, sondern vor allem auch die POUM und ihre Politik angegriffen. Sie setzen damit nur die Haltung fort, die Trotzki von Anfang an gegenüber der POUM eingenommen hat und die sich durch ein absolutes Unverständnis für die Bedeutung, die Rolle und die Aufgaben der POUM auszeichnet.

Im Jahre 1931, kurze Zeit, nachdem Maurin den Arbeiter- u. Bauernblock gegründet hatte, veröffentlichte Trotzki in der trotzkistischen Presse Artikel, in denen er die Politik der POUM als "eine Mischung von kleinbürgerlichen Vorurteilen, Unwissenheit, Provinz-"wissenschaft" und politischer Gerissenheit" bezeichnete. Als wichtigste Aufgabe wies er den spanischen Trotzkiisten zu, "den politischen Vulgarismus des Maurinismus zu denunzieren. Darin darf es für uns kein Erbarmen geben."

Trotzkis Kritik verschärfte sich noch, als die spanische Gruppe der "linken Kommunisten" unter Führung von Nin und Andrade mit ihm brach, sich mit dem Arbeiter- u. Bauernblock Maurins verschmolz und als so eine neue gemeinsame Organisation, die POUM entstand. Zu dieser Verschmelzung schrieb Trotzki:

"Mit einer richtigen Politik könnte die "Kommunistische Linke" als Sektion der IV. Internationale heute an der Spitze des spanischen Proletariats sein. Anstatt dessen vegetiert sie in der konfuse Organisation eines Maurin - ohne Programm, ohne Perspektive, ohne irgendeine politische Bedeutung. Die marxistische Aktion in Spanien beginnt mit der unerbittlichen Verurteilung der ganzen Politik der Andrés Nin u. Andrade, die nicht nur falsch, sondern verbrecherisch war und bleibt." (Was müssen die Bolschewiki-Leninisten in Spanien tun? Brief an einen spanischen Genossen". 12. April 1936.)

In demselben Artikel charakterisierte Trotzki den Genossen Maurin folgendermassen:

"Maurin scheint die Verkörperung selbst eines behenden, oberflächlichen und wankelmütigen revolutionären Kleinbürgers zu sein. Er studiert nichts, er versteht wenig und er stiftet um sich herum nur Verwirrung."

Man beachte, dass Trotzki dieses erstaunliche Urteil über die POUM noch im April 1936 fällte. Drei Monate später konnte selbst ein Blinder sehen, dass Trotzkis Kritik der POUM auf alles anderem, nur nicht auf Tatsachen beruhte, denn es zeigte sich jetzt, dass dieselbe Organisation, die Trotzki als "konfus", "ohne Programm", "ohne Perspektiven" und "ohne irgendeine politische Bedeutung" geschildert hatte, die einzige in Spanien ist, die ein klares revolutionäres Programm u. revolutionäre Perspektiven hat u. dass ihre Rolle von entscheidender Bedeutung für die spanische Revolution ist. Was Trotzkis Geschimpfe über Maurin betrifft, so glauben wir, dass es sich erübrigt, das revolutionäre Andenken des von den Faschisten Ermordeten gegen Trotzki zu verteidigen. Wir wollen nur darauf hinweisen, dass es Maurin ist, dem wir die beste Analyse der spanischen Revolution verdanken (in seinen beiden Büchern: "La revolución española, de la monarquía absoluta a la revolución socialista" (Madrid 1932) und "Hacia la segunda Revolución" (Barcelona 1935) + (siehe unten). Wenn die POUM heute die politische Avantgarde des spanischen Proletariats bildet, so verdankt sie das in erster Linie der theoretischen, politischen u. organisatorischen Arbeit Maurins. Als Marxist u. Kommunist war Maurin zugleich ein entschiedener Gegner des Trotzkiismus u. führte einen scharfen Kampf gegen dessen ultralinken Opportunismus, -daher Trotzkis Hass.

+ "Die spanische Revolution, von der absoluten Monarchie zur sozialistischen Revolution" und "Der zweiten Revolution entgegen".



Bei seinen Anklagen gegen die POUM stützte sich Trotzki auf das Abkommen, das die POUM bei den Wahlen von Februar 1936 mit den Volksfrontparteien abgeschlossen hatte. Trotzki beschuldigte und beschuldigt sie noch heute deswegen des "Verrats" an der proletarischen Revolution u. unterstellte der POUM, sie sei damit zu einer Anhängerin der Volksfrontpolitik geworden. In Wirklichkeit handelte es sich bei diesem Abkommen um eine wahltechnische Regelung. Drei Monate vor den Wahlen hatte die POUM der sozialistischen und der kommunistischen Partei die Bildung eines gemeinsamen Arbeiterblocks für die Wahlen vorgeschlagen. Sie erhielt nicht einmal eine Antwort. Statt dessen schlossen die sozialistische u. die kommunistische Partei mit den bürgerlichen Republikanern eine Volksfront und begannen mit ihnen über das Wahlprogramm und die Verteilung der Kandidaturen zu diskutieren. Bei dem spanischen Wahlgesetz wären Sonderkandidaturen der POUM erfolglos geblieben u. von den Massen, die durch ein einheitliches Vorgehen der Arbeiterparteien einen Wahlsieg und durch ihn vor allem die Amnestie für die 30 000 eingekerkerten Oktoberkämpfer erwarteten, übel vermerkt worden. So entschloss sich die POUM, dem Wahlabkommen der Volksfrontparteien beizutreten. Dieses Zusammengehen mit der Volksfront war aber nicht nur zeitlich (auf die Wahlen) beschränkt, sondern hinderte die POUM auch nicht, während der Wahlkampagne die Volksfrontpolitik zu kritisieren und ihren eigenen revolutionären Standpunkt vor den Massen darzulegen.

Was setzte nun Trotzki dem "Opportunismus" der POUM entgegen, welche revolutionäre Politik empfahl er seinen Anhängern? In dem oben erwähnten Artikel zählte Trotzki die Aufgaben auf, die die Jünger der IV. Internationale in Spanien zu erfüllen hätten. Als zentrale Aufgabe stellte er ihnen - den Eintritt in die Sozialistische Partei, in die Partei der Caballero u. Prieto, d. h. die Wiederholung derselben reformistischen Politik, die 1934 in Frankreich zum Eintritt der "Bolschewiki-Leninisten" in die SFIO geführt hatte. Hier gab Trotzki wieder einmal eine Glanzprobe seiner hohlen, radikalen Phrasensüßerei, hinter der sich sein Opportunismus verbirgt. Es gehört Trotzki's Anmaßung u. Unverfrorenheit dazu, in einem Atemzug die POUM wegen eines zeitlich begrenzten Wahlabkommens, das sie politisch in keiner Weise band, des Verrats an der proletarischen Revolution zu beschuldigen u. seinen Anhängern den Eintritt in die reformistische Partei, also die Unterstützung der Volksfrontpolitik, zu befehlen. Allerdings ist diese Forderung Trotzki's nicht befolgt worden, und zwar aus dem einfachen Grunde, weil die spanische Sektion der IV. Internationale zu der Zeit, als Trotzki ihr diese "revolutionären" Ratschläge erteilte, nur in der Einbildung von Trotzki existierte. Erst als im Verlaufe des spanischen Bürgerkrieges ausländische Trotzkiisten nach Spanien kamen, entstand dort eine - allerdings zahlenmäßig nur sehr kleine - Gruppe von Anhängern die IV. Internationale.

In unserem nächsten Artikel werden wir die Stellung Trotzki's u. seiner Anhänger zu den Problemen des spanischen Bürgerkriegs behandeln.

-o-o-o-o-o-o-o-

#### AUSSENPOLITISCHE NOTIZEN.

oooooooooooooooooooooooooooo

##### IM Bilbao.

Die scharfen Angriffe der Opposition im englischen Unterhaus verbunden mit der Empörung der Volkmeinung über die "Blockade Baldwins" gegen Bilbao haben prompt ihre Wirkung getan. Und gleichzeitig ist durch die englischen Schiffe, die nach Bilbao führen, bewiesen, dass die von der englischen Regierung angeführten Gründe, für die Effektivität der Blockade von Bilbao aus der Luft gegriffen waren. Die Lehre die sich daraus ergibt, ist, dass es für die internationale Arbeiterklasse gilt, ihren Regierungen die Zähne zu weisen, um die schlimmsten Anschläge auf das antifaschistische Spanien abzuwehren.

##### Schuschnigg in Nöten.

Als der österreichische Bundeskanzler Schuschnigg von seiner Zusammenkunft mit Mussolini aus Italien zurückkam, fand er einen Artikel Gaydas im Leibblatt Mussolinis vor, der den baldigen Eintritt der Nazis in die österreichische Regierung ankündigt. Darauf gab es starken Sturm in den Regierungssphären Wiens, einen offiziellen Protest Schuschniggs und eine italienische "Berichtigung".

Das alles ändert nichts daran, dass das Regime Schuschnigg völlig in der Luft hängt und dass Hitlerdeutschland den österreichischen Bissen verschlucken











Nach der Resolution verbleiben noch folgende Massnahmen zur Durchführung; Vervollständigung der Amnestie, Abschaffung der Ausnahmegesetze (lois scélé-rates) u. "Weiterführung" der Verwaltungsüberlegung. Die Auflösung der fasch. Ligen müsse durch "entsprechende" Massnahmen gegen die "pol. Parteien", die ihre Nachfolger sind, vervollständigt werden. Statt klar zu sagen, die PSF u. die PPF sind zu verbieten, ihre Presse zu verbieten u. ihre Führer zu verhaften, spricht man von "entsprechenden Massnahmen", worunter sich jeder das ihm wünschenswerte vorstellen kann.

Dann wird die Aufwertung der landwirtschaftlichen Produkte, beginnend beim Getreide, gefordert. Das Brot ist anscheinend noch nicht teuer genug. Mit dieser Forderung glaubt man der Demagogie der Bauernfänger Seltz u. Cie begegnen zu können. Das aber ist ein Irrtum. Den Profit von einer Politik allgemeiner Aufwertung der landwirtschaftlichen Erzeugnisse haben vor allem die Grossgrundbesitzer und die fetten Bauern, also jene, die vor allem für den Markt produzieren und fremde Arbeitskraft ausbenten. Die Arbeiterklasse aber kann sich mit diesen Schichten nicht verbinden. Sie muss die Unterstützung des kleinen Bauern und des Landarbeiters zu finden suchen und eine Politik ihnen gegenüber betreiben, die sie aus der Gefolgschaft des fetten Bauern und des Grossgrundbesitzers löst. Dazu sind andere Lösungen als die generelle Aufwertung der landwirtschaftlichen Erzeugnisse notwendig, die vor allem dem Grossbauer und dem Grosshandel zugute kommt, aber dem Arbeiter seine Lebensmittel verteuert. Wir haben hier die notwendige Politik gegenüber dem Kleinbauer und dem Landarbeiter präzisiert und verzichten daher auf eine erneute Konkretisierung der wirklichen Aufgaben der Arbeiterklasse in diesen Fragen.

Dann wird in der Entschliessung erklärt, dass noch eine Reihe von Massnahmen (Arbeitslosenunterstützungsfonds, Altersrenten, öffentliche Arbeiten) ihrer Durchführung harren. Aber in diesem Punkte wird keine kategorische Forderung erhoben, über ihre Inangriffnahme und die Aufbringung der dazu notwendigen Mittel wird kein Wort verloren. Die Losung "Die Reichen sollen zahlen" ist je zu den Akten gelegt worden u. Vincent Lauriol kommt nach der Übernahme der lavalischen Sachverständigen Rist u. Ruff nur noch die Losung "Die Reichen sollen nicht zahlen".

In der Resolution darf natürlich nicht die Warnung vor den bestellten Provokateuren ~~...~~ fehlen, die sich mit besonders radikalen Parolen u. übertriebenen Forderungen an die Arbeiterschaft heranzumachen, um wilde Streiks und Zusammenstösse (meint man damit Clichy?) hervorzurufen, die dann usw.

Die Resolution nennt die "bestellten" Provokateure nicht beim Namen. Das wäre aber sehr nützlich, um diese in letzter Zeit etwas reichlich entdeckten, aber stets in einem mystischen Dunkel bleibenden "Provokateure" ans helle Tageslicht zu ziehen. Wer sind denn diese mystischen Figuren, vor denen man im steigenden Masse zu warnen sucht, und zwar im gleichen Tempo, wie die Regierung sich des Vertrauens des Kapitals würdig zu erweisen sucht? Nach den bisherigen Erfahrungen u. den bisher erlebten Provokationen, darf man wohl sagen: Provokateure scheinen alle die zu sein, die seit der Proklamierung der Fauso und seit dem Blumschen Kotau vor dem mur d'argent, trotzdem nicht die Provokationen der Faschisten und des Kapitals gefallen lassen wollen. Wenn es sich um eine andere Kategorie von Menschen handeln sollte, mögen die Produzenten der Resolution im Interesse der Sache bitte deutlicher werden.

Am Schluss der Resolution wird der Hoffnung Ausdruck verliehen, dass die Regierung den berechtigten Wünschen u. Forderungen der Konferenz erfüllen möge, um auf diese Weise die Beseitigung der "Auswüchse der Finanz- u. Industrie-Oligarchien" zu erreichen.

Es handelt sich also nicht mehr um die Beseitigung der 200 Familien, sondern nur um deren Auswüchse.

Die Arbeiter u. die grosse Masse der Werktätigen müssen sehr aufmerksam die Politik der Volksfrontregierung beobachten und sie werden sich durch eigene Erfahrung davon überzeugen, dass selbst die Auswüchse des Monopolkapitals nur durch den energischen ausserparlamentarischen Kampf gegen das Monopolkapital und nicht durch eine Koalitionsregierung mit den Radikalen bekämpft werden können.

Erscheint wöchentlich.

Bezugspreis: Monat Frs. 2.-

Einzelnummer: 50 Cnt.

# ARBEITERPOLITIK

Organ der kommunistischen Partei - Opposition Elsass (Section der IVKO.)

Nr. 19/IV. Jahrgang.

Zweite Maiwoche 1937.

## DIE EREIGNISSE IN BARCELONA .

oooooooooooooooooooooooooooooooooooo

Zur Stunde ist es uns noch unbekannt, wie das Abkommen lautet, durch das Pressemeldungen zufolge, die blutigen Kämpfe, die am Dienstag in Barcelona stattfanden, ihren Abschluss gefunden haben sollen. Aber schon heute ist es klar, weshalb in Barcelona Arbeiterblut geflossen ist u. wen die Schuld daran trifft. Die Pariser "Humanité" und der der KPF nahestehende "Ce Soir" berichten, dass "faschistische Elemente... unter Benutzung anarchistischer Losungen" versucht hätten, "die Arbeiter gegeneinander zu hetzen", dass "unkontrollierbare Elemente" an Werke gewesen seien usw. Es ist für den politischen Tiefstand, der heute in der KI eingerissen ist, bezeichnend, dass die Zeitungen der KPF über die Ereignisse in Barcelona in einer viel verlogeneren, dümmereh u. dürftigeren Weise berichten als der Durchschnitt der bürgerlichen Presse. Dabei spricht offenbar der Umstand mit, dass die KPF sich scheut, näher auf die schmachliche Rolle ihrer katalanischen Bruderorganisation, der PSUC einzugehen.

Die blutigen Kämpfe in Barcelona wurden weder durch irgendwelche "unkontrollierbaren Elemente", noch durch geheimnisvolle "faschistische Agenten" mit anarchistischen Losungen hervorgerufen, sondern durch die konterrevolutionäre Politik der katalanischen Regierung oder besser gesagt, der Parteien, die in ihr die Mehrheit bilden, nämlich die bürgerlichen Republikaner, der sogen. Esquerra u. vor allem der PSUC. Schon vor einiger Zeit hatten diese Parteien den Versuch gemacht, die bewaffneten Sicherheitsorgane der Arbeiter zu entwaffnen u. an ihre Stelle eine Polizei von bürgerlichen Typus zu setzen, deren Mannschaften weder politisch noch gewerkschaftlich organisiert sein sollten. Die Anarchisten wehrten sich dagegen; es kam zu einer Regierungskrise. Bald nach der Bildung der neuen Regierung machten PSUC u. Esquerra einen neuen Vorstoß gegen die bewaffneten Organe der revolutionären Arbeiterschaft. Ein Führer der UGT (ungleichzeitig Mitglied der PSUC) war einem Attentat zum Opfer gefallen. PSUC u. Esquerra benutzten die Gelegenheit, um, ohne den Schatten eines Beweises in der Hand zu haben, dieses Attentat mehr oder weniger offen den Anarchisten in die Schuhe zu schieben; die Entwaffnung der revolutionären (in ihrer Mehrheit) anarchistischen Arbeiter wurde in einer Sitzung der Regierung wiederum auf die Tagesordnung gestellt. Das führende Organ der CNT, die "Solidaridad Obrera" v. 2. Mai schrieb von "Provokationen" gegen die CNT und erwähnte, dass der Plan bestehe, einen Konflikt zwischen der Arbeiterschaft u. der bewaffneten Macht, d. h. Polizei u. Armee, heraufzubeschwören. Dieselbe Nummer der "Solidaridad Obrera" enthielt auch folgenden Apell:

"Die Garantie der Revolution ist das bewaffnete Proletariat. Wer versucht, das Volk zu entwaffnen, stellt sich auf die andere Seite der Barrikade. Kein Regierungsmitglied oder Kommissar, so hochgestellt sie seien, hat das Recht zu befehlen, dass man die Arbeiter entwaffne, die mit mehr Edelmut u. Heroismus gegen den Faschismus kämpfen als alle Politiker im Hinterland, deren Unfähigkeit u. Impotenz alle kennen. Arbeiter! Niemand darf sich entwaffnen lassen, unter keinem Vorwand! Das ist unsere Anweisung: Niemand darf sich entwaffnen lassen!"

Nach den bisher vorliegenden Meldungen sind die Kämpfe in Barcelona durch



den Versuch von Polizeitruppen der katalanischen Regierung, die anarchistische Besetzung des Telephonamts zu entwerfen, ausgelöst worden. Vorher hatte die Regierung bereits eine ähnliche polizeiliche "Entwaffnungsaktion" gegen die anarchistische Organisation in Puigcerda, die dort den Grenzdienst an der französischen Grenze versah, unternommen. Schon diese Tatsachen zeigen, wie verlogen das Gerücht der KPF-Zeitungen von "faschistischen" bzw. "unkontrollierbaren" Elementen ist. Weder in Puigcerda noch im Telephonamt in Barcelona konnte es sich um "unkontrollierbare" Elemente handeln, sondern nur um bewaffnete Abteilungen anarchistischer Arbeiter, die unter der Kontrolle ihrer Organisation standen. Die revolutionären Arbeiter Barcelonas haben sich kräftig gegen den konterrevolutionären Versuch, ihnen die Waffen zu nehmen, gewehrt u. wie es scheint, mit ziemlichem Erfolg. Der "Temps", der der Lage in Katalonien einen langen Artikel widmet, ist besonders auf die anarchistische Jugendorganisation, die "libertäre Jugend" wütend, die er als die Führerin des revolutionären Widerstandes gegen die katalanische Regierung bezeichnet. Die "libertäre Jugend" hat bekanntlich ein Bündnis mit der POUM-Jugend abgeschlossen und wird von der POUM stark beeinflusst.

Das, was sich am Dienstag in Barcelona abgespielt hat, erinnert haargenau an die Praktiken der Ebert und Noske in Deutschland. Die blutigen Feldzüge Noskes waren gleichfalls von dem Bestreben diktiert, die revolutionären Arbeiter im Namen der Schaffung einer "soliden parlamentarischen Republik" zu entwaffnen. Und ebenso wie Companys u. die PSUC arbeiteten Ebert u. Noske mit der Methode der Provokationen, versuchten auch sie, die revolutionären Arbeiter als "Räuber" ("unkontrollierbare Elemente" heisst es heute) hinzustellen.

Bezeichnend für den konterrevolutionären Charakter des Vorgehens der katalanischen Regierung ist es, dass Companys während der Kämpfe in Barcelona durch Rundfunk die Truppen der Aragonfront aufforderte, aus der Front abzumarschieren u. der Regierung zu Hilfe zu kommen. Companys war also bereit, den Faschisten die Front zu öffnen, nur um mit den revolutionären Arbeitern fertig zu werden. Mit denselben Arbeitern von Barcelona, die im Juli des vorigen Jahres, als die Faschisten losschlügen, durch ihren Sieg Spanien vor dem Faschismus retteten. Diese verräterische Handlung von Companys zeigt, wie die von seinen Gleichgenossen u. auch von der PSUC u. der KPSpaniens sonst bis zur Bewusstlosigkeit wiederholte Phrase, dass vor allem der Krieg gewonnen werden müsse, praktisch einzuschätzen ist. Sie bedeutet in Wirklichkeit, dass ihre Urheber vor allem die proletarische Revolution verhindern wissen wollen u. sei es auch auf Kosten der Interessen der Kriegsführung gegen Franco.

Die Kämpfe in Barcelona haben gezeigt, wie verhängnisvoll sich die schwankende Politik der Anarchisten auswirkt; ihre Beteiligung an der bürgerlich-republikanischen Regierungspolitik der Esquerra u. der PSUC, ihre Ablehnung der Schaffung einer Arbeiter- u. Bauerregierung. Die Anarchisten sind in der jetzigen Regierung die Gefangenen derjenigen, die ihnen den Strick um den Hals legen wollen. Ein Teil der anarchistischen Führer - u. zwar derjenigen, die nicht mit den alten, durch den Bürgerkrieg jeden Tag von neuem widerlegten Formeln der anarchistischen Lehre brechen wollen - ist zu einem direkten Werkzeug der bürgerlich-republikanischen Politik geworden.

Die Verantwortung der PSUC für das in Barcelona vergossene Arbeiterblut kann nicht stark genug hervorgehoben werden. Ohne die Unterstützung durch die PSUC wären die Esquerra u. ihr Präsident Companys völlig machtlos. Die PSUC war es, die fortwährend als Sturmbock der Politik der Liquidierung der revolutionären Machtpositionen der Arbeiterschaft, des Wiederaufbaus eines "soliden" bürgerlichen Staatsapparats aufgetreten ist. Die PSUC war es, die in den letzten Wochen immer wieder eine "Regierung, die regiert", d. h. die revolutionären Arbeiter zur Räson bringt, gefordert hat. Die PSUC hat gottförmlich versucht dem Präsidenten Companys persönliche diktatorische Machtbefugnisse zuzuschauen. Die PSUC hat schliesslich den Hauptteil der Hetze gegen die POUM und die Anarchisten auf sich genommen. Dass die PSUC (u. die KPSp. im allgemeinen) so faktisch zur Vorhut der liberalen Bourgeoisie geworden ist, spiegelt sich in ihrer sozialen Zusammensetzung wider. Die Mitgliederzahlen der PSUC sind stark angeschwollen, aber in einer erheblichen Masse durch den Zulauf kleinbürgerlicher, z. T. auch kapitalistischer Elemente. In Deutschland gab es nach 1918 eine ganze Schicht von sogen. "Novembersonzialisten". Das waren reaktionäre Spiessbürger, die zur Sozialdemokratie gekommen waren, als diese zu einer Regierungspartei des deutschen Kapitals geworden war. In Spanien gehen die-

so Leute heute mit Vorliebe zur PSUC u.zur KPSp.Der von der PSUC geführten katalanischen Gewerkschaftszentrale der UGT ist jetzt ein Verband der Klein- händler u. Industriellen angeschlossen, dem u.a.kapitalistische Unternehmer angehören.Es ist klar,dass die heutige Politik der PSUC und der KPSp.der Restaurierung des Kapitalismus dient.Die Waffen,über die sie verfügen,sind die stärkste Machtposition der spanischen revolutionären Arbeiter.Wenn es der Bourgeoisie gelänge,sie zu entwaffnen,dann würde sie natürlich auch in den Betrieben wieder die für den Kapitalismus " normale" Unternehmerschaft einführen.Es ist bezeichnend,vie die an einer Restauration des Kapitalismus interessierte internationale Bourgeoisie zu den Ereignissen in Katalonien Stellung nimmt. Der energische Widerstand der Arbeiter hat die englische u. französische Regierung veranlasst, sofort Kriegsschiffe nach Barcelona zu schicken.Wo die proletarische Revolution sich rührt,sind Baldwin u.Blum nicht so zurückhaltend,wie gegenüber Franco.

Es ist eine beispiellose Schande für die KI,dass im Namen ihrer Politik in Spanien das Blut revolutionärer Arbeiter vergossen wird.Die Mitglieder der KI müssen überall auf das schärfste dagegen protestieren,dass der Name des Kommunismus u.damit auch die internationale Autorität der Sowjetunion in den Schmutz der Konterrevolution gezogen wird.

-o-o-o-o-o-c-

NACH DEM 1.MAI .  
 cccccccccccccccccccc

Bei der diesjährigen Maikundgebung in Paris zeigte es sich ganz deutlich,dam die Enttäuschung über die Tätigkeit der Volksfrontregierung u die Volksfront politik im allgemeinen in der Arbeiterschaft sehr verbreitet ist.Und im Zusammenhang damit beginnt auch eine andere Überlegung Boden unter den Massen zu gewinnen,nämlich dass es keinen Zweck hat,aus Rücksicht auf die Regierung Blum u.auf die Einheit der Volksfront auf den Kampf für die Durchsetzung der eigenen Forderungen zu verzichten.Jouhaux versuchte in seiner Mairedede gegen diese wachsende Ablehnung der arbeitgemeinschaftlichen CGT-Politik anzukämpfen u.warnte vor Versuchen,Aktionen gegen den Willen der CGT-Führer zu organisieren.Ebenso beschwornte auch Paul Faure in Juvisy die Arbeiter,die "Pause" zu respektieren.

Die Pariser Maikundgebung war als rein gewerkschaftliche Demonstration organisiert worden.Aber bekanntlich übt die KPF in der CGT der Pariser Region einen beherrschenden Einfluss aus. Sie versteht es ganz gut,ihre Losungen in den Gewerkschaften zur Geltung zu bringen.Wenn in der Pariser Maikundgebung jede Erwähnung der Endziele der Arbeiterklasse,die proletarische Revolution usw.fehlte u.statt einer kräftigen Betonung der internationalen proletarischen Solidarität nur einige sehr schüchterne Worte über Spanien unter den Losungen zu sehen waren,so liegt das daran,dass die KPF infolge ihrer Volksfrontpolitik nicht mehr an solche Dinge denkt.Nach der Maifeier veröffentlichte die KP-Presse freilich einen Artikel von G.Dimitrow,in dem dieser forderte,dass erstens die Volksfrontpolitik fortgesetzt werde,zweitens dass man aber dabei nicht die Unüberbrückbarkeit der Klassegegensätze, die Endziele des Proletariats u.das Studium der marxistisch-leninistischen Theorie vergessen dürfe.Nun passen aber die Erkenntnis der Unüberbrückbarkeit des Klassegegensatzes zwischen Proletariat u.Bourgeoisie,die Orientierung auf die proletarische Revolution u.die Pflege der marxistischen Theorie zu der Volksfrontpolitik wie die Faust aufs Auge.Dimitrows Appell bedeutet nur,dass er den Sektionen der KI empfiehlt nach dem alten Rezept der Sozialdemokratie die praktische reformistische Politik mit revolutionären Sonntagspredigten zu verbrämen u.nicht nur mit chauvinistischen Phrasen à la Vaillant-Couturier.

-o-o-o-o-o-

SKANDAL ÜBER SKANDAL.  
 cccccccccccccccccccc

Während die englische Regierung Franco einfach mitteilen liess,sie werde Schiffe zur Evakuierung der Zivilbevölkerung nach Bilbao schicken u.er habe das zur Kenntnis zu nehmen,fragte die französische Volksfrontregierung bei dem spanischen Faschistenhüptling erst einmal an,ob er diese Evakuierung überhaupt gestatte...Ja,wenn Franco es erlaubte,dann würde Blum vielleicht den spanischen Antifaschisten helfen...



Ausbruch des Bürgerkriegs? Die POUM umfasste nur einen Teil der Arbeiterklasse, die Mehrheit des Proletariats wurde von den Anarchisten, von den Sozialisten u. den Kommunisten geführt. Die POUM trat an diese Parteien mit dem Vorschlag heran, eine Arbeiter- u. Bauernregierung zu bilden. Aber dieser Vorschlag fand keinerlei Widerhall; die Soz. u. komm. Partei, bez. die PSUC lehnten ihn vom Standpunkt ihres Volksfrontreformismus ab, die Anarchisten aus ihrer konfusem Auffassung über den "libertären Kommunismus" ihrer unklaren Stellung zur Frage der politischen Macht heraus. Hätte die POUM einen Putsch machen sollen? Niemand, dem an dem Schicksal der spanischen Revolution gelegen ist, kann einen solchen verbrecherischen Vorschlag machen, denn seine Verwirklichung hätte die Vernichtung des fortgeschrittensten Teils der span. Arbeiterklasse bedeutet. Aber wenn das nicht die Absicht der Trotzkiisten ist, was bleibt dann von ihrem Vorwurf an die Adresse der POUM übrig? Nichts als scheinradikale Phrasen.

In der oben erwähnten Resolution heisst es weiter:

"Während das ZK der POUM eine Arbeiterregierung propagierte u. sich mit der Fahne des Bolschewismus bedeckte, ging es dazu über, an der Regierung mitzuarbeiten, die die Sowjets liquidieren sollte u. die Doppelherrschaft zugunsten des alten Staats erschütterte."

Auch Trotzki selbst hat den Eintritt der POUM in die katalanische Regierung als "opportunistisch" verurteilt. Wieder einmal machen sich Trotzki u. die Seinen die Sache sehr einfach. Die Regierung, an der die POUM teilgenommen hat, war keine bürgerliche Koalitionsregierung. Sie bestand in ihrer Mehrheit aus Vertretern der Arbeiterorganisationen, sie hatte ein sozialistisches Programm. Die Teilnahme an ihr behinderte die POUM nicht in ihrer pol. Unabhängigkeit als rev. Partei u. in ihrer Arbeit für die Organisation der proletarischen Revolution. Die POUM trat in die Regierung ein, um sich nicht von den rev. Massen zu isolieren, die sich zu jenem Zeitpunkt der Illusion hingaben, auf diesem Wege könne die Revolution verwirklicht werden. Nachdem das Regierungsexperiment infolge der reaktionären Politik der PSUC gescheitert war u. mit der Herausdrängung der POUM aus der Regierung geendet hatte, hatte die POUM die Möglichkeit, den Massen am Beispiel der praktischen Erfahrung klarzumachen, dass der Weg zum Sieg der prol. Revolution nur über den Bruch mit der demokratischen Bourgeoisie u. dem PSUC-Reformismus, nur über die Bildung über die Bildung von Komitees der Arbeiter, Bauern u. Kämpfenden u. über eine rev. Regierung, die sich auf sie stützt, führt. Der beste Beweis dafür, dass die POUM eine richtige Politik mit ihrer Teilnahme an der Taradella-Regierung eingeschlagen hatte, ist das seitherige organisatorische u. politische Wachstum der POUM.

Für die Schädlichkeit der trotzkistischen Politik ist vielleicht die folgende Tatsache am bezeichnendsten. In der "Lutte ouvrière" v. 26. 3. 37. wird in einem Brief zweiter Trotzkiisten aus Barcelona der POUM vorgeworfen, dass sie in der Frage der militärischen Mobilisierung "kapitulieren". Gemeint ist die Einziehung von Wehrpflichtigen für die neugeschaffene republikanische Armee. Die POUM führte u. führt bekanntlich einen Kampf dagegen, dass die neue reguläre Armee nach dem Muster bürgerlicher Heere aufgebaut wird. Sie fordert eine Roten Armee der Werktätigen. Aber natürlich unterstützt die POUM tatkräftig alle Massnahmen, die der militärischen Abwehr gegen den Faschismus dienen u. sie tritt selbstverständlich auch für die Einziehung aller wehrfähigen Arbeiter zum Kriegsdienst gegen Franco ein. Die trotzk. "wahren" Revolutionäre aber scheinen der Ansicht zu sein, dass es angebracht sei, da jetzt noch keine rote Armee besteht, die Mobilisierung zum Kriegsdienst gegen Franco zu sabotieren.

Die Politik der Trotzkiisten in der span. Revolution besteht darin, rein mechanisch, papageienhaft die Losung der Sowjets zu wiederholen, ohne sich auch um den geringsten Gedanken darüber zu machen, auf welche Weise die Mehrheit der span. Arbeiter für die Schaffung der Sowjets gewonnen werden kann. Um die span. Arbeiter für die Errichtung der prol. Diktatur zu gewinnen, ist es notwendig, dass die rev. Kommunisten tatkräftig an der Organisation der Kriegsführung gegen den Faschismus teilnehmen, dass sie durch ihre praktischen Vorschläge für den Kampf gegen Franco die Notwendigkeit der Durchführung der prol. Revolution den breiten Massen der Werktätigen näherbringen. Die Trotzkiisten aber scheinen der Ansicht zu sein, dass man sich, solange es noch keine Sowjets gibt, nicht um die praktischen täglichen Fragen des Kriegs gegen den Faschismus zu kümmern brauche. So warfen sie der POUM vor, dass sie sich z. T. an den Arbeiten des katalanischen Wirtschaftsrats beteiligte, sie erklären, dass man erst den Staat erobern müsse, bevor man die Wirtschaft organisieren könne; dabei vergassen sie die Tatsache, dass die Arbeiter in Katalonien die Kontrolle der Produktion verwirklicht hatten, die zwar noch keine Durchführung des Sozialismus bedeutet, aber immerhin die Arbeiterklasse vor die Probleme der Organisation der Wirtschaft stellt.

Um eine Diskussion:SOLLTEN DIE REICHEN ZAHLEN?  
oooooooooooooooooooooooooooo

Der Redakteur der "Freie Presse" in Strassbourg hat sich in einem Artikel v. 21. 4. mit der Losung "Die Reichen sollen zahlen" auseinandergesetzt. R. behauptete in seinem Artikel, dass sich genau vor 12 Jahren (also 1925) erwiesen habe, dass die Losung einer Kapitalsabgabe nicht mehr im kapitalistischen System zu verwirklichen sei. Zur weiteren Bekräftigung seiner These führte er noch an, dass die Kapitalisten in den letzten 12 Jahren infolge der Krise geschwächt seien und eine Kapitalsabgabe nur die Kapitalkonzentration begünstigen würde, die Mittelklassen aber die eigentlichen Leidtragenden eines solchen Verfahrens wären.

Es ist bezeichnend, dass eine solche "Beweisführung" aus sozialistischen Kreisen erfolgt. Wenn sie einen Sinn haben soll - und niemand zweifelt daran - so kann sie doch nur zu der Folgerung führen, dass eine Kapitalsabgabe im Rahmen des Kapitalismus undurchführbar sei. Betrachten wir uns die Beweisführung Rischs etwas näher. Seit 1925 soll die Erhebung einer Kapitalsabgabe im Kapitalismus eine Unmöglichkeit sein? Und warum? Vielleicht deshalb weil sich das Kapital einer solchen Abgabe widersetzt? Wir glauben die Herren Kapitalisten werden sich sogar der Einführung des Sozialismus widersetzen. Entscheidend ist also, ob eine Regierung den Willen hat, den Widerstand des Kapitals, gestützt auf die ausserparlamentarische Bewegung der Massen zu brechen, oder ob diese Regierung vor dem Widerstand des Kapitals kapituliert, wie dies die Regierung Blum getan hat. Das Experiment Blum hat bisher nur das eine bewiesen, dass eine Koalitionsregierung mit den Radikalen, die anstelle des Klassenkampfes gegen Kapital und Faschismus den sozialen Frieden proklamiert, keinen Kampf für die Verwirklichung der Losung "Die Reichen sollen zahlen" führen kann.

Der Hinweis, dass eine Kapitalsabgabe die Kapitalkonzentration begünstigen und die kleineren und mittleren Unternehmer in erster Linie treffen würde, ist uns ja gerade nicht unbekannt. Wir kennen ja seit geraumer Zeit die Agitation der bürgerlichen Parteien gegen die Sozialgesetze, die mit ähnlichen Argumenten bestritten wird, wie sie von Risch gegen die Losung "Die Reichen sollen zahlen" jetzt ins Feld geführt werden. Erstens übersieht R. anscheinend geflissentlich, dass die Kapitalsabgabe nur von dem grossen Kapitalsbesitz erhoben werden soll. Zum anderen wird er selbst wohl nicht behaupten wollen, dass die Konzentration des Kapitals in den Händen der 200 Familien durch die bisher nicht verwirklichte Losung "Die Reichen sollen zahlen" bewirkt wurde.

Die "Humanité" ist über den Artikel ihres Volksfrontgenossen Risch sehr erstaunt. Sie beruft sich zur Rechtfertigung der Losung "Die Reichen sollen zahlen" auf das Volksfrontprogramm und verweist auf den von der Kammerfraktion der KPF ausgearbeiteten Steuerreformentwurf, der sich genau an die Bestimmungen des Volksfrontprogramms hält. Die "Humanité" vergisst allerdings zu erwähnen, dass die Formulierungen des Volksfrontprogramms auch von einer Steuerentspannung im Hinblick auf den wirtschaftlichen Wiederaufschwung sprechen. Diese Zweideutigkeit des Volksfrontprogramms, die wir von Anfang an blosgestellt haben, ermöglicht es auch den Radikalen sich nicht nur der Einführung einer Kapitalsabgabe, sondern selbst der Erhöhung der Steuersätze für die hohen Einkommen zu widersetzen. Jedenfalls hat Daladier kategorisch eine jede Kapitalsabgabe als mit dem Volksfrontprogramm unvereinbar abgelehnt. Die von der KPF vertretene Losung "Alles durch und alles für die Volksfront" führt sie dazu, ihre eigenen Losungen mehr und mehr in den Hintergrund zu drängen.

So hat bisher die KPF die Frage "Die Reichen sollen zahlen" lediglich propagandistisch gestellt und bisher keine wirkliche parlamentarische und ausserparlamentarische Aktion zur Realisierung ihres Steuerreformentwurfs unternommen. Alles wegen der Volksfront!

Die "Reichen zahlen machen" heisst also, die Kraft der Massen ausserparlamentarisch und ohne Rücksicht auf die Radikalen in die Wagschale zu werfen. Das allein entscheidet darüber, ob die Losung "Die Reichen sollen zahlen" im Rahmen des Kapitalismus zu verwirklichen ist.



Huebers "wahrer" Sozialismus.  
 ::::::::::::::::::::

Die Els. A.u.B. Partei hatte wieder einmal einen Kongress. Auf dem diesmaligen Kongress gab sich die A.u.B.P. ein dem Geiste H. Mourers entsprungenes Programm, das in allem der politischen Praxis seines Schöpfers entspricht und die Evolution der Hueber-Mourer-Goetz in gehorsame Trabanten der Klerikalen zu Ende führt.

Das Programm erklärt das els. Volk zu einer nationalen Minderheit. Im französischen Staatsverbände, so weit gut, aus dieser Feststellung ziehen die Hueber-Mourer jedoch den Schluss, dass die Arbeiter nur mit solchen Parteien u. Parteigruppen zusammenarbeiten dürfen, die entweder den Charakter des els. Volkes als nationaler Minderheit anerkennen oder zumindestens die wesentlichsten Forderungen, die sich aus dieser Tatsache ergeben (wahrscheinlich das Konkordat. Die Red. der "AP") zu unterstützen bereit sind.

Diese Formulierung nimmt also die Haltung zur nationalen Frage zum entscheidenden Kriterium für die Bündnisfähigkeit der Parteien mit dem Proletariat. Die sozialen und Klassenfragen sind also nicht die Orientierungslinie für diese ehemaligen Marxisten. Deshalb können sich die Hueber-Mourer auch mit jedem reaktionären Schweinehund im vorgeblichen Interesse des Kampfes um die elsässischen Heimatrechte gegen jede, selbst die simpelste bürgerliche Reformmassnahme, wie die Einführung des 9. Schuljahrs, verbünden. Diese Formulierung im "Programm" verbietet es auch den Hueber-Mourer sich an der Herausbildung einer proletarischen Klassenfront zu beteiligen. Dafür liefert sie ihnen den Dreh für die Propagierung der "elsässischen Front", von der jeder aufgeklärte Arbeiter weiss, dass sie die Front der dunkelsten Reaktion ist. Mourer kann zufrieden sein; er hat es jetzt programmatisch festgelegt: er darf sich heute, morgen und übermorgen als Hausknecht der Klerikalen gegen die Arbeiterschaft betätigen und als Entgelt dafür sein Députémandat kassieren. Eine solche Haltung, wie sie die Hueber-Mourer in ihrem "Programm" zur nationalen Frage einnehmen, hat nichts mit den Erkenntnissen Marx u. Lenins zu tun, höchstens mit den eines Filusudkis, über dessen Weg wir nichts Näheres zu sagen brauchen.

Wir wollen zur Kennzeichnung des Mourerschen Programms noch einige Stilblüten zum Besten geben.

Nach dem "Programm" erstrebt die Els. A.u.B.P. die klassenlose Gesellschaft, in der die Arbeit zum erhabendsten Symbol erhoben ist. Um zur klassenlosen Gesellschaft zu kommen, lehnt "die Partei auch heute schon jede Klasseneinteilung grundsätzlich" ab. Die Sache ist also höchst einfach. Da die Klassen den Hueberschen Politik im Wege stehen, werden sie einfach für nicht existent erklärt. Wenn man mit den Industriellen, den Grossgrundbesitzern u. Pfaffen in der els. Front für die nationalen Forderungen (wahrscheinlich die Pfaffengehälter u. das Konkordat) kämpfen will, kann man selbstverständlich die Klassen und den Klassenkampf nur noch als eine heimtückische Erfindung des Juden Marx ansehen.

Man nehme noch folgende Weisheit dieser "wahren" Sozialisten zur Kenntnis: Für die A.u.B.P. ist der Besitzer einer Maschine -also der Fabrikbesitzer- in dieser Eigenschaft noch nicht zum Kapitalisten zu stempeln.

Dies geschieht erst, wenn folgende Merkmale gegeben sind:  
 "Kapitalist in dem von uns verstandenen Sinne u. damit Gegner der Werktätigen wird er erst, wenn er durch Wort oder Tat, durch sein Benehmen und Verhalten dem Werktätigen gegenüber zu verstehen gibt, dass er im Arbeiter keinen gleichgestellten Menschen, sondern einen Lohnsklaven oder Menschen niedrigerer oder zweiter Ordnung erblickt."

Diese wenigen Zeilen aus dem "Programm" des "wahren" Sozialismus dürften zur Charakterisierung dieses Mourerschen Machwerks genügen. Es handelt sich bei diesem Pamphlet um ein echt klerikales Machwerk, das zur Beruhigung der Schäflein an eine ihnen bisher bekannte Gedankenwelt anknüpft um sie den entgegengesetzten Zwecken dienstbar zu machen.

Es erübrigt sich noch weiteres Beweismaterial für den abgründlichen Verrat der Hueber-Mourer-Goetz zu erbringen. Das Geliieferte dürfte unseren Lesern genügen.

Kapitalistische Geschäftsmethoden.

Vor der Strasbourger Strafkammer hat ein Prozess stattgefunden, in dem wieder einmal die skrupellosen Geschäftsmethoden der Kapitalisten blossgestellt wurden.

Dem Prozess lag folgender Tatbestand zu Grunde:

Die Viehhändler Edgar Weil aus Pfaffenhofen kaufte tuberkuloses Vieh auf, das für den menschlichen Genuss unbrauchbar erklärt war. Weil kaufte das Vieh zu einem Spottpreis und verkaufte es an die bekannte Wurstfabrik "Olida" in Illkirch-Graffenstaden. Das hochgradig von Tuberkulose befallene Vieh wurde nicht nur in Verkauf gegeben, sondern auch en gros verurteilt, wie dies bei der genannten Firma geschah.

Als Komplize von Weil wirkte der Metzgermeister Laubenbacher von Lembach. Das im Umkreis von Lembach aufgekaufte Vieh wurde dort geschlachtet und die Teile, wie Leber, Lunge, Milz usw. ausgeschnitten und in eine Grube versenkt. Der Zustand der Tiere war derart, dass die Metzgergesellen der Ekel fasste.

Die Ärzte konstatierten in der Verhandlung, dass der Genuss dieses Fleisches eine Gefahr für die öffentliche Volksgesundheit sei. Besonders treffe dies dann zu, wenn das Fleisch zu Wurstwaren verwendet wird, die aus rohem Fleisch gemacht werden.

Das Gericht verurteilte Weil zu 5 Monaten und Laubenheimer zu 3 Monaten Gefängnis. Strafen, die in keinem Verhältnis zu den profitlüsternen Handlungen stehen, durch die die Herren sich für immer gekennzeichnet haben. Von Interesse ist aber dass die "seriöse" Firma "Olida", die von Weil das tuberkulose Fleisch bezog, weil es unerreicht billig war, von der Justiz unbehelligt blieb, weil sie sich so zu sichern verstand, dass man ihr nicht an den Wagen fahren konnte.

Dieser Vorfall wirft wiederum ein Schlaglicht auf die Skrupellosigkeit, die durch die Jagd nach dem Profit ausgelöst wird. Andererseits aber muss man sagen, dass die öffentlichen Organe in keiner Weise der gestellten Aufgabe genügt, sonst hätte es unmöglich sein müssen, dass tuberkuloses Fleisch in solchen Quanten in einer angeblich neuzeitlich, eingerichteten Wurstfabrik verarbeitet werden konnte. Eine wirkliche Kontrolle der peinlichsten Beachtung der hygienischen Vorschriften ist nur gesichert, wenn sich diese Kontrolle auf die am Profit nicht interessierten Schichten, die Arbeiter u. Angestellten stützt, und wenn die Lebensmittelfälscher einem wirklichen Volkstribunal überantwortet werden, die nach dem Empfinden des Volkes und nicht nach den abgestandenen leeren Formeln des bürgerlichen Rechts urteilen. Vor einem solchen Tribunal wäre die Firma "Olida" nicht so unbeachtet und unbehelligt davon gekommen, wie vor der Strasbourger Strafkammer.

Der 1. Mai in Straßburg zeigte eine noch nie gekannte Massendemonstration der in der Einheits-CGT zusammengeschlossenen Arbeiterschaft. Die Demonstration machte einen mächtigen und nachhaltigen Eindruck. Der Zug wurde beherrscht von roten Fahnen. Eine einzige Trikolore war zu sehen. Die "Marseillaise" wurde auch nicht gesungen, statt dessen ertönte die "Internationale". Gute Parteigenossen nahmen daran Anstoß, dass die Arbeiter die "Marseillaise" zu singen vergassen. Diese neopatriotischen Kommunisten gebärden sich z. Z. patriotischer als der beste Nationalist.

Walliser erklärt. Es gibt wieder einmal einen Fall "Walliser". Walliser aus Mulhausen ist bekanntlich Sekretär der Gemeindefreier und langjähriges Mitglied der KPF. Er wurde nebst 8 weiteren Mitgliedern der CGT als Delegierter zu einer Russlanddelegation gewählt. Am Tage der Abreise der Delegation erhielt Walliser und ein parteiloses CGT-Mitglied die Mitteilung, dass ihnen die Einreisegenehmigung nach der SU verweigert worden sei. Walliser erkundigte sich nach den Gründen, konnte sie aber nicht in Erfahrung bringen. Darauf hat er, wie er jetzt im "Republikaner" erklären lässt, in Moskau und in Paris bei den zuständigen Parteinstanzen eine völlige Klarstellung und Aufhellung der Punkte gefordert, die zu seiner Einreiseverweigerung führten. W. erklärt, dass wenn die Untersuchung die Haltlosigkeit der gegen ihn getroffenen Massnahme beweise, er daraus einigen Konsequenzen ziehen werde. Wir erinnern hier daran, dass W. bereits einmal ein Konflikt mit der Partei wegen der "Winzenheimertaktik" hatte.

Verantwortlich: Emile Hirtzel.



Fertsetzung von Seite 5:

In das gleiche Kapitel gehört es auch, dass die Trotzlisten, wie der oben erwähnte Brief in der "Lutte ouvrière" zeigt, mit dem Gedanken der Kriegsdienstverweigerung im Kampfe gegen den Faschismus spielen, weil noch keine Rote Armee besteht. Dabei liegen die Dinge in Wirklichkeit so, dass die Volksfrontparteien bestrebt sind, eine bewaffnete Macht zu bilden, aus der die revolutionären Arbeiter der POUM und der Anarchisten möglichst ausgeschaltet sind, und bekaantlich treten POUM u. Anarchisten fortwährend dafür ein, dass die Höchstzahl von Arbeitern bewaffnet wird.

Aus allen trotzkistischen Schriften über Spanien geht nicht hervor, dass die Trotzlisten ernsthaft über eine solche hervorsteckende Besonderheit der spanischen Revolution nachgedacht hätten wie die anarchistische Massenbewegung. Es ist klar, dass die Gewinnung der anarchistischen Arbeiter für den Gedanken der politischen Herrschaft, der Diktatur des Proletariats, heute das entscheidende Kettenglied des wirklichen Fortschritts der proletarischen Revolution in Spanien ist. Die POUM hat eifrige Bemühungen in dieser Richtung gemacht, sie hat auch beachtliche Erfolge auf diesem Gebiet erzielt, wie das z. B. das Abkommen zwischen der POUM-Jugend und der anarchistischen Jugend beweist. Dass die Trotzlisten das Problem des Verhältnisses zu den Anarchisten fast überhaupt nicht behandeln, ist ein schlagender Beweis für die Hohlheit ihrer Spanienpolitik.

-o-o-o-o-o-

Aus Hitlerdeutschland:

ÜBER DIE LAGE DER ARBEITER.

oooooooooooooooooooooooooooooooooooo

Der Mangel an qualifizierten Arbeitskräften in der Kriegsindustrie u. im Baugewerbe, das mit Kasernen- u. anderen Militärbauten stark beschäftigt ist, erleichtert den Arbeitern dieser Industrien, einen gewissen individuellen u. zum Teil kollektiven u. organisierten Widerstand gegen Lohndruck und schlechte Arbeitsbedingungen zu leisten u. gewisse Erfolge in Gestalt von Lohn- u. Akkordverbesserungen zu erreichen.

Trotz Aufhebung der Freizügigkeit der Arbeiter u. verschärfte Kontrollmassnahmen, trotz Terror der Naziorganisationen u. der Gestapo, die steigende Nachfrage nach qualifizierten Arbeitskräften in diesen Berufen zwingt die Unternehmer zur Einhaltung der Tarife u. zu gewissen Konzessionen. Ganz lässt sich auch durch die Nazidiktatur die Ausnützung der Konjunktur durch die Arbeiter der gewerkschaftliche Klassenkampf, nicht unterdrücken. Bis zu einem gewissen Grade hat auch die breite Masse jener Arbeiterkategorien einen gewissen Vorteil, die nicht von der Kriegskonjunktur begünstigt sind. Das zeigt folgender Erlass:

"Die Reichstreuhänder der Arbeit werden auch im Interesse der tariftreuen Unternehmer angewiesen, untertarifliche Bezahlung künftig auf Grund der gesetzlichen Vorschriften rücksichtslos zu ahnden."

RUHE UND ORDNUNG HERRSCHT IN DEUTSCHLAND.

oo

Eine wahre Statistik des Grauens liefern die deutschen antifaschistischen Hilfsorganisationen über die Tätigkeit der Hitlerschen Rachejustiz. Danach wurden verkündet:

1933	-	5 645	Jahre	Zuchthaus	und	Gefängnis
1934	-	9 619	"	"	"	"
1935	-	12 092	"	"	"	"
1936	-	17 249	"	"	"	"

Der Rekord wurde im vierten Jahre der Hitlerdiktatur geschlagen. Angesichts dieser Rekordziffern in der Verurteilung der antifaschistischen Kämpfer in Deutschland, ist die aktive Solidarität mit dem Kampfe der deutschen Arbeiter gegen die Hitlerdiktatur dringender denn je von nöten.

EHEMALIGE "SOZIALFASCHISTEN"--JETZIGE VOLKSFRONTBRÜDER!  
 ooo

Der "Neue Vorwärts", das Organ des Parteivorstandes der deutschen Sozialdemokratie, charakterisiert in einem Artikel v. 25. April 1937 die Einheits- u. Volksfrontbestrebungen der KPD-Instanzen mit folgenden Begleitworten:

"Die deutsche Sozialdemokratie darf ohne Selbstbespiegelung bekennen, dass sie wenn von den politischen u. geistigen Zielen der Einigung die Rede ist und diese Ziele nach programmatistischen Formulierungen verlangen, am wenigsten preiszugeben oder hinzuzulernen hat.

Denn der politische und geistige Kampf gegen das Dritte Reich und gegen den Faschismus ganz allgemein, wird im Namen jener politischen und ethischen Forderungen geführt, die von der Sozialdemokratie untrennbar sind.

Wir sind davon entfernt, anzunehmen, dass das demokratisch-republikanische Bekenntnis bestimmter Gruppen der Emigration, von denen man früher andere Meinungen zu hören gewohnt war, nur Taktik sei, blosse Sammlungsparole zur Erreichung des "Erfolges".

Der Artikel hat an der heutigen Politik der KI und der KPD nichts auszusetzen, als das Misstrauen über die undemokratischen Methoden in den KP und in der KI zu bekunden.

EIN NATIONALBOLSCHEWISTISCHES MANIFEST  
 ooo

Valerin Marcu berichtet im "Neuen Tagebuch" über die Verhaftung von Ernst Niekisch in Berlin. Niekisch, der Herausgeber der Zeitschrift "Der Widerstand" hatte mit Teilen der nationalsozialistischen Prominenten Verbindung und ist jetzt verhaftet und wegen Hoch- und Landesverrat wegen seines unlängst in Berlin erschienenen Buches "Die dritte imperiale Figur" angeklagt worden.

Nach den Angaben von V. Marcu verlangt N. die anti-abendländische Entscheidung gegen "bodenverwurzelte, soziale Hierarchie, Christentum, Privatbesitz und nationale Gefühlsgebundenheit".

Weiter zitiert Marcu aus dem Buch Niekischs:

"Es ist ein Wink des Schicksals, dass es Blutsaft in verbrauchte Hilfspatruppen gibt, die auf den Ruf des Arbeiters... warten. Wenn der Arbeiter mit ihnen eine Lebensgemeinschaft einginge, würde er ein Verhältnis stiften, das in seiner geschichtlichen Neuheit ohne Vorgang wäre."

Das Bündnis mit den Arbeitern sollte zugleich das Bündnis mit der Sowjetunion sein. Mit diesen Kräften würde ein neuer "Ordnungskosmos" geschaffen, mit dem die Weltprobleme gelöst werden sollen.

Was hier Niekisch vertritt, ist auf Grund der knappen Zitate, die wir nachprüfen können, wenig klar. Das Drum und Dran, das Marcu dazu gibt, macht die Sache ebenfalls nicht klarer.

Immerhin zeigt das Buch von Niekisch, der von der bayrischen Sozialdemokratie über den reaktionären rechten Flügel der sächsischen Sozialdemokratie zu den Nazis ging, dass Kräfte bei den obersten Schichten der Nazis tätig sind, die nach einer anderen Ideologie und nach anderen Wegen suchen.

Als Zersetzungserscheinung registrieren wir also den Fall Niekisch.

DAS "STIEFMÜTTERLICH-BEDACHT" DEUTSCHLAND.  
 ooo

Deutschland, erklärte Adolf Hitler, am 1. Mai, sei "von der Natur stiefmütterlich bedacht worden", mit Rohstoffen usw. und müsse sie sich deshalb mit allen Mitteln beschaffen. Eine merkwürdige Illustration ist dies zu den letzten Friedensreden des Führers. Die Mairede des Naziführers war im ganzen ziemlich trüb gestimmt. Und die proletarischen Zuhörer werden schwerlich aufgehört worden sein, durch die abermalige Erklärung Hitlers, dass auf keinen Fall die Löhne erhöht werden sollen.



Erscheint wöchentlich.

Bezugspreis: Monat Frs. 2.-

Einzelnummer: 50 Cnt.

# ARBEITERPOLITIK

Organ der kommunistischen Partei - Opposition Elsass (Section der IVKO.)

Nr. 20/IV. Jahrgang.

Dritte Maiwoche 1937.

## Zu den Ereignissen in Barcelona:

SOLIDARITÄT MIT DER POUM UND DEN REVOLUTIONÄREN  
oo  
ARBEITERN KATALONIENS .  
oooooooooooooooooooooooooooooooooooo

Die Internationale Vereinigung der Kommunistischen Opposition, vertreten durch die erweiterte Sitzung ihres Internationalen Büros, begrüsst das Proletariat von Katalonien, das die Vorhut der spanischen Arbeiter in ihrem Kampfe für die endgültige Befreiung ist und das durch seine heldenmütige Aktion im Juli 1936 Spanien vor dem Faschismus gerettet hat; bekundet ihre Solidarität mit dem heroischen Widerstand, den die Arbeiter von Barcelona und ganz Katalonien seit dem 4. Mai dem konterrevolutionären Versuch entgegengesetzt haben, das Proletariat zu entwaffnen und auf diese Weise den Weg für die Restaurierung des Kapitalismus und für ein Kompromiss mit dem Faschismus unter dem Kommando und im Interesse des Weltimperialismus zu bahnen; begrüsst die revolutionäre Stellungnahme der POUM, der CNT und der FAI gegen Faschismus, ausländische Invasion und Versuche, die Konterrevolution im Innern unter dem Banner der bürgerlichen Demokratie zur Geltung zu bringen; weist mit Entrüstung die schändlichen Beschimpfungen und Verleumdungen zurück, die von der Weltbourgeoisie und deren sozialdemokratischen und offiziellen kommunistischen Bundesgenossen gegen sie gerichtet werden, und fordert die Arbeiter aller Länder auf, die Nachrichten der bürgerlichen, sozialdemokratischen und offiziellen kommunistischen Presse mit dem grössten Misstrauen zu empfangen, bis sie sich zuverlässige Nachrichten von den wirklichen Vorkämpfern der spanischen proletarischen Revolution verschafft haben.

Die IVKO verurteilt als kommunistische Organisation insbesondere das schändliche und antikommunistische Verhalten der KP Spaniens und ihrer katalanischen Sektion, der PSUC, welche des Verbrechens schuldig sind, das Blut revolutionärer Arbeiter vergossen zu haben und zwar gerade in dem Augenblick, als der Angriff des internationalen Faschismus auf Bilbao seinen Höhepunkt erreichte.

Die IVKO stellt die nicht wegzuleugnende Verantwortung und Schuld der Führung der KI und ihrer leitenden Sektion, der KPdSU, an dem arbeiterfeindlichen Verhalten ihrer Anhänger in Spanien fest und erklärt, dass die für den offenen Verrat an der spanischen Revolution Verantwortlichen dieselbe strenge Strafe verdienen, mit der die konterrevolutionären Schädlinge, die Verbrechen gegen die russische Revolution begehen, in der SU bestraft werden; gelobt ihre vorbehaltlose Unterstützung für die einzige Partei des Kommunismus in Spanien, die POUM, und deren revolutionäres Programm zur Lösung der gegenwärtigen Krise, insbesondere für die Vorschläge zur Bildung einer revolutionären Arbeiterfront und zur Schaffung von Komitees für die Verteidigung der Revolution in Spanien; ruft die spanischen Revolutionäre zur grössten Wachsamkeit auf gegenüber erneuten Anschlägen der Konterrevolution, wie sie jetzt durch eine verstärkte Verleumdungskampagne gegen die POUM vorbereitet werden;

ruft die Arbeiter aller Länder auf, die revolutionären Arbeiter Spaniens und ihre Organisationen zu verteidigen und zu unterstützen und fordert die Mitglieder der sozialistischen und kommunistischen Parteien aller Länder auf, gegen die bühnenpolitische Haltung ihrer Führungen gegenüber der FOUM, der CNT und FAI zu protestieren

Es lebe die FOUM, die wahre Vertreterin des Kommunismus in Spanien!

Es leben die CNT und die FAI, die heroisch für die Befreiung der Arbeiter kämpfen!

Es lebe das Proletariat Kataloniens und Spaniens!

Es lebe die spanische proletarische Revolution, die heute die Feuerlinie der Weltrevolution bildet!

11. Mai 1937.

Das Erweiterte Büro der IVKO.

-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-

Nach der Parlamentsdebatte:

#### DAS PARLAMENT UND DIE "PAUSE".

oooooooooooooooooooooooooooooooooooo

In seiner Nummer vom 10. Mai erklärte der "Temps", das führende Blatt der Grossbourgeoisie, aus Anlass der Ausführungen, die Léon Blum in der Kammerdebatte über die "Pause" machte, "dass zahlreiche Stellen der Rede Léon Blums den Akzent der Reden von Raymond Poincaré" gehabt hätten. Den allgemeinen Inhalt der Rede Blums fasste der "Temps" folgendermassen zusammen:

"Es handelt sich also um eine neue Politik, die nicht mehr die Politik des Kampfes sein soll, die man früher proklamierte und auch nicht die der provisorischen und gebrechlichen "Pause", die man zu wiederholten Malen angekündigt hatte, sondern um eine Politik der dauernden Versöhnung, der fortgesetzten Zusammenarbeit aller sozialen Kategorien, wie sie eines grossen Landes wie das unsrige würdig ist."

Der "Temps" gelst nicht mit seinem Beifall für die so von ihm geschilderte Politik Blums. Der "Temps" ist ein Blatt, dessen bis zur Brutalität ausgebildeten kapitalistischen Klasseninstinkt schon Jaurès hervorhob, der ihn die "zur Zeitung gewordene Bourgeoisie" nannte. Wenn der "Temps" die Erklärungen des Hauptes der Volksfrontregierung händelnd begrüsst, so ist das ein sicherer Beweis dafür, dass das, was Blum sagte, dem entspricht, was die grosskapitalistischen Hintermänner des "Temps" jetzt erstreben.

Sehen wir uns die Rede Blums etwas näher an. Auf die Forderung Bergerys, dass man gegen die Trusts vorgehen sollte, antwortete Blum, dass seine Regierung an das Volksfrontprogramm gebunden sei und nicht darüber hinausgehen könne. Aber Blum denkt ebenso wenig daran, Massregeln im Interesse der Werktätigen zu ergreifen, die bereits im Volksfrontprogramm enthalten sind, wie z. B. die Altersunterstützung und die Arbeitsbeschaffung durch grosse öffentliche Aufträge. Blum erklärte, dass sowohl die Altersunterstützung als auch die Arbeitsbeschaffung als nützlich betrachte, er wies aber zugleich darauf hin, dass die Regierung ihre, bei der Auflegung der Rüstungsanleihe gegenüber dem Grosskapital übernommenen Verpflichtungen halten müsse, d. h. dass sie für Altersunterstützung und Arbeitsbeschaffung kein Geld habe. Statt dessen schlägt Blum den Arbeitern vor, die wirtschaftliche "Pause" durch eine "moralische Pause" zu ergänzen. Diese "moralische Pause" soll darin bestehen, dass die Unternehmer auf Aussperrungen und die Arbeiter auf Streiks verzichten, was in Wirklichkeit bedeutet, dass die Arbeiter sich den Wünschen der Unternehmer fügen sollen, so dass diese darauf rechnen können, ihren Willen durchzusetzen, ohne zu solchen Mitteln wie zur Aussperrung greifen zu brauchen. Léon Blum sprach davon, dass die Arbeiterorganisationen ihre "besonderen Interessen", d. h. die Klasseninteressen des Proletariats, den "allgemeinen Interessen der Nation, dem Interesse ihrer Prosperität, ihrer Sicherheit" anpassen müssten, also den Interessen des französischen Imperialismus, den Interessen der französischen Bourgeoisie. Blum erklärte ferner, dass stets eine Arbeitsdisziplin und eine Autorität im Betrieb notwendig seien und dass diese Autorität jetzt dem Unternehmer gehöre. Zwar meinte Blum, der Unternehmer dürfe seine Autorität nicht willkürlich ausüben, aber bekanntlich sehen es die kapitalistischen Unternehmer nicht als Willkür, sondern als ihr gutes Recht



an, wenn sie im Betrieb als Herren im Hause auftreten und die Diktatoren spielen, und mit seinen Redensarten über die Autorität im Betrieb gibt Blum den überlebten Unternehmerpraktiken seinen Segen. Blum schloss seine Rede, indem er sich zu den Auffassungen des englischen konservativen Premierministers Baldwin über die Notwendigkeit der Zusammenarbeit von Kapital und Arbeit bekannte. Jetzt soll uns Dimitrow noch einmal, wie in seinem Artikel zum 1. Mai erzählen, die Volksfrontpolitik sei keine Politik der Klassenverflechtung.

Gestützt auf die Ausführungen Léon Blums, hielt der Vorsitzende der radikal-sozialistischen Kammerfraktion, Campinchi, eine Rede, die eine einzige Hotze gegen die Arbeiterschaft darstellte. Dieser Volksfrontheld erklärte, dass es ebenso wenig eine Arbeiterschaft "von Gottes Gnaden" geben dürfe wie ein Unternehmertum "von Gottes Gnaden". Dieser Herr fasst es nämlich als "Willkür" der Arbeiter auf, wenn diese die Freiheit ihrer gewerkschaftlichen Betätigung verteidigen und sich dagegen wehren, dass die Unternehmer gelbe Streikbrecherorganisationen züchten. Nach einer Beschimpfung der Bauarbeiter der Weltausstellung schloss Campinchi seine Rede mit dem folgenden Appell an Blum:

"Herr Ministerpräsident, Sie haben gestern starke Worte gebraucht. Ich fordere Sie heute auf, mit Festigkeit zu handeln. Mit dem Prestige, das Sie vor der gesamten Nation haben und das auf Ihrem Talent und Ihrer Aufrichtigkeit als erster Militant einer Partei beruht, verfügen Sie über eine gewaltige Macht über die Arbeiterklasse. Bedienen Sie sich ihrer. Die Arbeiterklasse braucht Geduld, die Mehrheit des Parlaments Einsicht, die Regierung Autorität, ohne die nichts Dauerndes geschaffen werden kann."

Hier fehlt nur noch ein Hoch auf die Polizisten und Mobilgarden, die in Clichy auf Arbeiter geschossen haben. Aber auch so war die Rede Campinchi deutlich genug. Dem Zynismus, mit dem Campinchi Blum aufforderte, unter der Maske des "aufrichtigen Sozialisten" die Arbeiterklasse den Wünschen des kapitalistischen Scharfmachertums zu unterwerfen, kommt nur die Würdelosigkeit und der Mangel an Schamgefühl gleich, mit dem Blum und die anderen Führer der Arbeiterorganisationen, die der Volksfront angehören, solche Reden wie die Campinchi anhören ... und befolgen.

Die KPF hat, getreu ihrer Losung "Alles für die Volksfront" auch diesmal für die Regierung und damit für die von Blum und Campinchi in ihren Reden entwickelte Politik gestimmt. Die KPF-Führung stellt sich, als ob sie nicht höre oder nicht verstehe, was Blum und Campinchi über die Politik der Regierung und der Radikalsocialisten gesagt haben und erzählt den Arbeitern nach wie vor, es sei möglich, mit Hilfe der Volksfront und durch die Unterstützung der Volksfrontregierung die Altersunterstützung, die Arbeitsbeschaffung, die Mäßigung der Kapitalsteuern etc. zu erreichen. Wir halten die Führer der KPF gewiss nicht für besonders geistige Leuchten, aber sie sind gewiss nicht so dumm, dass sie das glauben, was sie jetzt den Arbeitern vorflunkern. Es ist ein grober Betrug an den Arbeitern, wenn die Führung der KPF ihre praktische Mitwirkung an der wirklichen arbeitfeindlichen Politik der Volksfrontregierung dadurch zu vertuschen sucht, dass sie den Eindruck zu erwecken sucht, die Blum, Campinchi usw. würden morgen zum Dank für die treuen Dienste der KPF die Reichen zum Zahlen bringen und die so gewonnenen Mittel für Reformen im Interesse der Werktätigen zur Verfügung stellen. Bisher hat die Arbeiterklasse sich alle Reformen im Rahmen des Kapitalismus durch harten Kampf erringen müssen. Die Methode der Katzbuckelei und der Lakalendienstes gegenüber der Regierung des kapitalistischen Staates, wie sie jetzt von der KPF verfochten wird, ist nicht nur kein Weg, um neue Reformen im Interesse der werktätigen Massen zu erringen, sondern bedeutet eine direkte Bedrohung der Rechte und Errungenschaften, die die Arbeiter bereits besitzen.

Wenn die Volksfrontparteien den direkten Auftrag gehabt hätten, den Faschisten Propagandamaterial für ihre Demagogie zu liefern, so hätten sie sich nicht anders benehmen können als in der letzten Kammerdebatte. Es heisst doch, den Faschisten die Gewinnung kleinbürgerlicher Massen sehr leicht machen, wenn die Volksfrontregierung es einerseits ablehnt, irgendetwas gegen das Grosskapital zu unternehmen, wenn die die notleidenden Kleinbürger dem Grosskapital opfert und wenn dann andererseits Blum und Campinchi sich hinstellen

und tun, als ob alles Übel von der "mangelnden Disziplin" der Arbeiter, d.h. von den Regungen des proletarischen Klassenkampfes herrühre. Damit geben sie den Faschisten direkt das Stichwort für deren Propaganda für den "starken Mann", der die "Autorität" und "Disziplin" wiederherstellen solle.

Zum Zwecke der Herstellung der von Blum geforderten "moralischen Pause" fanden Verhandlungen zwischen der CGT und der Spitzenorganisation der Unternehmer über eine Verlängerung der Matignonverträge um 6 Monate statt. Auf diese Weise soll im Interesse der Blum-Baldwinischen Klassenversöhnung ein Burgfrieden zwischen Unternehmern und Arbeitern hergestellt werden. Die CGT verlangte bei den Verhandlungen über die Verlängerung der Matignonverträge ein Gesetz zur Regelung der Einstellungen und Entlassungen. Die Unternehmer sollen gezwungen werden, paritätische Arbeitsnachweise zu benutzen, auch sollen Bestimmungen getroffen werden, um die Massregelung gewerkschaftlicher Militanten zu verhüten. Der Unternehmerverband lehnte diese Forderungen der CGT ab, worauf die CGT jetzt -wahrscheinlich unter dem Druck der Regierung und im Interesse der Volksfront - erklärt, dass sie nie daran gedacht habe, die Kontrolle der Einstellungen und Entlassungen als Vorbedingung für die Verlängerung der Matignonverträge zu fordern. Die Matignonverträge sind bekanntlich im Juni des vorigen Jahres, d.h. vor der grossen Teuerungswelle, die seither gekommen ist, abgeschlossen worden. Wenn die CGT-Führung jetzt ihrer Verlängerung um 6 Monate zustimmt, so heisst das, dass sie auf die Anpassung der Löhne an die Teuerung verzichtet und die Verpflichtung übernimmt, die Bewegungen der Arbeiter, die diesen Zweck verfolgen, abzdrosseln und zu verhindern. Die gewerkschaftliche Disziplin wird von der CGT-Führung zur Streikaufrührung benutzt. Was die gesetzliche Regelung der Einstellungen und Entlassungen anbelangt, so können Bestimmungen zum Schutze der Arbeiter gegen Massregelungen usw. nur dann wirklich zur Geltung gebracht werden, wenn die Gewerkschaften kampfbereit auf ihre Einhaltung sehen. Ein Arbeitsnachweisgesetz, das um den Preis des Verzichts auf die Kampfbarkeit der Gewerkschaften erkauft ist, würde auch, wenn seine Bestimmungen noch so schön wären, von den Unternehmern vorn und hinten sabotiert werden, es wäre nur ein Mittel, um den Arbeitern Sand in die Augen zu streuen. In allen Gewerkschaften müssen die Mitglieder der CGT gegen die Haltung ihrer Führung protestieren. Sie müssen fordern, dass die Kollektivverträge den gegenwärtigen Lebenshaltungskosten angepasst werden, sie müssen fordern, dass die Gewerkschaften mobilisiert werden, um dies durchzusetzen. Sie müssen die Politik der Klassenversöhnung ablehnen.

-o-o-o-o-o-o-o-o-o-

NACH DEN KÄMPFEN VON BARCELONA .  
oooooooooooooooooooooooooooooooooooo

Die Nachrichten, die wir über die Kämpfe in Barcelona erhalten haben, sind auch heute noch durchaus lückenhaft. Die Zensur der Regierungen von Valencia und von Katalonien, die Verlogenheit der bürgerlichen Presse und auch die schamhafte Haltung der sozialistischen und offiziellen kommunistischen Zeitungen, von denen insbesondere die letzteren bei der Berichterstattung über die Ereignisse in Barcelona wahre Rekorde in Bezug auf bewusste Verdrehung der Tatsachen aufgestellt haben, -alles das verfolgt den offenkundigen Zweck, die revolutionären Arbeiter Spaniens durch eine übelriechende Dunstwolke von ihren Klassenbrüdern in den anderen Ländern zu isolieren.

Wir wollen hier versuchen, die Lage in Katalonien auf Grund der wenigen wahrheitsgetreuen Nachrichten, die zu uns gedrungen sind, zu schildern.

Vor allem muss hervorgehoben werden, dass der konterrevolutionäre Versuch der katalonischen Regierung, die Arbeiter zu entwaffnen, auf einen mächtigen Widerstand des Proletariats von Barcelona und anderer Orte Kataloniens gestossen ist. Die Kämpfe in Barcelona begannen bekanntlich mit einem Angriff der Polizei auf das von anarchistischen Arbeitern besetzte Telephonamt. Als die Nachricht von diesem Angriff bekannt wurde, ging das Proletariat von Barcelona auf die Strasse und zwar bewaffnet. Die ganze Stadt bedeckte sich mit Barrikaden, die Arbeiter begannen die Polizei zu entwaffnen, Teile der Polizei gingen zu den revolutionären Arbeitern über und kämpften auf ihrer Seite. Es zeigte sich, wie tief und fest in dem Proletariat Kataloniens der Wille ver-





FESTSTELLUNGEN, DIE OHNE KONSEQUENZEN BLEIBEN.  
 ooo

Das Grossunternehmertum ist mit der Blumschen Politik der "Pause" sehr zufrieden. Gignoux, der Präsident der Unternehmerverbände erklärte zur Solitté der Pause:

"Neue Ausgaben abzubremesen, ist natürlich nicht unnütz, und man muss die Regierung ob dieses Beschlusses loben. Aber das ist sehr wenig, wenn man an der Politik nichts ändert, die unvermeidlich zu neue Ausgaben verursachenden Forderungen führt."

Die Regierung Blum hat sich beeilt, durch den Mund Léon Blums Erklärungen im Sinne der Wünsche von Gignoux abzugeben. Blum und Auriol haben kategorisch jede neue Ausgabe für soziale Zwecke abgelehnt.

Berlioz, einer der Führer der KPF schreibt dazu:

"Der Finanzminister und der Ministerpräsident Blum scheinen sich in dem engen Kreis der finanziellen Möglichkeiten einschliessen zu wollen, die die Hochfinanz mit jedem Tage verringert. Sie wollen den alten Arbeitern keine Pensionen bewilligen und keinen Staatlichen Arbeitslosen-Fonds errichten, unter dem Vorwand, dass die Staatskasse nicht die genügende Grundlage habe. Sie verzichten auf die Durchführung des Arbeitsbeschaffungsprogramms von 10 Milliarden, das die Arbeiterorganisationen fordern..."

Die Rede Léon Blums im Parlament zeigt, dass sich Blum und Auriol nicht nur in den "engen Kreis der finanziellen Möglichkeiten einschliessen wollen", sondern die Hochfinanz mit jedem Tage enger zieht, sondern dass sie sich mit dem Kottau vor dem nur d'argent bereits in diesen Kreis eingeschlossen haben. Die Feststellungen, die jetzt die KPF-Führung über die Blumsche Politik macht, sind aber, wie die Tatsachen zeigen, kein Grund für die KPF ihr Verhältnis zur Regierung zu ändern. Statt aus der ablehnenden Haltung der Regierung gegenüber den Forderungen der Arbeiterorganisationen die nötigen Folgerungen zu ziehen, hofft die KPF-Führung, die Radikalen und Léon Blum durch fortwährendes Zureden und durch praktische Sanktion der Politik der Volksfrontregierung zu veranlassen, die notwendigen Mittel zur Durchführung der weiteren Reformen, durch ein Eingehen auf die Steuerreformpläne der KPF, zu beschaffen.

Um die völlige Ungefährlichkeit und die Realisierbarkeit der Steuerreformpläne der KPF im Rahmen des Kapitalismus darzulegen und blosszustellen, dass es sich bei diesen Vorschlägen eigentlich um sehr simple bürgerliche Reformmassnahmen handelt, die selbst dem Programm der Radikalen entsprechen, stellt die KPF-Fresse hier und da sogar die konservative englische Regierung Léon Blum und der Volksfrontregierung als nachahmenswertes Vorbild auf dem Gebiete der Steuerreform gegenüber. So schreibt Berlioz in einem Artikel "Die Erpressungsmassnahmen der Hochfinanz" (von der sich Léon Blum so gerne erpressen lässt) in der "Rundschau" Nr. 19/1937:

"...Die Volksfront ist gegen die reichen Privilegienbesitzer gewählt worden und wird daher doch nicht hinter den britischen Konservativen zurückbleiben wollen, die ihre ausserordentlichen Rüstungen durch ausserordentliche Einnahmen mittels Anziehung der Einkommensteuerschraube und Schaffung einer Sondersteuer auf Übergewinne zu decken suchen?"

Nun, Léon Blum hat im Parlament die Forderungen der Arbeiterorganisationen abgelehnt und zwar mit der Erklärung, dass der Regierung keine Mittel zur Realisierung der Forderungen zur Verfügung stehen. Léon Blum hat damit kundgetan, dass er hinter den englischen Konservativen zurückbleiben will, dass "er die Entlastung der Armen und eine stärkere Besteuerung der Reichen ablehnt" - um mit den Worten Berlioz zu sprechen - und somit - immer nach Berlioz - den "französischen Staat der Tyrannei der Kapitalbesitzer" ausliefert.

Das besondere und hervorstechendste dabei aber ist, dass die KPF sich dieser Blumschen Politik gegenüber als Steigbügelhalter betätigt, d.h. die Regierung bei der Durchführung dieser Politik parlamentarisch und ausserparlamentarisch





vertraglichen Abmachungen und zur Verteidigung der mit der Wahrnehmung der Interessen der Belegschaft gegenüber dem Unternehmer beauftragten Militanten. Wenn die Gewerkschaft sich dieser Aufgabe nicht gewachsen zeigt, wenn sie in Verfolg ihrer Bindungen an die Volksfront und der Politik der Erhaltung des sozialen Friedens sich als unfähig zur Verteidigung ihrer Funktionäre erweist, dann wird dies sowohl die Aktivität der Verbandsfunktionäre wie auch die Kampffähigkeit der Belegschaften nachteilig beeinflussen.

Von diesem Gesichtspunkt betrachtet, ist der Ausgang des Kampfes in der Filature et Tissage de la Cité in MULhausen eine Schlappe für die Arbeiterschaft, eine Schlappe, die sie wieder gut machen muss, will sie nicht, dass das Beispiel des Herrn Romann von der Filature et Tissage Schule macht.

-o-o-o-o-o-o-o-o-o-

Die städtischen Arbeiter von Strasbourg fordern die Anpassung ihrer Löhne und Bezüge an die Teuerung. Der Maire der Stadt, der berüchtigte H. Frey, mit dem zusammen die SFIO in einem Koalitionsverhältnis steht, erklärte den Vertretern der städtischen Arbeiter, dass er kein Geld besitze und dass er die Forderungen bewilligen werde, wann ihm die Regierung - zu der ja die CGT gute Beziehungen hat - das nötige Geld dafür zur Verfügung stelle. Diese Antwort ist allerdings kein Grund für unsere SFIO-Volksfrontler ihr Verhältnis zur Fabrikantenpartei und ihren Chef Frey einer Revision zu unterziehen. Die Gemeindearbeiter haben nun die Frage der Anpassung ihrer Löhne an die Teuerung dem Schiedsgericht überwiesen. Die Hueber u. Rocs aber fühlen sich jetzt veranlasst, die Frage der Erfüllung der Forderungen der Gemeindearbeiter im Gemeinderat zur Debatte zu stellen und fordern, dass die Ansprüche der städtischen Arbeiter erfüllt werden. Es wird sehr possiorisch sein zu sehen, wie sich die Freysozialisten und Volksfrontgrößen a la Nagelen und Imbs bei dieser Debatte benehmen werden. Für die städtischen Arbeiter aber ist das Theater, dass im Gemeindeparlament aufgeführt wird, von geringerer Bedeutung. Sie müssen sich rüsten ihre Forderungen gestützt auf ihre gewerkschaftliche Organisation und mittels ihrer Kampfmittel durchzusetzen.

Die Christen wachen in Demagogie. Auf dem Delegiertentag der christlichen Kalibergarbeiter wurde eine Resolution angenommen, die bezeichnend für die Linie ist, die die Christen jetzt einzuschlagen belieben. In der Resolution wird die jüngste Lohnerrhöhung als ungenügender Ausgleich gegenüber der seither eingetretenen Teuerung bezeichnet und die Regierung angegriffen, dass sie nichts gegen die hemmungslose Teuerung getan hat. Aus diesem Grunde fordert der Delegiertentag eine gerechte Lohnreform bei der bevorstehenden Erneuerung des Kollektivvertrages. Dann wird die CGT angegriffen, dass sie beim Abschluss des gegenwärtigen Vertrages die früher bestandene Indexklausel ausgeschaltet habe. Dabei begehen die christlichen Demagogen den Dreh und behaupten, dass die Aufrechterhaltung der Indexklausel im Vertrage, den Kalibergarbeitern nicht nur 10 sondern etwa 25 % Lohnerrhöhung infolge der Teuerung gebracht hätte. Das ist natürlich ein elender Dreh, denn selbst dort, wo eine solche Indexklausel im Tarifvertrage enthalten ist, wie z. B. bei den Metallarbeitern des Unterelsass, haben die Arbeiter, weil sie sich auf den Weg blosser Verhandlungen verlassen und keine Kampfmassnahmen ergriffen, nicht einmal eine 10 % ige Erhöhung ihrer Tariflöhne erhalten.

Von welcher Beschaffenheit die Demagogie der Christlichen ist, zeigt auch eine Resolution des christlichen Textilarbeiterverbandes von Elsass-Lothringen. In dieser Resolution wird in ziemlich offener Weise gegen die 40 Stundenwoche polemisiert und erklärt, dass die Beschränkung der 40 Stundenwoche auf Frankreich die Konkurrenzfähigkeit der heimischen Industrie beeinflussen werde, was sich gegen die Arbeiter selbst auswirken werde. Diese Stellungnahme läuft praktisch darauf hinaus, dass die Arbeiter sich erst dann für die 40 Stundenwoche einsetzen sollen, wenn ihre Verwirklichung und Anwendung in allen Ländern gesichert ist, d. h., zum Sankt-Nimmerleinstag.

Der steigenden Demagogie der Christen kann aber nur wirksam begegnet werden, wenn die CGT sich ausschliesslich und allein zum Fürsprecher der Interessen der Arbeiterschaft macht und sich nicht in ein Werkzeug der Volksfrontregierung zur Sicherung des sozialen Friedens und der Zusammenarbeit von Kapital und Arbeit macht.



Erscheint wöchentlich

Bezugspreis: Monat Frs. 2.-  
Einzelnummer: 50 Centimes.

# ARBEITER POLITIK

Organ der kommunistischen Partei - Opposition Elsass (Section der IVKO.)

Nr. 21/IV. Jahrgang.

Vierte Maiwoche 1937.

ZU DEN MAIKÄMPFEN IN KATALONIEN UND DER NEUBILDUNG EINER REGIERUNG IN VALENCIA.

I. Zu den Maikämpfen in Katalonien.

Die Maikämpfe in Barcelona u. im übrigen Katalonien hellen sich durch die weiteren Berichte u. Erklärungen der beteiligten Parteien u. Organisationen immer mehr auf. Wir zählen kurz das Wichtigste auf:

a) die Kämpfe begannen am Montag, den 3. Mai 1937, mit dem von der PSUC unternommenen Versuch, das Telefongebäude in Barcelona zu besetzen. Dieser Aktion lag ein umfassender Plan zugrunde. Es sollten gleichzeitig die Telefongebäude in Lerida, Gerona, Taragona usw. besetzt werden. Der Charakter der Provokation und Konspiration wird dadurch unterstrichen, dass der Plan der katalanischen Regierung verheimlicht wurde (das heisst es ist anzunehmen, dass Companys davon wusste, aber er wurde sicherlich vor den Mitgliedern der CNT-FAI in der Regierung verheimlicht). Die Akteure waren die PSUC und die KP Spaniens. Im Hintergrunde wurden die Fäden gezogen von den Vertretern der Sowjetunion und den Organen der KPdSU. Bezeichnend dafür ist, dass die Gefangenen die der CNT-FAI u. POUM angehörten, in den Gebäuden der PSUC von russischen Vertretern verhört wurden. (Offizielle Erklärung der CNT-FAI u. der libertären Jugend).

b) Die revolutionären Arbeiter Barcelonas u. des übrigen Kataloniens antworteten spontan mit dem Generalstreik, mit der Errichtung von Barrikaden und der Entwaffnung der Regierungstruppen. CNT-FAI waren am Mittwoch vollständig Herren der Lage in Barcelona u. im übrigen Katalonien. Der Umschwung kam dadurch, dass die Leitungen der CNT und FAI davor zurückschreckten, ihren Erfolg zu Ende zu führen u. die Macht zu übernehmen. Die CNT und FAI liessen sich am Mittwoch auf ein strategisches Rückzugsmanöver der PSUC u. Esquerra ein, das den letzteren die Vorderhand sicherte. CNT und FAI befahlen ihren Mitgliedern den Abbruch des bewaffneten Kampfes und die Wiederaufnahme der Arbeit. Unmittelbar darauf aber eröffneten die bewaffneten Formationen der PSUC von neuem den Angriff. Aus Valencia wurden 5000 Sturmgarden, sowie mehrere Kriegsschiffe nach Barcelona geschickt. Mit ihrer Hilfe wurde die Entwaffnung der revolutionären Arbeiter durchgeführt, die im offenen Kampfe nicht gelungen war, zahlreiche Verhaftungen und Ermordungen von Anarchisten-Syndikalisten und POUM-Mitgliedern wurden vorgenommen. Die Redaktion des Zentralorgans der POUM "La Batalla" wurde verhaftet, die "Batalla" selbst unter strenge Vorzensur gestellt. Die PSUC und die KP Spaniens eröffneten eine wütende Hetze für die Auflösung der POUM. Die Kominternprosse sekundierte.

c) Aus Erklärungen von Companys, dem Präsidenten Kataloniens, geht hervor, dass seine Hilferufe nach Valencia solange ungehört blieben, bis er der Valencia-Regierung die Ausübung der Polizeifunktionen und des Kommandos über die katalanischen Fronttruppen übertrug - ein glattes Erpressungsmanöver gegen die Autonomie von Katalonien. Aus Mitteilungen der Leitung der CNT-FAI geht hervor, dass diese eine Reihe ihrer Vertrauensleute zu den CNT-Kolonnen an der Aragonfront schickte, um diese zu überreden, dass sie darauf verzichteten, in

die Kämpfe von Barcelona einzugreifen. Das gelang ihnen auch.

d) Im Hafen von Barcelona erschienen am Mittwoch und Donnerstag, den 5. u. 6. Mai eine Anzahl französischer und englischer Kriegsschiffe zur Unterstützung der konterrevolutionären Provokation, offenbar von Companys u. Valencia herbeigerufen. Damit ist der internationale Zusammenhang der konterrevolutionären Aktion klargestellt.

## 2. Das Manifest der CNT, der FAI und der libertären Jugend Kataloniens.

Während der Maikämpfe trat offen zutage der Zwiespalt zwischen der Masse der anarcho-syndikalistischen Arbeiter, die mit der Waffe in der Hand die revolutionären Errungenschaften verteidigten und den Spitzen der CNT und FAI, vor allem den CNT-Ministern in der Valenciaregierung und der Generalidad. Sie waren teils opportunistisch versucht, teils mangelte ihnen die notwendige Zielklarheit und Entschlossenheit.

Nach dem Umschlag des abgeschlossenen Kompromisses in die Niederlage der revolutionären Arbeiter folgte eine heftige Reaktion der anarcho-syndikalistischen Arbeiter. Sie spiegelt sich wieder in dem Manifest der Leitungen der CNT und FAI und der Libertären Jugend Kataloniens, das von der "Solidaridad Obrera" in ihrer Nummer vom 12. Mai veröffentlicht wurde.

Das Manifest bezeichnet offen die Provokation der Maitage als eine "Verschwörung". Diese Verschwörung - der Überfall auf das Telefongebäude - hat den spontanen Protest der Arbeiter ausgelöst. Der Angriff auf das Telefongebäude wurde persönlich geführt von dem PSUC-Mann Salas auf schriftliche Verfügung von Aiguado, von der der Rat der Generalidad keine Kenntnis hatte. Es sollte dieses der Ausgangspunkt für einen "umfassenden Plan" mit unqualifizierbaren Zielen sein.

Der Aufruf weist daraufhin, dass die Aktion von langer Hand vorbereitet wurde, dadurch, dass man versuchte, das Hinterland zu demoralisieren, das Vertrauen in die Komitees u. in die Leitungen der CNT zu untergraben. Der Aufruf weist ferner auf die zahlreichen Ermordungen von Mitgliedern der CNT durch PSUC- und Polizeitruppen hin - 12 in San Andres, 15 in Taragona, die Ermordung des italienischen Anarchisten Berneri usw. Der Zweck der Aktion war auch, eine auswärtige Intervention herbeizuführen, "deren Vortruppen die 6 französischen u. englischen Kriegsfahrzeuge waren, die sich am Mittwoch u. Donnerstag der vergangenen Woche auf der Höhe des Hafens von Barcelona befanden". Der Aufruf erklärt gegenüber den zahlreichen Festnahmen und persönlichen Attentaten, die von der Gegenseite unternommen wurden, dass die CNT und FAI mit angemessenen Mitteln antworten werden, wenn das nicht aufhöre.

Der Aufruf wendet sich an die Mitglieder der UGT mit folgenden Worten:

"Denkt daran, dass Euer Platz ist an der Seite Eurer Klassenbrüder, aber nicht in einem Bündnis mit der Bourgeoisie, der grossen oder kleinen, die geschickt ihre Interessen verteidigt und mit allen Waffen kämpft, um die spanische Revolution zu erdrosseln... Wehrt die Provokationen und die Provokateure ab u. arbeitet mit uns an dem Werk der Demaskierung der Schuldigen an der grössten Felonie der Geschichte. Vereinigen wir uns gegen den gemeinsamen Feind, den inneren und äusseren, den an der Front und im Hinterlande, der gegen uns manöviert in den spanischen politischen Konventikeln und im dunklen Hintergrund der europäischen Kanzleien... Es lebe die revolutionäre Allianz des Proletariats! Nieder mit der Konterrevolution! Es lebe die Einheit der CNT u. der UGT, die Garantie des Sieges im Kriege und in der Revolution!"

Die Losung der revolutionären Allianz des Proletariats entspricht der von der POUM herausgegebenen Losung der revolutionären Arbeiterallianz. Der Aufruf der CNT zeigt an, dass die anarcho-syndikalistischen Arbeiter begonnen haben, aus den Ereignissen zu lernen und dass sie gewillt sind, den Kampf für die Revolution fortzusetzen.

## 3. Die Stellungnahme der POUM zu den Maikämpfen.

Die Stellungnahme der POUM zu den Maikämpfen geht hervor aus der Resolution



des erweiterten ZK der POUM zu den Mairoereignissen, die in der "Batalla" vom 13. Mai veröffentlicht worden ist. Sie lautet:

1. Die ständigen Provokationen der Konterrevolution verkörpert in den reformistischen Parteien der PSUC und des Kleinbürgertums, Provokationen, die auf dem Gebiete der Wirtschaft, des Krieges und der öffentlichen Ordnung darauf abzielten, die revolutionären Errungenschaften, die am 19. Juli von der Arbeiterklasse mit der Waffe in der Hand gewonnen worden waren abzubauen und die am 3. Mai in der Absicht der Stürmung des Telefongebäudes gipfelten, bestimmten den bewaffneten Protest des Proletariats.

2. Die politische Stellung der POUM konnte keine andere sein als die aktive Solidarität mit den Arbeitern, die spontan den Generalstreik erklärten, Barrikaden in den Strassen von Barcelona errichteten und es übernahmen, mit musterhaftem Heldenmut die bedrohten Eroberungen der Revolution zu verteidigen.

3. Das es den Arbeitern, die auf der Strasse kämpften, an konkreten Zielen u. einer verantwortlichen Leitung fehlte, so konnte die POUM nichts anderes machen, als einen strategischen Rückzug zu organisieren, indem sie die revolutionäre Arbeiterklasse davon überzeugte, und eine verzweifelte Aktion vermied, die in einen "Putsch" entarten konnte und zur Folge gehabt hätte die gänzliche Vernichtung des fortgeschrittensten Teiles des Proletariats.

Die Erfahrung der "Maitage" zeigt unzweideutig, dass der einzige progressive Ausweg aus der Lage die Ergreifung der Macht durch die Arbeiterklasse ist und dass es dafür unzugänglich ist, die revolutionäre Aktion der Arbeitermasse zu koordinieren durch die Bildung einer revolutionären Arbeiterfront, die alle Organisationen vereinigt, die bereit sind, für die vollständige Vernichtung des Faschismus zu kämpfen, die sich nur bewerkstelligen lässt durch den militärischen Sieg an den Fronten und den Sieg der Revolution im Hinterlande.

Das erweiterte ZK ist der Ansicht, dass die von der Partei während der Ereignisse befolgte Politik vollständig berechtigt ist und solidarisiert sich völlig mit dem Exekutivkomitee, überzeugt, dass es verstanden hat, die Interessen der Revolution und der grossen Arbeitermassen zu verteidigen."

#### 4. Die Umbildung der Valencia-Regierung.

Der Anstoss ging wiederum aus von den offiziellen kommunistischen Parteien, deren Minister zurücktraten mit der Forderung, dass die Aktion gegen die revolutionären Arbeiter Kataloniens verstärkt und bis zu Ende durchgeführt werden müsse, zusammen mit der französischen u. englischen Regierung, die ihre Forderungen im selben Sinne durch den Aussenminister Alvarez del Vayo im Kabinett selbst anmelden liessen.

Die Ziele waren: a) die Ausschaltung Caballeros und damit der sozialistischen Linken, b) die Ausschaltung der CNT-FAI, c) die Verstärkung des bürgerlich-republikanischen Einflusses, d) die Emanzipierung der Regierung von der Kontrolle der Arbeiterorganisationen und die Zentralisation der militärischen Macht in einer Hand, e) die Liquidierung der revolutionären Errungenschaften des Juli in Katalonien und im übrigen Spanien. Der Charakter dieses Manövers wird am besten klaggestellt durch zwei Ausserungen:

1) Die Zeitung "Adelante", das Organ Largo Caballeros, vom 11. Mai schreibt zu den von der KP Spaniens und der Komintern erhobenen Forderungen folgendes:

"Wenn die Regierung Caballero die Unterdrückungsregeln anwenden würde, zu denen die spanische Sektion der Kommunistischen Internationale anreizt, so würde sie sich annähern an eine Regierung von Gil Robles oder Lerroux, die Einheit der Arbeiterklasse zerbrechen und uns der Gefahr aussetzen, den Krieg zu verlieren u. die Revolution zum Scheitern zu bringen... Eine Regierung, die sich in der Mehrheit aus Leuten der Arbeiterbewegung zusammensetzt, kann andererseits nicht bestimmte Mittel gebrauchen, die für reaktionäre und dem Faschismus ähnliche Regierungen vorbehalten sind."

Der Artikel lehnt ausdrücklich die Verantwortung für die Geschehnisse in Katalonien ab und überlässt sie denjenigen, die sie provoziert haben.

3) Die Rolle, die die französische u. englische Regierung bei den Geschehnissen in Katalonien gespielt haben und die Ziele, die sie sich dabei und bei der Neubildung der Regierung setzten, werden mit erfreulicher Klarheit ausgesprochen in einem offiziellen Leitartikel des "Temps" v. 17. Mai. Der Artikel wurde geschrieben, nachdem die Regierungskrise in Valencia offen ausgebrochen, aber noch nicht gelöst war, also mit dem Zweck, die Lösung der Krise in dem Sinne, der von der Volksfrontregierung in Frankreich gewünscht wurde, zu beeinflussen. In dem Artikel heisst es:

"Der Kampf geht also in Valencia, wie er in Barcelona ging, zwischen dem eigentlichen kommunistischen Einfluss, der verbündet ist mit den Sozialisten u. Republikanern und den Anarcho-Syndikalisten, die es zu vernichten (mater) und aus der Regierung zu entfernen galt... Entweder wird Herr Largo Caballero einfach sein Kabinett auf den alten Grundlagen wieder aufbauen, das heisst mit den Vertretern aller Parteien der "Frente Popular" u. Vertretern der sozialistischen u. anarcho-syndikalistischen Arbeiterorganisationen, oder er wird versuchen, die republikanische Regierung von der Vormundschaft der Extremisten loszulösen u. wird eine Kombination aufrichten, die sich ausschließlich auf die politischen Parteien stützt, die die "Frente Popular" bilden. Wenn diese letztere Formel sich durchsetzen sollte, so würde sie eine wichtige Entwicklung bezeichnen u. tatsächlich eine entscheidende Reaktion gegen die sogenannte proletarische sozialistische Revolution ausmachen. Die Anarchisten und die Syndikalisten haben niemals verheimlicht, dass die Verteilung des republikanischen Regimes und der demokratischen Ordnung die geringste ihrer Sorgen sei und dass sie vor allen Dingen auf Grund des gegenwärtigen Bürgerkrieges versuchen, die vollständige soziale Revolution zum alleinigen Vorteil des Proletariats zu verwirklichen. Die republikanische Regierung von Valencia ist an die Stunde angelangt, wo sie sich offen entscheiden muss. Sie kann nicht mehr in der Zweideutigkeit bleiben, in der sie bisher gelebt hat. Sie muss wählen zwischen der Demokratie und der proletarischen Diktatur, zwischen der Ordnung und der Anarchie."

Entsprechend diesen Anweisungen der französischen u. englischen Bourgeoisie, die unterstützt wurden von der spanischen Sektion der Kommunistischen Internationale, von den republikanischen Parteien und dem rechten Flügel der Sozialdemokratie ist denn auch die Neubildung der Valencia-Regierung erfolgt. Caballero ist ausgeschifft. In der Regierung ist nur noch der rechte Flügel der Sozialdemokratie vertreten und zwar durch den Ministerpräsidenten Negrin, durch den neuen Kriegsminister Prieto und durch den sozialdemokratischen Innenminister. Das Ausserministerium wurde dem Linksrepublikaner Giral in die Hand gegeben, dem Vorsitzenden der Linksrepublikanischen Partei, da bis zu dem Fall von Irun Ministerpräsident war und wegen des Falls von Irun aus der Regierung entfernt wurde. So ist also dieser politische Leichnam wieder ausgegraben worden.

Aus der Regierung sind die Vertreter der CNT und FAI ausgeschifft, nachdem man ihnen angeboten hatte, ihre bisherige Vertretung in der Regierung auf die Hälfte zu reduzieren. Die Regierung besteht aus 3 Sozialdemokraten, 2 offiziellen Kommunisten und 4 Bürgerlichen. In Wirklichkeit dominiert in der Regierung jetzt der bürgerlich-republikanische Einfluss, da man die rechten Sozialdemokraten, wie Prieto als bürgerliche Republikaner ansehen muss. Auch die UGT ist formell in der neuen Regierung nicht vertreten.

Die neue Regierung wird von der englischen u. französischen Regierungspressen freudig begrüsst. Zugleich werden ihr von dieser Seite ihre Aufgaben vorgeschrieben. So schreibt zum Beispiel der "Temps" in seinem Leitartikel v. 18. Mai:

"...Aber es ist bezeichnend, dass er (Azala) gestern für eine gemeinsame Beratung versammelt hat; den Präsidenten der Cortes, H. Martinez Barrio, den Chef der republikanischen Union, den ehemaligen Ministerpräsidenten Giral, den Führer der republikanischen Linken, den Führer der gemässigten Sozialisten, H. Indalecio Prieto, H. Ramon Lamonedas, den Vertreter des Vorstandes der Sozialistischen Partei u. H. José Diaz, den Generalsekretär der Kommunistischen Partei. Es wäre verfrüht, daraus zu schliessen, dass man sich in Valencia auf



eine gemäßigtere Regierung orientiert, die entschlossen ist, sich endgültig von der Vormundschaft der Anarcho-Syndikalisten zu befreien. Aber das ist ein Versuch, zu dem man unvermeidlich kommen muss, welches auch der Widerstand der Extremisten sein mag, wenn man den früheren oder späteren Zusammenbruch jeder republikanischen Staatsmacht verhüten will."

Das  
Danach sind Wesen und die Ziele der neuen Valencia-Regierung genügend klar. Sie soll aufräumen mit den Kräften, die für die proletarische Revolution kämpfen, soll sie entwaffnen, verschießen u. vernichten. Sie soll eine feste Basis militärisch u. polizeilich für die bürgerliche Restauration schaffen. Das sind die Absichten, aber die Perspektiven einer solchen Regierung gehen in Wirklichkeit viel weiter, als sie selber heute weiss und will. Wenn sie ihre Ziele konsequent weiter verfolgt, muss sie am Ende auch die Grundlagen für ihre eigene Existenz u. insbesondere für die Stellung der sozialdemokratischen u. kommunistischen Parteien untergraben, denn um die revolutionären Elemente der Arbeiterklasse in Katalonien u. im übrigen Spanien zu schlagen, wird sie sich fortlaufend auf immer reaktionärere Kräfte stützen müssen und immer reaktionärere Mittel anwenden müssen - wie dies ganz gut in den obengeführten Äußerungen des Organs von Caballero angedeutet worden ist. Es genügt, auf das Beispiel der deutschen Sozialdemokratie, der Ebert-Scheidemann-Noske zu verweisen, die, um den Spartakusbund zu schlagen, sich auf die Militärs u. die weißgardistischen Organisationen stützen mussten. Es ist ferner klar, dass, wenn es gelingen würde, die Absichten dieser Regierung durchzuführen, dass dies zugleich bedeuten würde, die Voraussetzungen zu schaffen für einen Kompromiss mit den militaristisch-faschistischen Aufständischen, auf das die englische u. französische Regierung immer ausgesprochener hinarbeiten. Das Ende ist nicht nur der Zusammenbruch auch der bürgerlich-demokratischen Republik, sondern auch die Niederlage im Kampfe gegen die Militaristen und Faschisten an der Front.

Es ist aber keineswegs irgendeine Garantie dafür gegeben, dass es der neuen Regierung und den Kräften, die hinter ihr stehen, gelingen wird, sich durchzusetzen. Die Gegenströmung in der revolutionären Arbeiterschaft Spaniens hat bereits begonnen, darauf weisen hin die Aufrufe der CNT-FAI, wie auch die Stellungnahme der Leitung der UGT. Für den Sieg der Kräfte der proletarischen Revolution ist aber unumgänglich notwendig, die Schaffung eines festen Bündnisses aller Kräfte, die in dieser Richtung arbeiten, und die Herausbildung einer wirklich kommunistischen Führung der Mehrheit der spanischen Arbeiterklasse, für die in erster Linie die POUM, aber auch gewisse Elemente der Anarcho-Syndikalismus und der linken SP in Betracht kommen.

In diesem Zusammenhang sei darauf hingewiesen, dass offensichtlich die 5 000 Mann der Sturmgarde, die von Valencia nach Barcelona geschickt worden sind, dort "Ordnung" zu schaffen, unter den Einfluss der Stimmung der revolutionären Arbeiter von Barcelona geraten, ferner dass die POUM offenbar an Popularität in der Arbeiterschaft gewinnt und dass die praktische Aufhebung der Autonomie von Katalonien selbst unter gewissen kleinbürgerlichen Elementen Kataloniens böses Blut macht. Im Ganzen kann man annehmen, dass der Prozess der Herausbildung einer revolutionären Front, die in der Richtung der proletarischen Diktatur kämpft, ein ziemlich langwieriger sein wird.

#### 5. Zu der Rolle der KPdSU u. der Komintern in Spanien.

In der Sowjetunion geht gegenwärtig eine umfassende Kampagne vor sich für die Reinigung der Partei u. Sowjetbürokratie vermittels der Entfesselung der innerparteilichen Demokratie und der Kritik der breiten Massen.

Was gegenwärtig von Seiten der KPdSU u. der Komintern in Spanien geschieht, bewegt sich in der entgegengesetzten Linie. Im Bündnis mit den reformistischen u. bürgerlich-republikanischen Elementen versucht die in Spanien tätige Bürokratie der KPdSU und der Komintern, die revolutionäre Massenbewegung niederzuschlagen u. ebnet mit den Mitteln der Gewalt der Kontorrevolution u. dem Kompromiss mit den Aufständischen die Wege. Das sind die Tatsachen.

Diese Tatsachen sind so ungeheuerlich, dass vorerst die Mitglieder der kommunistischen Parteien sich fast durchweg weigern, an ihre Wirklichkeit zu glauben. Eine der wichtigsten Aufgaben der internationalen Arbeiterbewegung

besteht gegenwärtig darin, die internationale Arbeiterklasse, insbesondere auch die Mitglieder der kommunistischen Parteien an der Hand der Tatsachen mit der größten Geduld und Beharrlichkeit über die ungeheuerliche Rolle aufzuklären, die heute die Vertreter der KPdSU und der Komintern in Spanien spielen. Wir sind sicher, dass der Zeitpunkt nicht ausbleiben wird, wo auf Grund der weiteren Entwicklung in Spanien auch den Mitgliedern der kommunistischen Parteien diese Rolle klar werden wird und wo sie sich mit der nötigen Energie dagegen wenden werden und fordern werden, dass die Verantwortlichen für die konterrevolutionären Aktionen in Spanien ohne Nachsicht zur Rechenschaft gezogen werden.

-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-

#### Erklärung des Erweiterten Büros der IVKO:

##### ZUR LAGE IN DER SOWJETUNION.

oooooooooooooooooooooooooooo

1) Die Moskauer Prozesse, die Verhaftung Jagodas, die Referate und Beschlüsse des letzten Plenums des ZK der KPSU, in denen die weitgehende ideologische Zersetzung, bürokratische Selbstherrlichkeit und Korruptions- und Cliquenwirtschaft, die im Partei- und Staatsapparat der SU eingerissen ist, zugegeben wurde, zeigen, dass die Sowjetunion gegenwärtig eine politische Krise durchmacht. Aber diese Krise bedeutet keineswegs, wie das von den Feinden der SU behauptet wird, dass in der SU ein "Bonapartismus", eine "totalitäre" Diktatur gegen die Arbeiter bestehe und ausgebaut werde, dass die KPSU als proletarische Partei tot sei, dass die Staats- und Parteibürokratie sich dort zu einer sozialen Schicht entwickelt habe, deren Interessen denen der Masse der Werktätigen entgegengesetzt seien. Vielmehr beweist die jüngste Entwicklung in der Sowjetunion die Stärke des Sowjetsystems, die Lebendigkeit der KPSU. Sie ist eine Wachstumskrise der proletarischen Diktatur. Sie bringt zum Ausdruck, dass die bisherigen bürokratischen Methoden der Führung und des Apparats der KPSU geschichtlich überholt sind. Sie sind in Konflikt geraten mit den Erfordernissen der Ausgestaltung der Sowjetdemokratie, wie sie in der neuen Sowjetverfassung vorgesehen ist, und mit den Ansprüchen, die die Millionenmassen der Werktätigen der SU, deren kulturelles Niveau dank der erfolgreichen Durchführung des sozialistischen Aufbaues stürmisch gewachsen ist, jetzt stellen. Im Kampf für die Durchsetzung der ersten beiden Fünfjahrespläne, in den Auseinandersetzungen mit den Trotzkiisten einerseits und Bucharin und Rykow andererseits vertrat Stalin in den für die Zukunft der proletarischen Diktatur und des Sozialismus in der SU entscheidenden Fragen einen richtigen Standpunkt. Es war im Interesse des Kommunismus notwendig, Stalin damals trotz der bürokratischen Auswüchse seiner Methoden der Parteiführung gegen seine Gegner innerhalb der KPSU zu unterstützen. Die undemokratischen Methoden der Parteiführung, die ihre Wurzel in der wirtschaftlichen und kulturellen Rückständigkeit der SU hatte, wurden auch von Trotzki, Sinowjew, Rykow und Bucharin zu der Zeit, als sie noch in der Parteiführung saßen, praktisch gefördert. Stalin hat die undemokratischen Methoden der Parteiführung nicht erfunden, er hat lediglich die Unterdrückung der innerparteilichen Demokratie in der KPSU auf die Spitze getrieben. Angesichts der brennenden Notwendigkeit der Durchführung der beiden Fünfjahrespläne, die eine Schicksalsfrage für die SU war, nahm die Parteimitgliedschaft der KPSU diese Methoden zeitweilig hin.

2) Es ist ein Zeichen für die Stärke des Sowjetsystems, dass es zu keiner Erschütterung der proletarischen Diktatur als solcher führt, wenn führende Funktionäre in fast allen Teilen des Staatsapparates, der Sabotage, Spionage, Korruption und anderer Verbrechen beschuldigt werden. Es ist ein Zeichen für die urwüchsige Lebendigkeit der KPSU als Partei des Proletariats, dass bereits jetzt eine starke Bresche in das System der bürokratischen Selbstherrlichkeit der Parteibürokratie geschlagen worden ist. Diese Lebendigkeit der KPSU zeigt sich auch darin, dass die Beschlüsse des letzten Plenums des ZK der KPSU über das innerparteiliche Leben, in denen die Neuwahl der Parteiorgane mit Ausnahme des ZK nach vorheriger Diskussion ihrer bisherigen Tätigkeit durch die Mitgliedschaft und auf Grund einer geheimen Abstimmung vorgesehen war, sofort einen breiten Widerhall bei den Massen der Parteimitglieder gefunden haben. Es ist ganz klar, dass der Kampf gegen die bürokratische Cliquenwirtschaft, gegen die Unterdrückung des Rechts der Parteimitglieder auf



Kritik an der Tätigkeit der Parteiorgane, an dem Führerkultus, an der von oben organisierten Speichellockerei auf die Dauer nicht vor dem ZK und vor der Person Stalins Halt machen kann und Halt machen wird. Stalin und die Führung der KPSU haben angesichts der Entartungserscheinungen im Partei- und Staatsapparat an die Initiative und Selbsttätigkeit der breiten Massen der Parteimitgliedschaft appellieren müssen. Es ist klar, dass eine volle, allseitige Entfaltung der Kritik und Kontrolle der Parteiorgane durch die Parteimitglieder mit dem Anspruch der obersten Parteiführung auf Unfehlbarkeit und mit dem Führerkultus gegenüber Stalin unverträglich ist.

3) Die neueste Entwicklung in der SU beweist, wie falsch die antibolschewistische Theorie Trotzki's von der Rolle der Parteibürokratie und von dem angeblichen "Bonapartismus" in der SU ist. Die Beschlüsse, die das letzte Plenum des ZK der KPSU im Sinne einer "Annäherung" der innerparteilichen Demokratie gefasst hat, zeigen, dass der Staats- und Staatsapparat der SU ein Werkzeug der Diktatur des Proletariats, der Masse der Werktätigen und ihrer Vorhut, der Mitgliedschaft der KPSU, geblieben ist, auch wenn an diesem Werkzeug sich schädlicher Rost angesetzt hat. Mit diesem Werkzeug hat die Arbeiterklasse den Sieg der sozialistischen Produktionsverhältnisse in der SU gesichert. Sie geht jetzt daran, dieses Werkzeug entsprechend ihrer neuen, gewachsenen Bedeutung umzugestalten. Die Partei- und Staatsfunktionäre der SU stellen keine besondere soziale Schicht dar, die sich der Arbeiterklasse entgegenstellen könnte. Es kann sich in der SU nicht darum handeln, den für die Aufrechterhaltung der proletarischen Diktatur notwendigen Apparat von Partei- und Staatsfunktionären zu beseitigen, sondern lediglich darum, ihn von korrupten und unfähigen Elementen zu säubern und ihn zu erneuern.

4) Die Ereignisse in der SU zeigen, dass die Verletzung der proletarischen Demokratie, die Abtötung des inneren Parteilebens innerhalb der kommunistischen Partei sich früher oder später rächt, und zwar auch dann, wenn die Unterdrückung der innerparteilichen Demokratie im Interesse der Durchführung einer richtigen Politik erfolgt, wie das bei der von Stalin vertretenen Politik der Industrialisierung und Kollektivisierung, der Durchsetzung des Sozialismus in der SU zweifellos der Fall war. Die bürokratischen innerparteilichen Methoden in der SU führten zur künstlichen Niedrighaltung des politischen Niveaus der Partei, zur Loslösung des Staatsapparats von der innigen Verbindung mit den Massen der Parteimitgliedschaft. Sie führten zum Eindringen von Korruption und Konterrevolution in den ideologisch stagnierenden Staatsapparat, der in bezug auf seine politische Schulung immer schlechter geworden ist. Sie führten dazu, dass der Staatsapparat, dessen Aufgabe es wäre, die Massen politisch zu führen, jetzt in bezug auf sein geistiges Niveau hinter den einfachen Mitgliedern der Partei und breiten Schichten von Parteilosen, die in den letzten Jahren viel gelernt und ihr Bildungsniveau beträchtlich erhöht haben, zurückgeblieben ist.

5) Die bürokratischen Methoden der Führung der KPSU haben sich besonders in der KI, wo sie seit Jahren zum Unterschied von ihrer Politik des sozialistischen Aufbaus in der SU eine offenkundig falsche Politik betreibt, verhängnisvoll ausgewirkt. Es ist klar, dass sich die falsche KI-Politik auf die Dauer auch innerhalb der SU schädlich auswirken muss. Stalin forderte auf dem letzten Plenum des ZK der KPSU eine systematische politische Schulung der Funktionäre der KPSU. Aber zu einer solchen Schulung gehört auch eine richtige Stellungnahme zu den Problemen der internationalen Arbeiterbewegung. Die unkommunistische Volksfrontpolitik kann nur die ideologische Verleerung in den Reihen der KPSU fördern. Es muss das Treiben der konterrevolutionären Feinde der proletarischen Diktatur, insbesondere auch der Trotzkiisten, erleichtern, wenn die Führung der KPSU mit Stalin an der Spitze konterrevolutionären Auffassungen und Handlungen der aussorussischen Sektionen der KI veranlasst und mit ihrem Namen deckt, so vor allem in Spanien.

6) Die gegenwärtigen Ereignisse in der SU haben zugleich mit der falschen Politik der KI unter den revolutionären Arbeitern der kapitalistischen Län- der Zweifel und Bedenken in bezug auf die Zukunft der SU hervorgerufen. Es ist notwendig, diesen Zweifeln und Bedenken und der Gefahr des Anwachsens trotzkistischer und sonstiger antibolschewistischer Stimmungen durch eine gründliche Aufklärung über die Lage in der SU entgegenzuwirken. Die Darstellung der Ereignisse in der SU durch die Sektionen der KI ist für die Zwecke einer solchen Aufklärung völlig ungeeignet.

7) Die IVKO begrüßt und unterstützt jeden Fortschritt auf dem Wege der Herstellung einer wirklichen innerparteilichen Demokratie in der SU, und zwar sowohl im Interesse der proletarischen Diktatur und der Entwicklung der sozialistischen Gesellschaft in der SU, als auch im Interesse der Gesundheit der KI.

8) Die jüngste Entwicklung der SU bestätigt, dass die KPSU nach wie vor die Partei der Arbeiterklasse der SU ist. Sie bestätigt, dass die KPSU trotz ihrer unkommunistischen KI-Politik eine kommunistische Partei bleibt, die das Rückgrat der proletarischen Diktatur und des sozialistischen Aufbauwerkes in der SU bildet. Es kann keine revolutionäre Internationale ohne die SU geben. Die notwendige internationale Zusammenfassung aller Kräfte, die den Grundsätzen des Kommunismus treu geblieben sind, kann nur unter der Perspektive der Gesundheit der KI, ihrer Wiederherstellung als des Generalstabs der Weltrevolution unter gleichberechtigter, aber nicht bevorrechtigter Teilnahme der SU fruchtbringend sein. Zur Gesundheit der KI gehört aber auch, dass die KPSU diejenigen zur Rechenschaft zieht, die die Verantwortung für die konterrevolutionären Verbrechen tragen, die im Namen der von der Führung der KPSU vorangetriebenen KI-Politik jetzt gegen die spanische Revolution begangen werden. Ebenso wie die Kommunisten in allen Ländern dafür eintreten müssen, dass diejenigen, die in der SU konterrevolutionäre Verbrechen gegen die russische Revolution begehen, unachtsichtlich bestraft werden, ebenso ist es notwendig, dass die KPSU und ihre Mitglieder diejenigen, die Verbrechen gegen die proletarische Revolution in Spanien und in anderen Ländern begehen, ohne Ansehen der Person zur Verantwortung ziehen. Nur so kann das Ansehen der KPSU bei der internationalen Arbeiterklasse erhalten und gestärkt werden.

11. Mai 1937.

-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-

#### Aussperrung in der Filature et Tissage.

-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-

Wir berichteten in der vorausgegangenen Nummer über den Abschluss des Streiks in der Filature et Tissage de la Cité. In der Zwischenzeit hat Herr Romann die Wiederaufnahme der Arbeit davon abhängig gemacht, dass jeder Arbeiter u. jede Arbeiterin vor Beginn der Arbeitsaufnahme eine Erklärung unterschreibe, die einer Abänderung des bestehenden Kollektivvertrages gleichkommt. Die Verhandlung empfahl darauf der Belegschaft, nachdem ein Versuch, die ungesetzlichen Einstellungsbedingungen durch Vermittelung der Association Patronale zurückzunehmen, fehlgeschlagen war, sich mit den von H. Romann ausgestellten Arbeitsbüchern im Betrieb zur Wiedereinstellung zu melden, aber die von H. Romann geforderten Bedingungen auf Verletzung des Kollektivvertrages abzulehnen.

Gleichzeitig ging H. Romann zu einer weiteren Provokation über. Er liess, nachdem der Beschluss der Belegschaft auf Arbeitswiederaufnahme bereits bekannt war, mittels Camions Kisten und Ballen aus der Fabrik abtransportieren, wodurch bei der Belegschaft der Eindruck erweckt wurde, H. Romann beabsichtige die Arbeitsaufnahme und Wiedereingangssetzung des Betriebs zu sabotieren. Dies führte zu vorübergehenden Ansammlungen vor dem Betrieb und zu Protesten seitens der Arbeiter.

Darauf liess H. Romann folgenden Anschlag zur Kenntnis der Belegschaft bringen:

"In Anbetracht der schwierigen Ereignisse, die sich Mittwochvormittag abspielten; ist die Wiedereröffnung der Fabrik auf ein späteres Datum verschoben."

Nachdem also die Belegschaft die Massregelung von drei Verbandsfunktionären und die Methode der individuellen Wiedereinstellung akzeptiert hatte, ging H. Romann - dem es jetzt vor allem um die Nichtanwendung des Kollektivvertrages zu gehen scheint - dazu über, die Belegschaft auszusperrern.

Dieser Vorgang ist für die neueste Kampfmethode der Unternehmer charakteristisch. Die Arbeiterschaft muss dem H. Romann zeigen, dass der von ihm in brutaler Weise geäußerte Herr-im-Hause-Standpunkt der Vergangenheit ange-



angehört. Die Arbeiterschaft muss dafür sorgen, dass die CGT ihre Kampfmethoden den Umständen entsprechend ändert und auch einer Situation zu begegnen weiss, wie sie durch die Praktiken des H. Romann geschaffen wird.

H. Romann verlangt die Massregelung der Betriebsfunktionäre und die Abänderung des Kollektivvertrages entsprechend seinen Wünschen. Wenn dies nicht akzeptiert wird, dann schliesst er seinen Betrieb und wirft die Belegschaft auf die Strasse. Soll sich die Belegschaft und soll sich die CGT mit einem solchen Entscheid des Patrons abfinden? Nein! Aus dieser Lage ergibt sich als zwingende Notwendigkeit die Wiedereröffnung des Betriebes auf der Basis der Anerkennung des Kollektivvertrages und der restlosen und bedingungslosen Wiedereinstellung der gesamten Belegschaft. Aus der Ablehnung dieser Forderungen durch H. Romann und der von ihm angeordneten Aussperrung der Belegschaft folgt die Forderung auf Wiedereröffnung des Betriebes und wenn es nötig ist, seine Weiterführung unter Kontrolle der Belegschaft. Diese Forderung muss von der Arbeiterschaft mittels der CGT an die Regierung gestellt werden. Die 430 Arbeiter u. Arbeiterinnen der Filature et Tissage dürfen nicht den Launen eines Unternehmers geopfert werden. Die Verfügungsgewalt der sabotierenden Unternehmer über ihre Betriebe muss gebrochen werden, ihre Betriebe müssen einer Zwangsverwaltung unter Kontrolle der Arbeiter und Angestellten unterstellt werden und der Staat muss die notwendigen Betriebskredite zur Weiterführung der von den Patrons stillgelegten Betriebe zur Verfügung stellen. Daneben muss die Arbeiterschaft dafür eintreten, dass den von der Aussperrung Betroffenen Arbeitern unverzüglich die Arbeitslosenunterstützung ausgezahlt wird, um zu verhindern, dass die Arbeiter auf dem Wege über den Hunger dem Diktat der Unternehmer gefügig gemacht werden.

-o-o-o-o-o-o-o-o-

Feststellungen, aus denen falsche Konsequenzen gezogen werden.

-o-

Wir lesen in der Strasbourger "Humanité" über eine öffentliche Versammlung im Fentschtal:

"Député Musmeau übte anschliessend scharfe Kritik und dies in berechtigter Weise an den Kompromissen der Regierung. Die KPF, so erklärte er, war Gegner der Devaluation, wie sie heute Gegner ist der "Pause". Die Devaluation mit der einsetzenden Teuerung war eine schwere Enttäuschung für die Kleinrentner; die "Pause" eine noch grössere für unsere alten Arbeiter. Redner wies mit zuverlässigen Zahlenmaterial nach, dass weder die Devaluation noch die "Pause" eintreten musste, wenn die Reichen zum Zahlen gezwungen worden wären, wie es das Volksfrontprogramm vorgesehen hat. (Tosender Beifall)

Die Politik der Versöhnung der Interessen der Ausgebeuteten und der Ausbeuter muss ein Ende bereitet werden; denn man kann nicht gleichzeitig auf der Seite der Werktätigen und auf der Seite der Finanzmagnaten sein. (Langanhaltender Beifall)

Wir können diese Worte des kommunistischen Députés nur unterstreichen. Nur müssen wir einige Ergänzungen dazu machen. Die KPF ist im Parlament und ausserhalb des Parlaments der von Musmeau kritisierten Politik Léon Blums nicht nur gefolgt, sondern sie hat sie mit den Stimmen ihren 72 Députés sanktioniert und ermöglicht. Sie hat die Devaluation durch ihre Abstimmung im Parlament sanktioniert und sie hat die Finanzmassnahmen Blums gebilligt, die die "Pause" zur Folge hatten. Die Devaluation und die "Pause", das sind die Volksfrontpolitik. Die KPF hat auch den neuen Burgfrieden zwischen Kapital und Arbeit, also der Politik der Versöhnung der Interessen der Ausgebeuteten und der Ausbeuter zugestimmt, statt ihr ein Ende zu bereiten.

Der komm. Député wird uns erwidern, dass die KPF dies nur getan habe, um die Volksfront zu erhalten. Darauf sei nur erwidert, dass es in der Politik nicht auf die Motive, sondern auf die Ergebnisse ankommt. Auch der Weg der SP. in Deutschland war mit guten Vorsätzen gepflastert. Die Volksfrontpolitik aber hat zur Devaluation und zur "Pause" geführt und die Volksfrontpolitik hat durch den Kotau Blums vor dem Finanzkapital zum Verzicht darauf geführt, die Reichen zahlen zu machen. In dem Bestreben die Volksfront zu erhalten, unterstützt die KPF also eine Politik, die sie in öffentlichen Versammlungen unter der Stimmung der Massen kritisiert u. ablehnt.

Wir meinen, dass die KPF aus den Feststellungen ihres Députés völlig falsche Konsequenzen zieht, wenn sie sich darin gefällt, die von ihr kritisierte Politik Blums im Namen der Erhaltung der Volksfront zu unterstützen, denn die Politik Blums ist die Politik der Volksfront.





Erscheint wöchentlich.

Bezugspreis Monat Frs. 2.-

Einzelnummer: 50 Centimes.

# ARBEITER & POLITIK

Organ der kommunistischen Partei-Opposition Elsass (Section der IVKO.)

Nr. 22/ IV. Jahrgang.

Fünfte Maiwoche 1937.

## DIE NEUE SPANISCHE REGIERUNG UND DER ENGLISCHE WAFFENSTILLSTANDS- VORSCHLAG.

Der Sturz der Regierung Caballero u. die Bildung des Kabinetts Negrin-Prieto wurde von denselben Kräften bewirkt, die auch die Schuld an dem blutigen Schlag gegen die revolutionären Arbeiter von Barcelona tragen. Die Ausschiffung der von dem linken Flügel der Sozialisten um Caballero geführten UGT, sowie der CNT aus der Regierung war das Werk einer regelrechten Verschwörung; der englische u. französische Imperialismus zogen im Hintergrunde die Drähte; bürgerliche Republikaner, rechte Sozialisten u. offizielle Kommunisten führten das Intrigenspiel mit verteilten Rollen durch, wobei die KP Spaniens mit dem Segen der KI die Hauptrolle übernahm. Dieses konterrevolutionäre Intrigenspiel ist ein neuer anschaulicher Beweis für den wahren Charakter der Volksfrontpolitik. Monatlang hat uns die KI u. haben uns die Führer der spanischen KP erzählt, dass die Volksfrontpolitik notwendig sei, um dem Faschismus eine möglichst breite u. einheitliche Front entgegenzustellen. Jetzt stellt sich die durch die Volksfrontpolitik erreichte "breite Einheit" gegen den Faschismus in der Weise dar, dass in Barcelona im Namen dieser Politik ein bewaffneter Angriff auf die revolutionäre Arbeiterschaft entfesselt wird u. dass eine Regierung gebildet wird, die es sich nicht nur zur Aufgabe stellt, die revolutionäre Vorhut des spanischen Proletariats, die POUM zu bekämpfen, sondern auch die beiden Gewerkschaftsorganisationen der spanischen Arbeiterschaft, die CNT und die UGT, aus den Machtpositionen zu verdrängen, die sie sich im Laufe des Bürgerkriegs erobert haben, ihnen jeden Einfluss auf die Kriegsführung gegen Franco zu nehmen, ihnen die Kontrolle über das Wirtschaftsleben wieder zu entreißen. Selbst der aussenpolitische Redakteur des "Populaire", Leroux, der natürlich die Politik Prietos u. der KP Spaniens im allgemeinen billigt, hat in seinem Artikel zum Amtsantritt der Regierung Negrin feststellen müssen, "dass man die Faschisten in Spanien nicht ohne die Mitwirkung der UGT u. der CNT besiegen kann". Es zeigt sich jetzt ganz klar, dass die KP Spaniens mit ihrer Volksfrontpolitik, mit ihrem Bestreben, durch Einheitsphrasen die Grenzlinien zwischen den feindlichen Klassen zu verwischen, nur als ein Werkzeug zur Spaltung der Arbeiter im Dienste der bürgerlich-republikanischen Konterrevolution gedient hat und dient. Es ist bezeichnend, dass die neue Regierung Negrin, die die Gewerkschaften, denen die Übergrosse Mehrheit der Werktätigen des antifaschistischen Spaniens angehört, ihrer Machtpositionen berauben möchte, zugleich die Autorität des Parlaments wiederherstellen will. Das spanische Parlament war seit dem Ausbruch des Bürgerkriegs nur zu einigen rein formellen Sitzungen zusammengetreten. Jetzt wird es wieder aus der Mottenkiste hervorgeholt. Das bürgerliche Parlament gibt immer nur ein durch den Einfluss des Kapitals verzerrtes Bild der wahren Meinung des Volkes. In revolutionären Zeiten ist es erst recht ungeeignet, eine wirkliche Vertretung der breiten Volksmassen, d.h. der werktätigen Klassen zu sein. Im spanischen Parlament haben z.B. die bürgerlichen Republikaner die Mehrheit gegenüber den Arbeiterorganisationen u. die CNT ist dort bekanntlich garnicht vertreten. Der Versuch, die Machtstellung des Parlaments wiederherzustellen, zeigt deutlich, dass die Regierung Negrin die Herrschaft der Bourgeoisie, das Kommando des Kapitals wieder voll zur Geltung bringen will.

Es hat sich auch in Spanien gezeigt, dass das Stadium der Doppelherrschaft

nur ein vorübergehender Zustand sein kann u. dass das Nebeneinanderbestehen von bürgerlichem Staatsapparat u. von Machtorganen der Arbeiterklasse unvermeidlich die Frage aufrollt, ob die proletarische Revolution bis zur Errichtung der Diktatur des Proletariats weitergetrieben oder ob die ungeteilte Macht der Bourgeoisie wiederhergestellt werden soll. Ebenso wie das z. B. bei der Unabhängigen Sozialdemokratie in Deutschland der Fall war, erweist es sich in Spanien an Hand der bisherigen Politik der linken Sozialisten u. der Anarchisten, dass es nicht möglich ist, die Diktatur des Kapitals und die Diktatur des Proletariats miteinander zu versöhnen u. zu verbinden, d. h. die Bewaffnung der Arbeiterklasse u. die revolutionären Machtorgane der bewaffneten Arbeiter im Gefüge der bürgerlichen Republik zu "verankern", dass es ferner unmöglich ist, die Errungenschaften, die sich das Proletariat im Laufe des Bürgerkriegs errungen hat, zu erhalten, wenn man Volksfrontpolitik, d. h. eine Politik der Zusammenarbeit mit der Bourgeoisie betreibt.

Die Hauptlosung der K<sup>o</sup> Spaniens u. der anderen Volksfrontpolitiker lautete, dass man erst den Krieg gewinnen müsse, bevor man die Frage "Kapitalismus oder Sozialismus" entscheiden könne. Die Praxis hat gezeigt, dass die Volksfrontpolitik in Wirklichkeit darauf hinausläuft, in erster Linie die proletarische Revolution zu verhüten u. sei es auch auf Kosten der Interessen der Kriegsführung gegen Franco. War es nicht eine faktische Sabotage des Kampfes gegen Franco, wenn die Regierung von Valencia in einem Augenblick, als Bilbao in grösster Gefahr schwebte, 6 000 Mann von der Front wegholte, um sie gegen die revolutionären Arbeiter Barcelonas einzusetzen? Jetzt erklärt Negrin, die "Ordnung" im Hinterlande sei die wichtigste Voraussetzung für den Sieg über Franco. Unter "Ordnung" versteht Negrin u. die Seinen aber die Entwaffnung der revolutionären Arbeiter, die Liquidierung der revolutionären Errungenschaften des Proletariats. Die Erklärung Negrins besagt also, dass die neue Regierung der Ansicht ist, der Kampf gegen Franco könne warten, erst müsse mit den Vorkämpfern der proletarischen Revolution aufgeräumt werden.

Wir haben schon des öfteren darauf hingewiesen, dass die Politik der spanischen Volksfront den vom englischen u. vom französischen Imperialismus begünstigten Plänen eines faulen Kompromisses mit Franco Vorschub leistet. Das ist inzwischen durch die Tatsachen bestätigt worden. Über Prieto, der das faktische Haupt der neuen Regierung ist, waren schon seit längerer Zeit Gerüchte im Umlauf, wonach er einem faulen Frieden mit Franco nicht abgeneigt sei. So wird erzählt, dass Prieto in persönlicher Verbindung zu Churchill stehe, u. dieser ist bekanntlich ein eifriger Vorkämpfer der Idee der "Vermittlung" im spanischen Bürgerkrieg. Jedenfalls steht es fest, dass der britische u. der französische Imperialismus bei der Bildung des Kabinetts Negrin Geburtshelferdienste geleistet haben u. dass sofort nach dem Amtsantritt Negrins von der englischen Regierung öffentlich der Waffenstillstandsvorschlag zur Beendigung des spanischen Bürgerkrieges gemacht wurde. Die britische Regierung hat dabei allerdings nicht ein Kompromiss zwischen Valencia u. Franco, sondern die Zurückziehung der ausländischen Freiwilligen aus Spanien als Zweck des Waffenstillstandes angegeben. Aber das hat nur den Sinn, es der Regierung Negrin zu ermöglichen, den spanischen Arbeitern zu erzählen, sie denke an keinen Frieden mit Franco, u. dann doch den englischen Vorschlag anzunehmen. Es ist aber klar, dass das Manöver des britischen Imperialismus darauf abzielt, ein Kompromiss zwischen Faschisten u. bürgerlichen Republikanern auf Kosten der spanischen Arbeiter zustandezubringen.

Die internationale Arbeiterschaft muss sich entschieden gegen diesen Versuch der Abwürgung der spanischen Revolution wenden. Was die Frage der Zurückziehung der Freiwilligen anbelangt, so muss jede Gleichstellung der antifaschistischen Freiwilligen u. der deutschen u. italienischen Interventionstruppen zurückgewiesen werden. Die Zurückziehung der antifaschistischen Freiwilligen aus Spanien muss abgelehnt werden. Und um den Abzug der italienischen u. deutschen Interventionstruppen zu erreichen, ist kein Waffenstillstand nötig, sondern dazu gehört vor allem, dass mit der schändlichen Nichtinterventionspolitik der französischen u. englischen Regierung Schluss gemacht wird. Die direkte Unterstützung Francos durch Hitler u. Mussolini ist nur dank der indirekten Hilfe möglich, die die französische u. englische Regierung dem spanischen Faschismus gewähren.



## BEMERKUNGEN ZUR AUSSENPOLITISCHEN LAGE.

oo

Im Mittelpunkt des ausßenpolitischen Interesses steht nach wie vor Spanien. Da über die neueste Phase des Verhältnisses der imperialistischen Grossmächte zum spanischen Bürgerkrieg an einer anderen Stelle dieses Blattes geschildert wird, wollen wir in unserem Überblick über die ausßenpolitische Entwicklung der letzten Zeit auf die spanische Frage nicht weiter eingehen, sondern uns den anderen wichtigen ausßenpolitischen Problemen zuwenden.

Ist Spanien das eine Zentrum der Expansionspolitik der faschistischen Staaten Italien u. Deutschland, so ist Mitteleuropa das zweite. Während in Spanien der italienische Imperialismus der treibende Faktor bei der italienisch-deutschen Invasion ist, ist in Mitteleuropa Nazideutschland der aktivere u. aggressivere Teil. Immer mehr zeigt es sich, dass der Fria, den Mussolini für die deutsche Unterstützung in den Mittelmeerfragen, in seiner Rüstungswettlauf mit dem britischen Weltreich zahlen musste, in der Auslieferung der kleinen mitteleuropäischen u. Balkanstaaten an den deutschen Imperialismus u. in der tatkräftigen Förderung der deutschen Expansionspläne in dieser Richtung besteht. Als erste Raubbeute in Mitteleuropa haben die Nazis die Tschechoslowaken auserwählt. Mit allen Mitteln; von innen (durch die Henleinpartei) u. von aussen versuchen sie, die Stellung der Tschechoslowakei zu schwächen. Sie versuchen vor allem, die Tschechoslowakei ausßenpolitisch zu isolieren u. ihr zu diesem Zweck ihre Bundesgenossen, die kleine Entente u. die Balkanentente, abspenstig zu machen. Die Anstrengungen, die Mussolini u. Hitler bisher gemacht haben, um die Kleine Entente u. die Balkanentente zu sprengen, sind nicht erfolgreich geblieben. Griechenland befindet sich seit der Errichtung der Diktatur Metaxas in finanzieller und rüstungspolitischer Abhängigkeit von Hitlerdeutschland. Jugoslawien hat sich durch seinen Vertrag mit dem faschistischen Italien v. 25. März faktisch von der Kleinen Entente losgeragt u. sich der "Achse Rom-Berlin" stark genähert. Seit der Entfernung Titulescus aus der Leitung der rumänischen Ausßenpolitik tendiert die rumänische Regierung ausßenpolitisch immer mehr zu einem Zusammengehen mit Italien u. Deutschland. Der Abschluss eines italienisch-rumänischen Freundschaftsvertrages nach dem Muster des italienisch-jugoslawischen, konnte die französische Regierung nur mit Mühe verhindern. Dass aber trotzdem die Intrigen weitergehen, zeigen die eifrigen Verhandlungen, die zwischen Rumänien u. Polen gepflogen werden. Der polnische Imperialismus, von seinem Hass gegen die SU getrieben, tritt in Mitteleuropa in der Gefolgschaft des deutsch-italienischen Faschismus auf u. fördert eifrig die Einkreisungspolitik gegen die Tschechoslowakei (in der Hoffnung, an der Aufteilung der Beute beteiligt zu werden). Die Türkei sucht aus dem Interessengegensatz zwischen dem französischen-englischen Imperialismus einerseits u. dem italienisch-deutschen Imperialismus andererseits für ihre eigenen imperialistischen Ziele Kapital zu schlagen, indem sie z. B. mit dem italienischen Faschismus kokettiert, um Frankreich zu grösseren Konzessionen an die türkischen Interessen in dem Kandidatsgebiet des Sandschak Alexandrette zu bewegen. Je weit die Auflösung der Kleinen u. Balkanentente u. ihrer Beziehungen zu Frankreich bereits gediehen ist, zeigt auch die Tatsache, dass sowohl Jugoslawien als auch Rumänien ein Angebot Frankreichs auf Abschluss eines gegenseitigen Beistandspaktes abgelehnt haben.

Nichts wäre irreführender, als bei der heutigen Lage in Mitteleuropa nur die Fortschritte der deutsch-italienischen Expansionspolitik zu sehen. Es gibt auch Gegentendenzen. Diese gehen natürlich erweise in erster Linie von der Tschechoslowakei aus. Die Pläne des tschechischen Ausßenministers Hodza laufen auf eine wirtschaftlich-politische Zusammenarbeit der Donauländer hinaus. Ein günstiges Echo haben diese Pläne vor allem bei Ungarn u. Österreich, den Vasallenstaaten des italienischen Faschismus, gefunden. Seitdem ihr Protektor Mussolini den Nazis freie Hand in Mitteleuropa gegeben hat, fürchten sie, eines Tages ebenfalls der deutschen Expansionspolitik zum Opfer zu fallen. u. der Abkühlung der Beziehungen zu Rom hat bei Ungarn ferner beigetragen, dass Mussolini bei seinem Werben um die Kleine Entente die Wünsche des ungarischen Revisionismus mehr oder minder preisgegeben hat, u. bei dem österreichischen Klerikofaschismus haben die neuen Spannungen zwischen dem Vatikan u. den Nazis mitgewirkt. Wie weit Österreich u. Ungarn aber ihre Bindungen an Rom u. Berlin lockern werden, hängt vor allem von der Haltung Frankreichs u. Englands ab.

Die Schwächung der Kleinen Entente u. der Balkanentente ist das Resultat der schwankenden Politik, die die französische Aussenpolitik seit dem Abessinienkrieg bezogen hat. Die faktische Unterstützung von Mussolinis Raubfeldzug, die tatkräftige Mitwirkung bei der Ausschaltung des Völkerbundes aus der internationalen Politik, die Lockerung des Verhältnisses zur SU - alles hat Frankreich in den Augen der kleinen Staaten diskreditiert. Heute betreibt der französische Imperialismus seine Aussenpolitik nur im Gefolge des englischen Aussenpolitik. Aber der britische Imperialismus denkt nicht daran, sich in Mittel- u. Osteuropa, wo die britischen imperialistischen Interessen nicht unmittelbar bedroht sind, zu binden. Im Gegenteil, wenn die englische Bourgeoisie die Gewissheit hätte, dass sie die Gefahr der deutschen u. italienischen Konkurrenz vom Mittelmeer, von ihren Kolonialländern abwenden könnte, wenn sie Hitler u. Mussolini freie Hand in Mitteleuropa u. im Osten gegen die SU gäbe, dann würde sie das tun. Die "führenden europäischen Demokratien", nämlich Frankreich u. England, haben die Hoffnung nicht aufgegeben, zu einer Abmachung mit Hitler u. Mussolini zu gelangen.

Es ist notwendig, die Arbeiterschaft ständig über den wahren Charakter der Aussenpolitik der bürgerlich-demokratischen imperialistischen Staaten aufzuklären. Die französische Arbeiterschaft z. B. hat keinerlei Ursache, der Aussenpolitik Blums irgendwelches Vertrauen entgegenzubringen. Sie muss die grösste Achtsamkeit an den Tag legen, um zu verhüten, dass auf ihrem Rücken verhängnisvolle imperialistische Schachergeschäfte abgeschlossen werden. Sie muss sich dessen bewusst sein, dass sie nicht durch Unterstützung der Volksfront, sondern nur durch ihren Massendruck gegen die Regierung imperialistische Manöver verhüten kann, die sich gegen die Interessen der Arbeiter in Frankreich u. in anderen Ländern richten.

-O-O-C-C-C-C-

## DIE NAZIS UND DIE PROTESTANTISCHE KIRCHE.

oo

Mit dem Rücktritt des Reichskirchenausschusses u. der Anordnung von Neuwahlen für eine verfassungsgebende Generalsynode der Deutschen Evangelischen Kirche (Erlass Hitlers v. 15 Februar) ist der Kampf der Nazis gegen die evangelische Kirche in ein neues Stadium getreten. Die breite Öffentlichkeit hatte in den letzten eineinhalb Jahren wenig von der wirklichen Lage der evangelischen Kirche in Deutschland erfahren. Nach den heftigen Zusammenstößen zwischen den Nazis u. der Kirchenopposition in den Jahren 1933 bis 1935 war im Herbst 1935 eine Beruhigung eingetreten. Damals traten die Nazis einen taktischen Rückzug an, nachdem sie gesehen hatten, dass sie ihr Ziel, die Reichschaltung der evangelischen Kirche u. ihre Umwandlung in die von Rosenberg u. den "Deutschen Christen", der Nazifraktion in den Reihen der evangelischen Kirche, propagierten Deutschen Nationalkirche nicht mit den bisherigen Gewaltmethoden allein erreichen würden. Die Nazis begannen jetzt, die Methode des offenen Terrors mit der Methode des Kompromisses zu vereinen. Die "Deutschen Christen" zogen sich in den Hintergrund zurück. Der neuernannte Reichskirchenminister Kerrl gab sich als versöhnungs- u. friedensbereit. Die neue Taktik der Nazis hatte sofort einen Erfolg: sie trug in die Reihen der Kirchenopposition Verwirrung u. Spaltung hinein. Der von Beginn des Kirchenkampfes an zu Kompromissen geneigte Flügel der kirchlichen Opposition erklarte seine Bereitschaft, mit Kerrl zusammenzuarbeiten, u. trat im Oktober 1935 in den neu gebildeten Reichskirchenausschuss ein. Als Oppositionsgruppe, die der Kirchenpolitik der Nazis entschieden feindlich gegenüberstand, blieb nur die sogen. Bekenntniskirche, die von dem Berliner Pfarrer Niemöller geführt wird, übrig.

Während es nach aussen hin schien, als ob die Nazis sich damit abgefunden hätten, die evangelische Kirche sich selber zu überlassen, gingen in Wirklichkeit die Gewaltmassnahmen gegen die Kirchenopposition unvermindert u. ununterbrochen weiter. Pfarrer, die der Bekenntniskirche angehörten, wurden aus ihren Pfarrbezirken ausgewiesen oder verhaftet oder ins Konzentrationslager gebracht. Die Zeitschriften der Kirchenopposition wurden verboten, ihre Broschüren u. Bücher beschlagnahmt, ihre Predigerseminare geschlossen usw. Diese Verfolgungen, die während des ganzen Jahres 1936 stattfanden, geschahen so geheim wie möglich u. blieben der breiten Öffentlichkeit fast unbemerkt. Das Interesse der werktätigen Massen an dem Kirchenkampf, das 1933 u. 1934 so lebendig gewesen war, schlief mehr u. mehr ein. Es zeigte sich, dass der Kottau der meisten Führer der Kirchenopposition vor der Nazidiktatur die Masse ihrer Anhänger tief enttäuscht hatte. Nicht nur die Kompromissler, die hinter



dem Reichskirchenausschuss standen, sondern auch die Pfarrer der Bekenntnis-Kirche erneuerten immer wieder ihr Treugelöbnis gegenüber dem Hitler-System, boten sich ebenso wie die katholische Kirche den Nazis als Helfershelfer in deren antikommunistischer Kampagne an u. fanden kein Wort des Protestes gegen das politische Terrorregime, die Aushungerung der arbeitenden Bevölkerung u. die Kriegstreiberien der fasch. Diktatur. Aber gerade das waren die brennenden Fragen, die die werktätigen Kirchenanhänger, die Arbeiter u. die städtischen u. ländlichen Kleinbürger, beschäftigten, u. auf diese brennenden Fragen gab ihnen die Kirche keine Antwort!

Die Nazis hatten während dieser ganzen Zeit nicht ihr ursprüngliches Ziel, die Umwandlung der evangelischen Kirche in eine Nazikirche, in ein gefügiges Propagandainstrument der Nazidiktatur, vergessen. Sie warteten nur auf einen günstigen Zeitpunkt, um wieder offen vorzutreten. Als es sich zeigte, dass ihre Verfolgungen der Kirchenopposition nur auf den Widerstand eines kleinen Kreises stiess, warfen sie die Maske der Versöhnungsbereitschaft ab u. kehrten wieder zu den Methoden der Jahre 1933 u. 1934 zurück.

Im November 1936 wurde der "Bund für deutsches Christentum" gegründet, dessen Führung der radikale Flügel der "Deutschen Christen", die thüringische Richtung, übernahm. Er begann sogleich eine heftige Kampagne gegen die evangelische Kirche, ihre Dogmen usw. u. forderte ihre Umwandlung in die sogenannte Nationalkirche. Gleichzeitig begann auch die "Deutsche Glaubensbewegung", die bekanntlich den altgermanischen religiösen Aberglauben wieder aufwärmen will u. die seit 1935 von der Naziführung zurückgedrängt worden war, von neuem ihr Unwesen zu treiben. Aber auch die Naziregierung selber, u. zwar durch ihren offiziellen Vertreter, den Reichskirchenminister Kerrl, stiess jetzt vor. Kerrl erklärte, dass er auf dem Verordnungsweg den Artikel 1 der Verfassung der evangelischen Kirche ausser Kraft setzen wolle. Dieser Artikel besagt, dass die Grundlage der Deutschen evangelischen Kirche das Evangelium von Jesus Christus ist, wie es in der Bibel u. in den Bekenntnissen der Reformen niedergelegt ist. Kerrls Ankündigung beantwortete der Reichskirchenausschuss mit seinem Rücktritt.

Um welche ideologische Fragen es bei dem neuen Streit zwischen der Naziregierung u. der evangelischen Kirche geht, ersieht man aus einer Rede, die Kerrl vor dem Reichskirchenausschuss nach dessen Rücktrittserklärung hielt. Er führte darin etwa folgendes aus:

"Die Partei stehe auf dem Boden eines 'positiven Christentums'. Positives Christentum aber sei ein Christentum der Tat, ein gelebtes Christentum. Das sei der Nationalsozialismus... Der Wille Gottes offenbare sich im deutschen Blut, dieser Wille Gottes sei die Nation. Die Kirche habe den Staat zu unterstützen, dass dieser so anerkannte Gotteswille in der Nation und im Blutbruder erfüllt werde. D. Zeillner (der Vorsitzende des Reichskirchenausschusses) habe ihm, dem Minister, mit ganz ähnlichen Worten wie der Bischof von Münster, Graf Galen, klarsprechen versucht, dass Christentum in dem Glauben an Christus als dem Gottessohn bestehe. Darüber müsse er, der Minister, lachen. Nein, die Hauptsache sei die Tat. Christentum sei auch nicht abhängig vom apostolischen Glaubensbekenntnis, das sei ein Dogma vergangener Zeiten, eine erst allmählich geordnete Konstruktion... Die grosse Gefahr sei die Bastardierung, deren Träger der Jude sei. Er sei der Tuberkelbazillus. Es sei untragbar, dass deutschen Kindern gepredigt werde; Jesus sei ein Jude, Paulus sei ein Jude oder "das Heil kommt von Juden" (Johannes 4, 22.) Dies sei der Versuch, die Partei lächerlich zu machen. Sie könne sich das nicht gefallen lassen. Das wahre Christentum werde durch die Partei vertreten und das deutsche Volk werde durch die Partei und insbesondere durch den Führer zum wirklichen Christentum gerufen."

Kerrls Ausführungen zeigen, dass die Nazis in dem kirchlichen Dogma eine Kritik ihrer Ideologie, besonders ihrer Vergöttlichung Hitlers, ihrer Rassen-theorie u. ihres Antisemitismus, sehen. Aber die Nazis können keine Kritik ihrer Ideologie, auch nicht vom kirchlich-dogmatischen Standpunkt aus dulden, u. zwar heute, dass ihre Massenbasis zusehends schwindet, weniger als zuweilen. Daher ihre erneuten Versuche, die kirchlichen Dogmen durch die Nazidogmen zu ersetzen. Es ist klar, dass selbst die Kompromisse in der ev. Kirche diese Versuche zurückweisen mussten u. müssen. Die Verwirklichung der Absichten der Nazis würde bedeuten, dass die Kirche zu einer Filiale des Naziregimes wird, dessen Schicksal sie dann auch teilen würde. (Fortsetzung Seite 2)

Der Kampf um den Lohnausgleich darf nicht eingestellt werden:

Weiteres Steigen der Lebenshaltungskosten.  
= : = : = : = : = : = : = : = : = : = : = : = : = : =

Die Indexziffer der Stadt Strasbourg weist für Anfang Mai dieses Jahres 120.53 Punkte gegenüber 100 Punkten im August vorigen Jahres auf. Gegenüber April dieses Jahres ist eine weitere Steigerung um rund 2 1/2 % eingetreten. Insgesamt sind die Lebenshaltungskosten seit der Zeit des Abschlusses des Matignonabkommens selbst nach den Angaben der Stadt Strasbourg um über 20 % gestiegen, während die Löhne in keiner Weise mit dieser Erhöhung Schritt hielten. So sind z.B. die Löhne im Bas-Rhin erst ab 1.4. um durchschnittlich 2 % erhöht worden.

Bei dieser Gelegenheit sei darauf hingewiesen, dass sowohl von der Regierung als auch von der CGT-Führung, die Einführung des obligatorischen Schiedsgerichts- und Schlichtungsverfahrens den Arbeitern als ein Mittel dargestellt wurde, durch das sie auf friedlichem Wege die Anpassung ihrer Löhne an die gesteigerten Lebenshaltungskosten gesichert erhalten.

So schrieb z.B. der Départementalsekretär der CGT, Mohn im "Freien Gewerkschaftler" vom 1.2.37:

"Heute sind wir in der Lage sogar ohne langwierige und opferreiche Streikbewegungen dank der sozialen Gesetze, für die unsere CGT mit Nachdruck eingetreten ist und die von der Volksfront verwirklicht wurden, die Kaufkraft unserer Löhne zu schützen."

Die Tatsachen haben die Mohnschen Epistel und damit die der Führung der CGT als falsche Phrophezeiungen herausgestellt.

Wie die Führung der CGT sich im Hinblick auf diese Lage auf einen halbjährigen Bürgfrieden bereit erklären konnte, bleibt vielen Arbeitern mit Recht unverständlich, zumal die Arbeiter in letzter Zeit auf Grund der wachsenden Enttäuschung über die Praxis des obligatorischen Schiedsgerichts- und Schlichtungsverfahrens stärker als bisher die Forderung auf Einführung der gleitenden Lohnskala gemäss den früheren Forderungen der CGT-Führung erhoben. Erst vor kurzem haben die Pariser Arbeiter in einer grossen Kundgebung der CGT im Bois de Vincennes auch diese Forderung erhoben. Wenn die CGT bei den von Blum angeregten Verhandlungen auf Abschluss eines sogenannten Ausstellungsburgfriedens die Forderung nach Anpassung der Löhne an die gestiegenen Lebenshaltungskosten "vergessen" hat, so ist es angesichts der weiteren Steigerung der Lebenshaltungskosten Sache der Arbeiter in der CGT dafür zu sorgen, dass ihre Interessen gerade in diesem Punkte nicht vergessen werden.

Die Strasbourger "Humanité" kommentiert die Bekanntgabe der neuen Strasbourger Indexziffer mit folgenden Worten:

"Die Schuldigen an der Lebensteuerung sind die Trusts, die Spekulanten und Freiwucherer, gegen welche mit den schärfsten Massnahmen vorgegangen werden soll."

Dieses Sprüchlein klingt mit der Zeit etwas abgeleiert und es gibt wohl kaum noch einen Menschen der es noch ernst nimmt, zumal selbst die "Humanité" nichts gegen den Blumschen Burgfriedensvorschlag einzuwenden hat, der doch darauf hinaus läuft, dass die Arbeiter stillhalten, während die Trusts, die Spekulanten und Freiwucherer die Steigerung der Lebenshaltungskosten fortsetzen. Damit aber dürfen sich die Arbeiter nicht abfinden. Sie müssen die Anpassung ihrer Löhne an die gestiegenen Preise fordern und verlangen, dass die CGT dafür den Kampf organisiert. Der blosser Appell an die Regierung, ohne dass die CGT wirkliche Kampfmassnahmen gegen die Teuerung ergreift und eine umfassende Aktion dafür organisiert, hat sich als resultatlos erwiesen. Das sollte sich auch bereits in der Redaktion der "Humanité" herum gesprochen haben.





denwoche, können die in der Hueberpartei verbliebenen Arbeiter sehen, wo in Wirklichkeit die Elzianer stehen und dass mit ihnen jede wirkliche Aktion für Arbeiterinteressen längst aus dem Bereich des Möglichen geschwunden ist. Die Elzianer sind heute Hitlerianer, weil sie vor allem Germanophile sind. Die elsass-lothringischen Arbeiter haben seit der erfolgreichen Junibewegung des französischen Proletariats jedes Verlangen nach Deutschland abgelegt. Sie wissen, dass in Deutschland die Arbeiterbewegung unterdrückt, ihrer Rechte beraubt ist und die Arbeiter dem Monopolkapital ohne legale Abwehr- und Verteidigungsmittel ausgeliefert sind. Die elsass-lothringischen Arbeiter sind in vielfacher Hinsicht durch die Junibewegung mit dem französischen Proletariat zusammengewachsen und die nationale Frage spielt bei ihnen heute nur noch eine untergeordnete Rolle und zwar in dem Sinne, dass sie sowohl dem Hitlerismus, als auch den Tendenzen auf ein autonomes Elsass-Lothringen im engsten Bündnis mit dem revolutionären Proletariat Innerfrankreichs und Deutschlands gegenüberstehen.

Angesichts einer solchen Lage haben die Elzianer vorerst wenig Aussicht in der Arbeiterschaft Anhang für ihre Hitlerfreundliche Politik zu gewinnen. Daher gehen die Elzianer und in ihrem Gefolge der von Mourer an der Nase herumgeführte Hueber zu de Wendel, zum General Hirschauer und Stuhl, zu dem von Hueber in besseren Tagen als Pferdehändler titulierten M. Walter, in der Hoffnung, dass deren materielle Interessen ihnen Anknüpfungspunkte für ihre autonomistische Politik und ihr Sehnen zu Hitlerdeutschland gibt. Deshalb treten die Rocs u. Schall so unverfroren gegen die 40 Stundenwoche auf, denn das ist die ... einzige Basis, auf der sie sich mit der els.-loth. Bourgeoisie zu einem Bunde zusammenfinden können, wobei der Autonomismus in der Hand der Bourgeoisie die Schreckschusspistole wäre, mit der sie der Regierung zuweilen und wie es ihre materiellen Interessen erfordern, drohen würde. Das ist die Rolle, die heute der Autonomismus ... Handlanger der sozialen und kulturellen Reaktion! Mögen die Arbeiteranhänger Huebers dieses Spiel durchschauen und ihren Herrn u. Meister allein in der Gesellschaft der de Wendel lassen.

—o—o—o—o—o—o—o—o—

Fortsetzung von Seite 5: Die Nazis und die protestantische Kirche.

Inzwischen ist der Wahlkampf in vollem Gange. Das Interesse der Masse der Kirchenanhänger beginnt sich wieder zu regen. Das Wahldatum ist bisher noch nicht festgesetzt worden, ebenfalls sind die Wahlbestimmungen noch nicht erlassen worden. Sogleich nach der Ankündigung der Kirchenwahlen überreichte die Kirchenopposition dem Naziminister Kerri fünf Bedingungen, von deren Erfüllung sie ihre Teilnahme an der Wahl abhängig machte. Diese Bedingungen betreffen neben der Wahl- und Redefreiheit, der Freilassung der inhaftierten Pastoren und der Zusicherung, dass die Kirchenopposition nach der Wahl nicht gezwungen werde, mit den "Deutschen Christen" zusammenzuarbeiten, die Forderung, dass nur eingeschriebene Kirchenmitglieder wahlberechtigt sind. Die letztere Forderung mag wegen ihrer scheinbaren Selbstverständlichkeit Erstaunen erregen. Aber sie ist keineswegs selbstverständlich, wenn man weiß, dass die neuheidnische "Deutsche Glaubensbewegung" aktiv am Wahlkampf teilnimmt und ihre Mitglieder (die der evangelischen Kirche nicht mehr angehören) auffordert, sich an den Kirchenwahlen zu beteiligen. Auf diese Weise, zusammen mit einem verstärkten Terror gegen die Kirchenopposition, hoffen die Nazis, sich eine Mehrheit in der neuen Generalsynode zu verschaffen.

Der Wahlkampf gibt der illegalen Arbeiterbewegung in Deutschland die Möglichkeit, an die frommen Kirchenanhänger heranzutreten und unter ihnen im antifaschistischen politischen Sinne zu wirken. In dem Streit um die Frage: kirchliche oder Nazidogmen, vertreten die Mitglieder der Kommunistischen Opposition den Standpunkt des dialektischen Materialismus, d. h. den Standpunkt der prinzipiellen Ablehnung sowohl der kirchlich-religiösen, als auch der Naziauffassungen. Gleichzeitig bekundet aber die KPD-Opposition auch ihre scharfe Ablehnung der Einmischung des Nazistaates in das innere Leben der Kirche, protestiert sie gegen die Terrormassnahmen gegen die kirchliche Opposition. Sie klärt die werktätigen Kirchenanhänger über die Haltung ihrer Pfarrer auf, die das Naziregime politisch unterstützen, und zeigt ihnen, dass die Rettung aus dem Elend der Nazidiktatur nicht durch einen Kirchenkampf, sondern nur durch den politischen Kampf, durch den Sturz der faschistischen Diktatur erfolgen kann.

Verantwortlich: EMILE HIRTZEL.



Erscheint wöchentlich.

Bezugspreis: Monat Frs. 2.-

Einzelnummer: 50 Centimes.

# ARBEITERPOLITIK

Organ der kommunistischen Partei - Opposition Elsass (Section der IVKO.)

Nr. 23/IV. Jahrgang.

Erste Juniwoche 1937.

ALMERIA.  
oooooooooooo

Die Hitlerregierung hat ihren verbrecherischen Überfall auf Almeria, der dem mörderischen Bombardement von Guernica durch deutsche Flieger würdig zur Seite steht, kaltblütig vorbereitet. Als der Befehlshaber der deutschen Flotte in den spanischen Gewässern der Regierung von Valencia mitteilen liess, seine Schiffe würden auf jedes spanische Flugzeug, das sich ihnen nähere, schiessen, war es klar, dass die Nazis irgendeine Provokation planten. Jetzt versucht die deutsche Regierung die Sache so hinzustellen, als ob die "Deutschland" bei der Ausübung der internationalen Kontrolle der spanischen Küsten von antifaschistischen Flugzeugen angegriffen worden sei. Dass dies eine Lüge ist, dass vielmehr die "Deutschland" die spanischen Flugzeuge angegriffen hat, wird durch die von uns erwähnte Ankündigung des deutschen Admirals bestätigt. Die "Deutschland" hatte den Befehl, auf Flugzeuge der Valenciaregierung zu schiessen, um den von den Nazis gewünschten Zwischenfall herbeizuführen. Dazu kommt, dass der deutsche Panzerkreuzer sich keineswegs in der den deutschen Schiffen angewiesenen Kontrollzone befand, sondern an einer Stelle, wo die Flugzeuge der Valenciaregierung garnicht erwarten konnten, ihn anzutreffen, nämlich in dem Hafen Ibiza, der sich in den Händen der Rebellen befindet und zum Kontrollbereich der französischen Flotte gehört.

Almeria ist ein neues Stadium der faschistischen Intervention im spanischen Bürgerkrieg. Bisher setzten Mussolini und Hitler ihre bewaffneten Kräfte gewissermassen "inoffiziell" unter der Rebellenfahne Francos ein. Jetzt unternimmt die deutsche Flotte unter der Hakenkreuzfahne des "Dritten Reichs" Kriegshandlungen gegen das antifaschistische Spanien, zu denen die Naziregierung sich ganz öffentlich bekennt. Und Mussolini und Hitler kündigen noch weitere Gewaltstreiche nach dem Muster des Bombardements von Almeria an. Der Überfall auf Almeria zeigt, dass die Nazis drauf und dran sind, praktische Experimente mit der neuen imperialistischen Methode, den Krieg ohne Kriegserklärung zu beginnen, zu veranstalten. Die internationale Arbeiterklasse muss sich darüber im Klaren sein, dass sie jetzt entschlossen in Aktion treten muss, wenn sie nicht will, dass auf Almeria neue Verbrechen der gleichen Art folgen, wenn sie der spanischen Arbeiterschaft wirksam gegen die faschistische Intervention beistehen will und auch um zu verhüten, dass mit der Methode von Almeria schliesslich ein neuer Weltkrieg entfacht wird.

Das faschistische Verbrechen von Almeria ist eine Frucht der Nichtinterventionspolitik der französischen und englischen Regierung. Blum hat diese Politik mit dem Argument verteidigt, dass sie die Ausweitung des spanischen Bürgerkriegs zu einem europäischen Konflikt verhindere. Almeria zeigt, dass die Blumsche Politik dazu geführt hat, dass die Intervention des italienischen und des deutschen Faschismus zugunsten Francos immer offenere Formen annimmt und dass der europäische Friede erst recht bedroht ist. Das Bombardement von Almeria war nur möglich, weil im Rahmen der Nichtinterventionskomödie den Komplizen der Rebellen, d.h. der deutschen und italienischen Flotte die Überwachung der Küste des antifaschistischen Spaniens überantwortet werden war. Es ist auch kein Zufall, dass die Nazis ihre Provokation gerade jetzt gewagt haben. Der englische, von der französischen Regierung unterstützte, Vorschlag eines Waffenstillstandes im spanischen Bürgerkrieg musste auf die Nazis direkt als Ermunterung zu einer neuen Hilfsaktion für Franco wirken, denn

dieser Vorschlag zeigte von neuem; wie sehr der englische und der französische Imperialismus darum besorgt sind, die Kräfte der spanischen Kontrerevolution, die hinter Franco stehen, als einen Machtfaktor in Spanien zu erhalten. Auch die neueste innerpolitische Entwicklung im antifaschistischen Spanien, der dort unter dem Druck des englischen und französischen Imperialismus eingeschlagene Kurs gegen die revolutionäre Arbeiterschaft ermutigte die Nazis dazu, im Namen des Kampfes gegen den Bolschewismus neue Verbrechen zu begehen.

Die Naziregierung und die italienische Regierung, die sich ihnen angeschlossen hat, versuchen jetzt offenkundig auszuprobieren, wie weit sie ihre Intervention in den spanischen Bürgerkrieg steigern können. Sie sind aus dem Nichtinterventionskomitee ausgetreten und nehmen an der internationalen Kontrolle nicht mehr teil. Sie haben jedoch ihre Kriegsschiffe nicht nur nicht aus den spanischen Gewässern zurückgezogen, sondern sie durch weitere Einheiten ihrer Kriegsflotte verstärkt und sie erklären jetzt, dass diese Kriegsschiffe die Aufgabe haben, auf eigene Faust die Kontrolle auszuüben und dafür zu sorgen, dass die spanischen Antifaschisten keine Zuluft an Kriegsmaterial erhalten. Das heisst, dass die italienischen und deutschen Kriegsschiffe dazu übergehen werden, Handelsschiffe, die sich in die Häfen des antifaschistischen Spaniens begeben, zu beschlagnahmen oder in Grund zu bohren, wie das ja bereits mit der "Ciudad de Barcelona" geschehen ist. Das bedeutet ferner, dass die dringende Gefahr besteht, dass das was in Almeria geschehen ist, sich in Valencia oder in Barcelona wiederholt. Mussolini und Hitler hoffen darauf, dass die französische und englische Regierung ihnen allerlei gestatten werden und dass sie eventuell auch die Möglichkeit haben werden, sich den Verzicht auf weitere Provokationen durch Konzessionen abkaufen zu lassen, die es ihnen ermöglichen, neue Provokationen vorzubereiten. Für den Fall, dass es zu Waffenstillstandsverhandlungen kommen sollte, wollen Hitler und Mussolini dadurch, dass sie kräftig auf den Tisch schlagen, günstige Bedingungen für sich und ihren Schützling Franco herausholen. Für die Nazis hatte das Bombardement von Almeria noch einen besonderen Zweck. Die antifaschistischen Flugzeuge, die von der "Deutschland" angegriffen wurden, haben sich mit gutem Erfolg verteidigt und den deutschen Panzerkreuzer ausser Gefecht gesetzt. Es geschah sicherlich u. a. auch aus Rücksicht auf ihr innerpolitisches Prestige, dass die Nazis jetzt die Beschiessung von Wohnhäusern, Frauen und Kindern in Almeria in eine Vernichtung von Festungswerken und Batterien umzulügen versuchen. Den Massen des deutschen Volkes soll vorgespiegelt werden, dass die deutsche Flotte einen grossen militärischen Sieg errungen habe, damit so die durch den Volutreffer auf der "Deutschland" naturnotwendig entstehenden Zweifel an dem Wert der deutschen Kriegsschiffe zerstreut werden.

Die englische und französische Regierung versuchen ihre geborstene Nichtinterventionspolitik wieder zusammen zu leimen, und zwar durch Konzessionen an die faschistischen Mächte, die auf Kosten der spanischen Antifaschisten gehen. So würde z. B. die Einrichtung sogen. Sicherheitszonen bedeuten, dass die deutschen und italienischen Kriegsschiffe durch ihre bloße Anwesenheit Kampfhandlungen der Rebellen decken könnten, ohne dass die Antifaschisten die Möglichkeit der Abwehr hätten. Gleichzeitig werden, wie das ein offizieller Artikel des "Temps" andeutet, zweifellos von englischer und französischer Seite Versuche unternommen werden, um die letzten Ereignisse im Interesse des Abschlusses eines Kompromisses zwischen der Valenciaregierung und Franco auszunützen. Man wird den Antifaschisten die Pistole auf die Brust setzen und ihnen zu verstehen geben, dass ein solches Kompromiss das beste Mittel sei, um Hitler und Mussolini vor weiteren Provokationen zurückzuhalten.

Wenn je, so zeigt es sich jetzt, dass die Arbeiterschaft der Politik der demokratischen imperialistischen Staaten nichts das geringste Vertrauen entgegenbringen darf, dass sie von den Regierungen dieser Staaten nur dann etwas erreichen kann, wenn sie sie durch selbstständige Klassenaktionen, die von der Regierungspolitik unabhängig sind, unter Druck setzt.

Leider tun die grossen Arbeiterorganisationen Frankreichs das gerade Ge-



gentil. Der "Populaire" unterstützt die Versuche der Regierung Blum, die Nichtinterventionspolitik durch ein Kompromiss mit Hitler und Mussolini wieder zusammen zu kitten, bedingungslos. Die KPF erklärt zwar, dass man jetzt feststellen müsse, dass die Nichtinterventionspolitik erledigt sei und dass die freie Waffenzufuhr für die spanischen Antifaschisten gefordert werden müsse, aber die KPF beschränkt sich gemäß der Grundregel ihrer Politik - dass man der Regierung Blum keine Schwierigkeiten machen dürfe - darauf, an die bessere Einsicht der Minister und an den Völkerbund zu appellieren. "Genève à l'action!" - das ist die neue Losung der KPF. Dabei hat der Völkerbund erst in der vorigen Woche einen Appell der spanischen Regierung gegen die faschistische Intervention abgewimmelt, und es ist auch wahrscheinlich der KPF bekannt, dass das Tun oder Nichtstun des Völkerbundes von der englischen und der französischen Regierung abhängt. Die KPF-Führung ruft jetzt nur deshalb so eifrig "Genève à l'action!", weil sie, um Blums Ruhe nicht zu stören, sich nicht einmal mehr traut, zu rufen "Blum à l'action!". Die ganzen Erklärungen der KPF-Führung sind nur ein Versuch, die Arbeiter durch mehr oder weniger schöne Worte von dem abzuhalten, worauf es heute in erster Linie ankommt, nämlich von einem selbständigen Auftreten. In der Tat, um den spanischen Antifaschisten gegen die Intervention Hitlers und Mussolinis beizustehen, um den Weltfrieden zu erhalten, ist es notwendig, die Arbeiterschaft ohne Rücksicht auf die Volksfront und gegen die Politik der Volksfrontregierung zu mobilisieren. Die Forderungen der Stunde: Schluss mit der Nichtinterventionspolitik! Waffen und Flugzeuge für die spanischen Antifaschisten! Zurückziehung der deutschen und italienischen Kriegsschiffe aus den spanischen Gewässern! Übernahme des Schutzes der spanischen, in den Händen der Antifaschisten befindlichen Küste durch die französische (eventuell auch die englische) Flotte (eine Forderung, die z. B. Zyromski im "Populaire" v. 2. Juni erhebt) - diese Forderungen können nur verwirklicht werden, wenn hinter ihnen der nötige Massendruck steht. Es wäre notwendig, überall Massenversammlungen und Massendemonstrationen für diese Forderungen zu veranstalten. Das muss von allen Arbeiterorganisationen, insbesondere auch von den Gewerkschaften gefordert werden. In der CGT muss auch die Frage der Vorbereitung des Proteststreiks für diese Forderungen gestellt werden.

-o-o-o-o-o-o-o-o-o-

#### DORIOTS "FRONT DE LA LIBERTÉ":

oooooooooooooooooooooooooooo

Die Volksfrontregierung trifft keinerlei ernsthafte Massnahmen, um den faschistischen Organisationen das Handwerk zu legen. Um die Arbeiter über dieses Versagen der Regierung Blum hinwegzutäuschen, greift die Presse der SFIO und der KPF zu einer Methode, die seinerzeit in Deutschland der Weimarer Republik bei der SPD und der KPD sehr beliebt war. Die deutsche sozialdemokratische u. kommunistische Presse war damals gollissentlich bestrebt, die faschistische Gefahr als geringfügig, als nicht ernsthaft hinzustellen. "Deutschland ist nicht Italien" hiess es; man glaubte, den Faschismus dadurch erledigen zu können, dass man sich über ihn lustig machte. Die gleichen Töne hören wir jetzt bei uns. Die Volksfront, so versucht man uns weiszumachen, sei etwas ganz anderes als die Koalitionspolitik der SPD; die Zeitungen der SFIO und der KPF behandeln den französischen Faschismus als eine im Grunde genommen höchst lächerliche Angelegenheit. Wir haben nichts gegen gute Witze und wir bestreiten keineswegs, dass de la Rocque, Doriot und ähnliche Gestalten reichlichen Stoff für satirische Betrachtungen bieten. Aber Witze, mögen sie auch noch so gut sein, wirken direkt schädlich, wenn sie dazu dienen, die Arbeiterschaft einzuschläfern, bei ihr den Eindruck zu erwecken, die faschistische Gefahr brauche nicht besonders ernst genommen zu werden, das, was die Regierung Blum tue oder nicht tue, genüge vollkommen, um ihn im Schach zu halten.

Das zeigt sich gerade jetzt bei der Behandlung der Versuche Dorlots, alle faschistischen und dem Faschismus nahestehenden Organisationen in seiner sogenannten "Front der Freiheit" zusammenzufassen, in der Presse der SFIO und der KPF. Wir finden da nur Witze und Witzchen über die Gegensätze zwischen de la Rocque u. Doriot, und die ganze "Front de la Liberté" wird als eine Art Fastnachtsulk abgetan. Dabei liegen die Dinge in Wirklichkeit so, dass der "Front de la Liberté" trotz den Polemiken zwischen de la Rocque u. Doriot

einen ernsthaften Schritt auf dem Wege zur Vereinheitlichung des französischen Faschismus darstellt, dass er ein Wachstum der faschistischen Gefahr signalisiert, und dass es notwendig ist, die Arbeiter zur Gegenaktion gegen das Doriot'sche Unternehmen zu mobilisieren, nicht aber sie mit Witzchen einzuschläfern. Doriot hat für seine Front nicht nur die ziemlich bedeutungslose Organisation Taittingers gewonnen, sondern auch die Fédération Républicaine, d. h. die grosse, von Marin geführte klerikale halbfaschistische Rechtspartei. Damit hat Doriot seinem Konkurrenten de la Roque in dem Kampf um die erste Rolle innerhalb des französischen Faschismus den Rang abgelaufen. Und auch das zeigt das Anwachsen der faschistischen Gefahr, denn der Unterschied von de la Roque, der mehr an die traditionelle Ideologie der Reaktion gebunden ist, repräsentiert Doriot die demagogischen Methoden, mit denen der Faschismus sich in Italien u. in Deutschland einen Massenanhang verschaffte. Die Tatsache, dass Doriot sich jetzt eine Tageszeitung in Paris (die "Liberté") zugelegt hat, beweist, dass ihm sehr reichliche Mittel vom Grosskapital zufließen.

Man wird uns vielleicht einwerfen, dass die Führungen der SFIO und KPF sich nicht nur darauf beschränkten, Witze über Doriot zu reissen, sondern dass die Regierung ihn ja jetzt von seinem Posten als Bürgermeister von St.-Denis abgesetzt habe. Aber auch diese Massnahme ist von der Regierung nicht als ein ernsthafter Kampf gegen den Faschismus gemeint, was schon daraus hervorgeht, dass sie Doriot nicht hinderte, Doriot auch weiterhin freundschaftlich zu duzen. Wenn das Einschreiten der Regierung gegen Doriot's Korruptionswirtschaft in der Gemeindevorwaltung von St.-Denis ein Teilstück eines umfassenden Vorgehens gegen den Faschismus darstellte, dann wäre es wirksam. So aber zeigt die Absetzung Doriot's nur, dass die Regierung sich scheut einen politischen Kampf gegen den Faschismus aufzunehmen und dass sie dann, um doch etwas zu tun, sich auf die schmutzigen Kohलगeschäfte Doriot's konzentriert. Wahrscheinlich glaubt die Regierung, dass sie den Kampf zwischen Doriot und de la Roque verschärfen kann, wenn sie einige von Doriot's Schiebungen aufdeckt. Wenn die Regierung glaubt, auf diese Weise dem Faschismus ernsthaft Abbruch tun zu können, dann irrt sie sich schwer. Doriot hat seine Absetzung ziemlich leicht genommen. Erstens ist er nicht mehr auf die Geldquellen der Gemeinde St.-Denis angewiesen, zweitens nützt er die Gelegenheit aus, um sich obendrein noch als Märtyrer hinzustellen.

Der "Front de la Liberté" signalisiert ein Anwachsen der faschistischen Gefahr. Was notwendig ist, ist das Verbot der faschistischen Organisationen, die Verhaftung ihrer Führer und die Schaffung eines antifaschistischen Massenselbstschutzes.

-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-

WIE LARGO CABALLERO GESTÜRZT WURDE.  
 ooo

Die "Batalla" vom 21. Mai hat eine Schilderung des letzten Ministerrats der Regierung Largo Caballero auf Grund von Mitteilungen der Anarchistin Federica Montseny, die in dieser Regierung Minister war, veröffentlicht. Danach verlief diese Sitzung folgendermassen:

"Donnerstag, am 15. Mai trat der Ministerrat zusammen. Uribe von der KP stellte in einer drastischen, besser gesagt brutalen Weise die Frage der POUM und der Ereignisse von Barcelona. Im Namen der KP verlangte er das Verbot der POUM, die Beschlagnahme ihrer Lokale, Radiosender, Werkstätten, ihrer Zeitungen, ihres Eigentums usw., so wie die Verhaftung ihres Zentralkomitees, ihrer Bezirks- und Ortsleitungen, die die Bewegung unterstützt hatten. Um zu antworten, nahm Garcia Oliver (Anarchist) das Wort, der nach einer gefühlvollen Rede damit schloss, dass er sagte, dass die Bewegung schliesslich gezeigt habe, dass die Arbeiterklasse nach wie vor die einzige Garantie der Sicherheit sei, über die die Republik verfüge. Darauf sprach Federica Montseny, die auf ein umfangreiches Dokumentenmaterial gestützt nachwies, dass gegenwärtig eine Provokation bestehe, die seit einiger Zeit hier und im Ausland vorbereitet werde. Sie sagte, dass die letzte Versammlung der Elemente, die die Abwürfung des Krieges und der Revolution wollen, in Brüssel unter Teilnahme von Lluhi y Vallosca, Gassol, eines Basken, von Comorera (des Führers der PSUC) und Quinones de León stattgefunden habe. In dieser Sitzung



habe man sich darauf geeinigt, die Intervention der sogenannten "bolschewistischen Mächte" in Gestalt einer Landung in Katalonien und der Niederschlagung der revolutionären Organisationen vorzubereiten. Largo Caballero ergriff das Wort und erklärte, dass er vor allem ein Arbeiter sei und ein ehrlicher Arbeiter und einer ehrlichen Organisation angehöre. Er betonte das Wort ehrlich sehr stark. Er sagte, dass er unter keinen Umständen eine Verfolgung anderer Arbeiterorganisationen leiten würde. Und dass es notwendig sei die falsche Theorie aufzugeben, dass in Katalonien eine Bewegung gegen die Regierung vorgelogen habe. Noch viel weniger sei es eine kontrerevolutionäre Bewegung gewesen. Die Vertreter der KP wiederholten, was sie zuerst gesagt hatten. Darauf liess Federico Montseny ein Paket bringen, das Hunderte von Taschentüchern mit den Wappen der Monarchie enthielt. Federico Montseny sagte, dass man einige Tausende dieser Taschentücher in den Händen von Provokateuren der PSUC (katalanische Kominternsektion) und der "Estat Catala" (das ist der extremste Flügel der katalanischen Nationalisten, eine halbfaschistische Organisation, ihr früherer Führer Doncas befindet sich jetzt in - Italien) gefunden habe. Sie seien dazu bestimmt gewesen, in den Lokalen der revolutionären Organisationen "gefunden" zu werden. Die beiden kommunistischen Minister standen plötzlich auf und verliessen die Sitzung. Damit war die Krise eröffnet. Darauf erklärte Largo Caballero den anderen Ministern, dass angesichts der schweren Periode des Krieges alle sich klar äussern müssten. Die Republikaner und Sozialisten solidarisierten sich mit der KP, standen auf und verliessen die Sitzung. Am nächsten Tag hatte Caballero eine Unterredung mit dem Nationalkomitee der CNT, der er seine Unterstützung anbot, wenn notwendig bis zur gemeinsamen Übernahme der Macht durch CNT und UGT."

Zu dem letzteren Punkt wollen wir noch mitteilen, dass die POUM gleichfalls zur Frage einer "reinen Gewerkschaftsregierung", d.h. einer Regierung der CNT und UGT Stellung genommen hat, und zwar indem sie erklärte, dass sie zwar eine solche Regierung nicht als das endgültige Ziel der Arbeiterklasse betrachte, dass sie auch keineswegs auf dem syndikalistischen Standpunkt stehe, dass die Gewerkschaften alle anderen Organisationen und Organe der Arbeiterschaft ersetzen könnten, dass aber in der gegenwärtigen Situation die Bildung einer "reinen Gewerkschaftsregierung" einen Fortschritt bedeuten würde. Die POUM sei deshalb bereit, die Bildung einer solchen Regierung zu unterstützen. Die CNT hat in der "Solidaridad Obrera" vom 23. Mai gegen den von Largo Caballero und seinen Freunden, sowie auch von der POUM unterstützten Vorschlag einer Regierung der CNT und der UGT Stellung genommen. Die Führung der Anarchisten hat nach den Kämpfen von Barcelona eine deutliche Rechtschwenkung unternommen. In "Libertaire" vom 27. Mai wird eine lange Erklärung der Leitung der FAI abgedruckt, in der die anarchistischen Führer mit allerlei faulen Argumenten zu "beweisen" suchen, dass die spanische Arbeiterschaft nicht die Macht übernehmen könne und dass die Liquidierung der revolutionären Errungenschaften des Proletariats durch die Kontrerevolution nicht verhindert werden könne. Jedoch ist in den Reihen der anarchistischen Arbeiterschaft, wie z.B. die Entstehung einer organisierten Opposition, der sogenannten "Freunde Lurrutia", beweist, eine wachsende Unzufriedenheit mit der Politik ihrer Führung bemerkbar.

-o-o-o-o-o-o-o-

DIE VERFOLGUNGEN GEGEN DIE POUM.  
 ooooooooooooooooooooooooooooooooooooo

Aus Barcelona wird gemeldet, dass das Zentralorgan der POUM, die "Batalla", auf unbestimmte Zeit verboten worden ist. Ferner ist gegen den Gen. Julian Gorkin wegen eines in der "Batalla" erschienenen Artikels Anklage erhoben worden. Gen. Gorkin befindet sich faktisch unter Polizeiarrest. Man will dem Gen. Gorkin unterschieben, er habe durch seinen Artikel die Kaitöpfe in Barcelona "veranlasst". Diese Massnahmen gegen die POUM und einen ihrer führenden Genossen erfolgen, nachdem die KP Spaniens und die PSUC eine systematische Kampagne für das Verbot der POUM geführt hat und noch führt. Die KP Spaniens und die PSUC versuchen dabei eifrig, die spontane Abwehraktion der Arbeiter von Barcelona gegen den kontrerevolutionären Anschlag auf das Telefonamt in einen Putschversuch der POUM umzulügen. Es ist anzunehmen, dass das Verbot der "Batalla" und die Anklage gegen den Gen. Gorkin von der ka-

talanischen und der spanischen Regierung als vorbereitende Massnahmen für das völlige Verbot der POUM gedacht sind. Es ist notwendig, dass überall der schärfste Protest gegen die Verfolgung der POUM, der kommunistischen Vorhut des spanischen Proletariats erhoben wird:

-o-o-o-o-o-o-o-o-

DIE SITTICHKEITSPROZESSE GEGEN KATHOLISCHE GEISTLICHE IM III. REICH.  
oo

Gleichzeitig mit der Verschärfung des Kampfes gegen die evangelische Kirche sind die Nazis auch zu neuen Angriffen gegen die katholische Kirche übergegangen. Seit 1933 haben die Nazis nicht aufgehört, die katholische Kirche systematisch zu verfolgen. Weder das Konkordat, noch die wiederholten Ergebenheitserklärungen der deutschen Bischöfe gegenüber der faschistischen Diktatur haben die Nazis gehindert, immer mehr das Einflussgebiet der Kirche einzuschränken und ihre moralische Autorität zu untergraben. Im Gegenteil, die Versöhnungstaktik des Vatikans und der leitenden Instanzen der katholischen Kirche Deutschlands ermutigte die Nazis zu immer neuen Provokationen. So war z. B. die direkte Folge der Billigung und Unterstützung der Naziintervention in Spanien durch die deutschen Bischöfe, dass die Nazis sich stark genug fühlten, den klerikalen Einfluss auf die Jugend durch die Eingliederung der katholischen Jugendorganisationen in die Hitlerjugend und durch die Kampagne gegen die Konfessionsschulen ausserordentlich zu verringern. Diese letzteren Massnahmen waren die empfindlichsten Schläge, die die Nazis bisher der katholischen Kirche versetzt hatten, drohen sie doch, die Kirche von der jungen Generation, ihrem Nachwuchs, abzuschneiden. Beunruhigt über die wenig glänzenden Zukunftsaussichten der katholischen Kirche Deutschlands, trat daraufhin der Vatikan aus seiner Reserve heraus und griff die Kirchenpolitik der Nazis in einer Enzyklika über die Lage der deutschen katholischen Kirche, die am 14. März dieses Jahres erschien, scharf an.

Die Antwort der Nazis liess nicht lange auf sich warten. Sie bestand in der Ankündigung, dass nicht weniger als 1 000 Sittlichkeitsprozesse gegen katholische Geistliche in der nächsten Zeit stattfinden würden. Nachdem die Nazis die Möglichkeit erschöpft haben, die katholischen Geistlichen als "Devisenschieber" vorurteilen zu lassen, greifen sie jetzt zu einem noch drastischeren Mittel, um die katholische Kirche in den Augen der Öffentlichkeit zu diffamieren, indem sie die katholischen Geistlichen als Sexualverbrecher, Homosexuelle usw. zu brandmarken versuchen. Es ist bekanntlich kein Geheimnis, dass das Zölibat des katholischen Klerus zu den kirchlichen Vorschriften gehört, die in der Praxis am wenigsten eingehalten werden. Aber im allgemeinen ist es so, dass die katholischen Geistlichen auf eine sehr normale Art und Weise ihren "fleischlichen Gelüsten" frönen und dass sexuelle Verirrungen zu den Ausnahmen gehören, d. h. dass also eine Übertretung nicht der staatlichen, sondern nur der kirchlichen Gesetze vorliegt. Die Nazis stellen jedoch die Sache so dar, als ob der katholische Klerus nur aus perversen Individuen bestehe, und ihnen sittliche Entrüstung und moralische Empörung. Ganz abgesehen davon, dass es sich bei diesen Prozessen um politische Zweckprozesse handelt, ist es ein komisches Bild, die Nazis die Rolle von Hütern der Moral und Beschützern der sittlichen Reinheit der Jugend spielen zu sehen. Wir sind sicher, dass es nach der Erschiessung Röhm's noch viele Röhmlinge gibt und dass es ein Leichtes wäre, 1 000 Sexualverbrecher aus der SA und der Hitlerjugend zusammenzubringen. So ist z. B. Julius Streicher wegen Sittlichkeitsverbrechen verbestraft.

Die Beziehungen zwischen der Naziregierung u. der katholischen Kirche haben in den letzten Tagen eine neue Zuspitzung erfahren. Die Nazis haben eine Rede des katholischen Erzbischofs von Chicago Mundelein, in der dieser sich nicht sehr ehrerbietig über die Personen von Hitler und Goebels geäussert hat, zum Anlass genommen, um einen öffentlichen Redefeldzug gegen die katholische Kirche zu eröffnen, der an Schärfe alles bisher auf diesem Gebiet Dagewesene in den Schatten stellt. Die Naziregierung hat ferner vom Vatikan eine förmliche Desavouierung Mundeleins verlangt und droht widrigenfalls die diplomatischen Beziehungen zum Vatikan abzubrechen. Es hat den Anschein, als ob die Hitlerregierung beabsichtige, das Konkordat loszu-



werden und einen Vernichtungszug gegen die katholische Kirche zu beginnen. "Der Deutsche Weg", die Wochenschrift der katholischen Emigration, teilt mit, dass man in Nazikreisen damit rechne, dass auf dem diesjährigen Nürnberger Parteitag der NSDAP die Reichskirche ausgerufen werde. Das würde auch die jetzigen Verfolgungen der katholischen Geistlichen erklären, deren offenkundiger Zweck es ist, den katholischen Klerus durch die Bank zu diskreditieren.

-o-o-o-o-o-o-o-o-

EINE KATHOLISCHE STIMME ZUR ILLEGALEN GEWERKSCHAFTSARBEIT.  
oo

In Polnisch-Oberschlesien, mit dem Sitz in Kattowitz-Bielitz, wurde unter deutschen arbeitenden Bevölkerung eine "Christliche Gewerkschaft" gegründet. In ihrer Mainummer- "Der Christliche Gewerkschaftler"- nehmen sie zu der illegalen Gewerkschaftstätigkeit in Deutschland eine Stellung ein, die sich sehr scharf für die Notwendigkeit dieses Kampfes einsetzt. Diese Stellungnahme steht in offenem Widerspruch zu der kompromisslerischen Haltung der Führungen des politischen Katholizismus und ihrer verschiedensten gewerkschaftlichen und kulturellen Organisationen gegenüber Hitler und dem faschistischen Regime in Deutschland.

Die entscheidenden Stellen der erwähnten Mainummer des "Christlichen Gewerkschaftler" lauten:

"Die Arbeiterschaft wurde in die Deutsche Arbeitsfront gepresst u. damit vollkommen den Nazis und dem herrschenden Unternohmertum ausgeliefert. Trotzdem ist der gewerkschaftliche Geist nicht tot. Im Gegenteil, an allen Ecken und in den meisten Betrieben regt sich gewerkschaftliches Leben. Die früher gewerkschaftlich organisierte Arbeiterschaft hat sich in der gemeinsamen Not gefunden. Die alten Trennungsetziche sind durch das Vorgehen der Nazis ausgeschlossen. Gemeinsam wird die gewerkschaftliche Tradition gepflegt und die früheren Vertrauensmänner bilden, von wenigen Ausnahmen abgesehen, wieder den Mittelpunkt im Betriebe. Dieser Kampf hat bisher grosse u. schwere Opfer von der aufrechten deutschen Arbeiterschaft gefordert. Aber weder Konzentrationslager, Zuchthaus, Entlassungen, Entzug jeglicher Unterstützung usw. hat den Mut der gewerkschaftlichen Kämpfer gebrochen."

Weiterhin setzen sich diese katholischen Gewerkschaftskreise für eine einheitliche Unterstützungsaktion für die illegalen Gewerkschaftler in Deutschland seitens der internationalen gewerkschaftlichen Bundesleitungen ein.

-o-o-o-o-o-o-o-o-

Um den Schutz der Betriebsdelegierten.

-o-

Zur Zeit macht eine Entscheidung eines Oberschiedsrichters, Herrn Pontremoli, Auditeur am Staatsrat, die Runde durch die Arbeiterpresse. In dieser Entscheidung, niedergelegt in einem Schiedspruch vom 17.4. dieses Jahres, der sich mit einem Konflikt in dem Unternehmen Victrix befasst, der auf Grund der Massregelung des Betriebsdelegierten u. seines Ersatzmannes ausbrach, heisst es:

"Die Massnahmen, die durch die Direktion des Unternehmens Victrix am 31.1. 1937. gegenüber den H. Poly u. Gabriel, Delegierter und Ersatzdelegierter, ergriffen wurden, sind als null und nichtig zu betrachten, solange die zu diesem Zweck einzuberufene Generalversammlung des Personals nicht beschlossenen haben wird, das Mandat, welches sie den beiden gemäss Artikel 4 des Kollektivvertrages v. 19.9.36. anvertraut hat, zurückzuziehen."

Diese Entscheidung besagt, dass eine Massregelung der Betriebsdelegierten während der Dauer ihrer Amtsperiode nur mit Zustimmung der Belegschaft, d.h. mit der Aberkennung des Delegiertenmandats durch eine Generalversammlung des Personals möglich wird. Nun macht bekanntlich eine Schwalbe noch keinen Sommer. Zum anderen ist die erwähnte Entscheidung zwar obligatorisch, aber nicht rechtsverbindlich, geschweige allgemeinrechtsverbindlich für alle Unternehmer. Um dies zu erreichen, müssen die Arbeiter ihre Delegierten mit allen Mitteln verteidigen.

## Um die Lohnbewegung der städtischen Arbeiter.

-o-

Der Strasbourger Gemeinderat hat sich in seiner letzten Sitzung auch mit den Forderungen des Gemeindearbeitersyndikats der CGT beschäftigt. Das Syndikat hatte als Ausgleich für die inzwischen eingetretene Teuerung eine Zulage von 3.50 für Männer und 1.50 für Frauen pro Tag gefordert. Die Verwaltung hatte diesen Vorschlag abgelehnt und stattdessen 2.50 frs. für Männer und 1.50 frs für Frauen vorgeschlagen.

In der Gemeinderatsitzung trat als Sprecher der Heimatfront Muerschel für die Bewilligung der Syndikatsforderungen ein, wobei er sich auf die seit Abschluss des letzten Abkommens eingetretene Preisteigerung stützte.

Imbs als Sprecher der SFIO-Fraktion, die in der Kommission keine Einwendungen gegen den Verwaltungsvorschlag erhob, stellte im Plenum unvermittelt einen Vermittlungsvorschlag zur Debatte, der 3:00 statt 2.50 frs forderte. In der Abstimmung wurde der Verwaltungsvorschlag mit Stimmgleichheit, wobei die Stimme des Maires die Entscheidung gab, angenommen. Dieses Resultat wurde dadurch erreicht, dass sich das Gemeinderatsmitglied Heysch der Stimme enthielt und J.P.Mourer mit Abwesenheit glänzte.

Der Radikalsozialist Becker, der sich dem Gemeinderat als treuer Volksfrontkämpfer vorstellte, sprach gegen die Syndikatsforderungen und für den Verwaltungsvorschlag und suchte die Mittelständler und die nichtstädtischen Arbeiter gegen die städtischen Arbeiter aufzuhetzen, die nach seiner Meinung keinerlei Recht auf eine Aktion zur Angleichung ihrer Bezüge an die Teuerung besitzen.

Zwischen der SFIO und der Hueberschen A u. B. Partei ist es am Anschluss an die Gemeinderatssitzung zu einer Auseinandersetzung gekommen. Die SFIO benutzt die Abwesenheit J.P.Mourers um so zu tun, als ob deshalb die Gemeindearbeiter um einen günstigeren Abschluss gekommen seien. Die SFIO wird dabei von der "Humanité" sekundiert, obwohl die KPF sehr gut weiß, dass ihr Volksfrontgenosse Becker für den Verwaltungsvorschlag gestimmt hat und die SFIO sich erst dann für einen eigenen Vorschlag entschied, als ihr die Abwesenheit Mourers bekannt und die Ablehnung ihres Vorschlages klar war. Wir bezweifeln durchaus nicht, dass J.P.Mourer im Einverständnis mit W.Walter abwesend war, da sein Député-Mandat bekanntlich von der Gnade und Ungnade der UPR abhängt. Aber der jetzt vom Zaune gebrochene Streit hat ja nur den Sinn die Gemeindearbeiter von einer selbständigen Aktion abzuhalten.

## Die Klerikalen und die städtischen Arbeiter.

-o-

In Mülhausen hat die dortige sozialistische Gemeindeverwaltung mit Zustimmung aller Volksfrontfraktionen die vom CGT-Syndikat der Gemeindearbeiter erhobenen Forderungen damit beantwortet, dass er lediglich den in Lohnklasse E und darunter beschäftigten Arbeitern eine Erhöhung von 1.00 frs pro Tag bewilligte, während die anderen Lohngruppen leer ausgingen. Der Vertreter der Stadtverwaltung erklärte, dass im Hinblick auf die Lage der städtischen Finanzen erhöhte Ausgaben nicht zu rechtfertigen seien. Um aus dieser Lage einen Ausweg zu finden, einigten sich die Stadtverwaltung und der Syndikatsvorstand auf Anrufung des Schiedsgerichts, das unter dem Vorsitz des zuständigen Ministers zusammentreten soll.

Die Rossépresse lässt sich diese Gelegenheit natürlich nicht entgehen, um zu zeigen, dass SFIO und KPF die von ihr propagierte Anpassung der Löhne an die gestiegenen Lebenshaltungskosten dort ablehnen, wo sie etwas zu sagen haben. Zum anderen sucht die Rossépresse die Entscheidung des Strasbourger Gemeinderats, der einer mehrheitlich bürgerlich eingestellten Stadtverwaltung folgt, der Entscheidung des Mülhauser Gemeinderats entgegenzustellen. Dabei versäumt sie auch nicht auf den eigenartigen Umstand hinzuweisen, dass die SFIO in Strasbourg eine über den Verwaltungsvorschlag hinausgehende Forderung vertrat, während der mehrheitlich sozialistisch zusammengesetzte Mülhauser Gemeinderat weit unter den Vorschlägen der Strasbourger Stadtverwaltung blieb. Um ihren Kampf gegen die CGT und die Arbeiterparteien noch eindrucksvoller zu gestalten, verweist die Rossépresse auf die seither eingetretene Brotpreis-



erhöhung. Ausgehend vom Verbrauch einer fünfköpfigen Arbeiterfamilie, den sie mit fünf Pfund pro Tag festlegt, stellt sie fest, dass die Mehrkosten für Brot im Monat allein 52.50 frs betragen, während die bewilligte Zulage für die unteren Gruppen der städtischen Arbeiter nur 26 frs im Monat beträgt. Daraus wird dann gefolgert, dass SFIO und KPF im Mülhauser Gemeinderat nicht einmal den am schlechtesten besoldeten städtischen Arbeitern einen wirklichen Ausgleich für die eingetretene Brotpreiserhöhung bewilligten.

Man muss sagen, dass diese Propaganda sehr geschickt ist und SFIO und KPF infolge ihrer Politik gegenüber der Volksfrontregierung ihr nichts wirksames entgegensetzen können. So schreibt z.B. die "Humanité" in einer Antwort an das Rossésche "Mülhauser Volksblatt", das die Mülhauser Stadtverwaltung der Vernachlässigung der Interessen der Arbeitslosen anklagte:

"Diese Heuchler - die Klerikalen - wissen jedoch sehr wohl, dass der Stadtverwaltung in dieser Frage durch einen Wust von Gesetzesdekreten seitens der vorhergehenden Regierungen Hände und Füße gebunden sind."

Jederman wird angesichts einer solchen Argumentation die Frage aufwerfen; und zu was habt ihr denn die Volksfrontregierung, kann sie nicht die Gesetzesdekrete der vorhergegangenen Regierungen aufheben und so der Stadtverwaltung die Möglichkeit geben, den Arbeitslosen wirksam zur Hilfe zu kommen?

Bei der Budgetdebatte im Mülhauser Gemeinderat vor den Maiwahlen 1936 haben die Mülhauser Kommunisten wenigstens noch den Versuch gemacht, wenn auch mit untauglichen Mitteln (Warenhaussteuer) die Frage der Belastung der Reichen aufzuwerfen. Jetzt halten sie sich nicht nur sklavisch an die gesetzlichen Bestimmungen, die der Staat einer proletarischen Kommunalpolitik entgegengesetzt hat, sondern sie verzichten auch darauf im Gemeinderat Forderungen an den Staat zu stellen und dafür ausserparlamentarisch die Massen zu mobilisieren. Sie erweisen sich als getreue Paladine der Reformisten und gestatten so den Klerikalen sich als Vertreter von Arbeiterinteressen aufzuspielen. Diese Politik birgt die Gefahr in sich, dass gerade die materiell am schlechtesten gestellten Schichten des Proletariats eine Beute der sozialen Demagogie der Klerikofaschisten werden.

Dies allein macht es notwendig, dass die kommunistischen Parteimitglieder fordern, dass zu den altbewährten Grundsätzen kommunistischer Politik zurückgekehrt wird.

-o-o-o-o-o-o-

Bemerkungen zum oberelsässischen Departementalkongress der CGT.

--o

Der oberelsässische Departementalkongress der CGT als Vertretung von 50 000 organisierten Arbeitern folgte in allen wesentlichen Punkten der Politik der Leitung der CGT. Einen breiten Rahmen nahm die Frage der Unterstützung der Arbeitslosen und der Arbeitsbeschaffung ein, da gerade das oberelsässische Industriegebiet besonders hart von der Erwerbslosigkeit betroffen ist. Diese Frage führte sogar zu kritischen Auseinandersetzungen zwischen der UL-Mülhausen und der departementalen Leitung der CGT. Die Mülhauser Leitung der CGT, die unmittelbar unter dem Druck der Arbeitslosen steht als die departementale Leitung, vertrat die Meinung, dass man auch den oberelsässischen Volksfrontkongress hätte ausnützen müssen, um von der Regierung zu fordern, dass sie für Haut-Rhin die gleichen Verbesserungen bewilligt wie für das Seine-Departement.

Es ist bezeichnend, dass auch von kommunistischer Seite keinerlei Vorschläge für eine zentrale Aktion der CGT für die Arbeitslosen gegenüber der Regierung auf dem Departementalkongress eingebracht wurden. Walliser forderte die Erschliessung des Anleihenmarktes zur Befriedigung der Forderungen der Arbeitslosen für die Gemeinden. Dabei zeigt es sich, dass viele Gemeinden bereits bis über die Ohren verschuldet sind und bereits bewilligte Anleihen nicht unterbringen können. Wagner erklärte, dass Mehrleistungen der Gemeinden nur mit Genehmigung der Regierung möglich seien. Diese Ge-

nehmigung aber werde in der Regel nicht erteilt, weil die finanzielle Lage der von der Krise betroffenen Gemeinden nicht gut ist.

Der Kongress nahm zwei Resolutionen an. In der ersten wird die Einführung der sozialen Gesetze in den anderen Ländern gefordert. Zu diesem Zweck fordert der Kongress die beschleunigte Herstellung der internationalen Gewerkschaftseinheit. Von der Regierung werden energische Massnahmen gegen die Verletzung der sozialen Gesetze durch die Unternehmer gefordert. Inbezug auf die von der Regierung erstrebte Verlängerung der Kollektivverträge wird an die Realisierung der von der Leitung der CGT geforderten Garantien erinnert. (Restlose Anwendung der Verträge, Delegiertenschutz und Vereinfachung der Prozedur des Schlichtungs- und Schiedsverfahrens.) Daneben wird die Ausdehnung der sozialen Gesetze und des Gesetzes über das Schiedsgerichtsverfahren auf die landwirtschaftlichen Arbeiter und die Forstwirtschaft gefordert. Die Frage der Teuerung, der gloitenden Lohnskala, die Pension für die Alten, sowie die Realisierung der Forderung "Die Reichen sollen zahlen" fanden keine Erwähnung.

Die zweite Resolution beschäftigt sich mit der Frage der Arbeitslosen und der Arbeitsbeschaffung. Neben der Forderung auf Arbeitsbeschaffung und Bereitstellung von Krediten für diesen Zweck, wurde von der Regierung die Erhöhung der Unterstützungsätze für das Departement Haut-Rhin entsprechend den für das Seinedepartement bewilligten Zulagen gefordert. Zu diesem Zweck soll eine Delegation bei der Regierung vorstellig werden. Die Frage der Schaffung des Arbeitslosenunterstützungsfonds, sowie die Forderung auf Bereitstellung von 10 Milliarden entsprechend den Vorschlägen der CGT fand keine Beachtung.

Diese Resolutionen wurden mit einem erneuten Bekenntnis zur Volksfront u. ihrer Regierung abgeschlossen.

Was den Kongress besondere charakterisierte, war das mehr oder minder deutlich ausgesprochene wachsende Missverhältnis zwischen der CGT und den Arbeitslosen. Der Kongress beschäftigte sich zwar sehr ausführlich mit der Lage der Arbeitslosen, aber er fand keine Kräfte zu einer entschlossenen Aktion, weil er der Regierung keine Schwierigkeiten bereiten wollte. So gefiel man sich im wesentlichen darin, seine Ohnmacht mit Hieben gegen die klerikale Mehrheit des Generalrats abzureagieren.

Der Kongress konstatierte die wachsenden Versuche zur Schaffung professioneller Unternehmer syndikate, aber er gab seinen Mitgliedern keine klaren Direktiven inbezug auf den Kampf gegen diese Gelblinge.

Was an dem Kongress besonders auffiel, war das Schwinden jeglichen Kampfglaubens. Die bedingungslose und lückenlose Unterstützung der Volksfrontregierung und die von ihr betriebene Politik der Fesselung der Aktionskraft der Arbeiter hat die arbeitgemeinschaftliche Ideologie in weite Kreise der Arbeiterschaft getragen. Man denke nur daran, in welchem Masse zu Beginn des spanischen Bürgerkrieges die Arbeiter für die Unterstützung der spanischen Antifaschisten und gegen die Nichtinterventionspolitik reagiert haben, um zu ermessen, in welchem Masse es auf dem Wege über die Volksfront gelungen ist, die Arbeiter vor den Karren der französischen Bourgeoisie zu spannen.

Angesichts dieser Lage ist die Schaffung einer auf dem Boden des unverfälschten Klassenkampfes stehenden Opposition innerhalb der CGT ein dringendes Erfordernis.

-o-o-o-o-o-

Proletarische Solidarität wird mit Zuchthaus bestraft.

-o-

Am 24. April dieses Jahres wurden gegen 64 Kölner Antifaschisten wegen ihrer Solidarität mit den Angehörigen der politischen Gefangenen Urteile in Höhe von

250 Jahr Gefängnis und 170 Jahr Zuchthaus

ausgesprochen. Die freigesprochenen Angeklagten wurden in Schutzhaft überführt. Angesichts solcher Urteile ist die Unterstützung der Solidaritätsaktion für die deutschen Antifaschisten Pflicht eines jeden Arbeiters.

Verantwortlich: EMILE HIRTZEL.



Erscheint wöchentlich.

Bezugspreis: Monat Frs. 2.-

Einzelnummer: 50 Centimes.

# ARBEITERPOLITIK

Organ der kommunistischen Partei - Opposition Elsass (Section der IVKO.)

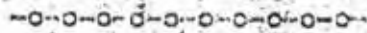
Nr. 24/IV. Jahrgang.

Zweite Juniwoche 1937.

## BIN NEUER PAKT GEGEN DAS ANTIFASCHISTISCHE SPANIEN.

Wie der Havasberichterstatteur aus London meldet, haben die Verhandlungen über die Rückkehr Deutschlands in das Nichtinterventionskomitee zu einer Übereinkunft geführt. Diese Übereinkunft soll u.a. folgendes vorsehen: "1. dass alle mit der Kontrolle beauftragten Mächte einen Angriff, der gegen eines ihrer Schiffe gerichtet ist, als gegen sich gerichtet betrachten u. dass in diesem Falle sofortige Beratungen über die zu treffenden Massnahmen stattfinden, 2. dass diese Beratungen nicht den Vorzicht der einzelnen Flotten auf berechnete Notwehr voraussetzen." Diese Abmachung bedeutet, dass die englische Regierung - hinter der natürlich auch in diesem Falle die französische steht - den Nazis einen Freibrief für die Wiederholung solcher verbrecherischer Gewalttaten, wie es das Bombardement von Almeria war, gibt. Denn die Nazis verstehen unter "berechtigter Notwehr" der einzelnen an der Kontrolle der spanischen Küsten beteiligten Flotten bekanntlich nichts anderes als die Befugnis, nach Belieben die Methode von Almeria wiederholen zu können. Die neue Schandleistung der britischen und französischen Diplomatie wird damit begründet, dass es notwendig sei, um jeden Preis die Rückkehr Deutschlands in das Nichtinterventionskomitee zu erreichen. Es zeigt sich jetzt klarer denn je, dass die Nichtinterventionspolitik der französischen und englischen Regierung nichts anderes ist als eine Form der Hilfeleistung für den spanischen Faschismus u. für die Intervention der Nazis und der italienischen Faschisten im spanischen Bürgerkrieg.

Die Führung der Kommunistischen Internationale und die der KPF haben in diesen Tagen ihr übliches Spiel wiederholt. Péri hat in der "Humanité" scufzen-ke Klagen über die französische u. englische Diplomatie von sich gegeben. Dimitrow hat sich hilflos an die Führer der II. Internationale gewandt. Aber die KI und die KPF haben nichts getan, um die Massen gegen die schamlose gegen Nichtinterventionspolitik der französischen u. der englischen Regierung zu mobilisieren. Insbesondere hat die KPF sich wohlweislich gehütet, der Regierung Blum, die der Hauptpfeiler der Nichtinterventionspolitik ist, in irgendeiner Weise ernsthaft nahezutreten. Die SFIO hat auf die Scufztor der "Humanité" mit bösnischen Bemerkungen reagiert, denn sie weiss ja, dass die Führung der KPF entschlossen ist die Regierung Blum unter allen Umständen zu halten. Der Appell Dimitrows an die Führung der II. Internationale hat unter diesen Umständen nur die Bedeutung eines Manövers. Die Führung der KI schreibt ihre Bittgesuche an die Exekutive der II. Internationale, um die revolutionären Arbeiter darüber hinwegzutäuschen, dass die KPF nichts gegen die Regierung Blum unternimmt. Die Haltung der II. Internationale richtet sich heute bekanntlich nach der Politik Blums. Es ist kein Zufall, dass die Führung der II. Internationale auf die Appelle Dimitrows überhaupt nicht antwortet, nicht einmal mit einer Ablehnung. Wenn die KI sich als Anhängerin des Reformismus aufführt, so darf sie sich nicht wundern, wenn sie auch entsprechend behandelt wird.



## DIE STEELIES IN DER AMERIKANISCHEN STAHLINDUSTRIE.

In der Vereinigten Staaten ist jetzt ein harter Kampf zwischen den vom CIO (Komitee für Industrieverbände) organisierten Arbeitern der Schwereisenindustrie und drei grossen Stahlerzeugungsfirmen im Gange. Das CIO hat bereits

Kollektivverträge für die Arbeiter der Betriebe des Stahltrusts United Steel Company und der Firma Jones and Laughlin durchgesetzt. Aber die reaktionären Besitzer der Republic Steel Company, der Youngstown Sheet and Tube Company und der American Steel and Wire Corporation versuchen, den Vormarsch des CIO aufzuhalten. Das Hauptziel der Streiks gegen diese drei Stahlfirmen ist die Anerkennung der Gewerkschaften. Die Streiks werden nicht als Betriebsbesetzungen geführt, sondern die Arbeiter haben dichte Linien von Streikposten um die Betriebe gebildet und haben die Minderheit von Streikbrechern, die versuchen, die Arbeit weiterzuführen, vollständig von der Aussenwelt abgeschlossen. Um ihre Söldlinge mit Nahrungsmitteln zu versorgen, verwandten die Unternehmer zunächst Flugzeuge, die Lebensmittelpakete über den Fabriken abwarfen. Aber nachdem es den streikenden Arbeitern gelungen war, mit Gewehrschüssen zwei der Flugzeuge herunterzuholen, verzichteten die Stahlmagnaten auf diese Waffe. Sie organisierten dann den Versand von Postpaketen an die Streikbrecher. Jedoch auch dieser Versuch scheiterte, da die Postbehörden sich weigerten, die Pakete den Adressaten zustellen zu lassen, um Zusammenstößen zwischen den Postangestellten und den Streikposten der Arbeiter zu vermeiden.

In der Streiks ist es bereits zu Gewalttaten gegen die streikenden Stahlarbeiter gekommen. Fünf Arbeiter wurden getötet und einige Dutzend verwundet, als die Polizei in eine Massenversammlung der Streikenden vor einem Betrieb der Republic Steel Company in Chicago schoss. "Ist es wahr, dass Polizisten willkürlich streikende Arbeiter niederschliessen können?" fragte John J. Lewis anlässlich der Ermordungen. "Die Antwort ist wichtig sowohl für die Arbeiterbewegung als auch für Amerika." Arbeiter sind auch beim Streikpostenstreiken vor Betrieben in Ohio verletzt worden. Diese Gewalttaten sind angesichts der Tatsache, dass die augenblicklichen Streiks nicht als Betriebsbesetzungen durchgeführt werden, bemerkenswert. Während der erfolgreichen Betriebsbesetzungen in der Automobilindustrie bekämpften die Unternehmer diese neue Streiktaktik als "illegal" und "gewalttätig". Dabei ist es bei den Autostreiks nicht zu solchen blutigen Zusammenstößen gekommen wie jetzt. Das zeigt, dass die Betriebsbesetzungen eine erfolgreichere und weniger Opfer fordernde Waffe als die Streiks mit Streikposten sind.

Die Kampagne für die vollständige gewerkschaftliche Organisierung der Autoarbeiter geht weiter und wird besonders heftig in den Betrieben der Ford Motor Company von dem Verband der Autoarbeiter geführt. Ford antwortet auf diese Kampagne mit dem Einsetzen seiner Prügelgarden, die die Gewerkschaftsfunktionäre überfallen, und mit der Entlassung aller Arbeiter, die er im Verdacht hat, Gewerkschaftsmitglieder zu sein. Er versucht ferner, den Autoarbeiterverband dadurch zu schlagen, dass er von sich aus den Tageslohn auf 6.50 Dollar erhöht und in seinen Werken in Detroit die 32 Stundenwoche eingeführt hat. So führt er demagogisch gleichzeitig einen Krieg mit den Gewerkschaften und seinen Konkurrenten. Ford's Theorie ist, dass nur das Industriekapital produktiv sei und dass das Finanzkapital und die Gewerkschaften zusammenarbeiteten, um das Industriekapital zu beseitigen. (So erblickt er eine Verschwörung zwischen seinen Konkurrenten von General Motors, die eng mit den Banken verknüpft sind, und dem Autoarbeiterverband). Und er kündigt seinen neuen Lohnsatz und seine neue Arbeitszeit als einen Beweis für seine Theorie an.

Aber schon heute zeigt sich, dass die Arbeiter nicht daran denken, sich auf so plumpe Weise von Ford an der Nase herumführen zu lassen, und dass sie sich ihr Recht auf gewerkschaftliche Betätigung nicht durch ein Linsengericht abkaufen lassen. --o-o-o-o-o-o--

#### BRIEF AUS HITLERDEUTSCHLAND.

oooooooooooooooooooooooooooooooooooo

Von Genossen der KPD-O wird uns geschrieben:  
Die Autarkiepolitik der Nazis führt zwangsläufig zu Preiserhöhungen. Am 13. Mai ist über Nacht der Zoll auf Kautschuk auf 100% des Wertes erhöht worden. Der natürliche Kautschuk soll dadurch dem künstlichen im Preise "nähergebracht" werden. Das zieht eine starke Preiserhöhung für alle Gummiwaren nach sich. Für den Arbeiter und den kleinen Mann wird sich das vor allem in Gestalt von teuren Fahrradreifen bemerkbar machen. Das Fahrrad ist



in den letzten Jahren, besonders auch in den Grossstädten zu einem Massenbeförderungsmittel geworden. Denn der Arbeiter kann die hohen Fahrpreise von seiner Wohnstätte bis zum Betrieb auf die Dauer einfach nicht mehr aufbringen.

Der Ertrag des Einfuhrzolls, der auf 100 Millionen Mark jährlich geschätzt wird, soll zur Finanzierung der Kautschukfabrikation in Deutschland verwendet werden. Das Grosskapital lässt also die Mittel für die Errichtung neuer Betriebe durch den Staat aus den Taschen der breiten Massen herausziehen.

Anfang Mai ist auch eine Preiserhöhung für Kakaoerzeugnisse (Schokolade) in Kraft getreten und in der Lederwirtschaft ist ebenfalls eine Neuregelung der Preisbildung erfolgt. Das Prinzip dieser Massnahme ist, die Verteuerung nicht voll auf den Verbraucher abzuwälzen, heisst es in dem amtlichen Kommentar. Das heisst, von rechtswegen müssten die Stiefel eigentlich noch teurer werden. Dabei muss man wissen, dass die Qualität der Schuhwaren durch Verarbeitungsvorbote für bestimmte Ledersorten nicht mehr dieselbe ist wie früher. Wer Geld hat, hat sich schon vor längerer Zeit mit guten Sachen eingedeckt, denn die grossen Schuhfirmen berichten über rückgängigen Geschäftsgang, weil das Publikum im Herbst vorigen Jahres Hamsterkäufe in Sachen gemacht habe.

Aus den Statistiken geht hervor, dass im April dieses Jahres bedeutend mehr Getreide eingeführt worden ist als im gleichen Monat des Vorjahres. Mit der Autarkie in der Brot- und Futterversorgung ist es also windig bestellt. Dafür sind die Brotarten nunmehr um eine neue bereichert worden: die Bäcker müssen jetzt das übrig gebliebene Altbrot mitverhacken. (Bisher ist es an Schweinemästereien usw. verkauft worden), ist ein bisschen Schimmel dran, so wird er eben abgekratzt und dann guten Appetit! Bald wird das Roggen- oder Weizenmehl im Teig nur noch ein Fremdkörper sein.

Dem unzufriedenen Mittelstand versucht man mit neuen Verordnungen das Maul zu stopfen. So dürfen Versandgeschäfte jetzt nicht mehr errichtet und erweitert werden. Dass dadurch für die rund 700 000 Ladengeschäfte in Deutschland eine Erleichterung geschaffen wird, ist natürlich ausgeschlossen. Und schliesslich sind die Inhaber von Versandgeschäften keine Grosskapitalisten.

Im Jahre 1936 hat der Umsatz des Einzelhandels 27,8 Milliarden Reichsmark betragen gegen 22,7 Milliarden im Jahre 1932 und 36,6 Milliarden 1929. Von der Rüstungskonjunktur hat er also nicht viel gehäut. Nach allen Berichten hat sich indessen die Handelsspanne sehr stark verringert. Die Preisaufschläge, die teilweise den Fabriken zugobilligt werden müssen - weil die Rohstoffe teurer geworden sind - dürfen bei dem Verkauf an den Verbraucher nicht in Erscheinung treten. Bei den Lebensmitteln sind manchmal Mindestpreise für den Erzeuger und Höchstpreise für den Verbraucher festgesetzt worden und es ist dann leicht begreiflich, dass die Kleinhändler die Leidtragenden sind.

Unter diesen Umständen ist es kein Wunder, dass die Wogen des Kirchenstreits wieder recht hoch gehen. Auf der protestantischen Seite ist sicher die grosse Mehrzahl der Gläubigen Anhänger der Bekenntniskirche. Deshalb schiessen die Nazis die feierlich angekündigten Kirchenwahlen immer weiter hinaus. Der Sturmangriff gegen das besonders feste Bollwerk der katholischen Kirche ist zunächst mit ganzen Serien von Sittlichkeitsprozessen eingeleitet worden. Unter anderem verfolgen die Nazis damit den Zweck, die Unzufriedenen in den eigenen Reihen für eine Weile abzulenken.

Demselben Zweck dient auch die Barbarei von Almeria, die natürlich gehörig als Blug über die spanischen "Hellschwister" aufgemacht wird. Die Arbeiter in Deutschland freilich kann man damit nicht fangen, und wenn das spanische Abenteuer bisher schon in fast allen Volksschichten auf Ablehnung gestossen ist, so wird dieser barbarische Akt erst recht den Hass gegen das herrschende Regime vertiefen. Die führenden Nazis gegen sich darüber auch keinen Illusionen hin, sie betrachten nach wie vor den Terrorapparat als ihre

verfügbare Stütze, Zuchthausurteile und Hinrichtungen am laufenden Band und Verhaftungen ohne Ende beweisen allein schon, dass der antifaschistische Kampf der Arbeiter ungebrochen weitergeht.

--0-0-0-0-0-0--

#### Aus der Sowjetunion:

DER FALL GAMARNIK UND DIE SACHE RUDZUTAK.  
 ooo

Die Krise des bürokratischen Regimes in der SU - es ist dies wohlverstanden keine Krise des Sowjetregimes selbst! - hat in den letzten Tagen geradezu fieberhafte Formen angenommen.

Dem Selbstmord des bisherigen jahrelangen politischen Leiters der Roten Armee und ZK-Mitgliedes, Gamarnik, ist die erstaunliche offizielle Mitteilung auf dem Fuess gefolgt, dass sich herausgestellt habe, dass er ein "degenerierter Trotzkiist gewesen sei und Spionagedienste für Deutschland und Japan betrieben habe".

Gamarnik ist als einer der führenden Figuren der Roten Armee zu betrachten. Er war verantwortlich für die gesamte politische Arbeit der Partei in der Roten Armee. Er besass das besondere Vertrauen Lenins und offenbar auch bis in die letzte Zeit Stalins - ohne das Letztere hätte er nicht mit der äusserst wichtigen und leitenden Rolle in der Roten Armee betraut worden können. Gamarnik gehörte keiner Opposition an. Noch zwei Tage vor seinem Selbstmord wurde er in das Moskauer Komitee der KPdSU gewählt. Würde die gegen ihn erhobene Beschuldigung der Spionage zutreffen, so wäre dies ein Anzeichen für einen geradezu katastrophalen Zustand in der Roten Armee. Nicht weniger katastrophal wäre es, falls die Beschuldigung wider besseres Wissen erhoben sein sollte, - wovon wir fest überzeugt sind. Der Fall Gamarnik kann nicht als Mordfall bewertet werden. Er kündigt tiefgreifende und massenhafte Eingriffe in den Kommandeinstand der Roten Armee an, die bisher aus guten Gründen von solchen Eingriffen verschont geblieben war.

Der Moskauer Korrespondent des "Daily Herald" brachte in den letzten Tagen die Nachricht, es seien verhaftet worden:

Tukatschewski, Felámarschall und ZK-Mitglied  
 Blücher, Kommandeur der Armee des Fernen Ostens und ZK-Mitglied  
 Krostinsky, früherer Sowjetgesandter in Berlin,  
 Karachan, zuletzt Sowjetgesandter in der Türkei,  
 Rosenbergs, bis vor kurzem Sowjetgesandter in Valencia und  
 Rudzutak, eines der ältesten Mitglieder des Politbüros, also  
 der obersten leitenden Körperschaft der KPdSU und des  
 Sowjetstaates.

Die Nachricht ist offiziell dementiert worden, aber nicht sehr nachdrücklich.

Die Tatsache, dass in diesem Zusammenhang Rudzutak auch nur genannt worden ist, der in den bisherigen Fraktionskämpfen niemals hervorgetreten ist, deutet auf schärfste Konflikte in den obersten Regionen der Parteileitung, auf verschärfte Widerstände gegen das Regime Stalin-Jeshow, das geradezu den Eindruck macht, dass es sich in einem Stadium des Amoklaufens befindet. Die Krise des bürokratischen Regimes hat solches Tempo und Intensität angenommen, dass sie einer baldigen Lösung zuzusteuern scheint.

Es wurde ferner gemeldet, und zwar ohne dementiert zu werden, die Verhaftung der früheren Mitglieder des ZK der KPD, Heinz Neumann, Hermann Rommelo, sowie etwa 20 weiteren KPD-Mitgliedern und die bevorstehende "Reinigung" des Kominternapparates.

Der KI-Apparat bedarf sicher der "Reinigung", aber die dabei eingeschlagenen Methoden haben mit einer wirklichen Reinigung nichts zu tun. Diese hätte zur Voraussetzung den radikalen Bruch mit dem bürokratischen Regime, freie Bahn für die Kritik auf der Grundlage der innerparteilichen Demokratie und der Rückkehr zu den Grundsätzen des Kommunismus und die totale Er-



neuerung der leitenden Kader der Komintern und ihrer Sektionen von unten her. Die jetzt in Gang befindliche "Reinigung" ist gerade umgekehrt ein Anzeichen dafür, dass das bürokratische Regime in der Kommunistischen Internationale auf die äusserste Spitze getrieben wird.

-o-o-o-o-o-o-o-

DISHARMONIEN IN DER VOLKSFREONT.  
oooooooooooooooooooooooooooooooooooo

Während Léon Blum zur Jahresfeier seiner Regierung im Lunapark in Paris eine Rede hielt, in der er die Erfolge seiner Regierung als eine Art friedlicher sozialer Revolution pries und auf den wirtschaftlichen Aufschwung hinwies, malte Daladier, der Kriegsminister und Vorsitzende der radikalsozialistischen Partei, in einer Rede in Saint-Gadans die Lage Frankreichs grau in grau, um die jetzt jeden Sonntag übliche Moralpauke an die Arbeiterklasse zu halten.

Gleichzeitig hielt Jouhaux, der Vorsitzende der CGT, in Clermont-Ferrand eine Rede in dem für ihn charakteristischen "Einerseits-Anderserseits"-Stil. Einerseits unbedingte Treue zur Blum-Regierung, andererseits für "grundsätzliche Reformen". Eine von Jouhaux gebrauchte Wendung, dass die CGT einen parlamentarischen Sturz der Blum-Regierung nicht anerkennen würde, wurde von ihm nachträglich zurückgezogen.

Die Finanz hat in einer der grössten Geschäftsbanken, der Banque de France et des Pays-Bas, den mit der Volksfront sympathisierenden Finanzier Finally durch den Erzreaktionär Moreaux in der Leitung ersetzt, denselben, der seinerseits die Attacke der Finanz gegen die Kartellregierung Herriot führte und sie stürzte. Der Vorgang zeigt, dass die Finanz sich zu verstärkten Vorstössen gegen die Volksfrontregierung und für die Organisation des Faschismus rüstet.

Für die faschistischen Kräfte ihrerseits ist bezeichnend, eine Rede, die kürzlich der Oberst de la Roque hielt, worin er erklärte, dass für einen ernstlichen Kampf gegen den Kommunismus die Anerkennung der sozialen Errungenschaften der Arbeiterklasse und ihre Übertragung auf die Bauern u. die Mittelschichten notwendig sei. Der Faschismus bezieht damit die Linie der verstärkten sozialen Demagogie, die unter den gegebenen Umständen nicht ohne Wirkung bleiben wird.

--o-o-o-o-o-o-o--

DIE VERLÄNGERUNG DER KOLLEKTIVVERTRÄGE.  
oooooooooooooooooooooooooooooooooooo

Das Gesetz über die Verlängerung der Kollektivverträge bis zum 31.12.37. ist in der Kammer mit grosser Mehrheit angenommen worden. Damit ist die Kündigung der Kollektivverträge vor Ablauf der im Gesetz genannten Frist ungesetzlich und ungültig. Das Gesetz über das obligatorische Schlichtungs- und Schiedsgerichtsverfahren ist gleichfalls bis zu dem erwähnten Termin hinaus verlängert. Die Frage des Lohnausgleichs für die in der Zeit eintretende Teuerung ist auf die Schlichtungsinstanzen abgeschoben worden.

Die von der CGT geforderten Garantien sind im Gesetz über die Verlängerung der Kollektivverträge unberücksichtigt geblieben.

Die KPF forderte und beantragte unter Hinweis auf die Forderungen der CGT die Einführung eines öffentlichen Einstellungsdienstes, zog aber diesen Antrag wieder zurück.

Der sozialistische Abgeordnete Philip führte zur Begründung der Vorlage aus, dass die gegenwärtige wirtschaftliche Lage eine Produktionssteigerung und dementsprechend die Ausschaltung der sozialen Konflikte erfordere.

Die Kammer schloss sich mit einer übergrossen Mehrheit (420 dafür, 141 dagegen) der Vorlage an.

Die Vorlage nimmt den Arbeitern die Möglichkeit die Kollektivverträge vor

der im Gesetz genannten Frist zu kündigen und sie ihren Forderungen anzupassen. Das Gesetz gibt den Arbeitern nicht einmal eine Garantie für die wirkliche Anpassung der Löhne an die Teuerung. Die bisher gemachten Erfahrungen mit dem obligatorischen Schlichtungsverfahren haben zur Genüge gezeigt, dass mit diesem Mittel keine Anpassung der Löhne an die gestiegenen Lebenshaltungskosten zu erreichen ist. Die CGT, die ohne Zeitlang den Gedanken der gleitenden Lohnskala verfocht, hat auch jetzt wieder auf deren Anwendung und Festlegung im Gesetz verzichtet.

Aus dieser Haltung der Regierung gegenüber den Forderungen der CGT hätte sich der zwingende Schluss ergeben müssen, dass die CGT mit ihren 5 Millionen Mitgliedern, gegen deren Willen heute keine Regierung zu regieren vermag, die Gestaltung der Löhne nicht dem Willen der staatlichen Bürokratie unterworfen darf.

-o-o-o-o-o-o-o-o-

DIE INNERPOLITISCHE ENTWICKLUNG IM ANTIFASCHISTISCHEN  
 ooo  
 SPANIEN.  
 ooooooooooooo

In Spanien schreitet die bürgerlich-demokratische Kontrerevolution fort. Die Kontrollpatrouillen Barcelonas sind jetzt aufgelöst worden. Die Plenarsitzung der zentralen Leitung der UGT hat sich mit 24 gegen 14 Stimmen für die Regierung Negrin erklärt, worauf Caballero, der bisherige Vorsitzende der UGT und seine politischen Freunde zurücktraten. Dies ist ein Fortschritt der rechten Sozialdemokraten in der Leitung der UGT. Die Leitung der CNT ihrerseits hat ein politisches Programm entwickelt, das auf das Angebot der Unterstützung der Regierung Negrin unter einigen nicht sehr wichtigen Vorbehalten hinausläuft und nur die Verteilung der Regierungsposten zu gleichen Teilen an SP, KP, an CNT-FAI und an die bürgerlichen Republikaner verlangt. Auch das ist ein Schritt weiter nach rechts. Hin, Gorkin und Andrade von der POUM-Exekutive sind verhaftet und unter Anklage gestellt worden.

Andererseits aber weisen eine Reihe von Tatsachen darauf hin, dass der weiteren Rechtsschwenkung dieser Leitungen eine, wenn auch noch unklare Radikalisierung der Massen entspricht.

So haben die sozialdemokratischen Organisationen von Valencia und Madrid sich scharf gegen die Rechte ausgesprochen und haben die Verbindungskomitees (Comites de enlace) zwischen KP und SP aufgehoben. Valencia und Madrid sind aber gegenwärtig die ausschlaggebenden Organisationen der Sozialistischen Partei. In der Vereinigten Sozialistischen Jugend wenden sich die Organisationen von Valencia, Asturien und einigen anderen Gebieten gegen die zentrale Leitung, die heute ausschließlich kommunistisch ist. Die libertäre Jugend Kataloniens, die tatsächlich an der Spitze des Kampfes der Maitage in Barcelona stand, hat zwar offenbar unter dem Druck der Leitungen der CNT-FAI die revolutionäre Jugendfront aufgehoben, hält aber trotzdem die Verbindung mit der POUM-Jugend weiter aufrecht und spricht sich jetzt für einen "Block der revolutionären Jugend" aus.

-o-o-o-o-o-o-o-o-

WERTVOLLE EINGESTÄNDNISSE.  
 ooooooooooooooooooooooooooooooooooooo

Der "Republikaner", das Organ der SFIO für Haut-Rhin schreibt im Zusammenhang mit dem Fall Almeria und dem Austritt Deutschlands aus dem "Nicht-interventionskomitee" in seiner Nr. vom 4. Juni folgendes:

"Man befürchtet in Paris u. London, dass Braun- u. Schwarzhemden mit ihrem Rückzug aus dem "Nichteinmischungsausschuss" sich die volle Freiheit in bezug auf die Versorgung der spanischen Faschisten mit Menschen- und Kriegsmaterial wieder zurücknehmen. Sie wissen ja auch ganz genau, dass wenn in den nächsten Tagen wieder zehntausende faschistischer Soldaten aus Italien und Tausende von Tonnen Kriegsmaterial in Malaga, Sevilla und Cadix



an Land gebracht werden, die also ungehindert der französischen und englischen "Kontrolle" unterliegen. Ebenso genau wissen sie, dass Frankreich und England nicht etwa daraus die Konsequenzen ziehen und die spanische Regierung mit dem notwendigen Kriegsmaterial versorgt werden. So tritt klar zutage, der "Zwischenfall" mit dem deutschen Panzerkreuzer "Deutschland" lieferte den Vorwand zum schändlichen Verbrechen von Almeria und zum Rückzug der Faschistenstaaten aus dem Londoner Komitee, zur erneuten Belieferung Francos mit deutschen und italienischen Kriegsmaterial, während Frankreich und England im Komitee verbleiben und sich weiter an die "Nichteinmischung" halten werden. So bleibt nur eine Hoffnung: Russland. Ein paar hundert russische Jagdflieger, Flieger- und Tankabwehrkanonen, die sich glänzend bewährt haben, können den Ausgleich schaffen, vielleicht verhindern, dass die faschistische Intervention ins Uferlose gesteigert werde." (Was planen die Faschisten?, "Republikaner" v. 4. Juni 1937.)

Diese Blossstellung der heuchlerisch "Nichteinmischungspolitik" genannten Spanienpolitik der Regierung Léon Blums aus sozialdemokratischen Munde verdient festgehalten zu werden. Die Ausführungen des "Republikaners" bestätigen nunmehr auch von sozialistischer Seite, dass die Blumsche Nichteinmischungspolitik ein erbärmlicher Betrug, ein Verrat an den spanischen Arbeitern und Antifaschisten und eine Tolerierung der Einmischung der faschistischen Staaten zugunsten der Rebellen ist, Blockierung der spanischen Antifaschisten, Duldung und Ermöglichung des Interventionskrieges der faschistischen Staaten gegen das antifaschistische Spanien, das wird uns selbst vom "Republikaner" als die Politik der französischen Regierung dargestellt. Gedenkt der "Republikaner" daraus irgendwelche Konsequenzen zu ziehen? Wir glauben es nicht und wir sehen bereits die Vertreter der SFIO des Haut-Rhin auf dem kommenden Parteikongress in Marseille mit beiden Händen für den Resolutionsentwurf der Parteinmehrheit stimmen, in dem es u. a. heisst:

"Er stellt mit Genugtuung (der Kongress) fest, dass die <sup>sie</sup> französische Politik der Rettung der spanischen Republik nicht von der Rettung des Friedens getrennt hat."

Rettung des Friedens und Rettung der spanischen <sup>Republik, dass</sup> soll anscheinend auf dem Wege erfolgen, den der "Republikaner" durchaus treffend gekennzeichnet hat! "

-o-o-o-o-o-o-o-o-

#### HÜBERER BAUT AB.

Hübers "Neue Welt" wird nunmehr nur noch dreimal in der Woche erscheinen. Damit ist eine Entwicklung im Hüberschen Parteiufernehmen eingeleitet, die trotz der äusseren Erfolge, die Hüberer und Mourer an ihre Fahnen hoften konnten, zwangsläufig aus ihrer Politik folgen musste. Hüberer und Mourer, die des Bruchs mit den kommunistischen Grundsätzen schuldig, aus der IVKO ausgeschlossen wurden, haben geglaubt, auf dem Wege einer grundsatzlosen und allein von persönlichen Interessen inspirierten Politik ihre Positionen zu halten. Der äussere Schein täuschte auch eine Zeitlang Erfolge vor. Die Entwicklung, die die Hübererpartei seit der Junibewegung politisch und organisatorisch genommen hat, kostete zwar die Richtigkeit der von der IVKO seiner Zeit gegebenen Einschätzung. Hätte Hüberer seiner Zeit die Kraft zum Bruch mit den Autonomen und den Klerikalen aufgebracht, sich des notorischen Renegaten Mourer und des bösen Geistes Rasputin-Götz entledigt und die von der IVKO vorgeschlagene Politik kraftvoll durchgeführt, dann hätte die ehemalige KPO eine entgegengesetzte und aufwärtsstrebende Entwicklung durchgemacht. Bei anhaltender und nachhaltiger Vertretung einer Einheitsfrontpolitik gegenüber SFIO und KPF wäre es wahrscheinlich auch möglich gewesen in Strasbourg zu erhalten und gleichzeitig wäre heute Strasbourg auch eine wirklich kommunistische Position, auch im Kampfe gegen den Volksfrontreformulanten, der heute wie ein schleimendes Gift die Arbeiterbewegung, dem revolutionären Klassenkampf und den kommunistischen Grundsätzen entfremdet. Es ist an die Arbeitermitglieder der Hübererpartei mit Hüberer zu brechen und zu den kommunistischen Grundsätzen zurückzukehren, die heute nur von der IVKO vertreten werden.

ELSASS-FRONT UND "FREIHEITS"-FRONT.

Der "Elsässer Kurier" nimmt in seiner Nummer v. 5. Juni zur Frage des Verhältnisses der UPR zu der von Doriot aus der Taufe gehobenen "Freiheits"-Front Stellung. Veranlassung dazu ist, dass die Section der UPR des Ober- und Unterelsass von einer anderen Partei, die bereits der Freiheitsfront angehört, zum Beitritt zur Dorioticschen "Freiheits"-Front aufgefordert worden ist.

Der "Els. Kurier" formuliert gegenüber der Dorioticschen Front drei Reserven. Die erste bezieht sich auf die aussenpolitische Linie der "Freiheits"-Front. Unter Hinweis auf die Forderung Henry de Kerillis, der verlangt, dass die Aussenpolitik der "Freiheits"-Front auf der Basis aufzubauen sei, dass Deutschland der Feind Nr. 1. Frankreichs sei, betont der "Els. Kurier", dass für die UPR eine solche Formulierung unannehmbar sei. Die UPR müsse im Interesse Elsass-Lothringens für die Verständigung mit dem III. Reich eintreten. Die zweite Reserve bezieht sich auf die soziale Einstellung der "Freiheits"-Front. Rossé verweist darauf, dass sich in Innerfrankreich der Dorioticschen Front Elemente angeschlossen haben, deren sozialreaktionäre Einstellung bekannt sei. Rossé befürchtet offenbar, dass diese Elemente die "Freiheits"-Front in den Augen der breiten Massen vorbelasten. Er wünscht, in seiner sozialen Demagogie durch diese Elemente nicht gehemmt und gezügelt zu werden. Dieser Vorbehalt hat allerdings die oberelsässische UPR nicht gehindert sich bei allen passenden Gelegenheiten mit den Vertretern der Fabrikantenpartei (Wallach) und den ausgeprägtesten Vertretern der sozialen Reaktion gegen die Arbeiterorganisationen zu verbinden und hindert sie auch heute nicht mit den Leuten um de Wendel in Einheitsfront zur Verteidigung der sogenannten Heimatrechte zu machen. Die dritte Reserve bezieht sich auf die Verteidigung der sogenannten elsässischen Belange, zu deren Verteidigung sich Rossé nicht auf die "Freiheits"-Front verlassen möchte.

Aus diesen Darlegungen zieht der "Elsässer Kurier" den Schluss, dass es die Aufgabe der UPR sein muss, zuerst die "Elsass-Front" unter der Führung der UPR als stärkster bürgerlicher Partei herzustellen. Der "Els. Kurier" fordert die Führung der UPR auf, diese Front unverzüglich zuschaffen und wenn notwendig ihre Bildung auch ohne jene Kräfte ins Werk zu setzen, die zwar ihrer Grundeinstellung nach dieser Front angehören sollten, die sich aber bisher gegen ihre Verwirklichung gewandt haben, weil sie befürchten, dass diese Front zugleich eine autonomistische Front werden würde. Die "Elsass-Front" hätte nach Rossé zuerst die elsässischen Belange zu verteidigen. In zweiter Linie könnte sie für ein genau festgesetztes Ziel - angebliche Verteidigung der demokratischen Rechte gegenüber der Volksfront - auch mit der "Freiheits-Front" zusammenarbeiten.

Obzwar selbst in den Reihen der UPR in diesen Fragen keine Einheitlichkeit besteht, denn der Flügel um M. Walter will keine einseitige Koalition mit den Landesparteilern der "ELZ" eingehen und die "Elsass-Front" nur von Fall zu Fall und für begrenzte Ziele unter Einbeziehung aller bürgerlichen Kräfte der Mitte und der Rechten verwirklichen, muss die Arbeiterschaft diesen Vorgängen im bürgerlichen Parteienlager ihre ganze Aufmerksamkeit widmen. Alle diese Zusammenschlüsse haben das Ziel, unter dem Motto der Verteidigung der demokratischen Rechte dem Faschismus zu verteidigen, von diesem Boden auf die Radikalen unter Druck zu setzen und so mit deren Hilfe die Volksfront noch wirksamer als bisher von wirklich entscheidenden Massnahmen gegen Faschismus und Grosskapital abzuhalten. Danach hoffen sie die wachsende Unzufriedenheit, die das Resultat der Bündnispolitik der Arbeiterorganisationen mit der radikalen Kapitalistenpartei sein wird, gegen die Volksfront und gegen die Arbeiterorganisationen zu kehren.

Die Folgerungen, die sich daraus für die Arbeiter ergeben, liegen auf der Hand. Sie dürfen sich bei ihrem Kampfe nicht davon leiten lassen, dass unter allen Umständen die Volksfront mit den Radikalen und die Regierung bloß in der Form einer Volksfrontregierung mit den Radikalen erhalten bleibt, sondern sie müssen ihren Kampf mit dem Ziele der Vernichtung des Faschismus und der Niederwerfung des Monopolkapitals führen. Dieses Ziel aber ist nur durch die Aktion der Arbeiterklasse und ohne die Führung der radikalen Partei zu erreichen.

Verantwortlich: EMILE HIRTZEL.





ein eifriger Anhänger Blums ist. Piot schreibt in der "Oeuvre" vom 16. Juni:

"Seine (des Kabinetts Blum) Rolle scheint ein wenig dieselbe zu sein, die in Deutschland die des Kabinetts Brüning war... Erkennen wir zunächst an, dass Herr Blum... sich auf Präzedenzfälle berufen kann, die nicht sehr lange zurückliegen (gemeint sind Doumergue und Laval). Erkennen wir auch an, dass es in schwierigen Augenblicken - und Frankreich ist sich vielleicht nicht genügend der Schwierigkeit des Augenblicks, in dem es sich befindet, bewusst - notwendig sein kann, zwecks Vermeidung der Tyrannei zu einer Art zeitweiliger und legaler - "verfassungsmässiger" - Diktatur zu greifen, so wie sie das alte republikanische Rom kannte."

Seien wir Herrn Piot dankbar, dass er so zur Klarstellung der Rolle der Blumregierung beigetragen hat. Was die von ihm befürwortete Methode anbelangt, die faschistische Tyrannei durch einen Abbau der bürgerlichen Demokratie, durch die Gewährung von diktatorischen Vollmachten für die Regierung des bürgerlichen Staates zu "vermeiden", so zeigt insbesondere das von Piot erwähnte Beispiel Brünings, dass diese Methode die wirksamste Vorarbeit für die faschistische Diktatur ist.

Die Regierung behauptet, zu ihren Massnahmen durch die Treibereien grosskapitalistischer Kreise, durch die von diesen organisierte Kapitalflucht, durch ihre Spekulation gegen den Franc gezwungen worden zu sein. Diese Begründung hinkt an beiden Beinen. Blum u. Vincent-Auriol haben durch ihre bisherige Politik die Treibereien des Grosskapitals, über die sie jetzt klagen, nicht nur nicht gehindert, sondern direkt begünstigt. Was war die ganze Finanzpolitik der Volksfrontregierung, was waren insbesondere ihre anlässlich der Auflegung der Rüstungsanleihe gefassten Beschlüsse anderes als eine Ankündigung an die Adresse der Grosskapitalisten, dass man ihre Spekulationsgeschäfte auf keinen Fall stören werde? Die Massnahmen, die die Regierung jetzt ankündigt, zeichnen sich durch ihren unsozialen Charakter aus. Die Erhöhung der Tabakpreise, der Eisenbahn- und der Posttarife bedeutet eine Steigerung der Lebenshaltungskosten der werktätigen Massen, der Arbeiter, Kleinbürger u. Bauern. Insbesondere wird die Erhöhung der Eisenbahnfrachtsätze sowie der Stempelgebühren automatisch die Preise aller Waren erhöhen und damit der allgemeinen Teuerungswelle einen neuen Anstoss geben. Nachdem die Regierung die geltenden Kollektivverträge, die ohnehin nicht mehr mit den Lebenshaltungskosten übereinstimmen, um 6 Monate verlängern liess, führt sie jetzt eine neue Kürzung der Reallohne durch. Ferner kündigt die Regierung an, dass die Zuschüsse des Staates für die Departements und die Municipalitäten abgebaut werden sollen. Die Folge davon wird eine Einschränkung der sozialpolitischen Ausgaben der Selbstverwaltungskörperschaften, sowie ihrer Bautätigkeit, die der Arbeitsbeschaffung diene, sein. So wie das übrigens auch Brüning in Deutschland tat, hat die Regierung Blum ihr unsoziales Programm durch einige Massnahmen garniert, die den Eindruck erwecken sollen, als täte sie etwas zur Erfassung der kapitalistischen Gewinne und zur Bändigung der kapitalistischen Spekulation. Aber es ist so ziemlich sicher, dass die Ankündigung eines Kampfes gegen die Steuerflucht keine grössere praktische Wirkung haben wird als frühere offizielle Erklärungen derselben Art. Was die Spekulation gegen den Franc anbelangt, so ist es klar, dass die von der Regierung in Aussicht genommene Beaufsichtigung der Banken durch ein paar -selbstverständlich reaktionäre und vom Geiste der "200 Familien" erfüllte - Beamte hier nicht viel ausrichten wird. Die Regierung erklärt, dass sie die Freiheit des internationalen Kapitalverkehrs nicht beeinträchtigen wolle, was bedeutet, dass sie nichts Ernsthaftes gegen die Kapitalflucht und Spekulation tun will. Bei all dem werden die jetzigen Massnahmen der Regierung die Notlage der Staatskasse nur zeitweilig beheben. Die Regierung braucht noch verschiedene Milliarden zur Deckung des ausserordentlichen Etats in diesem Jahre und im nächsten Jahre wird ein Defizit von etwa 40 Milliarden aufzubringen sein. Wir haben also in nicht allzulanger Zeit zu erwarten, dass das Grosskapital, durch seinen jetzigen Erfolg ermutigt, die andauernde Finanzklamme der Regierung benutzt, um einen neuen Angriff gegen die Werktätigen und ihre Rechte vom Stapel zu lassen.

(Fortsetzung Seite 5.)



Aussenpolitische Notizen:

IMPERIALISTISCHE OFFENSIVE DER FASCHISTEN.  
 ooo

Die fiebrhafte diplomatische Aktivität, die die faschistischen Staaten Deutschland u. Italien seit einiger Zeit entfalten, hat ihnen bereits Erfolge eingetragen. Das Viermächteabkommen in der Frage der sogen. Sicherheitsgarantien für die Flotten der imperialistischen Mächte, die die Kontrolle an den spanischen Küsten ausüben, stellt eine feindselige Handlung gegen das antifaschistische Spanien dar. Die französische und englische Regierung sind den Forderungen Hitlers und Mussolinis weitgehend entgegengekommen. Das neue Abkommen sieht vor, dass im Falle eines "Angriffs" auf die an der internationalen Kontrolle teilnehmenden Kriegsschiffe eine Beratung der vier in Frage kommenden Regierungen über etwaige Repressalien stattfinden soll. Die französische und die englische Regierung haben den faschistischen Mächten somit das Recht auf Repressalien, d.h. auf solche verbrecherischen Handlungen wie die Beschießung von Almeria, grundsätzlich anerkannt. Das offizielle Deutsche Nachrichtenbüro behauptet in seiner Wiedergabe des Inhalts des neuen Abkommens ferner:

"Für den Fall jedoch, dass in einer den Umständen entsprechenden Frist kein Übereinkommen zustandekommen sollte, hat man sich darauf geeinigt anzuerkennen, dass dann für jede der vier Mächte eine neue Lage geschaffen sei und dass sich jede der Mächte ihr Verhalten angesichts dieser neuen Lage vorbehalten müsse."

Ferner teilt der "Temps"-Korrespondent aus Berlin ("Temps" v. 16. Juni) mit, dass in den Nazikreisen hervorgehoben werde, "dass im Falle eines Scheiterns der Konsultation" der vier Mächte "jeder Staat das Recht habe, Repressalien vorzunehmen."

Das jetzt über die Flottenkontrolle abgeschlossene Abkommen läuft also darauf hinaus, dass die Nazis erklären, sei seien bereit, sich bei neuen Gewaltakten à la Almeria von der englischen und der französischen Flotte unterstützen zu lassen, dass sie aber entschlossen sind, solche Gewaltakte nach Belieben auf eigene Faust zu wiederholen, falls England und Frankreich nicht mitmachen.

Die Verhandlungen über das neue Abkommen fanden unter Ausschluss der Sowjetunion statt. Sie sind der Beginn des Schachers um Spanien, der zwischen den vier imperialistischen Mächten England, Frankreich, Deutschland und Italien eingeleitet hat. Die Nazis und Mussolini rechnen damit, dass die von ihnen erwartete Einnahme von Bilbao durch die Francotruppen die Neigung Englands, in der spanischen Frage bald zum Abschluss eines gemeinsamen Geschäfts zu kommen, verstärken wird. Es ist bekannt, dass das englische Kapital grosse Anlagen im Gebiet von Bilbao hat. Einmal im Besitze dieses Pfandes wollen Hitler und Mussolini versuchen, von der englischen Regierung einen möglichst hohen Kaufpreis zu ihren und Francos Gunsten herauszuschlagen.

Der spanische Kuhhandel ist auch der eigentliche Zweck der Reise des deutschen Ausserministers von Neurath nach London und des Besuchs des Generalstabschefs der Deutschen Armee Beck in Paris. Die letztere Tatsache zeigt nicht nur, dass die Volksfrontregierung Blum mit dem englischen Imperialismus in der spanischen Frage an einem Strick zieht, sie ist auch noch aus einem anderen Grunde bemerkenswert. Der reaktionäre "Paris-Midi" (v. 16. Juni) schreibt über die Reise Beck's:

"Die Pariser Reise Beck's verdient ebenfalls Aufmerksamkeit. Vergessen wir nicht, dass die nationalsozialistische Führung die Fühlungnahme zwischen Generalstäben liebt und dass es das erste Mal seit dem Kriege ist, dass eine französische Regierung darin einwilligt, einen Vertreter der deutschen Armee zu empfangen."

Eines der scheinbar schlagkräftigsten Argumente, die die Führung der KPF

zugunsten ihrer Unterstützung der Volksfrontregierung vorbrachte, war das, dass die Regierung Blum -Arm-~~in~~ Arm mit der SU - eine energische Aussenpolitik gegenüber dem deutschen Faschismus einschlagen würde. In Wirklichkeit hat die Volksfrontregierung von Anfang an eine schwächliche Haltung gegenüber der Nazidiktatur bezogen und die Zusammenarbeit mit der SU sabotiert; jetzt kann sie gar den Ruhm für sich in Anspruch nehmen, den Generalstabschef des deutschen Imperialismus nach Paris eingeladen zu haben.

Das Opfer der Verhandlungen Neuraths und Becks in London und Paris ist nicht nur das antifaschistische Spanien, diese Verhandlungen sind auch gegen die SU gerichtet. Die Nazis lassen offen durchblicken, dass sie sich durch "Konzessionen" in Spanien, d.h. durch die Zustimmung zu einem faulen Kompromiss zwischen Franco und der Valenciaregierung die freie Hand im Osten Europas erkaufen möchten. Man weiss, wie sich die Hitlerregierung einen neuen Locarnopakt vorstellt; er soll den Pakt zwischen Frankreich u. der Sowjetunion praktisch aufheben. Bisher haben England und Frankreich diese Forderungen der Nazis abgelehnt. Die Reisen Neuraths und Becks lassen darauf schliessen, dass die Nazis annehmen, jetzt in London und Paris bereitwilliger Gehör für ihre Antisowjetpläne zu finden.

Wir müssen leider sagen, dass das gefährliche Treiben der deutschen und italienischen Faschisten durch die jüngsten Ereignisse in der SU begünstigt wird. Die Erschiessung Tuchatschewskis und anderer führender Kommandeure der Roten Armee hat in der öffentlichen Meinung Englands und Frankreichs Bestürzung und Zweifel an der Stabilität des Sowjetregimes und an der Leistungsfähigkeit der Roten Armee hervorgerufen.

Angesichts der Gefahren, die der heldenmütigen spanischen Arbeiterklasse, der SU und dem Weltfrieden infolge der Begünstigung der blutigen Raubpläne der faschistischen Staaten durch die bürgerlich-demokratischen Staaten drohen, ist eine erhöhte Wachsamkeit und Aktivität der werktätigen Massen notwendiger denn je.

-o-o-o-o-o-o-

GEGEN DIE VERSCHÄCHERUNG DER SPANISCHEN ARBEITER:  
oo

Der "Temps", dessen aussenpolitische Artikel bekanntlich vom Quai d'Orsay inspiriert worden, schreibt in seiner Nummer vom 16. Juni:

"Die Antworten, die die Regierungen von Valencia und Salamanca auf die Note geben werden, die an sie in Sachen der neuen Garantien der Flottenkontrolle gerichtet worden ist, werden es zweifellos erlauben, sich in einem gewissen Masse Rechenschaft darüber abzulegen, inwiefern sie geneigt sind, die Politik der Nichtintervention und darauf einen Versuch zum Zwecke der Benähigung des Bürgerkriegs zu erleichtern."

Das heisst aus dem Diplomatischen in die Sprache einfacher Menschen übersetzt, dass die imperialistischen Mächte jetzt mit Hochdruck auf ein faules Kompromiss zwischen Franco und der Valenciaregierung hinarbeiten. Wie Geneviève Tabouis in der "Oeuvre" mitteilt, unterstützt die Regierung Negrin, die ihre Existenz bekanntlich der KP Spaniens und der Kommunistischen Internationale verdankt, diese Aktion zur Verschächterung der spanischen Arbeiter. Nach den Angaben von G. Tabouis hat jetzt in Valencia unter dem Vorsitz von Azana eine Konferenz der Botschafter der Valenciaregierung stattgefunden. G. Tabouis erwartet, dass das "Spanien von morgen" auf alle Fälle militaristisch sein werde und sie behauptet, dass die Generale der beiden Parteien eine Annäherung an einander suchen.

Die internationale Arbeiterklasse muss den schärfsten Protest gegen diese Versuche erheben, die darauf gerichtet sind, unter dem Protektorat des Weltimperialismus die proletarische Revolution in Spanien durch ein Schachergeschäft zwischen den bürgerlichen Republikanern und den Faschisten Spaniens abzuwürgen. Die revolutionäre Arbeiterschaft aller Länder muss, wenn sie die imperialistischen Machenschaften vereiteln will, der POUM, der Vorkämpferin der proletarischen Revolution in Spanien, solidarisch zur Seite stehen.



Fortsetzung von Seite 2:

VON DER "PAUSE" ZUM ERMÄCHTIGUNGSGESETZ.

oo

Am unwahrhaftigsten von allen Behauptungen, die uns jetzt die Regierung vorsetzt, ist ihre Erklärung, dass sie ein Ermächtigungsgesetz brauche, weil die parlamentarische Prozedur zu langsam sei. Im Juni 1936 haben die Arbeiter der Regierung Blum gezeigt, wie es möglich ist, die parlamentarische Maschine in beschleunigtem Tempo arbeiten zu lassen. Wenn heute die grossen Arbeiterorganisationen die Massen zu ausserparlamentarischen Aktionen mobilisierten, wenn Kammer und Senat wie im Sommer vorigen Jahres unter dem Druck der proletarischen Aktion stünden, dann würden sie sehr schnell arbeiten. Aber eine solche Aktion der Massen könnte natürlich nicht im Namen eines die Werktätigen belastenden unsozialen Programms, sondern nur zum Zwecke einer wirklichen Heranziehung der kapitalistischen Vermögen und Gewinne, einer wirksamen Unterbindung der kapitalistischen Spekulation stattfinden. Wenn die Regierung Blum jetzt dazu übergeht, eines der grundlegenden Prinzipien der bürgerlichen Demokratie, das Steuerbewilligungsrecht des Parlaments zugunsten "autoritärer" Praktiken, die aus dem Arsenal des Faschismus stammen, zu durchlöchern, dann deswegen, weil sie nicht das Kapital, sondern die Massen belasten will und weil die Regierungsparteien sich möglichst vor der Verantwortung für die einzelnen Massnahmen drücken wollen, die die Regierung jetzt plant.

Ein Kapitel für sich ist die Haltung, die die Führung der KPF eingenommen hat. Das Zentralkomitee der KPF fasste zunächst eine Resolution, die eine neue Massenbelastung ablehnte und die Durchführung der im Volksfrontprogramm vorgesehenen steuerlichen Massnahmen forderte. Dass diese Resolution aber keine Kampfansage an die Regierung Blum u. deren Finanzpolitik war, ging aus ihrem Schlussspassus hervor, in dem die KPF sich zum Eintritt in die Regierung bereit erklärte. Die Resolution erweckte von vornherein den Eindruck, als ob die KPF mit sich reden liesse, wenn man ihr einige Ministerportefeuilles gäbe. In der Tat waren und sind Deklamationen der KPF über die Belastung der Reichen im Grunde genommen leeres Gerede. Wer ernsthaft eine Belastung der Reichen will, der muss sich darüber im Klaren sein, dass dies nicht mit Hilfe der Volksfront geschehen kann, denn die Radikalen sind erbitterte Feinde jeder ernsthaften Massnahme gegen das Kapital, und dass dazu eine mächtige ausserparlamentarische Aktion der Massen gehört, die von dem Willen getragen wird, vor keinen revolutionären Konsequenzen im Kampfe gegen die Machenschaften des Grosskapitals zurückzusehen. So war es kein Wunder, dass die KPF in der Kammerdebatte schliesslich unzufrieden und trotz ihrer anfänglichen Ablehnung des Ermächtigungsgesetzes zu guter Letzt dafür stimmte, auch ohne die von ihr beanspruchten Ministerportefeuilles erhalten zu haben. Die bürgerliche Presse behauptet, die KPF habe als Preis für ihre Haltung bei der Abstimmung von der Regierung Zusicherungen in bezug auf die Aussenpolitik verlangt. Wir wissen nicht, ob das stimmt. Aber die Sache klingt nicht so unglaubwürdig. Es ist dabei ganz klar, dass die KPF-Führung nicht nur die Arbeiter, sondern sich selbst betrübt, wenn sie glaubt, dem antifaschistischen Spanien und der SU dadurch helfen zu können, dass sie die Interessen der französischen Arbeiter verrät, denn die Versprechungen in bezug auf die Aussenpolitik Frankreichs, die sie im Austausch gegen eine Unterstützung des Raubzugs gegen die werktätigen Massen erhält, sind keinen Pfifferling wert. Blum würde solche Versprechungen ebenso wenig halten, wie er die Versprechungen hält, die er seiner eigenen Parteimitgliedschaft gemacht hat.

Das, was die Volksfrontregierung jetzt tut, ist direkte Vorarbeit für den Faschismus. Die fasch. Demagogen haben jetzt gute Zeiten, sie können sich bei den von der Volksfrontregierung betrogenen kleinbürgerlichen Massen als Vorkämpfer der demokratischen Rechte, als Gegner neuer die Massen belastender Steuern usw. aufspielen.

Es ist notwendig, dass die Arbeiter überall in den Betrieben, in allen Arbeiterorganisationen, insbesondere auch in den Gewerkschaften den Protest u. den Kampf gegen die jetzt von der Regierung Blum angekündigte Belastung der Werktätigen fordern u. organisieren. Keine Belastung der Werktätigen! Wirkliche Belastung der Reichen! Kontrolle der Grossbanken durch Organe der Arbeiter u. Angestellten unter Heranziehung von Vertretern der Kleinsparer! Offenlegung der Steuerlisten. Kontrolle der Steuerzahlungen der Firmen! Kampf für eine der Teuerung entsprechende Lohnerhöhung!







zeitig soll in dem Zirkular bekannt gegeben werden, dass die Herren Schall u. Hauss keinerlei Änderungen oder Initiativen im Namen der Landespartei zu geben hätten.

Welcher Disziplinlosigkeit u. Eigenmächtigkeit die Herren beschuldigt worden, geht aus den Mitteilungen von "La République" nicht hervor. Erwähnenswert ist lediglich, dass die Herren Schall und Hauss auf dem Wege über die "ELZ" die Mitglieder der Strassburger Ortsgruppe der Landespartei zu einer dringenden Aussprache über die politische Lage zusammenberufen. Diese Zusammenkunft fand am 8. und 11. Juni statt, was darauf schliessen lässt, dass in ihr nicht nur die politische Lage, sondern auch die internen Auseinandersetzungen recht ausführlich behandelt worden sei müssen. Die "ELZ" gibt über diese Versammlungen keinen Bericht. Sie sagt kein Wort über die Besucherzahl, kein Wort über die Referenten und kein Wort über die dort gepflegte Aussprache. Sie beschränkt sich lediglich auf die Wiedergabe einer dort angenommenen Resolution, die der Öffentlichkeit als der Willensausdruck der Strassburger Ortsgruppe der Landespartei serviert wird, ohne allerdings das Stimmenverhältnis anzugeben, mit dem diese Resolution akzeptiert wurde.

"La République" weiss über die politischen Gründe der Krise, die mit den Massnahmen gegen Schall und Hauss einen Höhepunkt erreicht hat, sehr wenig zu sagen. Im Grunde aber läuft die gegenwärtige Auseinandersetzung im Schoosse der Landespartei darauf hinaus, wie die Krise des Autonomismus, dessen entschiedener Verfechter die Landespartei bisher war, im Sinne eines neuen Aufschwungs geklärt und wie der Landespartei eine neue Massenbasis gegeben werden kann. Die Krise des Autonomismus, die sich jetzt in der Führerkrise der Landespartei äussert, resultiert nicht erst seit heute. Sie äusserte sich im Bruch zwischen Dahlot und der "ELZ", im Abschwenken Heils nach dem Verlassen der bürgerlich-demokratischen Grundsätze durch die Führung der Landespartei, im Verlassen der Heimatfront durch die UPR, im Fall der von Hueber repräsentierten Gemeinderatsmehrheit. Und schliesslich und letzten Endes hat die sich entwickelnde Einheitsfront des Proletariats und die aus ihr resultierende Junibewegung die Arbeiterschaft stärker als bisher auf soziale und Klassenfragen orientiert und dem Autonomismus fast jede Stütze in den Reihen der Lohn- und Gehaltsempfänger genommen. Ein äusserer Ausdruck dafür ist die schleichende Krise im Lager der Hueberpartei, die Schritt für Schritt ihre Pheriphorie von Sympathisierenden verloren hat.

Aus dieser Lage ist die neue offene Krise der Landespartei entstanden, haben sich mehr und mehr zwei Richtungen in der Landespartei herauskristalliert. Die Schärfe erhielt die Krise dadurch, dass Dr. Roos sich offensichtlich für die von Richter geführte Richtung der Jungen entschied, die eine grobantisemitisch, antidemokratische und sozialdemagogisch-faschistische Note vertraten, aus der heraus sie auch eine Koalition mit den traditionellen bourgeoisen und französisch orientierten Parteien des Elsass in Form einer allumfassenden "Elsässerfront" ablehnten.

Schall und Hauss sind offensichtlich der Meinung, dass eine solche Linie der Landespartei noch stärker als bisher die Bündnisfähigkeit nimmt und sie in die Isolierung treibt. Sie wollen, und dies spricht auch die veröffentlichte Resolution aus, die Bildung einer "Elsässerfront" mit allen bürgerlichen Kräften, soweit sie der Volksfront ablehnend gegenüberstehen. Sie wollen im Rahmen dieser "Elsässerfront" - wie dies bereits ihre Haltung in der Frage des 9. Schuljahres zeigt - eine neue Basis suchen, indem sie sich als ihr extremster, antivolksfrontfeindlicher und antibolschewistischster Flügel betätigen. Zur Erreichung dieses Zielos sind sie bereit, alles Trennende zurückzustellen und sich praktisch - unter allen möglichen Wendungen und Phrasen - noch nachhaltiger den materiellen Bedürfnissen der Grossbourgeoisie anzupassen und sich ihr als wirksamere Hilfstuppe gegen die Arbeiterschaft anzutragen.

Der Gegensatz in der Landespartei reduziert sich also im wesentlichen darauf, mit welchen Mitteln und Methoden der Kampf gegen die dem Autonomismus und dem Hitlerismus feindlich gegenüberstehenden Arbeiterorganisationen zu führen ist, wie man deren Massenbasis zu erschüttern vermag. Vor ei-



ERSCHEINT WÖCHENTLICH.

BEZUGSPREIS: Monat Frs. 3.-  
Einzelnnummer: 0.50 Centimes

# ARBEITERPOLITIK

Organ der kommunistischen Partei Opposition Elsass (Section der IVKO.)

Nr. 26/IV. Jahrgang.

Vierte Juniwoche 1937.

VON BLUM ZU CHAUTEPS.  
oooooooooooooooooooooooooooo

Die Regierung Blum ist an der Klippe des Senats gescheitert. Die SFIO ergeht sich jetzt in entrüsteten Deklamationen über die Haltung des Senats u. in der Resolution ihres Nationalrats wird auf die Zweckmässigkeit der Abschaffung der sog. "hohen Versammlung" hingewiesen. Die KPF wiederum hat ihr "Bedauern" darüber ausgedrückt, dass die Regierung Blum infolge der Ablehnung ihrer Finanzvorschläge durch den Senat zurückgetreten sei.

In allen diesen entrüsteten u. bedauernden Betrachtungen wird eine Tatsache entweder gefiktionell verschwiegen oder allenfalls nicht in das Licht gerückt, in das sie gehört. Wenn der Senat ein Bollwerk der kapitalistischen Reaktion ist, so sind die Radikalsozialisten - also die bürgerlichen Volksfrontgenossen -, die die Besatzung dieser arbeiterfeindlichen Zitadelle bilden. Die Radikalsozialisten haben für sich allein die Mehrheit im Senat und der Vorstoss gegen die Regierung Blum wurde von den radikalsozialistischen Senatoren Gardey, Gailliaux u. Régnier geleitet. Diese radikalsozialistischen Grössen haben die Regierung Blum sicher nicht ohne das Vorwissen und das Einverständnis ihrer Partei gestürzt u. es ist ja ein öffentliches Geheimnis, dass Chauteps die Ministerliste seines Kabinetts - d. h. der neuen Volksfrontregierung mit radikaler Mehrheit u. radikaler Führungsbereitschaft in der Tasche hatte, bevor Blum gestürzt war. Wenn die Presse der KPF jetzt von einem Komplott der "200 Familien" spricht, das im Senat ins Werk gesetzt wurde, so muss füglich hinzugefügt werden, dass an diesem Komplott die radikalsozialistische Partei (u. zwar nicht nur ihre Senatsfraktion) mitgewirkt hat. Wer also den Senat wirklich bekämpfen will, der muss den Kampf gegen die radikalsozialistische Partei aufnehmen. Alle Deklamationen gegen den Senat, die mit einem Bekenntnis zur Volksfront mit den Radikalen verbunden werden, sind leeres Gerede.

Eine andere Frage, die sich bei der Lektüre der Klagen der SFIO und der KPF über das Verhalten des Senats aufdrängt ist die, weshalb der Senat es gewagt hat und wagen konnte, die Regierung Blum zu stürzen, die uns von den Propheten der Volksfront als eine starke Machtposition der Werktätigen ausgegeben wurde. Im Juni vorigen Jahres war der Senat sehr klein und hässlich, er stimmte ohne grossen Widerstand für die Sozialgesetze, denn den Herren Senatoren sass damals die Angst vor der proletarischen Massenbewegung tief in den Knochen. In dem Masse, wie die Regierung Blum u. die Führungen der an der Volksfront beteiligten Arbeiterorganisationen die ausserparlamentarische Bewegung der Massen abwürgten, in dem Masse wie die Regierung Blum vor den Forderungen des Grosskapitals kapituliert u. sie sich zu zugeben machte, in demselben Masse stieg auch der reaktionäre Eifer des Senats, dessen Vorstösse - wir wiederholen es - in der einen oder anderen Weise, von der radikalen Partei als solcher unterstützt wurden. Die Radikalen unterstützten die Ministerpräsidentschaft Blums, solange sie sich sagten, dass dies das einzige Mittel sei, um stürmische ausserparlamentarische Aktionen der proletarischen Massen zu verhindern. Aber die Blum, Jouhaux u. Thorez haben alles getan, um ihnen die Angst vor solchen Massenaktionen zu nehmen. Und als Blum vollends mit einem Finanzprogramm anrückte, dass eine neue Milliardenbelastung der Werktätigen nach der Notverordnungsmethode des eligen Doumergue und des unseligen Laval vorsah, hielten die Radikalen, die in diesem Falle als das Instrument der gesamten grosskapitalistischen Reaktion handelten, die Zeit für gekommen, um Blum den Gnaden-

stoss zu geben u. die wohl vorbereitete Ministerkombination Chautemps aus der Taufe zu heben.

Es wird jetzt in Bezug auf den sachlichen Inhalt des Konflikts zwischen Regierung Blum u. dem Senat behauptet, der letztere habe Blum gestürzt, weil dieser energisch gegen die grosskapitalistischen Spekulant~~n~~, die ihr Kapital ins Ausland verschoben, vorgehen wollte. Die kapitalfreundlichen Beweggründe der Haltung des Senats stehen zweifelsohne fest, dagegen ist es eine Legende, wenn jetzt behauptet wird, Blum sei als Streiter gegen den Kapitalismus gefallen, Blum wollte die von ihm geplante neue Massenbelastung mit einigen Massnahmen gegen das Kapital garnieren. Im Verlaufe der Verhandlungen, die er mit dem Senat führte, um zu einem Kompromiss zu gelangen, gab er in dieser Hinsicht immer mehr nach.

Blum verzichtete auf jede Art von Devisenkontrolle, auf jede Beschränkung des Verfügungsrechts der Kapitalisten über die in ihrem Besitz befindlichen Wertpapiere. Schliesslich konzentrierten sich die Meinungsverschiedenheiten zwischen Blum u. dem Senat im wesentlichen auf folgende zwei Punkte; der Senat wollte der Regierung jede Art von Zwangsanleihe verbieten und er wollte Blum auch das Recht versagen, die Beziehungen zwischen der Staatskasse u. der Bank von Frankreich in irgendeiner Weise zu ändern. Bekanntlich bringt die Staatskasse ihre Bons (Schatzwechsel) durch die Bank von Frankreich unter. Nun hätten die 5 Milliarden Franken, die Blum an neuen Budgeteinnahmen vorsah, bei weitem nicht ausgereicht, um das Defizit der Staatsfinanzen zu decken (der Finanzredakteur des "Tomp" Jonny schätzt den monatlichen Fehlbetrag der Staatskasse auf etwa 3 Milliarden). Blum wollte als die Ausgabe von Bons durch die Staatskasse vermehren, mit einem Worte, das Defizit durch inflationistische Methoden aufbringen, oder besser gesagt vertuschen. Wenn er in diesem Zusammenhang an eine Zwangsanleihe (d. h. an die zangweise Übernahme bestimmter Mengen von Staatspapieren durch Banken, Versicherungsgesellschaften usw.) dachte, so nicht um eine grosszügige Belastung des Kapitals anzubahnen, sondern um die durch die Deckung des Defizits mit Hilfe einer vermehrten Ausgabe von Bons der Staatskasse bewirkte Inflation zu "verschleiern". Ist klar, dass diese inflationistische Finanzpolitik die Gefahr einer neuen Frankenhörsung u. der damit verbundenen Ausplünderung der werktätigen Massen heraufbeschwören muss. Aus der Haltung des Senats darf aber trotz den feierlichen Erklärungen der Senat~~er~~ nicht geschlossen werden, dass er gegen eine inflationistische Finanzpolitik sei. Der Senat hat sich gegen jede Zwangsanleihe ausgesprochen, weil er gegen jede Beschränkung der Bewegungsfreiheit des Grosskapitals ist. Er hat Blum die Vollmacht zu einer Vermehrung der Ausgabe von Bons in erster Linie aus politischen Gründen verweigert, damit das Grosskapital nicht die Möglichkeit verlor, die Schwierigkeiten der Staatskasse in der bisherigen Weise zu dauernden politischen Erpressungen auszunützen. Wie aber die grosskapitalistischen Kreise sich die zukünftige Finanzpolitik vorstellen, zeigt die Meldung des "Manchester Guardian", dass die (jetzt zurückgetretenen) Finanzsachverständigen der Regierung Rist u. Baudoin, neben einer Konversion der Staatsanleihen (d. h. einer Herabsetzung des Zinsfusses für die Staatspapiere) eine neue Devaluation als unerlässlich bezeichnet haben.

Dass Blum über die Finanzfrage gestürzt ist, zeigt von neuem, wie falsch die Auffassung ist, die Arbeiterklasse könne auf eine längere Periode mit einer schrittweisen Verbesserung ihrer Lage im Rahmen des Kapitalismus rechnen, ohne zu revolutionären Kampfmethoden greifen zu müssen. Die Krise der Staatsfinanzen, in der sich der Niedergang des französischen Kapitalismus, der Verfall seiner traditionellen Stabilität widerspiegelt, beweist deutlich wie wenig sicher u. dauerhaft alle sozialpolitischen Errungenschaften der Arbeiter sind, solange dieser Kapitalismus besteht. Und es ist wohl jetzt klar, dass jede wirklich umfassende steuerliche Belastung des Kapitals heute in Frankreich nur durch breite ausserparlamentarische Massnahmen verwickelt werden kann, bei denen die Arbeiterschaft nicht vor revolutionären Konsequenzen zurückweichen darf. Ebenso ist es klar, dass die Krise der öffentlichen Finanzen in Frankreich, die durch die gewaltige innere Schuld u. durch die ungeheuren Rüstungsausgaben bewirkt ist, nur durch den Sturz des Kapitalismus eine definitive Lösung im Interesse der Werktätigen finden kann.



Auf die Regierung Blum ist jetzt die Regierung Chautemps als Volksfrontregierung Nummer Zwei gefolgt. Die Bildung der Regierung Chautemps zeigt, dass die Volksfront die übelsten Methoden der parlamentarischen Schiebung beibehalten hat. Kaum war Blum im Senat in der Pose des tapferen Kämpfers gefallen, der um keinen Preis nachgeben will, kaum hatte die Führung der KPF Blum zum Ausharren im Streite aufgefordert - und schon scharten sich SFIO u. KPF um Chautemps, die einen als Regierungspartner, die anderen als parlamentarische Abstimmungsgarde, um denselben Chautemps, der es als seine Aufgabe bezeichnete, den Senat zu "beruhigen", d.h. alle seine Wünsche zu erfüllen. Was ist dieses Spiel anderes als eine blutige Verhöhnung der Arbeiter.

Die Bildung der Regierung Chautemps unterstreicht, dass die Volksfrontpolitik nichts anderes ist als gewöhnliche Koalitionspolitik. Solange die Volksfrontregierung unter "sozialistischer Führung" stand, war der Schein gewahrt, als ob nicht die Bourgeoisie, sondern die Arbeiterklasse in der Volksfront die führende Rolle spiele (in Wirklichkeit hat die Bourgeoisie von Anfang an die Volksfront mit Hilfe der Radikalen kommandiert). Aber jetzt ist auch dieser Schein zerstört. Auch die Behauptung, dass die Volksfront ein Bündnis mit den werktätigen Mittelschichten u. nicht mit der Bourgeoisie darstellte (eine Behauptung, die stets ein Schwindel war), wird jetzt in besonders drastischer Weise durch die Tatsache Lügen gestraft, dass die beiden führenden Personen der neuen Regierung, nämlich Chautemps u. Bonnet ausgesprochene Repräsentanten grosskapitalistischer Interessen sind.

Die vom Grosskapital beherrschten Zeitungen haben Chautemps mit grosser Sympathie begrüsst. Das ist kein Wunder. Die neue Regierung wird den von Blum angebahnten Angriff auf Rechte u. Lobenshaltung der Werktätigen mit verstärkter Energie fortsetzen.

Auf der Beratung des Nationalrats der SFIO gab es starken, wenn auch keineswegs grundsätzlich klaren, Widerstand gegen die Beteiligung an der Volksfrontregierung. Darin spiegelte sich die Tatsache wieder, dass die sozialistischen Arbeiter heute sehr gegen die Radikalen erbittert sind, ohne jedoch bereits die Volksfrontpolitik als solche abzulehnen. Blum hatte grosse Schwierigkeiten, im Nationalrat die Beteiligung an der Regierung Chautemps durchzusetzen. Er erklärte, diese Beteiligung sei notwendig, um die Sozialgesetze zu erhalten, was eine Unwahrheit ist, denn die Bourgeoisie erwartet von Chautemps gerade, dass er den Abbau dieser Gesetze in die Wege leitet. Die ganze Verderblichkeit der Politik Blums u. der Volksfront kam brass zum Ausdruck, als Blum auf dem Nationalrat erklärte, man müsse um jeden Preis revolutionäre Aktionen der Arbeitermassen vermeiden.

Die KPF, die sich sonst so stolz als die Inspiratorin der Volksfront bezeichnet hat in diesen Tagen eine überaus klägliche Rolle gespielt. Sie hat immer wieder erklärt, dass sie bereit sei, sich an der Regierung zu beteiligen, aber niemand nahm von diesem Angebot Notiz u. sie erhielt auch nicht das kleinste Ministerportefeuille. Chautemps hat die KPF von vornherein als Stimmvieh zweiter Sorte behandelt. Diese blamable Situation, in die die KPF gekommen ist, ist die Konsequenz der Volksfrontpolitik!

Immerhin machen sich viele Arbeiter trotz der kläglichen u. schändlichen Haltung der Führer der SFIO, KPF u. CGT ihre eigenen Gedanken über die Lage. Das zeigt sich in der Kampfstimmung, die sich bei den Pariser Bauarbeitern u. Metallarbeitern von neuem bemerkbar macht. Auf einer Versammlung der Hotelangestellten, die am Dienstag in Paris stattfand, erklärte ein Redner:

"Nunmehr darf man sich nicht damit zufrieden geben, dass man ins Hotel Matignon geht u. die Unterstützung eines Genossen Minister verlangt. Indem wir die Faust zeigen, müssen wir das erreichen, was wir wollen." Aus diesem Wort spricht ein gesunder Geist.

#### EINE NEUE HITLERPROVOKATION.

oooooooooooooooooooooooooooooooooooo

Die Nazis sind drauf u. dran, ein neues Almeria in vergrösserter Auflage ins Werk zu setzen. Sie haben, bestärkt durch die Konzessionen die ihnen die englische u. französische Regierung nach dem Verbrechen von Almeria gemacht haben, jetzt eine gemeinsame "Flottenaktion" aller Kontrollmächte vor Valencia, d.h. eine Blockade u. vielleicht gar Beschießung dieser Stadt durch

die Flotten Englands, Frankreichs, Deutschlands u. Italiens verlangt. Als das von der englischen u. französischen Regierung abgelehnt wurde, hat die Hitlerregierung sich zusammen mit Mussolini von der internationalen Kontrolle zurückgezogen u. eine selbständige "Aktion" angekündigt. Als Anlass nehmen die Nazis einen angeblichen U-Bootangriff auf die Leipzig; die können die Behauptung, dass die "Leipzig" angegriffen worden sei durch nichts beweisen, als durch die Behauptung, dass die Offiziere etwas im Wasser hätten rauschen hören.

Jetzt muss es erst recht heissen:  
Schluss mit der Nicht-Interventionskomödie, deren neues Opfer die Stadt Bilbao ist;  
Zurückziehung der deutschen u. italienischen Flotte aus den spanischen Gewässern;  
Freie Waffenlieferung für die spanischen Antifaschisten!  
Schutz der spanischen Küste durch englische u. französische Schiffe!

-o-o-o-o-o-

DAS VERBRECHEN GEGEN DIE POUM.  
oo

Gegen die Führer der POUM ist jetzt ein Prozess angestrengt, der den offenkundigen Zweck hat ihre Ermordung durch die wissentlich falsche Anklage der Spionage zugunsten Francos zu "begründen". Einige Hunderte von Genossen der FOUM sind verhaftet worden. Gen. Nin hat aus Barcelona, unbekannt wohin, verschleppt worden. Alle Lokale der POUM in Katalonien sind geschlossen w., auch die der "Roten Hilfe" der POUM, sodass keine Unterstützung der Frauen der an der Front kämpfenden Millionäre der POUM u. der Verhafteten möglich ist. Die Frauen einiger Genossen, die der Verhaftung entgehen konnten, werden als Geiseln gefangen gehalten.

Das ist also der "neue Typus" der demokratischen parlamentarischen Republik, die die KI in Spanien verwirklichen will! Der "neue Typus" der Demokratie besteht also in einer barbarischen Verfolgung der Vorkämpfer der proletarischen Revolution, in der Organisation der Ermordung der Führer der revolutionären Partei. Es ist notwendig, überall auf das Entschiedenste gegen das Verbrechen, das die Verfolgung der POUM darstellt, zu protestieren.

SOZIALISTISCHER PROTEST GEGEN DIE VERFOLGUNG DER POUM.  
oo

Der Bezirksparteitag der Seinedöraktion der SFIO nahm am 20. Juni folgende Resolution an:  
"Bounruhigt durch die schweren Anklagen u. Verfolgungen gegen die Militanten u. Führer der POUM u. der CNT von Katalonien, welche in den ersten Reihen der Verteidiger der spanischen Republik u. der Revolution in den schwierigsten Tagen des faschistischen Aufstandes gestanden haben, beschwört der Parteitag - ohne für irgendeine der verschiedenen Richtungen in der spanischen Arbeiterbewegung Partei zu ergreifen - die Regierung Negrin, sich nicht bei der Austragung von Streitfragen zwischen den Arbeiterparteien, der Methode der polizeilichen Unterdrückung zu bedienen, der Parteitag beschwört die Regierung Negrin, unter allen Umständen u. im vollen Umfange die proletarische Demokratie, die einzige Garantie für den Erfolg des Kriegs u. der Revolution, zu wahren;  
verlangt von ihr, dass den Angeklagten die Garantien der gewissenhaftesten demokratischen Justiz gewährt werden (öffentliche Verteidigung, Freiheit in der Wahl der Verteidiger, Veröffentlichung aller Dokumente usw.);  
schlägt gleichzeitig der Regierung Negrin die Bildung einer internationalen proletarischen Kommission, zur Prüfung der Anklagen, die gegen die Führer der POUM erhoben werden, vor."

DIE ENTFRAMMUNG DER ROTEN ARMEE DER SOWJETUNION.  
oo

Vergegenwärtigen wir kurz die Etappen der grossen "Reinigung", die von Stalin vorgenommen wird. Die erste Etappe umfasste die Erledigung der Häupter der alten Opposition Sinowjew, Smirnow, Tomsky, Kamenow, später Bucharin, Rykow. Sie waren meistens wieder in untergeordnete Funktionen eingesetzt, ge-



wissensmassen unter besonderer Parteiaufsicht.

Die zweite Etappe Radok, Pjatakow, Sokolnikow usw. umfasst teils ehemalige Oppositionelle, teils bereits Stalinleute. Unter ihnen befinden sich bereits Leute in führenden Sowjetstellungen. (Schwerindustrie, Eisenbahn).

Die dritte Etappe ist die "Reinigung" der GPU, Jagoda u. seine Leute. Es sind dies schon keine Oppositionellen mehr, sondern die jahrelangen Instrumente der Stalinschen Politik.

Vierte Etappe: die Häupter der Roten Armee: Gamarnik, Tuchatschewski, Yakir, Oubercwitsch, Eidemann, Feldmann, Putna, Primakov, Kork. Darunter ist nur ein Trotzkiist; Putna. Die Anderen sind jahrelange enge Mitarbeiter Stalins. Nur Tuchatschewski stammt aus der alten zaristischen Armee, wo er aber nur Subaltern-Offizier war. Seine grosse Laufbahn hat er in der Roten Armee gemacht. Die Anderen sind alte Kommunisten, die als Kommunisten im Bürgerkrieg zu führenden militärischen Stellungen gelangt sind. Tuchatschewski ist hervorragend beteiligt an Kronstadt, am polnischen Feldzug. Yakir, der der KP seit 1917 angehörte, ist Organisator der Roten Garden, er führte den Kampf gegen Denikin. Oubercwitsch, der KP angehörig seit 1917, Organisator der Roten Garden, Kampf gegen Denikin, Wrangel, im Fernen Osten. Eidemann, Organisator des Kampfes in Sibirien, Kommandeur der revolutionären Kriegsflotte, beteiligt am Kampf gegen Krasnow, Donikin, Wrangel, gegen Masnow in der Ukraine, an den Kämpfen in der Krim. Gamarnik, Vertrauensmann Lenins u. später Stalins, politischer Leiter u. Erzieher der Roten Armee. Kork, Leiter der Militärakademie.

Binnen 48 Stunden v. l. auf den 12. Juni wurde ihre Verhaftung bekannt gegeben, wurden sie vor ein Kriegsgericht gestellt u. erschossen. Sie waren vermutlich schon erschossen, als in den Betrieben usw. die Resolutionskampagne organisiert wurde, die ihre Erschiessung verlangte. Sie wurden beschuldigt, die militärischen Geheimnisse der Roten Armee an Hitlerdeutschland ausgeliefert u. ein Komplott zur Ermordung Stalins, zum Sturz der Sowjetmacht u. zur Errichtung eines kapitalistischen Regimes geschmiedet zu haben. Sie sollen alle "vollständig" gestanden haben.

Die Anklage findet allenthalben noch weniger Glauben, als dies im Falle Radok-Pjatakow stattfand. Es ist völlig ungläubhaft, dass nach zwanzigjährigem Bestand der Sowjetmacht die führenden Köpfe der Roten Armee, erprobte Kämpfer des Bürgerkrieges, keine Berufsoffiziere, mit Ausnahme von Tuchatschewski, sondern Leute, die als kommunistische Kämpfer zu führenden militärischen Rollen gelangt sind, diejenigen, die die Rote Armee technisch, organisatorisch u. politisch zu dem gemacht haben, was sie heute ist, die Armee u. das Land an Hitler verkauft haben sollen.

Es ist ebenfalls ungläubhaft, dass sie ein Komplott gegen das Leben Stalins geschmiedet haben sollen, denn, wenn sie das getan hätten, wären sie in der Lage gewesen, es auszuführen.

Es ist dagegen glaubhaft, dass sie zusammen mit einem Teil der höchsten Parteispitzen, Mitgliedern des Politbüros u. des ZK, die Entfernung Stalins u. Juschows von ihren Posten betrieben haben. Darauf lässt schliessen;

1) Das hartnäckig sich erhaltende Gerücht, dass auch das langjährige Mitglied des Politbüros, Rudskutak, verhaftet sei. Wenn aber Rudskutak gegen Stalin aufgetreten ist, dann stand er sicher damit nicht allein im Politbüro und im ZK der Partei. Als verhaftet werden ferner gemeldet Karachan u. Krestinsky, die beiden Stellvertreter Litwinows im Volkskommissariat des Auswärtigen, sowie Rosenberg, zuletzt Sowjetgesandter in Valencia.

2) Die blitzartige Schnelligkeit, mit der die Sache erledigt wurde, offenbar unter Ausschaltung nicht nur des ZK, sondern auch des Politbüros.

Der rasche u. vernichtende Schlag gegen die Häupter der Roten Armee sollte offenbar der Rebellion an der Parteispitze zuvorkommen u. sie einschüchtern.

Um was handelt es sich?

Um den verzweifelten Widerstand Stalins gegen den wachsenden Druck von unten, der sich gegen das durch ihn auf die Spitze getriebene bürokratische

Regimes wendet u. Raum für die Selbsttätigkeit der Massen fordert, die diesem Regime entwachsen sind. Stalin suchte zunächst durch die Erledigung der alten Oppositionshäupter jeden Widerstand niederzuschlagen. Er sah sich dann aber genötigt, die Ventile in der Partei etwas zu öffnen - "innerparteiliche Demokratie", "Selbstkritik" (mit Ausnahme gegenüber dem ZK!). Aber Stalin fand rasch, dass das Guten zuviel sei. Die Ventile wurden wieder geschlossen u. Stalin sieht sich schliesslich genötigt, seinen eigenen Apparat, der dem Druck von unten nachgibt, der ihn weitergibt, zu zerschlagen. Er versucht Zeit zu gewinnen, indem er die alten Parteikadaver zerschlägt oder beiseiteschiebt u. junge an ihre Stelle setzt, unter der Bedingung, dass sie auf seine Person eingeschworen sind u. auf jede Opposition gegen das ZK verzichten. Vielleicht kann ihm das eine gewisse Atempause verschaffen, aber schwerlich mehr. Die Jugend wird sich letzten Endes noch weniger gönnen lassen wollen, als die alten Parteikadaver.

Die Wirkung in der SU selbst ist verheerend. Die Rote Armee ist ihrer besten Köpfe beraubt. Die moralische Erschütterung, die die Beschuldigung des Vorrats gegenüber den Häuptern der Roten Armee unter den Rotarmisten hervorrufen muss, ist unberechenbar. Gleichzeitig wird die moralische Autorität der Leitung auch in der Wirtschaft, in der Partei usw. zersetzt.

Das Stalinsche Regime, das jetzt mit dem Rücken gegen die Wand einen verzweifelten Kampf führt, erschüttert u. zersetzt das ganze Gefüge des Sowjetstaates. Niemals u. von niemand sind der Sowjetmacht u. auch dem Kommunismus solche erschütternde Schläge versetzt worden, wie jetzt von Stalin-Josch

Dieses Regime zerstört mit wachsender Beschleunigung die Grundlagen seiner eigenen Macht u. ruft immer neue stärkere u. entschlossenerer Gegner gegen sich auf den Plan. Der Kreis um Stalin wird immer enger. In wenigen Monaten ist die Gegnerschaft gegen ihn von den Spitzen der früheren Opposition fortgeschritten zur Leitung der GPU zur den bisherigen leitenden Köpfen der Armee u. in den Schoss des ZK u. des Politbüros selbst. Das lässt auf die Tiefe, Breite u. Hartnäckigkeit der Massenstimmung u. des Massendrucks schliessen, der sich gegen die Stalinschen Methoden wendet.

Diese Kräfte sind nicht gegen die Sowjetmacht gerichtet, vielmehr zielen sie darauf ab, ihr eine breitere Grundlage zu geben. Das heisst für die Struktur des Sowjetstaates die Folgerungen aus dem erfolgreichen Aufbau des Sozialismus, aus dem politischen und kulturellen Wachstum der Masse der Werktätigen zu ziehen.

Diesem Druck hat Stalin nur widerwillig und nur scheinbar Zugeständnisse gemacht. Um für diese Entwicklung die Bahn wirklich freizumachen, müssen die eisernen Fesseln des Stalinschen Regimes gesprengt werden. Sie werden gesprengt werden. Es handelt sich um eine Wachstumskrise, sie vollzieht sich in wilden blutigen Zuckungen, aber im Grunde handelt es sich um eine notwendige Evolution der Diktatur des Proletariats, um die Lösung des Widerspruchs zwischen der stattgefundenen Entwicklung unten in den Massen und der Rückentwicklung und Entartung der stalinistischen Parteispitze. Die wilde und verzweifelte Energie, mit der diese Spitze um sich schlägt, alles um sich her in Echerben haut und mit Blut und Schmutz besudelt, schlägt gegen sie selbst aus und kann nur ihr Ende beschleunigen.

Die Wirkung nach aussen auf die kapitalistische Umwelt einerseits und auf die internationale Arbeiterbewegung andererseits ist verheerend.

Wir begnügen uns hier damit, nur zwei Zeugnisse anzuführen:

Der "Temps", das Organ des französischen Auswärtigen Amtes, schreibt in seinem offiziellen Leitartikel vom 13. Juni 1937.:

"... Jedoch ist es mindestens besonders beunruhigend für die Entwicklung der russischen Macht im Inneren und nach aussen, dass das Regime seine entschlossensten Gegner findet im obersten militärischen Kommando und dass der Diktator glaubt, die Führer der Roten Armee unbarmherzig treffen zu müssen, um seine eigene Autorität wirksam zu verteidigen. Man kann sich unter diesen Umständen fragen, welchen der moralische Wert dieser Armee sein



würde, die an Zahl und Bewaffnung eine der stärksten der Welt ist, im Falle sie zu handeln hätte...

Die tragischen Ereignisse, die sich seit Monaten in der Sowjetunion abspielen, erinnern merkwürdig an die Tragödien, aus denen die ganze Geschichte Russlands im Laufe der Jahrhunderte besteht.

...Man versteht, dass dieses Urteil nicht nur in Russland, sondern in der ganzen Welt grosse Aufregung hervorruft. Denn welche Erklärungen man auch geben mag für diesen Prozess und für das ausgesprochene Urteil, so ist es sicher, dass er eine tatsächliche Lage offenbart, die derart ist, dass sie in ausserordentlicher Weise das Vertrauen erschüttert, das einige zur Festigkeit des Regimes haben könnten, dass nach zwanzig Jahren seiner Existenz sich gezwungen sieht, zu solchen Unterdrückungsmethoden zu greifen.

...Aber die Tatsachen, so wie sie bekannt sind, offenbaren dennoch die Existenz einer tiefen politischen Unordnung und eines erbarrungslosen Kampfes unter den führenden Elementen. Herr Stalin ist zweifellos Herr der Situation, weil es ihm gelingt, diejenigen verfolgen, verurteilen und hinrichten zu lassen, deren Einfluss er fürchten zu müssen glaubt. Aber der Diktator muss sich ebenso gegen links, wie gegen rechts verteidigen und seine Macht erscheint irgendwelchem Zwischenfall preisgegeben zu sein.

Daroben stellen wir die Ausführungen des "Ouvre", des Organs des linken Flügels der Radikalsozialistischen Partei. Man kann sagen, dass dies die Meinung derjenigen bürgerlichen Kreise repräsentiert, die gegenüber der Sowjetunion heute in Frankreich am freundlichsten gestimmt sind.

Das Blatt schreibt in seiner Nummer v. 13. Juni 1937.:

"Ahnt Stalin in seinem Kraml den ungeheuren Eindruck, der hervorgebracht ist durch die massive Verurteilung des Marschalls Tuchatschewski u. von sieben hohen Offizieren, die Posten ersten Ranges in der Roten Armee bekleideten?"

Wenn es wahr ist, dass diese Generale Deutschland militärische Geheimnisse ihres Landes ausgeliefert haben, was kann man dann denken von der Kampffähigkeit der Roten Armee u. ihrem Widerstand gegen eine Invasion, im Falle die USSR in einen europäischen Konflikt verwickelt wäre? Im Anfang des Weltkrieges sprach man in St-Petersburg vom Verrat des Kriegeministers Suchomlinow u. von den deutschfreundlichen Sympathien gewisser Generale der zaristischen Armee. Das verbündete Frankreich war mit Recht alarmiert, aber heute handelt es sich um 8 "Suchomlinow" u. nicht um individuelle Versager, sondern um kollektive u. verabredete Verschwörungen...

Moskau muss wissen, dass diese Verrätereien in den franz. politischen und militärischen Kreisen Bestürzung hervorgebracht haben... Frankreich hat mit der USSR einen militärischen Hilfspakt abgeschlossen. Was ist diese Hilfe wert, wenn die grossen Führer der Armee bereit sind, sei es aus Hass gegen Stalin, sei es aus irgendeinem anderen Grunde das Spiel Deutschlands spielen?... Jedenfalls haben die Ereignisse von Moskau, die eine schwere innere Krise offenbaren, dem internationalen Ansehen der SU einen schweren Schlag versetzt."

Für die Wirkung auf die internationale Arbeiterbewegung ist bezeichnend die Stellungnahme des "Daily Herald", des Organs der englischen Labour Party. Dieses Organ zieht aus den Ereignissen den Schluss, dass die letzten Vorgänge beweisen, dass die demokratischen Methoden denen des gegenwärtigen Russlands vorzuziehen seien.

Demgegenüber ist es die Pflicht der wirklichen Kommunisten, die Sache des Kommunismus und der Sowjetunion zu verteidigen auf dem einzigen Weg, der heute gegenüber den blutigen Krämpfen des Stalinregimes möglich ist - dem der entschiedenen Absage an dieses Regime und der vollen Solidarisierung mit all den gesunden revolutionären Kräften in der Sowjetunion und ausserhalb, die auf der Grundlage des Kommunismus und der Sowjetmacht mit dem Stalinregime aufräumen wollen.

Übereinstimmende Meldungen besagen, dass fast alle in der SU befindlichen Mitglieder der KPD, darunter H. Neumann, Remmele, Leow usw. verhaftet seien. Unsere Beurteilung der pol. Rolle u. der Personen der Neumann-Remmele-Leow steht längst fest. Ihre Erledigung auf diese Weise ist aber gerade das Gegenteil dessen, was die internationale kommunistische Bewegung braucht.

UM DIE "ELSÄSSER-FRONT".  
 ooooooooooooooooooooooooooooo

KRITISCHE DEMOKRATEN. Mit der "Elsässer-Front", diesem buntschimmernden und alles umschlingenden Reaktionsverein von de Wendel bis zum Metallarbeiter Charry Hueber, will es nicht recht klappen. In den bisher auch so patriotisch und gut französisch orientierten Assimilationsparteien, machen sich doch hier und da Hemmungen dagegen bemerkbar, mit den Rossé, Roos, Mourer et tutti quanti eine feste und dauerhafte Verbindung unter dem Motto des Kampfes gegen den Bolschewismus einzugehen. Alte Gegnerschaft und die Traditionen der Vergangenheit erweisen sich hier und da doch als ein Hemmschuh für den bedenkenlosen Anschluss an eine Front, die Rossé zum Schöpfer und Paul Schall zum Theoretiker haben soll. Sie wünschen zwar ein jeder Zeit kündbares Eheverhältnis mit allem was da krecht und fleucht zur Verteidigung der materiellen Belange der Bourgeoisie gegen die Arbeiterschaft einzugehen, aber sie möchten doch nicht, dass ihre Portmonnai-Interessen sich in so unsauberer und für ihren bisher bezeugten Patriotismus kompromittierlicher Umgebung und Koalition offenbaren. Zum anderen wissen diese Kreise, dass die Rossé, Roos, Mourer usw. sich ihnen nicht ausschliesslich im Interesse ihrer vermeintlich bedrohten Geldsackinteressen als Bundesgenossen förmlich aufzwingen, sondern dass sie anknüpfend an diese Interessen politische Ziele verfolgen, die doch ein wenig hitlerischen Aspirationen folgen. Von Hitler aber wissen diese gut Bourgeoisien und bisher in Patriotismus machenden Kreise, dass seine antibolschewistische Kampagne nur eine Verschleierung und eine Erleichterung seiner eigenen imperialistischen Ziele ist, die letzten Endes auch das Interesse der französischen Bourgeoisie sehr nachhaltig berühren, zu der sich diese Demokraten gehörig fühlen.

Ein Ausdruck dieser Stimmungen ist ein Artikel im "Journal d'Alsace et de Lorraine", in dem es u. a. heisst:

"Stellen wir es gleich und eindeutig fest; die antibolschewistische Sammlung, zu der mit so viel Eifer H. Rossé aufruft, ist nicht zu verwirklichen. Wir lehnen sowieso jede Front ab, deren einziges Resultat darin besteht, die Franzosen etwas mehr zu spalten, wo es . . . doch gerade angebracht wäre, sie zu einen, so dass wir erst recht Gegner sind der Bildung einer "Elsässer-Front", die unter Rossés Zuchtrute stände. Es gibt gewiss Elemente in der UPR, denen man trauen könnte. Wenn man aber Rossé und seine direkten Mitarbeiter in der Vergangenheit kennt, so kann man voraussagen, ohne Gefahr sich zu irren, dass deren Aktion nicht nur gegen den Kommunismus gerichtet wäre. Es handelt sich schliesslich darum, zu wissen, ob die Demokraten unserer Provinz behilflich sein werden, den im Dunkeln vorbereiteten Schlag gegen Frankreich zu führen. Unter einem geschickten Vorwand sucht Rossé das bürgerliche Element in die autonomistische Galeere zu locken."

Das ist ein Ausdruck jener Herzbeklemmungen, die wir oben angedeutet haben und es wird sich ja zeigen, wie weit die Führung der Demokraten ihnen Rechnung zu tragen bereit ist.

ROSSE ANTWORTET. Rossé liess im "Els. Kurier" dem "Journal d'Alsace et de Lorraine" sogleich eine Antwort geben. Wir zitieren daraus das folgende.

"Es ist ein Verbrechen an unserem Volke, dass sich heute wieder gewisse Blätter aus Gründen, über die wir schweigen wollen, die aber alles andere als nobel sind, dazu hergeben, die entstehende Elsassfront zu bekämpfen. Sie schaufeln sich ihr eigenes Grab, wie gewisse Industrielle, die nach dem Kriege auch gegen unser Volk standen, dann durch innerfranzösische Kreise leichter erdrosselt wurden und nun verarmt über ihre Fehler weinen.

Wir lehnen es wirklich ab, auch nur ein Wort zu schreiben, um zu widerlegen, die Elsass-Front sei antinational oder gar separatistisch. . . Das Problem des Tages ist sehr einfach. Sehr brutal. Ein Zusammenschluss auf einer "nationalen" Formel ist unmöglich. Sie ist kein Programm und eine nationale Frage im Sinne eines Problems der Zugehörigkeit zu Frankreich existiert nicht. Es bleibt nur der Zusammenschluss auf einem anderen Nenner, und da



scheint uns die Elsässer-Front das Gegebene..."

Diese Antwort ist sehr aufschlussreich. Für Rossé ist der weitgehende Regionalismus, der nach seinen Vorschlägen in das Programm der "Elsässer-Front" einbezogen werden soll, eine durchaus im Interesse der industriellen Bourgeoisie des Elsass gelegene Forderung. Der Regionalismus und eine darauf beruhende intransigente Opposition gegenüber der Volksfront enthebt Rossé der Verpflichtung sich an Verantwortungen in bezug auf die gesamtfranzösische Politik zu binden und gibt ihm die Möglichkeit und den Raum für eine ausgedehnte soziale Demagogie, die ihn zu nichts verpflichtet, die ihn aber hoffen lässt, sich eine Massenbasis im Elsass zu sichern und den Arbeiterparteien wirksam und unter Ausnutzung der Gebrechen und Auswirkungen der Volksfrontpolitik entgegenzutreten. Und er sagt den bourgeois Kreisen in der Demokratischen Partei sehr deutlich, dass sie ihre materiellen Interessen - also ihre Geldsackinteressen - missverstehen, wenn sie den Gedanken der "Elsässer-Front" nach Rosséschem Muster als antinational und separatistisch denunzieren. Nun haben aber die Dinge ihre eigene Logik und wir sind nicht geneigt Rossé u. Co. zu unterstellen, dass sie die Logik eines Kampfes auf dem von ihnen aufgezeigten programmatischen Boden nicht kennen. Aber das mögen die Herrschaften unter sich ausmachen.

Für die Arbeiterklasse ist lediglich von Bedeutung, dass Rossé im Zeichen der "Elsässer-Front" sich zum Fürsprecher für die Profitinteressen der heimischen Bourgeoisie zu machen verspricht, dass er grossen Wert darauf legt, gerade mit den Kreisen ins Geschäft zu kommen, die hervorragend an jener Politik beteiligt waren, der die Arbeiterklasse in unverhohlener Feindschaft gegenübersteht.

Was Rossé bewegt und was er ja auch offen ausspricht, ist, dass mit den alten Formationen die Volksfront nicht wirksam zu bekämpfen ist, dass man ihr eine Front gegenüberstellen muss, die als etwas Neues erscheint und die sich in Zusammensetzung und Gebärden von den gestrigen reaktionären Formationen unterscheidet. H. Rossé hat bereits bei anderer Gelegenheit ziemlich unverblüht durchblicken lassen, dass die Reaktion von heute sich ein neues Gewand umlegen und unbekümmert um das morgige in sozialer Demagogie machen muss. Nach Rossé muss die Reaktion die Volksfront auf ihrem eigenen Boden schlagen, indem man ihre Taten mit ihren Versprechungen konfrontiert. Und Rossé rechnet damit, dass in der "Elsässer-Front" dem die Führung und letzten Endes die Massen gehören werden, der dieses Geschäft am besten versteht. Und dann wird man weiter sehen.

DIE ELZIANER BRINGEN SICH ALS DIE GEEIGNETEN HAUSNECHTE DER BOURGEOISIE GEGEN DIE ARBEITERSCHAFT IN EMPFEHLUNG. Auch die "ELZ" nimmt zu den Aussagen des "Journal d'Alsace et de Lorraine" Stellung. Sie schreibt:

"Der Kampf gegen den Kommunismus, so heisst es am Schluss, "muss unternommen werden, doch deshalb besteht keine Notwendigkeit der Elsässerfront beizutreten. (Welches andere Mittel weiss denn das "Journal d'Alsace"? Sollen wir uns Parteien anvertrauen, die bis jetzt noch den Beweis zu erbringen haben, dass sie dem Kommunismus begegnen können? Den einzig wirksamen Widerstand hat die Bolschewisierung bis jetzt in Elsass-Lothringen gefunden! Die Elsässerfront bekämpfen heisst geradezu dem Bolschewismus Vorschub leisten.)"

So jetzt wissen es die Herren. Wenn de Wendel sich nicht mit Hueber verbindet und der Fabrikanten-Maire Frey nicht mit Roos einen Gegenseitigkeitsvertrag abschliessen, dann verwandeln sich diese Herren in Schrittmacher des Bolschewismus. Gottes Wege sind wunderbar. Als Thorez nach Strasbourg kam und im Schlachthaus verkündete, dass die nationale Frage Elsass-Lothringens für die Kommunisten mit dem unveräusserlichen Recht der Selbstbestimmung bis zur Lostrennung verbunden sei und die KPF auf dieses Recht als Voraussetzung für die Herstellung der Einheitsfront mit der SFIO im Bas-Rhin nicht verzichte, da waren die "Elzianer" und die Hueberianer sehr entzückt und stellten uns Thorez als einen ausgewachsenen Politiker von aussergewöhnlichem Format vor und Rossé machte die Tour de corruption in Winzenheim, mit dem heute in so schrecklichen Farben an die Wand gemalten Bolschewismus.

Man braucht auf diese Wendung unserer Elzianer und auf die Wendung der KPF zum Standpunkt der Vaterlandsverteidigung nur hinzuweisen, um zu zeigen, dass der Bolschewistenkeller der Roos-Schall ein sehr künstliches Produkt ist, ein Produkt von bekannter Fabrikmarke und ein Erzeugnis rein taktischer Überlegungen, geschaffen, um der unter dem Eindruck der Junibewegung des vergangenen Jahres erschreckten Bourgeoisie einen Köder vorzuwerfen, mit dem man sie in den Dienst für Bestrebungen stellen will, die mehr den Interessen jener entsprechen, die zur Zeit jenseits des Rheins ihre braune Diktatur ausüben.

Was das wesentliche ist und worauf es gilt die werktätige Bevölkerung mit Stetigkeit hinzuweisen, das ist, dass diejenigen, die sich bisher dem Volke in einem sozialen Gewande vorzustellen beliebten, jetzt förmlich um die Gunst jener Kreise buhlen, die sie uns gestern als die Ausgeburt der Reaktion und der unverfälschten Assimilation vorstellten. Dieser Tatbestand allein genügt, um das Produkt zu kennzeichnen, das sich unter den unscheinbaren Marke "Elsässer-Front" darbietet. Sie mögen sich nur gehörig blossstellen... sie werden nur dazu beitragen, ihr unter so mühsamen Geburtswehen zur Welt drüngen Gebilde ins rechte Licht zu setzen. Die Folgerungen für die Arbeiterklasse ihm gegenüber sind unschwer zu erfassen: es gilt die Einheitsfront der Arbeiterklasse auf einem wirklichen Kampfboden gegen das Grosskapital unter Abstreifung aller, durch die Koalition mit den Radikalen bedingten Belastungen, neu zu formieren. Dann wird dieses widernatürliche Gewächs "Elsässer-Front" wie eine Seifenblase zerplatzen und sich in seine einzelnen sozialen Bestandteile auflösen.

-o-o-o-o-o-o-

#### DIE COLMARER SOZIALISTEN ZUM MARSEILLER KONGRESS.

Wie bekannt findet am 11. Juli der Nationalkongress der SFIO in Marseille statt. Dem Kongress liegen drei Resolutionsentwürfe vor. Ein Entwurf der Mehrheit der CAP, der sich restlos mit der Regierungspolitik Léon Blums solidarisiert, ein Entwurf Zyromski, der bestimmte Initiativen und kritische Noten erhält und ein Entwurf Pivert, der oppositionellen Charakter hat und eine Volksfront des Kampfes fordert.

Zur Zeit wird in den Sektionen der SFIO im Zusammenhang mit der Wahl der Delegierten zu den Föderationskongressen zu den Fragen der Politik und weiteren Orientierung der SFIO Stellung genommen. Dabei zeigt sich, dass selbst im Elsass eine kritische Stimmung gegenüber der Volksfrontpolitik in den Reihen der Militanten der SFIO in der Entwicklung begriffen ist.

In dieser Hinsicht ist die Parteiversammlung der Colmarer Sozialisten von Interesse. Obzwar der Maire Richard sich zum Verteidiger der Resolution Faure u. Bracke machten, traten in der Versammlung nicht weniger als 7 Diskussionsredner für die Motion Pivert ein. Dies obzwar noch auf der letzte oberelsässischen Parteikonferenz im Anschluss an die Beschlüsse der CAP der SFIO in Sachen Pivert einmütig die Position der "Revolutionären Linken" verurteilt wurde.

Bei der Abstimmung erhielt die Motion Faure-Bracke 45%, die Motion Pivert 37,5 % und die Motion Zyromski 17,5 % aller abgegebenen Stimmen. Dieses Ergebnis zeigt, dass die kritische Stimmung an den Reihen der SFIO-Militanten im Wachsen begriffen ist. Die eingetretene politische Situation, die zur Demission Blums und zur Etablierung eines Kabinetts unter Führung der Radikalen führte, wird noch weit weniger den Wünschen der breiten Masse der Werktätigen entsprechen und in den Reihen der SFIO-Mitglieder die Erkenntnis verbreiten, dass mit den Mitteln der Koalitionspolitik mit der radikalen Bourgeoisie kein wirklicher Kampf gegen die Trusts zu führen ist.

Kleinigkeiten: Dr. Didlo von der Führung der UPR möchte genauere Präzisionen von den Verfechtern der "Elsässer-Front" innerhalb seiner Partei. Er möchte präzisere Zielsetzungen kennenlernen und genau wissen wohin die Reise gehen soll. Es wird abzuwarten sein, was und ob Rossé auf diese Anfragen zu erwidern hat.

Richtigstellung: In Nr. 25 muss es im Artikel "Von der "Pause" zum Ermächtigungsgesetz" heissen auf Seite 5, 4 Zeile von unten: Kontrolle der Steuerzahlungen der grossen Firmen durch Vertreter der Arbeiter u. Angestellten."

Verantwortlich: EMILE HIRTZEL.